Geschichte

der

österreichischen Sozialdemokratie

Von Ludwig Brügel

Dritter Band:

Parteihader. Propaganda der Tat. Einigung (1878 bis 1889)

Wien 1922

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 6

Geschichte

der

österreichischen Sozialdemokratie

Von Ludwig Brügel

Wien 1922

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung, Wien 6

Alle Rechte, auch das der Übersetzung, vorbehalten.
Copyright 1922 by Wiener Volksbuchhandlung F. Skaret—Dr. R. Danneberg,
Wien 6. Bezirk Gumpendorferstraße 18

HG
B8893ge
666533
23.10.57

Vorwort

Der vorliegende dritte Band, der die Ereignisse in den Jahren 1878 bis 1889 umfaßt, stellt einen sowohl für die österreichische Sozialdemokratie als auch für die politische Geschichte der früheren habsburgischen Monarchie höchst bedeutsame Epoche dar. In der Parteigeschichte enthält er nebst den trübsten Episoden, die der Sozialismus im einstigen Österreich zu verzeichnen hat, auch die helle Auferstehung des sozialistischen Gedankens. Aus Hader und Zwietracht wurde die Einigung, und aus tausend Wunden, die dem Sozialismus von den Regierenden zugefügt wurden, erblühte er zu prächtiger Gesundung. Schon diese Tatsache allein beweist, daß der Sozialismus mehr ist als die Sache einer einzigen Partei, sei es auch die einer großen Partei; wiederholt unterdrückt, mit brutaler Gewalt zu Boden geworfen, stieg er in leuchtender Kraft zu Erfolgen, Siegen und nie geahnten Triumphen empor!

Politische Parteien pflegen sonst, selbst wenn sie langlebig sind, nur selten eine Wiedergeburt zu feiern; regenerieren können sich eben nur Ewigkeitswerte, Gedanken und Weltanschauungen, die eine hehre geschichtliche Sendung zu erfüllen haben. Darin zeigt sich der große Gegensatz zwischen den weltbedeutenden Bewegungen und jenen vorübergehenden Erscheinungen des Tages, geboren aus dem Augenblick, aus einem politischen Bedürfnis oder gar einem künstlichen Erzeugnis.

Ende der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war in Österreich, wie allenthalben, der Sozialismus anscheinend bezwungen worden durch Gewaltherrschaften aller Art; aber schon einige Jahre später hatte er alle Gewalten niedergerungen, um sich wieder als Riese zu erheben. Auf dem ganzen Erdenrund schritt damals die Reaktion siegreich einher und der Kapitalismus und die mit ihm verbundenen Mächte schickten sich an, ihn zu Boden zu stampfen, ohne daß es ihnen geglückt wäre. Das österreichische Proletariat hatte vor allem die schwersten Kämpfe zu durchleben. Außer der beispiellosen Unfähigkeit seiner Regierungen und der erbarmungslosen Ausbeutungsgier einer selbst in der Warenproduktion noch unfähigen Kapitalistenklasse waren ihm die schlimmsten Bedränger seine eigenen Klassengenossen, teils Indifferente, teils Böswillige. So hatte die organisierte Arbeiterschaft Österreichs ein schier übermenschliches Ringen zu bestehen, zumal das Häuflein seiner Kämpfer physisch und geistig für den Kampf nur unzulänglich gerüstet war. Aber die in den Massen schlummernde Kraft war so wuchtig und elementar, daß sie sieghaft wurde über jeden Feind.

1876 war die alte Internationale zerfallen und gefällt; auch die klassenbewußte Arbeiterschaft Österreichs, eine kleine Schar zermürbter und teilweise auch eingeschüchterter Vereinigungen, die sich nicht an das helle Licht der Sonne wagen durften, fristete ein Dasein des unsäglichsten Elends. Und nach etwas mehr als einem Jahrzehnt erhob sich eine neue Internationale, die Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Länder umfassend, auch die des armen Österreich. So häßlich auch manche Vorgänge innerhalb des österreichischen Parteilebens waren, die sich in dem

Zeitraum von 1878 bis 1889 abspielten, so heroisch und voll Schöne war doch dann die Auferstehung zu neuem begeisterten Wirken. Ende 1888 einigte sich die zerrissene, aus tausend Wunden blutende Partei, und schon wenige Monate darauf, am hundertsten Jahrestag des Bastillensturmes, konnten ihre Vertreter neben den Delegierten des Weltproletariats in Paris als willkommene Kameraden und Kampfgefährten erscheinen.

Die großen Geschehnisse in der Zeiten Wandel sind vor allem bedingt durch die Macht der realen Tatsachen; nichtsdestoweniger gebührt aber auch den einzelnen Personen, die im Mittelpunkt der Ereignisse stehen, ein unbestrittenes Verdienst, sicherlich aber dann, wenn diese Personen erfüllt sind von dem ganzen Ernst und Inhalt ihrer Zeit: Ein solcher Großer war dem österreichischen Proletariat in Viktor Adler geworden! Ein Gelehrter, doch kein blasser Theoretiker, ein Politiker im besten Sinne des Wortes, ein Schaffender, ein Realdenkender, gleich groß an Einsicht wie guten Herzens.

Nach Jahren des schwersten Ringens mit Feinden aller Art hatte Viktor Adler am Ende seines Lebens noch die Genugtuung, die österreichische Arbeiterschaft zum Sieg geführt zu haben. Leider hatte ein grausames Schicksal ihm versagt, des leuchtenden Sieges länger zu genießen. Es war ihm nur vergönnt gewesen, ein Stück des Triumphes des Sozialismus zu schauen, für den er durch Jahrzehnte sein Herzblut hingegeben! Als am 15. November 1918 was sterblich an ihm war der Erde übergeben wurde, trauerten Hunderttausende der neuen Republik, die er zu selbstbewußten Menschen emporgehoben hatte.

Seit Viktor Adler in die Reihen des kämpfenden Proletariats eingetreten war, hatte das arbeitende Volk in Österreich einen Führer und Wegweiser, der ebenbürtig war den großen Vorkämpfern des Sozialismus in allen Ländern. Er war ihm ein nie ratloser Berater, ein nimmermüder Streiter, ein Führer aus Irrtum zur Wahrheit, ein milder und kluger Versöhner bei Zwietracht und Hader. Nicht der überragende Geist allein, der in ihm wohnte, vermochte Wunder zu wirken, nicht bloß sein klares Denken, seine bedächtige Entschlossenheit, sondern vor allem sein inniges Fühlen. Das erhabene Sinnen in seinem Hirn und das tiefe Empfinden seines Herzens strebten in reiner Harmonie zueinander. Darin lag die Stärke seines Wesens und seine Urkraft, die noch mehr wirkten als seine Klugheit und seine Beredsamkeit. Nur ein Mann, dem solch hohe Gaben zu eigen waren, konnte das niedergedrückte österreichische Proletariat zur Einigkeit und zu Erfolgen führen! Er war darum mehr und größer als irgendein Führer irgendeiner politischen Partei und er wurde darum die für Österreich bedeutendste Persönlichkeit des Sozialismus und eine Persönlichkeit von großer Geltung in der Internationale.

Der Verfasser mußte dies in den einleitenden Worten zu jenen Ereignissen sagen, an deren Anfang Viktor Adler stand, da in der österreichischen Arbeiterschaft noch ein wildes Chaos herrschte, da Unrecht und Vergewaltigung das Proletariat Österreichs gefesselt hielten. Schon bei den ersten Schritten, die Viktor Adler in der Partei machte, bekundete er seine große Befähigung, die organisierte Arbeiterschaft und den Sozialismus aus Nacht und Leid zu Licht und zum Sieg emporzuführen. Was

von 1885 bis 1918 das arbeitende Volk erduldete, erkämpfte und schließlich ersiegte, an allem hatte Viktor Adler seinen großen Anteil. Er stand in der vordersten Reihe, wenn auf Geheiß der Mächtigen Arbeiter im Waffenrock wider ihre Brüder aufgeboten wurden, er litt im Kerker, da er des Volkes Rechte verteidigte, und in der Geburtsstunde der Republik hatte ihn die Gesamtheit des jungen Freistaates an die hervorragendste Stelle gesetzt. So verkörperte Viktor Adlers Leben und Wirken ein großes und glänzendes Stück Geschichte der österreichischen Arbeiterschaft, des Sozialismus in Österreich, seine Erhebung aus Trübnis und Schmach, seinen herrlichen Aufstieg aus Klüften und Gestrüpp!

Schon im Vorwort zum zweiten Band werden die Jahre von 1870 bis 1889 als Jahre des schwersten Ringens, der erschütternden Niederlagen und der entsetzlichsten Tragik bezeichnet. Sie waren aber verklärt durch den hohen Opfermut der führenden Persönlichkeiten, deren stärkste Viktor Adler war. Die Arbeiterschaft Österreichs hatte in jenen Zeiten ihr Golgatha zu beschreiten; aus Erniedrigung, aus Knechtschaft, aus Elend, aus Wirrnis und Wahn erhob sie sich ....

Auch im vorliegenden Band hat der Verfasser bei seiner Darstellung alle ihm zugänglichen Quellen, die allerdings schon reichlicher flossen als in der früheren Epoche, benützen können; namentlich seit dem Erscheinen der Wiener „Gleichheit", der geradezu klassischen Zeitung des arbeitenden Volkes in Österreich, die Viktor Adlers Geist ausströmte, war ihm ein reiches Material dargeboten, das in seiner lebendigen und anziehenden Form zu fesseln, aber auch zu erschüttern vermag; denn hier trat der Befreiungskampf, den das Proletariat Österreichs um seine wirtschaftliche und politische Befreiung kämpfte, in lebendige Erscheinung, ebenso wie das grauenhafte Bild des sterbenden Habsburgerreiches, jenes Kerkers der Nationen. In den knappen Notizen und Glossen, die von der Unterdrückung des Proletariats Zeugnis ablegten, tat sich der ganze Jammer unseres früheren Vaterlandes auf, das seine Arbeiterschaft schlimmer behandelte als ein Eroberer ein besiegtes Volk.

Für den geschilderten Zeitraum standen dem Verfasser, ebenso wie bei den zwei ersten Bänden, auch zahlreiche Aktenstücke des früheren Ministeriums des Innern zur Verfügung, die zweifellos geeignet sind, manches Dunkel zu erhellen. Der Verfasser hat auch diesmal bei Wiedergabe der aus amtlichen Quellen stammenden Mitteilungen, stets die Herkunft angeführt, denn gerade die von „autoritativer" Seite herrührenden Daten und Tatsachen sind zumeist sehr bezeichnend für den Geist einer hoffentlich für immer versunkenen Zeit.

Naturgemäß hat der Verfasser auch einen entsprechenden Raum der Darstellung der internationalen Bewegung des Sozialismus gewidmet, dessen Zweig, und zwar einer der blühendsten, die österreichische Sozialdemokratie ist. Hat doch seit dem ersten Tag, da der große Gedanke des Internationalismus sich zu verwirklichen begann, das österreichische Proletariat in voller Erkenntnis und klarer Einsicht sich in die Reihen der sozialistischen Internationale gestellt! Und diesem Gedanken, in dem zugleich ernster Befreiungswille wie wahre Humanität leben, wird die österreichische Arbeiterschaft in unvergänglicher Liebe und Treue anhängen, zumal gerade das österreichische Proletariat, mehr als irgend-

wo ein Proletariat, die geistigen und wirtschaftlichen Verheerungen am eigenen Leib verspürte, die der Nationalismus anrichtete. Der Nationalismus hierzulande war mit eine der gewaltigsten Ursachen für den furchtbaren Krieg, der die ganze Welt durchtobte.

Auch im vorliegenden dritten Band hat sich der Verfasser vollauf bemüht, die wichtigsten Vorgänge so darzustellen, wie sie sich ihm aus den Quellen ergaben oder wie er sie selbst miterlebte und auf sich wirken ließ; namentlich, was die Ereignisse von 1885 an betrifft, da er als junger Student in die Reihen des organisierten Proletariats trat. Es mag sein, daß die Darstellung manchem vielleicht zu subjektiv erscheinen mag, allein er strebte an, Objektivität und Leidenschaftslosigkeit zu bewahren. Ist das aber möglich und ist dies vor allem dann möglich, wenn man mit ehrlicher Liebe an einer großen herrlichen Sache hängt? Da geht einem oft das Herz über.

Wien, im August 1922.

Der Verfasser.

Weltreaktion

Die erste große Internationale der Arbeiterschaft war zusammengebrochen, zusammengebrochen, nachdem sie etwas mehr als zehn Jahre bestanden hatte. Innere und äußere Ursachen hatten den Zusammenbruch herbeigeführt. Vor aller Welt hatte sich die schwere Zwietracht offenbart, die in ihren Reihen schon seit geraumer Zeit geherrscht hatte und deren Beilegung sich als unmöglich erwies. Dazu kam der konzentrierte Kampf, der von den Machthabern allerorten und mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln wider sie geführt wurde, mit Mitteln der Willkür, ein klein wenig verbrämt mit einem Schein von Recht, höchstens mit Ausnahmegesetzen, die damals zum erstenmal in die Legislative einzogen, wie beispielsweise in Spanien und Frankreich. In Mitteleuropa freilich bedurfte man gar nicht dieses Scheines von Recht, denn hier hatte sich zu rechter Zeit an Stelle des Gesetzes die brutale Polizeigewalt eingestellt. In diesen Staaten griff man erst später zu den Krücken und Knüppeln der „gesetzlichen" Ausnahmezustände, die allerdings im Laufe der Zeit ihre Kraft verloren und naturgemäß verlieren mußten, da ganze Bevölkerungsschichten den Sozialismus in sich aufnahmen; gegen derartige „Massenverseuchung" konnte es keines jener Heilmittel geben, wie es etwa die staatsmedizinische Wissenschaft Bismarcks in Anwendung brachte.

Der Zusammenbruch der ersten Internationale bedeutete aber glücklicherweise noch keineswegs ein Verschwinden des Gedankens des Internationalismus; es war eben nur die Form in Brüche gegangen, der Inhalt aber geblieben! Hatte doch der Gedanke des Internationalismus schon allenthalben zu tiefe Wurzeln gefaßt! Er mußte darum wieder zu neuem Leben erwachen, vor allem in dem Augenblick, da die Bedingungen für seine Lebensfähigkeit wieder gegeben waren.

Und sie traten nach etwas mehr als einem Dezennium wieder ein, zumal all die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse der Arbeiterklasse sich derart gestalteten, daß eine internationale Verbindung der Klassenangehörigen aller Staaten eine gebieterische Notwendigkeit wurde. Der internationalen kapitalistischen Produktionsweise und der internationalen Organisation des Kapitals mußte sich auch die internationale Organisation des Proletariats entgegenstellen; die eine weltumfassend wie die andere.

Der Zusammenbruch der ersten großen Internationalen Arbeiterassoziation wurde vom Unternehmertum und seinem Anhang in allen Landen mit hellem Jubel aufgenommen; unter dem Halali der Treiber und Jäger des Kapitalismus und der ihm verbündeten Mächte wurde das Edelwild zur Strecke gebracht. Für einen Augenblick hatte die vereinigte Weltreaktion gesiegt....

Die Internationale erstarb, wie es den Anschein hatte, aber sie lebte trotzdem fort. Auf die Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern blieb ihr Fall nicht ohne Rückwirkung. Bei uns zulande, wo ihre Anhänger in den ersten Jahren ihres Bestandes zahlreich waren, wenn auch nicht

so zahlreich wie die heilige politische Polizei Österreichs glauben machen wollte, um den besitzenden Klassen das Gruseln zu lehren, waren zu jener Zeit die Verhältnisse in der Partei geradezu trostlose.

Aber auch in den anderen Industriestaaten mit vorgeschrittenen Organisationen der Arbeiterschaft zeigte sich alsbald die Reaktion. Vor allem in den romanischen Staaten und insbesondere in Frankreich, wo die neue chauvinistische Bourgeoisie voll Rachedurst wider das Proletariat wütete, das 1871 gewagt hatte, die Fesseln des Kapitalismus für immer brechen zu wollen. Neben der Revanche gegen das neue Deutsche Reich, die das Leitmotiv des französischen Bürger- und Unternehmertums in der äußeren Politik der noch auf schwachen Füßen stehenden Republik wurde, hatte sich in der inneren Politik die Bourgeoisie das Prinzip der Wiedervergeltung gegen das Proletariat der Kommune zur Regierungsmaxime gewählt. Politische Parteien von sonst ganz entgegengesetzten Programmen, fanden sich in der Republik in herzinnigem Verein zur Bekämpfung gegen den Sozialismus zusammen: Monarchisten, Klerikale, Antiklerikale, kurzum die „ganze reaktionäre Masse" bekundete offen das Bestreben, an den Kommunards, deren Grausamkeiten und Frevel nach den Darstellungen der bürgerlichen Zeitungsschreiber und Historiker täglich ins Riesenhafte wuchsen, blutige Rache zu nehmen. Die Mac Mahon, Thiers und radikalsten Schreier von Links wetterten in Volksversammlungen sowie im gesetzgebenden Körper gegen die Sozialisten und namentlich gegen alle jene, die im Geruch standen, der Internationale angehört zu haben. Die Frucht ihrer Bemühungen war jenes Blutgesetz, das gegen die Anhänger der Internationalen Arbeiterassoziation Anwendung finden sollte und das mit den schwersten Strafen die Zugehörigkeit zu einer derartigen Verbindung belegte. In dem internationalen Kampf des Unternehmertums, das überall die Regierungen in ihr Schlepptau nahm, ging, wie schon im zweiten Band dargelegt, die französische Republik voran. Vergessen waren die großen Traditionen von 1789 und 1848, die einst die ganze Welt mit ihren menschheitsbefreienden Gedanken erfüllt hatten! So weit hatten es ein profitgieriger Kapitalismus und blindhassender Militarismus gebracht. Frankreich, das immer, wie seine großen Männer mit Recht rühmend verkündeten, der ganzen Menschheit die Fahne der Freiheit vorangetragen hatte, trug diesmal das Schandbanner allen Staaten voran; es marschierte an der Spitze der Weltreaktion.

Spanien, das seit Jahrhunderten ein unbezwingbarer Hort des Pfaffentums und einer skrupellosen Adelsclique war, folgte der französischen Republik auf dem Fuß. Seinen Regierenden war der Schrecken in die Glieder gefahren, da ja kurz vorher das Volk Versuche gemacht hatte, sich von dem Gelichter zu befreien.

Und Italien, das sich national geeinigt hatte, war noch allzusehr von seinem Siegestaumel erfüllt, als daß es andere Gedanken hätte aufkommen lassen, als solche des wildesten Nationalismus. Dazu kam noch, daß seit jeher in diesem Land das Proletariat der schamlosesten Ausbeutung und krassesten Unbildung ausgeliefert war. Das blühende Land der Schönheit hatte seit Jahrhunderten eine Einwohnerschaft, die in schwerstem Elend und bitterster Not lebte. Nirgends stand der arbeitende

Mensch auf so niedriger Stufe als im Lande der leuchtenden Sonne und des blauen Himmels. Die brennenden Strahlen schienen auf ein Volk herab, das hungerte und in Lumpen gekleidet war und das, da es auf Erden bei den Herrschenden, die nur auf ihre goldenen Ziele bedacht waren, keine Hilfe fand, vergeblich Hilfe beim Himmel suchte. Aber auch die „Mittler zwischen Mensch und Gottheit", die Pfaffen, im neuen Königreich wollten oder konnten den Erdenhunger des Volkes nicht stillen. Aberglauben umfing die Massen des italienischen Volkes, von dem große Teile nirgends in der schönen Heimat Hilfe und Rettung fanden, sondern in die Fremde und Ferne ziehen mußten. Der italienische Arbeiter konnte sein Brot nicht mehr auf seiner Mutter Erde erlangen und mußte hinauswandern in die Welt, wo man seine fleißige Hand, seine Genügsamkeit nur zu sehr zu schätzen wußte; denn Italiens Arbeiter unterboten stets die anderen. Die aber im Land verblieben, blieben entweder stumpf und trotteten geduldig einher, oder sie liehen ihr Ohr den blutigsten Lehren. Dazu kam, daß der junge Kapitalismus und seine Exekutive, die Regierung, gegen den erstehenden Sozialismus mit ausgesuchter Brutalität vorging!*) Damals schon begann in den romanischen Ländern vor allem der Anarchismus; die Apostel der „Propaganda der Tat" hatten dort ihre gläubigsten Anhänger gefunden. Neben den slawischen Völkern haben sich die Romanen stets als die aufnahmsfähigsten Schüler der radikalsten Theoreme gezeigt und jene so oft zu Verschwörungstaktik neigenden Politiker und Köpfe, wie Bakunin, haben bei den Romanen die ersten und freudigsten Anhänger gefunden, sicherlich vor allem darum, weil hier die Massen am ausgebeutetsten waren und weil sie am längsten von den Herrschenden in Unbildung gehalten wurden. Ausbeutung und Unwissenheit, Verzweiflung und Elend sind der Nährboden der blutigsten Lehren ja immer gewesen! Selbst als im Norden Europas der Anarchismus schon längst überwunden war, fand er bei den Romanen noch immer Anhänger bei den

*) Ein beredtes Zeugnis, wie die italienische Regierung und ihre Sbirren gegen die Sozialisten im Lande vorgingen, findet sich auch in österreichischen offiziellen Aktenstücken, also nicht bloß in Zeitungsstimmen einer Partei! So heißt es in einem Berichte des k. u. k. Botschafters in Rom, Grafen Wimpffen, über die sozialistische Bewegung in Italien vom 24. Dezember 1880:

„Während die republikanische Bewegung in Italien in den letzten Monaten zu einem politischen Faktor herangewachsen ist, vermochte die mit derselben rege verwandte sozialistische Agitation bisher daselbst keine tieferen Wurzeln zu fassen. Die Erklärung dieser Erscheinung bieten zunächst die speziellen industriellen und finanziellen Verhältnisse des Landes; denn während es in einer Hinsicht bei dem Mangel an eigentlichen Fabriksstädten und an bedeutenden industriellen Etablissements in Italien an den lokalen Grundbedingungen zur Entfaltung des Sozialismus fehlt, benimmt letzterem die relativ gleichmäßigere Verteilung des Kapitals einen seiner gewichtigsten Argumente, um gegen die angebliche Ausbeutung des Arbeiters durch das Kapital anzukämpfen."

In einem anderen Berichte des Generalkonsuls in Mailand vom Jänner 1881 heißt es: „Die Sozialdemokraten Oberitaliens hatten sich alle Mühe gegeben, einen Kongreß in Mailand zustande zu bringen. In dieser Stadt befindet sich nämlich jetzt der Sitz oder vielmehr der Herd des italienischen Sozialismus. Die Regierung jedoch, welche sonst

Massen. Der Fanatismus ging so weit, daß Italien nebst seinen Arbeitern auch — anarchistische Mörder in die Welt hinaussandte. Ein großer Teil jener, die Schreckenstaten, politischen Motiven entsprungen, bald hier, bald dort verübt hatten, waren Italiener. Es braucht diesbezüglich nicht erst an bestimmte Namen und Taten erinnert zu werden...

Im neuen großen Deutschen Reich war auf die großen Siege in Frankreich bald kalte Ernüchterung gefolgt. Der Kapitalismus hatte hier einen nie geahnten Aufschwung genommen; das Bürgertum, das sich zum großen Teil zu einem Unternehmertum schlimmster Sorte herausgebildet hatte, kannte außer seinen nationalistischen Exzessen nur noch den Gott des Mehrwerts. Aus dem Volk der Dichter und Denker war wie mit einem Zauberschlag ein Volk der Händler und Jobber geworden, dem nichts über den heiligen Geldsack ging. Mit seinen Siegen, die eigentlich die Siege des Proletariats waren, denn die Arbeiter in Nord und Süd waren ja das eigentliche Volk in Waffen, wollte die Bourgeoisie nur ihre politische und wirtschaftliche Macht vergrößern und befestigen. Das Bürgertum sah seinen Heros nur in Bismarck und seinen Feldherrn, die ihm die Milliarden der französischen Kriegsentschädigung ins Land gebracht hatten. Das Unternehmertum wurde stolz und protzig, denn in unverhältnismäßig kurzer Zeit war es ihm geglückt, auf den ihm bis dahin verschlossenen oder wenigstens nicht in so hohem Maß zugänglich gewesenen Weltmarkt zu gelangen.

Das Kapital begann nun zu „arbeiten", das heißt, das arbeitende Volk in den Städten und auf dem Land mußte schaffen, Werte und Mehrwerte. Es mußte uneingeschränkt produzieren, so viel sein Zwingherr ihm gebot. Und der Lohnarbeiter erhielt als Äquivalent für seine Arbeit nur so viel, daß er mit Mühe sein Dasein fristen konnte. Das wirtschaftliche Bild, das das neue Deutsche Reich bot, war: auf der einen Seite Pracht, Herrlichkeit, Macht, Erzeugnisse des menschlichen Fleißes ohne Zahl, auf der anderen Not, Elend, bitterste Sorge, Unterdrückung,

---

gegen Irredentisten und Republikaner die größte Nachgiebigkeit zeigt, verfährt gegen die Sozialisten mit drakonischer Strenge und setzt sich bisweilen, was die Unverletzlichkeit der persönlichen Freiheit und des Domizils betrifft, öfters über das Gesetz hinweg. Sie besitzt in Mailand einen ehernen Quästor, dessen Marotte es ist, überall Sozialdemokraten zu wittern. Daher kommt es, daß diese unaufhörlich verfolgte und gehetzte Partei einer einheitlichen Organisation und einer Leitung entbehrt. Um der Aufsicht der Polizei in Mailand zu entgehen, vereinigen sich jetzt mehrere Häupter in dem sehr königlichen Monza in einem Lokal, welches der dortige bekannte Arbeiter und Volkstribun Berethe ihnen zur Verfügung stellt."

Der geplante Kongreß der Partei konnte nicht in Mailand abgehalten werden, sondern fand in Chiasso in der Schweiz statt. „Mehrere Tage nach Abhaltung des Kongresses wurden von jungen Sozialisten Aufrufe an die Mauern der Häuser Mailands angeschlagen, jedoch sogleich von der Polizei entfernt. Alle Urheber wurden gefangengesetzt."

Der Bericht unseres italienischen Vertreters mutet etwas eigenartig an, wenn man berücksichtigt, daß die Wiener Polizei zu jener Zeit um kein Haar weniger brutal gegen die Sozialdemokratie vorging! Aber in Österreich war man damals liberal, ja republikanisch, wenn das Ausland in Betracht kam!

ein Verdammtsein zu hartem Frondienst; das neue, große Deutsche Reich wurde, wie Herwegh treffend sagt, ein Reich der Reichen! Die Arbeiterschaft hatte eine politische Vertretung in der gesetzgebenden Körperschaft, ja noch mehr, seine Vertreter waren zum Teil sogar Sozialdemokraten, die großen Vorkämpfer des sozialistischen Gedankens im deutschen Volk. Die Regierenden sahen es nun mit Schrecken, daß die verelendenden Massen den Vertretern des Sozialismus in immer größerer Zahl treue Gefolgschaft leisteten, denn mit Unerschrockenheit und Selbstverleugnung traten diese Auserlesenen des Volkes für dessen unveräußerliche ewige Rechte ein. Sie wagten es als die einzigen in der großen Schar der vor den Thronen der Hohenzollern, Wittelsbacher und aller übrigen, aber auch vor den Thronen des Geldsackes Knienden, die große Wahrheit und ein reines Evangelium zu verkünden, dessen Verwirklichung all die Throne, ob von Gottes oder Mammons Gnaden, stürzen mußte! Und die Angehörigen der beiden Throne verbanden sich zu Gewalt wider die Majestät des Volkes, wie so oft schon seit dem Bestand der menschlichen Gesellschaft. Das Gesetz bot ihnen wohl manche bequeme Handhaben genug, auf daß ihr Wille vollzogen werde, allein trotzdem vermochten sie nicht, den Willen des Volkes niederzutrampeln. Und da griff man kurzerhand entschlossen zu Ausnahmsgesetzen wider alle jene, die nicht gesonnen waren, sich vor Thronen und Mächten zu beugen.

An der Spitze derer, die die heilige Ordnung im Staat und in der Gesellschaftsordnung um jeden Preis zugunsten der bevorrechteten Klassen aufrechtzuerhalten entschlossen waren, stand des neuen Reiches „Schmied", Fürst Bismarck, und um ihn der große Troß der Junker, Mucker und Jobber in Stadt und Land, ohne Unterschied des religiösen Bekenntnisses. Man weiß ja, daß immer, wenn irgendeine schlimme Tat verübt werden soll, irgendeines jener großen Verbrechen am Volk und an der Menschheit, dies stets unter der Maske eines großen Phantoms und unter Aufwand schöner Worte und Gesten geschieht. So wie man einst in längst vergangenen Tagen unter feierlichem Pomp, wie er nur der römischen Kirche zu Gebote stand, Menschen, Ebenbilder Gottes, in eben dem Namen Gottes zu dessen höherer Ehre und zu seinem Ruhm marterte und verbrannte, so ging man auch jetzt daran, im Namen von Gott, Kaiser und Vaterland, für Thron und Altar, ganze Schichten der Bevölkerung außerhalb des Rechtes zu stellen. Und zu wessen Gunsten geschah dies? Waren wirklich Thron, Altar und Vaterland gefährdet? Waren es nicht vielmehr ganz materielle, grob materielle Interessen von Großgrundbesitzern und Großindustriellen, von Junkern und Händlern, die aufschrien, als von arbeitenden Menschen die Forderung erhoben wurde, menschlich leben zu wollen im neuen Deutschen Reich, das sie selbst mit ihrem Blut gekittet? Und zum Schutz einer kleinen Minderheit der Gesellschaft wurde ein Eisenwall aufgerichtet, der verhüten sollte, daß Menschen, die ihre Pflichten als Bürger eines Gemeinwesens erfüllten, zu ihrem natürlichen Recht gelangen, daß Bürger, die die Schlachten geschlagen und das „Vaterland" groß gemacht hatten, nicht in Elend verkommen! Wider sie wurden Richter, Polizisten und Militär aufgeboten, kurz die ganze Gewalt, die einem auf die sogenannte

Autorität gegründeten Staatswesen zu Gebote steht. Skrupellos schritten alle Machthaber über die gesetzlichen und moralischen Bedenken hinweg, in dem Bestreben, eine Klassenherrschaft zu etablieren, die „Diktatur der Bourgeoisie", die um kein Jota besser war als die viel geschmähte „Diktatur des Proletariats"! Bismarck und seine zu jedem Streich bereiten Helfer zögerten keinen Augenblick, die schlimmste Tyrannei in deutschen Landen aufzurichten, die allmählich zu einem Mal der Schande in der Welt wurde. Kaum, daß vereinzelte Stimmen aus dem deutschen Bürgertum sich dagegen erhoben, denn dem blutigen Heros wagte ja niemand ernstlichen Widerstand zu leisten oder es mochte dies auch keine Partei des Deutschen Reiches tun. So schwer wurde noch nie der deutsche Namen auf dem Erdenrund geschädigt als in den Tagen, da die Gesetzgeber Deutschlands in aller Form jene Bestimmungen beschlossen, die sich gegen die Sozialdemokratie richteten. Ohne Scham und ohne Scheu wurden die Anhänger des Sozialismus als außerhalb des gemeinen Rechtes stehend erklärt und die Staatsrechtslehrer wie die Männer der Wissenschaft haben, mit ganz wenigen Ausnahmen, in jenen Tagen alles gebilligt, was zur Bekämpfung der Partei „von Rechts wegen" geschah. Damals zeigte sich das große Deutsche Reich in seiner tiefsten geistigen und menschlichen Erniedrigung. Gegen die eigenen Volksgenossen kehrte sich ja das „Schwert des Rechtes", schonungslos und ohne Erbarmen!

Und weit schlimmer war noch, daß andere Staaten, wie die österreichisch-ungarische Monarchie, sich bald anschickten, dem Beispiel des „großen Kanzlers" zu folgen. Bismarck war sozusagen der Schrittmacher der Reaktion in Europa geworden und seine Autorität erschien den staatsmännischen Däumlingen hierzulande als die unanfechtbare und unantastbare. Mit dem starren Blick der Bewunderung verfolgte man den Gang der Ereignisse drüben und man lechzte förmlich nach der Gelegenheit, die Bismarcksche Heilmethode wider die Sozialdemokratie auch ehebaldigst hier zur Anwendung zu bringen. Man machte auch durchaus kein Hehl aus diesen Absichten; die Zeitungen des scharfmachenden Bürgertums, selbst die offiziösen, konnten die Energie Bismarcks gar nicht genug anstaunen und einen österreichischen Bismarck herbeisehnen, der gleichfalls die Sozialisten nach seiner Art kurieren sollte. Und dabei war die österreichische Sozialdemokratie damals sowohl was ihre numerische Kraft als was sie intellektuell bedeutete mit der des Deutschen Reiches gar nicht vergleichbar. Das tat aber den österreichischen Machthabern nichts, wenn es nur gegen die „Vaterlandsfeinde" ging, und wäre ihre Schar noch so klein. Mit geradezu sklavischer Scheu ahmte man die Bekämpfung des Sozialismus in der Folge auch hier nach; man hatte es den Deutschen auch bis in die kleinsten Einzelheiten abgeguckt, wie sie die sozialdemokratische Arbeiterschaft behandelten. Es wird bei Erörterung der Sache klar gezeigt werden, wie identisch die diabolischen Mittel waren, die zur Anwendung wider den „inneren Feind" kamen.

So war auf dem europäischen Festland in allen Industriestaaten die Reaktion siegreich eingezogen; die Bourgeoisie und das Unternehmertum waren Sieger über den Sozialismus, den die Gesetzgebungen der Staaten in Acht und Bann taten.

In England hatten wohl die dortigen Arbeiterorganisationen an Zahl ihrer Angehörigen bedeutend zugenommen, allein die Arbeiterverbindungen des Inselreiches, die „Trade Unions", waren noch nicht zum Gedanken des Sozialismus emporgereift, wiewohl auch schon damals in weiten Kreisen des englischen Proletariats sich gegen die Bestrebungen des Sozialismus, der jahrelang unter der Arbeiterschaft des Inselreiches keinen Anhang finden konnte, nicht mehr jener feindliche Widerstand erhob und lebendig war wie früher. Freilich kam es hier niemals zu so festgefügten sozialistischen politischen Organisationen wie etwa in Deutschland. Die Ursachen hievon liegen vornehmlich in den eigenartigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen des Landes.

Österreich von 1878 bis 1889

Die Spanne Zeit von elf Jahren war für die österreichisch-ungarische Monarchie politisch und wirtschaftlich von der höchsten Bedeutung, zumal sie in ihren Ausstrahlungen für die künftige Gestaltung des habsburgischen Nationalitätenstaates bis zu dessen Ende mitbestimmend war. Diese Ära war sozusagen der Anfang vom Ende jenes Österreich, von dem es durch Jahrhunderte hieß, es werde das letzte Reich auf dem Erdenrund sein. („Austria erit in orbe ultima!")

Politisch waren diese Jahre von der höchsten Bedeutung, weil die seit dem Beginn des Verfassungslebens in Österreich mächtige deutsch-liberale Bourgeoisie, der sich der sogenannte verfassungstreue Adel in Erkenntnis seiner egoistischen Ziele beigesellt hatte, in ihrer nur durch Demütigung vor der „Krone" eingeschränkten Herrschaft den ersten Stoß durch den wiedererstandenen, eigentlich immer latent gewesenen Klerikalismus, Feudalismus und Föderalismus erhielt; dazu kamen aber noch die Strömungen und Bestrebungen in den kleinen und mittleren Schichten der städtischen und ländlichen Bevölkerung, die allmählich erkannt hatten, daß das Regierungssystem im ersten Dezennium der liberalen Verfassungsära ausschließlich den Interessen der Klasse des Großgrundbesitzes und des großen Unternehmertums dienstbar gemacht worden war. Die gesetzgebenden und verwaltenden Körperschaften in Reich, Land und Stadt waren nichts als die Exekutive der besitzenden Klassen in Stadt und Land, wie die hohe Beamtenschaft überall und durchweg sich als die Exponenten dieser völlig ausgebildeten Herrschaft einer Klasse darstellte und meistens sich auch als solche fühlte. Neben diesem ökonomischen Moment, oder besser gesagt, gleichzeitig mit der Wirksamkeit dieses Momentes, trat das nationale insbesondere in lebendige Erscheinung. Die Deutschen in Österreich, ihre Industrie und ihr Besitz in Stadt und Land, in allen Provinzen, hatten sich vermöge ihrer ökonomischen und intellektuellen Mittel als die Herrscherklasse über die „inferioren" und geschichtslosen Nationen gesetzt, die nun ihrerseits bestrebt waren, einmal zum Bewußtsein ihrer Zahl erwacht, das wirtschaftliche und nationale Joch, von dem sie sich schwer bedrückt fühlten, abzuschütteln.

Schon in den ersten Jahren des Verfassungslebens war es vor allem den Polen geglückt, den deutschen Bürokratismus und Zentralismus in Galizien zu depossedieren und durch die Verwirklichung einer sogenannten Landesautonomie sich für eine ganze Reihe von früher der Reichsgesetzgebung unterworfenen Angelegenheiten von Wien zu emanzipieren; das Gros der Bevölkerung hatte hievon nicht allzu viele Vorteile, denn an Stelle der früheren Herrschaft der deutschen Bürokratie trat die ganz ungezügelte Herrschaft des polnischen Adels, der unrühmlich bekannten Schlachta, deren Walten auf den polnischen Volksmassen nicht weniger schwer lastete. Jahrzehnte hindurch, bis zur Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Österreich, 1907, erhielt sich nahezu ungeschwächt im Osten der Monarchie das Regiment der polnischen Adelskaste.

Der zweite Gegner des deutschen Zentralismus, der wider den Wiener Reichsrat mit aller Macht Sturm lief, war der böhmische feudale Großgrundbesitz von der Gattung der Schwarzenberg, Thun und ähnlichen Gewaltigen. Diese Herren, von denen ein nicht unbeträchtlicher Teil der tschechischen Sprache nicht einmal mächtig war, verbanden sich, die alten historischen Rechte der Länder der heiligen Wenzelskrone vorschützend, zur Wahrung ihrer eigenen Privilegien, außer mit den Klerikalen, denen ja bekanntlich hochgeborener Besitz als etwas Evangelisches galt, mit den glühendsten tschechischen Nationalisten und Antiklerikalen. Die politischen Nachkommen der Sistierungsgrafen von 1864, die Belcredi und ihre Standesgenossen, schienen 1871, als kometenartig das System Hohenwart auftauchte, am Ziel ihrer Sehnsuchtspläne, die jedoch dann knapp vor ihrer Verwirklichung scheiterten. Noch war ihre Zeit nicht gekommen, denn noch einmal vermochte sich die deutschliberale Herrschaft wieder zu installieren. Die Kurie des böhmischen Großgrundbesitzes und die Vertreter des tschechischen Bauern- und Bürgertums blieben dem Wiener Reichsrat fern und nahmen eine scharfe Oppositionsstellung gegen die Regierung ein. Das kaiserliche Reskript vom 12. September 1871, worin Franz Josef dem tschechischen Volk von Böhmen, Mähren und Schlesien eine Sonderstellung im Reich, ähnlich der Ungarns, und die Krönung des Kaisers zum König von Böhmen verheißen hatte, wurde im Königreich allenthalben zum Hohn auf — weichem Papier gedruckt, verbreitet.

Gemeinsame Sache mit den Feudalen und den Nationalisten machten die Klerikalen allerorten und namentlich die Klerikalen aus den deutschen Alpenländern. Sie, denen die freiheitliche Verfassung und namentlich die Schulgesetze, die vom Papst verflucht worden sind, weil sie angeblich religions- und kirchenfeindlich waren, in Wahrheit aber für die religiösen Eiferer noch Raum genug hatten, Greuel und Frevel bedeuteten, vermeinten in der Wiedergeburt des unverhüllten Absolutismus, im Bund mit der vielgestaltigen reaktionär-radikalen Opposition, eine Wiederkehr der alten Machtvollkommenheit. Mit allen Kniffen der raffiniertesten Demagogie kämpften sie gegen das verfassungsmäßige Regime an und sie verbanden sich „mit Tod und Teufel" zu diesem hehren Zweck. In den Städten wie auf dem flachen Land organisierten die Diener der Kirche den Sturm, und Kapläne, Pfarrer, Bischöfe und gar Kardinäle stellten sich bereitwillig in den Dienst der „guten Sache". Von allen Kanzeln wetterten sie wider die gottlosen Gesetze der „Liberalen", die wirklich nichts weniger denn ausschweifend liberal waren. Mit geradezu diabolischen Künsten verstanden sie es, die mittleren Bevölkerungsschichten für ihre Ziele zu gewinnen, jene Volkskreise, die durch das wirtschaftliche Ausbeutungssystem des Großkapitals hart bedrängt wurden und waren. Das kleingewerbliche Bürgertum in den Städten und der kleine Grundbesitz auf dem Land, ökonomisch ungeschult und ohne alle Kenntnis der Wirtschaftsvorgänge, wurden nur allzu leicht die Objekte ihrer Agitation; auch die industrielle Arbeiterschaft sollte gewonnen werden; freilich waren diese Bevölkerungsschichten ein nur wenig geeignetes Agitationsmaterial, da sie damals politisch vollkommen rechtlos waren. Höchstens, daß sie als Mitläufer die Staffage zu

bilden hatte für das politische Spektakelstück, das von den meist hohen Herren des Großgrundbesitzes und der Kirche aufgeführt wurde, Verwendung finden konnte für und für.

„Oben", das heißt, auf der Höhe des Thrones, sah man die politische Wandlung der Dinge, die sich in Österreich zu vollziehen begann, gar nicht ungern. Man weiß ja, wie die Herren von Gottesgnaden nur immer gezwungen ein Quentchen ihrer Macht herauszugeben geneigt sind, wie sie, stets nur der „Not gehorchend, nicht dem eigenen Trieb" von den „Prärogativen" ihrer Kronen sich nur das abtrotzen ließen, was der gefährliche Augenblick heischt und wie sie dann wieder, wenn ihnen die Gelegenheit günstig erscheint, ihre feierlich geschworenen Eide ohne alle Gewissensregungen brechen und wieder heimfinden zu ihrer durch „göttliches Gesetz" verbrieften Allmacht.

Wie sagt doch, vor mehr als einem Jahrhundert, der deutsche Philosoph Johann Gottlieb Fichte:

„Die Zeiten der Barbarei sind vorbei, Ihr Völker, wo man Euch im Namen Gottes anzukündigen wagte, Ihr seiet Herdenvieh, die Gott deswegen auf die Erde gesetzt habe, um einem Dutzend Göttersöhnen zum Tragen ihrer Lasten, zu Knechten und Mägden ihrer Bequemlichkeit und endlich zum Abschlachten zu dienen; daß Gott sein unbezweifeltes Eigentumsrecht über Euch an diese übertragen habe, und daß sie kraft ihres göttlichen Rechtes und als seine Stellvertreter Euch für Eure Sünden peinigten ... Ihr habt gelernt, daß Ihr die Stärkeren seid und sie die Schwächeren, daß ihre Stärke in Euren Armen ist, und daß sie elend und hilflos dastehen, wenn Ihr die Arme sinken lasset!"

Drüben in Ungarn mußte Franz Josef, sollte er der Herrschaft nicht völlig verlustig werden, seine Macht mit der aristokratischen Klasse, der Gentry, teilen, der er als Entgelt dafür die magyarischen und andersnationalen Volksmassen zur Ausbeutung ausliefern mußte. Und die Herren der ungarischen Gentry, denen vor Jahrhunderten eine königliche Bulle einst sogar das Recht auf bewaffneten Widerstand gegenüber dem König, das heißt, das Recht der Revolution wider den „angestammten Herrscher" in aller Form rechtlich verbrieft hatte, verstanden in Dingen ihrer Verfassung, ihrer Rechte und Gerechtsame durchaus keinen Spaß. Diese Herren waren aus ganz anderem Holz geschnitzt, wie die bürgerlichen Träger der Klassenherrschaft diesseits der Leitha, die immer noch im gegebenen Augenblick vor dem Kaiserthron in geziemender Demut und ehrfurchtsvoll in die Knie sanken.

Während die liberale Bourgeoisie so allmählich vor dem Fürstenthron kapitulierte und durchaus servil war, wurde sie, durchaus nach Gepflogenheit von Emporkömmlingen, brutal nach unten. Für das politische und wirtschaftliche Unrecht, in dem die arbeitenden Massen des Volkes zu leben gezwungen waren, waren die Herren taub und stumm; für diese Massen gab es nach Ansicht der Herren nur eines, was in der früheren kaiserlichen österreichischen Armee seit Jahrhunderten bekanntlich als oberster Grundsatz galt: „Maul halten und weiter dienen!" Alle Bestrebungen, die darauf gerichtet waren, daß das Proletariat politische oder wirtschaftliche Macht erlange, wurden mit den landesüblichen Mitteln von Polizei, Kerker und ähnlichen Behelfen österreichischer vor-

und nachmärzlicher Regierungskunst niedergehalten. So kam es, daß das Proletariat Österreichs sich damals auf einem wirtschaftlichen und politischen Tiefstand befand, wie nirgendwo in einem anderen Staatswesen. Im ganzen zivilisierten Europa waren die Massen mit politischen Rechten ausgestattet, von denen sie auch ausgiebigen Gebrauch machten, während hierzulande das Streben nach Erlangung des allgemeinen Stimmrechtes für die gesetzgebende Körperschaft schon dem Verbrechen des Hochverrates gleich geahndet wurde. Österreich war in all den Jahren die selige Insel der Reaktion, auf der nur der Besitz in allen seinen Formen und Gestalten mit Rechten und Vorrechten ausgestattet war.

Seit Erlassung des Koalitionsgesetzes im Jahre 1870 hatten die Regierungen kein bedeutsameres Gesetz mehr zum Schutz der arbeitenden Klassen geschaffen. Unzählige Petitionen des Proletariats um Arbeiterschutzgesetze und Gewährung politischer Rechte, die dem Reichsrat übermittelt worden waren, verschwanden spurlos in den Archiven des hohen Hauses und nur vereinzelte bürgerliche Abgeordnete erhoben ihre Stimme zugunsten der Forderungen des Proletariats; aber ihr Ruf verhallte ungehört, gleich den Worten des Predigers in der Wüste. So kam allmählich im Proletariat, das sich von Gesellschaft und Gesetzgebung verlassen sah, das nirgends Schutz fand, die Verzweiflung, die stumme Hoffnungslosigkeit, die nichts mehr fürchtet und vor nichts mehr bangt, zum Durchbruch. So sehr sich auch die Wortführer der Arbeiterschaft bemühten, in Vereinen und Versammlungen, soweit solche von der Staatsregierung überhaupt gestattet wurden, auf die Massen beruhigend einzuwirken, gewann doch nach und nach der Radikalismus als Ausdruck und Ausfluß der Verzweiflung die Oberhand bei den proletarischen Massen innerhalb und außerhalb der Organisationen. Und diese Stimmung führte schließlich zur grauenvollen Praxis des Anarchismus, zur sogenannten „Propaganda der Tat", die bald da, bald dort, überall, wo Entrechtete und Geknechtete ihr kummervolles Dasein als Parias der Gesellschaft fristeten, zu wehevollem Ausdruck kam: Im Rußland des furchtbaren Zarismus, im Frankreich, wo eine schrankenlos ausbeuterische Bourgeoisie Wut und Rache wider die „Kommunards" schnaubte, im Deutschland einer siegestrunkenen und profitgierigen Unternehmerschaft und einer allmächtig und größenwahnsinnig gewordenen Militärkaste, im Italien des Hungers und der Armut. Und das einzige Heilmittel, das die Regierenden allerorten gegen die furchtbaren Gebreste des Staatskörpers kannten und in Anwendung brachten, waren brutale Ausnahmsgesetze, ersonnen von den großen und kleinen Bismarcks jener Tage.

Erst später gelangte man überall zur Einsicht, daß man mit diesem Heilmittel nicht das Auslangen finden könne und man schritt, wenn auch zögernd, an eine „soziale Reform", das heißt, man suchte wenigstens die schlimmsten und verderblichsten Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Gesellschaftsordnung einzudämmen oder tat so, als ob man hiezu den Willen hätte. Einsichtige Politiker und Gelehrte erkannten längst vorher schon die furchtbaren Gefahren, in die die ganze zivilisierte Gesellschaft geraten müßte, wenn die schrankenlose Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zum vollendeten System werden sollte; sie erhoben ihre warnende Stimme dagegen. Es waren

bezeichnenderweise gerade sogenannte Reaktionäre, die zur Abkehr vom eigensüchtigen Kapitalismus mahnten und zur Umkehr zu einer Art sozialen Christentums aufriefen. Sie waren freilich vor allem darauf bedacht, dort, wo die proletarischen Massen politische Rechte hatten, diese für „Thron und Altar" zu gewinnen und die Anhänger der glaubenslosen Sozialdemokratie, deren Verkünder ja zumeist „Juden" oder „Judenknechte" waren, auf ihre Seite zu bringen.

Mit den Wellen der Ausnahmsgesetze fluteten über Europa aber auch die Wogen des Sozialismus. Die frommen Herren in den gesetzgebenden Körperschaften begannen von Religiosität zu triefen und wollten mit salbungsvollen Sprüchen die sozialen Gefahren bekämpfen, daneben aber stimmten sie stets für alle Maßnahmen gegen Anarchisten und Sozialisten. Gleichwie in den früheren Jahrhunderten neben der heiligen Inquisition mit ihren Folterwerkzeugen und der „reinigenden Flamme", die schließlich den reuigen oder unbußfertigen Sünder verzehrte, vorher gewöhnlich noch die eifervollen Predigten der Patres vom Orden des heiligen Dominikus die Seelen wieder gläubig und fromm machen sollten. Der „christliche" Sozialismus wurde förmlich Mode, zumal in den Kreisen des hohen Adels und überhaupt in jenen Zirkeln, wo man Geist und Körper nicht allzusehr mit Arbeit überlastete. Auch in Österreich. Hier wurden nach dem Sturz des liberalen Regimes Graf Eduard Taaffe, der Bedränger der Sozialisten von einst, und seine Partisane die parlamentarischen und politischen Apostel der neuen Heilslehre. Aber sie hatten, obwohl sie anderes gewollt, schließlich doch die Grundlagen schaffen müssen für eine soziale Reform, wie man dies damals nannte. Sie erkannten, daß sie mit der Inquisition der Ausnahmsgesetze allein die Gefahren nicht zu bannen vermögen würden, und so entschlossen sie sich denn, nicht allzu freudigen Herzens, eine Anzahl von Schutzgesetzen für die Arbeiterschaft zu schaffen, die dann auch das liberale Unternehmertum nur höchst widerwillig akzeptieren mußte. Freilich waren diese gesetzlichen Maßnahmen nur Halbheiten und Stückwerk, oft als reaktionäre Maßnahmen gedacht, wie etwa die Wiedereinführung der Gewerbegenossenschaften und ihrer zünftlerischen Bestimmungen. Was aber nach den Intentionen der Gesetzgeber der organisierten Arbeiterschaft zum Fluch und zum Hemmnis werden sollte, wurde ihr zum Segen und zur Förderung. Die allmählich sich wieder einende Sozialdemokratie hatte die schwersten Prüfungen glücklich überstanden und nach und nach wurde ihre Zukunft wieder lichter und sonniger.

In allen Ländern, wo der Kapitalismus schrankenlos geherrscht und seine Molochsopfer gefordert hatte, waren es vor allem die konservativen Parteien in den Parlamenten, die sich anschickten, dem Treiben des wirtschaftlichen Liberalismus Einhalt zu tun; aber beileibe nicht aus Menschenliebe allein, sondern um damit vor allem den ihnen feindseligen politischen Freisinn zu treffen. Die Konservativen, zumeist aristokratische Großgrundbesitzer oder Nutznießer des Millionengutes der „Toten Hand", sahen in dem Aufsteigen der demokratisch-bürgerlichen Klassenangehörigen eine Gefahr ihrer eigenen politischen und wirtschaftlichen Interessen. Sie erkannten ganz wohl, daß der Glanz des neuen Goldes ihre verblichenen Adelskronen bald überstrahlen und in den

Hintergrund drängen würde; aber nicht etwa Adelsstolz allein war es, der die Junker aller Länder zum Kampf gegen die „Schlotbarone" aufrief, sondern der Neid auf den neuen Geldadel, der mit einem Schlag alles, selbst Adel und Ahnen, kaufen konnte, und die Furcht, von diesen neuen Herren allmählich physisch und moralisch enteignet zu werden. Später fanden sich die Angehörigen des neuen und alten Adels wie des Neuen und Alten Testaments wieder zu herzinnigem Verein zusammen, und zwar im Kampf wider „den zerstörenden, entsittlichenden und gottlosen Sozialismus". Schulter an Schulter traten sie in die Arena für Thron und Altar! Der jüdische Fabrikant, der arische Großgrundbesitzer und der Fürst der katholischen Kirche! Galt es doch, die heiligsten Güter der Menschheit zu schützen und zu bewahren, die der Sozialismus arg bedroht: den beweglichen und unbeweglichen Besitz! Da verschwanden urplötzlich die alten Glaubensunterschiede, die Klüfte, welche die verschiedenen Weltanschauungen voneinander trennten. Hie Wolf, hie Waiblingen! war einst der Schlachtruf. Die Parole der Moderne wurde: Hie Sozialismus, hie Kapitalismus! Hie Ausbeuter, hie Ausgebeutete!

Im Deutschen Reich war es, wie schon gezeigt, der „Eiserne Kanzler", der zuerst die Anhänger der Sozialdemokratie unter besondere, das heißt unter besonders harte Gesetze gestellt wissen wollte. Die sozialdemokratischen „Vaterlandsfeinde" sollten schon wegen ihrer Gesinnung und Parteizugehörigkeit außerhalb des gemeinen Rechtes stehen. Schon vor Jahren*) hatte Bismarck den großen Königsgedanken gefaßt, die Sozialdemokratie durch Ausnahmsgesetze, die international zu beschließen wären, mit Kürassierstiefeln niedertrampeln zu lassen. Im Lande der Dichter und Denker sollten alle, die sozialistisch empfanden und handelten, Verbrechern gleichgehalten, ja unter gewissen Umständen sogar ihres Vaterlandes und ihrer Heimat beraubt werden können. Was anfangs der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts von ihm geplant war, aber allerdings damals nicht erreicht werden konnte, sollte nunmehr, da die sozialdemokratische Partei von Erfolg zu Erfolg eilte, in die Tat umgesetzt werden. So ging denn Bismarck daran, den Sozialismus mit allen Mitteln, die einer starken und brutalen Staatsgewalt immer zu Gebote standen, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Zwölf Jahre lang trieb er das Frevelspiel, Tausende von unschuldigen Volksgenossen wie Freiwild zu behandeln, in Kerker, Verbannung und Tod zu jagen, von Land zu Land zu hetzen, bis er selbst erkennen mußte, daß es unmöglich sei, am Ausgang des neunzehnten Jahrhunderts politische Verfolgungen und Ketzergerichte gegen große Volksteile schalten und walten zu lassen. Und Bismarck war ein Meister dieser Kunst; kein Mittel schien ihm zu schlecht, das in seinem wilden Haß gegen den verruchten Sozialismus von ihm und seinen gefügigen Helfern nicht in Anwendung gebracht worden wäre. Seine Polizei, seine Büttel, seine Staatsanwälte, seine Richter, seine Lockspitzel und schließlich seine Presse gingen skrupellos vor. Und als natürliche Reaktion auf seine staatsterroristischen Akte erfolgten private terroristische Taten seitens der zu Tode Gehetzten, die dem Mann von Blut und Eisen aber wieder nur als taugliche Mittel dienten, neue Repressalien an der Sozialdemokratie und ihren Angehörigen zu

*) Siehe Band II: „Der Kampf gegen die Internationale".

verüben. Seine alldeutschen und junkerlichen Verehrer und Nachbeter konnten nicht genug Rühmens und Aufhebens von diesem gewalttätigen Tun des „Säkularmenschen" machen, das eigentlich nur darauf abzielte, die Junker-, Pfaffen- und Kapitalsherrschaft dauernd zu sichern und die Ausbeutung der Volksmassen durch die genannten Klassen zu verewigen. Bis selbst seinem neuen Herrn, Wilhelm II., das Spiel seines Kanzlers zu gefährlich wurde, da der Hohenzoller befürchtete, es werde allmählich im Deutschen Reich statt einer Dynastie Hohenzollern, eine Dynastie Bismarck regieren.

Das Meer von Blut und Tränen, das der Kanzler über Tausende von Deutschen gebracht hatte, flutete endlich auch Bismarck hinweg .... Dumpf grollend wider seinen „kaiserlichen Herrn" zog er sich in den Sachsenwald zurück, um dann hie und da Wutschreie in die Öffentlichkeit zu schleudern.

Aber Bismarck und sein Regiment hatten leider Schule gemacht. Eine wilde Hetzjagd begann in allen Staaten des Kontinents wider den Sozialismus und seine Anhänger. Dieselben schäbigen und schändlichen Mittel wurden allenthalben gegen die Sozialdemokraten angewendet und — schließlich mit der gleichen Erfolglosigkeit. Konnte es denn auch anders sein? Vermag man denn ganze Menschenklassen auf immer einfach in die Kerker zu sperren oder niederkartätschen zu lassen?

In Österreich war es Graf Eduard Taaffe, der die Mission des Fürsten Bismarck, des Abgottes aller reaktionären Gewaltmenschen, für die Sozialisten der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder zur seinen zu machen suchte. Auch hier sollten Ausnahmszustände, polizeiliche Schandtaten, Bluturteile und ähnliche Instrumente den „Kampf wider den Umsturz" führen und die Sozialdemokratie gründlich und endgültig vernichten. Bis Graf Taaffe, der sonst so frivole, leichtlebige Staatsmann, zu der Erkenntnis gelangte, daß diese Regierungsmethode völlig ungeeignet sei, vergingen allerdings einige für das österreichische Proletariat schwere Jahre. Und der edle Graf gelangte schließlich, wie bekannt, zu dem Ergebnis, daß eine Regeneration des österreichischen Verfassungs- und Staatslebens nicht durch Blut und Eisen, sondern nur durch wirkliche Arbeiterschutzgesetze und durch Erweiterung der Grundlagen erfolgen könne, auf denen sich unsere gesetzgebende Körperschaft erheben müsse. Leider hatten die Jahre der Verfolgung und Qualen, denen die Sozialdemokraten in Österreich von Regierungs wegen ausgesetzt waren, so schwere Verheerungen an den Organisationen der Arbeiterschaft angerichtet, daß man einfach wieder darangehen mußte, von neuem zu beginnen, die Massen des arbeitenden Volkes mit politischer und wirtschaftlicher Bildung zu erfüllen und ihnen jene Schulung angedeihen zu lassen, die sie in den Stand setzen konnte, der geschichtlichen Mission des Proletariats gerecht zu werden. Die Jahre der Leiden und der Irrtümer waren für das Proletariat Österreichs wohl eine schwere Prüfungszeit, doch es stieg zu neuem Leben, zu einem jungen Morgen wieder empor. Der Kern der proletarischen Massen war von den vielen Heimsuchungen zu großem Teil unberührt geblieben, die alten Kämpfer sammelten wieder die Scharen des arbeitenden Volkes um das alte rote Banner und als die Morgensonne wieder am Horizont erschien, kam mit ihr neuerdings

das frühere und freudige revolutionäre Wollen, die einstige, des eigenen Seins nicht achtende Opferfreudigkeit und der zähe, nimmermüde Drang nach Befreiung vom politischen und wirtschaftlichen Joche. Die Kräfte, die gewaltsam niedergehalten worden waren, reckten sich wieder tatenlustig empor; sie waren gestählt worden von den dichten Hammerschlägen der Reaktion!

Daß im Deutschen Reich Bismarck und in Österreich Taaffe zu brutaler Gewalt fast ungehemmt schreiten konnten, davon lag ein guter Teil Ursache bei den bürgerlichen und vornehmlich den sogenannten freiheitlich-bürgerlichen Parteien und Politikern. Diese halbschlächtigen Parteien und Gesellen hatten ihre einst mit so großem Applomb verkündeten Grundsätze einfach als Plunder in die Rumpelkammer geworfen, so wie sie ihre Programme, je nach der Konjunktur, ummodelten. Was galt ihnen, die sich stets als die Helden der wahren bürgerlichen Freiheit aufspielten, die Freiheit in Wahrheit, wenn ihre Partei oder gar ihre persönlichen Interessen auf dem Spiele standen? Sie trieben mit ihren Grundsätzen einfach Schacher. Man nannte dies damals und heute noch reale Politik machen! Bismarck fand drüben keine beherzten Gegner in seiner Politik gegen die Sozialdemokratie und ebensowenig hier Graf Taaffe. Nur daß höchstens vereinzelte Persönlichkeiten hier wie dort den Mut fanden, schüchtern ihre Stimme wider die Gewaltmaßnahmen zu erheben. Sonst aber haben, wenn auch „blutenden Herzens", bürgerliche, sogenannte freiheitliche Politiker die Maßnahmen wider die Arbeiterschaft gutgeheißen!

Der Sturz der liberalen Herrschaft in Österreich wurde im letzten Grunde durch den Widerstand herbeigeführt, den die Machthaber den Bestrebungen der „Krone" auf Okkupation Bosniens und der Herzegowina entgegengesetzt haben. Sie erkannten in dem Geschenk, das ihnen 1878 die Berliner Konferenz gemacht hatte, ganz wohl, daß durch den Zuwachs großer slawischer Ländergebiete und deren Einverleibung in den ohnhin national zerklüfteten Staat der Monarchie aus dem Mandat des europäischen Kongresses nur arge Verlegenheiten und Gefahren entstehen könnten; sie erkannten aber vor allem, daß durch die Einbeziehung dieser Gebiete der deutschen Vorherrschaft in der diesseitigen Reichshälfte, auf die ja zum großen Teile im Jahre 1867 der Ausgleich mit Ungarn aufgebaut war, schwerer Abbruch zugefügt wurde, wenn einmal etwa die ruhenden nationalen Kräfte der Slawen zum Erwachen kämen. Es konnte kaum darüber ein Zweifel obwalten, daß dann Nord- und Südslawen, Polen und Ruthenen gegen die in der Minderheit befindlichen Deutschen in Zisleithanien, die dazu noch in gesonderten Siedlungsgebieten — in den Sudetenländern und Alpenländern, nebst den versprengten Volksteilen — wohnten, in absehbarer Zeit Sturm laufen würden. Die deutschen Liberalen erwiesen sich damals viel weitblickender und klüger als ihre Nachkommen von 1908 bis 1918, die „Siegfriedler", die nicht genug fremdnationales Gebiet in ihrem verfrühten Glorienrausch zu annektieren gewillt waren. Die führenden deutschen Politiker von 1878 und 1879 hatten in jenen Tagen mehr und größeren Mut aufgebracht gegenüber dem Ansinnen, das ihnen Franz Josef stellte, der um jeden Preis als ein „Mehrer des Reiches" in der

Geschichte seiner Hausmacht fortleben wollte, als dreißig Jahre später, 1908, da die Deutschen zur Annexion ja und amen sagten. 1878 sagte ein deutscher Politiker das prophetische Wort: „An diesem Bosnien wird noch die habsburgische Monarchie zugrunde gehen!"

So schwer es auch den Deutschliberalen ankommen mochte, der Krone auch nur einen leisen Wunsch zu versagen, geschweige denn ihren Herrschergelüsten ihre Unterstützung zu verweigern, so taten sie es diesmal doch in ihrer Mehrheit, wiewohl ein Teil von ihnen ganz offen frondierte. Allerdings mußten sie sich später oft genug den Vorwurf gefallen lassen, sie seien eine „faktiöse Opposition", einen Vorwurf aus allerhöchstem Munde, gegen den sie dann auch Jahrzehnte anzukämpfen hatten. Franz Josef, dem schon seit dem Beginn der Verfassungsära die Mitregierung und Mitbestimmung von noch so gesiebten Volksvertretern offensichtlich höchst unbequem war, da er darin eine Verletzung seiner von Gott eingesetzten Selbstherrlichkeit erblickte, wie er dies später ja vielfach durch die in seinem Namen und Auftrag bekundete Handhabung des § 14, dem nur schlecht verhüllten Verfassungsbruch, gezeigt, ließ die verfassungsmäßigen deutschen Minister ruhig fallen, als sie ihren Widerstand nicht aufgaben, und wandte sich nach einigen vergeblichen Versuchen, die Herren umzustimmen, an gefügigere Diener, an die Feudalen, Klerikalen, Konservativen und die vermeintlichen slawischen Intransigenten. Die ließen sich schon aus Haß gegen das frühere Regiment zu allem willig gebrauchen, was ihr kaiserlicher Herr gebieterisch von ihnen heischte.

Der Kurs wurde nun ein anderer. Der Kaiser griff wieder auf den Grafen Taaffe zurück, der einige Jahre vorher so vortrefflich die Rolle eines Moral- und Sicherheitswächters wider allzu großen Liberalismus im Bürgerministerium innehatte. Er war eine Zeitlang in Tirol Statthalter gewesen, in steter Bereitschaft, wenn „man" seiner bedürfen sollte....

Das liberale Ministerium Auersperg, das nach dem Sturz des Grafen Hohenwart die Regierung übernahm, hatte im Parlament unausgesetzte Kämpfe mit den eigenen Parteien zu bestehen, Kämpfe, die für seinen Bestand um so gefahrdrohender waren, als das ohnehin so gemäßigte liberale Regime am Kaiserhof nur ungern gesehen war. Völlig unhaltbar wurde aber die Lage der Regierung, als die deutschen fortschrittlichen Parteien den immer wachsenden militärischen Ansprüchen und Belastungen beharrlichen Widerstand entgegensetzten, unbekümmert darum, ob man sie von der Höhe des Thrones aus als „unpatriotische Elemente" bezeichnete. Nur unter Aufwand aller politischen und höfischen Künste und Pressionen gelang es stets, diese Widerstände zu besiegen. Ende 1877 und im Laufe des Jahres 1878 begann aber nach dem Siege Rußlands über die Türkei die Liquidation der sogenannten orientalischen Frage, das heißt, die europäischen Mächte gingen daran, die Aufteilung der Türkei vorzunehmen. Und Österreichs Herrscher und seine Ratgeber erachteten den Augenblick für günstig, ein gewaltiges Stück dieses Reiches aus der allgemeinen Beute zu ergattern. Bosnien und die Herzegowina sollten ihm zufallen; vorerst wurde Österreich-Ungarn vom europäischen Kongreß in Berlin die Besetzung und spätere Ver-

waltung dieser Länder übertragen. Ein für die Habsburgermonarchie verhängnisvolles Geschenk, dessen Erhaltung für Österreich immer schwieriger wurde, bis der große Krieg das Problem löste: mit dem Zerfall des Nationalitätenstaates Österreich.

Schon im Jahre 1878 drohte der Monarchie ein schwerer Konflikt um Bosniens und der Herzegowina willen mit Rußland. Es dürfte vielleicht wenig bekannt sein, daß in jenen Tagen, da die österreichisch-ungarische Diplomatie sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, die Völker dieses Reiches um ein Haar in einen Krieg mit dem großen nordischen Nachbarn verwickelt worden wären. Jahrzehnte vor dem großen furchtbaren Völkerringen wollten die Herrn Diplomaten in aller Stille schon die Bewohner Österreich-Ungarns mit ihrer Staatskunst überraschen und sie in ein schweres Abenteuer treiben, wenn es nicht noch im letzten Augenblick gelungen wäre, den gewaltigen Zusammenstoß damals zu verhüten. Vielleicht wäre in jenen Tagen schon der Zerfall des Habsburgerreiches eingetreten; nicht zuletzt war es aber die Befürchtung um das eigene Schicksal, die die „Räte der Krone" in jenen Tagen davon abhielt, den verhängnisvollen Schritt zu einem Krieg mit Rußland zu unternehmen. Die berühmten gemeinsamen Ministerkonferenzen vom Juli 1914, in denen der Krieg mit Serbien beschlossen wurde, hatten ihre Vorbilder in den Ministerberatungen, die zu Beginn des Jahres 1878 unter Vorsitz des Kaisers stattfanden.

So trat am 16. Februar 1878 hier ein Ministerrat unter Vorsitz des Kaisers zusammen, der sich „mit der orientalischen Angelegenheit und der Gesamtsituation angesichts der bevorstehenden europäischen Konferenzen" beschäftigte*). Hiebei hielt der damalige Minister des Äußern Graf Julius Andrassy ein „Exposé", in welchem er hervorhob, daß man die weiteren Expansionen Rußlands nicht mehr dulden könne und daß man vor allem den in Österreich herrschenden pazifistischen Bestrebungen entgegentreten müsse.

„Dann müßte auch dem Treiben", sagte Graf Andrassy, „der oppositionellen Presse in einer geeigneten Weise ein Ziel gesetzt werden, die den Frieden um jeden Preis predige." Sind das nicht die gleichen Töne, die man 1914 und während des Krieges aus dem Lager der Kriegsfreunde und Siegfriedler unausgesetzt hörte?

In der Debatte über die Ausführungen des Ministers des Äußern wies insbesondere der österreichische Finanzminister Freiherr v. Pretis darauf hin, „daß die Chancen eines Krieges, welchen wir allein gegen Rußland führen würden, mit so unsäglichen Gefahren für den Bestand der Monarchie verbunden wären, die er für seine Person zu übernehmen nicht in der Lage wäre".

Als Graf Andrassy wahrnahm, daß unter den Teilnehmern der Ministerkonferenz durchaus keine „kriegsfreundliche" Stimmung herrsche, lenkte er ein und erklärte, daß „die Politik, die er befolge, den Zweck habe, zu verhindern, daß es zum Kriege komme". Er trat dann dafür

*) Aus dem bisher unveröffentlichten Protokoll des gemeinsamen Ministerrates.

ein, daß wenigstens „mobilisiert" werde und beanspruchte hiefür einen Betrag von 100 Millionen Gulden.

Er meinte dann: „Ein Krieg mit Rußland sei nicht ohne Gefahren. Eine russisch-slawische Lösung sei aber der Tod der Monarchie ... Zu wissen, wie nahe oder fern der Krieg sei, hänge eben von dem Augenblick ab, daher es sich empfehle, daß man in diesem Moment schon über gewisse Mittel zu verfügen in der Lage sei."

Der Kaiser nahm am Schlusse der Beratung das Wort, um zu erklären, „daß es gut wäre, die Zeitungen in ein besseres Fahrwasser zu bringen, was allerdings nur eine Geldfrage wäre".

Dann heißt es im Protokoll des Ministerrates:

„Nach einer weiteren Diskussion, in welcher die bestehenden leidigen Verhältnisse der hiesigen (Wiener) Presse näher beleuchtet werden, wurde sich dahin geeinigt, eine in geeigneter Weise zu beschaffende Summe von 100.000 bis 150.000 Gulden zum Kauf von Blättern zu verwenden, welchen Vorgang als den zweckentsprechenden Seine Majestät zu genehmigen geruhten."

Einige Jahrzehnte später fand man in Österreich schon eine kriegswilligere Presse!

Nach mehreren Wochen bewilligten die Delegationen einen Mobilisierungskredit von 60 Millionen Gulden, bald darauf begann der Einmarsch österreichisch-ungarischer Truppen in Bosnien.

Nach vier Jahrzehnten war auch in den „Reichslanden" Bosnien und Herzegowina Österreichs Herrschaft vorüber! Alle Warnungen, die einst an die Regierenden gerichtet worden waren, sich dieser Gebiete nicht zu bemächtigen, waren vergeblich gewesen. Habsburg wollte um jeden Preis seine Macht ausdehnen und dafür mußten Österreichs Völker ihr Gut und Blut geben.

Die Regierung Auersperg war nach der Okkupation wegen des Widerstandes, den ihr die parlamentarischen Parteien geleistet hatten, „oben" unmöglich geworden. Noch schien aber dem Kaiser der Zeitpunkt nicht reif, unmittelbar darauf ein seinem persönlichen Geschmack und Gefühl entsprechendes Kabinett zu berufen; so griff er denn zu dem schon erprobten Mittel einer Übergangsregierung, die sich vornehmlich aus Beamten zusammensetzen sollte. Eine derartige Regierung dünkte dem Monarchen als die seinen Plänen und Absichten gefügigste, ob sie auch dem gesetzgebenden Körper noch so sehr mißfallen mochte.

„Sic volo, sic jubeo!" („So will ich, so befehle ich!") war auch ein habsburgischer Wahlspruch, wenigstens wurde er oft genug auch im „verfassungsmäßig" regierten Österreich durch die Tat bekundet.

Eine größere Macht als anderswo in konstitutionellen Staaten hatte ja in Österreich die „Krone" oder, richtiger gesagt, der Träger der Krone, der Kaiser. Außer den ihm in der Verfassung verbrieften Rechten übte der Monarch ungeheuren Einfluß auf alle Regierungshandlungen des ausschließlich von ihm ernannten und in erster Linie ihm verantwortlichen Ministeriums aus. Und mit größter Eifersucht wachte der Kaiser auch über diese seine Vorrechte. In der ganzen Ära des sogenannten verfassungsmäßigen Regimentes, das in Wahrheit in Österreich kaum

jemals bestand, gelangte zumeist nur der ausschließliche Wille des Monarchen zur Ausführung. Ob nun Liberale, Klerikale, Feudale in den Rat der Krone berufen wurden, immer galt der Wille des Kaisers als das oberste Gesetz! Und fand sich im Laufe der Jahrzehnte, da Franz Josef über seine Völker „mit mildem Szepter waltete", irgendeine Persönlichkeit oder eine Partei, die auch nur Miene machte, dem Worte oder einem Wink des Trägers der Krone nicht zu Willen zu sein, so dauerte es in der Regel nur ganz kurze Zeit, bis diese Persönlichkeit oder Partei in der politischen Versenkung für immer verschwand. Man nannte dies in jenen Zeiten Autorität!

Abgesehen davon, daß die in den Rat der Krone berufenen Männer zumeist schon von vornherein die Marke treuen Gehorsams an sich trugen, denn sie wären ja sonst von den unverantwortlichen Ratgebern aus der Umgebung des Kaisers gar nicht auf jene hohe Stellung berufen worden, fand sich doch hie und da ein geistig selbständiges oder gar ein widerstrebendes Element, das natürlich, sobald es nur anging, entfernt wurde. Meist für immer! Derart „ungnädig" behandelte Ratgeber der Krone gab es in Österreich einige.

Während in modern konstitutionell regierten Monarchien, wie etwa England, der Träger der Krone nur eine repräsentative Figur darstellt und nichts anderes, im übrigen, ohne Rücksicht auf Sympathie oder Antipathie gegen Personen oder Parteien, das tut, was die Mehrheit des Parlaments und damit die Mehrheit der Bevölkerung fordert, hatte in Österreich Franz Josef sich am liebsten mit ihm „genehmen" Personen umgeben, die „sein" Ministerium bildeten. Und so hielt er es bis an das Ende seiner Tage. Es ist bekannt, daß er mitunter seine Minister so behandelte wie etwa in manchen „gut bürgerlichen" oder „herrschaftlichen" Häusern die Dienstpersonen behandelt werden!

Von vornherein waren ihm freiheitlich denkende Minister, die ja bekanntlich in Österreich seit jeher ohnehin schon einigermaßen sanft abgetönt waren, bis in den Grund seines Herzens verhaßt. So war einer der gesinnungstreuesten Liberalen, der einstmalige Justizminister des sogenannten Bürgerministeriums Dr. Eduard Herbst dem Kaiser geradezu verhaßt! Am liebsten umgab sich Franz Josef mit gefügigen konservativen Aristokraten und die Erläuchte und Durchläuchte erschienen ihm meist als die besten Staatsmänner, indes simple Herren des Beamtenadels oder gar einfache „Bürgerliche" ihm förmlich ein Greuel waren.

Daß Franz Josef oft direkt in die innere Politik „seines" Staates eingriff, ist gleichfalls bekannt und ebenso, daß dies nicht mit allzu viel Geschick geschah.

Es wurde schon im zweiten Bande des vorliegenden Werkes dargelegt, wie Kaiser Franz Josef 1871 den Grafen Hohenwart geradezu verhätschelte und dessen Regierung mit dem größten kaiserlichen Vertrauen ausstattete, was allerdings nicht hinderte, daß dieser Herr trotzdem in seiner Staatskunst schmählich Schiffbruch erlitt. Gegen seinen Willen mußte Franz Josef noch einmal die verhaßten Liberalen berufen, um den verfahrenen Staatskarren wieder ins Geleise bringen zu lassen. Acht Jahre später sah Franz Josef neuerlich den Zeitpunkt gekommen, sich

der Liberalen, die seinen Plänen auf dem Gebiet der äußeren und inneren Politik Widerstand zu leisten wagten, zu entledigen. Und wieder rief er willige Beamte und sogenannte Konservative!

Er ging beim Übergang des Regimes ganz planmäßig vor. Zuerst umgab er sich mit glatten, liberal schillernden Bürokraten, die allen seinen Winken stumm und widerspruchslos gehorchten, um dann, als er die Gelegenheit als die richtige erkannte, das Regiment in die Hände seines Werkzeuges Taaffe zu übergeben. Graf Taaffe war für die österreichisch-ungarische Monarchie schicksalbringend geworden und seine vierzehnjährige Regierungstätigkeit hatte die Atomisierung dieser Reichshälfte bis zu einem Grade vollbracht, von dem nur wenig mehr bis zur völligen Auflösung fehlte. Graf Taaffe war einer der skrupellosesten Politiker, die Österreich jemals hatte. Sein leitender Grundsatz war, wiewohl er die Worte anscheinend nur in einer frivolen Laune gebrauchte, in der Tat das „Durchfretten" und „Fortwursteln", das heißt, das politische Leben des Augenblickes, ohne je sich Gedanken über die fernere Zukunft zu machen. Und keines der Mittel, um als „treuer Diener seines Herrn" zu erscheinen, war ihm verwerflich genug! Und keine Partei der vielen Fraktionen des Parlaments ließ er bei seinem politischen Kalkül außer Betracht. Bis er selbst von den großen Parteien der gesetzgebenden Körperschaft in einem Moment mattgesetzt wurde, wo er die Axt an den sogenannten politischen Besitzstand dieser Parteien legte, wo er entschlossen einen Schritt zur Demokratisierung des Staatswesens tat, wo er die breiten Schichten der Bevölkerung, die bis dahin von der Teilnahme an der Gesetzgebung ausgeschlossen waren, zur Mitarbeit heranziehen wollte. Und in diesem Augenblick verließ ihn auch die Huld und Gnade seines Kaisers! Franz Josef schauderte 1893, sozusagen im letzten Augenblick, davor zurück, die Massen Österreichs an ihren Geschicken mitbestimmen zu lassen, wiewohl er einige Wochen vorher dem Grafen Taaffe die Vorsanktion zur Einbringung seiner Wahlreformvorlagen gegeben hatte. Erst nachdem wieder mehr als ein Jahrzehnt unfruchtbarer, verderblicher Kämpfe verstrichen war, sah sich der Monarch genötigt, den großen und entscheidenden Schritt zu tun! Erst als es kein anderes Mittel mehr gab, dieses Staatswesen anders zu regieren als die Staaten anderswo regiert werden, tat er diesen Schritt. Er war hiezu genötigt, sollte nicht damals schon der Zerfall eintreten, der dann dennoch kommen sollte, als Österreich die Kriegsfackel in die Welt schleuderte!

Sehr bemerkenswert waren die internen Vorgänge, die unmittelbar nach dem Abtreten des liberalen Ministeriums des Fürsten Adolf Auersperg sich während der Übergangsregierung Stremayr abspielten, in das Graf Taaffe als Minister des Innern berufen wurde. Es geschah dieser Umschwung auf direkte Weisung des Kaisers, dem das „unbotmäßige Treiben" der liberalen Parteien im Parlament sehr mißfiel. Hatten doch die liberalen Parteien vor allem es gewagt, den militärischen Großmachtplänen und namentlich den Expansionsbestrebungen Franz Josefs den größten Widerstand entgegenzusetzen. Und in betreff der Vergrößerung der Armee und Vergrößerung des Habsburgischen Länderbesitzes hat Franz Josef niemals auch nur den leisesten Wider-

spruch geduldet! Das hatten alle Ministerien erfahren müssen, die in Österreich während der langen Dauer der Regierung Franz Josefs im Amte waren.

Darum mußte auch Fürst Auersperg weichen und einem gefügigeren Manne Platz machen, seinem früheren Minister für Kultus und Unterricht, Dr. v. Stremayr, einem jener Liberalen, die immer auch „anders können"!

Am 11. Februar 1879 machte Dr. v. Stremayr im Ministerrat davon Mitteilung, daß der Kaiser eine Rekonstruktion des Kabinetts wolle...

Wie sehr die Konservativen und die Rechte dem Kaiser am Herzen lagen, zeigen beispielsweise Äußerungen des Monarchen im Ministerrat vom 22. Mai 1879, in welchem über die bevorstehende Auflösung des Abgeordnetenhauses beraten wurde. Hiebei erklärte der Kaiser, er habe den Wunsch, „daß der neue Reichsrat einen konservativen Anstrich gewinne. Es empfehle sich daher, die möglichste Verstärkung der Rechten, wogegen kein Bedenken geltend gemacht werden könne, nachdem eine Gefahr für die Verfassung durch eine verstärkte Rechte wohl allgemein als ausgeschlossen betrachtet werden müsse".

„Eine Verstärkung der Rechten", so meinte der Kaiser, „würde in Fragen, welche die Gesamtheit, speziell die Machtstellung der Monarchie betreffen, auch auf das Zentrum und die Linke von günstigem Einfluß sein, so daß, wenn auch nicht zu erwarten wäre, daß sich eine für alle Fragen zur Unterstützung bereite Regierungspartei bilden würde, sich im Reichsrat doch eine konservative Mehrheit herausstellen würde, auf welche man in Fragen der bezeichneten allgemeinen Natur zählen könnte.

Es sei dies um so notwendiger, wenn es gelingen sollte, die Tschechen in den Reichsrat zu bringen, in welcher Beziehung Seine Majestät insbesondere darauf großen Wert zu legen geruhen, daß im Wege von Kompromissen aus Böhmen und Mähren auch Elemente des tschechischen Großgrundbesitzes in den Reichsrat kommen. Denn ohne Heranziehung des tschechischen Großgrundbesitzes wären die Tschechen im Reichsrat für die konservative Richtung gar kein Gewinn.

Seine Majestät geruhen daher großen Wert darauf zu legen, daß in Böhmen und Mähren im Großgrundbesitz Kompromisse zustande kommen.

Seine Majestät geruhen Allerhöchst Ihre Ansichten dahin zusammenzufassen, daß es Seiner Majestät sehr zweckmäßig schiene, dafür zu sorgen, daß von seiten der Regierungsorgane, der Beamten, bei den Wahlen nicht gegen die Rechte gewirkt, daß diese in der vollen Wahlfreiheit nicht verletzt und nicht als eine der Regierung feindliche Partei betrachtet werde, wie dies bei den letzten Wahlen geschehen sei, und insoweit motiviert geschehen sei, als zu jener Zeit von der Gefährdung der Verfassung von jener Seite her noch gesprochen werden konnte, was gegenwärtig nicht mehr der Fall sei.

Jetzt solle man den Wählern volle Freiheit und die Möglichkeit gewähren, durchzudringen, wo sie können. Was speziell Böhmen be-

treffe, könne es absolut nicht Sache der Regierung sein, sogenannte Regierungskandidaten aufzustellen. Das dürfe nicht mehr vorkommen."

In noch schärferer Weise über die „Wahlfreiheit" sprach sich in der Beratung der damalige Minister des Innern und präsumptive Ministerpräsident Graf Taaffe aus. Seine Ausführungen deuten schon den politischen Kurs an, den er einzuschlagen willens war. Er sagte unter anderem:

„Die Konservativen seien geneigt, die Regierung in allen Fragen des Gesamtstaates und der Machtstellung zu unterstützen, während die Tendenzen der Fortschrittspartei entschieden gegen die Machtstellung des Reiches gerichtet seien.

Es sei daher der entsprechende und in Absicht auf die praktischen Erfolge auch empfehlenswerte Standpunkt, wenn die Regierung im allgemeinen über den Parteien stehe, und nur wo subversive Elemente auftreten, wie dies in Südtirol oder Triest*) geschehen könne, oder gegenüber einer Kandidatur wie jene Schönerers**) abwehrend eingreife.

Wenn es sich aber in Böhmen oder Mähren um einen tschechischen Kandidaten handle, sei für die Regierung gar kein Grund vorhanden, gegen den Tschechen aufzutreten.

Eine gewisse indirekte Einwirkung der Regierung werde immerhin am Platze sein, wo ein Konservativer einem Fortschrittsmann gegenüber in Frage komme. Einen gewissen Einfluß zugunsten des ersteren geltend zu machen, sei ebenso gerechtfertigt als dem Regierungsinteresse als solchem entsprechend, und wäre von diesem Einfluß nicht etwa dort, wo sich ein Konservativer einem der gewissermaßen angesessenen Verfassungstreuen gegenüberstelle, sondern eben nur dort Gebrauch zu machen, wo es sich um die Behauptung und Ausbreitung des fortschrittlichen Elementes handle, wie dies voraussichtlich insbesondere in Steiermark der Fall sein dürfte ..."

Sehr charakteristisch und voraussichtig waren die Bemerkungen des Grafen Taaffe über die vermutliche Haltung der Tschechen. Hierüber sagte er:

„Was die Tschechen betreffe, so sei die Sache augenblicklich im Brodeln. Täglich tauche etwas Neues auf. Es sei nicht zu leugnen, daß namentlich bei den äußersten liberalen Parteien die Tendenz vorhanden sei, den Reichsrat zu beschicken. Diese Tendenz könne aber nur mit sehr großer Vorsicht und nur insoweit ausgenützt werden, als nur durch diesen Druck auf die Alttschechen gewirkt werden könne. Sei es aber gelungen, auch diese zum Kommen zu bestimmen, dann sei es unbedingt notwendig, daß der historische Adel gleichfalls zum Erscheinen im Reichsrat bewogen werde, da dies die einzigen Persönlichkeiten seien, welche auf die Tschechen Einfluß haben.

Rieger***) wäre — sich ganz überlassen — sehr gefährlich. Er stand bisher immer unter der Führung des historischen Adels, würde er

*) Gemeint waren die italienischen Irredentisten.

**) Die deutschnationalste-hohenzollernsche Richtung war durch Georg Ritter v. Schönerer im Abgeordnetenhaus vertreten.

***) Ladislaus Rieger war einer der Führer der Alttschechen. Er war national-klerikal und betätigte sich schon im österreichischen Reichstage von 1848 als reaktionärer Politiker. Seine Partei wurde nach der „Ausgleichsaktion" Taaffes von den Jungtschechen hinweggefegt.

sich dieser nicht weiter anzubequemen haben, wäre bei seiner sanguinischen Natur sehr zu besorgen, daß er sich nach Lage der augenblicklichen Situation, beziehungsweise nach der Stimmung, in welcher er sie ansehe, sehr leicht von dieser oder jener Partei gewinnen lasse. Er würde daher selbst Rieger ohne den Dämpfer des historischen Adels für eine Gefahr halten, die höchste Gefahr aber darin erblicken, wenn die Jungtschechen allein kämen*), was allerdings nicht im Bereich der Wahrscheinlichkeit läge, da sie ohne die Mitwirkung der Alttschechen höchstens drei Sitze selbständig zu gewinnen in der Lage wären.

Auch das Erscheinen der Alttschechen ohne historischen Adel wäre nicht nur keine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung des Reichsrates, da die Verbindung derselben mit anderen der Regierung entgegenstehenden Elementen durchaus nicht ausgeschlossen wäre. Namentlich seien die Tschechen im Punkte der auswärtigen Politik durchaus nicht verläßlich. Ihr Erscheinen habe daher für die Zukunft nur in der Voraussetzung einen Wert, daß sie unter der Führung des historischen Adels erscheinen, somit sei das Zustandekommen von dies ermöglichenden Kompromissen von eminenter Wichtigkeit."

Der Vorsitzende im Ministerrat, der „Liberale" Dr. v. Stremayr, stellte sich gleichfalls auf den Standpunkt, daß die Regierung ihre Unterstützung bei den Konservativen zu suchen und zu finden habe, und daß man gegen die Fortschrittspartei entschieden Front zu machen habe. Er halte es für notwendig, gegen die beiden Extreme der äußersten Linken und äußersten Rechten entschieden aufzutreten, um die möglichst zahlreiche Wahl effektiv konservativer Elemente zu ermöglichen.

Der Kaiser ergriff nochmals das Wort, um seiner Anschauung Ausdruck zu geben, daß es seinen Intentionen entspreche, daß man den Kandidaten der Rechtspartei nicht entgegentrete, daß sie nicht gehindert werden. Er bemerkte ferner, „daß keine politischen Beamten, weder Statthalter noch Bezirkshauptmänner, sich wählen lassen sollen, da dies mit ihrer Stellung unvereinbarlich und der entsprechenden Besorgung des Allerhöchsten Dienstes nicht förderlich sei".

Hierauf erwiderte Graf Taaffe, daß er in dieser Beziehung das „Geeignete bereits veranlaßt habe, nachdem er von der Unverträglichkeit der Ausübung eines Reichsratsmandates seitens der Chefs der politischen Landes- oder Bezirksbehörden vollkommen überzeugt sei".

Die Wahlen für die neue Reichsvertretung fielen trotz der Vorbereitungen und trotz des Eingreifens der Regierung nicht in dem vom Ministerium und dem Kaiser gewünschten Sinne aus, wie dies auch in einer Sitzung des Ministerrates vom 11. Juli 1879 konstatiert wurde.

„Leider", so wurde dort gesagt, „sei der Ausgang der Wahlen nicht der gewesen, wie man gewünscht hätte, daß nämlich eine Stärkung der gemäßigten Elemente und eine Abschwächung der extremen Parteien eingetreten wäre. Im Gegenteil erscheinen die maßvollen Elemente zurückgedrängt und treten zwei gleich große extreme Richtungen hervor, nach deren Geschichte wir nur erwarten können, daß sich dieselben in

*) Allerdings haben sich später auch die Jungtschechen „gehäutet".

den wichtigsten Fragen schroff gegenüberstehen werden. Eine Stütze für diese Regierung würde weder in der einen noch in der anderen dieser beiden Parteirichtungen zu finden sein. Es sei also die Demission eine Notwendigkeit."

Von diesen Erwägungen ausgehend, beschloß denn auch die Regierung ihre Demission... Vorläufig aber sollte der Demissionsbeschluß noch geheimgehalten werden!

Einige Wochen später trat die Regierung Taaffe ins Amt. In ihrem ersten Ministerrat, 19. August 1879, beschäftigte sie sich bezeichnenderweise mit „Vorkehrungen in bezug auf die Presse", das heißt, es ertönte der Ruf nach dem Staatsanwalt gegen jene Blätter, die der neuen Regierung Taaffe opponierten. Prompt erklärte denn auch der Justizminister Dr. v. Stremayr, daß er dem Leiter der Wiener Staatsanwaltschaft bereits die notwendigen mündlichen Weisungen erteilt habe. Die Minister wendeten sich vornehmlich gegen die „Neue Freie Presse", die die heftigste Gegnerin der Regierung sei. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, die sogenannte alte „Presse" in den Dienst der Regierung zu stellen, um in diesem Organ, das auf alle mögliche Weise zu unterstützen wäre, ein Gegengewicht zu erhalten.

Am 12. August 1879 übernahm Graf Eduard Taaffe als Ministerpräsident die Regierungsgeschäfte und hatte sie bis zum 11. November 1893 inne, also 14 Jahre lang, einen Zeitraum umfassend und Macht genießend, wie bisher kein Staatsmann während des Verfassungslebens in Österreich. Als der langjährige Minister und frühere Ministerpräsident 1879 neuerdings den Vorsitz im Ministerrat übernahm, gab es in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern keine politische Persönlichkeit, die an ein so langes Regime des Grafen Taaffe geglaubt hätte. Übereinstimmend herrscht vielmehr die Meinung vor, das Ministerium Taaffe werde nur als ein sogenanntes Übergangsministerium ein kurzes Dasein fristen. Und doch war es ganz anders gekommen!

Waren von 1867 bis 1879 einheitliche Grundgedanken, ein festgefügtes politisches und wirtschaftliches System mit scharf umschriebenen Regierungsprinzipien die Garantien und Imponderabilien für jede österreichische Regierung, so hat Graf Taaffe mit diesem bis dahin gültigen Regierungsinventar gründlich aufgeräumt. In den 14 Jahren seines Regimes jonglierte er mit Programmen und Parteien mit fast bewundernswerter Geschwindigkeit: er wollte sie alle an seinen Wagen spannen, alle, selbst die widerstrebendsten; dann wiederum stieß er einige ab, bis auch seine getreuesten Mannen sich seiner mit einem Schlage entledigten, und zwar in dem Augenblick, da er den entschlossensten Schritt unternahm, um den gesetzgebenden Körper auf neue Grundlagen zu stellen. Unter dem Zeichen der Versöhnung und des Ausgleiches der Völker war er gekommen, und nachdem er den Krieg aller gegen alle entfesselt, verschwand er in der Versenkung, ein schwer belastetes Erbe hinterlassend, dessen Bürde seither jeden Staatslenker in Österreich zu Boden drückte. Statt der Völkerversöhnung die Völkerverhetzung, statt der geordneten politischen Verwaltung ein System politischer Tausch-

geschäfte, an Stelle eines geordneten Zentralismus zentrifugale Strömungen, geeignet, den Staatsbau in seinen Grundfesten zu erschüttern und schließlich statt einer Demokratie entartetes Demagogentum!

So schwer das System Taaffe die freiheitlichen und vor allem die deutschen bürgerlichen Parteien trotz mehrfacher Annäherungsepisoden bedrängte, um sie schließlich zwischen den Mühlsteinen des Kleinbürgertums und Proletariats zerreiben lassen zu wollen, so schwere Zerklüftungen des öffentlichen Lebens es in seinem Gefolge hatte, so trat doch ein Moment in der Ära Taaffe als segensreich für breite Schichten der Bevölkerung hervor, das mit dem Namen des langjährigen österreichischen Ministerpräsidenten verknüpft bleiben wird: die Inangriffnahme einer werktätigen sozialen Fürsorge für die arbeitenden Klassen und die Schaffung von heute eingelebten und unentbehrlichen sozialen Institutionen. Sie sind das gute Dauernde seines Herrschens und Waltens geblieben.

Unter der Regierung des liberalen Bürgertums war jeder soziale Gedanke, geschweige jede soziale Tat, verkümmert; erst dem Grafen Taaffe hatte es das Schicksal vorbehalten, soziale Gedanken zu lebendigen Taten emporreifen zu lassen. Gewiß, die Zeit und die Verhältnisse erheischten sie gebieterisch, aber oft genug hatte man hierzulande die Forderungen der Zeit nicht zu hören vermocht, oder nicht hören wollen.

Wenn man heute die Jahre des Taaffeschen Regimes an sich vorüberziehen läßt und das Milieu von politischen Parteien und ökonomischen Verhältnissen jener Tage untersucht, erkennt man, daß Graf Eduard Taaffe und seine Mitarbeiter diesen Weg sozialer Reformen gehen mußten, wollten sie sich an der Regierung erhalten, geradeso wie sie die politischen Bahnen zu wandeln genötigt waren, die sie geschritten sind. In dem Augenblick der Abkehr von den Deutschen wegen ihres Widerstandes gegen die Okkupation Bosniens und der Herzegowina und der Begründung jenes eigentlich regierenden Parteiausschusses, des Exekutivkomitees der Rechten, mußte Graf Taaffe sich zu politischen Doktrinen bekennen, die das Programm, das politische und wirtschaftliche, der Rechtsparteien des Parlaments ausmachten. Und in den wirtschaftspolitischen Leitsätzen dieser Fraktionen lag ein umfassendes Programm sozialer Fürsorge, vor allem des Gewerbestandes, aber teilweise auch der Arbeiterschaft.

Dem Ministerpräsidenten von 1879 mußte es willkommen sein, auch mit Hilfe dieses sozialreformerischen Programms die wider ihn sich erhebende und ihm widerstrebende „Deutsche Linke", die zu ihrem Großteil aus Gegnern der Sozialreform bestand, wirksam bekämpfen zu können. Wie die Folgezeit dargetan hat, war es auch gerade die wirtschaftliche Gesetzgebung in der Ära Taaffe, welche die Wählerschaften zum Abfall vom deutschen Liberalismus brachte, gegen den sich alsbald das gesamte kleine Bürgertum und die freilich im Hause der Gesetzgebung noch unvertretene industrielle Arbeiterschaft, namentlich die organisierte, erhoben, welch letztere in jenen Tagen nicht ganz ohne Verbindungsfäden mit hochadeligen und gewerblichen „Sozialreformern" war. Allerdings waren die „christlichen" Sozialreformer jener Tage eine ganz besondere österreichische Spielart, die sich wohl christlichsozial nannte, im Grunde

aber weder christlich noch sozial war. Diese „Reformer" waren politisch und wirtschaftlich durchaus reaktionär; politisch bildeten sie die kleinbürgerlichen Kaders der Klerikalen und wirtschaftlich erstrebten sie das „christliche" Ideal der mittelalterlichen Zunft- und Innungsverfassung.

Man vergegenwärtige sich einmal das von einem „Komitee" in aller Stille und Heimlichkeit im Jahre 1883 ausgebrütete Programm einer christlichen Sozialreform, in dem es in bezug auf die Arbeiter heißt:

I. Im Sinne der christlichen Volkswirtschaft unterscheidet sich der sogenannte Arbeitsvertrag von jeder Vertragskategorie in wesentlichen Punkten. Er ist kein Kauf und kein Verkauf, weil die Arbeit die sittliche Betätigung der menschlichen Kraft, vom Menschen nicht getrennt, auch nicht in das Eigentum eines anderen übertragen werden kann. Weil die Tätigkeit des Menschen nicht von seiner Person zu trennen ist, soll der Arbeitsvertrag auch einen vom eigentlichen Mietvertrag verschiedenen Charakter haben, und wenn er als Lohnvertrag dem Arbeiter Verpflichtungen auferlegt, so ist es nicht nur ein Postulat der Billigkeit, daß in dem Lohne das Äquivalent alles dessen enthalten sei, was der Arbeiter dafür bietet, sondern es wäre das Gegenteil eine Verletzung der Gerechtigkeit, auf deren Gesetzen die christliche Gesellschaft beruht.

Es erscheint in hohem Grade wünschenswert, ja notwendig, daß eine Fortbildung des Rechtes im christlichen Geiste der Erkenntnis Bahn breche, es sei der Arbeitsvertrag gesetzlich, und zwar in der Weise zu regeln, daß der Willkür der Kontrahenten durch Aufstellung allgemeiner, den Verhältnissen der Arbeiter zur christlichen Gesellschaft entsprechender Grundsätze engere Grenzen gezogen werden:

„II. Die Höhe des Lohnes findet ihre gerechte Bemessung an dem, was der Arbeiter bringt und bietet. Hiezu gehört vor allem:

1. Zeit, Kraft und Geschicklichkeit und diejenige Intelligenz, welche die betreffende Arbeit erheischt;

2. die Vor- und Ausbildung des Arbeiters, insoweit dieselbe für die Arbeit von Belang ist;

3. die Verantwortung, welche der Arbeiter eventuell trägt, und

4. die Gefahr, welche mit der Arbeit für Gesundheit oder Leben verknüpft ist.

Der so berechnete Lohn muß für einen Arbeiter bei normaler Arbeitskraft, ohne übermäßigen Aufwand von Zeit und Kraft, alle erforderlichen Existenzmittel (eventuell auch für eine Familie) und einen mehr oder minder großen Sparpfennig für die Zeit der Arbeitslosigkeit gewähren. Die größere oder geringere Prosperität des Geschäftes sowie andere Verhältnisse werden Schwankungen zwischen einem geringen und einem sehr reichlichen Maße der Existenzmittel und des Sparpfennigs veranlassen und berechtigen.

III. Das Komitee empfiehlt die korporative Organisation der Großindustrie und erachtet die Einrichtung des korporativen Versicherungswesens (Kranken- und Altersversorgungskassen, Unfallversicherung und Versicherung für unverschuldete Arbeitslosigkeit) als praktisches Mittel, diese korporative Organisation anzubahnen.

IV. Das Komitee erachtet eine stufenweise Gliederung auch in der Arbeiterschaft der Großindustrie für notwendig, und zwar in der Weise, daß:

1. eine gewisse Lehrzeit von der Korporation für den einzelnen Fabrikzweig festgesetzt und während derselben der Anfänger in den einzelnen Arbeiten der Fabrik möglichst vielseitig ausgebildet werde;

2. keine willkürliche Zurückversetzung des geschulten Arbeiters in eine niedrigere Ordnung stattfinde;

3. wenn auch zunächst die Gliederung nur in den einzelnen Fabriken durchgesetzt werden kann, doch die gleichmäßige Gliederung innerhalb des gleichen Industriezweiges anzustreben ist.

V. Das Komitee spricht sich aus für die Nützlichkeit von Arbeiterkammern im Rahmen einer allgemeinen wirtschaftlichen Interessenvertretung."

Dieses „christliche" Arbeiterprogramm kam namentlich unter Patronanz der deutschen Hocharistokratie Österreichs zustande. Ihr Organ, das in Wien erscheinende „Vaterland", war Pate hiebei, wie die Hauptaktionen, die im Dienste der „christlichen Arbeitersache" unternommen wurden, mit klerikal-feudalen Geldmitteln bestritten wurden. Jahre hindurch wurde von den adeligen und kirchlichen Patronen in der Arbeiterschaft Propaganda für die oben angeführten „Grundsätze" betrieben; ohne wählerisch in den Mitteln zu sein, haben die Entrepreneure einen Keil in die organisierte Arbeiterschaft zu treiben gesucht, wobei ihnen auch leider einige abtrünnige und verführte Personen aus der Arbeiterschaft Hilfe leisteten. Aber alle Arbeit war doch vergeblich, denn schließlich erkannte die große Mehrzahl der Arbeiter, welchen Zwecken das Proletariat dienstbar gemacht werden sollte. Aller Welt wurde dann das Spiel der adeligen Herrschaften offenbar, als Graf Taaffe mit seinen Ausnahmezuständen und seinem Sozialistengesetz wider das Proletariat zu wüten begann. Im gesetzgebenden Körper warfen die Arbeiterprotektoren ihre arbeiterfreundliche Maske ungescheut ab und stimmten in echter, christlicher Liebe für alle Schandgesetze, die das arbeitende Volk zu Paaren treiben sollten!

So wurde wieder einmal das wahre, wenn auch derbe Wort von Marx über den feudalen Sozialismus zur Wahrheit:

„Den proletarischen Bettelsack schwenken sie als Fahne in der Hand, um das Volk hinter sich her zu versammeln. So oft es ihnen aber folgte, erblickte es auf ihren Hintern die alten feudalen Wappen und verlief sich mit lautem und unehrerbietigem Gelächter!"

* * *

Mit dem Regime Taaffe setzte eigentlich in Österreich die Ära des schärferen Nationalismus ein. Graf Taaffe war mit dem Programm der Völkerversöhnung gekommen und hatte den festen Vorsatz, den Käfig der Nationen zu öffnen. Das Wort, das Moritz Hartmann im Jahre 1848 gesprochen hatte, daß Österreich einem Sklavenschiff gleiche, dessen Insassen nur darauf warten, daß das Schiff an einem Riff zerschelle, um ihre Freiheit zu erlangen, galt ja bekanntlich bis zum Zusammenbruch der Monarchie. Die halbschlächtige und unaufrichtige Art, in der die Liberalen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht ihre Herrschaft geführt haben, war von ihnen auch in bezug auf die Behandlung der Österreich bewohnenden neun Nationen praktiziert worden. Vielleicht war es nicht das große Verschulden der Liberalen allein, sondern nur der österreichischen Bürokratie, jener national und politisch geschlechtslosen Kaste, die sich aus allen Nationen des Habsburgerstaates ergänzte.

In das Staatsgrundgesetz von 1867 hatte wohl jener Artikel 19 Aufnahme gefunden, der den Angehörigen aller Volksstämme volle Gleichberechtigung gewährleistete, aber der schöne Leitsatz war nur auf dem Papier geblieben so wie gar manche schöne und verheißungsvolle Bestimmung der Grundrechte. Wohl fehlte es schon in der Blütezeit des Liberalismus nicht an einsichtigen Mahnern, wie Fischhof und Walterskirchen, die vornehmlich danach riefen, Österreich eine Verfassungsform zu geben, die auf der nationalen Autonomie basieren sollte. Die mahnenden Stimmen der Vernunft blieben aber damals wie später ungehört und unbeachtet.

Taaffes Völkerversöhnung artete schließlich in lodernden Völkerhaß aus; die Krone und ihre Helfer hatten es auch im Grunde mit der Versöhnung der Völker nicht allzu ernst gemeint, denn sie lag ja nicht in ihrem Vorteil. Die Krone konnte nur gewinnen bei der Uneinigkeit der Nationen. Die herrschende Clique war der Anschauung, da die deutschen Politiker sich den habsburgischen Gelüsten nach Erweiterung der Hausmacht widerspenstig zeigten, in den politischen Männern anderer Nationen willfährige Werkzeuge und Diener zu finden. Und „man" begann gegen die Deutschen zu regieren. Die Polen, die eigentlich immer Liebkind am österreichischen Hofe waren, schlugen sofort in Taaffes Hand ein, wiewohl sie kurz vorher noch bei der liberalen Stange gehalten hatten, wenn dies in ihrem Interesse lag. Sie gebärdeten sich wie immer habsburgisch-dynastisch bei all ihren Träumen von einem neu erstehenden Königreich. Die Tschechen, die mehrere Jahre das bittere Brot der Opposition und Abstinenz gegessen hatten, gingen Arm in Arm mit den Feudalen, die ihre Großgrundbesitze im Reiche der heiligen Wenzelskrone hatten, in die Regierungslaube, und die Südslawen, die meist für jede Regierung zu haben waren, taten auch dem Grafen Taaffe gegenüber gar nicht spröde. Den Nationalisten schlossen sich die deutschen Reaktionäre aller Schattierungen an und so wurde jener „eiserne Ring" geschmiedet, der Grafen Taaffe die parlamentarische Mehrheit durch mehr als ein Jahrzehnt verbürgte.

Neben dem politischen Programm mußte Graf Taaffe naturgemäß auch ein wirtschaftliches haben, und dieses mußte auch entsprechend der Zusammensetzung seiner parlamentarischen Mehrheit geartet sein. Mit dem Ausscheiden der Deutschliberalen, der politischen Vertreter des Unternehmertums im gesetzgebenden Körper, hatte er bis zu einem gewissen Grade freie Hand gewonnen und er konnte sich denn auch vom Manchesterliberalismus, vom System des „freien Spiels der Kräfte", abwenden, zumal die ihm zuströmenden Parteien, sei es aus wirtschaftlichen, sei es aus politischen Gründen und sei es schließlich darum, weil in der ganzen Welt eine Welle wider den wirtschaftlichen Liberalismus hochging, sich zu einer anderen wirtschaftlichen Anschauung nunmehr bekannten. Hatte im Deutschen Reich, im Lande der Milliarden von 1871, die dem geeinten Reich einen nie geahnten wirtschaftlichen Aufschwung brachten, schon nach wenigen Jahren eine wirtschaftliche und politische Reaktion Platz gegriffen, deren Träger Junker, Mucker und Zünftler waren, so übertrug sich nahezu von selbst dieses Wirtschaftssystem auch auf Österreich, insbesondere darum, weil die Folgen der

schrankenlosen kapitalistischen Produktionsweise sich auch hier in hohem Grade fühlbar machten und die gleichen Erscheinungen zeigten wie drüben im Reiche. Im übrigen waren es, abgesehen von leichten Nuancierungen, die gleichen Elemente, die nunmehr auch hier regierungsfähig geworden waren.

Entsprechend den österreichischen Verhältnissen wurde das wirtschaftliche Programm im Regierungslager die „Rettung des kleinen Mannes". Es war gewiß ein possierliches Spiel, wenn Fürsten der Kirche, Kavaliere des Großgrundbesitzes mit Kleinbauern und Advokaten das Kleingewerbe und Kleinbauerntum für den Rettungsgedanken zu gewinnen suchten, und das mit allen Mitteln einer verlogenen Demagogie und einer skrupellosen Heuchelei. Es bot sich im Parlament oft das erhebende Schauspiel, daß irgendein näselnder Aristokrat, eine hochgeborne Durchlaucht oder ein polnischer Schlachtschitz für den Befähigungsnachweis des Gevatters Handschuhmacher mit dem Brustton der Überzeugung auftrat oder irgendein böhmischer Graf und Latifundienbesitzer sein warmfühlendes Herz für die Kleinbauern entdeckte, deren Güter er vielleicht zu legen entschlossen war. Doch auf derlei Inkonsequenzen kam es damals nicht an. Der „kleine Mann", dem das Wahlrecht gegeben worden war, wurde darum plötzlich viel umworben. Aber auch des rechtlosen Arbeiters mußte man notgedrungen gedenken, wenn man an eine Neuordnung der Gewerbegesetzgebung schreiten wollte.

Dazu kamen noch die Ereignisse, die sich in allen Industriezentren abspielten, wirtschaftliche Krisen, einhergehend mit einer bisher noch nicht gesehenen Massennot. Durch die schrankenlose Ausbeutung des Kapitals war die industrielle Arbeiterschaft völlig verelendet, ausgepowert geworden. Und in ihrer Verzweiflung gaben sich die vernachlässigten Massen den sinnbetörenden Lehren des Anarchismus hin... Konnte es denn auch anders sein? Begreift man denn nicht, daß, wenn alle Hilferufe, die die Arbeiterschaft ausstieß, vergeblich waren, das Proletariat, das durch Jahrzehnte vom Parlament Reformen politischer und wirtschaftlicher Art gefordert hatte, über die man hartherzig und kaltsinnig hinweggegangen war, in seiner Verzweiflung zum letzten Mittel zu greifen entschlossen war, das ihm tauglich schien, sich von allen Fesseln zu befreien und seiner Qual für immer ein Ende zu machen? Die Not der Zeit war so schwer, daß die besitzenden Klassen selbst zur Erkenntnis gelangten, die Situation sei auch für sie mit den größten Gefahren verbunden, nicht bloß für den Staat, der ja, was sie betraf, erst in zweiter Linie stand!

Aus einigen Kreisen des Bürgertums erscholl der Ruf nach sozialen Reformen, zumindest aber nach Schutzgesetzen für die Lohnarbeiterschaft. Auch in diesem Belang mußte T a a f f e den Weg gehen, den er schließlich gegangen ist, den einer zielbewußten Gesetzgebung, wie sie im Ausland schon geschaffen worden war und wie sie lange vorher schon von einsichtigen Gelehrten und Menschenfreunden im Interesse der Gesellschaft wie des Staates gefordert worden war. Der einstige Handelsminister des Ministeriums Hohenwart, Professor Dr. S c h ä f f l e, hatte einige Jahre vorher den Plan, der Arbeiterschaft politische und wirtschaftliche Rechte zu geben. Der sich wieder aufrichtende Liberalismus

hatte aber dessen Plan zu verhindern gewußt, und Schäffle war genötigt, schon nach wenigen Monaten aus dem Amte zu scheiden, ohne daß irgendein Gedanke über Arbeiterschutz, den er gehegt hatte, verwirklicht worden wäre. Nunmehr war unter Taaffe, da der Liberalismus am Boden lag, zum Teil wenigstens, die Bahn für eine soziale Gesetzgebung frei. Was übrigens den regierenden Herren als „soziale Reform" vorschwebte, verdiente eigentlich gar nicht diesen Namen, sondern war nur ein Minimum an Schutzgesetzen; aber es war jedenfalls ein Anfang, aus dem noch viel werden konnte, zumal aus dem Hause der Gesetzgebung heraus neben den Ausnahmegesetzen wider den Sozialismus auch ein Ruf an die Arbeiterschaft erging, zum ersten Male! Von jenen Tagen an war die soziale Frage im österreichischen Parlament auf der Tagesordnung, von der sie niemals mehr verschwand, trotz des nationalistischen Tohuwabohu, das den Reichsratssaal fortan durchtobte. Im Parlament allerdings war trotzdem durch Jahrzehnte kein legitimierter Vertreter der organisierten Arbeiterschaft, da man dort über Gesetze für die Arbeiter und wider sie beriet. Jahrzehnte der schwersten Kämpfe mußten erst dahingehen, ehe die ersten wahren Vertreter des Proletariats ihren Einzug in das Haus der Gesetzgebung hielten.

Die „soziale Reform", die das österreichische Parlament in den nächsten Jahren beschloß, trug völlig das Gepräge ihrer Verfertiger: Von der Behörde bevormundete Gesetze, kleinliche und halbe, daneben Polizeimaßnahmen der schärfsten Art. Nationale, Feudale und Klerikale waren eben die Schöpfer des Gesetzgebungswerkes, das die Proletarier betraf. Die erstehende christlichsoziale Partei, die daranging, Gesetzesvorschläge zu machen, hatte sich nicht entschließen können, wahrhaft christliche und soziale Gesetze zu schaffen; nur karge Brosamen waren es, die man dem arbeitenden Volke in seinem Leide bot. Aber immerhin, aus den Anfängen entwickelten sich politisch und wirtschaftlich emporreifende neue Gedanken und Formen, die den sozialistischen Geist allenthalben in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern ausstreuten. Die Saat ging voll auf, wiewohl „man" sich die größte Mühe gab, sie gewaltsam niederzutreten. Es wäre ungerecht bei Beurteilung der geschichtlichen Vorgänge, wollte man den Ernst einzelner führender Männer jener Epoche in Zweifel ziehen, die, von wirklichen Idealen getragen, den Bestrebungen der Arbeiterschaft volles Verständnis entgegengebracht hatten. Aber sie waren an Zahl zu schwach, um ihre Ideen der aufstrebenden kleinbürgerlichen Klasse, dem Hochmut der Großagrarier und dem noch immer mächtigen Protzentum der Unternehmerschaft gegenüber durchzusetzen. Es ist gewiß bezeichnend, daß jede Bestrebung auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes immer auf den hartnäckigsten Widerstand der liberalen Bourgeoisievertreter stieß, die mit dem bekannten blutenden Herzen sich mit schönen Worten gegen die Lasten aussprachen, die der Großindustrie dadurch aufgehalst würden. Die Großgründler und Kleinbürger ihrerseits wieder suchten sich allen Verpflichtungen zu entziehen, die eine wirksame soziale Gesetzgebung auch den von ihnen vertretenen Schichten hätte auferlegen müssen. Sie wandten sich nur gegen das „schädliche große mobile Kapital", während sie das „nützliche unbewegliche Besitztum" der Agrarier und der Kirche völlig unbehelligt ließen.

Vor allem wollten sie nur das vermeintliche „jüdische" Großkapital treffen, zumal damals das zugkräftige Schlagwort vom Juden- und Semitentum in die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Massen geworfen wurde, als Blitzableiter gegen die Bestrebungen eines wirklichen Sozialismus, der den Kampf aufzunehmen entschlossen war gegen alle vom Mehrwert Lebenden, ohne Unterschied der Konfession und der Nationalität. Die Politiker von damals wußten es ganz wohl, daß sowohl das große Kapital der industriellen Unternehmerschaft wie das des Großgrundbesitzes gleich schädlich sei, aber sie mochten und durften es nicht zugestehen.

Das kleine Bürgertum und der Bauernstand befanden sich in jenen Tagen nahezu in einer förmlichen Revolutionsstimmung, denn die kapitalistische Wirtschaftsweise hatte diese Bevölkerungsschichten in der Tat allmählich an den Abgrund gebracht. Die damaligen Machthaber wußten als Rettung für sie, wie schon erwähnt, nur ein — Schlagwort, das so oft schon in Tagen wirtschaftlicher und politischer Krisen seinen Zauber ausübte: die Judenhetze. So wie im Mittelalter gegen alles Gebreste, das die Bevölkerung schwer heimsuchte, der Hexenwahn oder das wilde Hepphepp-Geschrei die Schuld von den Schuldigen ableitete, so vermochte auch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis auf den heutigen Tag noch dieses Mittel, das den Instinkten der Massen entgegenkommt, eine Ablenkung von der Wahrheit zu bieten. Im „Juden" glaubte und glaubt man den Besitzer der großen Kapitalien zu treffen und in Maßnahmen, die zu treffen wären wider die „jüdische Gefahr", sollte die Rettung der bedrängten Bevölkerungskreise liegen. Die wirtschaftspolitische Erkenntnis war gerade in diesen Schichten eine so geringe, daß diese mit geradezu blindem Glauben von Hoffnung auf die Wirksamkeit des alten Heilmittels erfüllt waren!

Ludwig Börne sagte einmal: „Wenn man in Indien die greuliche Boaschlange zur Strecke bringen will, so jagt man ihr einen Ochsen in den Rachen. Ist sie sattgefressen und wehrlos, dann ist sie leicht zu töten. Die Juden sind der Ochse, den man der Revolution in den Rachen werfen will."

Wenn man die Berichte über die Verhandlungen im Reichsrat aus jenen Tagen liest, so gewinnt man den Eindruck, als ob die sicherlich sehr bedrängte Situation, in der sich weite Kreise der Bevölkerung befanden, nur noch übertroffen wurde von den förmlichen Wahnsinnsausbrüchen der Retter des kleinen Mannes gegen Juden und Judenknechte, wie man alle jene bezeichnete, die nicht an die neue und doch so alte Heilslehre des Hepphepp zu glauben vermochten. Man muß heute staunen, daß selbst sonst politisch und wirtschaftlich Vorgeschrittenere an das Evangelium des Hasses wirklich glaubten oder sich wenigstens den Anschein gaben, als ob sie daran glauben. Aus dem Deutschen Reich war, begünstigt durch Junker und Mucker, die dem Kaiserthrone zunächst standen, die neue Heilslehre hieher gekommen, teils umkleidet mit sozialwirtschaftlichen, teils mit sogenannten Rassentheorien. Auch in die Massen der industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter suchte man die Maximen zu tragen, doch mit weit geringerem Erfolg als bei den in der Erkenntnis der politischen und wirtschaftlichen Klassenlage zurück-

gebliebenen Kleinbürgern und Kleinbauern. Diese politische und wirtschaftliche Richtung, wie sie damals in Erscheinung trat, wurde in zutreffender Weise von einem Vertreter des Wiener Kleinbürgertums, dem ehrlichen Demokraten Dr. Kronawetter, als der „Sozialismus des dummen Kerls von Wien" bezeichnet.

Wie weit entfernt war doch der Wiener sogenannte christliche Sozialismus von jenem, wie er in anderen europäischen Staaten gerade in den Parlamenten propagiert wurde! Wie ganz andere Männer waren auch die Vorkämpfer dort und hier! In Belgien, Frankreich und England, wo der christliche Sozialismus auftrat, waren Männer von hohem sittlichen Ernst, tiefer volkswirtschaftlicher Bildung und heißer Liebe für ein Ideal am Werke; hier waren es zumeist Demagogen der schlimmsten Art, die mit den plumpsten und rohesten Schlagworten ihr Handwerk betrieben. Man erinnert sich vielleicht noch an den Typus Ernst Schneider!

Mit Grafen Taaffe, dem „neuen" Manne, der eigentlich ein alter war, kam das neue System in Österreich, das dessen Verfall sozusagen einleitete und das man nur als ein provisorisches ansah; man glaubte, es werde schließlich wieder der alte deutschliberale Kurs kommen. Aber man hatte sich gewaltig getäuscht; weder der Mann noch das System waren provisorisch, denn sie währten 14 Jahre, einen Zeitraum, der Ereignisse umfaßte, die in ihren Folgen richtunggebend und schicksalbringend für die Habsburgermonarchie geworden sind. Mit der Ära Taaffe versanken allmählich der wirtschaftliche Liberalismus und dessen politische Wortführer und Ausläufer, die Vertreter einer durchaus engherzigen, feigen und ihrer Pflichten gegen das Volk völlig vergessenden Klasse beziehungsweise Clique. Ihre politische Herrschaft wurde abgelöst von einem Parteienmischmasch, nur einigermaßen zusammengehalten durch Schlagworte der Zeit und meist durch bewußtes reaktionäres Wollen. Politisch kam das allerdings klingende Programm zum Ausdruck durch die Phrase der Völkerversöhnung und wirtschaftlich durch die Parole der „Rettung des kleinen Mannes". In diesen beiden Grundrichtungen bewegte sich denn auch das Tun und Lassen des Grafen Taaffe.

Gegenüber der Arbeiterschaft war der Kurs Taaffes wie der seiner allgemeinen Politik ein buntwechselnder, von allen Seiten beeinflußter. Einmal überließ er die Handhabung des Vereins-, Versammlungs- und Preßrechtes der willkürlichen Behandlung durch Polizei und Gerichte, ein anderes Mal wieder hatte er freiheitliche Launen. Im großen und ganzen beobachtete er die Taktik des Wechsels in der Darbietung von „Zuckerbrot und Peitsche".

Das Verhalten des Grafen Taaffe gegenüber der Sozialdemokratie zeigte sich schon in seiner ersten Ministerschaft zu Beginn des österreichischen Verfassungslebens als ein durchaus feindseliges. Als Minister für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit war er einer der heftigsten Gegner der Arbeiterorganisationen und nicht zuletzt auf seine Veranlassung hin wurde hier jener Kurs eingeleitet, der in Dr. Giskras Walten zur Meisterschaft erhoben worden war.

Wie Taaffe nunmehr, da er 1879 im Übergangskabinett Stremayr als Minister des Innern sich zum Sozialismus verhielt,

geht aus mehreren seiner Äußerungen im Ministerrat hervor: Ende der siebziger Jahre wurde nämlich in der polnischen Intelligenz und namentlich in Krakau eine starke Agitation für eine Art nationalen Sozialismus betrieben, was zu polizeilichen und gerichtlichen Verfolgungen gegen die „Urheber" führte. Vor allem war es die studierende Jugend, die bald für die sozialistischen und „nihilistischen" Ideen gewonnen wurde, und nun wurden auf sie die Polizisten, Richter und Staatsanwälte gehetzt. Mehrere Prozesse jener Tage offenbarten diese Bestrebungen. Es war eine der ersten Taten des neuernannten Ministers des Innern Grafen Taaffe, seine Aufmerksamkeit dieser Bewegung zuzuwenden, das heißt sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bekämpfen.

Hierüber besagt das Protokoll des Ministerrates vom 15. März 1879 unter der Spitzmarke „Sozialistische Umtriebe":

„Der Minister des Innern (Taaffe) teilt mit, daß er gelegentlich seines Aufenthaltes in Krakau Anlaß genommen habe, sich über die dortigen mit nihilistischen Umtrieben zusammenhängenden polizeilichen Vorkommnisse näher zu informieren.

Er habe in Hinsicht auf diese Dinge speziell dem Direktor des Gymnasiums und dem Direktor der Lehrerbildungsanstalt in Krakau eingebunden, Sorge zu tragen, damit jene gefährlichen Ideen nicht unter der Jugend Ausbreitung finden und habe er diesen beiden Schulvorständen gegenüber die Erwartung ausgesprochen, daß sie in dieser Beziehung die Polizei unterstützen werden, indem es sich ja wohl um allgemein staatsbürgerliche Interessen handle.

Bei der Vorstellung der Universitätsfunktionäre habe er bemerkt, daß er überzeugt sei, daß sich die Wissenschaft in den besten Händen befinde und habe er nur zu wünschen, daß in der Jugend auch das patriotische Gefühl geweckt werde. Und als der Rektor erwidert hatte, daß dies ohnehin geschehe, habe er bemerkt, man möge dieser Aufgabe nur stets treu bleiben und trachten, das patriotische Gefühl in der Jugend zu erhalten.

Der Minister des Innern berührt ferner die anläßlich der Vorkommnisse in Krakau dort anhängig gewordenen Strafprozesse und macht, in Anbetracht des ungünstig ausgefallenen Hochverratsprozesses*), auf Informierung der Staatsanwaltschaft aufmerksam sowie auf die Frage der eventuellen Gebrauchnahme von dem Gesetz betreffend die zeitweise Einstellung der Geschwornengerichte.

Es entspinnt sich eine kurze Diskussion, bei welcher seitens des Justizministers (Dr. Glaser) die Schwierigkeiten erwähnt werden, welche sich der Suspension der Geschwornengerichte, insbesondere wegen der Erforderlichkeit der diesfälligen vorherigen Anhörung des Obersten Gerichtshofes, ergeben. Der Justizminister kann übrigens mitteilen, daß er den Oberstaatsanwalt in Krakau bereits hieher beschieden habe, um demselben entsprechende Informationen zu erteilen.

Minister Dr. Ziemialkowski (galizischer Landsmannminister) kann nur versichern, daß die sozialistischen Bestrebungen in Galizien nicht populär seien und daß die Gesellschaft deren Unterdrückung wünsche."

*) Die Angeklagten wurden nämlich freigesprochen.

Wenige Wochen später, am 6. April 1879, befaßte sich der Ministerrat neuerdings mit „Vorkehrungen gegen die Ausbreitung nihilistischer und sozialistischer Bestrebungen". Die Debatte zeigte bereits, daß Taaffe willens sei, sich mit dem Fürsten Bismarck und mit anderen Staaten zu einer gemeinsamen Bekämpfung des Sozialismus zu verbinden.

Es heißt in dem betreffenden Protokoll:

„Der Minister des Innern (Taaffe) bringt zur Sprache die Erhebungen bezüglich der in Krakau zur Erscheinung getretenen nihilistischen und sozialistischen Bestrebungen. Alle Erhebungen führen dahin, daß der Hauptherd der diesfälligen Agitationen in der Schweiz liege und daß dort alle Fäden zusammenlaufen und daß desgleichen auch Belgien einen Agitationszentralpunkt bilde.

Für die einzuleitenden Bekämpfungsschritte seien mehrere Propositionen vorgebracht worden. Ein Vorschlag der Krakauer Polizeidirektion laute auf Suspendierung der Geschwornengerichte. Gleichwie der Statthalter, sei auch er (Minister des Innern) gegen diese Maßregel. Ein weiterer Vorschlag wolle die Errichtung eines internationalen Polizeibüros mit dem etwaigen Sitz in Dresden anstreben. Auch dieses Projekt erachte er nicht für geeignet. Hingegen sei er für den dritten Antrag, dahingehend, daß von Seiten des Ministeriums des Äußern, und zwar im Verein mit dem auswärtigen Amt in Berlin auf die Schweiz und Belgien ein entsprechender Druck ausgeübt werde, damit den daselbst wirkenden Agitationselementen in geeigneter Weise entgegengearbeitet werde.

Der Minister des Innern glaube nach den vom Botschafter Fürsten Reuß in der Sache gemachten Äußerungen zuversichtlich erwarten zu können, daß Fürst Bismarck zu einer diesfälligen gemeinsamen Aktion bereit sein werde.

Der Ministerrat erklärt einhellig seine Zustimmung.

Der Justizminister (Dr. Glaser) will nur in bezug auf den vom Minister des Innern berührten Punkt betreffend die Schwurgerichte in Krakau bemerken, daß er Gelegenheit gehabt habe, mit dem Präsidenten des Krakauer Landesgerichtes zu sprechen und daß derselbe erklärt habe, bezüglich der Geschwornen durchaus nicht beunruhigt zu sein. Nachdem der Justizminister die Angelegenheit mit dem Landesgerichtspräsidenten hatte besprechen können, habe er von der früher beabsichtigten Zitierung des Krakauer Oberstaatsanwaltes Umgang genommen."

In den beiden Erörterungen im Ministerrat äußerte sich also unwiderleglich die Absicht, vor allem des Ministers des Innern Grafen Taaffe, den Sozialismus mit allen Mitteln zu bekämpfen. Und diese Absicht hat Taaffe denn auch als Ministerpräsident auszuführen versucht. Aber auch er hatte ebensowenig damit Erfolg wie Fürst Bismarck.

So wie die organisierte Arbeiterschaft Österreichs aber in ihrem politischen Vorgehen vielfach durch die Sozialdemokratie in anderen Ländern, namentlich durch die große Partei im Deutschen Reiche, beeinflußt worden ist, hat sich auch Taaffe dann getreulich in dieser Hinsicht an das große Vorbild Bismarcks gehalten, und das fast sklavisch. Die österreichischen Behörden, die schon früher bezüglich der Maßnahmen gegen-

über der Sozialdemokratie in „regem Gedankenaustausch" mit den deutschen Behörden standen, haben auch in diesen Zeitläuften ihr Verhalten gegenüber der organisierten Arbeiterschaft nach den reichsdeutschen Anregungen und Plänen eingerichtet; der gleiche Sturm, der drüben die Scharen des Sozialismus zerstieben sollte, brauste auch durch Österreich, mitunter allerdings in der hierzulande üblichen Art, das heißt „in Form des Absolutismus, gemildert durch Schlamperei". Ebenso wie es bezüglich der Repressivmaßnahmen gegenüber der Arbeiterschaft gehalten wurde, hielt man es auch hinsichtlich der Arbeiterschutzgesetzgebung, nur daß ein Mehr oder Weniger, je nach der widerstrebenden Haltung der politischen Parteien, geboten wurde. Belagerungszustand, Ausnahmegesetze und Palliativmittel, hier wie dort, bis endlich das System völlig zusammenbrach.

Das österreichische Proletariat war aber einigermaßen viel schlimmer daran als das reichsdeutsche, zumal der deutsche Sozialdemokrat noch immer über die Waffe des Stimmzettels verfügen konnte, die dem österreichischen Arbeiter nicht zu Gebote stand und die er sich erst in jahrelangem schweren Kampfe selbst erringen mußte. Zudem war das reichsdeutsche Proletariat in jener Zeit schon politisch und gewerkschaftlich straff organisiert, indes die österreichische Arbeiterschaft sich in bösem Hader selbst zerfleischte und es erst geraumer Zeit und schwerer Arbeit bedurfte, um eine Einigung herbeizuführen und dann erst die neuen Grundquadern in den Boden zu senken, auf denen sich der aufzurichtende neue Bau erheben sollte. Es mußte, wie zu ersehen ist, die schwerste, wenn auch manchem kleinlich erscheinende Agitations- und Organisationsarbeit geleistet werden, eine Arbeit, gleich mühevoll, zeitraubend und — auch gefährlich. Daß es möglich geworden ist, sie in verhältnismäßig kurzer Zeit zu schaffen, war vor allem ebenso den aufopfernden als rastlosen Bemühungen der führenden Genossen und insbesondere Dr. Viktor Adler zu danken; ihnen gebührt das Verdienst, im vielsprachigen Reiche die Massen des arbeitenden Volkes, die bis zu jenem Zeitpunkt vielfach stumpf dahinbrüteten, wieder aufgerüttelt, gesammelt und zu neuem politischen und gewerkschaftlichen Tun aufgerufen zu haben. Welche Summe von physischen Anstrengungen, Gefahren und seelischer Arbeit es hiezu bedurfte, zeigten erst die folgenden Jahre. Ein großes Trümmerfeld, nicht zuletzt ein gedankliches, mußte vorher aufgeräumt werden, ehe man wieder den fruchtbringenden Samen der Erde übergeben konnte, aus der die neue Sozialdemokratie in Österreich ersproß. Der Parteitag zu Hainfeld, Ende 1888 und Anfang 1889, war nicht nur für die Sozialdemokratie Österreichs, sondern auch für die weitere Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Dinge in Österreich von höchster Bedeutung. Die Männer, die sich in jenen Tagen in dem kleinen niederösterreichischen Landstädtchen Hainfeld zusammengefunden hatten, und von denen damals viele noch der pessimistischen und trüben Gedanken der Besorgnis, ob das große Einigungswerk gelingen würde, voll waren, sind nichtsdestoweniger von dem hehren Gedanken beseelt gewesen, dem österreichischen Proletariat ein günstiges Schicksal und eine herrliche Zukunft zu bereiten. Ihr Beginnen glückte zum größten Teil; wenn auch seither noch nicht das erreicht werden konnte, den Sozialismus in seiner

Gänze und Reinheit erstehen zu lassen, so kann doch gesagt werden, daß zweifellos in steter und organischer Fortentwicklung das große Werk der Befreiung aller Arbeitenden seiner Vollendung entgegenreift und der Tag nicht mehr in nebelhafte Fernen gerückt ist, da ein Schrei der Erlösung sich der Brust aller entringen wird, wenn diese Gesellschaftsordnung zusammenbrechen wird und da zu freien Menschen werden alle, die heute noch seufzen unter dem drückenden Joch des Kapitalismus. Die große Umwälzung wird vor sich gehen als notwendige Wirkung einer Ursache. Man kann die Wirkungen nicht erstürmen, wie man etwa im Krieg Stellungen oder Festungen unter Hurra!-Rufen mit dem Bajonett erobert. Man wird sie eben systematisch noch mehr sturmreif machen müssen, ehe sie fallen, die seit Jahrhunderten bestanden und deren Anhänger trotz alledem und alledem in dem sie umgebenden Schutzwall sie zu hüten suchen. Die kapitalistische Ordnung hat noch zu viele geistige und physische Schutztruppen und ihre Waffen sind noch immer nicht stumpf geworden!

Goethe spricht in einem seiner „Venezianischen Epigramme" (53. Band, I. Abteilung, Nachträge Nr. 28), jenen Stücken, die erst vor kurzer Zeit der Öffentlichkeit übergeben werden konnten, da sie bis dahin sorgsam ihr verborgen geblieben waren, eine treffende Kritik der gesellschaftlichen Zustände aus, die wohl auch heute noch zum guten Teil ihre Berechtigung hat:

„Dich betrügt der Staatsmann, der Pfaffe, der Lehrer der Sitten,
Und dies Kleeblatt, wie tief betest du Pöbel es an.
Leider läßt sich noch kaum was Rechtes denken und sagen,
Das nicht grimmig den Staat, Götter und Sitten verletzt."

Und Goethe war nicht nur Dichter, sondern auch, wie man weiß, großherzoglich-weimarischer Minister, ein Staatsmann, der die Zusammenhänge genau kannte, die wirtschaftlichen wie die politischen.

Am Ausgang der liberalen Ära

Während des Waltens des liberalen Bürgertums in Staat, Stadt und Land waren die Organisationen der österreichischen Arbeiterschaft, soweit sie sich zum Sozialismus bekannten, nahezu vogelfrei. Jene Liberalen, die sich als die Bringer der Freiheit stets preisen ließen, erwiesen sich in der Folge der Arbeiterschaft gegenüber als Erzreaktionäre. Das freiheitliche Mäntelchen, das sie sich umhängten, war noch ein widerlicheres Kleidungsstück als die schwarze Gewandung, in deren Leib sich die folgenden Machthaber hüllten. Ein berühmter Politiker sagte einmal: „Das ist die schlimmste Knechtschaft, die die Maske der Freiheit trägt!" So sah es damals in Österreich aus. Die heuchlerischen Liberalen, jener Klüngel von politischen Strebern und üblen Geschäftemachern, hatten gar kein Empfinden mehr für politische Freiheit, für wahre Verfassungsmäßigkeit, für Demokratie. Es war so weit mit den Liberalen gekommen, daß, als sie von ihrer Höhe der Macht stürzten, in weiten Kreisen der Bewohner heller Jubel und Schadenfreude herrschten. Sie hatten weidlich das Schicksal verdient, das ihnen bereitet wurde: von den Klerikalen und Feudalen politisch expropriiert zu werden. Die deutschen Liberalen waren nie recht deutsch und nie recht liberal. Prinz Alois Liechtenstein, „der schwarze Prinz", hatte ihr Wesen einmal richtig gekennzeichnet: „Wenn sie hätten deutsch sein sollen, gaben sie vor, daß sie liberal seien und wenn sie hätten liberal sein sollen, erinnerten sie sich ihres Deutschtums."

Als in Österreich 1867 das freiheitliche Bürgertum zur Herrschaft gelangte, gab es in der Arbeiterschaft sehr viele, die der Anschauung waren, das Proletariat habe aus Pflichten der allgemeinen Freiheit und der Selbsterhaltung die Aufgabe, die liberale Regierung mit all ihren Kräften zu stützen und zu stärken. Selbst die Genossen im Deutschen Reich waren dieser Anschauung und oft genug wurde davon gesprochen, daß das österreichische Proletariat beziehungsweise die Sozialdemokratie unter allen Umständen die Pflicht habe, mit dem Liberalismus zu stehen und zu fallen. Das Proletariat hielt denn auch im Interesse der allgemeinen Freiheiten lange, vielleicht allzu lange, an der Tradition fest, daß es in politischen Dingen dem liberalen Bürgertum Gefolgschaft leistete. Das Proletariat konnte es aber nur bis zu jenem Zeitpunkt so halten, als nicht der deutsche Liberalismus völlig in Verkommenheit geriet. In dem Augenblick, als sich die liberalen Herrschaften dazu hergaben, alle sogenannten freiheitlichen Errungenschaften zugunsten der politischen Reaktion zu verraten, fiel die Arbeiterschaft von ihnen ab und entschloß sich, auch bezüglich dieses Teiles ihres Programms auf eigene Füße zu stellen. Weder liberal noch feudal und klerikal, sondern nur sozialdemokratisch wurde die Parole des klassenbewußten Proletariats, und so wie dieses sich in sozialpolitischer Hinsicht selbständig machte, schüttelte es dann auch jedwede Gemeinschaft mit den alten, streberischen Liberalen ab. Wohl fehlte es nicht an Bestrebungen, und zwar schon zu Beginn der Verfassungsära, innerhalb

der Arbeiterschaft, die unter dem Schlagwort des Föderalismus auch Verbindungen mit der nationalen Reaktion anknüpften. Solche Erscheinungen traten wiederholt zutage. Auch später noch, als die Liberalen schon längst abgewirtschaftet hatten, fanden sich im Lager der einen oder der anderen sozialistischen Fraktion Wortführer, die regelmäßige Verbindungen mit der einen oder anderen bürgerlichen Partei oder Gruppe anregten und unterhielten. Ein völliges Zerreißen der Fäden mit den politischen bürgerlichen Parteien war erst nach dem Hainfelder Parteitag zu verzeichnen. Doch in einzelnen Momenten, etwa, wenn die Klerikalen irgendeinen der von ihnen so oft praktizierten Vorstöße unternahmen, der sich gegen die Schule oder gegen die Gewissensfreiheit richtete, kämpften die Sozialdemokraten in der Reihe mit ehrlich freiheitlichen Schichten des Bürgertums. Im übrigen war jede Gemeinschaft zwischen den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie zerrissen. Das Proletariat war es im Laufe der Zeit müde geworden, sich von den Bürgerlichen für dessen Zwecke mißbrauchen zu lassen, wiewohl die Bürgerlichen sich jederzeit gern der Massenstaffage der Arbeiterschaft für ihre politischen oder wirtschaftlichen Ziele bedient hätten. Dasselbe Bürgertum, das in seinem Gros keine Hand rührte, um der rechtlosen Arbeiterschaft politisch oder wirtschaftlich in seinen Nöten zu Hilfe zu kommen. Die Herren Bürgerlichen schwiegen im Parlament zu all den Forderungen des Proletariats, die höchst bescheiden waren, oder bestenfalls haben die Bourgeoishelden eine Lendenlahmheit hiebei bekundet, die aller Welt zeigte, wie wenig ernst ihnen das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft war und wie unbequem ihnen eigentlich das Proletariat sei, das ja im Hause der Gesetzgebung über keine einzige Stimme verfügte, denn die Liberalen hörten höchstens nur auf jene privilegierten Bevölkerungsschichten, die eine Stimme bei den Wahlen zu vergeben hatten ...

Die Strömungen im Proletariat

Die nächsten Jahre der österreichischen Arbeiterbewegung sind charakterisiert durch Uneinigkeit der führenden Personen, durch verwirrende Tendenzen in der Parteitaktik und durch den leider gerade in dieser Zeit allenthalben aufflammenden Nationalismus. Standen in den Anfängen der Sozialdemokratie in Österreich, wie dies bei allen jungen politischen Parteien stets der Fall zu sein pflegt, Personen im Vordergrund, die meistens vielleicht von dem redlichsten Willen beseelt, ihrer Partei mit allen Kräften und Mitteln zum Siege zu verhelfen, so hat es doch niemals in einer jungen Partei auch an Männern gefehlt, die, getrieben von Ehrgeiz und Selbstsucht, kleinlicher Eitelkeit, um jeden Preis eine führende Rolle spielen wollten, und die dann mit Ränken und Intrigen aller Art sich an der Spitze zu behaupten suchten. Daß sie sich hiebei wahllos aller Mittel, auch der unlautersten, zu bedienen suchten, ist leider auch eine kaum zu bestreitende Tatsache. Die österreichische Sozialdemokratie hatte in ihren Anfängen gleichfalls mit dieser allerdings sehr verderblichen Kinderkrankheit zu kämpfen, und wenn heute, nach einem halben Jahrhundert, viele von denen, die einst in den vordersten Reihen der Parteikämpfer gestanden sind, längst in Vergessenheit fielen und ihre Gedanken überholt erscheinen, so ist das nicht zum geringsten Teil auf diese Erscheinungen der Frühepoche in der österreichischen Partei zurückzuführen. Zweifellos waren die ersten Vorkämpfer des Sozialismus in Österreich, im politischen und wirtschaftlichen Leben und in den wissenschaftlichen Theorien des Sozialismus nur wenig geschult, von dem ehrlichsten Streben geleitet, dem Emanzipationsgedanken des arbeitenden Volkes zum Siege zu verhelfen. Wenn heute ihre Kampfmittel und ihre Taktik vielleicht manchem einigermaßen aber naiv erscheinen mögen, so liegt sicherlich der Grund zu dieser Beurteilung darin, daß in den folgenden fünfzig Jahren der Arbeiterbewegung und des Sozialismus Kampfesweise und Taktik so ins Riesenhafte gewachsen sind, wie die Massen, die im Sozialismus allein ihre befreiende Tatsache, ihr Evangelium erblickten. Haben nicht selbst auch die großen Denker und Schauer des Sozialismus anderes gesehen und vorausgesagt, wiewohl gerade sie das künftige Werden und Wachsen der politischen und wirtschaftlichen Dinge weit mehr überblicken konnten als ihre österreichischen Schüler von 1869?

Auch die bürgerlichen Politiker, Gelehrten und Parteien jener Zeit haben nur mit sehr geringfügigen Ausnahmen die ganze große Bedeutung des Sozialismus und die ihm vorbehaltene Zukunft und Sendung unterschätzt. Hatte man den Sozialismus anfangs nur als einen kleinen Teil der weltbewegenden Dinge betrachtet und gewertet, als die bloße „Arbeiterfrage", so mußten auch sie im Wandel der Zeiten zu der Erkenntnis gelangen, daß er in seinen immer größeren Dimensionen zu einer die Welt bewegenden Angelegenheit werden müsse, und zwar in dem Maße, als die Wirtschaft eines Landes zur Weltwirtschaft und der Sozialismus eines Landes zum internationalen wurde.

An den kleinen und bescheidenen Anfängen des österreichischen Sozialismus gemessen, hatte die Bewegung selbst um 1869 bei uns schon eine Bedeutung angenommen, die gleich zu Beginn merkwürdigerweise hierzulande nur von einem Regierungsfaktor erkannt worden war: von der österreichischen Polizeibehörde, die übrigens, wie bekannt, für alle umstürzlerischen Ideen stets die beste Witterung hatte. Hatte sie doch in diesem Belang eine sozusagen große Tradition hinter sich, und die Schule Metternichs und Sedlnitzkys hatte in Österreich noch immer Jünger genug, die sich von alten Überlieferungen trotz der neuen Verhältnisse in Wissenschaft, Politik und Gesetzgebung noch immer nicht loszureißen vermochten. Sie lebten immer noch im Bannkreis einer untergehenden Welt!

So kam es, daß zur Bekämpfung des Sozialismus bis in die letzten Jahre des Habsburgerreiches die Requisiten des alten Polizei- und Obrigkeitsstaates aufgewendet wurden. Der Polizeigeist des Vormärz feierte förmlich seine Renaissance in den Jahren von 1878 bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, da die Regierung des Grafen Taaffe und seiner unmittelbaren Nachfolger alle Machtvollkommenheit gegenüber den Bestrebungen der Arbeiterklasse nach wirtschaftlichen und politischen Neugestaltungen der — Polizei überließ.

Von dem allmächtigen Walten des Polizeigeistes ward naturgemäß auch die Organisation und Taktik der österreichischen Sozialdemokratie nicht wenig beeinflußt. Das alte Giskra-Taaffesche Edikt vom September 1869 und vom 20. Juli 1870 (siehe Band I), womit das Verbot der sozialdemokratischen Vereine und sozialdemokratischen Versammlungen klipp und klar, ohne daß „man" erst, wie dies später geschah, von der gesetzgebenden Körperschaft ein Ausnahmegesetz beschließen ließ, ausgesprochen wurde, wurde in seiner ganzen Strenge und Schroffheit gehandhabt und Statthalter, Bezirkshauptleute und noch viel kleinere Alleinherrscher wachten mit Argusaugen darüber, daß sich Arbeiter, und namentlich solche, die im Verdacht standen, daß sie zum Sozialismus neigen, niemals und nirgend versammeln. Es wurden von den Behörden förmliche Hetzjagden veranstaltet, um Sozialistenkongresse zu sprengen und ihre Teilnehmer, deren man habhaft werden konnte, hinter Schloß und Riegel zu setzen. Ein sehr beträchtlicher Teil des Schriftenwechsels zwischen den Zentral- und Landesbehörden beschäftigte sich mit der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ja selbst mit einzelnen der Partei angehörenden Mitgliedern, die völlig unter polizeilicher Überwachung standen. Ein Heer von Polizeiagenten und für den speziellen Zweck angeworbenen Konfidenten war immer auf der Jagd nach Sozialisten. Und trotz alledem bewegte sich die Partei unaufhaltsam nach vorwärts und aufwärts, wenn auch unter steten Beschwerden und Mühseligkeiten. Die Polizei war rastlos bestrebt, alles bis ins kleinste Detail zu erkunden und zu erspähen, was die Partei betraf, und sie erfuhr auch in der Tat viel, sehr viel, ja, wie leicht begreiflich, noch viel mehr als sich wirklich ereignete; denn ihre Konfidenten und Agenten mußten, um nicht ihres Lohnes verlustig zu werden, immer etwas und Neues bringen. Die reproduzierten polizeilichen Notizen und Aktenstücke werden dartun, welche Einzelheiten aus dem intimsten Parteileben der Polizei bekannt-

geworden sind, wie selbst Briefe, die einzelne führende Personen schrieben oder erhielten, ihr bekannt waren. Die politische Spitzelei war eben zu einem vollendeten System ausgebaut worden, ganz so wie in den seligen Zeiten des Vormärz. Aber alles erfuhr die Polizei denn doch nicht, oder wenigstens nicht zu rechter Zeit. Sie konnte, so gern sie es getan hätte, manche der Parteikongresse oder Konferenzen nicht verhindern, auf denen die bindenden Organisations- und taktischen Beschlüsse gefaßt worden sind. Die Partei hatte eben im Laufe der Zeit gelernt, der Polizei Schnippchen zu schlagen, und die leitenden Männer der Partei versammelten sich zumeist in abgelegenen, weltvergessenen Orten, oft sogar mitten in der Nacht, um zu beraten. So hatte die Behörde selbst durch ihr ungesetzliches Vorgehen „Geheimbündelei" gezüchtet, um die „Geheimbündler" dann vor die Richter zu schleppen. Derartige Geheimbundprozesse, die fast ausnahmslos zu Verurteilungen zu schweren Kerkerstrafen führten, nachdem die Beschuldigten zumeist auch noch eine mehrmonatige Untersuchungshaft zu bestehen hatten, fanden allerorten statt; ja sie waren lange bis in das Zeitalter nach Taaffe in manchen Kronländern noch üblich.

Die Polizei schuf Märtyrer des Sozialismus in Österreich; vielleicht nirgendwo herrschte so große Geschäftigkeit im Entdecken von Verschwörungen wider Staat und Gesellschaft wie in Österreich. Aber nirgend war auch die Polizei dümmer beim Anzetteln von derartigen Verschwörungen als hierzulande. Es schien, als ob gerade in diesem Verwaltungszweig alles mit Blindheit geschlagen gewesen wäre. Nur daß die Brutalität eine nie erreichte Höhe erklomm. Und das alles geschah in den ruhigen Tagen des Friedens und während des Waltens der sogenannten bürgerlichen Freiheit!

Ohne daß noch ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten und Anarchisten vom Reichsrat beschlossen worden wäre, haben die Regierung und ihre Organe der sozialdemokratischen Partei gegenüber diese als außerhalb des Gesetzes stehend angesehen und demgemäß auch behandelt. Für die Sozialdemokratie existierte in Österreich einfach kein Versammlungs- und Vereinsrecht, keine Preßfreiheit; aber auch die Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes zum Schutze der persönlichen Freiheit, das Gesetz über das Briefgeheimnis wurden ohne jede Scham verletzt, ebenso wie das Gesetz über die richterliche Gewalt. Bei Sozialdemokraten wurden Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Befehl vorgenommen, und es war eine alltägliche Erscheinung in Österreich, daß Inhaftierte wochen- und monatelang in polizeilichem oder richterlichem Gewahrsam gehalten wurden, ehe zu ihrer Aburteilung irgendein durch seine Strenge verläßlicher Gerichtshof delegiert wurde, wiewohl das Staatsgrundgesetz die Bestimmung enthält, daß niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe.

Die österreichische Regierung hatte sozusagen den Ausnahmezustand gegen „die subversiven und destruktiven Elemente" via facti eingeführt. Die Vorkämpfer des sozialistischen Gedankens waren förmlich vogelfrei und der Willkür eines jeden, auch des niedersten behördlichen Organs, preisgegeben. Man konfiszierte ganz ungeniert ihre Zeitungen, verbot ihre Versammlungen und löste ihre Vereine unter den nichtigsten Vor-

wänden auf. Wenn die Partei irgendwo und irgendwann einen Kongreß oder auch nur eine Besprechung in kleinerem Rahmen abhalten wollte, fahndete man nach den Teilnehmern wie nach gemeinen Verbrechern, und der Telegraph spielte zwischen den Zentral- und Landesstellen unausgesetzt, um der Frevler habhaft zu werden. Um jeden Preis wollten die Behörden die „Fäden der Organisationen aufdecken", und man scheute vor keinem Aufwand von Geld, Verschlagenheit und Mühe zurück, um den Staat, der offenbar in großer Gefahr war, von den Sozialisten zerstört zu werden, zu retten.

Man sollte glauben, daß in solchen Zeitläuften der Verfolgung die Verfolgten sich fest zusammenschlossen, um ihren Widersachern wirksam zu begegnen. Aber das Gegenteil war leider der Fall; in den Reihen der Sozialdemokratie herrschte die größte Zwietracht, und jahrelanger Hader brachte Verwirrung in die Massen des arbeitenden Volkes in Österreich. Persönlichen Beweggründen entsprungen, wuchsen Streit und Zank zum verderbenbringenden, lodernden Haß empor, und das zur Freude des herrschenden Bürgertums, das im ersten Augenblick, da im alten habsburgischen Nationalitätenstaat eine internationale Arbeiterbewegung entstand, vor dem erwachenden Riesen Proletariat förmlich bangte und zitterte. Mit Angst und Schrecken verfolgten die Herrschenden hierzulande das Werden und Wachsen des sozialistischen Gedankens, für dessen Entwicklung alle wirtschaftlichen und politischen Vorbedingungen gegeben waren. Über die Hindernisse eines immer mächtiger werdenden Nationalismus hinweg, der die Grenzen des Staates zu sprengen sich anschickte, erhob sich in den Anfängen der Arbeiterbewegung der Wille der Massen zum internationalen Sozialismus und erhielt sich allen Gewalten und Ränken zum Trotz stark und lebendig.

Erst aus den eigenen Reihen erstand der furchtbare Gegner, die Spaltung innerhalb der Partei, alles zerstörend, alles niederwerfend, was mächtig, stolz und voll Opferfreudigkeit aufzurichten geglückt war. Persönliches Gezänke, eigensüchtiger Ehrgeiz und oft ganz kleinliche Eitelkeit unterwühlten den kaum zur Höhe gebrachten Bau, dessen praktische und theoretische Grundlagen erschütternd. Mehr als ein Jahrzehnt bot die österreichische Arbeiterschaft das jämmerliche Bild der Uneinigkeit und Zerfahrenheit, das geeignet war, die Massen, die verelendet unter dem drückenden Joche des Kapitalismus stumpf dahinsiechten, von dem Zusammenschluß eher abzustoßen als zu ihm hinzuziehen. Nur so war es möglich gewesen, daß politisch und wirtschaftlich die breitesten Schichten der Bevölkerung schutzlos der Ausbeutung durch eine schrankenlose Unternehmerschaft preisgegeben und einem brutalen Klassenregiment oder gar nur der Willkür eines politischen Klüngels erbarmungslos ausgeliefert waren. Die Arbeiterschaft war wirtschaftlich und politisch rechtlos. Für sie gab es, wie Viktor Adler einmal sagte, damals und noch einige Jahre später nur die Freiheit des Kerkers, die Gleichheit des Schubwagens und die Brüderlichkeit der Ausbeutung!

Die Bewegung, die Ende der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts einen so vielversprechenden herrlichen Aufstieg genommen hatte, ging rapid zurück und versank in düsteres Chaos. Die Vereine lagen

entweder still und einsam oder waren zur Stätte persönlicher Streitigkeiten geworden; die Gewerkschaften, die schon zu hoher physischer und moralischer Bedeutung gekommen waren, entbehrten der einheitlichen Führung und büßten alle Macht ein; und die Presse, die sich das Proletariat allmählich geschaffen hatte, blieb kaum beachtet. Nicht als ob sie ganz ihrer hohen Mission uneingedenk gewesen wäre, sondern weil sie eben häufig zum Werkzeug eigennütziger oder eingebildeter Eigenbrötler geworden war. Die wenigen und kleinen Arbeiterblätter, die der Verbreitung des Sozialismus dienen sollten, fristeten ein kümmerliches Dasein, und man hatte die größte Mühe, auch nur die damals für ein Wochenblatt notwendige Kaution von einigen tausend Gulden aufzubringen. So waren Agitation, Organisation und Presse, die drei Hauptfaktoren, die die Aufrüttlung der stumpfen Arbeitermassen bewerkstelligen sollten, lahmgelegt!

Der innere Zwiespalt wirkte weit verheerender als alle Verfolgungen der Gewalthaber. Er zerstörte das Gemeinsamkeitsgefühl in der Arbeiterschaft, und an Stelle jener Solidarität, die sich früher und später stets so erhebend bekundet hatte, trat ein nie gekanntes Wüten gegen den Bruder. Daß darunter die Gesamtheit der Partei auf das schwerste mitbetroffen war, ist selbstverständlich. Geradezu furchtbar war aber die moralische Wirkung auf die Massen innerhalb und außerhalb der Organisationen.

Das innere Leben in den Vereinigungen der Arbeiterschaft war nicht mehr von jenem hohen Ernst des bewährten Lernbestrebens wie in den ersten Jahren der Arbeiterbewegung in Österreich, wo sich gar nicht selten reife Männer auf die Schulbank setzten, um sich nach der schweren Arbeit des Tages Wissen und Bildung anzueignen. Wohl fehlte es auch in diesen Tagen nicht an Männern und Frauen — Frauen beteiligten sich damals nur recht wenige an der Arbeiterbewegung — die in den Arbeiterbildungsvereinen und Gewerkschaften lernen wollten, politisch und wirtschaftlich. Aber zum großen Teil überwogen allmählich hier leider das Heldentum der Phrase und die grellsten und radikalsten Schlagworte. Die Redner sonnten sich um eines Augenblickserfolges willen gern in der Gunst der beifallslustigen Zuhörer und waren aufeinander von der heftigsten komödiantenhaften Eifersucht beseelt, wenn der Applaus der Versammlungsteilnehmer ihnen nicht so reich gespendet wurde als einem anderen. Und der stürmischeste Beifall wurde immer nur jenen Rednern zuteil, die die größte Lungenkraft und die stärksten Worte zu gebrauchen verstanden. Auf die sachlichen Argumente kam es viel weniger an.

Aber noch ein anderes Moment spielte mit: das materielle, das Strebertum, in der Partei eine Anstellung zu erlangen. Sicherlich waren die Zeitläufte in bezug auf das Erwerbsleben sehr schwierige, und derjenige, der es wagte, für seine Klassengenossen und den Sozialismus in Wort und Tat zu wirken, mußte darauf gefaßt sein, entweder von den Behörden aus dem Brot gehetzt oder von seinem Unternehmer entlassen zu werden, zwei Eventualitäten, die gleich schlimm für die Betroffenen waren. Dabei waren die Gehälter für die Parteiangestellten durchaus karg und sogar schmählich; sie betrugen durchschnittlich sechs bis zehn Gulden wöchentlich, erheblich weniger, als der damalige Durchschnitts-

lohn eines nichtqualifizierten Arbeiters ausmachte. Man ging zu jener Zeit von dem Standpunkt aus, daß derjenige, der seine besten Kräfte in den Dienst der Sache stellte, auch Opfer und Entsagungen aufbringen müsse; ereilte ihn — was in der Regel bei der Übung unserer Staatspolizei sehr bald geschah — das Schicksal und wurde er verhaftet, angeklagt und verurteilt, so erging es ihm im Kerker, wo er wie ein gemeiner Verbrecher gehalten wurde, recht schlimm. Da wurden dann Sammlungen veranstaltet, die für den „Inhaftiertenfonds" bestimmt waren, aus dem für die Opfer der Justiz einiges gegeben wurde. Da die Opfer in diesen Tagen meist recht zahlreich waren, entfiel auf den einzelnen nur ein ganz geringfügiger Betrag. So ein „Arbeiteragitator", wie die Polizei die Leute nannte, führte durchaus kein Prasser- und Lotterleben aus den „blutigen Arbeiterkreuzern". Und daß sich immer begeisterte Männer fanden, die die schwere Aufklärungsarbeit leisteten für eine verachtete, geschmähte und verfolgte Partei, zeugt von dem hohen Idealismus, der trotz alledem in den Vorkämpfern jener Tage unauslöschlich lebte. Wie oft wurde mancher aus irgendeinem schmutzigen Kotter einer weltvergessenen Gemeinde auf dem Schub in seine Heimat gebracht, in der er gewöhnlich seit seiner Kindheit nicht mehr gewesen war. Häufig schloß man die „Arbeiteragitatoren" auch in Ketten und brachte sie, von Gendarmen mit aufgepflanzten Bajonetten begleitet, zu irgendeinem k. k. Gericht.

Daß eine derartige Behandlung die Stimmung in der klassenbewußten Arbeiterschaft gerade nicht verbesserte, und daß sie in der Brust der gequälten und gemarterten Menschen, die für das Proletariat einzutreten wagten, nur finstere Gedanken und Rachesinnen gegen die Gesellschaft und das Staatswesen erzeugten, das so ehrliche Arbeiter behandelte, kann sicherlich nicht befremden. Wogte in den ersten Jahren der Arbeiterbewegung der Kampf zwischen den Grundsätzen Schulze-Delitzsch und Lassalle, so kam es jetzt zu einem sehr erbitterten Ringen zwischen Radikalen und Gemäßigten. Dieser Kampf nahm die schärfsten und häßlichsten Formen an. Er wurde grausamer geführt zwischen den Bruderparteien als gegen die Bourgeoisie, den Klassenfeind, zumal der Kampf sich meist gegen die Personen richtete, die für den Sozialismus mit ihrem ganzen Herzen und ihrer ganzen Seele eintraten. Verdächtigungen und Verleumdungen der niedrigsten Art waren alltägliche Erscheinungen; Verräterei war das Geringste, was einander vorgeworfen wurde. Das alles zur großen Freude des gemeinsamen Feindes! In öffentlichen Versammlungen und in der Presse wurden wahre Schmähkübel aufeinander entleert. Es hatte den Anschein, als ob ein unerbittliches Fatum es gefügt hätte, daß sich das Proletariat selbst zerfleischen müsse in sinnloser Wut.

War es unter solchen Verhältnissen nicht zu verwundern, daß die Reihen des organisierten Proletariats sich immer mehr lichteten, daß ein großer Teil der Arbeiterschaft sich geradezu mit Entsetzen von den Organisationen abkehrte und daß Arbeitervereine und Gewerkschaften allmählich verödeten?

Erfüllten diese doch nur zum geringen Teil ihre Bestimmung, dem Proletariat Belehrung, Hilfe und Befreiung zu bringen aus wirtschaft-

licher und politischer Bedrängnis. Die Arbeiter wurden irre an den Lehren und Zielen des Sozialismus und viele wendeten sich entweder völlig ab von jeder politischen Betätigung oder gingen in die Lager der bürgerlichen Politik über oder suchten schließlich Erholung und Vergessen anderswo. Es waren trübe und düstere Zeiten für das Proletariat Österreichs gekommen. Wien vor allem war der Tummelplatz der wildesten Parteileidenschaften und Kämpfe und von hier aus verbreiteten sie sich dann in die Hauptstädte der Provinz und in die Industrieorte, wo sich nach und nach die Parteiverhältnisse ähnlich unerquicklich gestalteten. Kaum daß irgendein Ort hievon unberührt geblieben wäre.

Durch die Zerklüftung in der Partei erwuchs dem Proletariat eine Zeit voll Düsterkeit und Trübnis, voll Gram und Verfolgungen. War früher, zumal in jenen Tagen, da die Organisationen der Sozialdemokratie erstarkt waren, dem Proletariat in ihnen ein Hort, gleich stark zum Schutz wie zum Angriff erstanden, so war nach der eingetretenen Spaltung diese Waffe völlig zerbrochen. Die herrschenden Klassen, die wirtschaftlich und politisch Regierenden, die einst von Furcht und Schrecken vor den Organisationen des Proletariats erfüllt waren und darum doch einigermaßen sich gezwungen sahen, von ihrer unendlichen Machtfülle zeitweilig ein Quentchen aufzugeben, wurden wieder starrköpfig und brutal. Es war, als ob mit einem Schlag die Welt und Dinge in Österreich sich verwandelt hätten. Regierung und Unternehmertum hatten sich nunmehr ganz verschlossen gegenüber allen Forderungen, auch den elementarsten, deren Erfüllung die Arbeiterschaft von ihnen heischte.

Die sozialpolitische Gesetzgebung, die in anderen Industriestaaten Europas bereits eine fruchtbringende Tätigkeit entfaltet hatte, verstummte hier plötzlich. Schon als 1871 die Reihen des organisierten Proletariats durch Hader und Zwist erschüttert wurden, als die Verfolgungen wider die Sozialdemokratie von Regierungs wegen zum wohlgefügten und durchdachten System geworden, schwiegen alle Politiker und Staatsmänner, selbst die vorgeschrittensten, von allen sozialreformerischen Plänen. Geradezu mit Hohn beantworteten Regierung und gesetzgebende Körperschaft selbst die primitivsten Verlangen der Arbeiterschaft, ob sie nun politische oder wirtschaftliche, nicht etwa Zugeständnisse, sondern Notwendigkeiten, Lebensnotwendigkeiten und Staatsnotwendigkeiten beinhalteten. Es offenbarte sich eben ganz klar, daß nur Macht und Stärke der Organisationen imstande waren und imstande sind, Erfolge davonzutragen; auf keine Macht gestützt, konnte das Proletariat nichts erreichen, mußte zur Ohnmacht verurteilt sein!

Einsichtige und Gelehrte, wie etwa jene, die man damals mit dem Spottnamen „Kathedersozialisten" bezeichnete, hatten die Lehre verkündet, daß man dem schrankenlosen Walten des Kapitalismus Dämme setzen müsse, daß der Staat die Pflicht habe, im Interesse der Unterdrückten, der wirtschaftlich Geknechteten, der egoistischen und selbstsüchtigen Produktionsweise, wie sie der liberale Kapitalismus in allen Ländern praktizierte, von Gesetzes wegen entgegenzutreten. Schon aus

dem Interesse der Selbsterhaltung des Staates! Anderswo beherzigte man die Lehre vom Staate, der der schrankenlosen Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie es die manchesterliche Wirtschaftsweise tat, entgegentrat. Anderswo waren bereits Gesetze, die der Ausnützung bis aufs Mark zu steuern suchten, geschaffen worden. Fast überall in Europa aber hatte das Volk Anteil an der Gesetzgebung erlangt und konnte durch Ausübung des politischen Stimmrechtes zumindest in der Stätte, wo die Gesetze gemacht wurden, durch seine Wortführer seine Stimme ertönen lassen. Nur in Österreich galt es als wahrhaftiges Verbrechen des Hochverrates, wenn eine Partei wie die sozialdemokratische Arbeiterpartei einem Programm anhing, das die Eroberung des politischen Stimmrechtes als eine ihrer Hauptforderungen aufstellte. Die Herrschenden, Regierung und bürgerliche Parteien, erkannten ganz wohl, daß das allgemeine Stimmrecht ein geradezu revolutionär wirkendes Mittel sei, das der Masse des Volkes zumindest ein Maß von Lebensmöglichkeit, wirtschaftlicher und politischer, zu bieten imstande sei; und da sie keineswegs entschlossen waren, sich freiwillig auch nur eines Stückchens ihrer Macht zu entkleiden, taten sie alles, um dem Verlangen des organisierten Proletariats kräftigsten Widerstand zu leisten, was ihnen ja nicht schwer fiel, da doch die gesamte Staatsgewalt in ihren Händen lag, wie ja auch die ganze Maschinerie des Staates die Domäne einer Klasse, der des Besitzes, war und auf lange Zeit noch bleiben sollte.

Durch die Uneinigkeit in den Organisationen der Arbeiterschaft war die Schwäche des um seine Rechte kämpfenden Volkes völlig entblößt geworden und die Großen und Mächtigen in diesem Reich hatten denn auch weder Ursache noch Veranlassung, irgend etwas der Masse zu gewähren, was sie nicht zu erkämpfen imstande gewesen wäre. 1872 hatte ein Teil der sozialdemokratischen Organisationen beispielsweise die durchaus nicht revolutionäre Forderung gestellt, es mögen Arbeiterkammern errichtet werden, die wie die Handels- und Gewerbekammern auch die Befugnis haben sollen, Abgeordnete in den Reichsrat zu entsenden. In einem sehr maßvollen Memorandum — der liberale Abgeordnete Dr. Josef Kopp, der die Petition im Reichsrat überreicht hatte, bezeichnete sie als maßvoll — forderte die Arbeiterschaft diesen politischen und wirtschaftlichen Bettel. Und die Antwort? Nach Monaten gab man dem Proletariat zu wissen, daß derzeit die Forderungen nicht erfüllt werden könnten. „Das Volk sei nicht reif!" Damals klang schon jene Weise, die im Laufe der Jahre, da der Kampf um das allgemeine Stimmrecht lebendig entbrannte, immer wieder in allen Variationen ertönte. „Das Volk sei nicht reif", seine Geschicke mitzubestimmen!

Man wies im gesetzgebenden Körper schroff die bescheidenen Forderungen der Arbeiterschaft zurück, man gab ihr nicht die Freiheit, diese Forderungen in Wort und Schrift außerhalb des Hauses der Gesetzgebung zu vertreten; man hatte die Masse stumm gemacht, so wie man taub blieb ihren Forderungen gegenüber! Und die materielle Not, die das Volk allenthalben bedrängte, wurde schier unerträglich! Stumpf trug der Großteil der Bevölkerung sein Leid, und nur ein kleiner Teil der

städtischen Einwohner, die über die Lage, in der sie sich befand, nachzudenken begann, empfand das tiefe Weh, aber auch das Hoffnungslose der ganzen Situation. Das bitterste körperliche Elend einerseits und anderseits die völlige Aussichts- und Rechtlosigkeit, in der sich die breiten Bevölkerungsschichten versunken sahen, erfüllten die Denkenden und Fühlenden im Proletariat mit den bittersten Empfindungen gegen Staat und Gesellschaft. In ihm und den vielfachen Trägern der Macht sahen viele die Bedränger, die zu beseitigen wären, wenn man zu Recht kommen, wenn man ein menschenwürdiges Dasein erlangen sollte! Nur in solchen Seelen und Köpfen, die ohne Hoffen dahinzuleben verurteilt sind, können solch furchtbare Schicksalsgedanken erstehen und gehegt werden, die darauf gerichtet sind, das ganze gesellschaftliche und staatliche Gefüge erschüttern zu machen. Dazu kam noch, daß die Gesetze, die zu Beginn der Verfassungsära gegeben worden waren als unveräußerliche Grundrechte, dem Proletariat gegenüber nicht unverbrüchlich gehalten wurden. Die staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte wurden einfach kurzerhand beseitigt, ohne daß aus den Reihen jener, die dazu berufen gewesen wären, die Gesetze zu hüten, der Willkür Einhalt geboten worden wäre. Die liberale Bourgeoisie, die einst diese Gesetze gefordert und die selbst ein großes Interesse daran hatte, daß solche erstanden, bekümmerte sich wenig darum, ja die privilegierten Retter und Schützer der egoistischen Klasseninteressen wachten sorgsam darüber, daß die Massen des Volkes von diesen freiheitlichen Gesetzen keinen Gebrauch machen konnten, sogar hievon ausdrücklich ausgeschlossen wurden. Das Volk hatte so nicht einmal die Möglichkeit, seine Stimme zu erheben, wie „man" sie auch gar nicht hören wollte!

Auch an vielfachen Versuchen von außen, die Einigkeit in den Organisationen der Arbeiterschaft zu stören, fehlte es nicht; sowohl seitens der Regierungen als auch von politischen Parteien wurde immer wieder das artige Experiment gemacht; wenn es auch mitunter den Anschein hatte, als ob solche Versuche Erfolg verheißen würden, so zeigte sich jedoch immer bald, daß es im Grunde ein vergebliches Bemühen war, in die Einheitsfront des Proletariats Bresche zu legen. Es kann nach dem vorliegenden Aktenmaterial keinem Zweifel unterliegen, daß die jeweils herrschenden Machthaber bald diese, bald jene Gruppe begünstigten, um die ganze Arbeiterbewegung zu stören und bei den Massen methodisch zu diskreditieren. „Man" bediente sich hiebei meist der unlautersten Mittel. Gleich in den ersten Jahren der Arbeiterbewegung in Österreich nahm, wie schon an anderer Stelle dargelegt wurde, die Regierung seinerzeit für die auf Selbsthilfe beruhenden Bestrebungen nach dem System Schulze-Delitzsch gegen die Lassalleschen auf Staatshilfe zugunsten der ersteren Partei. In mehreren Erlässen wurden die Herren Arbeitnehmer auch aufgefordert, die Selbsthilfer, sogar unter Aufwendung materieller Hilfe, zu fördern, und auch den Beamten wurde es förmlich zur Pflicht gemacht, für den Gedanken des Herrn Schulze aus Delitzsch Propaganda unter der Arbeiterschaft zu machen. Aber der Erfolg war, wie bekannt, ein minimaler. Später förderte „man" die nationalen Gruppen der Arbeiterschaft gegen die vaterlandslose, internationale Sozialdemokratie; des weiteren strich „man" den Radikalen

um den Bart gegenüber den Gemäßigten, die der Regierung als viel gefährlicher erschienen, und „man" konzentrierte den ganzen Kampf wider die Gemäßigten oder, wie sie von Regierungs wegen höhnisch bezeichnet wurden, „gegen die Wassersuppensozialisten". Und endlich unterhielt „man" auch, so seltsam dies klingen mag, recht vertrauliche Beziehungen zu den — Anarchisten.

Die österreichischen Regierungen hatten aber schließlich mit dieser politischen Jongleurkunst bei der Arbeiterschaft noch viel weniger Glück als bei den bürgerlichen Parteien. Der Grundsatz des „Teile und herrsche!" sollte nach dem Plane der Staatskünstler auch auf die Sozialdemokraten angewendet werden. Die Berichte der Staatspolizei über die Vorgänge und Stimmungen in der Sozialdemokratie lassen es deutlich erkennen, welche der Gruppen sich gerade der besonderen Gunst der hohen Regierung zu erfreuen hatte und welche mit Verfolgung und Haß bedroht wurde. Mit ganz unverhohlener Freude wird von diesem oder jenem hohen Beamten, je nachdem „oben" der Wind wehte, Gunst oder Mißgunst verteilt. Daß nebenbei unter dem fluchwürdigen Regime einer ebenso rücksichtslosen wie dummen Staatspolizei auch fleißig Agents provocateurs angeworben wurden, unter Versprechungen aller Art, unter bedeutenden materiellen Zuwendungen, aber auch oft genug unter Drohungen und veritablen Erpressungen, ist in der Öffentlichkeit wiederholt erörtert worden, und die Reden der Abgeordneten Dr. Kronawetter und Pernerstorfer im österreichischen Abgeordnetenhaus haben dies aller Welt dargetan. Gegen die bezüglichen, im Parlament und in der Presse, namentlich während des in Österreich herrschenden Ausnahmezustandes erhobenen Beschuldigungen schwerster Art wurde von amtlicher und verantwortlicher Seite kaum der ernste Versuch einer Entkräftung unternommen. Graf Taaffe und sein Wiener Polizeipräsident sowie die berüchtigten Leiter der damaligen politischen Polizei wußten wohl, warum sie zu den vorgebrachten entsetzlichen Tatsachen beharrlich schwiegen. Und trotz all der Mittel und Mittelchen, die wider die Sozialdemokratie und ihre Vorkämpfer in Anwendung gebracht wurden, gelang es nicht, die Bewegung dauernd zu unterdrücken. Man vermochte zwar vermittels der brutalen Sondergesetze „gegen die sozialistischen und anarchistischen Bestrebungen" eine Zeitlang die Ausbreitung der Partei zu hemmen, aber man konnte nicht verhindern, daß der sozialistische Gedanke sich immer mehr vertiefte. Man erreichte vielmehr durch die Gewaltmaßregeln das gerade Gegenteil: man schuf Märtyrer des sozialistischen Gedankens, die, von ihrer langjährigen Arbeitsstätte mit ihren Familien vertrieben, in ihrer entlegenen Heimat dann die Ideen des Sozialismus verkündigten. Man vernichtete viele Existenzen, viel Menschenfrieden, aber man richtete damit nicht, was die Absicht war, die politische Bewegung einer aufsteigenden Klasse zugrunde und man verhütete auch keineswegs das Eindringen des sozialistischen „Giftes" in Volkskreise, die davon noch nicht infiziert waren. Es hat sich ja wiederholt in der Geschichte der Menschheit gezeigt, daß brutale Gewalt das am wenigsten geeignete Mittel ist, um geistige Bewegungen niederzuhalten, um Weltanschauungen, die die Befreiung aus kulturellem oder wirtschaftlichem Knechttum zum Endzweck haben, zu töten. Für eine

Spanne Zeit kann es vielleicht möglich sein, sich unter Entfaltung aller physischen Kräfte ihnen entgegenzustellen, aber sie dauernd an ihrer Ausbreitung zu hindern, ist niemals und niemand noch geglückt!

Karl Höger*) charakterisiert die österreichische Arbeiterbewegung dieses Zeitraumes mit folgenden Worten:

„Die Volksversammlungen waren mitunter nur sehr schwach besucht, und es kamen sogar welche vor, zu denen höchstens drei- bis vierhundert Genossen sich einfanden. Nur hie und da fand eine oder die andere Versammlung statt, die an die ersten schönen Zeiten der Arbeiterbewegung in Österreich gemahnte. Von den »ersten Sozialdemokraten« hatten sich viele unter das Kleinmeistertum begeben, und ihr Benehmen den Arbeitern und Lehrlingen gegenüber ließ gar nicht erkennen, daß diese Herren einstens einmal zu den Rufern wider die Kapitalisten gehörten. Vielen sonst braven Genossen verleideten die persönlichen Zänkereien in der Partei die Lust zur Teilnahme an der Bewegung.

Die Journale »Die Arbeit«, »Der Agitator«, »Die Zeit« waren keine eigentlichen Parteiblätter, sondern mit Bourgeoisiegeldern von Leuten herausgegeben, die niemals Arbeiter gewesen und sich durch ihre politischen Machenschaften, durch ihren Verkehr mit sogenannten Politikern und Staatsmännern, mit Advokaten und Abgeordneten mit Recht verdächtig gemacht hatten. Einzig die von Neumayer begründete »Gleichheit« in der Neustadt (Wiener-Neustadt), welche erst Andreas Scheu, dann der Buchdrucker Robert Wagner und später Johann und Josef Schwarzinger redigierten, bis dieses Blatt von dem in Wien herausgekommenen »Sozialist« abgelöst wurde, welcher wieder in die »Zukunft« aufging, war ein Parteiblatt im besten Sinne des Wortes. Der »Volksfreund« in Brünn war später das zweite Parteiblatt. Die sozialdemokratische Bewegung konnte sich nicht recht entfalten, denn trotz einer Fusion beider Fraktionen im Jahre 1877 wollte es mit der Agitation nicht recht vorwärtsgehen. Noch waren die Massen zu sehr dem Elend preisgegeben, als daß sie den Mut gefunden haben würden, sich wieder sozialdemokratisch stramm zu organisieren. Erst die »radikale« Partei, welche die »Propaganda der Tat« auf ihre Fahne schrieb und viel Unheil anrichtete, weil sie direkt Feudal-Klerikalen in die Hand arbeitete, brachte wieder Leben in die Sache der Sozialdemokratie Österreichs. Die Kolonnen bildeten sich wieder aufs neue, noch weit achtunggebietender wie vorher trat die Sozialdemokratie abermals in die Arena."

In einem sehr bemerkenswerten Artikel des Organs der „Gemäßigten" vom 18. Jänner 1884, der in Wien erschienenen „Wahrheit", findet sich ein Rückblick auf die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung, der, von einem Parteigenossen entworfen, trotz seiner polemischen Art viel Wissenswertes enthält. Es heißt darin unter anderem:

„Der Beginn der Bewegung fällt in die Jahre 1867 und 1868; dieselbe erreichte ihren Höhepunkt bei der bekannten Dezemberdemonstration 1869. Die Arbeiterbewegung schlug in jener Zeit hohe Wogen. Alles drängte sich heran. Die Arbeiter, die bis dahin in dumpfer Gleichgültigkeit gelebt, wurden plötzlich aufgerüttelt; der belebende Hauch der aufdämmernden Erkenntnis des Wertes der Koalition trieb die Schwer-

*) In dem schon erwähnten Werke: „Aus eigener Kraft."

geprüften in die Reihen der Bewegung. Eine unglaubliche Zuversicht ergriff die Arbeiter Wiens und später auch die der Provinzen. Die Redner, die in jener Zeit in den Versammlungen sprachen, waren von dieser Strömung ergriffen und malten den Versammelten die Dinge, die ihrer harrten, in den rosigsten Farben aus. An Stelle der planmäßigen, ruhigen Organisation trat die blendende, bestechende Phrase. Es konnte auch unter Umständen entsprechend nicht anders sein — hellauflodernes Strohfeuer — rasches Verpuffen — mußte die Folge sein. Da kam die Dezemberdemonstration. Ein Wald von Menschen bedeckte den Raum vor dem Parlamentsgebäude, die kühnsten Kombinationen knüpften sich an diese Demonstration, und wir, die wir selbst an dieser teilgenommen und daher an der Quelle die Bewegung von damals studiert haben, erinnern uns wohl noch gut der Gefühle, welche die Massen beherrschten. Da führte die Regierung den ersten Schlag, die damaligen Wortführer wurden in Haft genommen und das bis dahin relativ freie Wort in den Versammlungen mehr beschränkt — den Vereinen in Ausübung ihrer Tätigkeit Prügel zwischen die Füße geworfen — kurz und gut, die Zeit der Prüfung begann. Diese Maßregeln hatten zur Folge, daß der Masse, die bis dahin im Gefühl der Unbezwinglichkeit gelebt, dieses abhanden kam. Das Strohfeuer war verpufft.

Der Prozeß der Klärung vollzog sich, und gesondert lag nun der Weizen der Erkenntnis von der Spreu der Illusion.

Nun begann das Werk der Organisation. Eine Schar von zielbewußten Genossen tat sich zusammen und begann nunmehr die aufreibende Tätigkeit der Aufklärung. Selbstredend mußte als ausschlaggebendes Mittel hiezu die Presse erkannt werden.

Auch damals wirkten wir noch in Reih' und Glied mit. Ein unbeschreiblicher Drang nach Erkenntnis griff Platz und kein Wunder, wenn die Zeitungs- und Broschürenliteratur einen immensen Aufschwung nahm, der leider seinen Abschluß in der verunglückten Gründung eines täglichen Blattes finden sollte...

Dies das möglichst kurzgedrängte Bild der Bewegung bis 1873, als dessen weiteres Ergebnis uns unwillkürlich sich aufdrängt, daß die dem »Vielgereisten« (Anmerkung des Verfassers. Gemeint ist Josef Peukert!) 1884 so sehr verhaßten Personen damals nichts anderes taten, als ihnen die Strömung zu tun gebot; daß sie nicht imstande waren, die Strömung in das enge Bett ihres eigenen Willens einzulenken, sondern von dieser selbst ergriffen wurden. Nur nebenbei sei bemerkt, daß ein beträchtlicher Teil der Anhänger der »Wahrheit« auch damals in Reih' und Glied mitgekämpft hat, kein einziger aber uns bekannt ist, der den mindesten persönlichen Vorteil daraus gezogen.

Und nun zur Periode 1873 bis 1880.

Beginnen wir mit der Spaltung, die im Frühjahr 1873 sich vollzog. Es ist zweifellos, daß dieselbe der Partei eine empfindliche Wunde beibrachte. Wir wollen nicht näher darauf eingehen, inwieweit diese Spaltung in den damaligen Verhältnissen begründet war, sondern trocken das Faktum hervorheben, daß nach Jahresfrist die Richtung Scheu Herr der Situation war.

Doch kommen wir zu einem anderen Moment.

Die Sympathie und Liebe zur Sache wird bei der Masse der Bevölkerung regelmäßig durch den Erfolg oder Nichterfolg bestimmt.

Lärmende Szenen, aufsehenerregende Tatsachen lenken die Blicke der Masse auf sich und bewirken die wunderbarsten, oft ganz naturwidrigsten Ansichten, und es gehört leider zu den Seltenheiten, daß Per-

sonen, unbekümmert um scheinbare Erfolge nach außen, der Sache zuliebe aus Überzeugung treu bleiben. Und gerade in der Periode nach dem Parteizwist vollzog sich ein derartiger Prozeß. Die Erfolge nach außen fehlten, der Streit im Innern hatte, da bekanntlich jede streitende Parteirichtung in der Hitze des Gefechtes in der Wahl der Mittel nicht allzu skrupulös vorgeht, eine beträchtliche Mißstimmung hervorgerufen; deren unausbleibliche Folge war, daß sich die Viertel- und halben Genossen, also jene, die die Bewegung nach dem Scheine der momentanen Erfolge beurteilen, von dieser zurückgezogen. Aber auch dieser Prozeß war ein in den Verhältnissen begründeter. Eine Partei, die derart im Kampfe ist wie die sozialdemokratische, bleibt von solchen Wandlungen schwer verschont.

Auf Mißtrauen und Überdruß auf allen Seiten fußend, begannen nun die den Intentionen der Partei treu Gebliebenen abermals das Werk des Sammelns. Und wie wenig hier im allgemeinen einzelne Personen, selbst wenn sie den radikalen Ansichten beipflichteten, zu tun vermochten; wie hervorstechend die Unmöglichkeit, mit einem Ruck die Bewegung emporzuschnellen, geht aus der Tatsache hervor, daß ein Andreas Scheu, ein Dr. Tauschinsky, welche damals die Reorganisation im Bunde mit weiteren tüchtigen Kräften inaugurierten, nicht imstande waren, dieses Wunder zu vollbringen ...."

„Die in Wiener-Neustadt erschienene »Gleichheit«, welche die Fraktion Scheu übernahm und die später vom Neudörfler Kongreß als Zentralorgan anerkannt wurde, hatte bei der Übernahme nicht mehr als 800 Abnehmer. Später stieg die Auflage auf 2200; außerdem florierte die Broschürenliteratur, die zumeist aus Deutschland importiert wurde. Später erschien ein Fachblatt um das andere, trotzdem stieg der »Sozialist« in Wien bei zweimaligem Erscheinen in der Woche zu einer Auflage von 2500 Exemplaren. Dabei ist nicht zu vergessen, daß die deutsche sozialistische Zeitungsliteratur vor dem Ausnahmegesetz in Österreich reißenden Absatz fand, ja in vielen Orten der in Leipzig erschienene »Vorwärts« mehr Absatz fand als der »Sozialist«. Und dann kommt noch ein anderer Gesichtspunkt in Betracht. Die Verfolgungen der Partei waren gerade unter Herrschaft des liberalen Regimes beispiellose. Unsere Blätter wurden trotz der zahmen Sprache vielfach konfisziert; in den Versammlungen mußten die Redner die wunderbarsten Wendungen machen, um die Entziehung des Wortes oder die Auflösung der Versammlung zu verhindern.

Über viele Themata, zu welchen heute anstandslos gesprochen werden kann, schwebte damals das Damoklesschwert des Verbotes. Ja in einzelnen Provinzen wurden jahrelang keine Versammlungen bewilligt.

Anklagen bei Blättern, wie beim »Sozialist«, waren mit Kautionsverlusten bis zu 500 Gulden verbunden; ebenso schädigten die Konfiskationen materiell schwer, indem mit jedem konfiszierten Exemplar auch der Zeitungsstempel von einem Kreuzer beim Teufel war.

Außerdem war der »Sozialist« als gestempeltes Blatt im Verhältnis zur Herstellung viel zu billig, die Genossen, welche damals im Einvernehmen mit den Provinzgenossen das zweimalige Erscheinen des »Sozialist« ins Leben riefen, stellten als Grundbasis eine Abnehmerzahl von 3000 Exemplaren auf, eine Zahl, die bekanntlich nie erreicht wurde.

Berücksichtigen wir noch, daß sehr viele Genossen teils aus Leichtsinn, teils aus Gründen, die eine Entschuldigung nicht ausschlossen, mit den Zahlungen im Rückstande blieben, so ergibt sich das Fazit, daß Schulden auflaufen mußten."

„Durch auf die Spitze getriebene Sucht der Leiter der Behörden, die Partei materiell zu ruinieren, griff Ende 1879 die Strömung Platz, Blätter ohne Kaution und Stempel, also solche, die monatlich nur zweimal erscheinen, ins Leben zu rufen. Es ist mithin von vorneweg konstatiert, daß diese freiere Strömung auf Rechnung des Druckes seitens der Regierung und der Behörden zu setzen ist. Die Arbeiterbewegung Deutschlands, die von jeher bestimmend auf die österreichische einwirkte, wurde durch das infame Sozialistengesetz plötzlich in andere Bahnen gelenkt. In erster Linie äußerte sich der auswärtige Einfluß dahin, daß die im Ausland erschienene Literatur massenhaften Eingang fand.

Von außen pflegt aber ein Verkennen der Verhältnisse unvermeidlich zu werden. Diese schiefe und einseitige Beurteilung mußte notwendig zu Differenzen führen mit jenen Genossen, welche ihre Selbständigkeit gewahrt und die Tragweite der in diesen Blättern gepredigten Taktik zu fassen vermochten."

„Die Herrschaft der Phrase nistet sich ebenfalls immer mehr bei unseren »Radikalen« ein, der Drang nach Taten geht daraus hervor und treibt wunderbare Blüten und es ist nicht abzusehen, wie diese Sachen enden werden. Dieser dunkle Drang bestimmt Tausende, sich der Herrschaft einiger Ehrgeiziger zu beugen. Ab und zu schon zuckt ein Blitz aus diesem Chaos auf, schon exerzieren und manövrieren Tausende im Vorpostengeplänkel. Glatt ist bis jetzt alles abgelaufen, aber wir fürchten, und zwar vorwiegend aus Mitleid mit den armen Opfern, einen ernstlichen Zusammenstoß; wir befürchten, daß jene finsteren Mächte, denen die Früchte solcher Manöver zugute kommen dürften, nur auf die passende Gelegenheit lauern, allwo der Säbel haut, die Flinte schießt; wir befürchten, daß dann die Urheber solch »spontaner« Bewegungen verduften werden, indes die armen Opfer ihren kurzen Wahn mit langer Reue oder zerschmetterten Gliedern büßen müssen."

Der Schreiber dieses Artikels hatte nur allzu wahr vorausgesagt!

In den Reihen des Proletariats fühlte man instinktiv, und zwar schon sofort während der Mißhelligkeiten im eigenen Lager und später in der Zeit der Spaltung, welch schwerer und unheilvoller Schaden dem arbeitenden Volke und seinen politischen und wirtschaftlichen Bestrebungen aus den in der Partei herrschenden Zwistigkeiten erwachsen mußte. Die Einsichtigen und Klügeren waren darum bestrebt, immer und allerorten für die Beilegung des Streites aufzutreten. Die politischen Gegner des organisierten Proletariats und vor allem die regierenden Kreise dagegen waren ob der Vorgänge in der jungen Sozialdemokratie von unverhohlener Schadenfreude erfüllt und taten alles, um den Streit zu entfachen und zu schüren. Die politische Polizei aus jenen Tagen hatte getreulich alle Vorkommnisse in der Arbeiterbewegung registriert und allem nachgespürt, was geeignet war und sein konnte, eine Wiedervereinigung der Fraktionen zu verhindern. Mit hämischer Schadenfreude verzeichnen die polizeilichen Tagesberichte diese Bemühungen, und es ist daraus unschwer zu erkennen, daß die Polizei selbst in den intimsten Parteizirkeln ihre zweifellos bezahlten Konfidenten hatte, die „getreulich" Wahrheit und Tratsch den Oberen berichteten. Das Polizeisystem derer von Metternich und Sedlnitzky, wie es im Vormärz souverän geherrscht hatte, erfuhr in der Epoche des bürgerlichen Liberalismus und seiner Nachfolger einen mächtigen Wiederaufbau.

Im Ministerium des Innern liefen alle Fäden zusammen; die Länderchefs hatten dorthin genau und sorgsam über alle Vorgänge in der Arbeiterbewegung zu berichten, was ihnen die Polizeikommissariate und Bezirkshauptleute referierten. Diese Abteilung des Ministeriums war sicherlich in jenen Tagen eine der vielbeschäftigtesten; zumindest ist das Aktenmaterial, das hier über die Arbeiterbewegung angelegt und aufgestapelt wurde, ein überaus umfangreiches, allerdings mehr was die Quantität als was die Qualität des Einlaufes betrifft, denn schon eine recht oberflächliche Prüfung des Aufgehäuften läßt erkennen, daß die bürokratische Schablone hier die einzige Methode war. Politische oder gar sozialpolitische Wertung und Abwägung vermißt man fast durchaus. Der kleinlichste Polizeigeist und engherzige Verfolgungssucht spiegeln sich in den Aktenstücken immer wider, ebenso wie knechtischer Gehorsam einer gar nicht oder höchst unselbständig denkenden und urteilenden Beamtenschaft, die über politische und soziale Rechte zu entscheiden hatte. Alle die Weisungen, die in der „Arbeiterfrage" von „oben" ergingen, wurden stumm und gedankenlos ausgeführt, Weisungen, deren Opfer immer wieder jene waren und wurden, die für die Sache des Proletariats eintraten. Die „Arbeiterführer", und das waren damals alle jene, die des öfteren in Versammlungen der Arbeitervereine das Wort ergriffen, waren der Gegenstand der polizeilichen und ministeriellen Fürsorge, das heißt Polizei, Statthalterei und Ministerien suchten sich ihrer, wo und wie immer es nur angängig war, auf die übliche bequeme Art der Ausweisung auf Grund der veralteten gesetzlichen Bestimmungen zu entledigen. Und dagegen fand man nirgends Hilfe und Abwehr. Im gesetzgebenden Körper erhob sich keine Stimme gegen die Willkürakte der allmächtigen Polizei; die Pernerstorfer und Kronawetter, wie sie später im Parlament ihre beredte Stimme erhoben, saßen noch nicht in der Volksvertretung. Schutzlos waren Arbeiterschaft und „Arbeiterführer"....

Die bürgerliche Presse jener Tage hatte kein Empfinden für die bürgerlichen Freiheiten, denn für sie wie für jene, deren Interesse sie vertrat und hütete, bestand ja keinerlei Beschränkung. Und die an Zahl und an Bedeutung so geringe sozialdemokratische Presse konnte nicht in dem Maße an das Ohr des Volkes dringen, wie es der Größe einer Sache entsprochen hätte, wie es die Sache des Sozialismus war. Um so mehr Bewunderung verdienen jene, die mit dem vollen Einsatz ihrer Person sich einem Ideal hingaben, von dem sie wohl erkannt haben mochten, daß dessen Verwirklichung erst in unabsehbarer Zeit erfolgen könne.

Die Ursachen der Zerfahrenheit und schließlich der folgenden Spaltung waren mannigfach; sie lagen sowohl in programmatischen Anschauungen als auch in den leitenden Personen der Arbeiterbewegung. Schon in den ersten Anfängen der österreichischen Sozialdemokratie waren sehr erhebliche Differenzen zwischen einzelnen Wortführern der Partei und der Vereine wegen der Parteigrundsätze, der Organisation und der Parteitaktik entstanden, die nicht bloß die Ausbreitung des Sozialismus sehr behinderten, sondern ihn auch bei den Massen zeitweilig ganz in Mißkredit brachten.

In den Jahren 1868 und 1869 waren bereits derartige grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht, die auch das öffentliche Auftreten und Wirken der Partei nicht wenig beeinträchtigten. So waren damals vor allem jene Gegensätze schon treibend, die sich auch in der Folgezeit sehr fühlbar machten: der Gegensatz zwischen „Zentralismus und Föderalismus" in der Parteiorganisation, der ja eigentlich das treibende Element in der gesamten Innenpolitik des verjüngten, nunmehr verfassungsmäßig regierten Österreich ebenfalls war. Der Kampf, der sich in den bürgerlichen Parteien über die neuen Verfassungseinrichtungen abspielte, begann sich auch in der kaum noch konstituierten Sozialdemokratie widerzuspiegeln. Hier gab es ebenso weite Kreise, die eine Parteiverfassung anstrebten, die den Parteigenossen in den Ländern eine ausgedehnte Kompetenz in ihren Gebieten sichern sollte, im Gegensatz zu der eines straffen Zentralismus; dazu kamen noch — das getreue Abbild Österreichs — die nationalen Gegensätze, die damals wohl schon vorhanden waren, aber noch nicht jene Form und Gestaltung angenommen hatten wie einige Jahrzehnte später; Österreich befand sich ja in jenen Tagen erst im Stadium des wirtschaftlichen Umwandlungsprozesses aus einem Ackerbaustaat in einen Industriestaat.

Industriezentren waren vornehmlich die deutschen Siedlungsgebiete der Monarchie, in denen allerdings eine zahlreiche slawische Arbeiterschaft neben deutschen Proletariern im Joche des Kapitalismus Frondienst leisten mußte. Es war nur pflichtgemäße Aufgabe des internationalen Sozialismus, das ganze arbeitende Volk um sich zu scharen, und zu großem Teile glückte es auch; wie sehr das Proletariat den großen Gedanken des Internationalismus in sich aufzunehmen vermochte, zeigte sich schon äußerlich in dem Umstand, daß in Wien, der Zentrale der Organisation, neben deutschen Arbeitern slawische Sitz und Stimme hatten; ebenso war es auch in den lokalen Vereinigungen und Gewerkschaften; aber die politische Erkenntnis und Schulung waren noch zu sehr im Bannkreis der bürgerlichen Anschauungen und Ideologie, als daß der Sozialismus in Österreich und seine führenden Männer sich von ihnen hätten ganz freimachen können. So begegnet man daher schon in jenen Tagen verschiedenen Strömungen des Nationalismus in der Partei, damals allerdings noch nicht in jenem Maße wie in der Folgezeit, aber immerhin schon stark genug, um innen zu wirken und mitunter auch nach außen hin in die leibhaftige Erscheinung zu treten. Das nationale Problem, das so verhängnisvoll für die ganze staatliche Gemeinschaft in der Folge werden sollte, begann sich schon in den ersten Jahren der österreichischen Arbeiterbewegung drohend anzukündigen; dazu kam dann die Parole „Los von Wien!", die ebenso wie im Bürgertum auch im Proletariat laut wurde. Namentlich die Gegner einer zentralen Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte begannen sich lebhaft zu regen.

Die Wortführer der föderalistischen Richtung waren nicht etwa bloß Nichtdeutsche, wie der Tscheche Baudisch, eines der Mitglieder jener Abordnung, die am 13. Dezember 1869 dem Grafen Taaffe nach der Demonstration vor dem Parlament die bekannte Petition überreichte, sondern auch Deutsche aus den Alpenländern, wie Pfeiffer und

Straßer, die einer gleichberechtigten provinzialen Organisation eifrig das Wort redeten.

Ein weiterer Gegensatz entstand aus der Zusammensetzung des führenden Komitees, in welchem „Kopfarbeiter" neben „Handarbeitern" saßen und in welchem die Intellektuellen zeitweilig das Übergewicht erlangten. Es braucht hier nur an die Rolle erinnert zu werden, die in den ersten Jahren der Arbeiterbewegung Männer, wie Albert Metall, Student der Philosophie, Gallistl, ein Wiener Lehrer, Dr. Hippolyt Tauschinsky und Heinrich Oberwinder, das geistige Haupt der Partei, spielten. Aus dem Gegensatz zwischen den beiden Kategorien der Arbeiter entsprangen heftige, sich immer fortspinnende neue Kämpfe, die zu häßlichen persönlichen Renkontres führten, die dann aus dem geschlossenen Kreise des kleinen Komitees und des Ausschusses des Wiener Arbeiterbildungsvereines in die große Öffentlichkeit hinausführten. In der Folge kam es auch zu jenem für keinen der beiden Teile erquicklichen Prozeß zwischen Oberwinder und Scheu, der formell wohl mit einem Ausgleich endete, tatsächlich aber der Partei nicht den ersehnten und gewollten Frieden brachte, sondern vielmehr den Zwist und Hader in der Partei für Jahre dauernd machte.

Auf diese schwere Episode folgte dann die Verlegung des Sitzes der Parteileitung und des Zentralorgans von Wien nach Wiener-Neustadt, später nach Graz und endlich nach Reichenberg. Für diese Verlegung waren wohl in erster Reihe persönliche Momente bestimmend. Die turbulenten Vorgänge innerhalb der Partei hatten in der Provinz eine so arge Mißstimmung gegen Wien und ein solches Mißtrauen gegen die „Wiener Führer" hervorgerufen, daß man den Sitz der Zentralleitung den Wiener Streitigkeiten entrückt wissen wollte. Aber auch die allgemeine politische Lage ließ dies wünschenswert erscheinen, da man die Vermutung hegte, die Verlegung des Parteizentrums aus der Residenz in die Provinz werde für die Bewegung von großem Vorteil sein, und es werde gelingen, weitere Kreise der Arbeiterschaft dortselbst dem Sozialismus zuzuführen; auch für das Zusammentreffen der deutschen und tschechischen Arbeiter in der größten industriellen Provinz Österreichs, Böhmen, erhoffte man von der Verlegung nach dem Industriezentrum Reichenberg einige Erfolge, eine Hoffnung, die, wie sich später zeigte, gar nicht oder nur zu ganz geringem Teil in Erfüllung ging. Einige glaubten, daß die Partei dadurch, daß ihr Hauptsitz nicht mehr Wien sei, von der Behörde nicht mehr so scharf werde überwacht werden können, was ebenfalls ein Irrtum war, denn gerade in Wiener-Neustadt, Graz oder Reichenberg vermochten die Behörden noch leichter den Parteivorgängen ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden als in der werdenden Millionenstadt Wien, wo ja ein größerer Überwachungsapparat notwendig war.

Bei dieser Gelegenheit sei einer grundsätzlichen Anschauung gedacht, die bei Betrachtung der Parteiverhältnisse notwendig erscheint: das ist die Macht der Persönlichkeit in der Demokratie.

Es ist selbstverständlich, weil in der menschlichen Natur tief begründet, daß auch in einer politischen Partei, sei es selbst die unpersönlichste, wie die des Sozialismus, Personenfragen nicht völlig ausgeschaltet sind und

sein können. Man kann vielleicht sagen leider, allein es ist so und war immer so. Es ist aber zweifellos, daß gerade in der Sozialdemokratie die Person des einzelnen, sei sie auch von der Natur mit den glänzendsten Gaben ausgestattet, viel weniger Geltung hat als in irgendeiner Partei; denn keine politische Partei verfügt über ein so ausgebildetes und präzisiertes Programm, mit so klaren, fest umschriebenen Zielen und Formen, die dem einzelnen wohl einerseits alle Betätigungsmöglichkeiten innerhalb der Partei geben, anderseits aber vermöge des demokratischen Grundgedankens, der es durchzieht, den einzelnen nicht aus der Masse sichtbar und fühlbar heraushebt und herausheben soll. Schließlich ist ja auch der einzelne meist nichts mehr als ein Phänomen, das sich verbreitet und ausstrahlt, hervorgegangen aus dem großen Kreise Denkender, Fühlender und das ganze Denken und Fühlen der Massen Wiedergebender.

Man hört oft sagen, es widerstrebe dem Gedanken der Demokratie, daß ein Einzelwesen sich hoch emporrichte über die übrige lebende Menschenwelt. Es mag dies bis zu einem gewissen Grade seine Richtigkeit haben; es ist aber zweifellos, daß die Welt des schrankenlosen Individualismus, wie sie sich etwa im wirtschaftlichen Getriebe als die privatkapitalistische Produktionsweise darstellt, es ist, die die Einzelwesen erzeugt, denen mitunter die Fähigkeit gegeben ist, aus der Masse emporzusteigen; daß es begnadete Individuen sind, emporgehoben zu Höhen der Wissenschaft, Kunst, Beredsamkeit, des Denkens usw. (An das Gottesgnadentum, das seine auserwählten Lieblinge schon vermöge der Geburt auf erbliche Throne bringt, ist wohl der Glaube in diesen Zeitläuften zur Genüge erschüttert.)

Wenn aber ein solcher „Begnadeter" alle seine Gaben in den Dienst der Sache der Allgemeinheit, der Sache des gesamten Volkes stellt, so ist er damit einer hohen Pflicht, einem tiefinnerlichen Empfinden gefolgt, wenn er von dem, was eine gütige Natur ihm freigebig gespendet, allen gibt. Es ist sicherlich ethische Pflicht für den Begabten, daß er mehr leiste der Gesamtheit als der Minderbegabte, der durchschnittlich Begabte. Höhere Gaben des Geistes sollen eben mehr verpflichten, ebenso materiell höher ausgestattete, höhere und mehr soziale Verpflichtungen gegen die Gesamtheit zu erfüllen.

Gerade die Demokratie ermöglicht dem höher Begabten weit mehr als irgendeine andere politische Anschauung, dieser hehren, ethischen Aufgabe und Sendung gerecht zu werden. Es ist darum ein Irrglaube, daß die Demokratie die Partei der Mittelmäßigkeit sei und sein müsse, daß sie es schon vermöge ihrer Grundsätze nicht dulden könne, daß irgendein Begabter sich hervortue. Das sind veraltete, kleinliche Anschauungen, Lehren einer überlebten Ethik, die durchaus undemokratisch sind, weil unnatürlich. So wie die wirtschaftliche Welt durch die Demokratie und den Sozialismus eine völlige Umwandlung und Umwertung erfahren wird, so wird auch die moralische und sittliche Welt einen ähnlichen Umwandlungsprozeß durchmachen müssen. Zum Teil stehen und leben wir ja schon mitten in diesem Vorgange, nur vermögen ihn viele nicht zu sehen oder wollen ihn nicht sehen. In der Politik wie im ganzen geistigen Leben der Menschheit vollzieht sich diese Wandlung,

vielleicht nicht so jäh und stürmisch, fast ohne alle gewaltsamen Erschütterungen im Gegensatz zu den mehr oder minder explosiven und stoßartigen Vorgängen in der wirtschaftlichen Welt.

Muß denn sogenannte geistige Aristokratie undemokratisch sein? Liegt nicht vielmehr die wahre Aristokratie des Geistes eher darin, daß sie aus ihrem reichen Schatz allen gibt, womit sie selbst beglückt wurde? Ist Geben nicht ihre Pflicht? Oder ist Aristokratie nur Kargen mit den Schätzen, so wie ein Geizhals seine Güter in der Erde vergräbt?

Wenn unter den Vorkämpfern des österreichischen Proletariats Geister erstanden sind, die zu leiten und zu führen suchten, anderen Klassen als der Arbeiterklasse entstammend, so ist es gewiß nicht undemokratisch, daß sie in der Partei die herrlichste Aufnahme fanden, zumal wenn sie in ihrem Wirken selbstlos waren und alle die Lasten auf sich nahmen, die gerade in Österreich einem Führer und Vorkämpfer des arbeitenden Volkes aufgebürdet wurden. Solche geistige Führer haben ausnahmslos alle die großen Leiden des Volkes mitgetragen, heroisch und voll Opfersinn, wiewohl gerade sie vielleicht die Mühsale und Opfer schwerer zu tragen vermochten als jene, die von Jugend an, von einem grimmen Schicksal betroffen, mühselig und beladen waren.

Etwas anderes aber ist es, wenn Führer, umschmeichelt von der Menge, die bestochen von ihrem Talent, von ihrer Beredsamkeit, sich überheben oder etwa gar verächtlich dann auf die Menge herabblicken. Eine derartige Gattung von Führern hat es in der österreichischen Partei glücklicherweise nur selten gegeben, wenn auch nicht geleugnet werden soll, daß manche, die an die Spitze der Bewegung gestellt worden waren, vermöge ihrer Erfolge sich überhoben und schließlich vermeinten, sich über das Gesetz der Partei, das Programm, hinwegsetzen zu dürfen.

So kam es dann im entscheidenden Augenblick zu Konflikten und auch häufig zu so schweren Störungen in den Parteifunktionen, wenn die Führer aneinandergerieten. Oft waren es wirklich nicht so sehr die Grundsätze als die Personen, um derentwillen es sogar zu Spaltungen kam, denn die Personen waren nur zu häufig das Primäre, das Ursprüngliche, und viel später erst kamen die programmatischen Verschiedenheiten. Daß die menschlichen Schwächen der einzelnen hiebei mitspielten, ist selbstverständlich, denn solange die Welt von sterblichen und fehlerhaften Menschen bevölkert ist, bestehen auch die Schwächen der Menschen. Absolut gute Wesen, Engel, kennt nur der fromme Glaube, die übersinnliche Welt! Selbst die vollkommenste Demokratie wird der Menschenirrungen nicht entbehren, solange ihre Angehörigen von Adams Geschlecht entsprossen sind. Menschliche Eitelkeit, Ehrgeiz, vielleicht sogar Laster, wie Strebertum, Stolz und Hochmut, finden sich oft genug in der Demokratie, sicherlich aber dort nicht öfter als anderswo. Hat etwa ein anderes politisches System oder eine andere politische Doktrin derlei Fehler und Gebrechen nicht aufzuweisen? Und doch liebt man es, nur die Schwächen und Mängel der Demokratie geflissentlich hervorzusuchen und nur von der Demokratie die Engelsreinheit gebieterisch zu fordern.

Einigungsversuche

Die Unreife der Arbeiterklasse war zum Teil schuld, daß die Arbeiterschaft Österreichs in gefährlichen Zeiten einem fünfzehnjährigen Bruderzwist, der sie aus dem politischen Leben als wirkende Kraft ausscheiden sollte, verfiel. Von da ab gibt es Sozialdemokraten nicht mehr für die Regierung und Parlament, nicht mehr für Entscheidungen der Staatspolitik, sondern bloß für Richter und Gendarmen!

Die Unreife der Arbeiterklasse war zum Teil schuld, denn noch hatte die sozialdemokratische Agitation nicht mehr als die kleine Oberschicht berührt und auch diese nicht durchdrungen. Der größere Teil der Schuld aber lag in der Unreife der Dinge. Hatte doch nicht einmal die Bourgeoisie ernsthaften Einfluß auf die Staatsgewalt, ergriff doch selbst der Liberalismus nur die Oberfläche des Volkslebens und übte nur Scheinmacht in einem Scheinparlament! So war denn — anders als in Deutschland — der unmögliche Gedanke naheliegend, zunächst habe die Arbeiterklasse im Bunde mit der liberalen Bourgeoisie für die bürgerliche Freiheit — für die Demokratie — zu kämpfen und also mit ihr zusammenzugehen.

Dieser Irrtum trennte zunächst Oberwinder, der mehr Demokrat als Sozialist war, von Andreas Scheu. Dabei hatte Oberwinder den Weg vom Großdeutschen zur Internationale, den Bebel und selbst Liebknecht so rasch zurückgelegt hatten, kaum zu machen verstanden, während Andreas Scheu sich Marx rasch näherte. Im März 1873 brach der Streit zwischen beiden Männern aus, er verdichtete sich bald zu persönlicher Gehässigkeit und allgemeiner Parteiung. Die „Gemäßigten" hielten zu Oberwinder, die „Radikalen" zu Scheu. Der Ehrenbeleidigungsprozeß Scheu-Oberwinder vor dem Kreisgericht Wiener-Neustadt am 12. März 1874 brachte keine Klarheit. Vereine und Gewerkschaften spalteten sich und verloren Mitglieder; Verhandlungen, die 1876 und 1877 zum Zweck der Verständigung stattfanden, zerschlugen sich, zudem hatte die lange Krise nach dem Krach von 1873 die Bewegung verkümmert. Oberwinder*) räumte das Feld, ging zunächst nach Paris, später nach Sachsen, wo er bürgerlicher Journalist wurde. Die kurze Verbrüderung, die durch eine am 17. Juni 1877 abgehaltene Einigungsversammlung beim Zobel in Fünfhaus eingeleitet wurde, gab der Gewerkschaftsbewegung zwar neuen Anstoß, aber die Spaltung dauerte fort. Je mehr die polizeiliche Verfolgung die ruhige Organisationsarbeit störte und vereitelte, desto grimmiger flammte das Gefühl der Rache und Verzweiflung auf, desto lockerer wurde im Proletariat der Boden für

*) Ein Bericht der Wiener Polizeidirektion vom 5. Oktober 1878 teilt dem Ministerium des Innern über die Übersiedlung Oberwinders mit: „Es wird zur Kenntnis gebracht, daß der ehemalige Arbeiterführer Heinrich Oberwinder, der sich zuletzt unter sehr mißlichen Verhältnissen bei seinem Schwiegervater ..... aufgehalten hat, am 25. v. M. mit seiner Familie nach Hamburg abgereist ist."

anarchistische Lehren. Die Kluft zwischen Gemäßigten und Radikalen verbreiterte sich, zugleich kehrten sich die Massen der Arbeiter von der Sozialdemokratie ab und verfielen zum Teil dem Einfluß der christlichsozialen und nationalen Propaganda. Widerstandslos trat das österreichische Proletariat in eine Zeit ein, in der alle reaktionären Mächte, Staat und Kirche, Adel und Bourgeoisie, sich zur Unterdrückung und Ausbeutung der Massen verbünden sollten!"

So charakterisiert Karl Renner in seinem geschichtlichen Nachwort zum Wiener Hochverratsprozeß die Verhältnisse in der österreichischen Sozialdemokratie und die traurigen Zeiten der Spaltung, welche die Partei zur politischen Ohnmacht und das arbeitende Volk zur wirtschaftlichen Not verurteilten. In der Tat, wenn jemals zu beweisen wäre, welch unheilvolle Folgen Zwist, Hader und Uneinigkeit über eine Partei zu bringen vermögen, so zeigen die folgenden Jahre dies zur Genüge. Man fühlte es übrigens in den Reihen des Proletariats selbst, wie unermeßlich der Schaden sei, der durch die Spaltung der Partei zugefügt wurde, allein der Prozeß ließ sich nicht aufhalten. Die bösen Geister und Gewalten waren noch zu stark, als daß Einsicht und Vernunft zum Siege gelangen konnten.

Wohl trat im Verlauf der Jahre 1877 und 1878 bei den klassenbewußten Arbeitern das redliche Bestreben und der innige Wunsch zutage, es möge die in Fraktionen gespaltene sozialdemokratische Arbeiterpartei sich wieder vereinigen. Waren es doch nur im Grunde persönliche Streitfälle, die die Uneinigkeit verursachten und schürten; allerdings sind Streitfälle solcherart, wie Viktor Adler, der beste Kenner der Seele und des Fühlens des Volkes, einmal treffend sagte, stets die schwersten Hindernisse für ein Zusammenfassen der Kräfte. Daneben waren es wieder noch die leidigen nationalen Verhältnisse, dieses unheilvolle Requisit und Vermächtnis in der Geschichte und Regierung der habsburgischen Hausmacht, die eine kraftvolle Vereinigung des arbeitenden Volkes in Österreich nur schwer und mühevoll zur Tat werden ließen. Das liberale Unternehmertum war zwar damals noch an der Macht und gemeinsam mit der Staatsgewalt vermochte es, die Organisation der Massen und deren politische Aufklärung zu verhindern.

Der deutsche Arbeiter sollte in dem slawischen nie und nimmer seinen Bruder und Leidensgefährten erblicken und werten, wiewohl das Los beider das gleiche war: Ausgebeutet von einer profitsüchtigen Bourgeoisie und entrechtet von einem einzigartigen Bürokratismus. Mit Argusaugen wachte die k. k. Polizei so sorgsam wie im Vormärz über jede Regung in der Arbeiterschaft, die auf eine Einigung der verschiedenen Nationen und Fraktionen gerichtet war; wofern sie vermochte, war sie stets bereit, zwischen die Nationen zu treten, wie ja bekanntlich das Um und Auf politischer Weisheit und Staatskunst der Schwarzgelben war, eine Nation gegen die andere auszuspielen; freilich nur so lange, bis die Nationen sich auf sich selbst besannen und ihr Schicksal in die eigene Hand nahmen und das alte Reich der Habsburger sich eines Tages in seine natürlichen Bestandteile auflöste.

Zur Zeit der Spaltung vermerkten es die Polizeiberichte immer getreulich und mit unverkennbarem Hohn, daß die tschechische Arbeiter-

schaft nicht international, sondern national sei und sprachen unverhohlen ihr Wohlgefallen darüber aus, daß die Arbeiter von Prag und Reichenberg einander so fern und fremd seien, als ob ein Ozean zwischen ihnen läge.

Daß die Vertreter aller Behörden, angefangen von den Ministern bis hinunter zum letzten Amtsdiener, in den Sozialdemokraten die furchtbarsten Staatsfeinde sahen, ist selbstverständlich; ebenso selbstverständlich erschien, daß man diesen Staatsfeinden mit dem ganzen Arsenal der üblichen Waffen des alten Obrigkeitsstaates zu Leibe rückte. Und nirgends erhob sich eine Stimme gegen das himmelschreiende Unrecht, das man einer ganzen Menschenklasse im Reiche antat. In den Vertretungskörpern war und blieb man stumm ... Dezennien mußten erst vergehen, ehe man auch dort durch den „dröhnenden Schritt der Arbeiterbataillone" jäh aufgescheucht wurde. Ende 1876 begannen die Einigungsversuche zwischen den beiden Hauptfraktionen der Arbeiterschaft, zwischen den Radikalen und Gemäßigten. Eine zur Aussprache und Verkündigung der Vereinigung einberufene Volksversammlung wurde jedoch, wie dies damals üblich war, von der Polizei verboten. Nicht ohne schwere Nöte gelang es dagegen, ein Übereinkommen der radikalen Gruppe mit dem gewerkschaftlichen Zentralorgan zu treffen, das alle Sonderinteressen in der Partei paralysieren sollte. Das Blatt, der „Gewerkschafter", erschien denn auch am 20. Jänner 1877 unter der verantwortlichen Redaktion und Administration des Schriftsetzers Robert Wagner und unter der Herausgeberschaft von Gehrke, Reinthal, Groiß, Trojan und Kroupa. Es sollte vorerst in einer Auflage von 1000 Exemplaren erscheinen, ein Beweis, wie schwach damals die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft war. Aber noch ehe die erste Nummer dieses Blattes der Öffentlichkeit übergeben werden konnte, entstanden schon neue Mißhelligkeiten, und Emil Kaller-Reinthal*) trat von seiner Stellung zurück. „Dieser Nachricht folgte", wie eine polizeiliche Notiz über diesen Gegenstand bemerkt, „alsbald die Hiobskunde, daß Reinthal auch seine Stelle als Herausgeber der »Gleichheit« (in Wiener-Neustadt) zurückgelegt habe. Es bemächtigte sich allgemeine Besorgnis der verwandten Kreise, und unter dem perturbierenden Eindruck der Ungewißheit über die Motive, welche zu diesen Entschlüssen geführt haben, stagnierten vorläufig alle weiteren Bestrebungen der radikalen Partei."

Emil Reinthal hatte damals mit dem Buchdrucker Johann Schwarzinger und dem Schuhmachergehilfen Josef Marschall den größten Einfluß in der Partei. Reinthal, ein sehr gewandter Redner und Journalist, war Redakteur des Parteiorgans und erfreute sich bei den Arbeitern des größten Ansehens. Nichtsdestoweniger befand sich dieses Organ, die „Gleichheit", wegen der zerfahrenen Parteiverhältnisse in einer sehr tristen finanziellen Lage, und man hatte Mühe, ihr Erscheinen aufrechtzuerhalten. Mehr als einmal mußten sich die hiesigen Genossen an die des Deutschen Reiches um materielle Hilfe wenden, nur um das Blatt über Wasser halten zu können. In jener Zeit kam es auch zu sehr großen Differenzen zwischen Reinthal und dem Angehörigen

*) In den amtlichen Aktenstücken heißt es immer „Kaller"-Reinthal, wiewohl er sich stets „Kaler" nannte.

der gemäßigten Fraktion, dem Redakteur Kiehaupt, die jedoch durch den in der Partei bekannten Bankbeamten Leopold Schapira beigelegt wurden. Für Schapira hatte die Vermittlerrolle die unangenehmsten Folgen, denn durch diese seine Tätigkeit hatte er die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich gelenkt, und die Folge war, daß er aus den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern ausgewiesen wurde*).

Eine definitive Regelung über die Parteiverhältnisse sollte auf einem für Pfingsten 1877 in Aussicht genommenen Kongreß erfolgen. Bei den verschiedenen Verhandlungen hierüber trat der seit langem nur im Hintergrund wirkende Heinrich Oberwinder wieder in die Öffentlichkeit und er suchte, soviel er noch immer vermochte, die Einigung um jeden Preis zu verhindern. Erst, als er selbst von seinem geringen Anhang fallen gelassen wurde, kamen die Verhandlungen wieder in Fluß. Um Oberwinder aber für immer in Österreich unmöglich zu machen, wurde in das von ihm seinerzeit selbst gegründete Organ „Agitator" die Erklärung eingerückt, daß Oberwinder der Arbeiterbewegung in Österreich und allem, was hierauf Bezug hat, aus eigenem Antrieb für immer Lebewohl gesagt hat.

---

*) Wie die Polizei selbst konstatierte, konnte eine direkte Beteiligung Schapiras an den „Umtrieben" wohl nicht nachgewiesen werden, doch wurde nichtsdestoweniger mit Erkenntnis des Polizeikommissariats Neubau vom 20. April 1877 aus Rücksichten der öffentlichen Ordnung und Sicherheit Leopold Schapira aus den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern für beständig abgeschafft. Wie die amtliche Relation weiters bemerkt, „habe Schapira auch nach der erfolgten Ausweisung seine intimen Beziehungen mit dem bekannten Arbeiterführer Kiehaupt fortgesetzt und sei von diesem in Arbeiterangelegenheiten zu Rate gezogen worden. Auch soll Schapira nach einem in Arbeiterkreisen zirkulierenden Gerücht der Verfasser mehrerer im Interesse der radikalen Arbeiterpartei in den Tagesblättern erschienener Artikel sein". Den wider die Ausweisung eingebrachten Rekurs legte die Polizeidirektion mit dem Bemerken der Statthalterei vor, „daß bei dem Umstand, als Schapira nunmehr sehr vorsichtig geworden ist und öffentlich nicht mehr auftritt, selbst durch eine fortdauernde, sehr genaue polizeiliche Beaufsichtigung desselben in nächster Zeit einerseits kaum weitere für die Entscheidung über die in der Schwebe befindliche Rekursangelegenheit maßgebende Beweismittel aufgebracht werden dürften, anderseits eine solche Überwachung denselben, wenn er dies wirklich im Sinne hat, kaum abhalten wird, auch fernerhin im geheimen für die radikale Arbeiterbewegung mündlich und schriftlich zu wirken". Auf dem Akte befindet sich noch die folgende Bemerkung über die Motive der Ausweisung: „Weil er in Beziehungen zur sozialdemokratischen Partei steht, weil sichergestellt ist, daß er die Bestrebungen dieser staatsgefährlichen Partei tätig unterstützt und weil er überdies am 20. April 1877 in einem gesetzwidrigen Konventikel von Agitatoren und Genossen dieser staatsgefährlichen Partei polizeilich betreten wurde."

Am 23. Dezember 1877 bestätigte das Ministerium des Innern das Ausweisungserkenntnis.

Nach seiner Ausweisung hatte Schapira in mehreren Wiener Tagesblättern folgende Erklärung veröffentlicht:

„Anläßlich meiner Ausweisung aus Österreich erlaube ich mir folgendes zur Aufklärung dieser Maßregel der Öffentlichkeit zu übergeben:

Im April vorigen Jahres traf mich Herr Polizeikommissär Frankl in einem Gasthaus auf der Kaiserstraße in Gesellschaft mehrerer Personen an, von denen er glaubte, daß sie behufs Abhaltung „einer geheimen Sitzung"

Das vorbereitete Einigungswerk wurde nunmehr durch den folgenden, im Reichenberger „Arbeiterfreund", Nr. 8 vom 28. April 1877, veröffentlichten Aufruf eingeleitet:

„Parteigenossen!

Gestützt auf den Beschluß des vorjährigen Arbeitertages in Wiener-Neustadt und auf mehrfache, seitdem an mich ergangene Anfragen, richte ich an euch die Aufforderung, mir auf schriftlichem Wege anzuzeigen, ob ihr mit der Einberufung eines allgemeinen österreichischen Arbeitertages auch in diesem Jahre einverstanden seid, und ersuche für den bejahenden Fall um die Mitteilung eurer Wünsche, betreffend die Zeit und den Ort der Abhaltung und die Tagesordnung. Diejenigen, welche die Absicht haben, an demselben persönlich teilzunehmen oder ohne ihre persönliche Beteiligung Anträge dem Arbeitertage vorzulegen, wollen diese Absicht respektive die Anträge schriftlich mir mitteilen. Alle die erwähnten Mitteilungen wünsche ich bis spätestens 15. Mai in Händen zu haben, worauf ich die Zeit, den Ort und die Tagesordnung bekanntgeben werde. Die Einberufung des diesjährigen Arbeitertages würde unter denselben Modalitäten wie im vorigen Jahre stattfinden. Derselbe wird als Privatversammlung abgehalten, zu

---

zusammengekommen seien. — Wiewohl er sich in dieser Beziehung täuschte, forderte er mich dennoch auf, ihm auf das Kommissariat Neubau zu folgen, woselbst mir meine Ausweisung aus Österreich wegen angeblicher Gefährdung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit angekündigt wurde. Diese polizeiliche Maßregelung konnte nur darin ihren Grund haben, daß mich Herr Kommissär Frankl für einen jener aus dem Ausland importierten Agitatoren hielt, die den Umsturz der Gesellschaft berufsmäßig betreiben sollen. Ich hatte jedoch bereits mehrere Monate vorher bei einer polizeilichen Vernehmung erklärt, daß ich mich zwar für die Arbeiterbewegung interessiere, aber in keiner Weise agitatorisch tätig sei, wie sich denn auch wirklich meine ganze „agitatorische" Tätigkeit auf das Halten einiger weniger nichtpolitischer Vorträge beschränkt hatte, die, nebenbei bemerkt, ein Einschreiten der Behörde nicht nach sich zogen.

Meine Ausweisung mußte mich demgemäß sehr überraschen. Ich rekurrierte an die niederösterreichische Statthalterei und nahm gleichzeitig persönlich Rücksprache mit Seiner Exzellenz dem Herrn Statthalter und dem Herrn Polizeipräsidenten Marx. Letzterer, der sich bereits über mich durch die Berichte des Herrn Kommissärs Frankl unterrichtet hatte, sagte ausdrücklich, diese Maßregel sei schon dadurch begründet, daß ich mich, laut meiner zu Protokoll gegebenen Aussage, für die soziale Frage interessiere. Er fügte dem noch hinzu: „Wer sich unter die Kleie mische, dürfe sich nicht wundern, wenn er von den Säuen gefressen werde!" Ich bemerkte darauf dem Herrn Präsidenten nur, daß lediglich berufsmäßiger Übereifer untergeordneter Polizeiorgane an meiner Ausweisung schuld sei.

Am 29. Dezember, also acht Monate nachdem ich polizeilich ausgewiesen worden, erhielt ich von der Statthalterei einen abschlägigen Bescheid auf meinen Rekurs.

Wiewohl mir von dem Herrn Polizeirat, welcher mir den Statthaltereierlaß übermittelte, nahegelegt wurde, daß mir nur noch der Gnadenweg offenstehe, so schlage ich denselben dennoch nicht ein, da ich nicht gesonnen bin, eine Gnade dort zu beanspruchen, wo ich mir keines Unrechts bewußt bin.

Wien, am 6. Jänner 1878." Leopold Schapira.

Dieser Fall ist typisch, er zeigt, wie man einst in Österreich vorging, in jenem Österreich, wo Polizisten vom Schlage des berüchtigten Frankl ihres Amtes walteten!

welcher nur geladene Gäste Zutritt haben, welche sich mit der Einladungskarte legitimieren können.

Wien, am 15. April 1877.

Mit brüderlichem Gruß Emil Reinthal."

Dieser Aufruf fand, wie in einem Bericht der Wiener Polizeidirektion an das Ministerium des Innern mitgeteilt wird, in der Arbeiterpartei freudigen Widerhall und hat von allen Seiten zahlreiche Zustimmungserklärungen wachgerufen.

In dem Bericht heißt es weiter:

„Es werden daher auch in den maßgebenden Kreisen die umfassendsten Vorbereitungen für den Arbeitertag getroffen; nur wird hiebei mit einer Vorsicht zu Werke gegangen, daß selbst eingeweihte Personen bloß von dem Notwendigsten Kenntnis erlangen. Indessen liegen vertrauliche Relationen vor, die sich dahin aussprechen, daß der Arbeitertag wahrscheinlich zu Peter und Paul in Wiener-Neustadt abgehalten und, da er mit Rücksicht auf seine obligatorischen Beschlüsse den Charakter eines Arbeiterkongresses haben soll, ausschließlich nur von Delegierten der Arbeiterpartei beschickt werden wird. Dieselben würden von den Wahlmännern der verschiedenen Gewerkschafts- und Fachvereine gewählt, und dabei die Abonnentenzahl der »Gleichheit« in einer Weise zugrunde gelegt werden, daß auf je hundert Abonnenten ein Delegierter zu entfallen hätte und Orte mit weniger als hundert Abonnenten für voll gerechnet werden. Obwohl es nicht an Stimmen des Widerspruches fehlt, die gleich den hiesigen Steinmetzen und Schuhmachern für je 50 Abonnenten der »Gleichheit« einen Delegierten gewählt wissen wollen, so steht so ziemlich die erste Annahme fest, und es dürfte demnach Wien durch 5, Niederösterreich durch 2, Steyr durch 3, Schlesien durch einen Delegierten und so fort vertreten, und es würden somit im ganzen auf die gesamte Arbeiterpartei kaum 30 Delegierte entfallen. Da es demnach die Arbeiterpartei, insbesondere in den Provinzen, nicht an verschiedenen Anläufen wird fehlen lassen, um zunächst die Wahlen der verschiedenen Wahlmänner, sohin die der Delegierten zum Abschluß zu bringen, so erlaube ich mir die hochortige Aufmerksamkeit auf den bevorstehenden Arbeitertag mit dem Bemerken ergebenst zu lenken, daß ich eventuelle Wahlen der Delegierten zwar zu verhindern wissen werde, was aber immerhin zur Folge haben kann, daß die betreffenden Delegierten ohne irgendeine Wahl bloß von einer oder der anderen maßgebenden Persönlichkeit nominiert werden, wie denn bereits schon jetzt die hiesigen Arbeiterführer: Kohl, Körbler, Kroupa und Siegl als Wiener Delegierte genannt werden. Bemerkenswert bleibt es immerhin, daß auch der Admonter Bauernverein von dem Aufrufe Reinthals Notiz genommen, seine eventuelle Beteiligung an dem Arbeitertag in Aussicht gestellt und zu diesem Behufe durch den dortigen Stiftsschneider Paterno und einen Tabaktrafikanten mit Reinthal eine Korrespondenz eingeleitet haben soll.

Wien, am 5. Mai 1877."

In einem Erlaß an die Länderchefs und in einer Mitteilung an das ungarische Ministerium des Innern teilte das Ministerium des Innern (Minister Freiherr v. Lasser) mit, daß es die Weisung erteilen werde,

„die Abhaltung des beabsichtigten Arbeitertages durch die gesetzlichen Mittel unbedingt hintanzuhalten".

Die Aktion zur Verschmelzung der einzelnen Fraktionen stieß jedoch immer auf neue Hindernisse, die wieder zumeist auf persönliche Streitigkeiten zurückzuführen waren. Von den sachlichen Gründen, die sich der Einigung entgegenstellten, war es namentlich das Verhältnis der Metallarbeitergewerkschaft zur politischen Partei, das sich immer mehr verschlechtert hatte. Dieser Gegensatz trat sowohl in Versammlungen, auch Volksversammlungen, wie auch in der Presse ganz offen zutage.

Auf der einen Seite war es namentlich Emil Reinthal, auf der anderen waren es Ferdinand Dunstätter und Appelt, die den Kampf mit allen Mitteln wider einander führten. Die beiden letztgenannten fanden einen starken Rückhalt, wie in einer polizeilichen Mitteilung festgestellt wird, insbesondere an „dem auf der Oberfläche aufgetauchten und von hier aus scharf ins Auge gefaßten Studierenden Karl Kautsky*), der wieder kräftige Unterstützung bei Andreas Scheu und seinem Anhang findet".

Die Polizeibehörde war über alle Vorkommnisse recht gut unterrichtet. Nach ihr zugekommenen Mitteilungen stießen die Fusionsbestrebungen hauptsächlich darum auf Widerstand, „weil die Wühlereien gewisser Arbeiterführer und zeitweilig auch das rechtzeitige Eingreifen der Behörde die Fusion nicht zum Abschluß gelangen lassen".

Es fehlte übrigens auch nicht an verschiedenen, der Vereinigung feindseligen Kundgebungen, die sich vornehmlich gegen deren Anreger Emil Reinthal wendeten, der sich „wegen seines autokratischen und präponderanten Wesens zahlreiche Widersacher geschaffen hatte". Seinen Gegnern dürften auch die Proteste der Partei aus Graz und Steyr, ferner eine Anzahl von gegen die Vereinigung gerichteten geharnischten Artikeln von Barth, Kautsky, Josef Scheu, Schweighart, Wagner und Würges zurückzuführen sein.

Reinthal hatte jedoch alle Vorbereitungen für einen Kongreß getroffen und war hiebei gemeinsam mit den Herausgebern der „Gleichheit", Wilhelm Smekal, Leopold Silberer, Johann Schwarzinger, Raimund Körbler und Josef Marschall, vorgegangen.

Nach den Absichten Reinthals sollten auf dem kommenden Parteitag nur sachliche Fragen erörtert werden. Angelegenheiten persönlicher Natur sollten nur dann vorgebracht werden können, wenn gegen eine bestimmte Person vollkommen begründete Beschuldigungen des Verrates an der Partei oder eines Vergehens gegen die Organisation oder einer dolosen, materiellen Beschädigung vorliegen.

Reinthal und die Herausgeber der „Gleichheit" hatten sich in einem förmlichen schriftlichen Vertrag dazu verpflichtet, diese Bestimmungen bezüglich der Verhandlungen auf dem Arbeitertage einzuhalten.

Mittlerweile aber wurde von einem anderen Parteizentrum, und zwar von Graz aus, gegen die Vereinigung der Fraktionen Sturm

*) In dem vom 3. Juni 1877 datierten Aktenstücke, einem Bericht der Wiener Polizeidirektion an das Ministerium des Innern, ist zum erstenmal der Name Karl Kautskys genannt.

gelaufen. Dort forderte man kategorisch die Ausschließung Reinthals aus der Partei und protestierte gegen die Vereinigung der Radikalen mit den Anhängern des Allgemeinen österreichischen Arbeitervereines, der einst von Oberwinder begründet worden war. Insbesondere bestrebte man sich, den in London lebenden Andreas Scheu wieder an die Spitze der Partei zu stellen und man wandte sich auch deshalb an Scheu, der aber den Antrag mit der Begründung ablehnte, daß die Sorge für seine Familie ihm die Übernahme der Aufgabe nicht gestatte, obwohl er persönlich hiezu sehr geneigt wäre. So verfiel man denn in Graz auf einen anderen Plan zur Sanierung der Parteiverhältnisse. In einer geheimen Landesdelegiertenkonferenz erklärten sich die Teilnehmer gegen die dermalige Leitung der „Gleichheit" und das ganze Vorgehen Reinthals sowie gegen die Vereinigung mit der Oberwinder-Fraktion. Es wurde das Projekt akzeptiert, daß vom Deutschen Reich aus die Gründung eines sozialdemokratischen Blattes in Wien in Angriff genommen und von dort auch die Kaution vorläufig geleistet werde, welche sodann durch Sammlungen in Österreich aufgebracht und rückerstattet werden sollte.

In Wien unternahm man unterdessen, die Einigung öffentlich zu proklamieren. Der Obmann des Allgemeinen österreichischen Arbeitervereines, Heinrich Gehrke, berief für den 18. Juni 1877 eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Vereinigung der Wiener Arbeiter" ein*). Die Versammlung wies aber keinen allzu großen Besuch auf; es nahmen an ihr gegen 320 Personen teil. Der Verlauf derselben war nach der polizeilichen Relation der folgende:

„Der Journalist Emil Reinthal konstatierte die angesichts der drohenden Reaktion zustande gekommene Vereinigung der Arbeiterfraktionen, welche in einem tags zuvor veranstalteten Arbeiterfest zum Ausdruck gebracht worden sei. Schwierig sei es mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse in Österreich gewesen, ein allseitig befriedigendes Programm aufzustellen, da sämtliche bisher auf den Arbeiterkongressen zustande gekommenen Programme von der Regierung als staatsgefährlich bezeichnet worden seien und darum

*) Am Abend vorher fand im historischen Zobel-Saale in Fünfhaus das Verbrüderungsfest der Wiener Arbeiter statt. Der massenhafte Besuch bewies die lebhafte Teilnahme, welche die gespaltene Wiener Arbeiterschaft für die Kundgebung der Einigkeit empfand. Viele Parteigenossen, welche der Hader zwischen den streitenden Fraktionen bisher ferne gehalten hatte, fanden sich wieder ein und sprachen ihre lebhafte Freude darüber aus, daß man wieder von „Brüdern Arbeitern" sprechen dürfe, wie es vor Jahren ohne Bitterkeit gesprochen werden konnte. Die Polizeidirektion verbot, um ihre Mißbilligung über die angebahnte Einigkeit zwischen den Arbeitern zu beweisen, alles, was mit dem Arbeiterfest zusammenhing, so den Titel „Arbeiterverbrüderungsfest", für welchen Vergnügungs- und Promenadefest eingesetzt werden mußte, auch die Plakate mußten in diesem Sinne geändert werden.

Die von Emil Reinthal abzuhaltende und der Polizei in ihrem Wortlaute vorgelegte Festrede wurde ihrem ganzen Inhalt nach verboten, ebenso wurde der Vortrag der meisten Arbeiterlieder untersagt. Trotzdem behielt das Fest den Charakter inne, den ihm die Teilnahme der Wiener Arbeiter verschafft hatte, was sich besonders durch die zahlreichen Beglückwünschungstelegramme erwies, die von auswärtigen Parteigenossen einlangten.

nicht hätten veröffentlicht werden dürfen. Man hätte sich demnach auf ein Programm einigen müssen, welches alles dasjenige enthalte, was die österreichischen Arbeiter offen auf ihre Fahne schreiben könnten, ohne befürchten zu müssen, eingesperrt zu werden. Das bisher aufgestellte Programm sei jedoch bloß das der provisorisch vereinigten Arbeiterpartei. Der Redner konstatiert übrigens den trotz der vollzogenen Einigung nicht abzuleugnenden Bestand einer nicht unbedeutenden Opposition, welche jeder Einigung entgegenarbeite, und beantragt schließlich die Annahme nachstehender Resolution:

»Die heutige Volksversammlung erklärt, daß die Vereinigung und das einheitliche Vorgehen aller österreichischen Arbeiter auf dem Boden eines gemeinsamen Programms die notwendige Vorbedingung für ein erfolgreiches Wirken der Arbeiterpartei bilde; sie erklärt deshalb ihre Zustimmung zu allen Bestrebungen, welche auf jenes Ziel hinarbeiten, spricht insbesondere ihre Befriedigung über die auf Grund der Rücktrittserklärung Oberwinders im Organ »Agitator« angebahnte Einigung aus, verwahrt sich gegen die seitens einiger Gegner der Vereinigung erhobenen Bedenken einer Wiederkehr Oberwinders in die Arbeiterbewegung. Die Versammlung spricht weiters den Wunsch aus, daß aller Konflikt in der Partei um persönlicher Meinungsverschiedenheiten halber, die mit dem sozialistischen Programm nichts gemeinsam haben, aufhöre, und daß alle diejenigen, welche mit einzelnen Punkten der Vereinigung nicht einverstanden sind, im Interesse der notwendigen Einigkeit der Arbeiterpartei auf spezielle Einwendungen verzichten und voll und ganz für die Sache der Arbeit, deren höchstes Prinzip die Einigkeit ist, eintreten.«

Josef Marschall, Schuhmachergehilfe, wies auf die politischen Verhältnisse hin, welche gebieterisch eine Vereinigung verlangten. In Österreich werde ein Hochverratsprozeß nach dem anderen eingeleitet; die heutige Gesellschaft habe keine Rechte, kein Brot mehr für die Arbeiter, deshalb müsse man der Regierung zeigen, daß man solche Gefahren zu überwinden verstehen werde.

Julius Müller, Buchdrucker, legte im Namen des arbeitenden Volkes Verwahrung dagegen ein, daß ein Vorredner die von der Regierung verfolgten panslawistischen Verschwörungen mit den sozialen Bestrebungen der Arbeiterpartei in Verbindung gebracht und so dem Verdacht Raum gegeben habe, daß die Arbeiterpartei nationale Politik treibe.

Johann Schwarzinger, Schriftsetzer, bemerkt, jedem Denkenden werde das Gefühl sagen, daß man trotz der stattgefundenen Einigung auf ein nicht verpöntes Programm die früher gesteckten Ziele nicht aufgeben werde. Ein sukzessives Vorgehen allein könne auf Erfolg rechnen.

Sohin wurde die Resolution mit allen gegen 15 bis 20 Stimmen angenommen und die Versammlung geschlossen."

Auf der Relation findet sich noch die folgende Amtsbemerkung:

„Wegen der oben angeführten Auslassung des Josef Marschall, die auch den Abgeordneten der Behörde veranlaßte, den Genannten zur Ordnung zu verweisen, ist seitens der Polizeidirektion die Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet worden."

Der Atzgersdorfer Parteikongreß

Die nächste Arbeit, die geleistet werden sollte, war die Abhaltung eines Parteitages, eine Arbeit, die vor allem wegen des Vorgehens der Behörden nicht leicht war, wußte man doch, wie man gegen die Sozialdemokratie damals vorzugehen beliebte. Während man in früheren Fällen sich im geheimen versammelte, wollte man diesmal von dieser Übung abgehen und im Lichte der Öffentlichkeit beraten. Reinthal berief für den 29. Juni 1877 mittels schriftlicher Einladung einen Parteitag nach Wien ein. Die Eingeladenen sollten sich in Schwenders*) Kaffeehaus in Fünfhaus treffen, wo sie dann erst Tag, Stunde und Ort des abzuhaltenden Parteikongresses erfahren sollten. Die Versammlung war, wiewohl sie als Versammlung nach § 2 des Versammlungsgesetzes auf geladene Personen beschränkt war, von Reinthal polizeilich angemeldet worden, um der hohen Behörde gar keinerlei Anlaß zu einem Geheimbundesprozeß zu geben. Die Veranstalter kannten aber ganz gut ihre Leute, die, obwohl ungesetzlich, es auf alle Fälle zu verhindern gewußt hätten, daß sich Sozialdemokraten versammeln. Die Einberufer wählten daher folgenden Vorgang, um doch einigermaßen vor der Polizei ungestört verhandeln zu können: Nur ganz wenige Teilnehmer am Kongreß fanden sich beim Schwender ein, während das Gros sich in verschiedenen Gasthäusern in der Umgebung traf; die eigentliche Tagung des Kongresses, der für drei Tage anberaumt war, fand aber erst am 1. Juli statt. Die Teilnehmer begaben sich auf verschiedenen Wegen und einzeln nach Atzgersdorf in das Gasthaus „Zum g'raden Michel", wo der Arbeiterbildungsverein sein Lokal besaß und für den genannten Tag eine Generalversammlung behördlich angemeldet hatte. Im Rahmen dieser Versammlung sollte der Kongreß stattfinden.

Aber die Polizei ließ nicht locker; ihre Organe folgten den einzelnen Kongreßteilnehmern und diese sahen sich genötigt, von Atzgersdorf nach Mauer vor der Polizei zu fliehen. In einem dortigen Gasthausgarten setzten sie, im Grase liegend, bei Bier und Wein ihre Besprechungen fort. Aber als sie auch hier aufgescheucht wurden, suchten sie in einem anderen Gasthaus in Mauer, das abseits von der Straße lag, Zuflucht. Doch die nimmermüde Polizei stöberte sie auch hier auf und überraschte, wie der amtliche Bericht mitteilt, nachbenannte Parteiführer und nahm sie, weil auf frischer Tat ertappt, in Verwahrungshaft. Es waren dies folgende „Verbrecher", deren Namen in der österreichischen Sozialdemokratie zumeist wohlbekannt sind: der Steinmetz Raimund Körbler, der Schuhmacher Gustav Schwab, der Bildhauer Ferdinand Leißner, der Sattler Heinrich Gehrke, der Schuhmacher Josef Marschall, der Schneider Georg Reuß, der Maler Wilhelm Smakal, der Tischler Rudolf Krebs, der Schriftsetzer Robert

*) Ein großes Vergnügungslokal im Wiener Vorort Fünfhaus, in dessen Sälen häufig Massenversammlungen und Kongresse veranstaltet wurden.

Wagner, der Bandmacher Eduard Siegel, der Sattler Vinzenz Zich, der Spengler Leopold Silberberg, der Schriftsetzer Peter Barth, der Hausierer und Vorstand des Atzgersdorfer Arbeiterbildungsvereines Ludwig Reininger, ferner der Schneidergeselle Ferdinand Gabriel von Graz, der Tuchmacher Franz Bonaventura von Jägerndorf, der Zeitungsadministrator Johann Schwarzinger und der Schriftsetzer Josef Schwarzinger von Wiener-Neustadt, der Redakteur des Prager Arbeiterblattes „Budoucnost" Zapotocky, der Eisengießer Josef Pecka aus Prag, der Schneider Hermann Prager von Steyr, der Redakteur des „Arbeiterfreund" Ferdinand Schwarz aus Reichenberg und der Redakteur Emil Reinthal.

Nach an die Polizei gelangten Relationen „sollen an diesen oftmals unterbrochenen und gestörten Beratungen noch folgende Personen, allerdings nur in ganz aphoristischer Weise, teilgenommen und vor dem behördlichen Einschreiten sich entfernt haben: der Weber Karl Dundela von Brünn, der Tischler Josef Lutz von Klagenfurt, der Färber Krcil von Neutitschein, der Arbeiter Pauler von Graz, der Mechaniker Ernst Schweichart, der Metallarbeiter Johann Aubrecht, der Gürtler Josef Schremser, der Spengler Eduard Winter, der Goldarbeiter Ludwig Unger, der Metallarbeiter Karl Jahny, der Schlosser Sebastian Fröhlich, der Porzellanmaler Prokop Kolb, der Modelltischler Josef Ripka und der Journalist Ludwig Kiehaupt."

Die bei diesen Kreuzzügen gefaßten Beschlüsse gipfelten in folgenden Punkten:

1. Die geeinigte österreichische Arbeiterpartei anerkennt das Eisenacher Programm als das ihrige, bedient sich jedoch des Neudörfler Programms*) als Operationsbasis.

2. Die oberste Parteileitung (Zentralkomitee) wird nach Reichenberg, das Kontrollkomitee nach Graz verlegt, die Wahl der Mitglieder in die beiden Komitees, die binnen 14 Tagen stattzufinden hat, wird aber unter den obwaltenden Umständen den Parteigenossen anheimgestellt.

3. Mit der nächsten Nummer hat der „Agitator" und mit Ende September l. J. die „Gleichheit" einzugehen, dafür hat am 1. Oktober l. J. in Wien ein neues Parteiorgan „Der Sozialist" zu erscheinen, der übrigens gemäßigter zu redigieren sein wird, als dies bei der „Gleichheit" der Fall war**).

*) Siehe Band II.

**) In der „Gleichheit" (Nr. 37) vom 13. September 1877 erschien der folgende Aufruf:

„An die Parteigenossen!

Schon lange war es Euer sehnlicher Wunsch, das Zentralorgan unserer Partei nach der Hauptstadt des Reiches zu verlegen; nur materielle Ursachen, die in der Höhe der dazu nötigen Kaution wurzelten, waren es, welche uns bisher bestimmten, davon abzusehen.

Als wir die Herausgeberschaft der „Gleichheit" übernahmen, war es auch unsere erste Aufgabe, nach Mitteln zu sinnen, um dieses schon lange gehegte Projekt endlich zur Ausführung zu bringen, was uns auch nach Besiegung

4. Fachblätter können fortgeführt, auch neu gegründet werden. Dieselben müssen aber von den betreffenden Gewerkschaften selbst erhalten werden und dürfen nichts Politisches bringen.

5. Die beantragte Gründung von Lokalblättern wird einer weiteren Beratung anheimgestellt, somit bis zum nächsten Kongreß vertagt.

6. In Anbetracht, als keine Parteisteuer auferlegt werden darf, hat jeweilig am Sitze der Zentralleitung ein neues Organ, „Die sozialpolitische Rundschau" betitelt, das Exemplar um den Preis von fünf Kreuzern, zu erscheinen, zu dessen Bezug jeder Parteigenosse streng verpflichtet ist, dessen Erträgnis ausschließlich zu Parteizwecken zu verwenden kommt, und das auch die Basis für den nächsten Kongreß in der Weise abzugeben hat, daß auf 50 Abnehmer ein Delegierter entfällt, wobei Orte mit weniger als 100 Abonnenten für voll gerechnet werden.

---

vieler Schwierigkeiten endlich gelungen ist. Die Kaution im Betrage von 4000 Gulden ist aufgebracht.

Parteigenossen! Ihr wißt aber, welche große und schwere Verantwortung wir dadurch übernommen und nur das Bewußtsein, daß die österreichische Arbeiterpartei stets und ganz ihre Pflicht tut, bestimmte uns, diesen Schritt nach vorwärts auszuführen.

Mit 4. Oktober d. J. erscheint in Wien das neue Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie, unter dem Titel „Der Sozialist".

Es gilt daher nicht mehr zu säumen, sondern rasch und unerschrocken vorwärtseilen; jeder Tag muß dem Blatte neue Abonnenten zuführen, die Auflage muß sich verdoppeln, verdreifachen usf., nur auf diese Weise können wir vorwärtskommen.

Parteigenossen! Daß wir eine Änderung des Titels am Blatte vorgenommen, hat seinen Grund darin, daß auch noch der letzte Rest, welcher Anlaß geben könnte, zwischen den jetzt nun geeinten Arbeitern Wiens Mißtrauen zu erwecken, verschwinde. Wir wissen wohl, daß vielen Genossen darob leid tun wird, ihre „Gleichheit" zu verlieren, war sie doch eine treue und wohl auch gute Kämpferin an unserer Seite; sie war ein Blatt der Armen für die Armen und darob erregte sie wohl oft Mißfallen nach „Oben", aber um desto mehr Gefallen nach „Unten". Sie hatte manch harten Strauß siegreich bestanden, sie verstand zu fechten, und daher wird sie stets uns in Erinnerung bleiben. Ja, sie wird uns in Erinnerung bleiben, weil in ihrem Titel unser ganzes Prinzip verkörpert liegt; streben wir doch nach der Gleichheit aller Menschen. — Auch der „Sozialist" wird das Banner der Gleichheit hochhalten und für die erhabene und völkerbefreiende Idee des Sozialismus eintreten. Auch in unserem neuen Titel des Blattes finden wir unser Prinzip verkörpert; wir haben uns auf die Stirne geschrieben, was wir sind und was wir wollen; auch der „Sozialist" wird ebenso hart zu kämpfen haben wie die „Gleichheit", möge es ihm vergönnt sein, mit in den Hafen der allgemeinen Glückseligkeit einzulaufen.

Parteigenossen! Ans Werk also in den Vereinen und Versammlungen mit unermüdlichem Eifer. Keiner schließe sich aus, wo es gilt, für die größte Errungenschaft der Menschenkultur zu kämpfen! Die Presse ist eine Macht von ungeheurer Bedeutung. Das fühlen wir am besten an der des Kapitals, die wir selbst zu bekämpfen haben. Wir können nur wöchentlich einmal die Streiche parieren und erwidern, die uns die bezahlte Rotte der Preßknechte zu versetzen sucht. Wir müssen es aber noch weiterbringen. Ein tägliches Blatt soll unsere Losung werden.

Parteigenossen! Das Parteiorgan ist das weithin leuchtende Wahrzeichen unserer Bewegung! Wir haben sie und werden sie stets hochhalten trotz Wind und Wetter. An ihrem kühnen Fluge soll die Welt sehen, wo und wie wir marschieren — trotz alledem!

Wien, am 10. September 1877. Die Herausgeber."

Im Laufe der Verhandlungen soll es zu sehr stürmischen Auseinandersetzungen gekommen sein, wenn man den vertraulichen Berichten der Polizei Glauben schenken darf. So soll Robert Wagner, der für Andreas Scheu agitierte, wiederholt mit Reinthal aneinandergeraten sein. Schwarz (Reichenberg) stellte auch den präzisen Antrag, Scheu sei zurückzuberufen und zum Parteileiter und Redakteur zu bestellen. Reinthal sei infolge dieses Antrages unter einem Tränenstrom zusammengebrochen, habe sich aber dann aufgerafft und sich in heftigen Vorwürfen ergangen.

Infolge des behördlichen Einschreitens blieben viele der wichtigsten Fragen, wie die der Konstituierung von Landeskomitees und die Haltung der tschechischen Genossen, unerledigt. Die Aufhebung des Parteikongresses hatte zunächst die damals übliche Folge, daß gegen eine Anzahl von Personen das Verfahren wegen Geheimbündelei eingeleitet wurde; gegen andere wurde eine Untersuchung wegen Übertretung des Vereinsgesetzes beantragt.

Die nächste Parteiarbeit galt der Organisation in den einzelnen Ländern und der Zusammenfassung der tschechischen Arbeiterschaft.

Von den Ländern kamen nur Niederösterreich und Steiermark in Betracht. In Niederösterreich wandte man wohl viel Mühe auf, zumal immer das Bestreben vorherrschte, die Parteileitung, deren Sitz Reichenberg war, wieder nach Wien zu verlegen. Diese Bestrebungen scheiterten jedoch an der inneren Zerfahrenheit, die durch den Atzgersdorfer Kongreß keineswegs beseitigt wurde. Einen Hauptstreitpunkt bildete die Leitung des Parteiorgans. Man konnte nur schwer zu einer alle Teile befriedigenden Lösung dieser Frage kommen. Als Bewerber traten Johann Schwarzinger, Trojan und Barth auf. Wider alle Vermutungen wurde Trojan gewählt, dessen Wahl aber nicht allgemein befriedigte und so blieb der Streit in Permanenz. Dazu kam noch, daß hinsichtlich der Geldgebarung in der Partei allerlei Verdächtigungen laut wurden, wodurch nur noch die Stimmung innen und außen verschlechtert wurde.

Der „Vertrauensmann" der Wiener Polizei, der diese Behörde über die Parteivorgänge eingehend informierte, macht die sicherlich zutreffende Bemerkung zu den herrschenden Parteizuständen:

„Es stellt sich immer deutlicher heraus, daß es der Partei an einer Persönlichkeit fehlt, welche die erforderlichen Eigenschaften besäße, zielbewußt die verschiedenen Elemente mit Energie zusammenzuhalten und zur einheitlichen Aktion zu führen."

In den Reihen der Arbeiterschaft hatte man jedoch diese Erkenntnis leider noch nicht, denn der Zwist nahm kein Ende, wiewohl die Zahl der Genossen, die der Partei anhingen, immer kleiner wurde!

Einigermaßen eine Besserung war in den Parteiverhältnissen in Steiermark zu verzeichnen, wo man wieder an die Wahl eines Agitationskomitees schritt. Diesem gehörten an: Stephan Pauler, Franz Lederer, Johann Kleiner, Franz Kramer, Kulmer,

sämtlich Tischler von Beruf, und Kehl, Schuhmacher und Hausbesorger, Ignaz Losch, Kleidermacher, und als Ersatzmann Wilfling.

In den Wiener Parteikreisen spielten die Brüder Schwarzinger nach wie vor die größte Rolle, die beide Vertrauensstellungen innehatten. Ein niederösterreichischer Landesparteitag, der einige Wochen später veranstaltet wurde, hatte nur einen geringen Besuch aufzuweisen und trug zur Konsolidierung der Verhältnisse nichts bei. Auch das historische Zentrum der Parteitätigkeit, der Wiener Arbeiterbildungsverein, war in stetem Niedergang begriffen. Er, der einst Tausende von Mitgliedern gezählt hatte, wies Ende 1877 nur einen Mitgliederstand von 170 auf. Auch seine materiellen Verhältnisse waren höchst ungünstige. Einer Jahreseinnahme von kaum 400 Gulden. standen Auslagen in der Höhe des Doppelten gegenüber.

Sehr trübe waren auch die Zustände im „Allgemeinen österreichischen Arbeiterverein", an dessen Spitze der Schuhmacher Kauba stand. Dieser Verein, der bisher der politische Vereinigungspunkt der „Gemäßigten" war, lag so danieder, daß es kaum möglich war, eine beschlußfähige Ausschußsitzung zustande zu bringen. Es bedurfte aller Anstrengungen, um eine Vertrauensmännerversammlung einzuberufen, der auch Vertreter der Gewerkschaften beiwohnten, deren Zweck sein sollte, den Geist der Partei wieder zu beleben. Die Versammlung, von deren Abhaltung die Polizei, wie dies immer der Fall war, rechtzeitig Kenntnis erhielt, wurde aber aufgelöst und deren Teilnehmer wurden vor den Kadi geschleppt. Auch das mittlerweile neugegründete Parteiorgan, der „Sozialist", dessen Redakteur Johann Schwarzinger war, vermochte nicht dem Abbröckeln und der Wirrnis in der Partei abzuhelfen. Das Blatt war wohl mit Unterstützung der Gewerkschaften gegründet worden, doch fristete es trotzdem nur mühsam seine Existenz. Reinthal, der Störenfried in der Partei, bemühte sich, da ihm der Boden in Wien zu heiß geworden war, ausschließlich „Provinzialpolitik" zu treiben und begab sich nach Graz; doch auch hier geriet er bald wegen seines herrischen Wesens mit den führenden Parteigenossen in Konflikte, so daß auch dort sein Bleiben nicht lange war.

Vereinigung der deutschen und tschechischen Genossen

Während die inneröſterreichiſchen Parteiverhältniſſe geradezu troſtloſe waren, vollzog ſich in den Sudetenländern ein ſehr bedeutſamer Umſchwung: deutſche und tſchechiſche Arbeiter näherten ſich einander und unter nicht allzu großen Schwierigkeiten gelang es auch in kurzer Zeit, deutſche und tſchechiſche Parteigenoſſen in einer einzigen Organiſation zu vereinigen. Jahre vorher erſchien dies als faſt unmöglich. Die Not, in der ſich das induſtrielle Proletariat Böhmens und Mährens befand, hatte das Werk vollbracht, den Nationalismus zu überwinden, und ein Band um die Bruderparteien geſchlungen. Wiewohl die bürgerlichen Nationaliſten auf beiden Seiten der Vereinigung Hinderniſſe aller Art entgegenſetzten und ſie als Verräter an der Nation erklärten, war doch das Klaſſenmoment und die Klaſſenzuſammengehörigkeit unvergleichlich ſtärker. Und diesmal zeigten ſich gerade die tſchechiſchen Arbeiter viel mehr einer Fuſion geneigt, als die deutſchen. Nicht etwa, als ob die deutſchen Proletarier vom nationalen Eigendünkel befangen geweſen wären, nein, ſondern darum, weil ſie vor allem der Anſchauung waren, daß die Tſchechen immer noch nicht genug international geſinnt ſeien, um gemeinſam am Werke des Sozialismus mitzuſchaffen.

Am meiſten betroffen von dieſer Erſcheinung war die Regierung. Ihre Organe taten alles, um eine Einigung zu verhindern und die beiden Fraktionen wider einander zu hetzen. Offen und im geheimen war ſie am Werk; aber ſowohl Gewaltmaßregeln als auch ihr politiſches Ränkeſpiel verſagten diesmal völlig.

Die Vereinigung wurde ebenſo von Reichenberg und Prag aus als auch von Wien vorbereitet und zu Ende geführt. Der Wiener tſchechoſlawiſche Arbeiterverein, der ſeit 24. April 1868 beſtand, hatte in einer am 26. September 1876 abgehaltenen Verſammlung eine von ſeinem Obmann Matthias Zeller (Celler) beantragte Reſolution angenommen, welche die Organiſation der tſchechoſlawiſchen Arbeiter auf ſozialdemokratiſcher Grundlage, internationalem Standpunkt und Schaffung eines publiziſtiſchen Parteiorgans forderte. Die erſte Folge dieſer Aktion war allerdings vorerſt die — Auflöſung des genannten Vereines, die in allen Inſtanzen ausgeſprochen wurde.

An Stelle des aufgelöſten Vereines wurde dann am 4. Februar 1877 der Verein „Dělnická Jednota“ („Arbeiterbund“) gegründet.

Das publiziſtiſche Parteiorgan, das die Wiener tſchechiſchen Genoſſen als ihr Blatt anerkannten, war das Prager ſozialiſtiſche Blatt „Budoucnost“ („Zukunft“), das ſich ganz auf den Boden der internationalen Sozialdemokratie ſtellte. Als Redakteur und Herausgeber zeichnete Wilhelm Kerber, eine um den Zuſammenſchluß der Arbeiterſchaft höchſt verdiente Perſönlichkeit, die ſich bei Deutſchen wie Tſchechen gleich hohen Anſehens erfreute. Kerber ſtand namentlich mit Joſef

Ulbrich, dem Leiter der deutschen Sozialdemokratie in Böhmen, in Verbindung; Ulbrich war in gleicher Weise für eine Fusion unter den deutschen Sozialisten tätig. Er war Herausgeber des „Arbeiterfreund" in Reichenberg und wegen seiner Tätigkeit als „Arbeiteragitator" bei den Behörden in dem bekannten „schlechten Ruf". Aber auch mit der tschechischen Arbeiterschaft in Mähren wurden die Verbindungen neu geknüpft; hier war es vornehmlich der Schneidergehilfe Ladislaus Zapotocky, Redakteur der „Budoucnost", der mit den Brünner tschechischen Parteimännern einerseits die Organisation der tschechischen Arbeiterschaft, dann aber auch die Verbindung mit der deutschen Arbeiterschaft Österreichs herstellte. Auf mehreren Konferenzen wurden Organisation und Taktik der Partei beschlossen. Einige Schwierigkeiten, die bestanden, namentlich Differenzen mit den Wiener tschechischen Genossen, wurden beigelegt, so daß die tschechische Partei bald an die Abfassung eines dem Wiener-Neustädter Programm nachgebildeten gehen konnte.

Vor Beginn des aufgelösten Atzgersdorfer Arbeitertages war wohl noch von den Wiener tschechischen Genossen beabsichtigt gewesen, einen Antrag zu stellen, wonach der nationale Charakter in der Partei gewahrt bleiben solle; doch bald überwog die Anschauung, daß es im Interesse der arbeitenden Klassen gelegen sei, wenn das deutsche und tschechische Proletariat einheitlich organisiert und ein einheitliches Vorgehen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung beobachtet würde. Hierüber sollte allerdings erst ein Kongreß der tschechischen Sozialdemokraten entscheiden.

In lakonischer Weise berichtet über die vollzogene Einigung die Prager Polizeidirektion unter dem 26. Oktober 1877 dem Ministerium des Innern:

„Die hiesige sozialdemokratische Partei der »Budoucnost« hat sich der Leitung des Zentralkomitees der österreichischen Arbeiterpartei in Reichenberg völlig untergeordnet. Anfang dieses Monats forderte auch schon dieses Komitee, dessen Seele Ferdinand Schwarz, der Herausgeber des »Arbeiterfreund« ist, dem Komitee zur Herausgabe der »Budoucnost« die Rechnung ab, welche Josef Boleslav Pecka vidierte, und deshalb einen Tag aus der Arbeit ausblieb."

Aber auch in der tschechischen Sozialdemokratie gab es mehrere einander bekämpfende Fraktionen, deren Einigung nicht geringe Schwierigkeiten bereitete. Sie konzentrierten sich um die beiden Parteiorgane „Dělnické Listy" und „Budoucnost". Das Reichenberger Zentralkomitee hatte die Aufgabe übernommen, eine Einigung zustande zu bringen, die auch glückte. Danach sollten beide Blätter von nun an nebeneinander bestehen. Die führenden Personen waren damals Wilhelm Kerber, Rehak und Horec. Auch die tschechischen Parteiverhältnisse in Mähren mußten eine Klärung erfahren. Hier wirkten vor allem in diesem Sinne Burian, Theodor Indra und Karl Dundela, denen dann auch die wenig dankenswerte Aufgabe zufiel, die Wiener Parteizustände zu sanieren.

Vorher wurde noch ein mährisch-schlesischer Parteitag einberufen, der die innere Ordnung herzustellen hatte. Die Mission gelang und nun setzten sich die Brünner mit den Wiener Parteiführern auseinander. Indra und Dundela waren mit der Überprüfung der Bücher der Wiener Partei beauftragt worden, da die finanziellen Angelegenheiten ziemlich im argen lagen. Während ihrer Anwesenheit in Wien setzten sich Indra und Dundela auch mit den führenden Personen der tschechischen Arbeiterschaft in Wien, Zeller (Celler), Zich und Pecha, ins Einvernehmen. Auf beiden Seiten kam die Anschauung zum Durchbruch, daß es hoch an der Zeit sei, eine gesunde Reorganisation der Partei herbeizuführen.

Anfang 1878 fand in Prag eine Konferenz der tschechischen Partei statt, die das Programm ausarbeitete, das sich an die Beschlüsse des Wiener-Neustädter Parteitages vom Jahre 1876 anlehnte. Als es in der Zeitschrift der Partei („Organisace") publiziert wurde, verfiel es der Konfiskation (mit Erkenntnis des k. k. Landesgerichtes Prag vom 23. April 1878), weil es „den Tatbestand der in den §§ 302 und 305 St.-G. bezeichneten Vergehen gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung" beinhaltete.

Das Programm hatte den folgenden Wortlaut:

I.

„Die Arbeit ist die Quelle jeglichen Reichtums und der Bildung, und da die nützliche Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, das ist allen ihren Mitgliedern bei allgemeiner Arbeitspflicht, der gesamte Arbeitsverdienst nach gleichem Recht und jedem nach seinem vernünftigen Bedürfnisse.

In der dermaligen Gesellschaft sind die Arbeitskräfte, das sind die Lebensquellen, das Monopol einer Klasse, die dadurch entstandene Abhängigkeit des arbeitenden Volkes, ist die Ursache des Elends und der Sklaverei jeglicher Form.

Die Befreiung der Arbeit erfordert die Änderung der Arbeitsmittel zum allgemeinen Besten der Gesellschaft und die gesellschaftliche Reform der gemeinsamen Arbeit in eine allgemein nützliche und gerechte Verteilung des Arbeitserträgnisses.

Die Befreiung der Arbeit muß das Werk des arbeitenden Volkes sein. Der Kampf um die Befreiung der Arbeiterklasse ist kein Kampf um Klassenprivilegien und um das Monopol, sondern um gleiches Recht und gleiche Pflichten und um Aufhebung aller Klassenherrschaft.

Auf Grund dieser Prinzipien will die tschechoslawische sozialistische Partei wirken, und obwohl sie im nationalen Rahmen zu wirken beabsichtigt, erkennt sie recht wohl an, daß die Befreiung des arbeitenoen Volkes keine lokale, noch nationale, sondern eine soziale Aufgabe ist, welche alle Länder umfaßt, und deren Lösung in der praktischen und theoretischen Mitwirkung aller vorgeschrittenen Länder liegt.

Sie erkennt aber auch an, daß, bevor die Fusion des arbeitenden Volkes ohne Unterschied der Nationalität und der Religion durchgeführt wird, jede Partei selbst nach der Nationalität organisiert sein muß, worauf erst zur vollkommenen Fusion aller wird geschritten werden können.

Betreffs der nationalen Frage stellt sie als Basis das Recht der freien Selbstbestimmung der Nationen auf, erblickt jedoch in der nationalen Abzweigung ihrer Genossen kein Hindernis ihres gemeinsamen Strebens nach der materiellen Befreiung.

Da sie Fach- und Bildungsvereine für sehr notwendig und möglich hält, weil sie zumeist das Selbstbewußtsein unter dem arbeitenden Volk

verbreiten und zur Erkenntnis seiner Menschenwürde sehr viel beitragen, will sie für die Errichtung und Verbreitung Sorge tragen und dabei zugleich manifestieren, daß ihre Tätigkeit auf dieselben allein sich nicht beschränken darf.

Im Hinblick auf diese Grundsätze wird die tschechoslawische demokratische Partei in Österreich mit allen gesetzlichen Mitteln die freie Gesellschaft und den Bruch des hartnäckigen Lohngesetzes durch Aufhebung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung und die Beseitigung jedweder sozialen und politischen Ungleichheit anstreben.

Keine Pflichten ohne Recht, keine Rechte ohne Pflichten.

II.

Teils zur Verwirklichung ihrer Grundbestimmungen, teils zum Wirken oder zur Agitation für dieselben stellt sie nachfolgende Forderungen auf:

1. Allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht für alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahr angefangen, sowohl in das Parlament, in den Landtag und in die Gemeindevertretungen, als auch in alle Korporationen, welche die Rechte und Pflichten des Ganzen. sowie aller einzelnen Bürger schützen sollen. — Allen derart gewählten Volksvertretern sollen die zukommenden Diäten gewährt werden.

2. Volle Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie auch volle Freiheit des Koalitionsrechtes.

3. Trennung der Kirche vom Staat und Trennung der Schule von der Kirche.

4. Obligater Unterricht und Schulzwang bis zum 16. Jahre; dann unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten.

5. Einführung der Volksbewaffnung statt des stehenden Heeres.

6. Allgemeine Abstimmung des Volkes über alle im Parlament gemachten Gesetze.

7. Einführung der Sanitätskontrolle über alle Arbeiterverhältnisse, Nahrungsmittel und Wohnungen.

8. Strenge Gesetze, welche den Arbeitgeber für alle durch Fahrlässigkeit der Arbeitgeber verschuldeten Unglücksfälle verantwortlich machen.

9. Einführung der Normalarbeitszeit von 10 Stunden, rücksichtlich gefährlicher Etablissements von 8 Stunden, Beschränkung der Frauenarbeit und Beseitigung der Kinderarbeit aus den Fabriken und gewerblichen Werkstätten, Einführung des Instituts unabhängiger Fabrikinspektoren und Beseitigung der durch Sträflingsarbeit geschaffenen Konkurrenz.

10. Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung der bloßen streng progressiven Einkommen- und Erbsteuer.

11. Übernahme und Verwaltung aller Kommunikationsmittel und Geldinstitute (als Banken, Sparkassen usw.) von seiten der Gemeinden oder des Staates.

12. Unabhängigkeit des Gerichtes, Wahl der Richter durch das Volk, Einführung eines unentgeltlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und des unentgeltlichen Rechtsschutzes.

13. Aufhebung der Untersuchungshaft und Aufhebung der Todesstrafe.

14. Errichtung eines statistischen Arbeiterbüros; die Beamten dieses Büros wählt das Volk.

15. Die staatliche Hebung der freien gesellschaftlichen Existenz und Staatskredit für alle selbständigen Arbeiterproduktivvereine unter demokratischer Garantie.

Angesichts der Neukonstituierung der tschechischen Sozialdemokratie und der Vereinigung mit der deutschen Partei schien es, als ob auch die

Wiener Verhältnisse eine Wendung zum Besseren nehmen sollten. In Parteikreisen gab man sich wenigstens dieser Hoffnung hin, wie aus einem Bericht der Wiener Polizeidirektion vom 18. Mai 1878 hervorgeht. Es heißt darin unter anderem:

„Während im allgemeinen die tschechische Sozialistenfraktion in Hinsicht der Rührigkeit, Organisation, Disziplin und strikten Durchführung der gefaßten Beschlüsse in neuerer Zeit der deutschen Partei den Rang abgelaufen hat, scheint es, als ob es sich auch in letzterer, wenigstens was die hiesige Fraktion anbelangt, etwas lebhafter gestalten sollte.

Sei es, daß die Erfolge der tschechischen Führer die hiesigen Parteileiter anregen, sei es, daß die auf dem Prager tschechischen Delegiertentag vom 8. und 9. v. M. gegen die hiesige Fraktion vorgebrachten Verdächtigungen seitens des Mitgliedes Schwarz der Reichenberger Zentralleitung die hiesigen Stimmführer zur erneuerten Tätigkeit anspornten, Tatsache ist es, daß dieselben in neuester Zeit eine weit lebhaftere Tätigkeit als früher entwickeln."

Es war dies auch wirklich der Fall. Es fanden wiederholt Besprechungen der leitenden Personen der politischen Partei mit den Obmännern der Gewerkschaften statt, um die abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen. Vor allem sollte eine Versöhnung mit der stärksten Fachorganisation, der der Metallarbeiter, angebahnt werden; weiters begann wieder eine regere Versammlungstätigkeit, die eine Zeitlang ganz geruht hatte. Aber auch von seiten der Reichenberger Zentralleitung raffte man sich zu einiger Energie auf; man richtete an sämtliche Wiener Parteivereinigungen die bestimmte Aufforderung, in der kürzesten Zeit einen umfassenden Bericht über die Organisation, Agitation, Zahl der angehörigen Vereine usw. einzusenden, welchen Bericht Raimund Körbler und Johann Schwarzinger auszuarbeiten hatten. Man erwog auch, wiederum einen Allgemeinen Parteitag abzuhalten, der in Steiermark oder Böhmen stattfinden sollte.

Ein Parteitag unter freiem Himmel

Am 18. August 1878 fand in der Nähe von Reichenberg, in einem Wäldchen bei Langenbruck, unter freiem Himmel ein Parteitag der sozialdemokratischen Partei Österreichs statt. Da die Behörden unausgesetzt darauf bedacht waren, den Staat vor der sozialistischen Gefahr zu retten, sahen sich die Sozialdemokraten genötigt, ihre Parteiangelegenheiten fern von bewohnten Gegenden zu besprechen, um den Verfolgungen zu entgehen. Die Polizei hatte wohl alle Maßnahmen ergriffen, um rechtzeitig Kunde zu erlangen, wo die gefährlichen Menschen berieten, doch diesmal glückte es ihr nicht, das „Nest auszuheben", wiewohl der ganze staatliche Apparat aufgewendet worden war, die Sozialisten zu überrumpeln. Wochenlang vorher hatten die Behörden von dem Plan der Abhaltung eines Parteitages Kenntnis erlangt, und jeder einzelne der Parteigenossen, von dem man vermutete, er werde an dem Parteitag teilnehmen, stand unausgesetzt unter Bewachung; doch das dunkle Geheimnis blieb gewahrt, und von der Polizei ungestört konnten sich die schweren Verbrecher versammeln. Die Razzia, die vorher auf die Parteigenossen in den einzelnen Kronländern veranstaltet worden war, hatte nur den schmalen Erfolg, daß einige Genossen weniger zur festgesetzten Stunde an dem bewußten Ort erschienen waren. Die führenden Männer der Sozialdemokratie waren aber alle pünktlich zur Stelle. Es waren unter anderen erschienen: Karl Dundela aus Brünn, Pauler aus Graz, Dunstätter und Zich aus Wien, Ulbrich und Schwarz aus Reichenberg, Josef Prochaska aus Holleschowitz.

Über die Verhandlungen des Kongresses wurde in der Öffentlichkeit nichts oder nur sehr wenig bekannt. Merkwürdigerweise hatte aber die Polizeidirektion einige Tage später über den Parteitag Mitteilungen erlangt, die, wie der Verfasser erhob, zweifellos zum großen Teil auf Richtigkeit beruhten. Aus dem an das Ministerium des Innern hierüber erstatteten Bericht seien die folgenden Tatsachen wiedergegeben:

Zuerst wurden die Parteiangelegenheiten im allgemeinen besprochen und die Spaltung und die Zerwürfnisse bedauert, die unter den Parteigenossen in Wien zutage getreten sind. Der Vertreter der Wiener Metallarbeiter, Dunstätter, erklärte, daß es übrigens seinen und den Bemühungen seiner Freunde gelingen werde, die Differenzen zu beseitigen und eine Einigung herbeizuführen.

Hierauf ging man zur Erörterung der Verhältnisse in der Parteipresse über, namentlich des „Sozialisten", und es wurde beschlossen, daß der in Wien erscheinende „Gewerkschafter" einzugehen, wofür aber der „Sozialist" zweimal in der Woche zu erscheinen habe. Als erster Redakteur wurde Emil Reinthal und als zweiter Robert Wagner (Schriftsetzer) bestimmt. Die Anwesenden mußten sich verpflichten, für die Verbreitung dieses Blattes auf das eifrigste tätig zu sein.

Weiter wurde bestimmt, daß der Sitz der Kontrollkommission nach Brünn zu verlegen sei; die Brünner hätten zu diesem Zweck fünf Mitglieder aus ihrer Mitte zu wählen.

Prochaska brachte die von den tschechischen Parteigenossen angeregte Petition wegen Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes für den Reichsrat zur Sprache und teilte mit, daß diese Petition mindestens eine halbe Million Unterschriften aufweisen werde.

Dunstätter und zwei oder drei andere Teilnehmer sprachen sich gegen die Einbringung einer derartigen Petition aus, doch wurde die Anregung Prochaskas mit großer Mehrheit angenommen.

Endlich wurde der Beschluß gefaßt, den nächsten Parteitag im kommenden Jahre in oder bei Brünn, jedenfalls aber in Mähren abzuhalten.

Von sämtlichen Teilnehmern wurde betont, daß das Gros der Arbeiterbevölkerung der Sache der Sozialdemokratie das gewünschte Interesse entgegenbringe, weshalb denn auch von sämtlichen Parteigenossen die größte Rührigkeit in der Agitation aufgewendet werden müsse, um zu einem gedeihlichen Ergebnis zu gelangen.

Der Bericht führt dann weiter aus:

„Die Teilnehmer bei dieser Konferenz, bei welcher übrigens keinerlei schriftliche Beschlüsse gefaßt oder Schriftstücke aufgesetzt wurden, gingen hierauf in Gruppen von zwei Mann unbehelligt auseinander.

Bezüglich Zapotockys aus Prag wurde vertraulich in Erfahrung gebracht, daß derselbe die Absicht hatte, ebenfalls nach Reichenberg zu kommen, und daselbst auch erwartet wurde, daß er sich jedoch auf der Reise beobachtet und verfolgt glaubte und deshalb eine andere Richtung eingeschlagen habe. (Nach Nachod.)

Dundela wollte sich auf seiner Rückreise ein bis zwei Tage in Prag aufhalten, was ihm jedoch von Prochaska widerraten wurde mit dem Bedenken, daß es augenblicklich für ihn dort nicht recht geheuer wäre und er leicht verhaftet werden könnte, weshalb er dann am 19. August schon wieder nach Brünn zurückgekehrt sei."

Die Delegiertenkonferenz machte offenbar der Polizei sehr schwere Sorge, denn sie setzte ihre Nachforschungen auch in den nächsten Wochen sowohl nach den einzelnen Teilnehmern als nach den dort gefaßten Beschlüssen fort. Tatsächlich gelang es ihr, noch einige Einzelheiten aus den Verhandlungen in Erfahrung zu bringen. So wird in einem anderen Bericht mitgeteilt:

„Nach Verlesung einer Menge von Schriftstücken aus Graz, Linz, Innsbruck und Prag, die alle mehr oder weniger gegen das eigenmächtige Vorgehen der Parteileitung der Wiener Fraktion Beschwerde erhoben und nach Ablehnung des dieserhalb sogar von der Grazer Parteifraktion beantragten Mißtrauensvotums kamen die Differenzen der Wiener Parteifraktion mit der Metallarbeitergewerkschaft und dieser letzteren mit der Metallarbeiterunion zur Verhandlung und nach eingehender Ventilierung dieser Frage wurde beschlossen, daß eine Vereinigung der getrennten Teile dieser Fraktion sogleich anzubahnen und zu diesem Behufe im Hinblick auf das eigenmächtige ins Leben gerufene Organ der Metallarbeiter beschlossen, daß ein jedes Fachblatt, das sozialdemokratische Tendenzen verfolgt, als Parteiorgan anzusehen und demgemäß zu unterstützen sei.

Hierauf wurde über Paulers Antrag, nicht ohne lebhafte Opposition von seiten der Wiener Delegation, beschlossen, die Parteileitung, die sich ganz gut bewährt habe, in Reichenberg zu belassen und derselben alle Geldsammlungen, die mit dem Parteiinteresse im Zusammenhang stehen, zuzuweisen.

Dagegen setzten die Wiener Delegierten die Verlegung des Sitzes des Kontrollkomitees von Graz nach Brünn durch. Der »Gewerkschafter« wurde aufgelassen und der »Sozialist« als Parteiorgan erklärt, das vom 1. Oktober an wöchentlich zweimal erscheinen, pro Nummer fünf Kreuzer kosten, von Bardorf gegen einen wöchentlichen Gehalt von 15 Gulden administriert und von Wagner und Kaller-Reinthal gegen eine Entlohnung von wöchentlich 16 beziehungsweise 14 Gulden redigiert werden soll.

Um der Wiener Fraktionsleitung bei ihren eventuellen Zusammenkünften den Schein einer Legalität zu geben, wurde beschlossen, daß sämtliche neun Mitglieder derselben, nach dem Vorbild der Reichenberger »Sozialpolitischen Rundschau«, als Herausgeber des »Sozialist« der Behörde anzuzeigen, jedoch auf dem Blatt selbst nur zwei derselben namhaft zu machen seien.

Ferner wurde die Zustimmung erteilt, die selbständige Parteileitung der tschechischen Partei anzuerkennen und unter Betonung der Interessensolidarität die Unterordnung unter die Zentralleitung ausgesprochen.

Die Ausarbeitung der die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes behandelnden Petition, gegen welche die Wiener Delegierten stark Front machten, wurde der Reichenberger Zentralleitung im Einvernehmen mit der tschechischen Fraktionsleitung überlassen, gleichzeitig beschlossen, daß in allen Kreisen, insbesondere in der ländlichen Bevölkerung, für dieselbe lebhaft zu agitieren, und sie den berechtigten Vertretungskörpern nicht früher vorzulegen sei, bevor die Unterschriften nicht nach Hunderttausenden zählen."

Während die tschechischen Sozialdemokraten eine große Agitation für das allgemeine, direkte Wahlrecht einleiteten und eine Petition an das Abgeordnetenhaus vorbereiteten, wurde seitens der deutschen Partei diese Aktion nur wenig unterstützt. Der Standpunkt, der die deutschen Genossen hiebei leitete, wurde von ihrem Wiener Organ, dem „Sozialisten" (Nr. 45 vom 20. Oktober 1878), in welchem übrigens die Petition der tschechischen Sozialdemokraten vollinhaltlich wiedergegeben war, folgendermaßen begründet:

„Wie oft und wie nachdrücklich ist in unseren Versammlungen, ist in unserer Presse das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht als unsere vornehmste politische Forderung hingestellt worden, wieviel Petitionen und Resolutionen sind dieserhalb bereits an die beiden Häuser des Reichstages wie auch an die Regierung gesandt worden — der Erfolg ist bekannt. Nicht nur daß die Stimmen unserer Redner, daß das laut genug geäußerte Verlangen der Arbeiter in den Versammlungen ungehört verhallte, daß unsere Petitionen in die verschiedenen Papierkörbe wanderten, fängt man jetzt sogar an, jenen Arbeitern, welche sich durch den augenblicklichen Mißerfolg nicht einschüchtern lassen, welche eingedenk des Wahrwortes: „Den Ausdauernden krönt schließlich der Sieg" nicht ermüden wollen in ihrem immerwährenden Verlangen nach diesem ersten Grundrechte des Volkes — fängt man jetzt an, diesen Arbeitern auch das

Aussprechen dieser Forderungen zu verwehren, indem man Versammlungen mit dieser Tagesordnung als »staatsgefährlich« verbietet. Im nördlichen Böhmen ist schon seit Jahr und Tag jede Versammlung verboten worden und auch in Wien waltete in der letzten Zeit der unbezahlbare § 6 über jeder Versammlung, auf deren Tagesordnung wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht gesetzt hatten.

Um nun trotzdem dem Willen des arbeitenden Volkes Ausdruck zu geben, um zu zeigen, daß die Arbeiter, wenn sie auch ihre Forderungen nicht mehr in Versammlungen zum Ausdruck bringen können, deswegen doch keineswegs gewillt sind, eben diese Forderungen aufzugeben, haben die Herausgeber des »Arbeiterfreund« in Reichenberg beschlossen, eine Petition an den Reichsrat zu richten, um die Herren Volksvertreter wieder einmal daran zu erinnern, was das Volk, dem sie im abgelaufenen Jahre die Personaleinkommensteuer und den erhöhten Kaffee- und Petroleumzoll geschenkt, nun auch als Gegenleistung dafür zu erhalten wünscht."

Der „Arbeiterfreund" brachte diesbezüglich den folgenden Aufruf:

„Männer des Volkes!

Da es schon seit langem nicht mehr möglich war, uns zu versammeln und das, was not tut, öffentlich kundzugeben, sind wir, die Herausgeber des »Arbeiterfreund«, dahin einig geworden, zur Erlangung des gleichen und direkten Wahlrechtes nachstehende Petition an den hohen Reichsrat zu richten und für dieselbe Unterschriften zu sammeln.

Wer nun mit dem, was in diesem Schriftstück niedergelegt ist, einverstanden ist, dessen Pflicht wäre es auch, die Petition zu unterzeichnen; denn je mehr Unterschriften, desto besser ist es.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieses Unternehmen nicht nur alle Arbeiter und Kleingewerbetreibenden, sondern auch alle wahren Volksfreunde billigen und durch Unterschrift zum Gelingen desselben ihr Teil beitragen werden. Zum Unterschreiben liegt die Petition in der Expedition des »Arbeiterfreund« auf."

Aus dieser Stellungnahme der deutschen Genossen geht hervor, daß ihr Glaube an die Unfehlbarkeit eines Erfolges der Petition zur Erlangung des allgemeinen direkten Wahlrechtes schon so sehr erschüttert war, daß sie es ablehnten, noch einmal die beiden „hohen Häuser" des Reichsrates mit einer derartigen Petition zu bemühen. Sie hatten eben im Laufe der Jahre zu schlechte Erfahrungen gemacht, denn die Volksvertretung legte einer alten Übung gemäß alle derartigen Schriftstücke in die schweigsamen Archive, wo sie geraume Zeit ruhten. Aber noch ein anderes Moment scheint damals schon mitbestimmend für diese Haltung gewesen zu sein: die Negation des politischen und parlamentarischen Kampfes. Es scheint als ob in jenen Tagen sich schon in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft jene Stimmung der Resignation und Verzweiflung geltend machte, die in den folgenden Jahren in der österreichischen Partei die herrschende wurde. Die Massen hatten es satt bekommen, bei den hohen Herren Petitionen und Resolutionen zu überreichen, da sie zur Genüge erfahren hatten, daß die Abgeordneten einer Herrscherklasse sich allen Forderungen und Bitten der Arbeiterschaft verschlossen hatten. Es zeigte sich eben wiederum einmal, daß ein politisches Auftreten nur dann von Wirkung und Erfolg begleitet sein könne, wenn es in seinen Bitten und Forderungen nur unterstützt würde von — einem

Aufgebot der Massen. Und in jenen Tagen schwiegen die Massen, da sie noch nicht über die gewaltigen Organisationen verfügten wie später. Nur darum waren die Arbeiter zu politischen Heloten herabgesunken und nur darum blieben sie unbeachtet, weil das Proletariat selbst noch nicht zum Bewußtsein seiner Macht gekommen war. Es schlief noch den Schlaf der Indifferenz, und die wenigen in seinen Reihen, die es aus seiner Dumpfheit aufwecken wollten, hatten hiezu nicht die Kraft.

Der Kampf um die politischen Rechte, der dann später geführt wurde, hat dargetan, daß er nur mit den Massen unternommen werden könne, wenn der Sieg errungen werden soll.

Es ist bemerkenswert und nur aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen zu erklären, daß damals gerade im tschechischen Proletariat ein gewisser Optimismus herrschte, der die Arbeiter noch etwas von Petitionen erhoffen ließ. Die Ursache dieser Hoffensfreudigkeit lag vor allem darin, daß die tschechischen Genossen erst am Anfang ihrer neuerwachten systematischen Organisationstätigkeit standen, daß sie erst am Anfang ihrer Verbindung mit den deutschen Genossen waren und schließlich, daß der in ihrer Nation aufstrebende politische Radikalismus auch in ihren Reihen eine zahlreiche Anhängerschaft zählte.

Die Regierung, die im Verein mit der Unternehmerschaft es verstanden hatte, die Proletarier deutscher und tschechischer Nation solange voneinander fernzuhalten, erkannte nunmehr, daß der Einigungsprozeß der beiden Arbeiterparteien auf die Dauer kaum mehr aufzuhalten sein würde.

So geht beispielsweise aus einem Bericht vom 1. August 1878 hervor, welche Stimmungen in den beiden Lagern obwalteten. Es heißt darin:

„Während nämlich die deutsche Fraktion sich allenthalben die größte Reserve auferlegt und nach keiner Seite hin in präponderanter Weise auftritt, gewinnt es den Anschein, als ob die tschechische Fraktion die gewohnte Vorsicht gänzlich beiseite setzen, immer größere Kreise an sich ziehen und infolgedessen einen überwiegenden Einfluß in der Partei anstreben wollte."

Noch deutlicher wird in einem amtlichen Bericht vom Oktober 1878 der Unterschied geschildert:

„Während die tschechische sozialdemokratische Fraktion seit der Reichenberger Konferenz mit eiserner Konsequenz und, wie es den Anschein hat, nicht ohne allen Erfolg auf das gesteckte Ziel (die Erreichung des allgemeinen Wahlrechtes) loszusteuern sucht, immer größere Kreise in den Bereich ihrer Tätigkeit zu ziehen und immer ausgiebigere Absatzquellen ihrer Parteipresse zu eröffnen weiß und sich von diesem Vorhaben nicht abbringen läßt, bekundet die deutsche Sozialistenfraktion nichts weniger denn jenes einmütige, zielbewußte Auftreten, schwankt von einem Extrem zum anderen und manifestiert allenthalben eine Unruhe und Unsicherheit, die einen durchschlagenden Erfolg nie aufkommen läßt. Am deutlichsten illustriert dies der Zustand des permanenten Gezänkes der einzelnen Stimmführer untereinander, noch mehr aber die gegenseitigen Verdächtigungen und Anfeindungen der einzelnen Fraktionen ..."

Es hatte, da sich deutsche und tschechische Arbeiter zusammenschlossen, den Anschein, es werde nunmehr glücklich eine einheitliche Organisation

der gesamten österreichischen Sozialdemokratie geschaffen werden können. War doch, was Jahre vorher vergeblich angestrebt worden war, die tschechischen Genossen dem nationalistischen Bannkreis zu entrücken, zu einer siegreichen Tat emporgereift. Mit sieggewissem Hohn hatten durch Jahre die politischen Behörden in den tschechischen Gebieten an die Wiener Regierung berichtet, es sei und bleibe wohl für immer ausgeschlossen, daß die tschechische Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit sich mit der deutschen Sozialdemokratie werde vereinigen. Und in den Wiener Regierungskreisen freute man sich höchlich darüber, denn man gab sich der Hoffnung hin, daß es immer so sein würde!

Galt es doch bekanntlich im alten Österreich als Regierungsmaxime und als Regierungstriumph, die Nationen voneinander fernzuhalten, uneinig und in Hader zerrissen, um sie dann um so sicherer beherrschen zu können. Wenn dies mit den bürgerlichen Parteien glückte, warum sollte es nicht auch bei den proletarischen Parteien möglich sein? Der Gang der Ereignisse schien den Machthabern vorerst recht zu geben.

Wir haben gesehen, daß schon in den ersten Jahren der österreichischen Arbeiterbewegung der Nationalismus im Proletariat nur schwer zu überwinden war, und daß es nur der ganzen Kraft des sozialistischen Gedankens gelingen konnte, wenn die Arbeiter aller Österreich bewohnenden Völker sich zum gemeinsamen Kampfe gegen die gemeinsamen Feinde zu einigen vermochten. Gerade die Jahre, da die Sozialdemokratie Österreichs wahrhaft international war, waren die Zeit des Ruhmes und der Erfolge des Sozialismus in Österreich. Nur in Einheit und Einigkeit konnte die Arbeiterklasse des national so vielfältigen Staates die großen Kämpfe ausfechten, die es allmählich zu Macht und Freiheit emportrugen. Und wenn in den letzten Jahren des Bestandes der Monarchie der große Gedanke des Internationalismus im Proletariat leider immer mehr verdunkelt worden ist durch das Emporkommen des Nationalismus — die mannigfachen Gründe für diese Erscheinung mögen vorläufig an dieser Stelle unerörtert bleiben — so bedeutet dies für das Proletariat sicherlich kein Vor- und Aufwärtsschreiten. Wird doch kaum jemand behaupten wollen, daß Nationalismus, die Zusammenfassung zu einem Häuflein, ein höherer Gedanke sei als der Internationalismus, die Zusammenfassung aller.

Zweifellos werden sich diesbezüglich auch die Anschauungen und Tatsachen wieder wandeln, und es bedarf nicht allzu hoher prophetischer Gabe, um voraussagen zu können, daß das Endziel des Sozialismus nur dann sich werde erfüllen können, wenn er allumfassend sein wird. Die erschütternde Tragik der künftigen Ereignisse wirtschaftlicher Natur, die immer gewaltiger werdende Expansionskraft des Kapitalismus und Imperialismus werden den Gedanken des Internationalismus in den Arbeiterklassen auf dem ganzen Erdenrund zu einer Macht emporgedeihen lassen wie nie zuvor. Die Erkenntnis wird kommen, sie wird sich durchringen als natürliches Entwicklungsergebnis; sie wird fortschreiten von Land zu Land; dieser Prozeß wird sich vielleicht in kürzerer Zeit vollziehen, als manche heute anzunehmen scheinen, und er wird sich sowohl in den Ländern der „Sieger" als auch der „Besiegten" vollziehen, denn schließlich werden die Proletarier allerorten notgedrungen zum

Bewußtsein kommen, daß sie ja alle in gleicher Weise wieder Frondienste leisten müssen ihren kapitalistischen Bedrängern und Zwingherren, mögen diese sich wie immer nennen und wo immer wohnen.

Nationen haben sicherlich das volle Recht auf Freiheit und Selbständigkeit wie Individuen und Klassen. Dieses Recht steht auch durchaus nicht in Widerspruch zum Sozialismus; es ist vielmehr eine seiner Grundlagen. Zweifellos ist aber der Sozialismus schlechtweg der höhere geistige Begriff sowie das reine absolute Menschentum der sittliche und auch materiell höhere Begriff ist als der mit dem Zusatz einer Hautfarbe, eines religiösen Bekenntnisses oder einer nationalen Zugehörigkeit verbundene Begriff des Sozialismus. So wie einst das Christentum eine Weltherrschaft stürzte, die sicherlich ebenso festgefügt war als die gewaltige Welt des Kapitalismus, und zwar nur darum, weil es einen allgemeinen Gott verkündete, durch den, wie Paulus den Athenern predigte, von einem Blut alle Menschengeschlechter auf dem Erdboden befreit werden sollen, so kann auch der Sozialismus nur dann sieghaft sein, wenn seine Lehren sich ausbreiten werden von Pol zu Pol!

Der Verfasser hat sich über den Gegenstand an dieser Stelle darum ausgesprochen, weil zur Zeit, im Oktober 1919, kurz nach dem Friedensschluß von Saint-Germain, in den Nachfolgestaaten des früheren Österreich der Nationalismus lichterloh aufflammte und einem nur ganz vereinzelt außerhalb der Republik Deutschösterreich eine Stimme ans Ohr klang, die an ein reines Menschentum und wahres Sozialistentum gemahnte. Und in den neuen „Siegerstaaten" lebten ja so viele, die sich einst um die alte, ehrliche, rote Fahne geschart hatten, um das lichte Banner der Freiheit. Sie, die sich einst national unterdrückt wähnten, empfanden in diesen Tagen keinen Abscheu davor, selbst nationale Unterdrücker zu werden und zu sein. Sie werden dereinst erwachen, vielleicht einmal jählings aufgeschreckt werden aus ihrem Siegestaumel. Ihr Nationalismus, der sich gepaart hatte mit Imperialismus und seinem ganzen kapitalistischen Gefolge, wird sie schon selbst aufpeitschen und ehe sie sich noch dessen versehen werden, werden sie Einkehr und Umkehr halten und wieder heimfinden zur alten Internationale, von der sie abtrünnig geworden. Ihr Nationalismus ist nur eine Episode, wohl eine der schmerzlichsten für das Gesamtproletariat, in dem großen Menschheitsringen, aber doch nur eine Etappe auf dem Wege zur Erfüllung ...

Vor einem Menschenalter hatten sich einst die Proletarier aller Länder fest aneinandergeschlossen zum gemeinsamen Kampfe wider alle Bedränger. Sie hatten erkannt, daß das getrennte Marschieren schließlich immer nur dazu führte, daß sie vereint geschlagen wurden. Hat es nicht den Anschein, als ob auch jetzt noch die nach Nationen getrennten Proletarier von dem gleichen Schicksal ereilt würden? Wenn sie wirklich nicht kommt, die dritte Internationale — es ist damit nicht gerade die von Moskau gemeint — dann ist im großen fünfjährigen Ringen nur einem der große Siegerpreis zugefallen: dem Kapitalismus; und der eigentlich Besiegte ist — der Sozialismus! Und damit hat sich wieder für einen großen Zeitraum hinaus der schon erschüttert gewesene Gott des Mehrwertes seinen Thron befestigt!

Das deutsche Sozialistengesetz und seine Rückwirkung auf Österreich

Bei den Wahlen für den Deutschen Reichstag im Jahre 1877 hatte die Sozialdemokratie einen für jene Zeit großen Erfolg davongetragen. Fast 10 Prozent aller abgegebenen Stimmen waren für die Sozialdemokratie abgegeben worden, wiewohl damals seitens der Regierung und namentlich des allmächtigen Bismarck alles aufgewendet wurde, an gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln, um die guten Staatsbürger davon abzuhalten, ihre Stimmen für den Reichsfeind abzugeben. Trotz aller dieser Maßnahmen wuchs die Partei und alle Vexationen erwiesen sich als wirkungslos. Aber der Hauptstoß gegen die Sozialdemokraten sollte erst geführt werden. Fürst Bismarck hatte es sich bekanntlich schon vor Jahren zu seinem Lebensziel gemacht, sich der „vaterlandslosen Gesellen" um jeden Preis zu entledigen. Er wollte mit einem einzigen wuchtigen Schlag sein Werk vollenden.

Den äußeren Anlaß hiezu boten ihm die Attentate des Klempners Hödel und Dr. Nobilings vom 11. Mai, beziehungsweise 2. Juni 1878.

Ein von Bismarck kurz vorher eingebrachtes Sozialistengesetz war vom Reichstag abgelehnt worden. Der ungefüge Reichstag wurde nun aufgelöst und die neue Reichsvertretung nahm dann am 21. Oktober 1878 das Schreckensgesetz an. Dafür hatten die Konservativen und Nationalliberalen gestimmt. Nun setzte die furchtbarste Verfolgung der Sozialdemokratie und ihrer Anhänger ein. In Berlin allein wurden im November 1878 40 „Agitatoren" ausgewiesen, darunter Johann Most. Ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Gesetzes waren 244 Vereine geschlossen, 307 nichtperiodische und 184 periodische Zeitschriften verboten worden. Die Partei war genötigt, ihre Kongresse im Ausland abzuhalten und ihre publizistischen Organe in der Fremde und Ferne, in der Schweiz und in London erscheinen zu lassen. In allen größeren Städten des Reiches herrschte der Belagerungszustand. Trotz alledem und alledem war das Fortschreiten der Sozialdemokraten ein unaufhaltsames.

Nur ein verschwindend kleiner Teil des deutschen freiheitlichen Bürgertums stimmte nicht in das Halali!-Geschrei ein, das von den Sozialistentötern angestimmt wurde. Daß die Nationalliberalen ihre freiheitlichen Grundsätze verleugneten, war bei der zwiespältigen und heuchlerischen Natur dieser Partei, die allmählich ihre alten Traditionen verraten und sich dem Fürsten Bismarck in die Arme geworfen hatte, nicht zu verwundern; hatte doch einer ihrer Führer, der einstige „Kommunist" Micquel, das Finanzportefeuille aus den Händen des eisernen Kanzlers entgegengenommen! Aber auch der „Freisinn" der anderen Herren vom Kaliber Bamberger und Eugen Richter ließ sich an den Kampfwagen spannen, der wider die Sozialisten aufgefahren wurde. Nur ein ganz kleines Häuflein war es, das dem Fürsten

Bismarck in dem Kampfe die Gefolgschaft verweigerte und das instinktiv erkannte, welch großen Schaden das Schandgesetz nicht der deutschen Sozialdemokratie allein, sondern dem ganzen deutschen Volke zufügte und seine Regierung im Ausland als das erscheinen ließ, was sie in Wahrheit war, als ein Regiment der Gewalt und der Tyrannei!

Wie die Parteien ihre Stellung bezogen, so auch ihre Presse. Nur vereinzelte Zeitungen und Schreiber wagten es, gegen den furchtbaren Terror aufzumucken, der von Bismarck ausging. Es schien in jenen Tagen in Deutschland, als ob allenthalben der deutsche Geist der Freiheit völlig geschwunden sei. Freilich machten Bismarck und seine Leute im Grunde keinen Unterschied, wenn es sich darum handelte, auch bürgerlichdemokratische Zeitungen zu schurigeln, die es wagten, die Maßregeln der Gewaltregierung abfällig zu besprechen, und auch bürgerliche Redakteure vor den Kadi zu schleppen. Von außerordentlichem Mute zeigte damals die Schreibweise der „Frankfurter Zeitung", die als eine der wenigen bürgerlichen Zeitungen die deutsche Schmach enthüllte, deren Trägerin die Regierung war.

So schrieb das genannte Blatt am 7. Juni 1878:

„Seit dem Jahre 1849 ist Deutschland nicht in solcher Gefahr gewesen, eine Beute aller reaktionären Gewalten zu werden, der Unterschied von jetzt und damals liegt nur darin, daß, was damals im Kampfe gegen das Volk versucht und erreicht wurde, heute vom Volk selbst gefordert und gefördert wird. Wer da geglaubt hat, es werde wie nach der Tat vom 11. Mai so auch nach der vom 2. Juni die Besonnenheit wieder Herr über die Leidenschaft, das Urteil Meister über den Grimm und Schmerz werden, der hat sich geirrt. Täglich wird der Chorus jener, die den Staat in Gefahr erklären, durch Zuzug aus dem liberalen Lager verstärkt ..."

Schon beim ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes im Mai hatte die genannte Zeitung geschrieben:

„Ein akutes Attentat gegen einen Fürsten wird zum chronischen Attentat gegen ein entwicklungsbedürftiges Volk."

Als dann der zweite Entwurf des Ausnahmegesetzes Mitte August veröffentlicht wurde, besprach ihn das Blatt mit Worten der Entrüstung. Ähnliches ist den Deutschen, seit sie sich vom Absolutismus befreit haben, nicht geboten worden. Ein vollkommeneres Ausnahmegesetz hat noch niemand geschaffen. Der Entwurf bedroht das öffentliche Leben, die Freiheit der politischen und geistigen Bewegung mit dem Untergang!

Die praktische Undurchführbarkeit des Gesetzes den Sozialdemokraten gegenüber und seine Schädlichkeit für das Bürgertum suchte ein am 4. September erschienener Artikel darzutun: Gerade durch ihre lokale Massigkeit, führte er aus, ist die Arbeiterschaft unüberwindlich, sie kann auch ohne Presse und Versammlungen lauffeuerartig miteinander verkehren. Weder Vereinsverbote, noch Unterdrückungen von Druckschriften, noch die Ausweisung von Männern, die aus der Propaganda ein Geschäft machen, wird helfen. Der Macht und der Autorität der Behörden wird die Undurchführbarkeit des Gesetzes unheilbare Wunden schlagen! Wenn die Arbeiter es wollen, so können sie sogar bewirken, daß Gerichtssäle und Gefängnisse nicht ausreichen. Das Gesetz wird durch Nichthandhabung oder laxe Handhabung einschlafen, nachdem es dem Proletariat

einen furchtbaren Vergeltungsvorwand geliefert hat. Wie die Maigesetze den Ultramontanismus verjüngten und die Unfehlbarkeit des Papstes befestigten, so wird das Sozialistengesetz die Sozialdemokratie verjüngen und die Unfehlbarkeit von Karl Marx befestigen!

Der Verfasser dieses scharfsinnigen prophetischen Artikels ist wahrscheinlich Schäffle*) gewesen; es wurden damals mitunter, um dem Zeugniszwang der Redakteure möglichst auszuweichen, Artikel von auswärtigen Mitarbeitern nicht an die Redaktion gerichtet, sondern an eine dritte Person, die sie dann, ohne den Namen des Einsenders zu nennen, einem Redakteur übergab. „Der bedeutendste und verhängnisvollste Vorgang auf dem Gebiete der deutschen Politik und Sozialpolitik — das offenkundige Gegenteil gerade einer sozialpolitischen Reform — war das Sozialistengesetz des Jahres 1878."

In einer Artikelserie „Die Parteien und der Sozialismus", die im Monat Juni erschien, beklagte die „Frankfurter Zeitung" das „Bild wahnsinniger Verelendung und zielloser Wut", das die Nation bot. Sie versetzte sich in den Geist des zukünftigen Geschichtschreibers der Wochen, die damals Gegenwart waren. Er werde urteilen:

„Dieses Volk hatte seine Vergangenheit verleugnet und seine Zeit nicht begriffen, es hatte die freiheitlichen Errungenschaften seiner politischen Kämpfe, die Forderungen der Humanität vergessen und sie blinder Leidenschaft geopfert — und dies alles vorwiegend aus dem Grunde, weil seine geistigen Führer und Tonangeber, die Leiter der Parteien, die Verbrechen einzelner für ihre Zwecke ausgebeutet haben."

Aber das war nur die Stimme eines einzelnen bürgerlichen Organs, das allerdings im Ausland große Geltung besaß. Darum erfuhr auch dieses Blatt vielfache Anfeindungen von den „Sozialistentötern" und Maßregelungen seitens der Regierung. Aber im großen und ganzen blieb die „öffentliche Meinung" in deutschen Landen im Geleise der Bismarck und Puttkamer. Das deutsche Proletariat hatte nur Feinde und war auf seine eigene Kraft und auf die Macht des sozialistischen Gedankens angewiesen.

In Österreich blickte man in Regierungskreisen unverwandt nach Deutschland, wo man von dem großen Sozialistentöter Bismarck erhoffte, er werde dem ganzen „roten Spuk" ein Ende bereiten. Namentlich die Staatspolizei und die „leitenden Staatsmänner", die sonst den Hohenzollern und ihrem Paladin nicht sehr gewogen waren, erwarteten nunmehr gerade von ihnen das Heil und die Rettung vor der sozialistischen Gefahr. „Man" setzte sich nunmehr in das lebhafteste Einvernehmen mit Berlin, um gemeinsam den gemeinsamen Feind zu bekämpfen. Man scheute sich auch durchaus nicht, der preußischen Polizei geradezu Schergendienste zu leisten, wie auch die deutschen Polizeibehörden, wie wiederholt gezeigt wurde, den österreichischen jedwedes Entgegenkommen bekundeten, wenn es sich um die Bekämpfung der Sozialdemokratie handelte.

Auch in diesen Tagen tauchte wieder der Gedanke auf, international gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen, wie dies Anfang der siebziger Jahre Bismarck mit allerdings geringem Erfolg beabsichtigte.

*) Der ehemalige Handelsminister im Kabinett Hohenwart.

So erklärt die Wiener Polizeidirektion in einem Bericht vom 8. Mai 1878, in dem von intimen Beziehungen der russischen nihilistischen zur sozialdemokratischen Partei die Rede ist:

„Die Polizeidirektion spricht die Ansicht aus, daß vereinzeltes polizeiliches Vorgehen oder eine spezielle lokale strafgerichtliche Untersuchung auf die Sache von keinem entscheidenden Einfluß sei, und daß diesem strafbaren internationalen Treiben auch durch internationale behördliche Vorkehrungen begegnet werden sollte."

In einem dazu gehörigen „Votum" des Ministeriums des Innern wird hiezu bemerkt:

„Im Jahre 1871 wurde Herr Hofrat Weiß*) nach Sachsen und Braunschweig entsendet, um durch Einsichtnahme der Untersuchungsakten Bebel, Liebknecht, Heppner, dann Brake und Genossen über die Zielpunkte der sozialdemokratischen Agitation und ihrer Beziehungen zu den in Österreich-Ungarn vorgekommenen gleichartigen Bestrebungen nähere Informationen einzuholen.

Im Jahre 1872 wurde über die Internationale und Arbeiterfrage überhaupt eine Konferenz in Berlin abgehalten, wobei als Vertreter des k. k. Ministeriums des Innern Ministerialrat v. Schmidt-Zabierow intervenierte.

Seither ist die Arbeiterfrage in Österreich gewiß nicht akuter geworden, vielmehr läßt sich nicht in Abrede stellen, daß infolge unausgesetzter polizeilicher Invigilierung und konsequenter Anwendung der gesetzlich normierten Repressivmaßnahmen in letzteren Jahren ein merklicher Stillstand in der sozialdemokratischen Agitation eingetreten ist.

Es liegt dermalen für uns kein dringender Anlaß vor, behufs Vereinbarung internationaler behördlicher Vorkehrungen sofort die Initiative zu ergreifen und es dürfte sich empfehlen, vorläufig die Aktivierung der in Deutschland gegen Ausschreitungen der Sozialdemokraten geplanten Repressivmaßnahmen abzuwarten, welche, wenn sie zur Durchführung gelangen, auch für uns von wohltätiger Rückwirkung sein werden."

Diese sehr reserviert ausgedrückte Haltung der österreichischen Regierung zeigt klar die Richtung an, welche sie gegen die Sozialdemokratie einschlagen wollte. „Man" wollte erst drüben die Wirkung der Bismarckschen Gesetze erproben lassen, um sie dann auch hier gegen die Sozialdemokraten in Anwendung zu bringen.

Mit unverkennbarer Deutlichkeit zeigt sich aber schon das Verhalten der österreichischen Behörden, als das deutsche Sozialistengesetz in immer greifbarere Nähe kam. So wird in einer Weisung der Wiener Polizeidirektion vom 18. Mai 1878 an die ihr unterstehenden Organe gesagt:

„Zeitungsnachrichten zufolge stehen in Deutschland, namentlich in Berlin, strengere Maßnahmen gegen das Treiben der Sozialdemokraten bevor. Es muß hiernach die Eventualität ins Auge gefaßt werden, daß bedenkliche Elemente dieser staatsgefährlichen Partei, wenn sie für ihr Gebaren an ihrem bisherigen Aufenthaltsorte in Deutschland weiter keinen geeigneten Boden zu finden glauben, oder wenn sie daselbst behördlich nicht länger geduldet werden, sich hieher begeben, um ihre Agitation hier fortzusetzen.

*) Siehe Band II: „Der Kampf gegen die Internationale."

Es muß daher dem Zuzuge solcher Leute, welche mit geringen Ausnahmen der Kategorie der gewerblichen Hilfsarbeiter anzugehören pflegen, in nächster Zeit ein ganz besonderes Augenmerk zugewendet werden, und ich muß daher Euer Hochwohlgeboren dringendst und angelegentlichst empfehlen, solche Vorkehrungen zu treffen, daß bei Handhabung des Meldewesens, bei Interventionen in Vereins- und Volksversammlungen, bei Beaufsichtigung des Verkehrs der hiesigen Arbeiterführer und so weiter dieser Angelegenheit die vollste Aufmerksamkeit gewidmet, jede einschlägige, beachtenswerte Wahrnehmung sogleich zur hierortigen Kenntnis gebracht, nach Umständen diesfalls vom Kommissariate selbst sogleich entsprechende Verfügung getroffen werde."

Sehr bemerkenswert ist auch ein Bericht der Wiener Polizeidirektion vom 24. Mai 1878 über die Stimmung in den Arbeiterkreisen oder besser gesagt, in den Kreisen der Sozialdemokratie nach dem Attentat Hödels auf Kaiser Wilhelm. Aus ihm geht hervor, daß nunmehr auch in Österreich die christlichsoziale Heilslehre, wie sie im Deutschen Reich in jener Zeit in Mode kam, in die Reihen des Proletariats eingeschmuggelt werden sollte. Dieser Bericht besagt:

„Auch in hiesigen sozialistischen Kreisen wird das Attentat Hödels auf Seine Majestät den deutschen Kaiser lebhaft besprochen und es scheint, als ob die Ansicht, daß Hödels Ausschließung aus der deutschen Sozialistenpartei lediglich ein Scheinmanöver war, um die Partei nicht zu kompromittieren, allenthalben die Oberhand behalten wollte.

Dabei fehlt es nicht an Stimmen, die aus Besorgnis, die in Deutschland gegen die Sozialistenpartei geplanten energischen Maßnahmen dürften auch für die hiesige Partei nicht ohne alle Rückwirkung bleiben, zur größten Vorsicht mahnen und daher den maßgebenden Persönlichkeiten nahelegen, wie dringend geboten es sei, alles zu vermeiden, was ein Einschreiten der Behörde provozieren könnte, zumal der Partei auch noch von anderer Seite her Gefahr droht.

Die Feinfühligen der hiesigen Sozialistenpartei wollen nämlich — was übrigens nicht ohne alle Berechtigung ist — die Wahrnehmung gemacht haben, daß in klerikalen Kreisen, insbesondere in jenen, die den katholischen Gesellenvereinen nahestehen, sich ein bedeutender Umschwung vorbereite, der in nichts Geringerem als in der Bildung einer christlichsozialen Partei nach dem Muster der vom preußischen Hofprediger Stöcker ins Leben gerufenen besteht.

Diese soll sich über Österreich-Ungarn verbreiten, in allen größeren Orten, wo sich nur immer die geeigneten Elemente vorfinden, gebildet und durch deutsche Wanderapostel in Gestalt von christlichsozialen Arbeitern die praktische Schulung erhalten, wobei Wien und Graz eine hervorragende Rolle zugedacht ist.

Solange aber diese allerdings noch im Embryo liegende Partei sich in Arbeiterversammlungen abmüht, um Proselyten zu machen, dürfte ihr bei der Gewandtheit, Schlagfertigkeit und dem Terrorismus der sozialistischen Stimmführer sowie bei der strammen Disziplin ihrer Anhänger kein sonderlicher Erfolg erblühen.

Anders dürfte sich jedoch die Sache gestalten, wenn das publizistische Feld betreten und durch das Inslebenrufen christlichsozialer Arbeiterblätter der sozialistischen Arbeiterpresse Konkurrenz gemacht würde.

Da müßte die letztere bei der permanenten Geldmisere, der unzulänglichen und schlecht dotierten Anzahl ihrer Mitarbeiter offenbar den kürzeren ziehen und könnte, wenn auch nicht ganz, so doch teilweise verdrängt werden.

Dies scheint auch der Zentralleitung der österreichischen Sozialistenpartei vorzuschweben, und so ist denn erst kürzlich wieder ein Mahnschreiben aus Reichenberg eingelangt, in dem unter Hinweisung auf den Umstand, daß von den 2800 Abonnenten der »Sozialpolitischen Rundschau« auf Wien nur eine Anzahl von 430 und dazu noch von diesen mehr als die Hälfte auf die Metallarbeiter entfalle, die hiesigen Stimmführer wegen ihrer laxen Agitation tüchtig abgekanzelt werden.

In demselben Schreiben soll übrigens auch dem Bedauern über die Geldgebarung und die unregelmäßige Einsendung der Bezüge an Reinthal Ausdruck gegeben und hervorgehoben werden, daß die Zentralleitung unter solchen Umständen nicht gewillt ist, die für den »Sozialist« eingegangenen nicht unbedeutenden Summen flüssig zu machen, außer es würden ihr ausreichende Garantien geboten, daß die Gelder nur zu dem Zweck verwendet werden, für welche sie gesammelt worden sind."

Über die in Österreich mit ihrer Agitation einsetzende neue christlichsoziale Partei berichtet noch ein anderes Aktenstück einige charakteristische Mitteilungen:

Der „Sozialist" hatte im Mai 1878 angeblich infolge eines Vertrauensmißbrauches eines Schriftsetzers das Programm dieser Partei veröffentlicht, das von Dr. Meyer und Professor Böhme in Reichenberg verfaßt worden war. Der Ruhm der Stöcker hatte die genannten österreichischen Herren nicht schlafen lassen und sie beabsichtigten, mit ihren Grundsätzen vor die Öffentlichkeit zu treten, die die Arbeiterschaft — erlösen sollten. Die Erfolge waren allerdings recht minimale und keineswegs verheißungsvoll für die Zukunft, wiewohl die Gedanken, die in dem Programm niedergelegt waren, turmhoch über jenen standen, welche die Nachkommen der christlichsozialen Arbeiterführer ihren gläubigen Schäflein in der späteren Zeit verkündeten.

Recht trübe lagen übrigens damals die Verhältnisse in der deutschen Arbeiterschaft Österreichs, wie dies aus einem anderen Bericht der niederösterreichischen Statthalterei vom 9. Juli 1878 hervorgeht. Es heißt darin:

„Die Stimmung unter der Arbeiterbevölkerung wird zurzeit als eine gedrückte und dermalen zu keinen Besorgnissen Anlaß gebende bezeichnet."

Dieser Relation ist noch eine Zusammenfassung über die Stimmung unter der Arbeiterschaft nach dem Attentat Hödels auf Kaiser Wilhelm beigefügt, die in ihren bezeichnenden Stellen besagt:

„Die Stimmung der Wiener Sozialisten war zu der fraglichen Zeit sehr gedrückt. Nach dem Bericht des Bürgermeisters in Wiener-Neustadt ist die Stimmung der dortigen, durch Entlassungen reduzierten Arbeiter wohl eine sehr gedrückte, indem dieselben infolge der herabgesetzten Löhne und der verminderten Arbeitszeit in eine bedauernswerte Lage gekommen sind; nichtsdestoweniger geben sie aber in ihrer Haltung oder in ihren Äußerungen zu einer Besorgnis keinen Anlaß. Übrigens befinden sich in Wiener-Neustadt jetzt, nachdem die

Führer der sozialdemokratischen Partei seit dem Erscheinen ihres Organs in Wien hieher übergesiedelt sind, auch keine Elemente mehr, welche die ohnedies durch die gemachten Erfahrungen mißtrauisch gemachten Arbeiter aufreizen könnten, und ist auch bis jetzt keine Wahrnehmung gemacht worden, um weitere Maßregeln anordnen zu müssen."

Das Vorgehen der deutschen Behörden im Deutschen Reich gegen die Sozialdemokratie hatte alle Wachsamkeit der österreichischen Ämter und namentlich der Länderchefs infolge einer Weisung des Ministeriums des Innern erregt. Jeder der hohen Herren Statthalter wußte die verschiedenartigsten Wahrnehmungen zu machen und alle Gerüchte wurden „oben" (im Ministerium des Innern) gerne geglaubt. So konnte beispielsweise der Herr aus dem Vilajet Graz mitteilen — dieser Herr sandte besonders phantasievolle Nachrichten über die Arbeiterbewegung nach Wien — daß nach „Gesprächen" in Grazer sozialistischen Kreisen man in Berlin für den Fall der Annahme und Durchführung des Sozialistengesetzes Attentate gegen hohe Personen plane, und daß alsdann in Arbeiterwohnungen des Nachts geheime Parteisitzungen abgehalten werden sollen.

Daß auch die Wiener Polizeidirektion ihre eigenen Beobachtungen anstellte, ist bei der besonderen Regsamkeit dieses Amtes, das in Dingen der Sozialistenhatz, gerne den anderen Behörden stets um mindestens eine Nasenlänge voraus sein wollte, selbstverständlich. Eine Schar von Konfidenten unterstützte die heilige Hermandad und sie war im Erfinden und Aufbauschen nicht müßig. Ihre Fühler erstreckten sich auch weit hinaus ins Deutsche Reich, wo sich damals ebenfalls recht viele solcher Gentlemen fanden, „Fünfgroschenjungen" nannte sie der Berliner Volksmund, die fleißig zu „berichten" wußten.

So meldete ein Tagesbericht der Wiener Polizeidirektion vom 5. Oktober 1878:

„Seitdem das bekannte Sozialistengesetz alle Aussicht hat, im Deutschen Reichstag allerdings in einem teilweise geänderten Zustand durchzudringen, setzen die Führer der deutschen Sozialistenpartei alle Hebel in Bewegung, um derselben zu retten, was eben zu retten ist.

Da es ihr vor allem um den Fortbestand der sozialistischen Kundgebungen im Wege der Presse zu tun ist, so werden aus diesem Anlaß nach allen Richtungen Sendboten ausgeschickt, und nächst der Schweiz scheint nunmehr deren Augenmerk zumeist auf Österreich gerichtet zu werden. So hat in dieser Hinsicht erst kürzlich, allerdings nur für einige Stunden, Liebknechts Schwiegersohn, Geyser, Wien besucht, und ungeachtet der Kürze seines Aufenthaltes Gelegenheit gefunden, mit Kautsky, Körbler, Josef Scheu, Wagner, Josef Schwarzinger und Bardorf vertrauliche Besprechungen abzuhalten.

Soviel bis jetzt in den eingeweihtesten Kreisen verlautet, sollen dieselben außer etwaigen Terrainsondierungen hauptsächlich auf die eventuelle Verlegung der sozialistischen Monatsschrift »Neue Welt« nach Wien abgezielt haben, wobei der Buchhändler Leo ins Auge gefaßt wurde, der bekanntlich der hiesigen Sozialistenpartei die Kaution für das Parteiblatt »Der Sozialist« zur Disposition gestellt hat.

Auch die vor einigen Tagen stattgehabte wiederholte Reise des Mitgliedes der Reichenberger Zentralleitung, Schwarz, nach Dresden und Leipzig scheint hiemit im Zusammenhang zu stehen, wenngleich dieser

Reise eine eventuelle Besprechung mit dem bekannten inzwischen nach Amsterdam abgegangenen Louis Werner, selbst den Parteigenossen gegenüber, bis jetzt zum Aushängeschild dienen mußte.

Jedenfalls bedingen diese Erscheinungen die größte Vorsicht, aber auch die größte Aufmerksamkeit und das kooperative Vorgehen sämtlicher hiebei am meisten beteiligten Faktoren des Staates."

Kurze Zeit darauf, am 22. Oktober 1878, übermittelte das Ministerium des Äußern dem Ministerium des Innern über „allerhöchste Weisung" einen von der k. u. k. Gesandtschaft in Dresden erstatteten Bericht, „worin bei Besprechung der möglichen Konsequenzen des an der Schwelle der Ausführung stehenden deutschen Sozialistengesetzes auch auf die Eventualität eines Zuzuges von aus Deutschland ausgewiesenen Sozialisten nach Österreich aufmerksam gemacht wird".

Bei dieser Note findet sich folgende „Amtsbemerkung" und nachstehender Erlaß an die Landeschefs:

„Bereits unterm 22. Juni l. J. wurde die strengste Invigilierung auf die etwa nach Österreich sich begebenden deutschen Sozialisten angeordnet; gleichwohl dürfte im Hinblick auf die Gefährlichkeit eines namhafteren Zuzuges derartiger subversiver Elemente angezeigt erscheinen, hierauf die Unterbehörden aufmerksam zu machen.

In dem Erlaß an die Landeschefs heißt es:

„In einem vom k. u. k. Ministerium des Äußern anher mitgeteilten Bericht der k. u. k. Gesandtschaft in Dresden vom 12. Oktober l. J. wird über das taktische Verhalten der deutschen sozialdemokratischen Partei gegenüber der sie nun bedrohenden Gefahr nachstehendes bemerkt:

Während die Führer im Reichstage und die leitenden Parteiorgane sich in ihren offiziellen Äußerungen den Anschein geben, über die ihnen erblühende Glorie des Märtyrertums entzückt zu sein und sich die erstaunlichste Ausbreitung und Verstärkung ihrer Organisation davon versprechen, werden doch in praktischer Hinsicht ihrerseits alle erdenklichen Vorsichten und Auskunftsmittel angewendet, um den vernichtenden Schlägen des neuen Gesetzapparates zu entgehen.

Von Vereinen und Blättern wird die offene sozialistische Firma abgestreift. Der Leipziger »Vorwärts« erscheint ohne das bisherige Prädikat des sozialdemokratischen Parteiorgans. Die Vereinsmitglieder, Genossenschaftskassen und wie immer benannten Agitationsfonds werden teils an Mitglieder verteilt, teils in die Schweiz geflüchtet. Auch von Auswanderungsplänen ist viel die Rede, und mögen die benachbarten Länder sich füglich gegen die Eventualität vorsehen, mit der Masseneinwanderung der vom Deutschen Reich ausgestoßenen hochroten Gesellschaft beglückt zu werden. Von den sächsischen Sozialdemokraten werden als solche eventuelle Zufluchtsstätten insbesondere unsere angrenzenden deutschböhmischen Bezirke ins Auge gefaßt."

Schon der ganze Ton, auf den die Amtsbemerkung und der Erlaß an die Landeschefs gestimmt war, zeigt, welcher Geist infolge der „allerhöchsten Weisung" hier in bezug auf die Sozialdemokratie herrschte und wie man gegen die „rote Gefahr" vorzugehen entschlossen gewesen ist. Es war ein förmliches Gefühl der Lüsternheit, das die österreichischen Behörden in dem Augenblick befiel, da das Deutsche Reich daranging,

die Sozialdemokratie mit Ruten zu peitschen und mit Skorpionen zu züchtigen. Jenes Widerstreben, das anfangs gegenüber den Bismarckschen Plänen von einer internationalen Bekämpfung des Sozialismus bei den Staatsgewaltigen in Österreich-Ungarn herrschte, hatte allmählich einem Aktivismus Platz gemacht, einer fast krankhaften Energie, die man hierzulande übrigens immer nur den Schwachen und Ohnmächtigen gegenüber zur Anwendung brachte. Glaubte man doch auf dem Gebiete der Sozialistenbekämpfung und Sozialistentötung billige Lorbeeren zu erringen. Aber selbst gegenüber der einigermaßen verschüchterten und zerfahrenen sozialistischen Bewegung, wie sie in Österreich damals bestand, vermochte das Gewaltregime keine sonderlichen Erfolge zu erzielen. Alles blieb nutzlos und vergeblich, was wider den „roten Feind" ins Treffen geführt wurde. In Österreich schien damals schon selbst das Instrument nicht mehr jene Schärfe zu besitzen, das durch viele Jahrhunderte seine Kraft zum Schrecken aller freiheitlich Empfindenden erprobt hatte: die brutale Polizeigewalt. Damit soll keineswegs gesagt werden, daß man es an — Schäbigkeit und Verfolgungssucht etwa fehlen ließ, nein, die Dummheit und Ungeschicklichkeit, mit der die Gesellschafts- und Staatsretterei von den Behörden betrieben wurde, war geradezu beispiellos. Man übertrieb alles und glaubte auf diese Weise, das Rettungswerk zu vollbringen; doch das Gegenteil trat als natürliche Reaktion ein. Man schuf Märtyrer und die unschuldig Verfolgten trugen die Gedanken in alle Regionen des Reiches ...

Notizen aus den Jahren 1877 und 1878

Der Geist, der wider die Sozialdemokraten in den Jahren 1877 und 1878 waltete, wurde in den vorhergehenden Abschnitten eingehend gewürdigt. Das Bild wäre aber nicht vollständig, wenn es nicht auch durch einige charakteristische Einzelheiten veranschaulicht würde. Die echte altösterreichische Verwaltung tritt namentlich in der Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes besonders kraß in Erscheinung. Diejenigen Behörden, die darüber wachen sollten, waren im Laufe der Zeit geradezu zu Verhinderern von Vereinsbildungen und Versammlungen geworden. Sie empfanden Vereinsbildungen und Abhaltung von Versammlungen als arge Belästigung und sannen darauf, derartige, ihre Beschaulichkeit und Ruhe störenden Ereignisse von sich, wo und wie immer es nur anging, fernzuhalten. Natürlich schoben sie zu diesem Zweck die Bestimmungen der erwähnten Kautschukgesetze vom Jahre 1867 vor, und ihrem „Scharfsinn" und ihrer Auslegekunst waren von den Oberen gar keine Schranken gesetzt. Was die unterste Instanz in derlei Dingen zu verfügen gut befand, wurde selbstverständlich auch „oben" gebilligt und fast niemals im Laufe der Jahre hat eine höhere Behörde und auch nicht das Reichsgericht anders entschieden, als was verfügt worden und der herrschenden Gewalt genehm war.

Im folgenden seien einige „Notizen" aus einschlägigen Aktenstücken wiedergegeben, die diese Anschauung vollauf bestätigen und die dartun, daß dies so gekennzeichnete Regime in allen im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern in voller Blüte stand.

So unterbreitete der Statthalter von Niederösterreich, Freiherr v. Conrad, unter dem 17. April 1877 dem Ministerium des Innern die Polizeirelationen über drei in Wien abgehaltene Arbeiterversammlungen, die der Auflösung verfielen und die die in Übung stehenden polizeilichen Gepflogenheiten unverkennbar zeigen:

„In der am 25. März d. J. stattgehabten freien Versammlung der Manufakturarbeiter bildete das Hauptthema die Besprechung der Notlage der Manufakturarbeiter samt den Mitteln zu deren Abhilfe. Die von Witzmann diesfalls beantragte und nach eingehenden Debatten einstimmig angenommene Resolution stellte die Forderung, daß die Frauen- und Kinderarbeit beschränkt, der Normalarbeitstag eingeführt, die Gefangenhausarbeit reguliert, ein Haftschutzgesetz für Arbeiter und Schutzgesetze für die inländische Industrie erlassen und Notstandsbauten möglichst rasch in Angriff genommen werden sollen.

Eine hierauf gestellte Interpellation, warum der (das Neustädter Programm enthaltende) erste Teil der Resolution nicht zur Verlesung gebracht worden sei, wurde vom Vorsitzenden dahin beantwortet, daß der Regierungsvertreter die Resolution nur unter dem Vorbehalte zugelassen habe, daß die betreffenden Stellen gestrichen würden.

Bei der am 26. März d. J. stattgefundenen Volksversammlung stand die Personaleinkommensteuer und das allgemeine Wahlrecht auf der Tagesordnung. Die Hauptredner waren Emil Reinthal, Josef Marschall und Baudisch; sie mußten sämtlich teils wegen

aufreizender Auslassungen (Reinthal sprach von »Brandschatzung des Volkes« und legte die tatsächliche Ausübung des uns allerdings nicht eingeräumten Steuerverweigerungsrechtes nahe, Baudisch erinnerte diesfalls an das Beispiel Amerikas und Ungarns), teils wegen Abweichung von der Tagesordnung über Auftrag des l. f. Kommissärs vom Vorsitzenden unterbrochen werden.

Zuletzt erfolgte die einstimmige Annahme der von Reinthal beantragten Resolution, wodurch der Regierungsvorlage in betreff der Steuerreform nur eine fiskalische Bedeutung zukommt, in den vom Ausschuß beschlossenen Änderungen das Bestreben der Entlastung des Kapitals und der Überwälzung der Steuerlast auf die ärmeren Klassen erblickt und die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes verlangt wird.

Die auf den 1. April l. J. anberaumte Versammlung des Gewerkvereines der Eisen-, Metall- und deren Hilfsarbeiter in Simmering hatte als ersten Punkt der Tagesordnung Zweck und Nutzen der Vereine aufgestellt. Hiebei wurde von den Rednern hauptsächlich die stramme, kräftige Organisation betont.

Als jedoch der Arbeiter Joh. Beck sich mit der Äußerung: »Wir werden geeinigt verlangen, was uns gebührt und den Kampf für das allgemeine Menschenrecht fortsetzen«, auf ein dem Verein nicht zuständiges Gebiet sich begab und trotz der vom l. f. Kommissär erhobenen Einsprache wieder darauf zurückkam, löste dieser die Versammlung auf.

Der Vereinsvorstand wurde aus diesem Anlaß für den Fall neuerlicher Überschreitungen des statutenmäßigen Wirkungskreises auf die gesetzlichen Folgen aufmerksam gemacht."

Das Verfahren gegen die Arbeitervereine war in bezug auf alle ein völlig gleichartiges. Gleichmäßig gingen die Behörden sowohl gegen die Arbeiterbildungsvereine wie gegen die Gewerkschaftsorganisationen vor. Es war eben der gleiche Geist der Vergewaltigung, den man walten ließ. So wie man nach dem berüchtigten Erlaß vom Juli 1870 den Landeschefs es zur Aufgabe gemacht hatte, allen Arbeitervereinen den Garaus zu machen, so trug man durchaus keine Scheu, auch gegen Fachvereine vorzugehen, die im Verdacht standen, Politik zu treiben. Und was galt nicht alles als Politik! Schon wenn ein Fachverein danach strebte, seinen Mitgliedern bessere Existenzbedingungen zu schaffen, verfiel er der Auflösung. Ein geradezu klassisches Beispiel hiefür bietet die Auflösung der Wiener Schuhmachergewerkschaft, die über Antrag der Wiener Polizeidirektion und des Wiener Magistrats von der niederösterreichischen Statthalterei mit Erlaß vom 22. Oktober 1877, Zahl 28.449, verfügt wurde.

Der diesbezügliche Erlaß, gegen den von seiten des genannten Vereines, offenbar wegen der voraussichtlichen Erfolglosigkeit, kein Rekurs ergriffen wurde, lautet:

„Die über die Wirksamkeit des Vereines »Schuhmachergewerkschaft« schon seit längerer Zeit gemachten Wahrnehmungen konstatieren eine konsequente gegen den Bestand der Genossenschaft gerichtete Agitation, welche von den Wortführern und Funktionären des Vereines in den veranstalteten öffentlichen Versammlungen der Schuhmachergehilfen durch Ausstreuung von tatsächlich unbegründeten Gerüchten über die Ge-

nossenschaft und durch mehr oder weniger direkte Aufforderung zur Verweigerung der Genossenschaftsauflagen zur Genossenschaftskrankenkasse geübt wird.

Als ein Beweis für die Ausstreuung falscher Gerüchte dient insbesondere die in der am 23. August l. J. stattgefundenen allgemein zugänglichen Schuhmacherversammlung von Gustav Schwab, gegenwärtig Obmann des in Rede stehenden Vereines, ausgesprochene Beschuldigung, daß gegen den Kassier der Genossenschaft trotz einer Unterschlagung von 11.000 Gulden keine strafgerichtliche Anzeige erstattet wurde, während es konstatiert ist, daß die an das Strafgericht gemachte Anzeige nach § 187 St.-G. als zu einem Strafverfahren nicht geeignet verworfen, übrigens der Kassier wegen des erhobenen Defizits von 1461 Gulden 9 Kreuzer entlassen und der Schaden aus der Meisterlade ersetzt wurde.

Außer der in öffentlichen Versammlungen geübten Agitation ist aus schriftlichen Erklärungen von Meistern und Gehilfen zu entnehmen, daß im Verein allgemein behauptet wird, jene Gehilfen haben an die Genossenschaft nichts zu zahlen, welche dem Vereine beigetreten sind, woraus hervorgeht, daß die Anregung zur Verweigerung der Auflagen zur Genossenschaftskrankenkasse auch vom Verein selbst ausgeht und demselben in dieser Richtung eine feindselige aufreizende Haltung gegen das legal bestehende Institut der Genossenschaft zur Last fällt.

Betreffs der Arbeitsvermittlung wird durch die gepflogenen Erhebungen konstatiert, daß von Seite des Vereines ein eigenes Zentralarbeitsvermittlungsbüro in unmittelbarer Nähe des Genossenschaftslokals installiert, dann ein vom Ausschuß des Vereines ausgehendes, an alle Schuhmachermeister und Fabrikanten gerichtetes Zirkular ausgeteilt und in den Arbeitslokalen plakatiert und die Arbeitsvermittlung von Seite des Vereines überhaupt derart betrieben wurde, daß die im § 103 der Gewerbeordnung vom 20. Dezember 1859 normierte Meldung der Gehilfen bei der Genossenschaft außerstand gesetzt wurde, die ihr gesetzlich obliegende Evidenzhaltung der Gehilfen zu besorgen.

In dieser Richtung fällt dem genannten Verein, dessen statutenmäßige Berechtigung zur Arbeitsvermittlung der Natur der Sache nach sich auf die Vereinsmitglieder zu beschränken hat und wobei jeder geschäftsmäßige Betrieb nach den bestehenden allgemein verbindlichen gesetzlichen Vorschriften eine besondere Konzession erfordert, selbstverständlich ausgeschlossen war, eine Überschreitung seines statutenmäßigen Wirkungskreises zur Last.

Wegen dieser Überschreitungen seines Wirkungskreises und in der Erwägung, daß der genannte Verein wegen seiner gegen den Bestand der legalen Genossenschaft gerichteten agitatorischen Tätigkeit den Bedingungen seines rechtlichen Bestandes überhaupt nicht mehr entspricht, finde ich im Sinne des § 24 des Gesetzes vom 15. November 1867, R.-G.-Bl. Nr. 134, über das Vereinsrecht dessen Auflösung mit dem Bemerken zu verfügen, daß gegen dieses Auflösungserkenntnis binnen 60 Tagen der Rekurs an das hohe k. k. Ministerium des Innern ergriffen werden kann.

Hievon hat die k. k. Polizeidirektion den genannten Verein zuhanden des Obmannes sofort zu verständigen und die weiteren Verfügungen im Sinne der §§ 25 und 27 des bezogenen Vereinsgesetzes zu treffen."

Daß der Kurs gegenüber der organisierten Arbeiterschaft und ihren Vereinen überall der gleiche blieb, geht daraus hervor, daß in allen

Kronländern Bezirkshauptleute und Statthalter, entsprechend den von „oben" erhaltenen Weisungen, mit der Auflösung von Vereinen vorgingen, wo sich nur die leiseste Gelegenheit hiefür ergab.

Ein aktenmäßiger Beleg, wie damals vorgegangen wurde, findet sich in einem Bericht des Linzer Statthaltereileiters, eines Grafen Metternich — Aristokraten standen ja bis zum Zusammenbruch des alten Österreich überall an der Spitze des politischen Verwaltungsdienstes — vom 30. Oktober 1877.

Der genannte Herr erzählte unter anderem:

„Der Arbeiterbildungsverein in Linz und Umgebung, dessen Bestand mit hieramtlichem Erlaß vom 13. Juli 1868, Z. 1616, bescheinigt worden ist, hatte bei mehr als einer Gelegenheit gezeigt, daß er sozialdemokratische Tendenzen verfolge.

So zum Beispiel versuchte er eine Lassallefeier zu veranstalten, deren Abhaltung von hieraus untersagt wurde; in den Versammlungen wurden Gegenstände auf die Tagesordnung gesetzt, welche mit dem Wirkungskreis der Vereinsstatuten kollidierten und hiezu fremde Agitatoren, als Scharzinger, Wanke usw. zur Abhaltung von Vorträgen eingeladen.

Es mußten auch teils wegen versuchter Ausschreitungen seitens einzelner Redner, teils wegen versuchten Demonstrationen gegen das Vorgehen des Regierungsabgeordneten, von diesem wiederholt die Versammlungen dieses Vereines geschlossen werden.

Neuestens bin ich zur Kenntnis gelangt, daß dieser Verein sogenannte Gewerkschaftssitzungen, das sind Versammlungen, an welchen Mitglieder des Arbeiterbildungsvereines und der drei Fachvereine von Linz teilnahmen, einberufen, welche, um der staatlichen Beaufsichtigung zu entgehen, nicht zur behördlichen Anzeige gelangt waren.

Ich ließ nun die wirkliche Abhaltung einer derlei Versammlung amtlich konstatieren, machte hievon der k. k. Staatsanwaltschaft behufs Einleitung des Strafverfahrens gegen den Veranstalter dieser Versammlung, den Obmann des Arbeiterbildungsvereines Anton Weigunŋ*), Schneidergehilfen, die Mitteilung und es wurde derselbe auch wirklich wegen Übertretung des § 15 des Vereinsgesetzes zur Strafe von 24 Stunden Arrest verurteilt, welches Urteil, nachdem es in Rechtskraft erwachsen war, auch bereits in Vollzug gesetzt worden ist. Aus dem diesfälligen zur Einsichtnahme abverlangten Strafakte geht klar hervor, daß der Arbeiterbildungsverein in Linz sich mittels seines Obmannes mit den hiesigen Fachvereinen der Schuhmachergehilfen, der Kleidermachergehilfen und der Holzarbeiter zu dem Behufe ins Einvernehmen gesetzt hat, um Versammlungen zu bestimmten Zwecken zu veranstalten, daß solche Versammlungen tatsächlich stattgefunden haben, und daß dieselben durch Abgeordnete der genannten drei Fachvereine beschickt worden sind, welch letzteren Umstand ich überdies noch durch die Protokollaraussagen der Obmänner dieser drei Fachvereine bestätigen ließ.

Nachdem jedoch den bemeldeten Vereinen nach ihren Statuten die Berechtigung zur Abhaltung von derlei Versammlungen, beziehungsweise zur Absendung von Delegierten zu diesen Versammlungen, welche augenscheinlich nur der Deckmantel und die Gelegenheit zur Beratung sozialdemokratischer Agitationen bieten, nicht zusteht, sie somit ihren

*) Der alte verdiente Vorkämpfer des Sozialismus in Oberösterreich.

statutenmäßigen Wirkungskreis überschritten haben, so habe ich mich bestimmt gefunden, den Arbeiterbildungsverein in Linz und Umgebung, den Fachverein der Schuhmachergehilfen von Linz und Urfahr — bescheinigt unterm 23. August 1872 — den Fachverein der Kleidermachergehilfen von Linz und Urfahr, bescheinigt unterm 5. März 1874, und den Fachverein der Holzarbeiter in Linz und Umgebung, bescheinigt unterm 19. September 1872, auf Grund des § 24 des Gesetzes vom 15. November 1867 über das Vereinsrecht aufzulösen.

Ich habe mich, überdies gestützt auf die mir in letzter Zeit wiederholt zugekommenen Erlässe Eurer Exzellenz betreffend die strengste Überwachung der Arbeitervereine, um so mehr zur Ergreifung dieser Maßregel auch bezüglich der genannten drei Fachvereine veranlaßt gesehen, als diese durch ihre bisherige Haltung bewiesen haben, daß es ihnen weniger um die Förderung der geistigen und materiellen Interessen und Rechte der Mitglieder, was der eigentliche Zweck der Fachvereine ist, als um Verfolgung sozialdemokratischer Tendenzen zu tun war, da sie jede Gelegenheit benützten, mit fremden Agitatoren in Verkehr zu treten und ihre exaltierten Mitglieder zu auswärtigen sogenannten freien Arbeiterversammlungen zum Behufe der Agitation zu entsenden.

Auch kann ich nicht unerwähnt lassen, daß nahezu jeder der genannten Vereine seit Jahren nur Defizite in seinem Vermögen nachweist, und die Agitatoren zur halbwegs möglichen Erhaltung der Vereinstätigkeit notgedrungen zu allerlei Pressionsmitteln greifen, um den Arbeitern die zu Vereins- und Agitationszwecken notwendigen Beträge aus ihrem schwer erworbenen Verdienst abzuringen; ein Gebaren, dessen Abstellung wahrlich dringend geboten erscheint."

Der Herr, der diese Verfügungen traf und diesen Bericht an das Ministerium ergehen ließ, hieß bezeichnenderweise — Metternich! Er war k. k. Hofrat und Statthaltereileiter. Sicherlich nach seinen in dem Bericht niedergelegten Anschauungen auch ein geistiger Epigone des einstigen Staatskanzlers. Es geht dies noch aus der Tatsache hervor, daß er in einem kurz vorher erstatteten Bericht mit Bedauern mitteilte, daß sich der katholische Gesellenverein in Weyer aufgelöst hat und daß auch der Gesellenverein in Steyr schon seit längerem seine Tätigkeit eingestellt hatte und seiner Auflösung entgegensehe.

Wie peinlich die behördliche Überwachung der Arbeiterschaft geübt wurde, konnte man täglich sehen. Die einzelnen Personen in der Arbeiterbewegung in Wien und der Provinz standen unausgesetzt unter polizeilicher Invigilation, wie es im Amtsstil heißt, und selbst ganz harmlose Zusammenkünfte hatten polizeiliche Organe zu Zeugen. Auch die Arbeiterfeste wurden in strenger Weise überwacht. Auf Reden, die dort gehalten wurden, und auf Lieder, die man dort sang, hatte man sorgsam acht und wenn irgendein Wort fiel, das etwas schärfer war, wurde der Sprecher der Staatsanwaltschaft überantwortet, oder wenn diese Behörde keinen Anlaß zum Einschreiten fand, so wurde der „Verbrecher" wenigstens nach dem berüchtigten Prügelpatent vom Jahre 1854 abgestraft. Dasselbe galt von dem Singen eines verbotenen Liedes, und was war nicht alles verboten!

Ein Exempel, wie man vorging, zeigte eine harmlose Zusammenkunft am 14. Jänner 1878. Der Polizeibericht weiß hierüber zu melden:

„Am 14. Jänner abends hatten sich gegen 400 Arbeiter, darunter fast sämtliche maßgebenden Persönlichkeiten der hiesigen deutschen und tschechischen sozialistischen Fraktion, in dem Gasthaussalon Rieß, Wieden, Rainergasse 9a, eingefunden, um den vorgestern aus der Strafhaft entlassenen, von hieraus für die Abschaffung beantragten, bisherigen Parteileiter Emil Reinthal, recte Kaller, ein Abschiedsfest zu geben, das im Gesang und Klavierspiel und nebstbei im Ausbringen einiger Toaste auf den Scheidenden bestand.

Da jedoch infolge der hierüber anher gelangten vertraulichen Mitteilungen bereits vordem die entsprechenden Vorkehrungen getroffen worden waren, so ist dieses Abschiedsfest nach keiner Seite hin aus dem Rahmen einer gemütlichen Abendunterhaltung herausgetreten, ebensowenig vermochten sich die ausgebrachten Toaste, welche dem tiefsten Bedauern über das Scheiden Reinthals aus den hiesigen Kreisen Ausdruck verliehen, infolge des rechtzeitigen Eingreifens des Regierungsabgeordneten zu irgendeiner demonstrativen Kundgebung aufzuschwingen."

Sehr bemerkenswert ist auch ein Bericht der Prager Statthalterei vom 30. April 1878 über die „Beteiligung tschechischer Studenten an sozialdemokratischen Agitationen". Die tschechische Studentenschaft hatte sich damals in der Partei vielfach betätigt, im Gegensatz zu ihren deutschen Kameraden, die bereits in jenen Tagen völlig im nationalistischen Lager standen. In früheren Jahren gab es noch vereinzelte Studierende (sogar eine Burschenschaft in Wien) an den deutschen Hochschulen, die in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zu finden waren, aber allmählich wieder aus der Partei ausschieden. Erst nach Jahren nahm die deutsche Studentenschaft wieder einigen, wenn auch geringen Anteil an der Bewegung, die aber an den Hochschulen selbst nicht zum Ausdruck kam.

Der betreffende Bericht besagt:

„Es besteht tatsächlich eine Verbindung einiger slawischer Studenten der Prager Hochschulen mit der tschechischen sozialdemokratischen Partei. Durch sie wird insbesondere die Korrespondenz der hiesigen sozialistischen Partei mit ausländischen derartigen Verbindungen und insbesondere mit der Internationalen Arbeiterliga in Genf vermittelt."

Die Prager Polizeidirektion bezeichnet als solche Studenten:

„Heinrich Seidel, Rechtshörer, aus Luboven in Ungarn gebürtig, ernährt sich mittels Erteilung von Privatunterricht, schreibt in den hiesigen sozialdemokratischen Arbeiterblättern unter dem Namen »Vittore Avanti« gegen Entgelt und die sozialdemokratische Arbeiterpartei der »Budoucnost« zahlt für ihn die Monatsbeiträge im hiesigen akademischen Leseverein, damit er unter der hiesigen tschechischen Studentenschaft für sie agitiert, was er auch insofern tut, als er sich in den Lokalitäten dieses Vereines durch sein exzentrisches Benehmen und seine freisinnigen Reden (wie unter den harmlosen Besuchern dieser Vereinslokalitäten seine Diskurse benannt werden) bemerkbar macht.

Wladimir Vyhnal, aus Brünn gebürtig, ist auch ein Anhänger dieser Partei, besitzt viele Schriften sozialdemokratischen Inhalts, teils in

seiner Wohnung, teils in der Advokatenkanzlei des Dr. Anton Kiemann*), in letzterer auch, wie es vertraulich heißt, einige Briefschaften der sozialdemokratischen Partei mit dem In- und Ausland. Zum Beispiel, angeblich der Internationalen Arbeiterliga in Genf durch Dr. Michael Dragomanow, verschiedene geheime Broschüren und konfiszierte Zeitschriften, ohne Wissen Dr. Kiemanns, welchem aber, nebstbei bemerkt, dessen sozialdemokratische Gesinnung bekannt sein soll, der auch selbst an diesen Ideen Gefallen finden und die ihm von Vyhnal geliehenen Schriften dieses Genres lesen soll.

Nebst diesen zwei Rechtshörern wird noch der Reserveleutnant und Rechtshörer Johann Mach aus Sobotka als ein Anhänger dieser Partei geschildert, welcher der besonderen Überwachung des Statthaltereirates und Bezirkshauptmannes in Jitschin während der Osterferien empfohlen worden ist, dort aber keinen Anlaß zu derlei Wahrnehmungen gegeben hat.

Ferner erscheinen die Hörer der Philosophie Johann Koretz aus Bohunowitz in Mähren und Johann Wagner aus Raby, Bezirk Schüttenhofen, als Anhänger dieser Partei inkulpiert, welche der russischen Sprache mächtig sind und die Korrespondenz der Partei mit der Internationalen Arbeiterliga in Genf in russischer Sprache vermitteln sollen. Wagner schreibt unter dem Pseudonym »G. Havran« in den hiesigen tschechischen sozialdemokratischen Zeitschriften.

Alle diese Persönlichkeiten stehen unter hieramtiger, unauffälliger Überwachung und wird eine etwa hervorgekommene interessante Wahrnehmung zur hohen Kenntnis gebracht werden. Der unter Mitteilung der vorstehenden Erhebungen wegen Veranlassung einer Hausrevision interpellierte Herr k. k. Staatsanwalt Rapp fand sich wegen Abgang eines objektiven Tatbestandes einer bestimmten strafbaren Handlung nicht veranlaßt, auf diesen meinen Antrag einzugehen.

Eine Verständigung des Rektorats der hiesigen k. k. Universität erscheint insofern für inopportun, als eine dortseitige Aufsicht offenbar resultatlos bliebe und die hiesige Vertrauensperson leicht kompromittieren könnte.

Da unter die hiesigen Anhänger der sozialdemokratischen Partei auch einige Einjährig-Freiwillige, darunter die Rechtshörer Wenzel Maier aus Wodnian, Wawra und Popelka, in das Gasthaus »Zum Primas« und in das »Café National« kommen und die in Dresden erschienene konfiszierte sozialdemokratische Broschüre »Naše Idea« angekauft haben sollen, so dürfte etwa hochortig im Vertrauensweg die k. k. Militärbehörde auf das Gebaren dieser Leute aufmerksam gemacht werden.

Die weiteren Nachforschungen werden gepflogen."

Die größte Aufmerksamkeit ward auch in den Jahren 1877 und 1878 seitens der Behörden dem Wiener Arbeiterbildungsverein zugewendet, der nach wie vor als der „Herd der sozialistischen Seuche" galt. Man überwachte ihn mit der gleichen Sorgfalt wie in den früheren Jahren, wiewohl er schon seit langem für die organisierte Arbeiterschaft nicht mehr jene hohe Bedeutung als Mittelpunkt der Bewegung hatte wie einst. Er hatte auch nicht mehr so zahlreiche Mitglieder, da die einst bestandenen Fachsektionen zu eigenen Gewerkschaften ausgebildet worden waren. Aber auch in politischer Beziehung war der Verein, der nach

*) War seinerzeit ein bekannter deutschliberaler Politiker.

dem Vereinsgesetz ein „nichtpolitischer" war, nicht mehr von jener Geltung und jenem Ansehen wie zu Beginn der Arbeiterbewegung in Österreich.

In jenen Tagen schon war an ihm ein starker Niedergang in ideeller und materieller Hinsicht zu verzeichnen, der zum großen Teil auf die Wirrnisse in der Partei zurückzuführen war, die das gesamte Parteileben schwer schädigten. Von den Schäden blieb der Verein keineswegs unberührt, im Gegenteil, er wurde vor allem zum Kampfobjekt der beiden um den Einfluß ringenden Parteien.

Infolge dieser Umstände litt aber auch sehr schwer das hohe geistige Niveau, auf dem der Verein durch Jahre gestanden war, der solange das einzige Bildungszentrum des Wiener Proletariats gewesen war und auf dessen Leistungen die Wiener Arbeiterschaft mit Recht so stolz war. Es hatte damals ganz den Anschein, als ob der erste proletarische Verein Österreichs fürderhin nur ein notdürftiges Dasein fristen sollte, so arge Einbußen hatte er im Verlauf der Parteikämpfe erlitten.

Auch die Wiener Polizei hatte erkannt, daß der Verein im Niedergang begriffen war, denn in ihren Berichten hatte sie dies oft genug festgestellt, allein sie ließ ihn doch keineswegs unbeachtet, sondern schenkte allen internen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit, wie sie auch die Geschichte des Vereines und alle sich dort abspielenden Vorgänge förmlich in genauester Evidenz hielt.

So legt die Wiener Statthalterei unter dem 9. Dezember 1877 die der Polizeidirektion abverlangte Äußerung über den Rekurs des Arbeiterbildungsvereines wegen Versagung der Umbildung dieses Vereines nach geänderten Statuten dem Ministerium des Innern in folgendem Bericht*) vor:

„Nach den von der niederösterreichischen Statthalterei requirierten Vorakten erfolgte die erste Untersagung über die Anzeige des Andreas Grosse, Albert Gridl und Franz Jakoubek de präs. 8. Juni 1876 mit Erlaß vom 23. desselben Monats, Z. 18.256, aus dem Grunde, weil geistige Ausbildung in jenem allgemeinen Umfang, wie sie der projektierte Verein für seine Mitglieder bezweckt, auch politische Bildung in sich begreift, und weil insbesondere bei Lehrstunden aus der Geschichte die Behandlung politischer Fragen und Angelegenheiten nicht wohl umgangen werden kann, weil daher der Verein, ungeachtet er angeblich keine politischen Ziele verfolgt, als ein politischer erklärt werden muß, in dieser Eigenschaft aber seiner Einrichtung nach als gesetzwidrig erscheint.

Die zweite Untersagung ist über Eingabe derselben Personen de präs. 5. Juli 1876 mit dem Statthaltereierlaß vom 22. desselben Monats, Z. 21.669, verfügt worden. Die Begründung derselben ist mit jener der angefochtenen Entscheidung fast wörtlich gleichlautend.

Die dritte Untersagung, welche über Anzeige des Adolf Zinram, Franz Jakoubek und Albert Gridl de präs. 14. August mit dem Erlaß vom 7. September 1876, Z. 26.775, erfolgte, wurde damit begründet, daß nach § 2 der Statuten unterstützende Mitglieder auch Personen, die nicht Arbeiter sind, werden können, daß daher zwischen den letztgedachten Bestimmungen und den Bestimmungen des § 2 der

*) Einzelheiten dieses Berichtes sind zum Teil schon in Band II mitgeteilt.

Statuten ein die Normen bezüglich der Mitgliedschaft zweifelhaft machender Widerspruch entsteht, und daß demnach in dieser Richtung die Statuten nicht der Bestimmung des § 4 des Gesetzes über das Vereinsrecht entsprechen."

Es erfloß dann der folgende Erlaß des Ministeriums des Innern:

„Das k. k. Ministerium des Innern findet dem Rekurs des Arbeiterbildungsvereines in Wien gegen die Statthalterei-Entscheidung vom 13. August v. J., Z. 24042, mit welcher die Neubildung des genannten Vereines nach Inhalt der vorgelegten Statuten untersagt wurde, keine Folge zu geben, weil der neu zu bildende Verein sich mit Rücksicht auf den Charakter der beabsichtigten Statutenänderungen seiner Einrichtung nach als staatsgefährlich darstellt.

Wien, am 15. November 1878."

Von Interesse ist auch die folgende Äußerung der Wiener Polizeidirektion über den Wiener Arbeiterbildungsverein:

„Der Arbeiterbildungsverein in Wien wurde ursprünglich im Dezember 1867 gegründet, und mit Statthaltereierlaß vom 27. Juli 1870, Z. 3222, wegen Staatsgefährlichkeit aufgelöst, weil in demselben die bekannte Demonstration vor dem Reichsratsgebäude geplant und inszeniert wurde, welche einen Hochverratsprozeß mit der Verurteilung der Angeklagten zur Folge hatte.

Zum zweitenmal bildete sich der Verein im Oktober 1870 und wurde mit Statthaltereierlaß vom 23. Mai 1876, Z. 2505, abermals wegen Ausschreitungen auf das politische Gebiet und wegen Verfolgung sozialdemokratischer Tendenzen aufgelöst.

Gegenwärtig besteht der Arbeiter-Bildungsverein in Wien seit Oktober 1876, und zwar sind seine Statuten mit Statthaltereierlaß vom 7. Oktober 1876, Zahl 30.205, bescheinigt.

Daß es immer ein und derselbe Verein nur mit zeitweiliger Unterbrechung seiner Tätigkeit infolge behördlicher Auflösung ist, bedarf schon nach der Persönlichkeit seiner Mitglieder, insbesondere der leitenden, welche bei allen seinen Wandlungen stets dieselben geblieben sind, keines weiteren Beweises, man würde übrigens im Verein selbst das Gegenteil gar nicht zugeben, und in einer Versammlung am 20. Mai l. J. hat der Obmann Rasp die Tätigkeit des Vereines durch eine Reihe von Jahren trotz der behördlichen Maßregelungen, die er zu bestehen hatte, hervorgehoben, damit also den jetzigen Verein als Fortsetzung der früheren aufgelösten gekennzeichnet.

Es ist auch der Geist, welcher in demselben stets herrschte, und die Tendenz, welche in ihm von jeher verfolgt wurde, immer gleich geblieben, nur boten die nunmehr gültigen Statuten, aus denen vor ihrer Bescheinigung alles eliminiert werden mußte, was nach den gemachten Erfahrungen einer gefährlichen Richtung der Vereinstätigkeit Vorschub leistete, im Vereine selbst keinen rechten Boden mehr für die früher von ihm betriebene bedenkliche Agitation.

Es fehlte zwar auch bald nach der neuen Konstituierung des Vereines nicht an Versuchen, in die alten Bahnen einzulenken, allein es konnte auf Grund der Statuten dagegen sogleich behördlich vorgegangen werden.

Dieser Umstand ist denn auch der eigentliche Anlaß der beschlossenen Statutenänderung, und zwar in eben den Richtungen, wodurch nach den

Statuten die oberwähnte staatsgefährliche Agitation zunächst und zumeist beeinträchtigt erscheint.

Nachweisbar hatte hier in Wien die sozialdemokratische Agitation, als deren Zentralpunkt der Arbeiterbildungsverein betrachtet werden mußte, insolange am weitesten und bedenklichsten um sich gegriffen, als sich an demselben in hervorragender Weise *Personen beteiligten, welche dem eigentlichen Arbeiterstande nicht angehörten*, und ebenso nachweisbar dienten sogenannte wissenschaftliche Vorträge über historische Persönlichkeiten, welche sich in demokratischer oder revolutionärer Richtung hervorgetan hatten, über sogenannte Kulturgeschichte, über philosophische Themata usw. als eines der wirksamsten Agitationsmittel *zur Aufregung der ungebildeten Menge*.

Danach erklärt sich nicht nur die beabsichtigte Statutenänderung an und für sich, sondern auch die Art dieser Änderung insbesondere ebenso von selbst, wie deren behördliche Untersagung und gewinnt die formelle Motivierung dieser Untersagung im Hinblick auf das Moment der Staatsgefährlichkeit eine ganz andere Bedeutung.

Nach dem Vorangeführten kann man sich nämlich der Überzeugung absolut nicht entschlagen, daß die Statutenänderung angestrebt werde, weil im Rahmen der jetzigen Statuten zwar der Zweck eines Arbeiterbildungsvereines vollkommen erreicht werden kann, aber die gewohnte frühere staatsgefährliche Tätigkeit des Vereines nicht möglich ist.

Und bei dieser Überzeugung kann man nach den gemachten furchtbaren Erfahrungen über die Endziele der sozialdemokratischen Bewegung, welche bisher glücklicherweise im Kaiserstaat noch in sehr engen Grenzen gehalten werden konnte, einem Verein, der nach seinen Antezedenzien diese Bewegung, soweit es ihm möglich ist, fördert, doch nicht behördlich deshalb versuchsweise Gelegenheit zu einer in ihren Folgen gar nicht voraussehbaren Tätigkeit bieten, damit man hinterher dessen Auflösung oder Einschränkung formell besser begründen könne.

Und begründet an und für sich ist die Untersagung der in Rede stehenden Statutenänderung immerhin schon nach dem Wortlaut des diesfälligen Statthaltereierlasses, denn ein Verein, dessen sämtliche Mitglieder nach den Statuten möglicherweise keine Arbeiter nach dem maßgebenden allgemeinen Sprachgebrauch sein können, ist kein Arbeiterverein, läßt also durch seinen einen Teil der Statuten bildenden Titel Zweifel über seinen eigentlichen Zweck.

Es kann aber diese Untersagung, wenn man sie nicht schon durch ausdrückliche Bezeichnung der Staatsgefährlichkeit motivieren will, noch triftiger dadurch begründet werden, daß man die im § 2 angestrebte Statutenänderung für unzulässig erklärt.

Der geänderte § 2 zählt nämlich in dem Absatz a als Mittel zur Erreichung des Vereinszweckes: »Ausbildung seiner Mitglieder« im allgemeinen, die »Förderung von wissenschaftlichen Vorträgen« auf und normiert erst bei Absatz e, welcher übrigens nur von der freien Besprechung handelt, den Ausschluß von Politik und Religion.

Dieser Passus ist daher in seiner Fassung zu allgemein gehalten und macht, wie dies die Erfahrung gelehrt hat, bei der Konnexität der Wissenschaften die Fixierung der Grenze für derlei Vorträge absolut ebenso unmöglich als die Bestimmung, ob der Verein nach dieser seiner statutarischen Tätigkeit nicht in die Reihe der politischen Vereine zu stellen ist.

Nach dieser Darstellung erscheint es daher wohl nicht zulässig, dem vorliegenden Rekurs Folge zu geben, und kann die Abweisung sowohl durch den von der Statthalterei angeführten Grund als auch durch das über die Unzulässigkeit der beabsichtigten Änderung des § 2 der Statuten Gesagte vollkommen gesetzlich begründet werden.

Wien, 2. November 1878."

Sehr bemerkenswert ist auch ein aus dem Jahre 1877 stammender Bericht über die Arbeiterbewegung in Tirol, den der damalige Statthalter Graf Eduard Taaffe an das Ministerium des Innern erstattete. In diesem heiligen Lande hatte wohl die Sozialdemokratie in den ersten Jahren der Arbeiterbewegung nur sehr schwer Fuß fassen können, da dieses Land nur eine geringe industrielle Bevölkerung zählte, doch gab es immerhin auch in diesem Lande einige Arbeitervereine und selbst in entlegene Alpenwinkel drang schon damals der Gedanke des Sozialismus, wiewohl die irdische und himmlische Polizei mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln bestrebt war, dem Eindringen des sozialistischen „Giftes" vorzubeugen. Doch alle Arbeit schien nicht völlig zum erwünschten Ziel zu führen, denn es gab trotzdem eine verhältnismäßig nicht unbeträchtliche Zahl von ††† Sozialisten im schwarzen Lande! Daß dem wirklich so war, war den Herrschenden sichtlich unangenehm, wie aus den Berichten hervorgeht:

„Daß auch hierlands, besonders in den größeren Ortschaften, unter den Arbeitern sozialistische Bestrebungen bestehen, unterliegt keinem Zweifel, jedoch werden dieselben nur vereinzelt laut und finden im allgemeinen nur geringen Anklang. Die Abonnentenzahl auf das Journal »Gleichheit« hat sich zwar etwas vermehrt, doch dürfte dieselbe 30 kaum übersteigen; auch soll im vorigen Jahre das sozialdemokratische Flugblatt »Agitationsnummer«, gedruckt in Leipzig 1876 in der Genossenschaftsdruckerei, unter der verantwortlichen Leitung des Jakob Marbach, in bedeutender Zahl in Tirol verbreitet worden sein.

Von durchreisenden Agitatoren wurde nichts Auffälliges wahrgenommen sowie überhaupt die hierlands bemerkten Fäden der Bewegung mehr nach den innerösterreichischen Ländern als nach Deutschland hinweisen.

Der hierorts bestehende Arbeiterverein gibt bei seinen im Stadtbezirk abgehaltenen Versammlungen keinen Anlaß zu nachteiligen Bemerkungen und anstößige Äußerungen werden nur bei geselligen Zusammenkünften außerhalb der Stadt hie und da laut, wie vor einiger Zeit der Schneidergeselle Reisch, gewesener Obmann des aufgelösten Arbeiterbildungsvereines — bei seinem Abschied in einer Schankwirtschaft sich geäußert haben soll, daß es in fünf oder sechs Jahren dazu kommen müsse, daß Österreich ein sozialdemokratischer Staat werde.

Der Arbeiterverein in Meran, der sich in früherer Zeit ganz unklagbar verhielt, scheint in neuerer Zeit durch die Bemühungen des Tischlergesellen Josef Metz aus Linz und des Schneidergesellen Georg Wetzheim aus Teuchwingen in Bayern sich einer sozialdemokratischen Richtung zu nähern, doch hat der Bezirkshauptmann bereits eine entsprechende Überwachung desselben verfügt und wird, sobald sich hiezu ein gesetzlicher Anhaltspunkt bietet, mit allem Nachdruck einschreiten.

In Vorarlberg, wo sich zahlreiche Fabriken befinden, geben die Arbeiter bis jetzt keinen Anlaß zu nachteiligen Bemerkungen.

Innsbruck, am 11. März 1877."

Die „neue Taktik“

In die Jahre 1878 und 1879 fallen die Anfänge der „neuen Taktik“ in den Reihen der österreichischen Sozialdemokratie. Die Attentate im Deutschen Reich, die Folge der Gewaltpolitik Bismarcks wider die immer mehr erstarkende Sozialdemokratie, die unaufhaltsam, trotz „Zuckerbrot und Peitsche“, ihre Siegesbahn beschritt, die Flucht der früheren Reichstagsabgeordneten Most und Hasselmann nach London und Amerika und ihre dortige publizistische und agitatorische Tätigkeit, die in Wort und Schrift wider die Gewaltpolitik der deutschen Machthaber die Gegengewalt propagierten, konnten naturgemäß nicht ohne Rückwirkung auch auf die Wortführer des organisierten Proletariats in Österreich-Ungarn bleiben. Der durch die Zerfahrenheit im proletarischen Lager der Monarchie gelockerte Boden wurde bald nur allzu aufnahmsfähig für die Keime jener „neuen Taktik“, die da vermeinte, durch den Einzelterror die dazumal noch eherne Macht der Bourgeoisie mit all ihren damals noch wuchtigen Instrumenten zu erschüttern. Hiezu kam noch die materielle und geistige Not, unter der die arbeitenden Klassen in Österreich schmachteten. Für sie gab es kein Brot, keinen Hort des Rechtes und die brutalen Verfolgungen, denen die Menschen ausgesetzt waren, die es unternahmen, von unveräußerlichen Menschenrechten zu ihren Klassengenossen zu sprechen, waren mit ein Antrieb zur „neuen Taktik“, die in Wahrheit nichts anderes war als der elementare Ausbruch der Verzweiflung Geknechteter, die ihre Bande zu zerreißen entschlossen sind, so oder so. Wer kann von Gepeinigten, von Sklaven auf die Dauer stummen Gehorsam erwarten, wer vermag auf die Dauer Hungernden Enthaltsamkeit zu lehren? Gepeinigte und Sklaven können nur dann für immer zu schweigendem Tragen und Dulden verdammt sein, wenn sie in die stumpfe Tierheit hinabgestoßen werden. Und mit allen Mitteln suchten die Großen und Mächtigen in diesem Lande in den Massen des arbeitenden Volkes diesen Zustand herbeizuführen; den Angehörigen des Proletariats sollte nachgerade das Schicksal des antiken Sklaventums bereitet werden.

Kann es da wundernehmen, daß den Sklaven ein Spartacus erstand, der die Gemarterten alle zum Aufstand wider die Herren aufrief? Muß es nicht an die Ohren von Sklaven wie berückender Sirenengesang erklingen, wenn ihnen Befreiung von schier unlösbarem Joch verkündet wird, wenn man den Hungernden und Gequälten von menschenwürdigem Dasein spricht und wenn man ihnen eine Welt verheißt, in der es keine Ausbeuter und Ausgebeuteten mehr geben soll? Und all das und noch viel mehr versprachen alte und neue Wortführer des Proletariats den Massen, ihnen als einziges Wunder verrichtendes Mittel die Anwendung der Gewalt kündend, Gewalt wider die Bedränger in den Fabriken, Werkstätten und Bergwerken, Gewalt wider die Träger aller Macht in Staat und Gesellschaft, Gewalt wider die bisherigen Träger aller Rechte! Jeder einzelne oder nur kleine organisierte Gruppen sollten Duelle oder Einzelkämpfe bald hier, bald dort mit

Staat und Unternehmerschaft auskämpfen. Diese Kämpfe wider eine in ihren Grundfesten noch unerschütterte Gesellschaftsordnung mit ihren befestigten und unübersteiglichen Wällen sollten, wie die Befürworter der neuen Taktik vermeinten, zum Ziel, zum Siege führen!

An die Stelle der schrittweisen, allerdings mühevollen Organisierung der Massen des arbeitenden Volkes, an die Stelle jener langsamen, aber zielbewußten Arbeit der Revolutionierung der Gehirne trat jene wilde Aufpeitschung zu Terrorakten, die vereinzelt oder gruppenweise der bürgerlichen Gesellschaft mit den „Wunderwerken der Chemie", wie Johann Most und seine Jünger die „neue Taktik" anpriesen, heilsamen Schrecken einflößen sollten. Es fehlte in jenen Tagen und auch später noch lange nicht an törichten Phantasten, die da glaubten, daß es möglich sei, mit Dynamit und Nitroglyzerin die kapitalistische Gesellschaft aus den Angeln zu sprengen; es gab leider im Proletariat genug Gläubige, die sich der Hoffnung hingaben, daß nach Beseitigung dieses oder jenes gekrönten Hauptes oder dieses oder jenes politischen Machthabers eine neue Ordnung aufgerichtet werden könnte. Wie eine alleinseligmachende Heilslehre wurde in den „Klubs" der Arbeiterschaft, die sich auf Geheiß des Londoner Meisters Johann Most vielfach in Österreich gebildet hatten, die Botschaft der Gewalt aufgenommen, als ob Gesellschaftssysteme und Staatsordnungen Werke einzelner seien und nicht das Produkt langjähriger ökonomischer und politischer Entwicklung. Man erhoffte zuversichtlich von den Zündschlägen der Bombenwürfe den plötzlichen Zusammenbruch der bürgerlichen Welt!

Mit kaltem Hohn und stolzer Verachtung begegneten die Wortführer der „neuen Taktik" den kühlen und besonnenen Leuten der anderen Richtung, die erkannt hatten und tief innerlich davon überzeugt waren, daß hiedurch die Arbeiterschaft auf Bahnen geraten mußte, die unfehlbar nur zu Verderben und Leid führen konnten. Man schalt die Besonnenen Feiglinge und Verräter; selbst Männer, die Jahrzehnte hindurch in Treue und Opferwilligkeit für die Sache des Sozialismus mit hingebungsvoller Entsagung eingetreten waren, wurden von den einstigen Kampfgenossen mit dem grimmigsten Haß verfolgt. Wenn man heute, nach Jahrzehnten, die Polemiken liest, die in den Parteiorganen und Versammlungen zwischen „Gemäßigten" und „Radikalen" geführt wurden, erscheint einem noch der Gedanke unerträglich, daß proletarische Parteien und Männer von unzweifelhaft ehrlichen Überzeugungen einander in solcher Weise befehden konnten! Es erscheint einem auch unfaßbar, daß es erst jahrelanger Kämpfe und unsagbarer Qualen bedurfte, bis es glückte, den unheilvollen Wahn zu bannen, der ganze Kategorien der organisierten Arbeiterschaft in Österreich gefangenhielt. Durch eine wahrhaftige Hölle von Verfolgungen wurde das Proletariat Österreichs getrieben, ehe es ihm gegönnt ward, zur Besinnung, zu ruhiger Arbeit und damit endlich zur Einigung zu gelangen.

In den Anfängen der österreichischen Arbeiterbewegung war der Gedanke lebendig, das Proletariat müsse vor allem die politische Macht im Staate erringen und damit schließlich auch ihr Ideal, die Befreiung vom Joch des Kapitalismus, erreichen. Als im ersten Jahrzehnt des Emanzipationskampfes, wie wir gesehen haben, vermöge der damaligen

Schwäche der proletarischen Organisationen — die industrielle Entwicklung in Österreich hatte noch nicht jenen Aufschwung genommen wie in der Folgezeit — die Erringung der politischen Rechte, namentlich des allgemeinen Stimmrechtes für den gesetzgebenden Körper, nicht geglückt war, als vielmehr die privilegierten Besitzer der politischen und wirtschaftlichen Gewalten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln dem Proletariat entgegentraten und seine Angehörigen mit immer neuen Maßnahmen niederzuhalten suchten, erhoben sich voll Unmut, voll Erbitterung und Verzweiflung die von ihren Vorkämpfern anscheinend Getäuschten und Enttäuschten aus der Masse, um mit dem vermeinten untrüglichen Mittel ans Ziel zu gelangen. So wie im Leben des einzelnen die Verzweiflung oft ungeahnte Kräfte gibt, glaubten die Verfechter der Schreckenspropaganda, daß auch eine der Verzweiflung anheimgefallene Klasse über unbesiegbare Kräfte verfüge. Sie vergaßen aber, daß organisierte Kräfte noch viel wirksamer seien; sie übersahen, daß eine noch immer gut organisierte staatliche Gewalt, wenn sie den ernsten Willen habe, jederzeit stark genug sei, um Anschlägen einzelner, noch so Tollkühner und wahnsinniger Verzweifelter erfolgreich zu begegnen. Jene, die damals die Gewalt propagierten, verfielen vor allem in den Fehler, ihre eigene Kraft zu überschätzen und die des Gegners, in diesem Falle die wohlorganisierte Staatsgewalt, zu unterschätzen. Der Schrecken, auch der organisierte Schrecken, vermag vielleicht für eine Spanne Zeit die Gewalt der Gesellschaft, des Staates und einzelner seiner Organe zu lähmen; aber niemals auf die Dauer. Entweder sind Gesellschaft und Staat noch so stark und mächtig, um derlei Akten der Gewalt wirksam zu begegnen, dann müssen der einzelne sowie Gruppen, die dem Staat und der Gesellschaft widerstreben, zweifellos unterliegen, oder aber Staat und Gesellschaft ruhen auf tönernen Füßen und müssen unter der ersten schweren Erschütterung zusammenbrechen. Aber keines der damaligen europäischen Staatswesen war noch von solcher Schwäche. Sie verfügten noch über genug Machtmittel moralischer und materieller Art, über genug Polizisten und Soldaten, über Säbel, Flinten und Kanonen, als daß irgendwelche Anschläge oder Attentate den Erfolg haben konnten, an den die Toren und Phantasten jener Tage glaubten. Sie mußten schon darum erliegen und nicht bloß sie selbst wurden die Opfer einer Wahnsinnstragödie; das ganze arbeitende Volk wurde von den Schlägen der Staatsgewalt getroffen, zu denen hüben wie drüben, im Deutschen Reiche wie in Österreich, von den Regierungen ausgeholt wurde.

Die Wunden, die damit dem Sozialismus überhaupt und der österreichischen Partei im besonderen zugefügt wurden, waren überaus schwere und schmerzliche; wenn sich in der Folgezeit der sozialistische Gedanke dennoch wieder erheben konnte, wenn neuer Mut und neues Sehnen wieder die Seele der Massen zu erfüllen begannen, so lag die Ursache dieser Erscheinung vor allem darin, daß eben große Gedanken nicht zu ertöten sind. Die erste Folge der Niederlage des organisierten Proletariats und der angewendeten „neuen Taktik" war die Reaktion. Sie erntete, wo Wahnsinnige gesät hatten, und sie triumphierte, wo die Massen des arbeitenden Volkes schwer litten. Der Reaktion war die

neue Kampfmethode höchst willkommen gewesen, denn sie wurde dadurch in die Lage versetzt, von all ihren Machtmitteln jeden, auch den brutalsten Gebrauch wider die Anhänger des Sozialismus zu machen; sie konnte sich so als Retterin der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung aufspielen, in deren wirksamen Schutz sich denn auch unbedenklich alle jene stellten, in deren Interesse es lag, diese gesellschaftliche Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Reaktion wurde so die Hüterin des ausbeutenden Kapitals und Besitzes. Und sie konnte sich immer mehr und mehr festigen, bis endlich nach Dezennien mit unerbittlicher Tragik sich auch ihr historisches Schicksal zu erfüllen begann. Erst nach den furchtbaren Schlägen, die auf die Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft niedersausten, brach sich allmählich die Einsicht Bahn, daß die „neue Taktik", von der man das Heil erwartet hatte, nicht die richtige, nicht die zum Ziel führende war. Gewalt und Gegengewalt hatten, wie gesagt, nur den Erfolg gezeitigt, daß das österreichische Proletariat in abgrundtiefes Elend geschleudert wurde. Abgesehen davon, daß Hunderte von Existenzen vernichtet wurden, daß das karge Lebensglück von Tausenden zerstört wurde, gestaltete sich die Klassenlage des gesamten Proletariats zu einer entsetzlichen. Die Ruhe des Kirchhofes lag über den Massen des arbeitenden Volkes. Ein weites Trümmerfeld breitete sich aus, wo einst freudiges, Hoffnung kündendes Grün emporsproß! Nun mußte von neuem die zähe und verzehrende Arbeit des Wegschaffens des Schuttes, des Ausrodens und Bearbeitens des Erdreiches beginnen, um den Boden wieder für fruchtbringenden Samen empfänglich zu machen; eine wahrhaftige Herkulesarbeit war zu verrichten, denn die Reihen der sozialistischen Organisationen waren so gelockert und gelichtet, daß kaum die Kaders einer künftigen, für den Klassenkampf bestimmten proletarischen Armee vorhanden waren. Nur ein Häuflein alter, bewährter Streiter war dem alten Banner treu geblieben, ein Häuflein ohne Anhang, dazu eine Fahne, die beschmutzt und durch den Kot geschleift worden war. Die einstigen blanken Waffen der Arbeiterschaft, die Presse und die Vereinigungen, waren im ungleichen und unehrlichen Kampfe den Vorkämpfern entrissen worden.

So lag das Volk, das vor kurzem noch hehren Idealen gefolgt war, physisch zerschmettert am Boden und auch in tiefster geistiger Not. Seine Peiniger und Bedränger jubelten; sie hatten auch alle Ursache zur Siegesfreude, denn für die wirtschaftlichen und politischen Ausbeuter war ja wieder die Bahn frei geworden, für immer, wie sie vermeinten! Die „neue Taktik" hatte den Zusammenbruch des vom Proletariat unter unsäglichen Mühen gefügten Baues und damit den Sieg der „Herrenklassen" herbeigeführt. Aber noch waren nicht alle „Tage der Märzen vorbei"; freilich nur ganz langsam und unter bangen Schmerzen konnte sich das Proletariat wieder erheben. Allmählich kam der Riese wieder zur Besinnung und nur allmählich zu vollem Bewußtsein seiner Geltung und Macht in Staat und Gesellschaft. Nur allmählich schlossen sich wieder die Reihen und nur allmählich drangen wieder die Worte sozialistischer Lehrer und Schreiber an die Ohren und in die Herzen der Menge. Langsam verflog der trügerische Wahn, der so viele durch Jahre umfangen hielt! Gleich den freudigen Strahlen der Sonne brach siegreich durch dichtes Gewölk endlich die Erkenntnis, die Wahrheit! ...

Das Parteileben im Jahre 1879 war zumeist von inneren Streitigkeiten und — Einigungsbestrebungen ausgefüllt, die aber ebensowenig zu einem positiven Ergebnis führten wie in den Vorjahren. Dazu kam, wie schon erwähnt, das Streben der „Radikalen", die „neue Taktik" in Anwendung zu bringen. War es in der letzten Zeit geglückt, ein Einvernehmen zwischen der deutschen und tschechischen Sozialdemokratie herbeizuführen, so schien es jedoch unmöglich, eine Einigung unter den deutschen Genossen zu erzielen. Die Zerwürfnisse wurden täglich schlimmer, so daß das Gros der Arbeiterschaft sich von der Partei abzukehren begann. Die Organisationen, sowohl die politischen als auch die gewerkschaftlichen, verloren Mitglieder, und der Abfall wurde so stark, daß eine Besucherzahl von 300 in Volksversammlungen schon als recht groß galt. Unaufhaltsam schien der Zersetzungsprozeß vor sich zu gehen, wiewohl die Männer, die damals an der Spitze der Partei standen, alles taten, um ihm Einhalt zu gebieten. Zum Teil gelang es, namentlich in den Provinzen, und vor allem in Böhmen, wo die Partei immer in die Tiefe drang.

In gleicher Weise, wie die Organisationen im argen lagen, waren auch die Verhältnisse der Arbeiterpresse sehr prekär, obwohl erst kurz vorher auch hier eine Regelung Platz gegriffen hatte oder zumindest hätte Platz greifen sollen. Die Zentralleitung der Partei, die ihren Sitz in Reichenberg hatte, wendete wohl alles auf, um Wandel zu schaffen, doch vergebens; die Wiener Parteizustände vor allem wurden von Tag zu Tag verworrener und trostloser.

Daß die Staatsbehörde diese Entwicklung mit unverhohlener Freude sah, ist selbstverständlich, hatte sie doch zum großen Teil diese Zustände mit herbeigeführt und gefördert. Ihre Agenten waren durchweg bemüht, den „Radikalen" in der Partei zum Siege zu verhelfen! Im übrigen war die Staatsgewalt wie immer vollauf bestrebt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine systematische Organisations- und Agitationsarbeit zu verhindern. Zeitungen wurden konfisziert, Versammlungen wurden verboten, Redakteure und Versammlungsredner wurden von den Richtern abgeurteilt oder gar grundlos in die Untersuchungshaft gebracht. Und das Bürgertum und seine Presse, ob sie nun freiheitlich oder reaktionär waren, schwiegen zu allen Greuel- und Gewalttaten. Das Regime des Grafen Taaffe, das sich 1879 etabliert hatte, gebärdete sich durchaus nicht anders als das vom politischen Plan abgetretene liberale. Es war nur ein schlichter Firmawechsel eingetreten, sonst nichts. Die alten Praktiken zur Unterdrückung des sozialistischen Gedankens behielten im übrigen ihre Geltung. Ja noch mehr! Der Wind schien ein schärferer zu werden, da von Deutschland die Parole ausgegeben wurde, zum Kampfe wider die Sozialdemokratie alles zu mobilisieren, eine Parole, die sowohl „oben", in der Nähe des Thrones, als auch „unten", beim Adel und im Bürgertum, lauten Widerhall fand. Die Polizei ward jetzt schier allmächtig in Behandlung der — „Arbeiterfrage". Ihre Berichte wurden allein maßgebend bei allen Schritten, die die Regierungen zu unternehmen gedachten. Namentlich die politische Polizei, deren Fäden in Wien zusammenliefen, arbeitete förmlich mit Dampfkraft. Aus aller Herren Ländern ließ sie sich über die „sozialisti-

schen Umtriebe" berichten, und in allen Ländern waren auch ihre „Vertrauensmänner" bemüht, ihre Auftraggeber klaglos zu bedienen, das heißt, soviel als möglich und naturgemäß auch alles, wessen sie habhaft werden konnten, zu „berichten". Damals schien es, als ob die österreichische Staatspolizei fast die Zentrale aller Polizeibehörden Europas gewesen wäre, wenigstens finden sich im Wiener Polizeiarchiv über alle internationalen Vorgänge in der Arbeiterbewegung jener Tage Mitteilung; allerdings nicht immer ganz wahre, doch solche, die immerhin einen Schein von Wahrheit an sich trugen. Über die österreichischen Vorgänge zeigte sich die Wiener Polizei, wie dies schon wiederholt dargetan wurde, außerordentlich gut informiert. Sie mußte ihre Konfidenten an den maßgebendsten Stellen der Partei gehabt haben, denn sonst wäre es unerklärlich, wie sie über die intimsten Vorkommnisse im Parteileben so gut unterrichtet gewesen wäre.

Daß mitunter von den Konfidenten der Polizei auch Märchen erzählt wurden, liegt auf der Hand, denn der bezahlte Konfident mußte immer „etwas" seinen Geldgebern liefern, denn sonst würde er ja nicht mehr beschäftigt geworden sein. Mancher der „Gentlemen" wurde auch pro Stück bezahlt, das heißt pro Meldung, und da ist es nur allzu leicht begreiflich, daß die mehr oder minder phantasievollen Vertrauensmänner von recht interessanten und packenden Dingen zu berichten wußten! Zumal leichtgläubigen Gemütern, wie es solche bei den politischen und Polizeibehörden gab.

Einer der vertrauensseligsten Landeschefs war in dieser Hinsicht der schon oft erwähnte Herr des Vilajets Steiermark, Baron Kübek, der allen Ernstes im Jänner 1879 dem Minister des Innern zu melden wußte, „daß sich die Genossen der Grazer sozialdemokratischen Arbeiterpartei in vertraulichen Besprechungen in betreff der Attentate auf Monarchen dahin geäußert haben, daß es für die Sache der Sozialisten desto besser sei, je mehr Regenten beseitigt werden, da es im Staate alsdann um so viele weniger gebe, welche der Staat ernähren müsse. Auch würden die Sozialdemokraten infolge der Attentate früher durchdringen und die Throne würden durch diese eingeschüchtert. Zwar werden Ausnahmegesetze wegen der Attentate geschaffen, aber durch diese Gesetze werde der Sozialismus erst recht befördert.

In dieser Weise sollen sich die sozialdemokratischen Parteigenossen in vertraulichem Gespräch geäußert haben. Öffentlich sprechen sich dieselben in entgegengesetztem Sinne aus und pflegen darauf hinzuweisen, daß es ihnen nichts nützen würde, wenn ein Monarch fällt, da ja sofort ein anderer auf den Thron komme.

Der Vertrauensmann hält nach seiner Anschauung auch in Österreich in Hinblick auf die sich mehrenden Attentatsverbrechen die große Achtsamkeit behördlicherseits geboten."

Daß dieser Statthalter im eigenen Wirkungskreis dann an Überwachungsmaßnahmen wider die Sozialisten das möglichste tat, ist selbstverständlich. Die Genossen in Steiermark, und namentlich die Grazer bekamen seinen blinden Eifer auch hart zu fühlen. Vielleicht in keinem Lande waren die Verfolgungen eine Zeitlang so schlimm als in der grünen Steiermark. Hausdurchsuchungen, Prozesse, Vereinsauflösungen

und ähnliche Dinge wurden hier in einem Maße verübt wie kaum anderswo und nicht etwa zu einer Zeit, wo ein Sozialistengesetz oder ein Ausnahmezustand herrschte, nein, in normalen Tagen, wo die Staatsgrundgesetze auch für die Arbeiter der Steiermark Geltung hatten! Freilich wurde Baron Kübeck für seine Großtaten, die er zur Rettung vor der sozialistischen Gefahr gesetzt hatte, wiederholt von allerhöchster Seite belobt und belohnt!

Ähnlich lautet auch ein Bericht, der dem Ministerium des Äußern aus London um die gleiche Zeit übermittelt wurde. Danach ging es in den Versammlungen der Internationalen Arbeiterassoziation (dieselbe bestand bekanntlich damals gar nicht mehr! Anm. des Verf.) sehr bewegt zu. „Es ist vorgekommen, daß sich die Sozialisten daselbst in sehr stürmischer Weise äußerten; sie gaben jedoch keinen Grund zur Annahme, daß die wahnsinnigen Attentate auf das Leben der Souveräne Europas in diesem Verein beschlossen worden seien."

Was die inneren Parteiverhältnisse betrifft, so liegen an Aktenstücken recht zahlreiche vor, die durchweg schon die Richtung erkennen lassen, welche die österreichische Arbeiterbewegung in den nächsten Jahren einzuschlagen entschlossen war.

Von Interesse sind auch die behördlich vermerkten Einigungsversuche in der Partei und die Berichte über geheim abgehaltene Delegiertenkonferenzen. So wird mitgeteilt, daß am 20. und 21. Juli 1879 in einem ganz einschichtig gelegenen Haus in der Nähe von Gablonz unter dem Vorsitz Josef Schillers*) eine Delegiertenkonferenz stattfand, auf der beschlossen wurde, die Zentralleitung der Partei in Reichenberg zu belassen und die Kontrolle nach Linz zu verlegen. Die äußerst hitzig und sehr animos geführten Debatten haben sich zumeist um die Parteipresse gedreht. Der Wiener Vertreter Dunstätter soll hiebei eine geradezu klägliche Rolle gespielt haben. Bezüglich der Parteipresse wurde der Beschluß gefaßt, der „Sozialist" habe sein Erscheinen einzustellen und an seiner Stelle habe der „Reichenberger Arbeiterfreund" zu treten. Zur Übernahme des Schuldenstandes des „Sozialist" erklärten sich die Delegierten nur dann bereit, wenn

*) Josef Schiller, der „Schiller-Seff", war einer der Vorkämpfer des Sozialismus in Nordböhmen in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Er war 1846 als der Sohn eines Tuchmachers in Reichenberg geboren; schon in jungen Jahren nahm er an den Gründungen der sozialistischen Organisationen Reichenbergs regen Anteil. Neben einer starken Redegabe verfügte er auch über einiges dichterisches Talent; er pflegte in den Versammlungen meist ein selbstverfaßtes Gedicht „Das Sklavenjoch" vorzutragen. Leider war Schiller ein unsteter Charakter, der sich nirgends einzuordnen verstand, so daß er sich trotz seiner rednerischen und schriftstellerischen Begabung einen dauernden Wirkungskreis in der Partei nicht zu erhalten wußte. Er hatte mehrere Prozesse zu überstehen; so wurde er auch im Dezember 1882 in dem großen Prager Sozialistenprozeß zu vier Monaten Kerkers verurteilt. Später war Schiller kurze Zeit beim „Radikalen", beim „Freigeist" in Reichenberg tätig. Mit vielen der nordböhmischen Parteigenossen zerfallen, wanderte er 1895 nach Amerika aus, wo er jedoch schon am 16. August 1897 in Germany plötzlich starb.
Einige seiner Gedichte waren in der deutschböhmischen Arbeiterschaft volkstümlich geworden.

die Reichenberger Parteileiter die ausdrückliche Erklärung abgeben, sich den gefaßten Beschlüssen unbedingt zu fügen.

Hiezu meldet noch eine Relation der Wiener Polizeidirektion vom 26. Juli 1879, daß Dunstätter in einer Sitzung der Herausgeber des „Sozialist" Bericht über die Konferenz erstattet habe, worauf „Stimmen laut wurden, daß man ohne Rücksicht auf die gefaßten Beschlüsse in Wien ein neues Parteiorgan gründen möge". Der Bericht besagt dann:

„Man hofft durch Vermittlung des Gemeinderates Dr. Lueger, eines enragierten Anhängers des bekannten Dr. Mandl (ein führendes Mitglied der Wiener Demokraten. Anm. d. Verf.), bei diesem Unternehmen eine materielle Unterstützung zu erlangen und beabsichtigt, sich erforderlichenfalls auch an Seine Durchlaucht den Reichsratsabgeordneten Fürsten Liechtenstein zu wenden, welcher schon in früheren Jahren ein reges Interesse für die Sache der Arbeiter bekundet haben soll."

Damit ist aktenmäßig festgestellt, daß schon 1879 seitens einiger „radikaler" Wortführer Verbindungen mit bürgerlichen und feudalen Politikern angestrebt wurden, die auch in den folgenden Jahren noch bestanden. Eine Tatsache, die bekanntlich später von einzelnen Persönlichkeiten, darunter dem Prinzen Alois Liechtenstein, öffentlich in Abrede gestellt wurde.

Die Gablonzer Beschlüsse wurden erst nach längeren Beratungen und sehr erregten Debatten in den einzelnen Organisationen Wiens und der Provinz angenommen. Die Reichenberger Zentralleitung mußte jedoch das Zugeständnis machen, daß der „Arbeiter-Kalender" in Wien von Josef Bardorf herausgegeben werde. Weiters beschloß man die Herausgabe zweier vierzehntägig erscheinender Parteiblätter für Wien und Niederösterreich.

Die neue Bahn, die jedoch fürderhin einzuschlagen sei, wurde, wie der erwähnte amtliche Bericht mitteilt, durch den Antrag gekennzeichnet, das Londoner sozialrevolutionäre Blatt „Freiheit" beziehungsweise „Rebell" als Agitationsblatt zu wählen, welcher Antrag auch zur Annahme gelangte. Die „Freiheit" ist das von Most später zu trauriger Berühmtheit gekommene anarchistische Organ, das vielfach auf Umwegen nach Österreich „geschmuggelt" und in den Jahren, da die anarchistische Bewegung hierzulande erstarkt war, auch von der Arbeiterschaft viel gelesen wurde; es war hier dem Blatt der Postdebit entzogen worden, so daß dadurch dem Bezug des Blattes einige Schwierigkeiten bereitet waren. Der Polizei und den Staatsbehörden galt das Mostsche Blatt stets als Beleg für die große Verruchtheit der Sozialisten und schon der Umstand, daß irgendeiner die „Freiheit" abonniert hatte oder auch nur ein gelegentlicher Abnehmer dieser Zeitung war, galt oft genug als voller Beweis dafür, daß er Anarchist sei; und damit allein schon verfiel er schweren Verfolgungen.

Am 31. Juli 1879 erschien die letzte Nummer des „Sozialist" mit einem von Dunstätter verfaßten Abschiedsbrief, der aber seine Leser nicht erreichte, da das Blatt konfisziert wurde, ein Schicksal, das dazumal allen Arbeiterblättern beschieden war.

Ende September 1879 langte, wie ein polizeilicher Bericht meldet, bei „leitenden Wiener Parteigenossen" ein Schreiben Mosts ein, das die Mitteilung enthielt, „daß für die Sozialistenpartei in Österreich nächstens von London aus eine unter der Ägide von Most und Andreas Scheu erfolgende eingreifende organisatorische Verfügung bevorstehe". Diese mysteriöse Andeutung wird dann in der amtlichen Relation folgendermaßen ergänzt:

„Am 9. Oktober hat sich Johann Schwarzinger einem vermeintlichen Gesinnungsgenossen gegenüber vertraulich dahin ausgesprochen, konform der Resolution der Brüsseler Sozialisten sei eine Partei zu gründen, deren Leitung in London sich zu etablieren habe. Es werde auch eine Parteileitung der österreichischen Sozialisten mit dem Sitz in London und mit der Aufgabe bestellt werden, um den Verfolgungen und der Überwachung in Österreich zu entgehen und von dort aus alles zu dirigieren sei; es werde gegenwärtig diesfalls zwischen Most und dem deshalb eigens nach London gekommenen Andreas Scheu sowie anderen hervorragenden Persönlichkeiten der Sozialisten das Erforderliche beraten."

Der Polizeibericht bemerkt dann über die Angelegenheit weiters:

„Die Absicht einer derlei Neuorganisation der Sozialisten in Deutschland und Österreich ist im Hinblick auf die faktisch bestehenden ziemlich tristen Parteiverhältnisse sowohl in Deutschland als insbesondere in Österreich wohl recht begreiflich, ein besonderer Erfolg aber kaum zu gewärtigen oder zu besorgen. Zeigt doch der Konflikt zwischen der »Freiheit« und dem Züricher »Sozialdemokrat«, daß ein Zwiespalt über die Parteileitung zwischen den Sozialisten in London und jenen in der Schweiz bereits bestehe und daß der alte Hader in dieser Beziehung, welcher die Partei nach und nach bis zu ihrem dermaligen Standpunkt herabschwächte, nichts weniger als aufgehört hat oder überwunden ist, wozu noch kommt, daß sich selbst die jeweiligen Führer jeder lokalen Parteifraktion der Sozialisten als Autokraten zu fühlen und zu gerieren gewohnt sind.

Nichtsdestoweniger wird selbstverständlich der Sache fortan die gebührende sorgfältige Aufmerksamkeit gewidmet.

Die ausgesprochene Ansicht, daß nach dem Erscheinen des »Sozialdemokrat« die »Freiheit« wahrscheinlich in ihren Enunziationen sich noch maßloser zeigen werde, scheint eine schnelle Bestätigung gefunden zu haben, denn die mit dem Datum 4. Oktober versehene, unter dem Titel »Der Revolutionär« erschienene Ausgabe derselben ist höchst aufreizenden und strafbaren Inhalts und kommen zum Beispiel in den Artikeln »Nieder mit der Kanaille!« und »Die soziale Revolution«, welch ersterer das Motto an seiner Stirne trägt:

»Armes Volk, mein Rachelied
Will ich dir vererben,
Wort ist Kraft und Kraft ist Tat,
Schlag' den Thron in Scherben!«

Stellen vor, wie bei Besprechung der Schwurgerichtsverhandlung in Beuthen im ersteren Aufsatz: Was sagt ihr Arbeiter von Oberschlesien, was sagt ihr Arbeiter Deutschlands dazu? Wollt ihr, daß ein Zustand verewigt werde, in welchem solche Schandtaten möglich sind? Erst dann die Ausbeutung zum Exzeß, dann den beißenden Hunger zum

Lohn dafür, dann die Massaker, endlich Zuchthaus und Gefängnis ꝛc., das sind die Maximen, welche das herrschende Raubgeschlecht für die Arbeiter in Bereitschaft hat usw. Wahrlich das sind Verhältnisse, welche den grimmigsten Haß in allen Arbeiterherzen hoch auflodern machen sollten usw., die Entschlossenheit reifen müßten, damit so bald als möglich gründlichst aufzuräumen.

Und im zweiten Artikel wird bemerkt, »Die soziale Revolution« betitelt die Stellen »Das einzige Erlösungsmittel ist und bleibt daher für das Volk nur die Revolution.«

»Noch nie hat man die Gelegenheit zu einer rein revolutionären Propaganda günstiger gehabt wie jetzt.«

»Wir wünschen, daß die Arbeiter sich mit dem Gedanken vertraut machen, eine soziale Revolution im engeren Sinne des Wortes sei einfach unvermeidlich und müsse darum dereinst ausgefochten werden.«

».... ist es nötig, daß jeder, der an die Revolution glaubt, beständig die Augen offen behält, seine Gleichgesinnten fort und fort zur Sammlung ruft und neue Rekruten für die Idee der Revolution wirbt. So haben wir's bis jetzt gehalten, so wollen wir auch in Zukunft handeln. Wer es ehrlich mit der Volkssache meint, tue desgleichen!«

Ein Exemplar des »Revolutionär« wurde der Staatsanwaltschaft zur Erwirkung des gerichtlichen Verbotes übermittelt, dem Informationsbüro die beabsichtigte Bestellung einer neuen Parteiorganisation und Parteileitung der österreichischen Sozialisten in London notifiziert."

Die Psyche der verelendeten Massen verfiel nur allzu leicht den Truggebilden, die ihm als Frucht der „neuen Taktik" vor Augen geführt wurden. Konnte es denn auch anders sein? Klammert sich der mit den Fluten Ringende in seiner Verzweiflung nicht an einen Strohhalm? Bei der Unklarheit des ökonomischen Denkens, das im Gros der Bevölkerung herrschte, bei der mangelnden politischen Erziehung, unter der das arbeitende Volk so schwer zu leiden hatte und die sich noch durch Jahrzehnte allenthalben so fühlbar machte, hatten die Schwärmer, Toren und Wahnsinnigen ein leichtes Spiel, weitere Kreise des Proletariats, zumeist die den extremsten Lehren so zugängliche Jugend zu gewinnen, zumal wenn die Verkünder jener Lehren der Gewalt über die nötigen Gaben des Demagogentums und die dazugehörige Gabe der — Gewissenlosigkeit schrankenlos verfügten.

Als sich in einer späteren Zeit in der österreichischen und deutschen Arbeiterbewegung eine widerstrebende Gruppe bildete, die ähnliche Grundsätze vertrat und sich „Unabhängige" nannte, meinte Viktor Adler von diesen Leuten, sie nennen sich Unabhängige, weil ihr Vorgehen unabhängig vom gesunden Menschenverstand sei. Um wie vieles schlimmer waren aber jene, die sich damals in der Öffentlichkeit Sozialisten nannten und sich auch als solche gemeiniglich in Versammlungen gebärdeten, die aber in Wahrheit im kleineren Kreise sich als Anarchisten, Herrschaftslose, Individualisten und so ähnlich bekannten. Von der „neuen Taktik" waren sie auch zu neuen Grundanschauungen gelangt, die mit Sozialismus und Sozialdemokratie aber schon gar nichts mehr gemeinsam hatten, weder was die Form noch den Inhalt betrifft; selbst mit dem sogenannten föderalistischen Sozialismus, unter dessen Flagge ihre Wortführer bald hier, bald dort, auch noch nach Jahren, aufzutreten liebten, hatten sie nichts gemein. Eine begreifliche Scheu und die auf die

Täuschung der Massen berechnete Taktik hielt sie davon ab, sich in ihrer wahren Gestalt öffentlich zu zeigen. Damit gaben sie vor allem den Behörden den willkommenen Vorwand, gegen die Gesamtheit der Arbeiterschaft und ihre Organisationen die brutalsten Gesetze zu schmieden. Die österreichische Bürokratie und Gesetzgebung hat auch tatsächlich und mit voller Absichtlichkeit die Begriffe Sozialismus und Anarchismus für völlig identisch erklärt, weil dies eben ihren Zwecken am dienlichsten erschien. Selbst noch in jenen Tagen, da der Spuk des Anarchismus schon längst verflogen war, hielten die Behörden und ihre Auftraggeber an der hergebrachten, überlieferten Gleichheit der Begriffe wider ihr besseres Wissen fest. Es geht dies auch aus allen Maßnahmen hervor, die gegen die „vaterlandslose Rotte" überall getroffen wurden.

Von den Genossen, die in diesen Tagen die Wortführer der Arbeiterschaft waren, seien genannt: Emil Kaler-Reinthal, der Hauptmitarbeiter und Redakteur des „Sozialisten", der nach mannigfachen Abstrafungen, die er erlitt, nach einer verbüßten Kerkerstrafe am 13. Jänner 1878 aus Wien polizeilich abgestraft und in seine Heimatsgemeinde Graz verwiesen wurde. Gleichzeitig wurde er von der Behörde angewiesen, seinen ihm rechtmäßig zukommenden Namen „Kaller" in Zukunft zu führen. Mit der Ausweisung Kalers glaubte die Wiener Polizei die Partei und namentlich ihr publizistisches Hauptorgan schwer zu treffen. Sie irrte aber in dieser Annahme, denn Kaler blieb noch weiter schriftstellerisch für den Sozialismus tätig; ja er trat später in ungemeiner Schärfe gegen die „Radikalen" auf.

Sehr eifrig betätigte sich auch der „Student der Philosophie und Lehramtskandidat" Karl Kautsky, dessen in den polizeilichen Aktenstücken aus jener Zeit vielfach Erwähnung geschieht. Er war ein fleißiger Mitarbeiter in der Parteipresse und hielt auch Vorträge in den Organisationen. Seine Aufsätze zeichnete er in der Regel mit „Symmachos" oder „Ss".

Die Brüder Johann und Josef Schwarzinger, Buchdrucker, der Schuhmacher Josef Marschall und der Herausgeber und Redakteur des Fachblattes der Metallarbeiter Ferdinand Dunstätter gehörten zu den führenden Personen in Wien. Großen Einfluß besaß Dunstätter, der eine Zeitlang auch als verantwortlicher Redakteur des „Sozialist" zeichnete und die Wiener Parteigenossen zumeist auf den Delegiertentagen vertrat. Er hatte im Verein mit Johann Schwarzinger und Josef Bardorf sich vor allem bemüht, eine Zeitlang wenigstens, die Partei vor Most und der Londoner Richtung zu bewahren. Später änderte er seine Haltung. Über seine Anregung sollen, wie ein Polizeibericht vom 18. Dezember 1879 bemerkt, die Besprechungen für die Neugestaltung der Partei in der Richtung nach Schaffung politischer Klubs aufgenommen worden sein. Der betreffende Bericht bemerkt noch hiezu, Dunstätter berufe sich hiebei auf ihm angeblich von Karl Marx zugekommene Weisungen:

„Marx soll es den Stimmführern sehr verübeln, daß sie, anstatt den Weg der entschiedenen Aktion oder auch der fruchtbaren Agitation zu betreten, ihre Kräfte in der unfruchtbaren Herausgabe von Partei-

blättern zersplittern, die über kurz oder lang schließlich doch dem Staatsanwalt zum Opfer fallen müssen."

„Dunstätter will die ganze Monarchie mit derartigen Klubs wie mit einem Netz umspannen und hofft auf diese Weise, daß die österreichische Sozialistenpartei alsbald gleich der russischen Nihilistenpartei von sich reden machen werde. Vorläufig soll das noch im Embryo befindliche Projekt nur die Zustimmung der Sattler und Metallarbeiter gefunden haben, während sich andere ganz indifferent stellten und Johann Schwarzinger sich geradezu ablehnend verhalten und hiebei privatim die Bemerkung gemacht haben soll, es wäre Gewissenssache, bei der gegenwärtigen Sachlage auch nur einen der Heißsporne ans Messer zu liefern, die seinerzeit der Sozialistensache ganz gute Dienste leisten könnten.

In gleicher Weise bekämpft Schwarzinger und mit ihm Bardorf die eingeleitete Agitation, die Mostsche »Freiheit« als Parteiblatt anzuerkennen, unter Hinweis auf den Umstand, daß es bei der gegenwärtigen Wachsamkeit der Polizeidirektion selbst der besten Organisation mit der Zeit unmöglich wird, den Bezug dieses Blattes auf lange hinaus sich zu sichern."

Eine leitende Stellung hatte auch der Schriftsetzer Robert Wagner inne, der eine Zeitlang Mitredakteur der „Sozialist" gewesen ist.

Die führende Persönlichkeit in der Zentralleitung in Reichenberg war Ferdinand Schwarz, der sich namentlich in Nordböhmen, aber auch bei den tschechischen Genossen großer Beliebtheit erfreute. Neben ihm wirkten in hervorragendem Maße Josef Schiller und Anton Behr, letzterer als Parteijournalist.

Von den Genossen in Steiermark waren es wie in den vorausgegangenen Jahren vornehmlich Michael Kappauf, Stephan Pauler und Franz Gabriel, die auch jetzt im Vordergrund der Bewegung standen.

Von den tschechischen Parteiangehörigen waren in Wien Vinzenz Zich, Franz Nechvile, in Prag Wilhelm Kerber und Ladislaus Zapotocky und in Brünn Burian und Indra hervorragend tätig.

Als Herausgeber des „Sozialist" fungierten unmittelbar vor der Einstellung des „Sozialist" Josef Marschall, Stephan Kohl, Ferdinand Dunstätter, Eduard Hebein, Eduard Siegl, Franz Nechvile, Josef Bardorf, Vinzenz Zich und Josef Schwarzinger. Dieses Komitee hielt jede Woche einmal eine Beratung ab, in der die Parteiangelegenheiten eingehend erörtert wurden. Es stellte sozusagen die Wiener Parteileitung dar. Man hatte, um den polizeilichen Vexationen zu entgehen, die Form einer Herausgeberkonferenz gewählt, da sonst vertrauliche Besprechungen überhaupt unmöglich gewesen wären.

Sehr charakteristisch für die herrschenden Zustände in der Partei und für das Verhalten der Behörden gegenüber der Sozialdemokratie ist die Jahresübersicht in dem von Josef Bardorf herausgegebenen Arbeiter-Kalender von 1880. Bardorf, der sonst über eine recht gewandte Feder verfügte, mußte sich in den „Zeitbetrachtungen zum Jahresschluß"

eine derartige Reserve auferlegen, daß die wahren Vorgänge kaum zwischen den Zeilen zu erkennen sind. Daß er hiebei über die Verhältnisse innerhalb der Partei, die trostlose waren, sich nicht eingehend äußern konnte, liegt klar auf der Hand. Eine Schilderung der tatsächlichen Zustände wäre auch gar nicht danach angetan gewesen, die Massen wieder den Organisationen zuzuführen.

Diese „Zeitbetrachtungen zum Jahresschluß" lauten:

„Und es ist nicht tot, es ist nicht gebannt für immer, und es ist nicht für immer vernichtet, das Gespenst, das da von Zeit zu Zeit im alten Europa auftaucht und stumm den knöchernen Finger erhebt, gleichsam als wollte es sagen: Ich habe euch zur Zeit eine Frage gestellt, aber ihr habt euch, nachdem ich verschwunden, nicht mehr um dieselbe bekümmert; was nun, wie lange noch wollt ihr die Antwort hinausschieben? Es lebt und kehrt wieder zum Schrecken und Staunen des alten Europa und es wird wiederkehren, insolange, bis ihm auf seine dunkle rätselhafte Frage die befriedigende Antwort zuteil werden wird.

Das Gespenst, es nennt sich allgemeines Elend, das Rätsel, das es der modernen Gesellschaft zur Auflösung gibt, es ist die soziale Frage.

Wie höhnisch und verächtlich sprach man vor einigen wenigen Jahren über diese Frage; »es gibt keine soziale Frage«, sagten und schrieben die Weisen der herrschenden Klasse, und wahrlich, nie hat sich der Unverstand der maßgebenden Wortführer im grelleren Licht gezeigt, als bei diesem Ausspruch. Jawohl, es gibt eine Frage, sobald eine solche aufgeworfen worden ist. Sie ist da, sei sie in berechtigter oder unberechtigter Weise gestellt, sei sie gesprochen von einer Majorität oder Minorität, genug, sie ist da und man hat sich mit derselben zu beschäftigen. Das unterließ aber die Bourgoisie, und diese Unterlassung rächte sich im Jahre 1848 und 1871.

»Der Sozialismus ist tot«, hieß es allgemein nach Niederwerfung des Kommuneaufstandes, man glaubte — es ist dies kennzeichnend für den Unverstand der herrschenden Klassen — es genüge, wenn man, statt dem Problem eine Deutung zu geben, mit Gewalt einschreite, wenn man in Ermanglung der Vernunft die Bajonette sprechen lasse. Kaum sieben Jahre sind jedoch verflossen gewesen, und die Welt sprach wieder von der sozialen Frage und die Ereignisse, wie sie vorfielen, erhielten den Stempel des sozialen Problems aufgedrückt.

Und auch das Jahr 1879 mit seinen Vorkommnissen, es steht noch immer im Banne der sozialen Frage, und alles, ja alles, was im verflossenen Jahre geschehen, tauchte auf, nur in der Beleuchtung des großen Problems. Was bewegte und erregte am meisten die Geister im verflossenen Jahre? Die Bewegung der unteren Volksschichten. Man sprach und spricht allgemein von einer Bewegung, die man anfangs ignoriert und von deren Dasein ehedem nur wenige Kenntnis hatten. Man mußte sich endlich einmal gestehen, daß der Sozialismus ein Faktor ist, mit dem gerechnet werden muß. Für die kurze Zeit des Bestandes des modernen Sozialismus ist dies ein unendlicher Fortschritt, ein Fortschritt, der jedem Freunde der enterbten Klasse nur zur Befriedigung gereichen kann.

Freilich wird man uns hier einwenden, in Österreich existiert nichts, das zu dieser obigen Behauptung berechtige. Unsere Offiziösen selbst nahmen die Backen voll, als es in Deutschland Ausnahmegesetze regnete und als in Rußland die Hausmeisterspitzelei ihren Anfang genommen

hatte. »Herr« riefen sie pharisäisch, »wir danken dir, daß wir nicht sind wie jene Zöllner.« Bei uns braucht man keine Ausnahmegesetze zu schaffen, sagten sie ein und das andere Mal.

Sind denn die Gesetze, welche den Armen nicht zur Wahlurne zulassen, nicht Ausnahmegesetze? Gemahnt das präsumptive Mißtrauen, das man jedem Verein, der nur seiner Bezeichnung nach an den Arbeiterstand erinnert, entgegenbringt, nicht lebhaft an ein Ausnahmegesetz? Dank diesen Verhältnissen hat in unserem Jahresrückblick das Ereignis der Wahlen nicht jene Bedeutung, als in den Zeitbetrachtungen der deutschen Arbeiterkalender. Die Wahlen sind vorüber; statt einiger Kunze sind Hinze und in einem anderen Fleckchen Zisleithaniens wieder statt der Hinze einige Kunze gewählt worden. Punktum! Was da weiters daraus folgt oder folgen mag, läßt uns so ziemlich kalt. Uns erschreckt das Geschrei über Reaktion gar nicht, und je eher sich die herrschenden Parteien in ihrem Froschmäusekrieg abnützen, desto lieber ist es uns. Man wird früher oder später, wenn man einmal eingesehen hat, daß die impotente Bourgoisie trotz Kikerikigeschreies keine tüchtigen Elemente hervorbringen konnte, zum Kleinbürger und Arbeiter greifen, man wird dem Wahlrecht eine breitere Basis geben müssen. Denn so lange nicht frisches Blut, und zwar echtes und rechtes Plebejerblut, in unser Parlament gebracht wird, insolange ist und bleibt das Parlament krank. Wer und was sind denn diese neuen Männer, von denen man Wesens gemacht, als ob sie den Stein der Weisen in der Tasche hätten? »Helft dem Kleingewerbestand«, hieß es allgemein, und was war die Antwort der vielgepriesenen Messias? Wir werden uns bestreben, alles mögliche zu tun 2c. Dazu noch etliche Redensarten, aus denen aber auch nicht der kleinste Kern irgendeines gesunden positiven Vorschlages herauszuschälen wäre. Von allen jenen neuen Männern, welche in ihren Kandidatenreden dem Kleingewerbe goldene Berge versprachen, vermochte sich auch nicht ein einziger bis zur Höhe irgendeines positiven Vorschlages zu erheben. Kein einziger vermochte auch nur die Mittel anzudeuten, geschweige denn ein befriedigendes volkswirtschaftliches Programm aufzustellen. Die Großbourgoisie hat eben geistigen Bankrott gemacht, vor den Fragen der Neuzeit steht sie ratlos da. Das Kleinbürgertum wird sich bald davon überzeugen, und es wird tun, was es seiner Stellung nach wird tun müssen, es wird sich dorthin wenden, wo ihm die Augen über seine Verhältnisse geöffnet werden — zum Sozialismus. Möge diese Einsicht recht bald Platz greifen unter ihnen und mögen sie das tun, was ihre Berufsgenossen schon anderweitig getan haben, nämlich die Reihen der entschiedenen sozialistischen Partei verstärken."

Wie man sieht, hat Bardorf nur recht wenig über die österreichischen Parteizustände gesprochen und kaum einiges Aktuelle angeführt. Es war offenbar einerseits die Scheu vor dem Staatsanwalt — Konfiskationen trafen die Partei materiell sehr schwer — und anderseits sicherlich die Scham, die Zerfahrenheit in der Partei aller Welt zu zeigen. Er begnügte sich daher mit einigen allgemein gehaltenen Bemerkungen über den Sozialismus und die politische Lage in Österreich.

Der Zersetzungsprozeß in der Partei schritt unaufhaltsam fort; vor allem verschärfte sich in Wien und Niederösterreich, wo einst die blühendsten Organisationen bestanden, der Konflikt zwischen den beiden Fraktionen, während in den Sudetenländern, und namentlich in Nord-

böhmen, aber auch im tschechischen Industriegebiet, die Einheit der Partei sich noch immer behauptete.

Wahrhaft ergreifend ist ein namens der Reichenberger Zentralleitung an die Wiener Genossen gerichtetes Schreiben*) Josef Schillers, das zur Einigung mahnt. Es heißt darin:

„Es würde um die österreichische Sozialistenpartei viel besser stehen, wenn die Wiener, anstatt immer zu dominieren, auch einmal sich unterordnen würden. Ist es nicht bedauernswert genug, daß so alte Parteigenossen sich um nichtiges Zeug herumzanken? Was fordert denn eigentlich die Zentralleitung? Ordnung und nichts als die Ordnung, und sie wird sie von allen fordern, die zur Partei gehören.

Provinzen wie Böhmen, in denen die soziale Bewegung so festen Fuß gefaßt hat, lassen sich nicht ignorieren. Ebensowenig lassen sich die Vertrauensmänner derselben verunglimpfen oder beiseite schieben, zumal wenn dieselben an Befähigung den anderen nicht nachstehen. Man gefällt sich in kleinlichen Nörgeleien. Laßt eure Halsstarrigkeit, fügt euch dem Ganzen, denn ebensowenig als ihr ohne die Provinzen, können letztere ohne euch etwas Bedeutendes unternehmen.

Und doch ist die Situation eben nicht so ungünstig. Die böhmische Landesorganisation tut ihre Schuldigkeit, Steiermark, Oberösterreich und Tirol erstarken sichtlich, auch in Wien geht es gerade nicht schlecht.

Also weg mit dem Groll, wir brauchen alle verfügbaren Kräfte, um zu erstarken. Es muß der Indifferentismus weichen, eine kräftige Agitation für die soziale Sache in die weitesten Kreise getragen und vor allem muß Geld beschafft werden. Würde der gegenwärtige Zustand noch länger andauern, so würde der österreichischen Sozialistenpartei unberechenbarer Schaden erwachsen und niemand gewinnen als die Staatsverwaltung, welche die Befehdungen der einzelnen Sozialistenfraktionen freudig hinnimmt und vielleicht sogar insgeheim künstlich nährt."

Die Reichenberger Mahnung schien anfangs einigen Eindruck bei den Wiener Parteigenossen gemacht zu haben, denn Dunstetter, der an die Stelle Waleckas getreten war, richtete an die Reichenberger Zentralleitung ein im versöhnlichen Ton gehaltenes Schreiben. Aber sonst geschah nichts zur Sanierung der finanziellen und Parteiverhältnisse. Im Gegenteil, man entfernte sich immer weiter von der gemeinsamen Linie und anstatt an eine ernstliche Reorganisation zu gehen, die dem Zweck der Einigkeit hätte dienen können, nahm man vielmehr die Gründung von „Klubs" in Angriff. Es waren vornehmlich die Tischler, Metallarbeiter, Sattler, Hutmacher und die Arbeiter in Floridsdorf, welche die Idee der Klubbildungen mit besonderer Lebhaftigkeit erfaßten; bald folgten ihnen auch einzelne Arbeitergruppen in den Wiener Bezirken Neubau, Mariahilf und Sechshaus.

Die neue Organisationsform fand bei den Wiener führenden Parteigenossen, schließlich selbst bei den „Gemäßigten", sehr viel Anklang und über Auftrag der Parteileitung verfaßte Bardorf das folgende Organisationsstatut:

*) Eine Reproduktion dieses Briefes findet sich in einem Bericht der Wiener Polizeidirektion!

1. Das Agitationskomitee veranlaßt die Bildung von Klubs, die aus Parteigenossen bestehen.

Mit diesen Klubs und den Vertretern der Genossenschaften bildet das Komitee die politische Parteiorganisation.

2. Grundlage dieser Organisation ist das gültige Parteiprogramm. Fragen in bezug auf taktisches Vorgehen dieser Organisation entscheidet das Plenum, bestehend aus Vertretern der Gewerkschaften und der Klubs. In dringenden Fällen, nur für spezielle Angelegenheiten und auf bestimmte Zeitdauer, kann das Organisationskomitee selbständig handeln, hat aber nachträglich dem Plenum Bericht zu erstatten.

3. Jedes Glied der Organisation hat sich allen gültig gefaßten Beschlüssen zu fügen, dieselben auszuführen und übertragene Funktionen gewissenhaft zu vollführen. Als Entschuldigung können nur Krankheit oder sonstige triftige, nachweisbare Gründe dienen.

4. Die Gründung von Klubs erfolgt nach Bedürfnis in allen Bezirken, Vororten und sonstigen Zentralisationspunkten der Arbeiterbevölkerung. Jeder Klub, dessen Mitgliederzahl mindestens 15 beträgt, hat das Recht, einen Vertreter in die Sitzungen der Lokalorganisation zu senden.

Der Vertreter hat die Pflicht, allwöchentlich in einem vom Komitee zu bestimmenden Lokal zu erscheinen, über die Vorkommnisse des Klubs zu referieren und die Aktionsbeschlüsse des Komitees den Mitgliedern zu übermitteln.

5. Jedes Klubmitglied zahlt wöchentlich einen Beitrag von mindestens drei Kreuzern, der an den Klubkassier abzuführen ist. Die Hälfte dieses Betrages verbleibt dem Klub zu internen Agitationszwecken, die andere Hälfte ist dem Kassier des Agitationskomitees abzuliefern, der in jeder Sitzung der Lokalorganisation Rechenschaft zu legen hat.

Ende 1880 hatte sich hier ein „geheimer Tischlerklub" gebildet, dessen Mitglieder mehrere Flugschriften, die von John Neve*) in London hiehergeschickt worden waren, in Massen verteilten. Die Polizei hatte sofort bei Gründung des „geheimen Klubs" von allen Vorgängen Kenntnis, so daß man sich kaum des Verdachtes erwehren kann, daß die Gründung nicht ohne Wissen und wahrscheinlich auch mit Willen einzelner Polizeiorgane erfolgte, daß also damals schon jene Methode geübt wurde, die später ganz gang und gäbe war. Die auf „frischer Tat" betretenen „Verbrecher" wurden denn auch sofort verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert, das den Prozeß wegen Geheimbündelei einleitete, der in der Regel mit schweren Verurteilungen endete.

Eine weitere Folge war zunächst die Auflösung des „Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Tischler Wiens". Das kuriose Auflösungsdekret der niederösterreichischen Statthalterei vom 18. September 1880 besagte unter anderem:

„In den Versammlungen des Fortbildungs- und Unterstützungsvereines der Tischler Wiens manifestiert sich seit seiner im Jahre 1875 erfolgten Gründung die konsequente Verfolgung sozialdemokratischer Tendenzen, welche speziell in den aufreizenden Reden der notorisch bekannten Arbeiterführer, von welchen die Mehrzahl dem Fachgewerbe des Vereines ganz fern steht, in derartiger Weise zum Ausdruck gelangte, daß wiederholt die behördliche Intervention eintreten mußte.

*) Eine in der Geschichte des deutschen „revolutionären" Sozialismus jener Tage viel genannte Persönlichkeit, deren später noch Erwähnung getan werden wird.

In der neuesten Zeit kamen in der am 29. Februar l. J. abgehaltenen Versammlung wiederholt statutenwidrige Ausschreitungen vor, ja es erscholl sogar der von der Internationale als gemeinsamer Schlachtruf erwähnte Appell:

»Arbeiter aller Länder, vereinigt euch!«

Am 18. April 1880 wurde in einer Vereinsversammlung ein kommunistischer Vortrag über Grund und Boden gehalten und hiebei die Notwendigkeit der Einziehung des sämtlichen Grund und Bodens als Staatseigentum ausgesprochen.

Ferner wurde in den am 29. August und 4. September 1880 abgehaltenen Versammlungen dieses Vereines selbst zu gewalttätigen Schritten aufgefordert.

Überdies wurde der Vereinsvorstand wegen der in den Vereinsversammlungen am 27. November 1875 und 2. Dezember 1876 gehaltenen aufreizenden Vorträge bereits verwarnt.

Endlich erscheinen in dem Prozeß wegen Verbreitung revolutionärer Druckschriften nur Mitglieder des Vereines schwer graviert."

Im übrigen wurden in jenen Tagen förmliche Razzien gegen Arbeitervereine unternommen. Die Behörden taten alles, selbstverständlich oft genug mit Außerachtlassung der Gesetze, um jedwede politische Betätigung der organisierten Arbeiterschaft zu verhindern. Es lag ein wohlerwogenes System in dem Vorgehen der maßgebenden Faktoren, das bei weitem noch schlimmer war als nach dem Wiener Hochverratsprozeß von 1870. Der Taaffe von 1880 und seine Helfer waren noch um einige Grade brutaler als der von 1870.

Mit der neuen Organisationsform der „Klubs" glaubte die Leitung der „Gemäßigten" den „Radikalen" den Wind aus den Segeln zu nehmen. Sie mußte aber in nicht zu ferner Zeit erkennen, daß ihr Beginnen ein vergebliches war; denn nicht in der Organisationsform, sondern im programmatischen Inhalt wie in der Anwendung der Mittel zur Verwirklichung des Programms, in der ganzen Taktik lag der nicht zu überbrückende Gegensatz zwischen den beiden Fraktionen ...

Die Bildung von „Klubs" erfolgte nicht nur in den Kreisen der politisch organisierten Arbeiter, sondern auch in den Gewerkschaften, was zunächst allerdings die verderbliche Folge hatte, daß auch dieser am schlagfertigsten organisierte Teil des Wiener Proletariats in den Bereich der Zerstörung gezogen wurde.

So entschloß man sich in Wien allmählich zur geheimen Organisation der Arbeiterschaft, wie sie namentlich von Most in seiner „Freiheit" empfohlen worden war. Daß das Wiener und später auch das ganze österreichische Proletariat zur Geheimorganisation seine Zuflucht nahm, ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Organisation der Massen des arbeitenden Volkes im Lichte der Öffentlichkeit von den Behörden unter völliger Mißachtung der Gesetze nicht geduldet wurde. So wie im Deutschen Reiche auf Grund des Sozialistengesetzes das Proletariat sich nur im geheimen versammeln konnte, so konnte auch das arbeitende Volk in Österreich, allerdings ohne daß ein Ausnahmegesetz der Organisation im Wege gewesen wäre, sich nicht mehr versammeln, um zu beraten. Es war auch in Österreich ein Akt der Notwehr, daß die leitenden Personen zu dieser Form der Organisation schritten. Sie

wußten wohl, welche Folgen diese „Geheimbündelei" zeitigen konnte und mußte, allein für die Sozialdemokratie in Österreich gab es damals kein anderes Mittel mehr, ihre Anhänger zu sammeln. Daß es den Machthabern höchst willkommen war, die Arbeiterschaft auf die Bahn der Ungesetzlichkeit zu drängen, ist selbstverständlich. In den bezüglichen Polizeiberichten wird dies auch ganz unverhohlen ausgesprochen.

So wird in einer „Konfidentennotiz" aus dem Informationsbüro des Ministeriums des Äußern vom 30. Jänner 1880 gesagt:

„Die hiesigen Sozialdemokraten sind auf die sowohl von der Partei des Züricher »Sozialdemokrat« als auch von der Londoner »Freiheit« empfohlene Art der Agitation »Geheimbündelei« wirklich eingegangen. Nach mehrfach stattgehabten Beratungen soll man den Beschluß definitiv gefaßt haben, um all der behördlichen Strenge zu entgehen, eine geheime Organisation in der österreichischen Sozialdemokratie einzuführen. Dieselben Mittel wie in Rußland, derselbe Endzweck. Die Geheimtuerei läßt bei den hier wenig ernsten Menschen befürchten, daß sie die Nihilistenspielerei mit all den Gewalttaten durchführen wollen.

Vorläufig steht fest, daß jede Gewerkschaft 20 Vertrauensmänner wählen wird, diese werden wieder je drei Delegierte in das Exekutivkomitee entsenden. Alles soll auf mündlichem Wege durchgeführt werden. Hinter jedem dieser 20 Menschen wird wieder ein »Zirkel« existieren usw."

Die Klubbildung*) machte anfangs nur ganz geringe Fortschritte, vor allem darum, weil einzelne noch immer großen Einfluß auf die Massen besitzende Personen, wie Schwarzinger, sehr energisch gegen diese Form der Organisation auftraten. Allein die Stimmung, vor allem in den Gewerkschaften, schlug zugunsten der „Geheimorganisation" um und bald war die Wiener Parteileitung diesen Bestrebungen gegenüber nahezu völlig machtlos. Die Anhänger der „Klubs" arbeiteten mit allen Mitteln, um die Massen für ihre Gedanken zu gewinnen. Sie wiesen vor allem auf die Vorgänge in Rußland hin, wo der Nihilismus sich immer mehr ausbreitete, und wendeten sich verächtlich gegen die Vereinsspielerei, wie sie in Österreich von den „Gemäßigten" praktiziert werde. Die wahrhaften Sozialisten, sagten sie, finden es für Zeit- und Kraft-

*) Die geheime Organisation in Klubs wurde Ende 1880 und anfangs 1881 sehr eifrig betrieben. Nicht nur in Wien, sondern auch in den Ländern, namentlich in Böhmen und Mähren, wurden zahlreiche „Klubs" gegründet, deren Mitgliederzahl mindestens 10 und höchstens 19 betrug. Nach den amtlichen Berichten bestanden in Wien sieben derartige aus tschechischen Arbeitern bestehende Klubs, deren Obmänner folgende Genossen waren: Hybesch (der bekannte tschechische proletarische Vorkämpfer), Petrzilek, Diviš, Randa, Zich (war verdächtig, im Dienste der Polizei zu stehen) Pižl und Steffek, Prag zählte fünf Geheimverbindungen; weiters bestanden Klubs in Reichenberg, Aussig, Mariaschein, Turn, Teplitz, Dux, Pilsen, Strakonitz, Brünn und Proßnitz. Die Funktionäre eines jeden Klubs waren ein Obmann, ein Kassier und ein sogenannter Korrespondent, der den brieflichen Verkehr mit den anderen Organisationen aufrechtzuerhalten hatte. Allmonatlich hatten die einzelnen Klubs der Zentralleitung in Wien Bericht zu erstatten; die Berichte gingen an eine Deckadresse, meist an eine Frau. Allwöchentlich fand bei einem oder dem anderen Mitgliede der Zentralleitung eine Zusammenkunft statt, bei der die eingelaufenen Korrespondenzen zur Verlesung gelangten und dann sofort vernichtet wurden.

verschwendung, Bildungsvereine zu gründen, Bibliotheksordnungen zu verfassen, wissenschaftliche Vorträge anzuhören, während ihre Kameraden im Ausland „große Dinge" vollführen.

Daß diese Bestrebungen, „große Dinge" zu vollführen, vor allem auch der Polizei bekannt waren, wenn nicht sogar damals schon von ihr gefördert wurden, ist nicht von der Hand zu weisen. Spätere Prozesse haben derartiges zur Evidenz bewiesen. Die Polizei besaß übrigens eine geradezu verblüffende Kenntnis von allen Vorgängen in den einzelnen Geheimorganisationen.

So wogte in der österreichischen und namentlich in der Wiener Arbeiterschaft der Kampf hin und her, ob man sich den Ideen von Johann Most, die ihren Ausdruck in der Londoner „Freiheit" fanden, die vielfach hier eingeführt wurde, oder den Gedanken des deutschen Sozialismus und in ihrem Hauptorgan, dem „Sozialdemokrat" in Zürich, anschließen soll. Kaller-Reinthal und Karl Kautsky, der damals in Zürich bei dem deutschen Parteiblatt hervorragend tätig war, suchten die Wiener Genossen dafür zu gewinnen, das Züricher Blatt als ihr Parteiorgan anzuerkennen. In den Tagen vom 17. bis 20. Juli 1880 fanden in der Administration der „Zukunft" bei Josef Bardorf Besprechungen der Wiener Lokalorganisation statt, die ausschließlich diesem Zwecke dienten.

Hiebei erstattete Karl Kautsky — wir folgen hier der polizeilichen Information — ein Exposé über die Parteiverhältnisse im Ausland und insbesondere über den Konflikt zwischen den Journalen „Sozialdemokrat" und „Freiheit".

Der polizeiliche Bericht sagt hierüber:

„Begreiflicherweise konnte Kautsky als Mitarbeiter des »Sozialdemokrat« nicht genug die Organisation dieses Blattes gegenüber dem Konkurrenzjournal loben. Er wies hiebei darauf hin, daß sein Journal täglich mehr und mehr Boden in Deutschland gewinnt, 5000 Exemplare auf sicherem Wege dahin schmuggelt und bereits 20.000 Flugschriften dorthin verbreitet hat. Es sei ein sicherer Ausweg gefunden worden, um mit Erfolg ganze Pakete des Journals mit Leichtigkeit über die Grenze nach Österreich und Deutschland zu bringen, und insbesondere in Deutschland seien in den namhaftesten Städten verläßliche Personen behufs weiterer Verbreitung der Druckschriften gewonnen worden. Die Parteiangehörigen der »Freiheit« vermindern sich von Tag zu Tag; nichtsdestoweniger liegt es im Parteiinteresse, einen Ausgleich zwischen beiden Fraktionen zu erwirken und dieser könnte einzig und allein mit Erfolg durch einen Vertreter der österreichischen Arbeiterpartei, welche in dieser Affäre die neutralste Stellung einnimmt, angebahnt werden. Aus diesem Grunde werde in Zürich die Ankunft Kaller-Reinthals sehnsüchtig erwartet, da er besonders geeignet erscheint, im Parteiinteresse das Versöhnungswerk zustande zu bringen.

Als Kautsky schließlich das Begehren stellte, daß die Versammlung das Journal »Sozialdemokrat« als Parteiorgan akzeptiere, opponierten Marschall, Temke und Walecka, während Bardorf den Antrag befürwortete. Nach längerer Debatte wurde die Entscheidung hierüber bis zur Rückkehr Kaller-Reinthals vertagt."

Der Polizeibericht bemerkt dann noch über die Anwesenheit Kautskys in Wien*), „daß er hier Umgang mit polnischen Revolutionären pflog. In vertraulichen Kreisen habe Kautsky erklärt, daß die Bewegung in Deutschland offenbar wieder auflebe, daß sich die geheime Organisation vorzüglich bewähre, daß ein neuer Parteigeist angefacht ist und daß an Sonn- und Feiertagen die Genossen sich einzeln ins Freie, auf die Berge und in die Wälder begeben und dort das besprechen, was in der kommenden Woche vorzunehmen ist. Kautskys Auseinandersetzungen blieben nicht ohne Eindruck auf die Zuhörer".

In der Folge wurde der Züricher „Sozialdemokrat" von den österreichischen Genossen nicht als Organ anerkannt, da in hiesigen Kreisen die Anschauung vorherrschte, ein auswärtiges Blatt sei nicht imstande, diese Funktion zu erfüllen.

Entsprechend den geänderten Parteiverhältnissen konstituierte sich in Wien als Zentralleitung der Partei ein „Agitationskomitee", das aus Leo Walecka (Metallarbeiter), Andreas Grosse (Miedermacher), Vinzenz Zich (Sattler), Peterssilka (Weber), Marschall (Schuhmacher), den Tischlern Bernt und Modell und dem Buchbinder Binder bestand. Zum Obmann des Komitees wurde Grosse, zum Obmannstellvertreter Binder, zum Kassier Bernt und zum Sekretär Walecka gewählt.

Die erste Aufgabe, die sich die neue Parteibehörde gestellt hatte, war die Veranstaltung einer Delegiertenkonferenz, die in Mürzzuschlag am 12. September 1880 stattfand. An dieser nahmen außer den Wiener Genossen auch Genossen aus Graz und für die nordböhmischen Genossen Franz Roscher teil. Die Verhandlungen selbst fanden in einem Walde in der Nähe des Ortes Mürzzuschlag statt. Walecka referierte über die Parteiverhältnisse, erörterte die Beschlüsse der deutschen Sozialdemokratie auf dem Kongreß zu Wyden in der Schweiz und betonte, daß man sich vor allem darüber schlüssig werden müsse, welche Haltung gegenüber den Journalen „Sozialdemokrat" und „Freiheit" einzunehmen sei.

Zu diesem Behufe forderte er Kaller-Reinthal, welcher persönlich aus diesem Anlaß in Zürich verhandelt hatte, auf, seine Äußerung abzugeben. Kaller-Reinthal setzte in längerer Rede auseinander, daß er längere Zeit mit den maßgebenden Personen in Zürich verhandelt habe und dort schließlich die Erklärung abgab, daß er bei den österreichischen Parteigenossen für die Annahme des „Sozialdemokrat" als Parteiorgan nur unter der Bedingung einstehen wolle, daß in jeder Nummer des Blattes ein Artikel erscheine, welcher sich auf rein österreichische Verhältnisse beziehen und den er verfassen solle.

*) Wie große Aufmerksamkeit die Wiener Polizei der Person Karl Kautskys zuwendete, geht auch daraus hervor, daß sie in einem Bericht vom 21. März 1880 hervorhebt, daß Kautsky vor einiger Zeit ein hier bei Bloch u. Hasbach verlegtes Buch „Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft" herausgegeben, das sehr gelehrt und wissenschaftlich gehalten ist, sich aber entgegen der bisher im sozialdemokratischen Lager bestandenen Auffassung gegen die Volksvermehrung ausspricht, und daher in der Partei wenig Anklang findet.

Kautsky wurde übrigens stets während seiner jeweiligen Aufenthalte in Österreich auf das genaueste polizeilich „invigiliert".

Der Kongreß auf Schloß Wyden habe jedoch die Verhältnisse völlig geändert, indem auf diesem Parteitag diese Vereinbarung abgelehnt wurde. Übrigens sei die Haltung der deutschen Parteigenossen eine solche gewesen, daß die Österreicher mit ihnen nichts mehr gemein haben können und wollen.

Den Ausführungen Kaller-Reinthals entsprechend wurde denn auch der Beschluß gefaßt, mit den Zürichern jede Verhandlung abzubrechen.

Im Namen der Grazer Genossen stellte Kappauf den Antrag, eine großzügige Agitation durch Flugschriften zu entfalten. Er habe bereits eine Anzahl derartiger geeigneter Flugschriften in Zürich bestellt. Die Grazer seien für die regste revolutionäre Propaganda. Kappauf warf auch die Frage auf, ob die Partei sich nicht mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage damit beschäftigen müsse, wie und wann das Volk bewaffnet werden müsse.

Man einigte sich dahin, die Beratung über diesen Gegenstand einem besonderen Komitee zuzuweisen.

Es müsse zuerst um jeden Preis, nötigenfalls auch gegen den Willen des Reichenberger Zentralkomitees, noch in diesem Jahre ein Parteikongreß oder eine Konferenz einberufen werden, um dort die näheren Modalitäten der revolutionären Propaganda und die zu beobachtende Taktik endgültig festzustellen.

Kaller wurde beauftragt, noch einmal an die Genossen aller Provinzen die Anfrage zu richten, ob sie hiemit einverstanden seien; die Reichenberger Zentralleitung sei aufzufordern, binnen vierzehn Tagen die Einberufung vorzunehmen. Mittlerweile müsse mit allem Eifer die Agitation durch Flugschriften fortgesetzt werden. Zur teilweisen Bestreitung der hiezu notwendigen Kosten verpflichteten sich die Grazer Delegierten einen Beitrag zu leisten.

In Ergänzung der vorstehenden Mitteilungen über die Parteibesprechung in Mürzzuschlag, die Konfidentenberichten entstammen, die aber sicherlich, wie der Verfasser erheben konnte, zum großen Teil den Tatsachen entsprachen, teilte ein anderer polizeilicher Bericht noch mit, die Erörterungen bekundeten den „in der österreichischen Sozialistenpartei herrschenden sozialrevolutionären Geist"; es seien Beschlüsse gefaßt worden, „die für die Gestaltung der Parteiverhältnisse von den schwerstwiegenden Folgen begleitet sein können". In der Debatte über das Verhalten zur „Freiheit" und zum „Sozialdemokrat" wendeten sich alle Teilnehmer der Konferenz gegen Mosts Ausschließung aus der deutschen Sozialistenpartei. „Im Hinblick auf den Umstand, daß ohnehin die Mehrheit der österreichischen Sozialistenpartei den Tendenzen der »Freiheit« huldige, wurde beschlossen, diese Frage ein für allemal von der Tagesordnung abzusetzen und sich auf eigene Füße zu stellen und die Schaffung eines eigenen Zentralorgans anzubahnen."

„Überhaupt ging aus den Reden, insbesondere aus denen der Grazer Stimmführer hervor, daß der Standpunkt der sozialrevolutionären Propaganda vorwaltend akzeptiert worden sei und daß die Grazer Sozialisten den Beschluß gefaßt haben, auf alle erdenkliche Weise, ob

gesetzlich oder ungesetzlich, die Agitation in die weitesten Kreise zu tragen, ja es wurde sogar die Ermöglichung einer bewaffneten Eruption ins Auge gefaßt und deshalb die Beteiligung an den Schützenvereinen lebhaft befürwortet, um gegebenenfalls mit der Waffenhantierung vertraut zu sein und dem ersten Anprall der bewaffneten Macht standhalten und der großen Menge Zeit zum Sammeln geben zu können, welche Enunziationen übrigens seitens der Anwesenden von keiner Seite her einen Widerspruch erfahren haben sollen."

Die Verhandlungen in Mürzzuschlag hatten vorerst die Folge, daß die Polizei, die, wie aus dem mitgeteilten Bericht klar und unzweideutig hervorgeht, sehr genau informiert war, die umfassendsten Maßnahmen traf, um der sozialistischen Agitation wirksam entgegenzutreten; vor allem wurden mehrere der „Geheimbündler" verhaftet und dann abgeurteilt*). Das Ministerium des Innern und die Landeschefs wurden von den angeblichen oder wirklichen Beschlüssen, die in Mürzzuschlag

*) Der Geheimbundsprozeß gegen Kaller und Genossen ist ein Typus von Gerichtsprozeduren, wie sie damals gang und gäbe in Österreich waren. Er sei daher in Kürze wiedergegeben:

Am 29. November 1881 fand gegen eine Anzahl von Genossen vor dem Grazer Landesgericht die Verhandlung wegen „Geheimbündelei" statt. Bemerkenswert sind die in der Anklage ausgeführten „Gründe": In der Nacht vom 27. zum 28. August 1881 fand in Kindberg im Lokale des dortigen Arbeiterbildungsvereines eine geheime Vereinsversammlung statt, zu welcher auch Emil Kaller geladen und erschienen war. Die Behörde inhibierte dieses Konventikel und nahm bei unterschiedlichen Personen Hausdurchsuchungen vor, welche unter anderem zum Resultate führten, daß bei Emil Kaller ein geständigermaßen von diesem verfaßter und geschriebener Entwurf einer neuen Organisation der sozialdemokratischen Partei (§ 287 St.-G.) vorgefunden wurde, in welchem die Notwendigkeit der alljährlichen Abhaltung eines Kongresses, die neutrale Haltung der österreichischen Partei gegenüber den persönlichen Differenzen auswärtiger Parteigenossen, die Aufstellung von Funktionären, Herausgabe eines Zentralorgans, Verwendung von Unterstützungsgeldern (für allgemeine Parteizwecke und zumal für inhaftierte Gemaßregelte), die Revolutionierung des Volkes durch geheime Flugschriften, endlich Gründung eines Fonds zu diesem Zwecke besprochen und betont wird. Obschon der Ausdruck „Revolutionierung" auf ein viel schwerer verpöntes Delikt hindeuten würde, kann derselbe denn doch nicht schon für sich allein die Erhebung der Anklage wegen Hochverrats oder Störung der öffentlichen Ruhe rechtfertigen, da einerseits Kaller jeden gewalttätigen Schritt perhorresziert zu haben behauptet, anderseits aber heutzutage die Behauptung, jeder, der sich als Sozialist bekennt, sei zugleich Revolutionär, keine Berechtigung mehr hätte, da die Gemäßigten unter den Sozialisten sich bekanntlich der Meinung hingeben, ihr Ziel, die „Verwandlung der privaten Konkurrenzkapitale in einheitliches Kollektivkapital" auf friedlichem und gesetzmäßigem Wege zu erreichen.

Allein dieses Schriftstück beweist wenigstens die Betätigung des Strebens seitens Emil Kallers, eine geheime Gesellschaft zu stiften und gewinnt noch an Bedeutung und Beweiskraft, wenn man Kallers Vorleben, seine Verantwortung und die seinerseits am Schlusse desselben geschriebenen Bleistiftnotizen in Betracht zieht.

Emil Kaller, auch Reinthal genannt, ist der uneheliche Sohn einer Dienstmagd, verlebte, ohne seine Eltern gekannt zu haben, den größten Teil seiner Kindheit in Graz, wo sich ein Gürtler seiner aus Barmherzigkeit annahm. Er war ursprünglich bestimmt, ein Handwerk zu lernen, widmete sich jedoch, mit Not und Entbehrungen kämpfend, den Studien, absolvierte in Graz das

gefaßt worden waren, in Kenntnis gesetzt und auf die dem Staate drohenden Gefahren aufmerksam gemacht.

Der Wiener Statthalter richtete „an die Herren k. k. Bezirkshauptmänner in Niederösterreich" das folgende Rundschreiben:

„Ich war im Laufe dieses Jahres bereits mehrfach in der Lage, die Aufmerksamkeit Euer Wohlgeboren auf die Bestrebungen der Sozialistenpartei in Österreich zu richten.

Nach den mir in jüngster Zeit zugekommenen Notizen ist von maßgebenden sozialistischen Parteiführern nicht bloß die Fortsetzung der sozialistischen Agitation durch Verbreitung sozialdemokratischer Druckschriften auch fernerhin in Aussicht genommen, sondern sogar für die Zukunft der durch die bekannte in London erscheinende und von Most redigierte Zeitschrift »Die Freiheit« vertretene Standpunkt der sozialrevolutionären Propaganda vorwaltend akzeptiert worden.

Es wird daher auch für dieses Jahr das Zustandekommen eines Kongresses angestrebt, auf welchem die näheren Modalitäten der re-

---

Gymnasium sowie ein Semester der philosophischen Fakultät und bezog zur Fortsetzung seiner Studien die Universität in Wien.

Hier schloß er sich alsbald der Arbeiterbewegung an, kam jedoch mit dem Strafgesetze in Konflikt und wurde, damals erst 19jährig, am 14. September 1872 vom k. k. Landesgerichte Wien wegen Verbrechens der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach Art. II des Gesetzes vom 17. Dezember 1862 sowie wegen des im § 305 St.-G. verpönten Vergehens zu drei Monaten Kerker verurteilt.

Indessen hatte diese milde Abstrafung nicht den gewünschten Erfolg, denn Kaller wurde noch 1875, 1876, 1877 in Wien wegen Vergehens nach § 302, St.-G., Übertretung der Wachebeleidigung und des Vereinsgesetzes, am 25. April 1877 in Graz wegen Verbrechens der Majestätsbeleidigung und der Beleidigung der Mitglieder des kaiserlichen Hauses verurteilt und fristete sein Leben seither — von Wien längst ausgewiesen — in Graz als Schriftsteller, indem er mehrere Blätter durchwegs sozialdemokratischen Inhalts herausgab und redigierte.

Und so ward er auch von dem in Zürich erscheinenden „Der Sozialdemokrat" — einem Blatte von bekanntlich destruktivster Tendenz — wiederholt bewährter und vielgeprüfter Genosse genannt.

Er gibt auch selbst zu, im vorigen Jahre den bekannten sozialrevolutionären Kautsky in der Schweiz aufgesucht zu haben, angeblich um mit ihm infolge der zerrütteten Parteiverhältnisse Rücksprache zu pflegen; stand im Briefwechsel mit dem nicht minder berüchtigten Schwarzinger, gesteht auch, daß in Graz ein sozialistisches Zentralkomitee bestehe und daß er einer derartigen Verbindung angehöre, deren Dasein der Behörde sorgfältig verschwiegen wurde.

Die Bleistiftnotizen aber am Schlusse jenes Organisationsentwurfes, welche geständigermaßen ebenfalls von Kallers Hand herrühren, weisen zur Evidenz nach, daß über seinen Organisationsentwurf in jüngster Zeit tatsächlich beraten wurde, und dies geschah, wie die Erhebungen ergaben, am 15. August 1881 in einem Orte nächst Mürzzuschlag, wohin Kaller jenen Entwurf mitgebracht zu haben zugesteht.

Hierbei waren außer Kaller die hiemit in Anklagezustand versetzten Personen zugegen; sie leugnen zwar entschieden, an der Zusammenkunft teilgenommen zu haben, allein einerseits bekennen sie sich sämtlich als Sozialisten, anderseits sind sie der Teilnahme an diesem sogenannten „Kongresse der österreichischen Arbeiterpartei" deshalb verdächtig, weil Kaller ihr Erscheinen selbst nicht in Abrede stellen kann, und weil es keinem von ihnen gelang, ihr Alibi irgendwie nachzuweisen."

Sämtliche Angeklagten wurden verurteilt, und zwar zu Kerkerstrafen von sechs Monaten bis zu sechs Wochen.

volutionären Propaganda und die zu beobachtende Taktik festgestellt werden sollen.

Schon wird in maßgebenden Sozialistenkreisen die Frage als zeitgemäß behandelt, ob die Partei sich nicht auf einen gewalttätigen Widerstand vorbereiten und damit beschäftigen solle, das Volk an die Hantierung mit den Waffen zu gewöhnen und wurde diesfalls die rege Beteiligung an Schützenvereinen befürwortet, um im gegebenen Fall mit der Waffenhantierung vertraut zu sein und der bewaffneten Macht standhalten zu können.

Unter diesen Umständen sehe ich mich genötigt, Euer Wohlgeboren neuerdings aufzufordern, die Arbeiterfrage stets im Auge zu behalten und die in dem Euer Wohlgeboren unterstehenden Bezirk vorhandenen Arbeitervereine in der Richtung zu überwachen, ob dieselben sich strenge in ihrem statutenmäßigen Wirkungskreis bewegen, in dem Fall aber, als sie den Bedingungen des rechtlichen Bestandes nicht mehr entsprechen, nach gehöriger Konstatierung ungesäumt anher die geeigneten Anträge zu stellen.

Euer Wohlgeboren wollen sich vor Augen halten, daß die immer gefährlicher auftretende sozialistische Bewegung einheitlich organisiert und selbstverständlich bestrebt ist, sich der Aufmerksamkeit der Behörde zu entziehen. Deshalb wollen Euer Wohlgeboren bei Überwachung der Arbeitervereine nicht bloß die offiziell angezeigten Vereinsversammlungen, sondern auch alle anderweitigen, scheinbar unverfänglichen Äußerungen des Vereinslebens wie zum Beispiel Feste, Konzerte, Tanzunterhaltungen, Ausflüge etc., die gewöhnlich nur als Vorwände für sozialistische Verabredungen benützt werden, im Auge behalten, insbesondere aber dem Versuch einer Verbreitung von staatsgefährlichen Druckschriften energisch entgegentreten.

Sollte in dem einen oder anderen Fall ein gerichtliches Einschreiten angedeutet sein, so wollen Euer Wohlgeboren nicht bloß die Einleitung der gerichtlichen Amtshandlung veranlassen, sondern auch auf möglichste Beschleunigung in der Durchführung der gerichtlichen Verhandlung nach Tunlichkeit einwirken und mir die Resultate derselben jedenfalls zur Kenntnis bringen. Nachdem die k. k. Polizeidirektion in Wien infolge der ihr zur Verfügung stehenden Kräfte über die sozialistische Bewegung am unmittelbarsten und besten orientiert ist, wird es sich schließlich empfehlen, in dringlichen Fällen unmittelbar mit derselben in das Einvernehmen zu treten.

Wien, den 16. September 1880*)."

---

*) Einen bemerkenswerten und zumindest originellen Vorschlag über die polizeiliche Behandlung der Arbeiterfrage machte im Ministerrat vom 18. August 1880 der frühere Statthalter und damalige Unterrichtsminister Conrad v. Eybisfeld. Der gute Herr meinte, so heißt es im Protokoll des Ministerrats wörtlich:

„Zur Behandlung der Arbeiterbewegung seitens der Wiener Polizei wäre es wünschenswert, wenn sich die Polizei nicht bloß auf die Information über die Ziele und Zwecke der Arbeiterbewegung beschränkte, sondern auch eine Agitation dahin einleitete, daß von konfidenten Teilnehmern an Arbeiterversammlungen in diesen selbst durch Eingreifen in die Debatten aufklärend, beruhigend und besänftigend gewirkt und auf diese Weise von Innen der Bewegung heraus auf die Richtung derselben Einfluß geübt würde."

Hatte das naive Gemüt des Herrn Ministers für Kultus und Unterricht denn gar keine Ahnung, daß seine von ihm offenbar für sehr wertvoll gehaltene An-

Daß nunmehr die Bezirksgewaltigen gegen die „sozialdemokratischen Umtriebe" alles vorkehrten, was in ihrer Macht stand, ist selbstverständlich. Auch sie fragten sich nicht lange bei Ergreifung ihrer Maßnahmen, ob diese im Rahmen und Geiste des Gesetzes seien oder nicht

Ganz anders war jedoch noch die Stimmung in Böhmen, und namentlich in Nordböhmen, wo man die „neue Taktik" damals noch auf das heftigste bekämpfte. Hier war man entschlossen, an der Kampfesweise der deutschen Sozialdemokratie festzuhalten; auch in den Kreisen des tschechischen Proletariats. Der Einfluß der reichsdeutschen Parteigenossen überwog hier stets, zumal häufig auch Genossen aus dem Reiche ihren Einfluß geltend zu machen suchten.

So wußte der Reichenberger Bezirkshauptmann davon zu berichten, daß „der sozialistische Agitator A. Bebel*) aus Leipzig am 14. Juni 1880 früh in Reichenberg eingelangt ist und dortselbst mit sozialdemokratischen Parteigängern und hervorragenderen Parteiführern, als Schwarz, Hannich, vertraulich konferiert hat. Der Inhalt dieser Konversation konnte nicht ermittelt werden. An demselben Tage fuhr Bebel nach Zittau ab; die Gemeinden des Landbezirkes hat er nicht besucht".

Die Zerfahrenheit, namentlich innerhalb der Wiener Partei, war Ende 1880 eine schwere. Sowohl in der politischen Fraktion als auch in den Gewerkschaften trat diese stets unverhüllter zutage. Auch in den Kreisen des Bürgertums und in der bürgerlichen Presse kannte man recht wohl diese Zustände und wertete sie demgemäß. Die einst gut organisiert gewesene industrielle Arbeiterschaft Wiens und der Städte Österreichs war in den letzten Jahren fast zu einer Quantité neglegeable geworden, zur Freude der gesamten liberalen und klerikalen Reaktion. Trübe war es allerwärts im österreichischen Proletariat!

---

regung von den Wiener Polizeigewaltigen nicht schon längst praktiziert wurde? Die Polizisten Marx, Weiß und Frankl übten wahrlich genug Einfluß auf die Arbeiterbewegung!

Entgegen den Bestimmungen des Vereinsgesetzes haben übrigens viele Jahre manche Regierungsvertreter sich wirklich in die Verhandlungen bei Versammlungen eingemischt, zumeist mit dem Erfolge, daß die betreffenden Versammlungen der Auflösung durch die betreffenden Regierungsvertreter verfielen!

*) Bebel schildert im dritten Teile seines Buches „Aus meinem Leben" die „Beschattung" durch die österreichische Polizei bei seinen Reisen in Nordböhmen folgendermaßen:

„Ich pflegte von Zittau aus geschäftliche Abstecher nach Reichenberg in Böhmen zu unternehmen. Sobald ich dorthin abfuhr, meldete der sächsische Polizeiposten auf dem Zittauer Bahnhof telegraphisch die Zeit meiner Ankunft an die Reichenberger Polizei. Dort angekommen, stand bereits ein robuster Gendarm in voller militärischer Ausrüstung am Bahnhof, um mir das Geleite zu meinen Kunden zu geben. Das rief großes Aufsehen hervor. Als ich dann eines Tages nach getaner Arbeit mit einer Anzahl Parteigenossen in einem Restaurationsgarten zusammentraf und wir uns eben unterhielten, wurde ich vor den Stadtgewaltigen zitiert, der, nachdem er sich erkundigt, was mich nach Reichenberg geführt, mir den Rat gab, mit dem nächsten Zuge abzureisen, widrigenfalls er meine Ausweisung verfügen müsse. In Österreich herrschte um jene Zeit genau wie bei uns der Rotkoller; Gewaltmaßregeln schlimmster Art gegen unsere Parteigenossen waren an der Tagesordnung. Genützt haben sie nichts, so wenig wie bei uns."

Eine diese Zustände beleuchtende, sehr charakteristische Darstellung findet sich im Polizeiarchiv über die Arbeiterbewegung in Österreich im Jahre 1880, die, abgesehen von den üblichen Polizismen, keineswegs übertrieben, sondern völlig glaubwürdig erscheint. Es wird darin unter anderem ausgeführt:

„Bei Beginn dieses Jahres machte sich allerorts eine Zerfahrenheit innerhalb der österreichischen Arbeiterpartei bemerkbar. Die Parteileitung in Reichenberg zeigte im Gegensatz zu der Wiener Fraktion ganz besonders eine deutlich wahrnehmbare Ordnung in der Geldgebarung und erwarb sich hiedurch in den Provinzen ein gewisses Ansehen, welches noch durch das an den Tag gelegte besonnene Auftreten gekräftigt wurde. In diesem Bewußtsein stellte die Parteileitung in Reichenberg die kategorische Forderung an die Wiener Fäseurs, die alte Halsstarrigkeit aufzugeben und sich den Anordnungen des Zentralkomitees zu fügen. Allein dieser Mahnruf blieb ohne Erfolg und der seither wiederholt angebotene Ausgleich scheiterte ebenfalls. Es scheint vielmehr die Kluft zwischen den beiden Parteien sich eher erweitert zu haben, infolge der Ablehnung des von den Wiener Fäseurs gestellten Antrages, in diesem Jahr einen Kongreß abzuhalten, auf welchem diese die alte Macht zu erlangen hoffen.

Die tschecho-slavische Arbeiterpartei, welche zwar auch im Zentralkomitee vertreten ist, jedoch durch Rücksichten nationaler Natur eine Sonderstellung innerhalb der österreichischen Partei einnimmt, versuchte ebenfalls zwischen beiden Parteien zu vermitteln, ohne jedoch ein Resultat zu erzielen.

Nebst diesem internen Konflikt bildete sich innerhalb der Gesamtpartei die Streitfrage heraus, welche Stellung gegenüber den im Auslande herausgegebenen Journalen »Freiheit« in London und »Sozialdemokrat« in Zürich einzunehmen sei. Von beiden Seiten fehlte es nicht an zahlreichen Bewerbungen um die Gunst der österreichischen Partei, und trotzdem sich Emissäre aus beiden Lagern zu diesem Zweck in Wien und Reichenberg einfanden, wie zum Beispiel Bebel in Reichenberg, Karl Kautsky in Wien, ist die Frage bisher endgültig nicht entschieden und dürfte vielmehr eine offene Spaltung schon in nächster Zeit hervorrufen.

Eine besonders beachtenswerte Wendung trat in der Arbeiterbewegung Wiens erst nach der am 15. Februar 1880 erfolgten Neuwahl des Agitationskomitees ein. Das frühere Komitee wurde von neuen emporstrebenden Parteigenossen bei jeder Gelegenheit der Ohnmacht, der Gedankenlosigkeit geziehen und als die Brutstätte des Hasses, der Zwietracht und des Terrorismus bezeichnet, und allgemein erscholl der Ruf, daß es auf diesem Wege nicht mehr weitergehen könne. Die »alte Garde« wurde förmlich ignoriert und das neue Agitationskomitee wurde angewiesen, eine geheime Lokalorganisation ins Leben zu rufen. Unter dem Einfluß der obgedachten Schandblätter wurde das Verlangen nach Errichtung sogenannter Klubs gestellt, und diese Forderung wurde trotz des Widerspruchs der alten Führer, welche zur Besonnenheit und Vorsicht rieten, bei jeder Gelegenheit wiederholt.

Als endlich Karl Kautsky, Johann Schwarzinger und nach ihm auch Bardorf, müde der beständigen Nörgeleien und im Bewußtsein, daß infolge der ununterbrochenen Wachsamkeit der Behörden eine nachhaltige Agitation nicht entwickelt werden könne, nach und nach den Schauplatz ihrer bisherigen Tätigkeit verließen und Stellungen bei

dem Züricher Blatt annahmen, gewannen die jüngeren unbesonnenen Elemente, aufgestachelt durch die Propaganda des Mostschen Emissärs Fleron, die Oberhand und verlegten in letzter Zeit, unbekümmert um die bisherige Organisation, den Schwerpunkt der Organisation in die von ihnen mit aller erdenklichen Vorsicht gegründeten geheimen Klubs, ohne daß den Gewerkschaftsvereinen die eigentliche, weniger bedenkliche gewerbliche Agitation benommen wurde.

Diese Form der geheimen Agitation findet bereits in den Provinzen Nachahmung und insbesondere in Böhmen sollen in den letzten Tagen gleichartige Klubs fast in allen größeren Fabrikstädten gegründet worden sein.

Von maßgebendem Einfluß scheint auch der Eintritt des Andreas Scheu in die Redaktion der »Freiheit« gewesen zu sein, dem es vermöge seiner alten Beziehungen zu radikalen Elementen innerhalb der österreichischen Partei und unter wirksamer Vermittlung seines in Wien befindlichen Bruders Josef Scheu gelang, die revolutionäre Propaganda Mosts in einzelne Arbeiterkreise zu tragen. Zur Belebung der Agitation trug auch nicht wenig bei, daß der alte »geistige« Führer Emil Kaller-Reinthal, welcher am 13. März l. J. aus der Strafe entlassen wurde, seine Tätigkeit wieder aufnahm.

Trotzdem der unter den verschiedensten Formen betriebene Schmuggel der mehrgedachten ausländischen sozialrevolutionären Blätter und anderer in Form von Flugblättern erschienenen Brandschriften durch das rechtzeitige Eingreifen der Behörde möglichst vereitelt und die Festnahme vieler Genossen jedesmal eine förmliche Panik innerhalb der radikalen Clique verursachte, so läßt es sich nicht in Abrede stellen, daß infolge der leichten Verkehrsmittel und der immer wieder neu aufgefundenen Schmuggelwege noch immer diese giftigen Presserzeugnisse Eingang unter den Arbeitern teils auf dem Umwege über Ungarn finden und nicht nur zur Befestigung und Verbreitung der revolutionären Ideen beitragen, sondern auch durch verlockende Phrasen einzelne unbesonnene und eines jeden richtigen Blickes bare Arbeiter in dem Wahne bestärken, daß baldigst eine Realisierung der sozialdemokratischen Forderungen durch gewalttätigen Umsturz der gesellschaftlichen Ordnung zu gewärtigen sei.

Was die in Österreich erscheinenden Parteiorgane betrifft, so leiden dieselben bis auf die Reichenberger »Sozialpolitische Rundschau«, deren Erträgnis die Parteisteuer bildet, mehr oder weniger unter finanziellen Kalamitäten und konnten dank der sorgfältigen preßpolizeilichen Überwachung sich kaum mehr als über eine gewerbliche Agitation erheben.

Diesem Umstand ist es auch zuzuschreiben, daß man einzelne Broschüren, um einer Beschlagnahme im Inland vorzubeugen, in Budapest drucken ließ, daß man jedoch bei dem jedesmaligen Versuch, diese Broschüren nach Österreich einzuschmuggeln, durch das Einschreiten der Aufsichtsorgane ein klägliches Fiasko erlebte. Diese Erfahrung scheint auch auf jene Heißsporne ernüchternd gewirkt zu haben, welche die Absicht hatten, in Budapest ein tschechisches Parteiblatt erscheinen zu lassen.

Was die rein gewerbliche Agitation betrifft, welche in den zahlreichen Gewerkschafts- und sonstigen Versammlungen wahrnehmbar wurde, so bezog sich dieselbe zumeist auf eine nachdrucksvolle Äußerung der Wünsche rücksichtlich der bevorstehenden verfassungsmäßigen Behandlung der Novelle zur Gewerbeordnung.

Die diesbezüglich von Johann Schwarzinger verfaßte Resolution wurde in zahllosen Versammlungen in und außerhalb Wiens breitgetreten und — angenommen.

Außer einigen durch lokale Ursachen hervorgerufenen Arbeitseinstellungen, welche nach wenigen Tagen mit der Wiederaufnahme der Arbeit und zumeist kläglich endeten, ergab sich auf gewerblichem Gebiet nichts weiter Bemerkenswertes.

Und so dürfte durch diese Darstellung neuerlich die Überzeugung gewonnen werden, daß dieser internationalen Propaganda nur durch das Zusammenarbeiten aller betroffenen Regierungen mit Erfolg begegnet werden könne, damit nicht Mosts Drohworte, die er im Jahre 1871 den k. preußischen Regierungsorganen zurief: »Hütet euch, wenn wir Klubs gründen!« am Ende doch eine gefährliche Bedeutung oder Verwirklichung finden."

Der vorstehende Bericht wurde auch der deutschen Regierung zur Kenntnisnahme übermittelt, wie ja auch diese ihrerseits alle Wahrnehmungen über die „Umtriebe der Sozialdemokratie" der österreichisch-ungarischen Regierung regelmäßig zur Verfügung stellte*).

Damals wurde bereits von der österreichischen Regierung der Gedanke erwogen, internationale Vereinbarungen gegen den Sozialismus zu treffen. Den neuerlichen Anstoß hiezu hatte die Ermordung des Zaren Alexander II. gegeben, die alle gekrönten Häupter in Furcht und Schrecken versetzte.

So kam auch der österreichische Ministerrat wiederholt in die Lage, sich mit „der Frage der internationalen Vorkehrungen gegen die sozialrevolutionären Umtriebe, speziell Frage einer internationalen Vereinbarung dahin, daß das Verbrechen des Mordes in keinem Falle als ein politisches Delikt angesehen werde" zu befassen. Daß Österreich-Ungarn sich mehr oder weniger den Plänen des Zarismus willfährig zeigte, ebenso wie die Regierung des Deutschen Reiches unter Bismarck,

*) Im Wege des Ministeriums des Äußern wurde beispielsweise im Juli 1881 von unserem Generalkonsulat in Leipzig dem Ministerium des Innern ein vollständiges Verzeichnis der infolge des kleinen Belagerungszustandes aus Leipzig und Umgebung ausgewiesenen Sozialdemokraten samt Personsbeschreibung mit einem „Ausschnitt aus der amtlichen «Leipziger Zeitung» vom 17. Juli 1881, in welcher der Ausnahmszustand in Leipzig gegen die Behauptungen der verschiedenen Journale in beachtenswerter Weise gerechtfertigt wird", übermittelt.

Unter den „mittels Verordnung der Kgl. Kreishauptmannschaft als Landespolizeibehörde vom 28. Juni 1881 ausgewiesenen" Personen befinden sich unter anderen:

Bebel Ferdinand Aug., Drechsler, geboren am 22. Februar 1840, Statur: mittel, Haare: dunkelbraun, Augen: dunkelgrau, Nase: lang, groß. Mund: vollippig, Bart: brauner Vollbart, Gesicht: voll, blaß. Besondere Kennzeichen: Zähne vorn oben auseinanderstehend.

Hasenclever Wilhelm, Schriftsteller, Liebknecht Wilh. Phil. Martin Christ. Ludwig, Schriftsteller, Liebknechts Schwiegersohn Geiser Rudolf Max Bruno, Redakteur.

Auch ein zweites Verzeichnis wurde den österreichischen Behörden übermittelt, das von unserem Generalkonsul mit der Bemerkung vorgelegt wurde, „daß diese Ausweisungen ebenfalls ohne jedes Aufsehen vollzogen worden seien und daß überhaupt von dem herrschenden Ausnahmszustand dortselbst äußerlich nichts zu bemerken sei".

ist selbstverständlich. Man tat dies hierzulande zwar einigermaßen noch verschämt, doch trug man in keinem Augenblick Anstand, den Forderungen der Petersburger Machthaber und vor allem der russischen Polizei in allem zu gewähren. Offen vermied man es geflissentlich, Stellung zu nehmen, und insbesondere hütete man sich, den gesetzgebenden Körper, den Reichsrat, mit dieser Angelegenheit zu „befassen". Nach außenhin suchte man den Schein zu wahren, tatsächlich aber trafen die verschiedenen Regierungen, ob liberal oder klerikal, im eigenen Wirkungskreise „alle geeigneten Maßnahmen, die einer internationalen Bekämpfung der revolutionären Umtriebe" völlig gleichartig waren, zumindest in ihrer Wirkung.

Vor allem wachte die Polizei, aber auch die österreichisch-ungarische Diplomatie im Ausland mit Argusaugen über alle Regungen der organisierten Arbeiterschaft. Die Wiener Staatspolizei und die auswärtigen Vertreter verfügten über einen — das muß hervorgehoben werden — geradezu ausgezeichneten Nachrichtendienst auf diesem Gebiet. In einem der folgenden Kapitel wird die Tätigkeit der internationalen Polizei eingehend erörtert werden.

Ein erhebendes Zeichen internationaler proletarischer Solidarität bekundete im Jahre 1880, also gerade zu einer Zeit, da im Inland die Partei tief daniederlag, die Wiener Arbeiterschaft, die ja stets die internationalen Beziehungen zum Weltproletariat auf das herzlichste pflegte. Die Vertreter der Wiener Gewerkschaften übermittelten dem in Havre zusammentretenden Einigungskongreß der französischen Sozialisten (15. November 1880) ein sehr warmes Begrüßungsschreiben, das ein offenes und wahrhaftiges Glaubensbekenntnis zum internationalen Sozialismus darstellt, wiewohl es in jenen Zeitläuften gar nicht so ungefährlich war, sich zu den Lehren und der Weltanschauung des Sozialismus zu bekennen. Die Adresse der Wiener Arbeiter an die französischen Genossen — der k. u. k. Vertreter in Paris hatte das Auswärtige Amt und die Polizei von der Absendung der Kundgebung verständigt — lautete:

„Werte Genossen! In wenigen Tagen werden Eure Delegierten sich vereinigen, um die Interessen der arbeitenden Klassen zu beraten. Gestattet uns, bei diesem Anlaß den brüderlichen Sympathien Ausdruck zu geben, mit denen die Arbeiter Österreichs stets auf jenes Land geblickt haben, dessen Siege und Niederlagen für die Geschicke der Menschheit so oft von entscheidender Bedeutung gewesen sind. Auch in der gegenwärtigen Epoche, wo die moderne Gesellschaft im Begriffe steht, den Feudalismus aus seinen letzten Positionen zu verdrängen und die Erkenntnis von den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Nationen große territoriale Veränderungen vorbereitet, können die Kulturstaaten des Kontinents und insbesondere Frankreich viel dazu beitragen, die Wehen der kommenden Neugestaltungen zu mildern und abzukürzen.

Wohl sind in bezug auf den Gang der Ereignisse der produzierenden Klassen noch nicht das, was sie sein sollten — die maßgebenden Faktoren — doch ist ein stetes Wachsen ihres Einflusses wahrzunehmen und Ihr in Frankreich seid mehr als wir anderen in der Lage, von diesem Einfluß einen umfassenden Gebrauch zu machen. Ihr besitzt nicht nur das allgemeine Stimmrecht, sondern auch die zur freien Ausübung desselben

erforderlichen Garantien, und damit habt Ihr die Möglichkeit erlangt, die indifferenten, in bewegten Zeiten nur den Eingebungen blinder Leidenschaften folgenden Massen zu selbständig denkenden Bürgern heranzubilden und sie vermittels der Vereinstätigkeit zur Selbstverwaltung zu erziehen.

Auf diesem Wege werdet Ihr der prinzipiell proklamierten Volkssouveränität eine feste Basis schaffen und die Zustände beseitigen, welche es früher einzelnen ermöglichten, die ihnen anvertraute Macht zu mißbrauchen. Denn wo ein Volk in Wahrheit seine Rechte und Freiheiten selbsttätig zu wahren versteht, da wird selbst der Einfluß der mächtigsten Persönlichkeiten niemals berechtigte Besorgnisse einflößen können.

In dem Zeitalter der Statistik verlieren hohle Phrasen und Schlagworte mehr und mehr an Bedeutung, wir begehen nur eine Selbsttäuschung, wenn wir von Usurpatoren der Gewalt sprechen und einzelne für große Staatsverbrechen verantwortlich machen, ohne der Hauptmitschuldigen zu gedenken — des Klassenzwiespalts und der Unklarheit der Massen.

Die Weltgeschichte arbeitet nicht sprungweise vorwärts, tiefgreifende Reformen können sich nur organisch entwickeln und neue Institutionen werden in den seltensten Fällen sofort allen Erwartungen entsprechen. Es wäre daher Verblendung, das allgemeine Stimmrecht zu verdammen, weil es nicht in einigen Jahren gewährt, was nur durch die ausdauernde Arbeit von Generationen erreicht werden kann.

Die bürgerliche Revolution brachte Euch die nationale Einheit, das allgemeine Stimmrecht führt allmählich zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit des Arbeiterstandes.

Die Zentralisation, diese notwendige Folge der großartigen Entwicklung unseres Verkehrslebens, wird unter der Klassenherrschaft in mancher Beziehung drückend empfunden und entfremdet viele dem Staatsgedanken, aber sie entfaltet auch alle ihre Segnungen, wenn die Zentralgewalt von einem freien, seiner Rechte und Pflichten sich bewußten Volke ausgeht.

Französische Arbeiter!

Die Programmpunkte, welche zahlreiche Arbeitersyndikate von Paris und Havre, die Bauarbeiter von Reims 2c. anläßlich des bestehenden Kongresses aufgestellt haben, zeigen uns, welch innige Harmonie zwischen den denkenden Arbeitern aller Länder waltet und wie rasch der Läuterungsprozeß innerhalb der Arbeiterbewegung vorwärtsschreitet.

Zwar ist das Sektenwesen, welches dem ersten Stadium der modernen sozialen Bewegung sein Gepräge aufdrückte, noch nicht ganz überwunden, wir begegnen häufig irrigen Auffassungen über Wege und Ziele unseres Strebens und wir können nicht verhindern, daß die Reaktion diese Irrtümer mit der von uns vertretenen Sache identifiziert, indem sie mit einer bewunderungswürdigen Emsigkeit jede Äußerung registriert, welche die Tendenz unserer Bestrebungen zu entstellen vermag. Der Zweck dieser Bemühungen wird indessen nicht erreicht werden, am wenigsten in Frankreich, wo sich die Ohnmacht der alten Parteien in der Wahl ihrer verzweifelten Agitationsmittel dokumentiert. Der reaktionäre Appell an den Klassenhaß wird sein Ziel um so sicherer verfehlen, als die Staatsgewalt nicht zögern wird, die Bahn sozialer Reform zu betreten und Eure Forderung: Normalarbeitszeit, ausreichenden Schutz der Frauen und Kinder, Korporationsrechte für die Gewerkvereine, nationale Regelung des Kranken- und Invalidenwesens,

unentgeltlichen Schulunterricht, Forderung der Produktivgenossenschaften 2c. zu bewilligen.

Dadurch allein kann Frankreich jene Stärke finden, die im Interesse der fortschreitenden Entwicklung Europas in so hohem Grade wünschenswert erscheint. Die fruchtbringenden Wirkungen des von Euch gegebenen Beispiels werden heute ebenso unvermeidlich eintreten wie damals, als Eure Vorfahren unseren Staatsmännern die Möglichkeit geboten haben, den Widerstand der privilegierten Klassen gegen die in jener Zeit notwendig gewesenen staatlichen und wirtschaftlichen Reformen zu brechen.

Die hervorragenden Vertreter der Wissenschaft und selbst Minister, die in der Atmosphäre eines beschränkten Klassengeistes aufgewachsen sind, wurden gezwungen, Zeugnis abzulegen für die Berechtigung unserer Bestrebungen. Nun liegt es an uns, durch die Kräftigung und Ausdehnung unserer Organisationen, insbesondere aber durch die Konzentrierung der Agitation auf die nächstliegenden Ziele den Zeitpunkt zu beschleunigen, wo die errungenen theoretischen Erfolge eine praktische Bedeutung erlangen werden.

Arbeiter Frankreichs!

Unsere besten Wünsche begleiten die Arbeiten Eures Kongresses. Möge es Euch gelingen, sie in Eintracht der Vollendung entgegenzuführen.

Wien, anfangs November 1880.

Mit brüderlichem Gruß

Karl Höger, Buchdrucker; W. Größl, Maschinenbauer; P. Kolb, Porzellanmaler; F. Leißner, Bildhauer; A. Wolfrum, Drechsler; Norbert Hoffmann, Bernsteinarbeiter, A. Götz, Maler; W. Leisner, Musikinstrumentenmacher; L. J. König, Manufakturarbeiter; J. Niggl, Handschuhmacher; W. Rasp, Handschuhmacher; F. Holzinger, Vergolder; A. Wehl, Schneider; M. Kauba, Schuhmacher; Joh. Kovacs, Steinmetz; Seb. Fröhlich, Buchhalter; Ludwig Unger, Goldarbeiter; F. M. Baader, Lederarbeiter; J. Kleem, Tischler; Josef Hönig, Eisendreher; Anton Hauser, Metalldrucker; Joh. Jellaschitz, Schmied."

Zu der Kundgebung, die die vorstehenden Unterschriften der Vorstände der Gewerkschaften trägt, darunter Namen von gutem parteihistorischem Klang, bemerkte die Wiener Polizeidirektion, offenbar zum Troste der politischen Machthaber, daß die „auf dieser Adresse Unterfertigten von seiten der sozialdemokratischen Partei kein Mandat zu dieser Kundgebung hatten und daß ein Delegierter der Partei zu dem Kongreß nicht entsendet wurde".

Ungeachtet der Zerwürfnisse in der Partei und der so divergierenden Anschauungen über die Sache des Sozialismus selbst, über Organisation und Taktik, gab es dennoch keinen Stillstand in der Agitation*). Ein

*) Julius Deutsch teilt in seiner prächtigen „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung" (Wien 1908, Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand) unter anderem über die Gewerkschaftsbewegung während der Spaltung mit:

„Die Gewerkschaften bewegten sich Ende der siebziger Jahre in zwar langsamer, aber immerhin aufsteigender Linie. Als der Streit zwischen den Radikalen und Gemäßigten ausbrach, spalteten sich auch die Gewerkschaften in zwei Lager. Eine Anzahl Gewerkschaften war vollständig auf der einen,

lebendiger Organismus strebt ja, wie es in den Naturgesetzen tief begründet ist, nach Lebensäußerungen. War das Innenleben in der Partei, wie schon geschildert, auch ein geradezu trostloses, so fehlte es mitunter doch nicht an einem regen und starken Außenleben, an Expansionsbestrebungen, immer neue Massen der Arbeiterschaft, so gut es eben unter den obwaltenden Verhältnissen möglich war, wenigstens durch einen Hauch des Geistes des Sozialismus zu beleben.

Die Ursachen und Veranlassungen hiezu waren mannigfache. Vor allem die unsagbar traurige Lage der breiten Schichten des Volkes, die von einem unerbittlichen kapitalistischen Feind rücksichtslos ausgebeutet worden waren; zu diesem physischen Elend, in dem die Massen zu versinken drohten, kam noch die moralische und geistige Not, die, einer verheerenden Seuche vergleichbar, die Seelen umfing. War also der Urheber der ersteren die schrankenlose Ausbeutung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, so lag die Ursache der letzteren Erscheinung in dem wieder zu neuer Kraft und Macht erstandenen Klerikalismus, der gierig seine Fangarme nach den Seelen der Masse ausstreckte und sie nach den entnervenden Qualen der Arbeit in den Fabrikräumen in die von Weihrauch geschwängerten Hallen düsterer Gotteshäuser drängte, sie so mit einer schmerzstillenden, narkotischen Atmosphäre tränkend. Agitatoren im Priestertalar, die sich bald die Sprache der Gasse und Gosse angeeignet hatten, begannen ihre Heilslehre zu künden.

Wie groß war doch der Abstand zwischen jenen christlich-demokratischen Geistern etwa vom Rang eines Félicité Lamennais und den

---

ein anderer Teil war ebenso vollständig auf der Gegenseite. Daneben gab es Gewerkschaften, in denen Anhänger beider Richtungen vertreten waren. Zwischen diesen entspann sich dann ein erbitterter Kampf um die Leitung der Gewerkschaft. Der schwächere Teil wurde in der Regel aus dem Verein gedrängt und gründete selbst einen Verein, der dem älteren Verband Konkurrenz machte. In diesem Konkurrenzkrieg strengten beide Vereine alle Kräfte an, um mehr Mitglieder an sich zu ziehen; dadurch kam es, daß auch während der Spaltung eine große Zahl Gewerkschaften einen Aufschwung aufwies. Andere Gewerkschaften allerdings, die die Opposition hinausgedrängt hatten, aber nicht imstande waren, diesen Ausfall durch neue Werbekraft wettzumachen, büßten während der Spaltung ein. Von den radikalen Gewerkschaften ist zu sagen, daß sie während des immer anarchistischer werdenden Gebarens ihrer Partei den Charakter von Gewerkvereinen zum großen Teil verloren und lediglich Agitationsklubs wurden . . ."

Nach einer dem Buche beigegebenen Tabelle, die allerdings nur einen Teil der österreichischen Fachvereine umfaßt, werden 42 Branchenunterstützungs- und Fachvereine in den Jahren 1880 und 1881 angeführt. Die Zahl der Mitglieder betrug 12.101.

In den meisten größeren Gewerkschaften, mit Ausnahme der Buchdrucker und Hutmacher, gelang es den Radikalen, die Oberhand zu gewinnen.

„Von großer Bedeutung war, daß am 28. September 1883 das neue Gewerbegesetz in Wirksamkeit trat, das die Zwangsgenossenschaften zum wichtigsten Fundament der österreichischen Gewerbepolitik erhob. Die organisierten Arbeiter erkannten den reaktionären Kern dieser Politik und Radikale wie Gemäßigte waren darin einig, daß diesem Gesetz, soweit dies die Arbeiter zu tun imstande seien, ein passiver Widerstand entgegengesetzt werden müsse. Erst später sah man sich unter dem Drucke der Verhältnisse genötigt, diese Taktik zu ändern.

Die größere Rührigkeit der Arbeiter rief auch wieder eine Anzahl Produktivassoziationen ins Leben."

Tageshelden der Wiener Christlichsozialen! Man kann das Heinesche Wort, der von dem großen Franzosen gesagt hatte, daß er „die Jakobinermütze auf das Kreuz stecke", dahin variieren, daß die österreichischen und vor allem die Wiener Epigonen über das Kreuz die Kutte warfen.

Wenn so zwischen den Folgen des Kapitalismus, den Doktrinen des Klerikalismus und den Theorien des Anarchismus sich dennoch ein erheblicher Teil der Massen des arbeitenden Volkes einen klaren Blick für Welt und Dinge zu bewahren gewußt hat, so muß dies als ein wahrhaftes Wunder bezeichnet werden. Die Tatsachen des Vorhandenseins einer zielbewußten Arbeiterbewegung, einer planmäßigen Organisation des Proletariats in diesen Zeitläuften müssen um so höher gewertet werden, als alle irdischen und himmlischen Mächte sich wider den Sozialismus verschworen hatten.

Und so verworren die Situation in der Partei auch war, so unüberwindliche Schwierigkeiten sich dem Sozialismus in Österreich entgegengestellt hatten, es ging doch vorwärts, trotz alledem!

War die Bewegung in Wien gehemmt, so wurde es draußen rege in den Provinzen, denn der einmal ausgestreute Samen fiel doch auf fruchtbare Krumen, und über kurz oder lang mußte er aufgehen, trotz der Ungunst der Zeit und der Elemente. Der Sozialismus, das Produkt so vieler materieller und geistiger Faktoren, das politische und wirtschaftliche Ergebnis einer mit Notwendigkeit fortschreitenden Entwicklung, war einmal auf dem Marsch, ob dies nun den Herrschenden mißfiel, ob sie den Marsch durch Gewalt oder durch Gebete zu bannen suchten. Der Geschichte „ehernes Muß" ging seiner Erfüllung entgegen...

Die Einigungsbestrebungen in der Partei, die während des ganzen Jahres 1880 von Wien aus angebahnt worden waren, führten endlich gegen Schluß des Jahres zu einem — wenigstens äußerlich — positiven Ergebnis. Am ersten Weihnachtstag, am 25. Dezember 1880, fand in dem Brünner Vororte Julienfeld eine Delegiertenkonferenz der österreichischen sozialdemokratischen Partei statt, zu der auch trotz des langen Widerstrebens der Reichenberger Zentralleitung als Delegierter dieser Körperschaft der verdiente Funktionär Ulbrich erschien. Des weiteren nahmen an den Beratungen, die nicht öffentlich geflogen wurden, für die tschechische Partei Zich, für die Wiener und niederösterreichische Fraktion Grosse und Marschall, für Steiermark Pauler, für Kärnten Hurm, für Tirol Prozima teil. Mähren und Brünn waren durch die bekannten Genossen Dundela, Burian, Indra und Zacharias vertreten. Unvertreten waren Oberösterreich und Nordböhmen. Einen breiten Raum in den Verhandlungen der Konferenz nahmen die Preßfragen und die finanziellen Verhältnisse der Partei ein, die recht unleidliche waren, wobei es auch zu scharfen Renkontres zwischen den Provinzvertretern und den Wiener Genossen kam.

Von den in der Konferenz gefaßten Beschlüssen seien hervorgehoben: Verlegung der Zentralleitung der Partei vom 1. Jänner 1881 von Reichenberg nach Graz und Verlegung der Kontrollkommission von Linz nach Wien. Damit hatten

die Wiener und Grazer Genossen einen Sieg über die Reichenberger und Oberösterreicher davongetragen; hiedurch war aber auch das weitere taktische Vorgehen der Partei für die nächste Zukunft entschieden, das heißt es wurde damit dokumentiert, daß nunmehr hauptsächlich die „Klubisten" und die Richtung der Londoner „Freiheit" in der österreichischen Sozialdemokratie ausschlaggebend sein sollen.

Hinsichtlich der Parteipresse wurde der Beschluß gefaßt, daß die bisher in Reichenberg erschienene „Sozialpolitische Rundschau" vom 1. April 1881 an unter der verantwortlichen Redaktion Kaller-Reinthals in Graz erscheinen sollte. Das Blatt erhielt einen ganz eng umschriebenen Wirkungskreis: es hatte die Parteiangelegenheiten nur in Revueform, ganz objektiv, mit Vermeidung jeder Polemik zu besprechen und sich aus materiellen Gründen auch vor Konfiskationen zu sichern. Weit bedeutsamer war der Beschluß, das von den Wiener Parteigenossen bisher herausgegebene Lokalblatt „Die Zukunft" (vorläufig vierzehntägig) vom 1. Jänner 1881 an als Zentralorgan der österreichischen Gesamtpartei erscheinen zu lassen. Im Streite, ob die Londoner „Freiheit" oder der Züricher „Sozialdemokrat" als Organ der Partei anzuerkennen seien, wurde beschlossen, die strengste Neutralität zu bewahren; die in Österreich erscheinenden Blätter erhielten die Weisung, die Enunziationen der genannten ausländischen Blätter lediglich in Berichtsform zu bringen, ohne irgendwelche kritische Bemerkungen daranknüpfen zu dürfen.

In eingehender Weise befaßte sich die Konferenz auch mit der Bauernbewegung. In der österreichischen Bauernschaft, namentlich in der der deutschen Alpenländer, hatte sich damals eine große Unzufriedenheit bemerkbar gemacht, als die Erhöhung der Grundsteuer vom Parlament beschlossen wurde, ohne daß die freiheitlichen oder klerikalen Vertreter im Reichsrat dieser Steuer gegenüber einen Widerstand geleistet hätten. In mehreren Provinzen fanden Bauernversammlungen statt, die allen Ernstes den Beschluß faßten, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Es wurde beschlossen, ein eigenes Bauernblatt zu gründen und zu den Versammlungen der Bauern geeignete Agitatoren zu entsenden. (Die Begeisterung der Bauern für den Sozialismus kühlte sich übrigens sehr bald ab, als die ländlichen Arbeiter in die Agitation einbezogen wurden. Im Nu verschwanden dann die verschiedenen sozialistischen Bauernführer und fanden alsbald wieder zu ihren deutschnationalen oder klerikalen Herrschaften heim.)

Endlich wurde die Frage der Beteiligung der österreichischen Arbeiterschaft an dem im Herbst in der Schweiz stattfindenden Weltkongreß erörtert und beschlossen, eventuell einen Vertreter dahin zu entsenden.

Der Delegiertentag von Julienfeld hatte aber keineswegs seinen Zweck erfüllt, denn die Einigung in der Partei war infolge des Vorgehens der Wiener und des Fernbleibens der nordböhmischen und Linzer Genossen geradezu unmöglich geworden. Durch die Konferenz war nur erreicht worden, daß die „Wiener" und „Grazer" wieder an die Spitze der Bewegung traten, die natürlich in jene Bahnen geriet, die die Partei in den letzten Monaten gewandelt war: dem Anarchismus zu!

Es wurde dies wohl nirgends ausdrücklich gesagt, man gab vielmehr vor, immer der Sozialdemokratie anzuhängen, allein in den „Klubs" sowie in den Parteikonventikeln machte man durchaus kein Hehl daraus, daß man zu Most nach London hin gravitiere.

Die immer kleiner werdende Gruppe der „Gemäßigten" suchte zu retten, was zu retten war, allein ihr Einfluß schwand von Tag zu Tag. Daran änderte auch nichts, daß sowohl Karl Kautsky, als auch der sich noch immer großen Ansehens bei den Genossen erfreuende Emil Kaller-Reinthal in Wort und Schrift gegen die Anarchistelei auftraten. Sie fanden teils kühle Abweisung, teils wurden sie geschmäht und als Korruptionisten beschimpft...

In diese Zeit fiel eine Aktion der „Londoner", von der sich Most bedeutende Erfolge versprach: die erste größere Flugschriftenverteilung in Wien und Österreich, eine Aktion, welche die Wiener Polizei förmlich aus dem Häuschen brachte. Mitte Jänner 1881 wurden in den Wiener Bezirken Flugzettel in den Straßen und Häusern aufgefunden, die in London gedruckt und auf geheimen Wegen hieher gebracht worden waren und die von der sonst allwissenden Polizei nicht eruiert werden konnten.

In einem Bericht der Wiener Polizeidirektion wurde allerdings später gesagt, es seien nur etwa 30 Exemplare der Flugschrift fäsiert worden und es seien nicht viel mehr zur Verteilung gelangt, doch ist zweifellos, daß die Zahl der Agitationszettel nach vielen Hunderten zählte und daß sie alle ihre Leser erreichten.

Die Flugschrift, die sozusagen programmatischen Inhalts ist, und die ausschließlich gegen die „Gemäßigten" und die von ihnen betriebene Politik polemisiert, erscheint von so großer politischer und geschichtlicher Bedeutung, daß sie es verdient, in ihrem ganzen Umfang wiedergegeben zu werden*). (In mehreren Sozialisten- und Anarchisten-

*) Die Flugschrift lautet:

„An die Arbeiter in Österreich.

Bei Euch geht es wieder einmal verdammt laut her, gerade als ob Eure Vermetternichtung endlich eingestellt werden sollte. Und wenn man das Getöse Eures Kronawetter vernimmt, sollte man glauben, dem österreichischen Polizeigeier seien auf einmal alle schwarz-gelben Federn ausgegangen. „Was ist denn da eigentlich für ein Wunder passiert?" frägt man unwillkürlich. Ist denn an der „schönen blauen Donau" wirklich eine allerneueste Aera angebrochen? Große Volksversammlungen, fulminante Reden, ellenlange Resolutionen und keine polizeiliche Sprengung. Da muß ganz etwas Besonderes dahinterstecken.

Letzteres kann man mit der Heugabel fühlen. Der Graf Taaffe, welcher momentan an der Spitze der Regierung steht, ist beim Habsburger Hofe als erster Spaßmacher angesehen, der hie und da auch politische schlechte Witze macht. Denn ein schlechter Witz — nichts anderes — war es, als Eure Regierung sich von Euch durch Resolutionen bescheinigen ließ, daß Ihr hinsichtlich der Bestrebungen der deutschliberalen Bourgeoisie mit Taaffe und Konsorten eines Sinnes seid. Das war so ganz ein Gegenstück zu jener Posse, welche einmal eine andere österreichische Regierung unter Vermittlung Oberwinders zugunsten der Liberalen gegen die Feudal-Föderalisten von den Arbeitern in Szene setzen ließ.

Daß Ihr Eurer Zustimmung zu der augenblicklichen Nationalitätspolitik Eurer Regierung noch einen kleinen Denkzettel mit allerlei frommen Wünschen

prozessen wurde der heute sehr selten gewordenen Flugschrift, deren Besitz damals mit großen Freiheitsgefahren verbunden war, Erwähnung getan.)

Wie übrigens die Behörden vorgingen, ohne daß ein Ausnahmezustand in Österreich herrschte, zeigt drastisch ein in der Parteipresse vom Mai 1881 enthaltenes Avis, das Verhaltungsmaßregeln bei Hausdurchsuchungen, Einvernahmen und Verhaftungen erteilt. Es besagt:

„Bei Vorladungen zur Polizei und Vernehmungen daselbst ist vorerst zu fragen, welcher strafbaren Handlung man beschuldigt werde. Wird die Auskunft hierüber verweigert, so ist man berechtigt, jede Antwort zu verweigern und zu begehren, daß man sofort vor den Richter gestellt werde.

---

angehängt habt, ändert an dieser verwickelten Sachlage nichts, zumal Ihr von vornherein wissen konntet, daß sich nach wie vor kein Teufel um Eure Forderungen kümmern wird.

Und wenn wir es gerade heraus sagen sollen, so sind wir sogar froh, daß letzteres der Fall ist. Wir kennen den Zufriedenheitsdusel, welchen eine Jahrtausende währende Knechtschaft dem Arbeiter förmlich als Erbkrankheit eingeimpft hat. Diese entsetzliche Eigenschaft bringt es mit sich, daß die Proletarier desto träger und leidenschaftsloser in ihren Bestrebungen werden, je mehr ihnen scheinbare Freiheiten gestattet sind.

Gewiß! Das Proletariat bedarf einer unbeschränkten Redefreiheit in der Presse, um für die Idee seiner Befreiung auf dem Wege des gedruckten Wortes agitieren zu können. Das weiß auch Eure Regierung — gerade deshalb gewährt sie Euch keine freie Presse. Was nützt da alles Bitten und Betteln? Unter einem despotischen Regiment wird höchstens die „Preßfreiheit mit dem Galgen" gegeben, eine Preßfreiheit, bei welcher der Schriftsteller „frei" schreiben kann, wobei aber auch der Staatsanwalt so frei ist, das Gedruckte zu konfiszieren, der Richter sich die Freiheit nimmt, den Schreiber hinter Schloß und Riegel zu stecken.

Wenn man aber schon solchen Gefahren auf jeden Fall ausgesetzt ist, dann kann man für sein Tun und Lassen auch die entwürdigende polizeiliche Erlaubnis zum Schreiben und Drucken entbehren. Die Zeit ist gekommen, wo das Volk sich einfach das nehmen muß, was zu seinen Kämpfen nötig ist, und was ihm seine Bedrücker vorenthalten wollen. Das will besagen, daß die aufgeklärteren Proletarier Zeitungen, Broschüren usw. zu nehmen haben, woher und wie sie nur immer zu beschaffen sind. Ist die Verbreitung solcher Dinge nicht erlaubt, so muß dieselbe eben heimlich betrieben werden.

So ist es gerade mit einem „freien" Vereins- und Versammlungsrecht. Das ist in einer reaktionären Gesellschaft sicher illusorisch. Nehmen wir an, Ihr dürftet Euch versammeln und Vereine bilden. Was wäre damit gewonnen, wenn alle Eure Beratungen polizeilich überwacht, Eure Reden notiert, die Sprecher eingesperrt werden? Was könnt Ihr gegen die Reaktion auf Grund solcher „Rechte" unternehmen, wenn dieselbe ihre Kommissäre Euch beständig zur Überwachung auf den Hals setzen kann? Ihr wäret in der Lage eines Diebes, der dem zu Bestehlenden Tag und Stunde anzeigen wollte, wann er sich bei ihm einzustellen gedenke. Andere Vereinigungs- und Preßfreiheiten werdet Ihr aber von den Schwarz-Gelben nie erlangen können, als solche mit polizeilicher Überwachung — Freiheiten mit dem Strick um den Hals. Darauf könnt Ihr verzichten.

Wozu braucht Ihr überhaupt das Vereinsrecht? Habt Ihr noch nie etwas von geheimen Gesellschaften gehört? Diese sind im Gesetz verboten; desto besser. Es ist damit bewiesen, daß sie von den Regierungen gefürchtet sind.

Wenn Ihr die Abschaffung des stehenden Heeres verlangt, so ist das ganz korrekt; denn in der Tat ist diese infame Einrichtung die einzige Stütze, auf welche Eure Peiniger, die herrschenden Klassen, ihre Hoffnungen bauen. Der sogenannte fremde „Feind", der das „Vaterland" gefährden soll, für den eine so ungeheure

Der Beschuldigte kann nach dem Gesetz überhaupt zu einer Äußerung nicht verhalten werden. Jedes zu diesem Behufe angewendete Pressionsmittel ist ungesetzlich.

Im Falle einer Hausdurchsuchung kann nach dem Gesetz begehrt werden:

1. daß die schriftliche Ermächtigung hiezu vorgewiesen werde;
2. daß der Durchsuchung der Inhaber der zu durchsuchenden Räumlichkeit, ein Hausgenosse oder Nachbar zugezogen werde;
3. daß zwei Gerichtszeugen beigezogen werden;
4. daß binnen 24 Stunden die Bescheinigung über die Vornahme der Hausdurchsuchung und deren Gründe zugestellt werde;
5. daß, falls nichts Verdächtiges ermittelt worden ist, eine Bestätigung hierüber erteilt werde.

Militärgewalt angeblich beständig in Bereitschaft gehalten werden muß, ist nur ein Vorwand, durch den man es dem Volke verbergen will, daß ein Teil des Proletariats einzig und allein deshalb ins bunte Tuch gepreßt, bis an die Zähne bewaffnet und im Mordhandwerk vertiert wird, um es gegen den anderen Teil des Proletariats, der in Fabriken und Bergwerken, hinterm Pflug wie in der Werkstatt sein Leben vertrauert, sobald er es versucht, sein Joch abzuschütteln, jeden Augenblick in die Wagschale werfen, die Flinte auf das ungeduldig werdende Volk schießen, den Säbel hauen lassen zu können. Aber glaubet Ihr, daß die Regierungen eine solche Waffe, auf bloße Petitionen und Resolutionen hin aus der Hand geben werden? Es ist nicht möglich, daß Ihr einen solchen Aberglauben hegt. Das stehende Heer wird nur nach einem siegreichen Volkskampf, und zwar durch den Volkswillen, dem die nötige Volks m a c h t zur Seite steht, aufgelöst werden. Der Volkssieg in den unausbleiblichen Kämpfen der nächsten Zeit wird jedoch wesentlich davon abhängen, ob dem Zusammenstoß der feindlichen Gewalten eine Lockerung der militärischen Disziplin vorausgegangen ist. Hat eine solche stattgefunden, dann wird im kritischen Augenblick der uniformierte Proletarier mit seinem Bruder im Arbeitskittel solidarisch fühlen; den Kolben nach oben gekehrt, wird sich der Soldat mit dem um seine Menschenrechte kämpfenden Arbeitsmanne verbrüdern. Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte der Revolutionen beweisen das.

Den wahren Kampf gegen die stehenden Heere führt man demgemäß nicht, wenn man von den Häuptlingen derselben ihre Auflösung verlangt, sondern wenn man in die Kasernen einzudringen und überhaupt in jeder denkbaren Weise mit den Soldaten in Verkehr zu treten sucht, um dieselben aufzuklären und ihnen im Falle einer Volkserhebung den Ungehorsam gegen die Kommandanten zur vornehmsten Pflicht zu machen. Die seit einiger Zeit in Deutschland vorkommenden Austeilungen von revolutionären Flugschriften unter den Soldaten haben sich als außerordentlich praktisch und zweckdienlich erwiesen. Daß man aber zur Ausübung einer solchen Propaganda keine gesetzliche Erlaubnis erwirken kann, und daß man dieselbe vielmehr g e g e n die Gesetze, also sozusagen heimlich betreiben muß, liegt wiederum auf der Hand.

Euer Verlangen nach Abschaffung der indirekten Steuern begreift sich wohl, weil ja in der nichtswürdigsten Weise gerade die unentbehrlichsten Lebensmittel durch Steuern mehr und mehr belastet werden: aber Ihr wäret auf dem Holzwege, wenn Ihr glauben wolltet, daß man Euch mittels der direkten und selbst der direkten Progressivbesteuerung weniger aussaugen könne als bisher. Denn wisset: a l l e Steuern werden auf die Warenpreise geschlagen, so gut wie die Grundrente, der Kapitalzins, der Unternehmerprofit, die Risikoprämie, wie nicht minder die Mietsbeträge für Läden und Lagerräume, die Transportkosten und Speditionsspesen, Beleuchtung und Beheizung der Räume, durch welche die Waren wandeln, die Sporteln der Makler, Jobber und Reisenden, die Inserat- und sonstigen Reklameausgaben usw. Alles das, die direkten und indirekten Steuern eingeschlossen — wir wieder-

Während einer Voruntersuchung kann sich der Beschuldigte eines Rechtsbeistandes regelmäßig nicht bedienen. Doch ist ihm dies gestattet, insbesondere zur Ausführung bestimmter von ihm angemeldeter Rechtsmittel (§ 45 St.-P.-O.). Hiezu gehören auch alle Beschwerden gegen Verfügungen des Untersuchungsrichters. (§ 113 St.-P.-O.) Es kann daher mit der Anmeldung der Beschwerde das Begehren angebracht werden, sich zu deren Ausführung eines Rechtsfreundes seiner Wahl zu bedienen. Sollte dieses Begehren verweigert werden, so verlange man, daß dieser Umstand im Protokoll ersichtlich gemacht werde."

Unter den Wiener Parteigenossen herrschte schon kurze Zeit nach der in Julienfeld beschlossenen Einigung wieder heller Streit und von Tag zu Tag wurde der Konflikt immer heftiger. Anfang Februar 1881

---

holen es — bezahlt in letzter Instanz der Konsument. Die Arbeiter aber bilden den weitaus größten Teil aller Konsumenten, mithin bezahlen sie, indem sie Waren verzehren, auch den größten Teil aller Steuern, ob dieselben nun direkt oder indirekt formell erhoben werden.

Dieses Unwesen steht und fällt mit der modernen bürgerlichen Gesellschaft. Erst in einem sozialistischen Gemeinwesen ändert sich diese Sachlage, indem da einerseits nur Dinge auf allgemeine Kosten errichtet und betrieben werden, welche das Wohl der Gesamtheit wahren und fördern, während heute umgekehrt die ganze kostspielige Staatsmaschinerie lediglich zur Unterjochung der Volksmassen auf deren Kosten in Bewegung gesetzt wird; und indem anderseits in einer Gesellschaft von Freien und Gleichen ganz selbstverständlich jeder gleichmäßig seinen Teil der öffentlichen Sache zu opfern hat.

Eure Forderungen betreffend Haftpflichtgesetz, Fabriksinspektoren, Gewerbeordnungsreformen, Normalarbeitstag usw. sind Dinge, die Ihr höchstens als Bettlerpfennige betrachten solltet, welche Euch aber gewiß nur dann die heutige Gesellschaft in den Schoß wirft, wenn sie fühlt, daß ihr der Boden unter den Füßen schwindet. Dann wird aber gerade für Euch der Moment gekommen sein, ganz andere Dinge zu verlangen. Ihr werdet solche Konzessionen nicht zurückweisen, aber sie als Programmpunkte einer proletarischen Partei aufstellen, dafür kämpfen zu wollen, das ist nicht der Mühe wert.

Bleibt noch das allgemeine Stimmrecht. Hinge der österreichischen Regierung nicht ein ellenlanger Zopf am Hinterhaupte: sie würde es Euch sofort gewähren. Denn Ihr vermöchtet damit keinen Hund vor den Ofen zu locken. Ihr würdet Euch hingegen eine Zeitlang — bis Euch endlich der Mißerfolg die Augen öffnete — ausschließlich auf dem Wahlsteckenpferde umhertummeln, würdet, um die Spießbürger und andere faustdick vernagelte Elemente zu gewinnen, immer gemäßigter auftreten, würdet Eure Grundprinzipien mehr und mehr verwässern und schließlich als Partei Schiffbruch leiden.

Eure Brüder in Deutschland haben diese entsetzliche Praxis versucht und fangen jetzt schon an, es bitter zu bereuen, dieselbe beschritten zu haben. Die Bonapartisten von Frankreich, die Bismärcker in Deutschland und die Bourgeoisie von Nordamerika und der Schweiz könnten Euch bezeugen, wie leicht es den Reaktionären ist, gerade auf Grund des allgemeinen Stimmrechtes den Arbeitern ein X für ein U vorzumachen.

Behandelt also Eure Angelegenheiten mit dem ganzen Ernste, welcher ihrer würdig und dienlich sein kann. Ihr seid die Sklaven des Kapitals, das aus der Arbeit entsprungen ist.

An Euch liegt es, alle Schätze der Welt, die man Euch raubte, zurückzuerobern. Es gilt, Vorbereitungen zu treffen zu dem großen Klassenkriege, den das Proletariat mit den Reichen und Mächtigen auszufechten hat, wenn es seiner Ketten ledig werden und zu einem menschenwürdigen Dasein gelangen will.

Ihr, die Ihr bereits vom Baume der Erkenntnis genossen, tretet in geheimen Gesellschaften zusammen, in denen Ihr die Propaganda am besten

fanden sich neuerdings die führenden Wiener Genossen zu einer Aussprache zusammen, um einen Einigungskongreß vorzubereiten; den Impuls hiezu hatte Emil Kaller gegeben. Vor allem sollten auch die unleidlichen Preßverhältnisse geregelt werden. Allein schon in den ersten Phasen der Beratung kam es zu so scharfen Auseinandersetzungen, daß an einen Erfolg der Verhandlungen nicht mehr gedacht werden konnte. Gemäßigte und Radikale gingen gegeneinander mit solcher Heftigkeit los, daß die Veranstalter der Konferenz die Besprechungen ergebnislos abbrechen mußten. Keine der schwebenden Angelegenheiten konnte erledigt werden.

Gehrke und die ihm anhängende gemäßigte Gruppe hatten gefordert, daß sich die Partei auf vollkommen gesetzlicher Grundlage und

---

vorbereiten könnt, lehret allen, die da mühselig und beladen sind, das Wort der Erlösung; tröstet sie mit der Hoffnung auf die kommende Revolution, befestigt ihren Glauben an dieselbe und pflanzet in ihre Herzen die Liebe zu ihr, kehret allen den Rücken, welche Euch noch länger von Reformen oder gar von Kompromissen reden wollen. Gedenket all derer, welche bereits für die heilige Sache der Revolution Leben und Freiheit hingegeben haben. Der Opfermut, die Energie und die Ausdauer dieser Vorkämpfer unserer Ideen müssen Euch anspornen, denselben nachzueifern. Eure Parole sei kurz und bündig:

Sturz der bestehenden „Ordnung".

Vernichtung aller monarchischen, aristokratischen, pfäffischen und kapitalistischen Einrichtungen.

Gleiches Recht aller zur Arbeit und Existenz auf Grund kommunistischer Wirtschaftsorganisationen.

Zuführung der Wissenschaft an die Gesamtheit durch eine wohlgeordnete öffentliche Erziehung.

Garantie aller Volksrechte durch Bewaffnung der Massen."

Die Flugschriftenverteilung hatte wiederholt zahlreiche Opfer gefordert. So hatten sich in den Tagen vom 10. bis 12. Februar 1882 vor dem Wiener Schwurgerichte elf Angeklagte wegen des Verbrechens der Majestätsbeleidigung und Hochverrates zu verantworten. Neun von ihnen wurden allerdings freigesprochen, während zwei, der Metalldrechsler Josef Friedrich Hovestadt aus Trier, 22 Jahre alt, wegen Majestätsbeleidigung zu sechs Monaten und (der damals 24jährige) Mechaniker Leo Walecka wegen Majestätsbeleidigung und Hochverrat zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt wurden. Das Delikt bestand darin, daß die Angeklagten ihnen aus London von Most in hohlen Bambusstäben zugeschickte Schriften an andere Personen weitergegeben hatten. Eine wider das Urteil eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obersten Gerichtshof abgewiesen.

Aus Anlaß der Vermählung des Kronprinzen Rudolf am 10. Mai 1887 wurde eine Amnestie erlassen. 330 verurteilte oder in Untersuchungshaft befindliche Verbrecher wurden in Freiheit gesetzt; auch zwei wegen politischer Delikte Verurteilte sollen amnestiert worden sein. Die Arbeiterschaft hoffte, es würden auch die im Februar verurteilten Genossen Walecka und Schneider unter den Amnestierten sich befinden; allein diese „Verbrecher" — Walecka hatte, wie schon erwähnt, vier Jahre und Schneider achtzehn Monate Kerker erhalten — waren nicht begnadigt worden. Nur ein Parteigenosse, Nikolaus Troja, welcher wegen Verbreitung eines Flugblattes zu einer Geldstrafe von 15 Gulden verurteilt worden war, wurde des kaiserlichen Gnadenaktes teilhaftig! Troja wollte übrigens dieses Gnadengeschenk nicht annehmen, doch wurde ihm die Annahme förmlich aufgedrungen.

öffentlich organisiere und offen für die proletarischen Forderungen eintrete. Auch der eventuell abzuhaltende Arbeiterkongreß solle behördlich angezeigt werden und in voller Öffentlichkeit verhandeln.

Der Führer der radikalen Gruppe, der Redakteur des Fachblattes der Schuhmacher Dyonis Zinner*) und Georg Matzinger, ein ehemaliger Offizier, erklärten eine Agitation auf legalem Boden zur Verwirklichung der sozialistischen Forderungen für absurd. Man begnügte sich, die Einberufung eines Parteitages der Grazer Zentralleitung zu überlassen. Dies war das ganze geringfügige Ergebnis. Schon in den folgenden Wochen trat eine völlige Desorganisation ein...

Etwas besser lagen die Verhältnisse in Böhmen, sowohl in den deutschen, als auch in den tschechischen Organisationen. Aber auch hier war der Geist der Zerstörung bald in die Vereinigungen eingedrungen und die geheimen „Klubs" überwogen bald allerorten, selbst in proletarischen Bezirken, die vermöge ihrer langjährigen Tradition an dem alten Programm hingen und auch in den Tagen der Stürme dem Eindringen der „neuen Taktik" getrotzt hatten.

Die Desorganisation in der Arbeiterschaft bot den Behörden immer wieder den willkommenen Anlaß, gegen das Proletariat scharf zu machen. Versammlungsverbote, Vereinsauflösungen, Konfiskationen der Arbeiterpresse, Anklagen und Verurteilungen wurden allenthalben praktiziert. Es hatte den Anschein, als ob unter den wuchtigen Schlägen, zu denen die Obrigkeit in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern ausholte, der Geist des Klassenbewußtseins des österreichischen Proletariats und des Sozialismus für immer ertötet werden sollte. Systematisch wurde von den Wächtern der gottgewollten Ordnung vorgegangen; das Deutsche Reich des Bismarckschen Sozialistengesetzes wie die Gewaltherrschaft des russischen Zarismus sollten das Muster abgeben, wie man in Österreich der Arbeiterschaft, die immer noch von ihren Idealen nicht ablassen wollte, zu Leibe zu rücken entschlossen war.

Allen Behörden voran schritt die Wiener Polizei, welche die Zentralstelle war, von der aus der Sozialismus ausgerottet werden sollte, mit Stumpf und Stiel.

Sozusagen als Einleitungssang wurde vom Polizeipräsidenten am 14. März 1881, unmittelbar nach der Ermordung des russischen Selbstherrschers Alexander II., der folgende Erlaß an die ihm unterstehenden Stellen zu Gehör gebracht:

„Verschiedene in jüngster Zeit zutage getretene Erscheinungen lassen keinen Zweifel darüber, daß die auf eine gewaltsame Umänderung aller bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse hinarbeitenden revolutionären Elemente in den verschiedenen Formen wieder mehr denn je tätig sind, um ihren verderblichen Doktrinen, wo nur immer möglich, Eingang und ihren unheilvollen Absichten Verwirklichung zu verschaffen.

Es braucht wohl keines besonderen Hinweises, daß für die Sicherheitsbehörde die Pflicht erwächst, in demselben Maße als das bezeichnete subversive Streben sich bemerkbar macht, alle ihr zu Gebote stehenden

*) Wurde später verdächtigt, mit der Polizei Verbindungen unterhalten zu haben. Die „Zukunft" hatte dieser Vermutung 1881 unverblümt Ausdruck gegeben.

Mittel in Anwendung zu bringen, um die Bemühung der Feinde der gesetzlichen Ordnung zu paralysieren.

Ich ersuche demnach Euer Wohlgeboren, von Ihrem Standpunkt aus nach bestem Vermögen zur Lösung dieser gemeinsamen Aufgabe mit allen ihren zugewiesenen Dienstleskräften beizutragen, jede Ihnen oder einem Ihrer Untergebenen zukommende einschlägige Mitteilung oder gebotene Wahrnehmung sachgemäß zu benützen oder zur entsprechenden weiteren Verfügung ungesäumt anher mitzuteilen, wobei ich wohl kaum besonders zu erwähnen brauche, daß die strengsten gesetzlichen Maßnahmen gegen bedenkliche Fremde und nicht anher zuständige verdächtige Einheimische geboten erscheinen.

Besonders verdienstlichen Leistungen bin ich jederzeit bereit, jede Würdigung und Anerkennung zuteil werden zu lassen, wogegen ich anderseits mit aller Zuversicht hoffe, nicht in die unangenehme Lage versetzt zu werden, Lauigkeit im Dienste mit der unter den gegebenen Verhältnissen gebotenen unnachsichtlichen Strenge ahnden zu lassen."

Mit diesem Ukas des Wiener Polizeigewaltigen wurde nun die heilige Hermandad auf die Arbeiterschaft losgelassen und man kann sich denken, daß bei dem damals herrschenden Geist der Wiener Polizei der Befehl ihres Obersten bis aufs I-Tüpfelchen erfüllt wurde!

Daß außerhalb Wiens eine noch schärfere Luft wehte, ist selbstverständlich; die einzelnen Landeschefs in ihrer Selbstherrlichkeit waren ohne jede Hemmung in ihrem Vorgehen wider die Sozialdemokraten. Legte man sich in Wiener behördlichen Kreisen, die ja unter einer gewissen Kontrolle der Öffentlichkeit standen, noch eine gewisse Reserve auf, so ließen sich die Herren draußen in den Ländern völlig gehen. Sie und ihre Gendarmen waren allmächtig und in ihrer Allmacht vergaßen sie ganz, daß es Gesetze gebe, die zum Schutze der persönlichen Freiheit und der bürgerlichen Rechte einst gegeben worden seien. Hier war das Proletariat ihrer Willkür ganz ausgeliefert; hier gab es ja keine Kontrolle durch die Öffentlichkeit, und wenn einmal ein Schrei der Entrüstung über erlittene Mißhandlung oder Mißbrauch des Gesetzes an das Ohr der obersten Herren nach der Residenz drang, dann hörte man ihn auch dort entweder gar nicht oder nur sehr gedämpft.

Aber nicht bloß die Sicherheitsbehörden im engeren Sinne, wie die Polizei, sondern auch die Gerichte waren vom Geiste des Hasses wider den Sozialismus förmlich durchtränkt; auch sie schienen von der Mission ergriffen worden zu sein, den Sozialismus vernichten zu müssen!

Ein prächtiges Beispiel hiefür bot der bekannte Herr von Steiermark, dessen Polizei ihm am 17. März 1881 den folgenden „Stimmungsbericht" übermittelte, den er dann prompt dem Ministerium des Innern zusandte:

„Der hierämtliche Konfident für die Arbeiterbewegung berichtet, daß über die Ermordung des russischen Kaisers Alexander II. in sozialistischen und anderen Arbeiterkreisen hier sehr viel Freude herrscht, indem man in erster Linie glaubt, daß nunmehr Bismarck für die Arbeiter etwas tun und diesem Beispiel Österreich folgen werde.

Würde für die Arbeiter aber nichts geschehen, so werden diese schon selbst etwas tun. Das Denken und Äußerungen aus diesen Kreisen gehen auf die Möglichkeit und das Anstreben einer Revolution im laufenden Frühjahr.

Zum Schluß seines in Rede stehenden Berichtes bemerkt der Vertrauensmann noch, daß es ihm scheine, daß die Bauern ungeachtet der Steuerregulierungsangelegenheit mit den Sozialisten doch nicht paktieren wollen; eine Äußerung des Agitators und gegenwärtigen sozialistischen Parteileiters Stephan Pauler deute darauf hin."

Was mögen sich die Herren des hohen Ministeriums wohl beim Lesen dieses unsinnigen Berichtes gedacht haben, den ihnen der Grazer Statthalter vorsetzte? Glaubten sie wirklich diesen Stumpfsinn?

Auch der in Prag residierende Herr ging skrupellos wider die Arbeiterschaft vor; in dem ihm unterstehenden Gebiet hob er Preßfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht selbstherrlich auf. Er verbot kurzerhand Versammlungen unter dem simplen Hinweis darauf, „daß im Hinblick auf die sozialistische Gesinnung des Anzeigers sowie im Hinblick auf das Programm der beabsichtigten Versammlung" — in der Regel bestand die Tagesordnung aus den Punkten: Zweck und Nutzen der Vereine und die Bedeutung der Presse — „handelt es sich hier offenbar um eine Agitation zugunsten des staatsgefährlichen sozialdemokratischen Programms".

Er berief sich also auf die seinerzeitige Entscheidung des Herrn Giskra!

In einem Bericht an das Ministerium wurde allerdings mitgeteilt, daß der Prager Polizeidirektor, Herr Stejskal, mit dessen Walten später auch die Wiener Bevölkerung beglückt wurde, „sich zur Untersagung der Versammlung wegen der herrschenden Aufregung veranlaßt sah, welche die Ermordung des russischen Kaisers hervorrief; auch die in den Blättern angedeuteten hochverräterischen Pläne der Nihilisten, welche von den Sozialdemokraten gebilligt werden, haben ihn zu dem Verbot veranlaßt".

Eine geradezu groteske Begründung mußte herhalten, um das von dem berühmten Reichenberger Bezirkshauptmann Spengler verfügte Verbot der Bildung eines „Deutschböhmischen Arbeiterbundes" in Reichenberg zu rechtfertigen, die sich dann sowohl die böhmische Statthalterei als auch das Ministerium des Innern zu eigen machten. Es hieß darin unter anderem:

„Darüber, daß nur die Verbreitung und Geltendmachung der sozialdemokratischen Prinzipien und Anschauungen den ersehnten Vereinszweck bilde, könne mit Rücksicht auf die Personen, welche die Bewilligung zur Bildung erzwingen wollen, sowie auf die von diesen Personen durch eine Reihe von Jahren konsequent manifestierte destruktive Tendenz kein Zweifel obwalten. Sei schon die Überwachung der kleineren Vereine sehr schwierig, so werde dieselbe gegenüber einem sozusagen räumlich unbegrenzten Verein, wie dies der projektierte Arbeiterbund sei, ganz unmöglich ..." „Jedenfalls sei es unleugbar, daß der gedachte Verein unter der Leitung von Persönlichkeiten, welche immer nur die Verbreitung der zersetzenden sozialdemokratischen Prinzipien vor Augen haben, an und für sich, insbesondere aber mit Rücksicht auf die von den Parteiführern immer betonten Ansichten über den »ungerechten Druck«, den die Arbeiter erleiden, über die durchzuführende Gütergemeinschaft, über das Recht der Arbeiter, an dem durch ihre Arbeit erzielten Gewinn zu partizipieren und über die zu erzwingende Teilnahme der Arbeiter

an der Ausübung der politischen Rechte eine eminente Gefahr für den Bestand der gesetzlichen Ordnung und somit des Staates selbst in sich schließe. Der Bezirkshauptmann ist demnach der Ansicht, daß die Bildung des in Rede stehenden Vereines als staatsgefährlich zu untersagen wäre."

Daß unter sotanen Umständen auch der Gewaltige von Linz nicht anders seines Amtes oblag, ist klar; als die Linzer Genossen die Abhaltung eines Arbeitertages*) anmeldeten, der am 5. und 6. Juni 1881 mit Beschränkung auf geladene Gäste dortselbst stattfinden sollte, untersagte ihn der Statthalter Metternich unter Berufung auf die Bestimmungen des Vereinsgesetzes. Von seiner Heldentat verständigte er alle ihm unterstehenden Bezirkshauptmänner und die Bürgermeister wegen eines eventuellen Versuches, den Arbeitertag im Ausland abzuhalten, die Amtsleiter der Grenzpolizei. Der gegen das Verbot eingebrachte Rekurs wurde, wie das schon üblich war, abgewiesen.

Der Kampf zwischen den beiden Fraktionen der österreichischen organisierten Arbeiterschaft wurde auch vielfach in der großen Öffentlichkeit geführt, in Volksversammlungen, die mitunter in Wien gestattet wurden und vielleicht nur aus dem Grunde, um der Öffentlichkeit die völlige Zerfahrenheit im proletarischen Lager deutlich vor Augen zu führen. Die „Gemäßigten" traten für die alten Forderungen der Arbeiterschaft, dar-

*) Zur Beteiligung an dem Arbeitertage wurde der folgende Aufruf erlassen:

„An die Arbeiter Österreichs!

Die Unterzeichneten beabsichtigen für die Pfingstfeiertage nach Linz einen Arbeitertag zur Beratung und Beschlußfassung über die wichtigsten, die Arbeiterinteressen gegenwärtig berührenden Fragen einzuberufen. Die Notwendigkeit einer solchen Versammlung, in welcher eine Einigung aller österreichischen Arbeiter über die Art, wie sie ihre materiellen und geistigen Interessen zu wahren haben, für die nächste Zukunft hergestellt werden soll, bedarf wohl keiner Begründung; die traurige Notlage, in welcher sich die österreichischen Arbeiter befinden, die bedauernswerte Gleichgültigkeit, in welcher ein großer Teil von ihnen gegenüber den sie unmittelbar berührenden Fragen verharrt, und die politische Rechtlosigkeit, die die Arbeiter verhindert, mit gleichem Erfolge wie die Gewerbetreibenden die Geltendmachung ihrer berechtigten Ansprüche zu betreiben, sind Gründe, welche auch den Saumseligsten veranlassen sollten, endlich einmal auf eine regere und organisierte politische Tätigkeit der Arbeiterschaft hinzuwirken.

Der Arbeitertag wird nach Art der Bauern- und Parteitage des letzten Jahres als geschlossene Versammlung einberufen, zu der nur geladene Gäste Zutritt haben.

Alle Arbeiter, welche an dem Arbeitertage teilzunehmen wünschen, werden deshalb ersucht, sich an die unten angegebene Adresse behufs Ausfolgung von Einladungskarten zu wenden.

Die Tagesordnung ist:

1. Die Forderungen der Arbeiter in Österreich.
2. Die Stellung der Arbeiter zu den politischen Parteien und zur gegenwärtigen Bauernbewegung in Österreich.
3. Die Arbeiter und die neue Gewerbeordnung.
4. Gründung eines allgemeinen österreichischen Arbeiterbundes.

Wir rechnen auf zahlreiche Anmeldungen.

Linz, 8. Mai 1881.

Franz Wisnek; Anton Weigunn, Linz."

unter für die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, für alle Vertretungskörper ein, welche Forderung von den „Radikalen" verhöhnt wurde, mit der Begründung, daß das allgemeine Stimmrecht für die Massen wertlos und überflüssig sei; denn auch in jenen Staaten, in denen das allgemeine Wahlrecht längst schon eingeführt sei, habe sich die Lage des arbeitenden Volkes durchaus nicht gebessert und der Arbeiter sei nach wie vor der Sklave des Kapitalismus. Darum sei das Streben nach dem allgemeinen Stimmrecht und jedwede politische Betätigung verwerflich! So verkündeten die „Anarchisten" auch gegenüber den Sozialdemokraten in den Volksversammlungen die Schädlichkeit des allgemeinen Stimmrechtes und sie trugen diese ihre Doktrin den Arbeitern zum Gaudium der bürgerlichen Klassen vor, deren Presse dann natürlich erklärte, daß die — Anarchisten die Vernünftigeren seien! Die Wiener „Radikalen" verhöhnten die deutschen Genossen und nannten jeden, der nach dem Wahlrecht verlangte, einen „Leisetreter", einen „Parlamentler", oder beschimpften ihn als „gesetzlichen Wegelagerer" und „Regierungsagenten".

Karl Kautsky hatte in der „Wahrheit" (Nr. 11 vom 2. Juni 1882) hierüber mit den „Anarchisten" gründlich abgerechnet. Am Schluß eines Artikels: „Das allgemeine Wahlrecht", schrieb er:

„Die Anarchisten durch Gründe überzeugen zu wollen, wäre denn auch eine höchst vergebliche Arbeit. Ich wende mich aber an die zum Glück noch sehr große Anzahl derjenigen Genossen, welche sich nicht von Phrasen, sondern von Gründen bestimmen lassen. Und da sage ich: Ist es nicht eine lächerliche Frechheit, wenn Leute, welche gesetzlich erlaubte Zeitungen herausgeben, welche in gesetzlich geduldeten Gewerkschaften tätig sind und in gesetzlich erlaubten Versammlungen sprechen — alles ohne die mindeste Gefahr unter der Obhut der hohen Obrigkeit — wenn die sich anmaßen, den deutschen Parteigenossen Feigheit vorzuwerfen, weil dieselben unter den gefährlichsten Umständen und mit den größten Opfern das allgemeine Wahlrecht für die Partei ausnützen? Immerhin könnte man vor den Herren Radikalen noch Achtung haben, wenn sie ihren Worten entsprechend handeln würden... Wenn aber Leute seit Jahren ihre einzige Aufgabe darin erblicken, nichts zu tun, als unter den Augen der Behörden unsere Organisationen zu zerstören und Unklarheit über unsere Ziele zu verbreiten, wenn die »Revolutionäre« nichts sind als »Konfusionäre«, dann bedeuten radikale Phrasen nichts als einen Deckmantel für impotenten Größenwahn und lächerliches Maulheldentum."

Vier Jahrzehnte später, nachdem schon so manches Stück des reaktionär-kapitalistischen Systems gefallen war, haben aber noch immer „Radikale" vom gleichen Kaliber, im gleichen Sinne und mit denselben Argumenten ihr schädliches und verderbliches Handwerk geübt, zum Unheil des arbeitenden Volkes!

In jenen Tagen, da Kautsky die vorstehenden Worte schrieb, trat das Organ der „Gemäßigten" in das zweite Jahr seines Bestandes. Wenn das Blatt bei diesem Anlaß seinen Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht erstattete und eine Voraussage daran knüpfte, so muß hiebei festgestellt werden, daß im sozialistischen Lager wohl einiges besser geworden war, aber noch lag vieles in der Partei im argen und noch die schwersten

und furchtbarsten Kämpfe harrten des Volkes in Österreich und des Sozialismus.

Viele alte und bewährte Genossen, die sich, müde des kleinlichen Parteihaders, von der Parteiarbeit zurückgezogen hatten, traten wohl wieder in die Reihen der Kämpfer, aber die Reihen waren noch immer gelichtet, denn noch Tausende standen teilnahmslos abseits oder in feindlichen Lagern. Sehr bezeichnend für die damalige Situation sind die Worte, die die „Wahrheit" an die Gegner in der Arbeiterschaft richtete:

„Mit jenen Elementen, die sich bei uns fälschlich als »anarchistische« bezeichnen, haben wir zu tun bekommen. Wir sind einer Polemik mit ihnen, solange es möglich war, aus dem Wege gegangen. Als sie das allgemeine Wahlrecht für einen »überwundenen Standpunkt« erklärten, als ihr Treiben die Bestrebungen der Sozialdemokratie schädigte und kompromittierte, da durften wir nicht mehr schweigen. Wir haben jedoch den Kampf rein sachlich geführt. Wir vermieden alles, was die Gegner persönlich verletzen konnte. Das hat letztere nicht gehindert, mit Beleidigungen und Schimpfereien zu antworten, ein Beweis, daß sie uns nicht widerlegen können, wir demnach recht haben. Wir bedauern aufrichtig die Opfer der pseudoanarchischen Richtung. In unseren Reihen könnten sie für die Arbeitersache ersprießlich wirken; auf jener Seite aber reiben sie sich auf, ohne dadurch dem Proletariat zu nützen. Nicht gegen die Irregeleiteten wenden wir uns, sondern nur gegen jene, die, obgleich antiautoritär, sich dennoch in der Rolle unbeschränkter Führer gefallen. Wir machen sie für alles verantwortlich, was durch das pseudoanarchische Treiben herbeigeführt werden sollte. Hoffen wir indes, daß es uns und unseren Genossen gelingen wird, demselben nach Kräften zu steuern."

Und doch waren die beiden Fraktionen der österreichischen organisierten Arbeiterschaft erst am Beginn eines schweren und erbitterten Kampfes, bei dem die Opfer ausschließlich Proletarier waren, die, von dem ehrlichen Streben beseelt, ihren Klassengenossen in ihrem Leid beizustehen, mit ihrem eigenen Leben in die Bresche traten!

Gefehlt wurde auf beiden Seiten, zweifellos; allein das übergroße Maß der Schuld fällt jenen zu, die da vermeinten, ohne Aufklärung und ohne richtige Abschätzung der eigenen Kräfte eine Umgestaltung der Gesellschaft und des Staates mit Mitteln herbeizuführen, die, abgesehen von ihrer Grausamkeit und Unmenschlichkeit — solche Mittel darf und soll keine kriegführende Partei verwenden — unzulänglich waren und daher niemals zum Ziele führen konnten.

Die „Radikalen" hatten in dem Kampfe wider den Kapitalismus sich vor allem gegen ihre eigenen Klassengenossen gewendet und sich damit schwer versündigt. Ihr Organ „Die Zukunft" ist zum großen Teile mit den heftigsten Angriffen nicht etwa gegen die Machthaber in Staat und Gesellschaft, nicht etwa gegen die Klasse der gewissenlosen Ausbeuter gefüllt, sondern — gegen die „Gemäßigten". Es hatte den Anschein, daß ihr Bestand und Kampf ausschließlich den Führern dieser Fraktion galt. Kein Schimpfwort war so verächtlich, das man ihnen nicht zuschleuderte, keine Schandtat so gemein, daß man sie nicht ihnen andichtete.

Die Leser werden im Laufe der Darstellung einige Proben radikaler Stilkunst erhalten und mögen dann selbst urteilen, ob die Kampfesweise

der „Anarchisten“ nicht wirklich ein Frevel sondergleichen am Proletariat war.

Wem nützte vor allem der Bruderkampf? Jenen, denen eigentlich der schwerste Abbruch geschehen sollte: der Reaktion und dem Ausbeutertum. Der Ruf nach der Einheitsfront des Proletariats, der schon damals erscholl, hätte gehört und beherzigt werden müssen; daß er damals ungehört verhallte, dafür mußten die Massen des arbeitenden Volkes schwer büßen.

Die nächsten Jahre der Verfolgungen und des wirtschaftlichen Niederganges des Proletariats zeigten klar und deutlich, wie groß das Verbrechen war, das am klassenbewußten Proletariat verübt worden ist.

Ende 1881 bemerkte das Wiener Parteiorgan in seiner sozialpolitischen Rundschau über die herrschenden Zustände:

„Von Österreich, soweit unsere Partei in Betracht kommt, können wir kurz sein: Hausdurchsuchungen, Verhaftungen und Verurteilungen werden noch immer vorgenommen.“

Diese wenigen Worte charakterisieren die Situation, in der sich die Partei befand, aber auch noch lange nachher befinden sollte. Nicht zum wenigsten waren die trostlosen inneren Parteiverhältnisse schuld daran!

Zwei internationale Kongresse 1881

Inmitten der Kämpfe des österreichischen Proletariats in seinen eigenen Reihen — fast in allen Ländern war nach dem Zerfall der alten Internationale das organisierte Proletariat uneins — erging von den beiden proletarischen Vereinen Ende 1880 der Ruf zu einem internationalen Kongreß: von London aus und von Zürich. In der Weltstadt an der Themse war der Mittelpunkt der „Radikalen", die sich „revolutionäre Sozialisten" nannten, in Wirklichkeit aber längst schon das Programm des Sozialismus verlassen und sich den Lehren des Anarchismus zugewandt hatten. Hier hatten sich die „Revolutionäre" aller Länder zusammengefunden und von hier aus sollte der Kampf, der unerbittliche und nie rastende Kampf gegen Reaktion und Kapitalismus ausgehen; von hier aus, wo Johann Most's „Freiheit" ihre Heilslehre der Gewalt in die Welt sandte und sie vor allem nach Deutschland und Österreich zu tragen suchte, sollte die ganze staatliche und gesellschaftliche Ordnung mit Gewalt und **unter Anwendung aller Mittel** aus den Angeln gehoben werden. Der Londoner Kampfruf galt aber nicht bloß den herrschenden Mächten auf Thronen und in Parlamenten, sondern auch den Organisationen und der Taktik der — Sozialdemokratie. Schon vor Monaten war von hier aus die Losung wider die „zahmen Sozialdemokraten" ausgegangen, gegen die „Verräter" am arbeitenden Volk. In Wort und Schrift wurde gegen sie agitiert und so wie in Österreich und Deutschland die „Radikalen" in der Bekämpfung der Sozialdemokratie ihre Hauptaufgabe sahen, so sollte auch der Londoner Kongreß allen Arbeitern auf dem Erdenrund verkünden, daß nur der Radikalismus, das heißt der Anarchismus, dem Proletariat Erlösung aus aller Pein bringen könne.

Die Sache war im Grunde weder neu, noch allzu schwierig. Man weiß, daß schon in den ersten Jahren der alten Internationale Bakunin und seine Mannen mit dem Schlagwort des Föderalismus, des Individualismus, den Widerstand gegen die sozialdemokratischen Organisationen begründeten und durch ihr Vorgehen schließlich die Internationale Arbeiterassoziation, das grandiose Werk von Karl Marx und seiner Mitarbeiter, zum Zerfall brachten. Es war im Grunde das alte Spiel, das jetzt wieder getrieben wurde und das sich in der Zukunft noch öfters wiederholen sollte. Was beispielsweise in Österreich von den „Radikalen" im kleinen praktiziert wurde, um der Partei der „Gemäßigten" „eines am Zeuge" zu flicken, das wurde von London aus den sozialistischen Fraktionen aller Länder angetan.

In London, wo seit alters her Revolutionäre und politische Flüchtlinge aller Art eine Zufluchtsstätte gefunden hatten — es braucht nur daran erinnert zu werden, daß alle von der deutschen und französischen Tyrannei und Reaktion Geächteten hier stets ein Asyl fanden, wo sie unbehelligt vor der Polizeigewalt des Festlandes leben konnten — hatten auch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Kommunards, die vom deutschen Sozialistengesetz Heimgesuchten und die

vom Zarismus Verfolgten Aufenthalt genommen. So war die Weltstadt an der Themse zum Mittelpunkt der Flüchtigen und Heimatlosen geworden, die hier darauf sannen, ihren Idealen oder Phantasmagorien einst zum Siege zu verhelfen.

Die Schweiz, die gleichfalls lange allen Verfolgten ein Asyl geboten hatte, hatte gerade in jenen Tagen auf Drängen der deutschen und russischen Regierung viele der politischen Flüchtlinge von ihrem „freien" Boden verjagt, die sich zumeist nach England wandten. So hatte sich in London eine große Zahl Vaterlands- und Heimatloser, Verzweifelter und Verlorener, Müder und Gehetzter zusammengefunden, in deren Hirn, wie leicht begreiflich — das ehrliche Wollen vieler soll nicht bezweifelt werden — Gedanken lebendig wurden, wie sie nur in den Herzen und Sinnen verzweifelter und gehetzter Menschen erstehen können! Daß sich unter den Flüchtlingen auch Abenteurer und noch schlimmere Gesellen befanden, daß unter ihnen Revolutionäre um der Revolution willen waren, daß so manche endlich sich an die Flüchtlinge zu dem Zweck herandrängten, um sie ihrer heimatlichen Polizei zu verraten, ist nicht zu verwundern.

Aber viele wurden später ihrer großen Irrtümer gewahr und fanden wieder den Weg zur alten, ehrlichen, roten Fahne zurück, zur alten Sozialdemokratie.

Von den ehemaligen deutschen Sozialdemokraten waren es namentlich Johann Most und John Neve und von den Österreichern Andreas Scheu, die die Führung innehatten und sich in der Redaktion der „Freiheit" hervorragend betätigten und die Propaganda nach dem Kontinent betrieben.

Das zweite Zentrum, von wo aus ein internationaler Weltkongreß einberufen wurde, war Zürich, wo vor allem deutsche Sozialdemokraten vor dem Bismarckschen Sozialistengesetz und vor den brutalen Verfolgungen der deutschen Behörden eine Zuflucht bis auf weiteres gefunden hatten. Hier erschien ihr Parteiorgan „Der Sozialdemokrat" und von hier aus wurden dem deutschen Proletariat, dem man seine Presse, seine Vereine genommen hatte, unter unsäglichen Mühsalen und Opfern die sozialistischen Gedanken vermittelt. Von hier aus sprachen die alten erprobten Führer, wie Bebel, Liebknecht, Bernstein, Kautsky, Vollmar und andere zu den deutschen Arbeitern und mahnten sie, dem alten Programm treu zu bleiben, trotz aller Verfolgungen und Mißhandlungen, trotz aller radikaler Lockungen ...

Beide Kongresse hatten es sich zur obersten Aufgabe gemacht, die proletarischen Kräfte aller Länder zu sammeln und kampffähig zu machen. Eine neue Internationale sollte wieder aufgerichtet werden; jede der beiden Richtungen wollte nach ihrem Programm die Massen gewinnen und organisieren.

Die Londoner gaben ihre Veranstaltung als eine Fortsetzung der alten Internationale aus und erklärten, an deren Grundsätzen festzuhalten; die Züricher Versammlung wurde von dem auf dem Weltkongreß von 1877 in Gent*) eingesetzten Büro, an dessen Spitze der bekannte belgische

*) Siehe Band II, Seite 328 u. ff.

Genosse Anseele stand, einberufen. Beide Gruppen versandten fast gleichzeitig die Einladungen, doch hatte London sich bemüht, seinen Kongreß vor dem Züricher abhalten zu lassen.

Das österreichische Proletariat wurde von beiden Einberufern umworben; die Entscheidung aber, welcher Richtung man sich zuwenden solle, wurde immer wieder auf einen späteren Zeitpunkt vertagt, bis man endlich davon Abstand nahm, sich an irgendeiner Veranstaltung zu beteiligen. In Wien freilich neigte die Mehrheit der Beschickung des Londoner Kongresses zu, doch hatte man Bedenken getragen, einen Delegierten dahin zu senden. Man betraute schließlich einen in London wohnhaften Genossen mit der Vertretung Österreichs. Auch nach Zürich wurde kein eigener Delegierter entsendet. So war die österreichische Arbeiterschaft, in sich zerfahren, auch nach außen hin als eine in der sozialistischen Internationale zu vernachlässigende Größe gekennzeichnet. Man wird erst der ganzen Schwere der österreichischen Verhältnisse bewußt, wenn man vergleicht, welch geachtete und angesehene Stellung das österreichische Proletariat und seine Delegierten auf den späteren Kongressen der Zweiten Internationale stets eingenommen hatten.

Übrigens waren, wie schon erwähnt, auch in den anderen Staaten die Parteiverhältnisse im Proletariat ähnlich zerfahrene; vor allem in den romanischen Ländern, wo seit jeher eine festgefügte Organisation, wie etwa im Deutschen Reich, stets den größten Schwierigkeiten begegnete.

Zu Beginn des Jahres 1881 erging von London aus der folgende Aufruf zur Beteiligung an dem Londoner Kongreß:

„An die Revolutionäre beider Welten!

Die tapferen Anstrengungen unserer russischen Brüder werden schließlich von Erfolg gekrönt sein. Den vereinigten Kräften der Bourgeoisie ist die Vereinigung aller revolutionären Kräfte entgegenzusetzen und die »Internationale Arbeiterassoziation« wiederherzustellen.

Zu diesem Zweck wollen wir uns auf dem internationalen revolutionären Kongreß vereinigen, der am 14. Juli 1881 in London stattfinden und dessen einzige Tagesordnung lauten wird:

Wiederherstellung der Internationalen Arbeiterassoziation."

Wenige Tage später wurde der zweite folgende Aufruf versendet:

„An die Revolutionäre der ganzen Welt!

Bürger!

Die Reaktion erhebt sich in allen Ländern. Überall vertreibt man, überall verfolgt man die Sozialisten. Selbst England und die Schweiz sind nicht mehr sichere Zufluchtsstätten für die Verteidiger der sozialen Gerechtigkeit. Dürfen wir uns nun dem Messer überliefern und uns ohne jeden Widerstand niederschlagen lassen? Ist es nicht noch Zeit, alle revolutionären Kräfte zu ordnen, damit wir nicht mehr lange gepeinigt werden?

Einigkeit macht stark!

Wohlan, vereinigen wir uns!

Lassen wir für den Augenblick die kleinlichen Streitigkeiten, die uns entzweien! Vereinigen wir uns auf einem gemeinsamen Boden: auf dem Boden der Revolution! Um dies zu erreichen, beruft die Initiativ-

kommission in London die revolutionären Sozialisten der ganzen Welt zu einem Kongreß, der am 14. Juli in London zusammentreten soll.

Der Kongreß wird seine einzige Mission darin erblicken, ein Mittel zu finden, um die Kräfte der Revolution zu ordnen, auf breiter Grundlage die Einigkeit zu begründen. Da der Kongreß keine Vollmachten haben wird, werden die Sektionen, Studienzirkel 2c., welche vertreten sein werden, ihre Unabhängigkeit wahren.

Wir bitten alle Anhänger und Gruppen, soweit als möglich sich mit uns in Verbindung zu setzen.

Für die Länder, deren Gesetze internationale Verbindungen nicht zulassen, mögen die Bürger uns ihren Beitritt durch in anderen Ländern wohnende Genossen mitteilen.

Im Namen der Kommission:

Der Sekretär: Rechorb.

(Das Anagramm des wirklichen Namen Brocher.)

Die Kommission ist vollständig unabhängig vom Internationalen Klub für soziale Studien, obwohl sie in diesem Haus ihren Sitz hat."

Es braucht wohl nicht erst hervorgehoben zu werden, daß die österreichischen Polizei- und Gerichtsbehörden eifrigst am Werke waren, daß diese Aufrufe, die für die Arbeiterpresse bestimmt waren, nicht das „Licht der Druckerpresse" erblickten, ebensowenig wie jene zur Beschickung des sozialdemokratischen Weltkongresses in der Schweiz. Allein die Bestrebungen der Londoner und Schweizer kamen nichtsdestoweniger zur Kenntnis der Arbeiterorganisationen und wurden hier viel diskutiert. Anderseits war die „internationale Polizei", in der die österreichische wie immer eine führende Rolle spielte, nicht müßig, um die „Fäden der sozialrevolutionären Umtriebe" kennenzulernen. Von Brüssel, Genf, London und Paris aus, wo revolutionäre Gruppen bestanden, liefen die Berichte der einzelnen „Vertrauensmänner" in Wien ein und die Wiener Polizei sorgte noch durch ihre eigenen Verbindungen dafür, diese Berichte zu ergänzen und sachgemäß zu „verarbeiten". Auch unsere auswärtigen Vertretungen waren im Auftrage des Ministeriums des Äußern damit „befaßt" worden, alles Wissenswerte ausführlich „anher" zu berichten; namentlich unser Schweizer Gesandte ließ sich hiebei sehr fleißig an und seine Berichte ließen erkennen, daß er viel Geld und Mühe darauf verwendet hatte, um die Regierung in Sachen der „Umstürzler" stets auf dem laufenden zu erhalten. Sie ließen aber auch erkennen, daß er wahllos alles, was ihm von den bekannten Gentlemen zugesteckt wurde, hieher übermittelte. Er „meldete" einfach kritiklos alles, was er erfuhr! Es scheint, daß er vor allem bemüht war, als „fleißig" auf dem Wiener Ballhausplatz zu gelten; nichts war ihm unwahrscheinlich, dem er in seinen Berichten nicht Raum gab.

Aber noch ein zweites Moment, dessen hier Erwähnung getan werden muß, geht aus den Berichten unserer ausländischen Gesandten hervor: ein unzweifelhaftes Zusammenarbeiten einer „internationalen Polizei". Es lagen zu jener Zeit vielleicht noch nicht die offiziellen Abmachungen vor, daß vor allem Österreich-Ungarn, Deutschland und Rußland auf dem Gebiet „internationaler Maßnahmen gegen den Sozialismus" zu einer Einigung gekommen waren, allein die alten Reaktionsmächte arbeiteten

bereits „Hand in Hand" in dieser Beziehung, ganz wie in den Tagen der „Heiligen Allianz".

Über die Londoner Kongreßverhandlungen und speziell über die Verhandlungen in den Komitees waren in der auswärtigen Presse einige Einzelheiten veröffentlicht worden und auch die anarchistische Parteipresse hatte über einige Vorkommnisse Mitteilungen gemacht, aber keine eingehenden Berichte verlautbart. Es ist wohl als sicher anzunehmen, daß die Vertrauensmänner der internationalen Polizei von vielen Dingen Kenntnis erlangten und das meiste, was sie ihren Auftraggebern meldeten, auch auf Wahrheit beruhte. Aus dem Wirrwarr der Mitteilungen über die Londoner Verhandlungen sei nun im folgenden das Wesentlichste mitgeteilt, das Pressemitteilungen und den Berichten der Gesandtschaften, die zum erstenmal der Öffentlichkeit übergeben werden, entnommen ist. Manches wird dem Leser vielleicht als unwahrscheinlich dünken, es dürfte aber nichtsdestoweniger wirklich den Tatsachen entsprechen. Durch Umfrage hat der Verfasser von vertrauenswürdiger Seite in Erfahrung bringen können, daß das Unwahrscheinliche das Mögliche und zumeist das Zutreffende war.

Über die Vorgeschichte des Londoner Kongresses sei den Aktenstücken des Wiener Ministeriums des Äußern (entstammend Berichten vom Oktober 1881) entnommen:

„Die Idee zu dem Londoner Sozialistenkongreß ist seinerzeit von Most ausgegangen. Dieselbe fand sogleich bei den Revolutionären fast ganz Europas, besonders bei den Franzosen, Belgiern, Spaniern und Deutschen sowie bei den Amerikanern den lebhaftesten Beifall und es wurde in London ein aus Hartmann (Rußland), Figueras (Spanien), Malatesta (Italien), Most (Deutschland), Brocher alias Rechorb (Frankreich), Riedmann und Cafiere (Italien) bestehendes Komitee gebildet, welchem die Organisation des Kongresses oblag. In den revolutionären Konventikeln der einzelnen Länder wurden die Fragen vorbereitet und ventiliert, welche auf dem Kongreß zur Besprechung gelangen sollten; man veranstaltete Sammlungen zur Deckung der Reisekosten für die Delegierten; in Paris wurde ein Vorkongreß abgehalten und es wurde das bekannte Manifest an die Revolutionäre beider Welten erlassen, welches die Notwendigkeit des Kongresses darlegte und als dessen Ziel die Vereinigung sämtlicher revolutionärer Kräfte durch Rekonstruktion der »Internationalen Arbeiterassoziation« bezeichnete. Dies erregte jedoch Bedenken bei einer großen Anzahl französischer und belgischer revolutionärer Gruppen, welche befürchteten, durch die angestrebte straffe Organisation ihre bisherige Selbständigkeit zu verlieren.

Weitere Gegner erwuchsen dem Kongreß in den Anarchisten, welche der Meinung waren, es sei weder nützlich noch notwendig, irgendwelche Grundsätze für das Verhalten der Gesinnungsgenossen aufzustellen und zu vereinbaren, denn jeder wahre Anarchist wisse auch, was er zu tun habe. Um diese Bedenken zu beseitigen, wurden in einem zweiten von der Organisationskommission erlassenen Zirkular die Revolutionäre der ganzen Welt ermahnt, für den Moment allen Streit fahren zu lassen, um sich auf dem gemeinsamen Terrain der Revolution zu begegnen. Zugleich wurde der Zweck des Kongresses dahin modifiziert, daß man auf demselben die Mittel finden wolle, um die „Einigkeit der Revolutionäre

auf breiter Basis" herzustellen, dabei aber die volle Selbständigkeit der einzelnen Gruppen zu wahren.

Hiemit war den Ansprüchen sämtlicher Parteischattierungen im allgemeinen genügt.

Dessenungeachtet erhoben sich immer neue Differenzen, welche das Zustandekommen des Kongresses in Frage zu stellen drohten; insbesondere war dabei hinderlich die Haltung des Londoner Propagandistenbundes und des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereines, welche sich durch die außerordentliche Heimlichkeit, mit welcher die Vorbereitungen zum Kongreß betrieben wurden und in der diese Korporationen einen Mangel an Vertrauen erblickten, unangenehm berührt und zurückgesetzt fühlten. Man einigte sich schließlich dahin, den bekannten Nihilisten Hartmann als Schiedsrichter zu wählen und dieser setzte sich sofort mit dem Pariser sozialrevolutionären Zentralkomitee und Luise Michel in Verbindung. Er setzte diesen auseinander, daß durch die fortwährenden Streitigkeiten nicht nur der Kommunistische Arbeiterbildungsverein in die Gefahr der Sprengung gebracht werde, sondern daß auch wahrscheinlich der beste Agitator für die Revolution, die „Freiheit", Schaden leiden würde und daß es doch jetzt mehr als je notwendig sei, die revolutionären Parteien zusammenzuhalten. Auf den Kongreß an und für sich sei allerdings ein großer Wert nicht zu legen, weil dasselbe nötigenfalls im Wege des Briefwechsels erreicht werden könne, aber da man nun einmal so viel von dem Weltkongreß der Revolutionäre gesprochen habe, so müsse man ihn auch abhalten, um der Außenwelt zu zeigen, daß man durchaus einig sei.

Diese Ausführungen wurden von den Franzosen gebilligt und es erfolgte umgehend die Zusage, daß sie erscheinen würden. Infolgedessen, und da inzwischen auch Delegierte aus Amerika, Spanien, Belgien ꝛc. eingetroffen waren, konnte am 17. Juli morgens die erste Sitzung in einer Privatwohnung abgehalten werden.

An derselben nahmen Delorme (der Vorsitzende des Pariser Vorkongresses) und Luise Michel, ferner der Italiener Malatesta, Neve für die deutschen Sozialrevolutionäre aller Länder, Hartmann und Tschawitzka für die Slawen und Cordier für die französischen Sozialrevolutionäre teil.

(Andreas Scheu soll sich an den Verhandlungen nicht beteiligt haben, da er kurz vorher Mißhelligkeiten mit den Redakteuren der »Freiheit« hatte.)

Nachdem man sich über die geschäftliche Behandlung geeinigt und beschlossen hatte, das Sitzungslokal jedesmal zu wechseln, keine Namen zu nennen, eröffnete Neve die Sitzung mit einer Lobrede auf Most*)

*) Most war Ende März wegen eines Artikels über die Ermordung des Zaren Alexander II. verhaftet worden; die Redaktion der „Freiheit" wurde gesperrt und in den Lokalitäten eine Hausdurchsuchung vorgenommen. — Wegen der Verhaftung Mosts wurde auch im englischen Unterhaus interpelliert. Der liberale Staatssekretär des Innern Harcourt beantwortete die eingebrachten Interpellationen und brachte hiebei den Artikel, um dessentwillen Mosts Verhaftung erfolgt war, zur Verlesung. Er erklärte, eine solche Sprache sei ein Vergehen gegen die Gesetze des Landes und er habe daher aus eigenem Antriebe und durch keine fremde Pression veranlaßt die gerichtliche Verfolgung Mosts angeordnet. Die Haltung der Londoner Tagespresse war nach den Berichten unseres Londoner Gesandten über das Vorgehen der Behörden geteilt. Die meisten konservativen Blätter billigten das Einschreiten der Regierung, während die radikalen und liberalen Organe, also

und Luise Michel. Die letzte erwiderte darauf in längerer Rede, sprach von der Ausbeutung des arbeitenden Volkes durch die Tyrannen, den Adel, die Geistlichkeit, die Kapitalisten und die professionellen Politiker und meinte, daß alle zu diesen Klassen gehörenden Personen beseitigt werden müßten, aber nicht auf parlamentarischem Wege, sondern durch die gewaltsame Revolution, mit Feuer, Schwert und allen sonst zu Gebote stehenden Mitteln.

Dazu brauche man energische Männer und Frauen mit Feuer im Herzen. Ein Kongreß sei auch ihrer Ansicht nach nicht gerade notwendig, derselbe sei aber nützlich im Interesse des Friedens unter den verschiedenen Parteischattierungen und deshalb sei sie erschienen. Sie schloß mit dem Rufe: »Vive la révolution sociale!« (»Es lebe die soziale Revolution!«).

Delorme gab zunächst eine Übersicht über die Tätigkeit der verschiedenen französischen Gruppen seit dem Pariser Vorkongreß, legte dessen Verhandlungen dar und erging sich im übrigen in einer bitteren Kritik der jetzigen französischen Regierung.

Malatesta hielt eine ultrarevolutionäre Rede, meinte, es sei nun genug mit dem Federkrieg, man habe keine Zeit mehr zu verlieren, um zu Taten zu schreiten, und schloß mit dem Ruf: »Auf die Schanzen, um die Tyrannen zu morden!«

Hartmann versprach bald interessante Neuigkeiten aus Rußland berichten zu können.

Neve schloß die Reihe der Redner mit der Warnung vor übereilten Taten, weil das Volk zum Schlagen noch nicht vorbereitet sei, und empfahl, sich vorläufig mit der ausgiebigen Verbreitung revolutionärer Flugschriften zu begnügen.

Die Sitzung hatte sechs Stunden gedauert."

„Am Nachmittag desselben Tages fand die zweite Sitzung in einem großen Auktionssaal statt, welcher zu diesem Zweck gemietet und hergerichtet war.

Zu den Teilnehmern des Vormittags war noch der deutsche Belgier Kirschner und ein Delegierter aus Genf getreten. Ferner hatten sich etwa 22 Mitglieder des Propagandistenklubs eingefunden, so daß ungefähr 42 Personen versammelt waren. Sämtliche Anwesende mußten sich bei Vermeidung der Zurückweisung durch Vorweisung einer vom Komitee gestempelten Karte legitimieren.

Die gefallenen Reden trugen im allgemeinen den Charakter derjenigen aus der ersten Sitzung.

L. Michel und Malatesta empfahlen unter anderem die Einäscherung sämtlicher Hauptstädte Europas als das beste Mittel zur Erregung von Unruhen.

Die Aufregung wurde schließlich so groß, daß man die Fäuste ballte und die schrecklichsten Schwüre sich gegenseitig ablegte, durch Dolch und Gift sich bald an allen Tyrannen rächen zu wollen.

Zwei Mitglieder des Propagandistenklubs wurden durch das Verhalten der Versammelten derart erschreckt, daß sie bleichen Antlitzes die Versammlung verließen und erklärten, mit solchen Leuten nichts mehr zu tun haben zu wollen, da gegen deren Pläne und Ideen die Schrecken

---

gerade die Regierungspresse, den Vorgang der Regierung als einen bedenklichen Präzedenzfall für die Wahrung der englischen Grundsätze in bezug auf Preß- und Asylfreiheit scharf kritisierten. Auch die „Times" neigten sich der letzteren Auffassung zu.

der Französischen Revolution und der Pariser Kommune nur Spielwerk seien."

„Die dritte Sitzung fand am 18. morgens statt unter Teilnahme von 16 fremden Delegierten und etwa 40 Propagandisten. Neu war der skandinavische Vertreter, Lithograph Schuhmann aus Dublin, dessen Rede ebenfalls damit schloß, daß die Zeit des Schreibens und Sprechens vorüber sei und zu Taten geschritten werden müsse.

Ein Delegierter aus Amerika, der deutsche Jude Seelig, meinte, daß in Deutschland zunächst die Revolution ausbrechen müsse und versprach die tatkräftige Unterstützung der Amerikaner."

„In der vierten Sitzung, am 18. nachmittags, wurden die zu fassenden Beschlüsse formuliert und zur Abstimmung gebracht.

Einstimmig angenommen wurde der Antrag der deutschen und französischen Revolutionäre, sich zu nennen: »Internationale revolutionäre Arbeiterassoziation«.

Ferner der Antrag der Slawen und Amerikaner, als Programm der Assoziation die soziale Revolution aufzustellen, und drittens folgender Antrag der L. Michel, des Hartmann und des Malatesta:

»In jeder Stadt, in welcher sich revolutionäre Sektionen oder Gruppen befinden, wird ein aus drei Mitgliedern bestehendes Exekutivkomitee ernannt. Das Komitee setzt sich in Verbindung mit den gleichnamigen Komitees der Orte des betreffenden Landes (abgegrenzt durch die Sprachgemeinschaft), um sich über die Förderung der Revolution zu verständigen. Jeden Monat erläßt das Komitee eine entsprechende Mitteilung an die Mitglieder der ihm unterstellten Gruppen.

Der Sitz der Assoziation ist London, mit Nebensitzen in Paris, Genf und Neuyork.

Die vier Zentren führen die Korrespondenz mit den größeren Städten aller Länder, um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen.

Jedes Komitee hat wöchentlich einen Bericht an die Hauptkomitees zu erstatten und die Erfolge, die Pläne einzelner Mitglieder, die Maßnahmen der Regierungen und der Polizei bezüglich der Unterdrückung und Verfolgung der Mitglieder der Propaganda, ferner über Regierungsagenten und Polizeibeamte, deren Anwesenheit etwa in Genf, London oder Paris bemerkt worden ist, unter Angabe des Namens, der amtlichen Stellung und des Signalements. Die Komitees halten ihre Sitzungen durchaus geheim ab, es werden keine Namen genannt, das Sitzungslokal wird möglichst häufig gewechselt; zur Korrespondenz werden Zwischenadressen benützt.

Die Komitees sammeln Geld zur Deckung der laufenden Ausgaben und zum Ankauf von Waffen, Giften, Explosionsstoffen 2c. Der Aufbewahrungsort dieser Gegenstände darf nur dem Komitee bekannt werden. Stellen, welche sich zur Anlage von Minen eignen, sind zu ermitteln und den Hauptkomitees anzugeben, welche die weiteren Verfügungen darüber treffen werden. Vom Londoner Komitee werden nach Anhörung derjenigen in Genf und Paris Reiseagitatoren ernannt. Jeder Agent erhält ein geheimes Erkennungszeichen; im Falle seiner Verhaftung oder seines Todes im Dienste der Assoziation wird seine Familie unterstützt.

Hauptorgane der Assoziation sind, und zwar für die deutschsprechenden Mitglieder »Die Freiheit«, für die übrigen die »Révolution sociale«.

Alle Mitglieder der Assoziation verpflichten sich feierlich, alles aufzubieten, um die Revolution zu fördern und jedes Mittel anzuwenden, um die Feinde derselben aus der Welt zu schaffen.

Als Hauptfeinde sind zu betrachten: Sämtliche Herrscher inklusive der Präsidenten der Republiken, sämtliche Mitglieder der jetzigen Regierungen, die Mehrzahl des Adels, die höhere Geistlichkeit aller Konfessionen, die Fabrikbesitzer und hervorragende Bourgeois. Die gewaltsame soziale Revolution ist das Ziel der Assoziation, also Tod allen Tyrannen und Befreiung des Proletariats vom Joche aller und jeglicher Knechtschaft.

Dem Vernehmen nach ist auch noch ausdrücklich eine Resolution des Inhalts gefaßt worden, daß von seiten der Gruppen und Individuen das Studium und die Anwendung jener technischen und chemischen Wissenschaften, welche der Sache der Revolution schon so große Dienste geleistet hätten und dies auch in Zukunft tun würden, mit dem größten Eifer betrieben werden müsse.

Es ist dies hauptsächlich eine Konzession an die auf dem Kongreß vertretenen Anarchisten, welche, wie schon früher bemerkt, Gegner jeder komplizierten Organisation und jeder großen Verschwörung sind, vielmehr die Propaganda durch die Tat der freien Initiative des einzelnen überlassen zu müssen glauben.

Der Kongreß wurde mit dem Ruf: »Hoch die baldige soziale Revolution!« und dem Absingen der Marseillaise geschlossen.

Sämtliche Anwesende begaben sich dann zu einer öffentlichen Versammlung, welche in aller Eile einberufen war, um die frondierenden Mitglieder des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereines zu versöhnen. An derselben nahmen ungefähr 600 Personen, darunter 150 Frauen, teil. Nachdem Luise Michel mit stürmischem Jubel begrüßt worden war, nahm zuerst der Engländer Dunn das Wort und führte aus, daß der Fluch des Kapitals und der Regierungen zwar jetzt noch auf den Völkern laste, daß die letzteren aber entschlossen seien, ihre Ketten nunmehr zu brechen.

Ihnen folgte eine amerikanische Delegierte Miß Le Compte und schlug die einstimmig akzeptierte Resolution vor, daß die Zeit des Abwartens und der Reformen vorüber sei und daß man jetzt an die gewaltsame Beseitigung der Regierungen und des Kapitals gehen müsse.

Ähnlich sprachen sich L. Michel, einige Franzosen, Schweizer und Italiener aus.

Nachdem Krapotkin eine Beschreibung seiner Leiden in Sibirien gegeben, brandmarkte der Engländer Kotz die Verurteilung Mosts als einen Akt der rohen Gewalt und beantragte, dies zum Beschluß zu erheben.

Der Volksversammlung folgte dann auch ein Bankett im Lokal des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereines in Rose-Street.

Aus den hiebei gehaltenen Reden ist besonders ein Toast hervorzuheben, welchen Krapotkin ausbrachte und welcher lautete: »Mein Hoch gilt dem großherzigen, kühnen und großen Jüngling, welcher den alten S.... an der Spree kräftig treffen und abtun wird.«

Am nächsten Tage versammelten sich noch 16 Delegierte in Hartmanns Wohnung, um über die Redaktion der Protokolle, den für die Zeitungen bestimmten Bericht und das Verhalten der Öffentlichkeit gegenüber Beschluß zu fassen und schließlich dem Hartmann den Dank sämtlicher Revolutionäre für die Verdienste auszusprechen, welche er sich

durch seine unermüdliche Tätigkeit im Interesse des Zustandekommens des Kongresses erworben habe."

Damit schließt der erste „konfidentielle" Bericht über den Londoner Bericht. Hieran knüpfte der „ Vertrauensmann" noch folgende Bemerkungen und Betrachtungen:

„Was die Zahl und die Personen der Teilnehmer des Kongresses betrifft, so schwanken die Angaben darüber zwar etwas, es ist jedoch als feststehend anzunehmen, daß ungefähr 43 Delegierte beim Kongreßkomitee angemeldet und erschienen waren, einschließlich der zeitweise anwesenden Mitglieder des Propagandistenbundes.

Die Delegierten vertraten etwa 320 verschiedene revolutionäre Gruppen respektive Sektionen, unter ihnen hatten die französischen Delegierten Mandate von 80 Sektionen aus Paris, Lyon, Marseille, Bordeaux usw., während der spanische Delegierte einen Geheimbund von angeblich 32.000 Mitgliedern vertrat.

Aus Amerika waren erschienen: Seelig, ein angeblich aus der Rheinprovinz gebürtiger Jude, Abgesandter des Neuyorker Komitees; Schaub, Dr. Nathan Ganz aus Boston und eine gewisse Le Compte. Diese gehört einer anarchistischen Sektion in Neuyork an; sie befand sich bereits längere Zeit vor Eröffnung des Kongresses in London, um sich mit ihren dortigen Gesinnungsgenossen zu besprechen. Sie will auch vorläufig nicht nach Amerika zurückkehren, hat vielmehr in London eine Wohnung gemietet und will von dort aus Frankreich und die Schweiz bereisen. Sie unterhält lebhaften Verkehr mit Malatesta und gehört, wie verlautet, dem Londoner Zentralexekutivkomitee an.

Aus Frankreich: Luise Michel mit ihrem Freunde Serriaux; Guy aus Beziers, Richard (befahl im Kommuneaufstand die Ermordung des Erzbischofs von Paris), Didier, Delorme, Vorsitzender der Pariser »Union révolutionaire« und des Pariser Vorkongresses.

Aus Belgien: Kirschner, ein hervorragendes Mitglied des deutschen revolutionären Zirkels in Brüssel.

Aus Italien: Malatesta.

Für Rußland und die slawischen Länder: Krapotkin, Goldberg oder Goldenberg, Hartmann, Tschawitzka, der Pole Zarebski oder Zaremski.

Der Lithograph Schuhmann aus Dublin für Skandinavien; Schuhmann soll zugleich beauftragt sein, die Verbindung der revolutionären Partei in Irland mit der der übrigen Länder anzubahnen.

Ferner aus England: Kotz und Dunn für die englische Sektion des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereines, Neve und Scheu für die Deutschen in London, endlich ein gewisser Achtner oder Aechtner*) aus Wien.

Außerdem waren noch anwesend ein Redakteur der »Révolution sociale«, ein Spanier, ein Portugiese, ein Mitglied des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereines als Vertreter Deutschlands, deren Namen sind aber nicht bekannt geworden."

*) Die österreichischen Polizeibehörden hatten auf Grund des Berichtes über den Londoner Kongreß eingehende Nachforschungen nach dem vermutlichen Delegierten Achtner oder Aechtner angestellt, doch trotz aller Mühe, die hierauf verwendet wurde, gelang es nicht, des Gesuchten habhaft zu werden.

In einem Nachtrag zu dem Berichte über den Londoner Kongreß wurden dem Ministerium von der Wiener Polizeidirektion noch einige Stellen aus den Mitteilungen des Blattes Krapotkins „Le Révolté" über den Verlauf der Verhandlungen mitgeteilt, die sich namentlich auf die Verhältnisse in Rußland bezogen und die sicherlich auch heute noch bemerkenswert sind.

Über Rußland wird darin gesagt:

„Der Delegierte Rußlands, Hartmann, führte aus: Jedes Land hat seine Bedingungen und dementsprechend muß auch die Kampfesweise sein. In Rußland ist der Weg, den man gewählt habe, der Weg des Schreckens und der Einschüchterung. Tatsächlich gibt es in Rußland nur zwei Parteien, die monarchistische und die sozialistische. Die erstere will den Statusquo erhalten, weil sie fühlt, daß jede Veränderung die soziale Revolution herbeiführt, und sie leistet darum allen Veränderungen verzweifelten Widerstand. Die sozialistische Partei hat vorerst alles auf friedlichem Wege versucht; die einzige Antwort darauf von Seite der Regierung war aber immer Kerker, Verbannung, Strick.

Man kann nicht leugnen, daß in Rußland die Nihilisten die politische Situation geschaffen haben, denn außer ihnen gibt es keine politische Partei! Neben den Terroristen gibt es freilich noch Volksmänner, welche in den Dörfern Propaganda machen, aber sie haben nicht genug Macht, um einen ernsten Einfluß ausüben zu können."

Schließlich teilt der Schweizer Gesandte noch die Äußerung eines in Zürich lebenden hervorragenden Sozialdemokraten über den Londoner Kongreß mit.

Sie lautet:

„Der Kongreß von London repräsentiert nicht eine sozialistische Schule, er repräsentiert ein Sammelsurium sozialistischer Ansichten und revolutionärer Parteien. Ich möchte fast sagen, daß der Londoner Kongreß Leute repräsentierte, die es mit der Revolution eilig haben und dieselbe um jeden Preis herbeiführen wollen. Es waren dies Terroristen, Anarchisten, Intransigente von Rocheforts Farbe, Blanquisten, Revolutionäre um der Revolution willen usw.

Sozialisten, welche eine weitere Organisation und ernstere Journale besitzen, haben am Londoner Kongreß keinen Anteil gehabt. Der Londoner Kongreß wurde nach der Einberufung des Züricher Kongresses zusammengetrommelt, der allgemein werden und alle sozialistischen Meinungen zulassen sollte. Der Londoner Kongreß dagegen gab von Anfang an den Ansichten der Minoritäten den Vorzug; er nahm Delegierte aus den extravagantesten und gewalttätigsten Fraktionen.

Für die Schweiz zum Beispiel wurde nicht ein Schweizer als Delegierter bestimmt, sondern Krapotkin, ein Russe.

Man hat auf dem Kongresse revolutionäre Reden gehalten und eine Terminologie gebraucht, wie sie an Wildheit und Roheit noch nie erlebt worden ist. Aber mit revolutionären Reden wird keine Revolution gemacht; sie stürzen den Militarismus nicht vom Thron, dazu gehört schon mehr. Glücklicherweise ist die Zahl der Mandatgeber eine sehr geringe; die spanischen und teilweise auch die italienischen Delegierten waren das Opfer einer Mystifikation geworden, indem sie erwarteten, auf einen Kongreß der alten »Internationalen Arbeiterassoziation« zu kommen, deren Name aber frecherweise von den Kongreßveranstaltern usurpiert worden war.

Doch versteht die Sekte ihre geringe Zahl durch großes Geschrei zu ersetzen, denn es vermögen ihrer zehn für zehntausend Lärm zu machen und den Furchtsamen Angst und Schrecken einzujagen."

In diesem Sinne waren auch die Presseäußerungen der sozialdemokratischen Blätter gehalten, allerdings nur die des Auslandes. Das Wiener sozialdemokratische Blatt „Die Wahrheit" registrierte in drei Zeilen die Tatsache der Abhaltung des Kongresses. Offenbar wollte sie in Berücksichtigung der Wiener und österreichischen Parteiverhältnisse eine Kritik nicht an die Verhandlungen knüpfen, die nur zu einer Verschärfung der Gegensätze in der Partei hätte führen müssen.

Nunmehr zum Schweizer „Weltkongreß der Sozialdemokraten". Auch zu diesem internationalen Kongreß erging zu Ende des Jahres 1880, gemäß dem Beschluß des Kongresses von Gent 1877, durch die belgischen Genossen die Einladung an die Arbeiterpresse und an die einzelnen Organisationen. Der erste Aufruf, dem gleichfalls in Österreich die Verlautbarung unmöglich gemacht worden war, hatte folgenden Wortlaut:

„Generalrat der belgischen Sozialistenpartei.

An die Sozialisten der beiden Weltteile!

Brüder!

Der Gedanke, für das nächste Jahr einen allgemeinen Sozialistenkongreß zu organisieren, hat überall eine vorzügliche Aufnahme gefunden.

Die sozialistischen Journale und die Organe der Arbeiterverbindungen von Frankreich, Deutschland, Schweiz, Italien, Holland, Österreich, Ungarn, Dänemark, Spanien, England, Portugal und der Vereinigten Staaten haben alle den Vorschlag der belgischen Sozialistenpartei genehmigt.

Wir wenden uns neuerlich an dieselben Journale und an die Arbeiterorganisationen aller Länder und unterbreiten ihnen das nachfolgende Programm, über welches wir ihre Meinung vor dem 1. Jänner nächsten Jahres (1881) zu erhalten wünschen.

1. Der Kongreß wird die zweite Woche des Monats September 1881 und die sechs nachfolgenden Tage zu Zürich (Schweiz) stattfinden, ihm wird auch einige Tage der internationale Kongreß der Freidenker, welcher in Paris abgehalten werden wird, vorangehen und an dem eine große Zahl unserer Freunde sich beteiligen wird.

2. Als Tagesordnung wird die folgende bestimmt:

a) Die Lage der Sozialistenpartei der verschiedenen Länder, die Statistik der Arbeitergruppen, philosophische, politische und soziale Ideen, welche hier vorherrschen, Folgerungen, die man aus dieser Statistik machen kann und der herrschenden Idee für die Zukunft der sozialistischen Bewegung speziell in der Hypothese einer allgemeinen Revolution.

b) Der politische und ökonomische Zustand des Proletariats aller Länder, die Verfolgungen der Regierungen und anderer, denen die Verteidiger desselben ausgesetzt sind, die Pflichten und der Bund der Leitung, welche diesen Zustand und diese Verfolgungen den Sozialisten auferlegen.

c) Ist ein Zusammenfassen der sozialistischen Kräfte möglich? Auf welcher Grundlage? Entscheidung hierüber.

d) Ausarbeitung eines gemeinsamen Programmes über die Grundsätze, Agitation und Propaganda. Alle Detailfragen bleiben vorbehalten.

e) Hat die Wiederanerkennung oder die Wahl eines offiziellen Organs, in welchem alle sozialistischen Theorien zu besprechen sein werden, stattzufinden?

f) Soll in jedem Lande ein Nachrichtenbüro errichtet werden, das der Unterstützung Arbeitsloser sowie den Opfern der Bourgeoisie usw. zu dienen hätte?

g) Herausgabe eines Manifestes zur Verbreitung in allen Sprachen. Manifeste machen dem Volke klar, wie seine Lage ist, sagen ihm, was seine Herren wollen und durch welche Mittel man der modernen Sklaverei entgehen kann.

Es können auch andere Fragen zur Erörterung vorgeschlagen werden, wir raten aber unseren Freunden, die Tagesordnung nicht zu sehr zu überlasten.

Diese wird definitiv im nächsten Jänner festgesetzt, damit die Delegierten ihre Berichte sorgfältig vorbereiten können.

Wir bitten alle sozialistischen Journale, das gegenwärtige Rundschreiben in ihrer Sprache wiedergeben zu wollen.

Für den Generalrat der Sozialistenpartei

E. Anseele (Gent)."

Aber ehe es zur Abhaltung des Weltkongresses kam, war noch ein langer Leidensweg zurückzulegen. Den internationalen Kongreß in London konnte die internationale Reaktion nicht verhindern, da England das Asylrecht und die Preß- und Versammlungsfreiheit hochhielt, im Gegensatz zur „freien" Schweiz, wo es erst zu förmlichen Kämpfen in den einzelnen Vertretungskörpern kam, ehe es möglich wurde, auf dem Boden der Republik eine Versammlung freier Menschen zu veranstalten. Die Behörden der Schweiz vermochten dem Ansturm der Reaktion nicht genug erfolgreichen Widerstand zu leisten, zumal noch die einheimische Rückwärtserei in gleicher Weise, wie das Ausland, Mitteleuropa und Rußland vor allem, alle Mittel aufwendete, um den Kongreß überhaupt unmöglich zu machen.

Die Vorgeschichte ist bemerkenswert, schon aus dem Grunde, weil sie zeigt, wie mächtig die Reaktion damals war und wie das feige Bürgertum, selbst in einer so alten Demokratie wie in der Schweiz, treulos die freiheitlichen Grundsätze ohne Not im Stiche ließ.

Zuerst meldete sich das sogenannte freiheitliche Bürgertum im Kanton Zürich und sammelte gegen 30.000 Unterschriften zu einer Petition an die Kantonsregierung, in der auf die dem Lande durch die Abhaltung des Kongresses in Zürich drohenden Gefahren aufmerksam gemacht und die Verhinderung dieser Versammlung gefordert wurde. Vor allem war es der „Evangelische Bund", welcher die Sammelbogen für die Petition in Umlauf setzte, aber auch andere bürgerliche Vereinigungen schlossen sich dieser reaktionären Gesellschaft an und schließlich gab die Regierung des Kantons Zürich mit fünf gegen zwei Stimmen dem Drängen nach und verbot die Abhaltung des Kongresses auf dem Kantonsgebiet. Das Organisationskomitee legte gegen diese Verfügung bei allen in Betracht kommenden Körperschaften Rekurs ein, da die Ver-

anstalter entschlossen waren, den Kongreß unter allen Umständen abzuhalten.

Die Züricher Regierung hatte zur Rechtfertigung ihres Vorgehens hervorgehoben, daß die Verfassung nur den Staatsbürgern, aber nicht den Ausländern das Versammlungsrecht gewährleiste, daß aber der angekündigte Kongreß fast ausschließlich von Ausländern beschickt sein würde, da nur drei Delegierte aus der Schweiz angemeldet seien und daß die Einberufung des Kongresses von belgischen Sozialisten ausgegangen sei. Auch die Abhaltung des Kongresses in Bern war durch die Haltung der Behörden unmöglich geworden; erst der Kanton Graubünden gab die Zustimmung, daß die Veranstaltung in Chur stattfinden dürfe.

So versammelten sich denn in den Tagen vom 2. bis 4. Oktober 1881 die Delegierten des Weltkongresses in der genannten Stadt. Die „internationale Polizei" hatte auch an diesem Kongreß eingehendes Interesse bekundet und sie und die diplomatischen Vertreter hatten wieder alles aufgewendet, um genaue Berichte über die Verhandlungen liefern zu können. Die Behörden hatten übrigens die Bedeutung dieser Versammlung weit höher eingeschätzt als die des Londoner Kongresses, da sie wohl wußten, daß die Geltung der Delegierten, die in Chur erschienen waren, eine weit größere sei als die des Londoner Kongresses. Vor allem hatte man erwartet, daß die deutsche Sozialdemokratie bei der Tagung stark vertreten sein werde, was aber wegen der bevorstehenden Wahlen für den Deutschen Reichstag (24. Oktober 1881) nicht möglich war. Bebel und Liebknecht hatten ihr Fernbleiben von der Veranstaltung mit den Vorbereitungen für die Wahlen entschuldigt, und es war als einziger Delegierter der deutschen Gesamtpartei Eduard Bernstein, allerdings unter anderem Namen, erschienen. Der Schweizer Polizei war damals nicht mehr recht zu trauen, sie hatte sich ja in den Tagen des Bismarckschen Schreckensregiments als die willige Helferin des deutschen Kanzlers bewährt und die deutschen Geheimpolizisten fanden in jenen Tagen die bereitwilligste Unterstützung bei den Behörden der „freien" Schweiz.

Auch die österreichische Polizei war sehr interessiert an den Kongreßverhandlungen und es glückte ihr, von diesem Kongreß die selbst in den Komitees gefaßten Beschlüsse durch einen „Gentleman" in Erfahrung zu bringen. Ihr „Vertrauensmann" hatte ihr ein viele Bogen umfassendes Referat erstattet, das bei näherer Prüfung, abgesehen von den gewissen unvermeidlichen polizeilichen Eigentümlichkeiten in der Ausdrucksweise und Auffassung, verrät, daß der Geselle wirklich im intimsten Kreise der Delegierten Sitz und Stimme hatte. Der „Vertrauensmann" war zu diesem Zweck von Wien nach Chur gereist.

Keines der Parteiorgane — der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat" nicht ausgenommen — hatte derart genaue Berichte über die Kongreßverhandlungen publiziert! Es ist selbstverständlich, daß die sozialistische Presse aus den vertraulichen Verhandlungen nichts veröffentlichte und es wird auch kaum in den Privatarchiven diesbezüglich viel vorhanden sein. Es seien daher im folgenden die wichtigsten Beschlüsse und Vorgänge, namentlich die Berichte der einzelnen Delegierten über

die sozialistische Bewegung, wie sie auf dem Kongreß mitgeteilt wurden, die teilweise dem Bericht des „Geheimen"*) entnommen sind, wiedergegeben.

Auf dem Kongreß waren vertreten: Die Ungarländische Arbeiterpartei durch Gyula Ferenczy.

Belgien: Louis Bertrand, der auch Argentinien und Portugal vertrat.

England und Deutscher kommunistischer Arbeiterbildungsverein in London: Heinrich Rakow.

Polen: Louis Karinski (Polen), Kasimir Dluski (Krakau) und Dr. Bohuslaus Limanowski (Ostgalizien).

Frankreich: Benoit Malon und Joffrin.

Schweiz: Conzett (Chur), A. Baumann (Basel), Doktor Strikler (Zürich), Lehrer Robert Seidel (Zürich) und J. Herter (Zürich); Franz Seubert (Winterthur), Johann Philipp Becker und J. Solari (Genf), Voglsanger (Chur).

Holland: Karl Kautsky (Zürich).

Deutschland: J. Braun, Pseudonym für Eduard Bernstein.

Dänemark ließ sich vertreten durch Seidel und die „Kommunistische Kolonie Icarie" in Amerika durch Malon.

Nordamerika: Mac Guire.

Es waren an dem Kongreß 15 Länder durch 19 Delegierte vertreten. Zum Präsidenten wurde Joh. Ph. Becker, zu seinem Stellvertreter Conzett gewählt.

Nach Feststellung der Geschäftsordnung begrüßte Conzett die Versammlung und gedachte des Vorgehens der Schweizer Behörden bezüglich

---

*) Die Wiener Polizeidirektion, welche diesen Bericht im November 1881 dem Ministerium des Innern unterbreitete, hat dem Referate große Bedeutung beigemessen. In dem Begleitakte hiezu bemerkt sie:

„Die in diesem Berichte enthaltenen Mitteilungen über die Verhandlungen und Beschlüsse in den der öffentlichen Versammlung vorhergegangenen geheimen Zusammenkünften sind nicht nur höchst interessant, sondern auch mit Rücksicht auf die Verläßlichkeit des Berichterstatters deshalb sehr wichtig, weil sie neuerlich einen vollen Einblick in die Organisation, das Getriebe und die Bestrebungen der sozialistischen Propaganda bieten und die in Chur zusammengekommene Gesellschaft keineswegs so unbeachtenswert erscheinen lassen, als seinerzeit in der Tagespresse darzustellen versucht wurde.

Die Auffassung des Konsidenten über die Tätigkeit, den Umfang und die Gefährlichkeit der beiden großen sozialistischen Fraktionen, der Anarchisten und der Sozialdemokraten, gleichbedeutend mit roten und blauen Sozialisten oder Anhängern der „Freiheit" oder des „Sozialdemokrat", stimmt vollkommen mit den hierüber in anderweitigem Wege von hier aus gepflogenen Erhebungen und gemachten Erfahrungen überein und steht auch in vollem Einklang mit den Resultaten des letzten vor dem deutschen Reichsgerichte in Leipzig wider Breuder und Genossen wegen Hochverrats verhandelten Sozialistenprozeß."

Dann heißt es am Schlusse: „Die nach dem Inhalt des vorliegenden Reiseberichtes angezeigten Mitteilungen an die Oberstadthauptmannschaft in Budapest und an das Polizeipräsidium in Berlin erfolgen von hier aus."

Damit ist auch in diesem Falle bewiesen, daß ein „Zusammenarbeiten" der Wiener und Berliner Polizei erfolgte.

der Gestattung des Kongresses. Die außerordentlichen Verhältnisse, sagte er, unter denen die Vertreter des Proletariats zusammentreten, beweisen, daß der Kapitalismus auch der freien Schweiz sein Gepräge aufgedrückt hat. Diese Tatsache lege auch klar, daß nicht nur die Monarchien, sondern auch die republikanischen Staatswesen sozialer Reformen bedürfen. Die Notlage des Proletariats ist eine allgemeine, daher hätten auch seine Vertreter, welche über die Abhilfe dieser Notlage beraten wollen, zum mindesten ein ebenso gutes Recht, sich zu versammeln, wie andere internationale Vereinigungen. Die schweizerischen Genossen werden es als ihre Pflicht erachten, ihre Gäste in diesem ihrem guten Rechte nach Kräften zu schützen. Der Kongreß möge auf freiem Bündner Boden seine Beratungen frei pflegen, ohne Furcht vor Polizeistock und Geldsack.

In einer geheimen Sitzung wurde am nächsten Tage von den Delegierten über den Stand der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Staaten Bericht erstattet.

Der ungarische Delegierte erklärte, daß die ganze Partei sich um die in Budapest für ganz Ungarn errichtete „Kranken- und Unterstützungskasse", mit einem Stand von 18.000 Mitgliedern gruppiere. Die Partei wolle mit den „Mostianern" nichts zu tun haben. Die anarchistische Partei sei übrigens in Ungarn und Budapest sehr schwach; sie bestehe aus höchstens 50 bis 60 Köpfen, zumeist aus Österreich geflüchteten Arbeitern, darunter fast durchweg Schuhmachergesellen, tschechischer Nationalität. Auch den Wiener Anarchisten stehe die Ungarländische Arbeiterpartei geradezu feindlich gegenüber.

Louis Bertrand berichtete über die sozialistische Bewegung in Belgien. Auf dem Genter Kongreß von 1877 sei es gelungen, unter den belgischen Sozialisten wieder ein einheitliches Vorgehen zu erzielen. Leider seien die Organisationen, namentlich die der Bergarbeiter, noch nicht stark.

Heinrich Rakow, der Sekretär des Deutschen kommunistischen Arbeiterbildungsvereines in London, erklärte, daß unter den englischen Arbeitern eigentlich gar keine sozialistische Bewegung existiere. Die Anarchisten bilden in England eine verschwindend kleine Anzahl. Das Mostsche Organ versuchte eine englische Ausgabe, fand aber keine Abnehmer. Der englische Arbeiter sei der größte Sparmeister der Welt und sein ganzes Trachten geht dahin, sich ein eigenes Heim, wenn auch ein noch so bescheidenes, zu schaffen. Dazu sei ihm durch die Baugesellschaften, die Postsparkassen und die Trade Unions volle Gelegenheit geboten; kurz, der englische Arbeiter steht ganz und gar auf dem Boden der Selbsthilfe und wird dabei vom Kapitalismus in dessen eigenstem Interesse in geradezu großartigem Maßstab unterstützt. Die Trade Unions haben sich zu einer volkswirtschaftlichen und damit auch zu einer politischen Macht im Lande emporgeschwungen. Alles übrige, was sich nicht innerhalb des Rahmens der Trade Unions zusammenfinde, sei in England echtes Lumpenproletariat.

Über den Liberalismus der Engländer und der englischen Regierung habe man sich auf dem Kontinent argen Täuschungen hingegeben. Freiheit existiert in England nur insoweit, als dadurch nicht die Privilegien der Bourgeoisie, des Adels und der Geistlichkeit in Frage kommen. Deshalb

werde in keinem Lande der Welt der Sozialismus, wenn dort wirklich einmal eine Bewegung entstünde, heftiger und schonungsloser, ja barbarischer bekämpft werden als in England. Der Fall Most (gemeint ist die kurz vorher erfolgte Verhaftung Mosts) und das Vorgehen gegen die Irländer legen davon Zeugnis ab; und dieses Vorgehen habe im englischen Volk allgemeine Billigung gefunden.

Nichtsdestoweniger sei und bleibe England, und zwar insbesondere London, für die Revolutionäre aller Staaten ein wichtiger strategischer Punkt, um, wenn auch überall geschlagen und in die Flucht gejagt, frische Kräfte zu sammeln und neue Organisationen herzustellen.

Der Vertreter von Nordamerika, Mac Guire, welcher demnächst von St. Louis nach Neuyork übersiedeln wird, um in letzterer Stadt die gesamte soziale Bewegung in den Vereinigten Staaten auf Grundlage der Beschlüsse dieses Kongresses zu organisieren, schildert die komplizierte Organisation der hauptsächlichsten revolutionären Verbindungen in Nordamerika, die man unter einen Hut bringen müsse. Gelingt dies auch nur zur Hälfte, dann besitzt die Revolution in Nordamerika allein eine Macht, genügend, um nicht nur in allen Vereinigten Staaten den Sozialismus einzuführen, sondern auch gleichzeitig dem Kontinent ungeheure Streitmittel aller Art zuzuführen.

Die alte Internationale ist durch mangelhafte Organisation und Streitigkeiten ihrer Führer zugrunde gegangen; diese Todsünden werden nicht mehr begangen werden. Die sozialistischen Schulen und Theorien, welche einst unter den Sozialisten so viel Unheil angerichtet haben, sind heute ein glücklich überwundener Standpunkt, denn heute sind alle Führer des Sozialismus, welcher Nation sie immer angehören, sich darüber klar und einig, was Sozialismus sei und was er zu erstreben habe; für sie gibt es heute nur mehr ein Programm, ein Prinzip. Wie diese anzuwenden seien, muß den einzelnen Organisationen vorbehalten bleiben.

Die alte Internationale ist zugrunde gegangen, aber die derselben zugrunde liegende Idee lebt in Millionen und Millionen; es handelt sich nur darum, das in diesen Millionen noch unklare Bewußtsein dieser Idee auszubilden und zum Intellekt zu entwickeln.

Die Organisationsfrage sei damit gleichzeitig schon zur Hälfte gelöst, denn die einzige Revolution ist die Revolution der öffentlichen Meinung; ist diese bewirkt, dann ist auch die andere Revolution bereits gemacht. In den Vereinigten Staaten können wir übrigens nur auf die Hälfte der Gesamtbevölkerung rechnen; denn die eine Hälfte bilden die Farmer, welche durchweg als konservativ zu betrachten sind; allein insolange man ihnen nicht den Sozialismus aufzwingt, werden sie in ihrer Indolenz und in ihren Sorgen ums eigene Dasein neutral bleiben, ja sogar eine gewisse Schadenfreude empfinden, wenn sie sehen, daß wir den Kapitalismus rasieren, der auch sie bewuchert und aussaugt.

Ganz anders aber liegen die Verhältnisse und die Stimmungen im industriellen Proletariat. Die wirtschaftliche Lage ist so schlimm — die Einwanderung von Arbeitermassen trägt noch das Ihre dazu bei — daß es in absehbarer Zeit zu einer wirtschaftlichen Katastrophe kommen muß. Der amerikanischen Katastrophe wird aber die europäische auf dem Fuße folgen und dann, wenn nicht schon früher eine andere Gelegenheit sich

darbietet, zum Beispiel etwa ein Weltkrieg ausbricht, dann wird der richtige Augenblick gekommen sein, das Banner der Revolution dies- und jenseits des Ozeans zu hissen.

Rauschender Beifall folgte den Ausführungen des Redners.

Hierauf erstatteten die polnischen Delegierten ihre Berichte. Es wurde ausgeführt:

In Polen und namentlich in Galizien befinde sich das Bauernproletariat in einem bedauernswerten Zustand. Dieses Proletariat betrage zirka 75 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Emanzipation der Bauern in Russisch-Polen habe eine entschieden revolutionäre Wirkung auf die Bauern ausgeübt. Die Arbeiteragitation in Russisch-Polen datiere eigentlich erst vom Jahre 1876 her und bestehe ungeschwächt fort, obgleich seit 1878 durch Verhaftungen die besten Genossen verschlungen wurden.

Die politische Bewegung schließt sich in Österreich und Posen den Landesparteien an, doch müsse sie geheim sein und könne deshalb nicht von fixen Organisationen, sondern nur von Journalredaktionen geleitet werden. In Russisch-Polen bleibe nur der Weg der Propaganda und Verschwörung; dieser Weg müsse täglich ein anderer sein, um die Regierung irrezuführen.

Die Posener Sozialisten haben beschlossen, mit den deutschen Sozialisten gemeinsame Sache gegen die deutsche Regierung zu machen. Die Politik und die nationalen Aspirationen der Polen sollen bis auf weiteres nur das Mittel sein, um die Massen aufzuklären; ebenso ist überall als Mittel zum Zweck eine Agitation für das allgemeine Stimmrecht einzuleiten.

Der russische Delegierte Axelrod, der sich unter dem Namen Alexandrowitsch auf dem Kongreß aufhielt, berichtete: Es ist sowohl in den Regierungskreisen von Rußland, als auch in den anderen Ländern eine arge Täuschung, wenn man glaubt, daß die nihilistische Revolution im Erlöschen sei. Im Gegenteil, binnen wenigen Wochen wird unsere Aktion neuerdings und weit mächtiger als bisher beginnen. Seit die nihilistische Organisation besteht, hat sie stets streng zwischen der Taktik für den Sommer und den Winter unterschieden. Während des Sommers wird die Agitation auf dem Lande betrieben. Unter den mannigfachsten Verkleidungen ziehen „Eingeweihte" in die kleinen Städte und haranguieren in den Fabriken und Wirtshäusern sowohl die Arbeiter als auch die Bauern. Viele der Unsrigen lassen sich als Hauslehrer oder Diener in vornehmen Häusern anwerben; ja viele verdingen sich Sommers über sogar als Ackerknechte bis zur Ernte.

Hand in Hand mit diesen männlichen Nihilisten gehen die weiblichen, die an Schlauheit und Aufopferungsfähigkeit uns oft sehr beschämen. Nicht mit dem Henkerbeil und Sibirien wird der Zar uns auszurotten vermögen, wohl aber durch die Beseitigung von Übelständen. Ein russischer Schriftsteller sagte sehr treffend: „Wie Adam den Kain, so zeugte Nikolaus den Nihilismus!"

Und in der Tat: wer die Geschichte Rußlands seit dem Regierungsantritt Nikolaus' kennt, wer die wahren Motive und das Wesen des Aufstandes der sogenannten Dekabristen kennt, dem ist es klar, daß der

Zarismus jeder sittlich und sozial wohlberechtigten Anforderung des russischen Volkes nur brutale Gewalt entgegenzusetzen weiß.

In Rußland gibt es noch keine Klassenkämpfe, wohl aber Klasseninteressen; es gibt allerdings eine Bourgeoisie, aber sie hat mit uns den Sturz des Despotismus zum gemeinsamen Zweck. Wir Nihilisten teilen uns in zwei Hauptparteien, nämlich in die der „Ländlichen Gruppen" und in die der „Narodnaja Wolja" („Volkswille"). Die erstere sucht auf dem Lande unter den Arbeitern und Bauern Propaganda zu machen; die letztere, in welcher auch viele Spitzen der russischen Intelligenz, des Militärs, des Adels, des Kapitals vertreten sind, führt mehr den Kampf gegen die Regierung und deren Organe. Aus ihr rekrutiert sich ausschließlich das „Geheime Exekutivkomitee" der Nihilisten.

Ein eigentlicher Gegensatz zwischen diesen beiden Parteien besteht nicht; ja es ist vielmehr als gewiß anzunehmen, daß erstere schon bei der nächsten Aktion sich vollständig den Terroristen unterordnen und anschließen werde, tatsächlich haben sich bereits in jüngster Zeit die besten organisierten Kräfte der „Ländlichen Gruppe" zur Verfügung des „Exekutivkomitees" gestellt, weil die Haltung des Zaren und seiner Ratgeber nur allzu deutlich beweise, daß von ihm keinerlei Reformen zu erwarten sind, mithin wider ihn der Kampf bis aufs Messer geführt werden müsse.

Zu diesem Behufe ist es notwendig, daß die nihilistische Agitation ihren bisherigen isolierten Standpunkt aufgebe und sich der revolutionären Weltbewegung innigst anschließe. Er erklärte dies namens des „Exekutivkomitees" und lade er deshalb die einzelnen Organisationen, namentlich die der an Rußland angrenzenden Länder ein, ohne Zeitverlust sich mit ihm zu diesem Zwecke in Verbindung zu setzen.

Vor allem sei eine internationale Geheimpost zwischen Rußland und den übrigen Staaten zu organisieren, deren Hauptvermittlungspunkte in Bukarest, Belgrad, Budapest, Lemberg, Krakau, Warschau, Posen und Kopenhagen sein sollen.

Unter allgemeinem Beifall schloß Axelrod seine langen Ausführungen.

Hierauf referierten die beiden französischen Delegierten.

Joffrin führte aus: Nach dem Sturze der Kommune trat die sozialistische Bewegung in Frankreich sehr bescheiden auf; man beschränkte sich auf die Forderung der Gewerkschaftskammern. Die eigentliche sozialistische Agitation begann in Frankreich erst nach der Wiener Weltausstellung durch die Arbeiter, welche im Jahre 1873 mit Subvention seitens der französischen Regierung von Paris, Lyon und Marseille nach Wien entsendet worden waren und dort mit Sozialisten aus allen Ländern verkehrt hätten.

Die erste Folge und der greifbare Erfolg dieser Entrevue war der Kongreß in Havre im Jahre 1876, welchem rasch mehrere andere sozialistische Zusammenkünfte folgten und auf denen stets die radikale Richtung der Bewegung sich klärte und stärkte.

Es wurden der „Prolétaire" und die „Egalité" gegründet; die Amnestie führte neue Streiter zu, so daß die Sozialisten bei den letzten Gemeindewahlen bereits 65.000, bei den Parlamentswahlen schon

106.000 Stimmen in Frankreich erzielten. Wenige Jahre noch und wir werden in ganz Frankreich über eine Million Stimmen verfügen. Die sozialistische Partei in Frankreich ist unstreitig schon zur Stunde eine Macht, gegen welche sowohl die Bourgeoisie als auch die anarchistische Fraktion vergebens ankämpfen. Bemerkenswert ist, daß die Anarchisten in Frankreich nur dort Boden gewinnen, wo eine sozialdemokratische Organisation nicht besteht. „Le Prolétaire" ist gegenwärtig als das Hauptorgan zu betrachten. Die Sozialisten oder wie man sie in Frankreich zu nennen pflegt, die Kollektivisten, trachten vor allem im Wege des allgemeinen Stimmrechtes in den Gemeindeverwaltungen, namentlich in den Städten, die Macht zu erlangen. Das Volk fängt bereits an, uns Vertrauen entgegenzubringen, denn es sieht ein, daß die Radikalen in Frankreich noch nichts Gutes geschaffen haben und daß die Radikalen von heute die Opportunisten von morgen sind. Vorläufig besteht die Organisation der Kollektivisten aus mehreren Vereinigungen, die wieder in einzelne Gesellschaften zerfallen; Paris allein zählt 84 solcher Gesellschaften. Die Fédération des Ostens ist aber noch weit stärker. Alle Vereinigungen werden durch das gemeinsame „Nationalkomitee in Paris", in welches jede Fédération fünf Delegierte entsendet, verwaltet.

Frankreich ist also das in der revolutionären Organisation bereits am weitesten vorgeschrittene Land und Frankreich wird es deshalb zustehen, an der Spitze einer Million bewaffneter Arbeiter das erste Signal zur allgemeinen Erhebung gegen die Tyrannen zu geben.

Über die deutsche sozialistische Bewegung berichtete namens des verhinderten Wilhelm Liebknecht unter dem Pseudonym J. Braun aus Altona der bekannte Ed. Bernstein.

Die sozialdemokratische Organisation in Deutschland ist eine sehr komplizierte, vielgliedrige und vielnamige, so daß es dem Uneingeweihten nahezu unmöglich sein dürfte, den inneren Zusammenhang, der durch die „Sozialistische Zentralleitung in Zürich" dennoch in sehr exakter Weise hergestellt ist, herauszufinden.

Die Zahl der organisierten Gruppen ist in Deutschland eine verhältnismäßig weit größere als in anderen Ländern. Die Gruppen nennen sich zumeist Gewerkschaften, ferner Sterbe- und Unterstützungskassen; dann gebe es noch andere, verschieden benannte Arbeitergruppen, darunter die stärkste, die der Typographen, welche allein 6000 Mann zählt und ob ihrer Intelligenz und ihres festen Zusammenhaltens gewissermaßen die Nobelgarde unter der Arbeiterschaft bilden. Die Typographengruppe ist außerdem durch ihren Beruf ein vorzügliches Material für Agitation und sozialistische Spionage.

Eigene Organisationen, die sich über ganz Deutschland erstrecken, besitzen auch die Zigarren-, Holz- und Eisenarbeiter, durchweg entschlossene, tat- und muskelkräftige Elemente, die jederzeit bereit sein werden, „loszugehen"; ferner die Schneider, Schuster, Riemer usw. Außerdem gibt es in Deutschland katholische Arbeitergruppen, die sehr ultramontan, aber zugleich auch höchst preußenfeindlich und sehr demokratisch gesinnt sind. Endlich eine protestantische Arbeitergruppe unter Hofprediger Stöcker, eine der schwächsten und unbedeutendsten. Selbst eine antisemitische

Arbeitergruppe sei in Deutschland vorhanden; diese rekrutiert sich aus Gewerbetreibenden und gewissen Gebildeten, welche nur im Judentum die Wurzel und Ursache aller sozialen, auch von ihnen schwer empfundenen Übel erkennen wollen, während schließlich doch nur durch die wirkliche Sozialdemokratie die Judenfrage endgültig gelöst werden könne, denn die Sozialdemokratie werde ebensogut das jüdische wie das christliche Großkapital „rasieren".

Zurzeit verfügen die Sozialdemokraten in Deutschland über zirka 100.000 Stimmen; in dieser Beziehung wird übrigens der 24. Oktober (der Tag der Reichstagswahlen) noch genauere Daten liefern. Unter den jetzigen Verhältnissen wäre an den Erfolg einer Revolution in Deutschland nicht zu denken und deshalb seien die Mostschen Hetzereien zum alsbaldigen Losschlagen ein toller Unsinn.

Die deutsche Regierung ist unstreitig die stärkste der Welt; sie verfügt über die bestdisziplinierte Armee von Europa; doch weit mächtiger aber als durch diese Armee ist sie durch ihr treues, unbestechliches, pflichtbewußtes, gebildetes Beamtentum, dem selbst wir, als dessen Gegner, unsere Achtung nicht versagen können. Dazu kommt noch der bereits in Klassenhaß ausgeartete Klassenkampf in Deutschland. Ebenso schädigt uns nicht bloß der so oft fühlbare Mangel an Geldmitteln für eine größere Agitation, sondern auch das von Österreich, Rußland, Deutschland und Italien wenngleich nicht gemeinsam unterhaltene, so doch dem Zweck nach gemeinsam arbeitende Spitzelwesen. Erwägen wir vorurteilsfrei unsere Lage, so müssen wir erkennen, daß unsere stärkste Waffe die Wahlagitation ist; das allgemeine Wahlrecht, von Bismarck geschaffen, um die Arbeiter zu betrügen, ist in deren Händen eine tödliche Waffe geworden und wird es noch mehr werden. Das Mostsche in diesen Tagen in Deutschland verbreitete Plakat „Wahlenthaltung" sei deshalb einer der vielen Beweise mehr von der Unzurechnungsfähigkeit und tollen Verbissenheit der Anarchisten.

Endlich dürfe man sich nicht verhehlen, daß die deutsche Partei fast ausschließlich aus Arbeitern besteht und, die Typographen ausgenommen, unter ihnen die Intelligenz sehr schwach vertreten ist. Berlin allein zähle allerdings bereits 100.000 Sozialisten; aber aus den angeführten Gründen sei dort stets Gefahr vorhanden, daß ein guter Teil derselben sich von Anarchisten zu einem vorzeitigen, systemlosen Losschlagen verleiten lassen könnte. Dasselbe gelte von den Arbeitern in Süddeutschland und Österreich, wo die Arbeiter weit revolutionärer gesinnt sind als in Norddeutschland. Die Lassalleschen Theorien, obgleich in vielen Punkten bereits veraltet und überholt, müssen demnach bis auf weiteres und bis zu einem gewissen Grade die Grundlage der sozialen Bewegung bleiben. Schließlich kritisierte Redner in sehr abfälliger Weise die Bismarckschen Arbeitergesetze und die von ihm geplante Tabaksteuer.

Hierauf wurden die Berichte der sozialistischen Organisationen von Holland, Dänemark und Italien verlesen; jener von Italien ist von Andrea Costa unterzeichnet. In allen drei Berichten wird bedauert, daß infolge der Abänderung des Kongreßdatums eine Beschickung unmöglich war; sie erklären jedoch, sich den auf dem Kongreß gefaßten Beschlüssen unbedingt zu unterwerfen.

Bertrand bringt den Bericht der revolutionären Organisation von Argentinien zur Kenntnis. Die sozialistische Bewegung hat dortselbst im Jahre 1868 begonnen. Die sozialen Verhältnisse in Argentinien werden als sehr ungünstig geschildert; alles seufzt unter dem Druck einer entwerteten Valuta und unerschwinglicher Steuern. Der Umstand, daß jede der vierzehn föderierten Provinzen, aus denen Argentinien besteht, ihre eigene Verfassung besitzt, erschwert die sozialistische Propaganda ungemein.

Die Polizei ist eine der brutalsten und korrumpiertesten der Welt, Verwaltung und Gerichtswesen sind der Bestechlichkeit zugänglich. Die allgemein herrschende Unzufriedenheit sei die natürliche Grundlage für die sozialistische Propaganda, welche mit immer größerem Erfolg betrieben wird.

Schließlich wurde noch die schweizerische Bewegung erörtert. Wie der Delegierte Seidel hervorhob, betrage die Gesamtzahl der einheimischen Sozialdemokraten mindestens 150.000 Mann. Von diesen sind heute schon 10.000 Mann eingeschrieben und organisiert, um binnen drei Tagen vollständig ausgerüstet als Freischärler nach Deutschland und Vorarlberg einzubrechen, sobald das Signal zur allgemeinen europäischen Revolution gegeben sein wird. Da dies aber noch immer drei bis fünf Jahre dauern dürfte, unterliege es keinem Zweifel, daß die Zahl der Freischärler, welche die Schweiz zur Unterstützung der Revolution in Süddeutschland und Österreich stellen wird, sodann mindestens das Doppelte, wenn nicht das Dreifache betragen wird.

Damit war die Berichterstattung über die Bewegung in den einzelnen Staaten beendet.

Die Frage der Zusammenfassung zu einer gemeinsamen Organisation wird in Anbetracht, daß sowohl in Italien als auch in Frankreich die sozialistische Organisation teils noch nicht vollendet, teils in Umwandlung begriffen ist, zurückgestellt auf den nächsten, in etwa achtzehn Monaten in Paris stattfindenden Kongreß. „Ein gemeinsames Programm ist", wie Bernstein betonte, „für heute noch nicht möglich, weil vorerst die nationalen Organisationen vollendet sein müssen."

Über Malons Antrag wurde die französische Partei mit den Vorarbeiten für den nächsten Kongreß und mit der Ausarbeitung des Programms und des Organisationsentwurfes der neuen Internationale betraut.

Eine eigenartige und sehr eingehende Debatte entspann sich über den Punkt der Tagesordnung: „Welche Gesetze sind unverzüglich zu erlassen oder zu beseitigen, um dem Sozialismus zum Durchbruch zu verhelfen, wenn die Sozialisten, auf welche Weise immer, ans Ruder kommen?"

Die Diskussion, die vertraulich geführt wurde, ist geschichtlich sehr bemerkenswert; auch heute noch entbehrt sie nicht des tatsächlichen Interesses.

Daß vor vierzig Jahren gewisse Anschauungen zum Ausdruck kamen, die heute als utopisch gelten, kann nicht wundernehmen. Schließlich sei bei Wiedergabe dieses Teiles der Kongreßverhandlungen bemerkt, daß der Berichterstatter, der schon erwähnte polizeiliche „Vertrauensmann",

gerade diese Partie seines Berichtes wohl als den „Clou" des Kongresses angesehen haben mag und dies offenbar aus dem Grunde, um es den Polizeibehörden zu ermöglichen, auf die besondere Staatsgefährlichkeit des Sozialismus hinweisen zu können.

Der erste Redner zu diesem Punkte war der französische Delegierte Joffrin. Alle Gesetze, rief er pathetisch aus (wir zitieren alle folgenden Ausführungen aus der Diskussion wörtlich), sind gegen die Arbeiter, ohne die Arbeiter gemacht. Sie sind deshalb alle schlecht und alle abzuschaffen. Eine Diskussion dieses Punktes sei deshalb müßig und überflüssig.

„Dieses vorschnelle Urteil wurde allgemein mit Widerspruch aufgenommen", so daß Malon sich beeilte, seinen Landsmann zu korrigieren, indem er sagte:

Dieser Punkt kann nur nach der sozialdemokratischen Lage, die in den einzelnen Ländern so verschieden sei, entschieden werden. Auf dem Kongreß in Basel (1868. Anmerkung des Verfassers.) und auf den verschiedenen französischen Kongressen sei die Eigentumsfrage erledigt worden. Darüber sind heute alle Sozialisten einig. Aber man dürfe nicht übersehen, daß eine siegreiche Revolution von der Regierung eines anderen Landes niedergeworfen werde könne, solange nicht starke und einheitliche Organisationen bestehen.

Da diese Organisationen im Laufe der nächsten Monate erst geschaffen werden müssen, beantrage er, diese Frage dem nächsten Kongreß zu überweisen und bis dahin hierüber in den nationalen Organisationen zu debattieren.

Louis Bertrand: Die Frage ist schlecht gestellt; die Frage ist doch sehr wichtig und sollte deshalb eingehend diskutiert werden, wenngleich definitive Beschlüsse dem nächsten Kongreß vorzubehalten sind.

Malon ist wohl auch dafür, daß man sich über den Gegenstand unumwunden ausspreche, vorausgesetzt, daß die größte Diskretion beobachtet werde und auch das Protokoll keine verfänglichen Stellen aufnehme. (Beifall.)

Joffrin: Man trieb und treibt auf den Kongressen zu viel Theorie. Die Hauptsache ist denn doch, die revolutionäre Armee zu organisieren und die Solidarität zwischen den einzelnen Organisationen faktisch herzustellen; dann erst sei es Zeit, eine internationale Revolution zu machen.

Malon: Maßregeln sind jedenfalls zu treffen; jedoch muß es den einzelnen Nationen überlassen bleiben, wie selbe die Organisationen und die Solidarität herstellen. (Zustimmung.)

Bertrand: Jedenfalls müssen die Prinzipien klargestellt sein, damit im Moment der Aktion in dieser Beziehung kein Mißverständnis obwalte. Der Mangel eines gemeinschaftlichen Prinzips sei die Hauptursache des Unterganges der Pariser Kommune gewesen. Man müsse diesen großen Fehler für die Zukunft zu vermeiden wissen und deshalb wünsche er die Diskussion über die gemeinsamen Prinzipien.

Joffrin: Ich bleibe dabei, daß dieser Punkt heute von der Tagesordnung abzusetzen sei. Die Eigentumsfrage ist ja bereits im Sinne des Kollektivismus entschieden.

Seidel: Wir sollen uns jedenfalls noch heute darüber klar werden. Was haben wir zu tun, wenn eine allgemeine Revolution ausbricht? Daß eine allgemeine Revolution unser Endzweck, das steht doch für jeden von uns fest; aber wie dann handeln?

Malon: Wenn die allgemeine Revolution ausbricht, muß binnen 24 Stunden das Kollektiveigentum Platz greifen, das ist ja ohnehin ausgemacht.

Bertrand: Sprechen wir uns doch darüber ganz vertraulich näher aus. Was ich zu sagen habe, dürfte ohnehin das Programm aller Länder sein, wenigstens dem Wesen nach. Selbstverständlich machen wir keine internationale Revolution, solange wir nicht eine förmlich organisierte Revolutionsarmee besitzen.

Wir benötigen eine Million Streiter, die an ein und demselben Tag losschlagen; Frankreich wird, wie die Bürger Malon und Joffrin versicherten, von dieser Million mindestens die Hälfte binnen zwei Jahren auf die Beine gebracht haben. Es handelt sich nur darum, daß die anderen Organisationen, namentlich Deutschland, Italien und die Schweiz, gleichfalls halten, was sie in dieser Richtung versprochen haben.

Der Losbruch, wozu von Paris aus das Signal erfolgen wird, ich betone es nochmals, muß gleichzeitig mit aller Macht geschehen; der Gegner muß überrascht und zu Boden geworfen sein, ehe er zur Besinnung gelangt, was eigentlich vorgeht. Nach diesem Sieg über die rohe Gewalt heißt es aber unverzüglich auch den Sieg über die öffentliche Meinung der Massen zu erringen, welche unschlüssig, furchtsam und mißtrauisch uns gegenüberstehen werden. Wir müssen diesen Massen nicht bloß vorreden, sondern auch zugleich durch handgreifliche Taten beweisen, daß die Revolution nur zu ihrem Nutzen und Wohle geschah. Wir werden noch in der Stunde des Kampfes die Abschaffung des Oktroi und anderer, den kleinen Mann bedrückender Lasten, teils Abschaffung, teils Reduktion verschiedener Steuern, die den kleinen Gewerbetreibenden heutigentags zugrunde richten, die Annullierung aller Hypothekarschulden des ländlichen Besitzes, die Sequestration aller Banken, Großkapitale, Bahnen und Großindustrien, die Einstellung aller Interessenzahlungen für die Staatsschulden usw. proklamieren.

Diese Maßregeln, die jede Organisation nach Belieben amendieren kann, werden uns zugleich reichlich die Mittel liefern, unsere Armee zu erhalten, den bisherigen Armeen aber die Möglichkeit der Fortexistenz zu entziehen, uns auf diese Weise also bleibend zum Herrn der Situation zu machen.

Ich will die Zeit der Delegierten nicht allzusehr in Anspruch nehmen; was ich soeben gesagt, ist ihnen ohnehin bekannt; allein ich hielt es für angezeigt, hier auf dem Weltkongreß offen auszusprechen, was im großen und allgemeinen unsere Direktive ist und sein muß. (Allgemeine Zustimmung.)

Ed. Bernstein: Was Bürger Bertrand gesprochen, bedarf wohl keines Kommentars; ebensowenig ist dagegen ein Widerspruch laut geworden. Ich stimme für den Antrag, den Punkt einstweilen den Beratungen und Beschlußfassungen der einzelnen Organisationen zu unterziehen. Es genügt, einstweilen das „Kommunistische Manifest" vom Jahre 1847 als Norm zu betrachten, dieses Manifest genügt vollkommen als allgemeine Direktive. (Zustimmung.)

Malon bringt seinen Antrag:

„Maßregeln sind jedenfalls zu treffen, jedoch muß es den einzelnen Nationen überlassen bleiben, wie selbe die Organisation und die Solidarität herstellen", schriftlich ein.

Mac Guire: Wir müssen jedenfalls in jeder Organisation wissen, was wir zu tun haben, sobald wir zur Macht gelangen. Er sehe ein, daß der heutige Weltkongreß nicht in der Lage sei, bindende Instruktionen für die einzelnen Organisationen zu geben. Der Punkt ist nicht bloß ein nationaler, sondern auch ein internationaler. Er stimme deshalb für den Antrag Malons.

Rakow: Ich stimme gleichfalls für den Antrag Malon. Allein ich muß denn doch schon heute in Erinnerung bringen, daß wir nicht bloß auf das Kollektiveigentum zu reflektieren haben, sondern auch auf die Wehrfrage, deren Wichtigkeit nicht genug betont werden kann; ich bin deshalb ganz und gar dafür, was Bürger Vertrand gesprochen. Vor allem müsse man die Macht hinter sich haben, nämlich Bajonette, die man gerade so blindlings in den Kampf jagen könne, wie die Despoten ihre Armeen. Ich bin übrigens überzeugt, daß in vielen Staaten die Revolution zuerst zum Ausbruch und zum Siege gelangt; heute kann aber noch niemand bestimmen, welcher Staat dies zuerst sein wird.

Seubert aus Winterthur: Vor allem muß durch Wort und Schrift den großen Massen ihre dumpfe Unzufriedenheit zum klaren Bewußtsein gebracht werden. Ich bin Kommunist oder, was eigentlich dasselbe, Kollektivist; ich kann mich deshalb mit den Fourierschen Prinzipien nur teilweise befreunden. Wir Schweizer brauchen in unserem Lande, wenn wir die unzufriedenen Massen einmal ganz und gar auf unserer Seite haben, keine gewaltsame Revolution, wohl aber eine gesetzliche durch den Volkswillen; unser allgemeines Wahlrecht genügt vollkommen, denn mittels desselben können wir auch alle Ämter und die Gesetzgebung in unsere Hände bekommen.

Das schließt aber nicht aus, daß die Schweiz, wenn der allgemeine Tanz losgeht, Freischaren über die Grenze schickt; das sei selbstverständlich; in Deutschland, Frankreich usw. werden die Sozialisten natürlich anders vorgehen müssen.,

Ich bin auch der Meinung, daß als gemeinsames Grundgesetz das „Kommunistische Manifest" vom Jahre 1847 genügt.

Conzett: Bin mit meinem Landsmanne ganz einverstanden, jedoch möchte ich nicht behaupten, daß die Sache bei uns gar so friedlich ablaufen werde. Indessen werden wir's, wenn wir zur Macht kommen, gerade so machen wie die jetzigen Machthaber. Wir werden die anderen so gut zum Gehorsam zwingen, wie wir jetzt dazu gezwungen werden.

Aber die erste Frage ist und bleibt, wie kriegen wir die „Herren" zu Boden? Wir müssen die Mehrheit des Volkes gewinnen und wir gewinnen sie nur, wenn wir uns den Wünschen des leidenden Volkes anschließen. Kommen wir zur Macht, so werden wir uns natürlich nicht mit Kleinigkeiten befassen, sondern der Bourgeoisie moralisch, wenn's not tut auch physisch „den Kragen" umdrehn". (Lebhafter Beifall.)

Seidel: Weil wir nicht wissen, wann wir zur Macht gelangen, können wir heute keine Maßregeln treffen. Am Tage des Sieges dürfen wir aber nicht weiter gehen, als es das Volk, auf welches wir uns stützen, dann verstehen wird. Wir können die Bewegung nicht einfach herzaubern, wir können eines Tages nur die Steuerleute sein. Wir werden auch nicht alles an einem Tag ausführen können; wir werden mit den Kleingewerbetreibenden und kleinen Grundbesitzern rechnen müssen; in der Schweiz kämen wir mit Gewaltmaßregeln nicht zum Ziel.

Conzett: Ich bin ein Urschweizer und stimme jedem Wort bei, das Bürger Seidel gesprochen. Wir wollen expropriieren, nicht ein-

fach konfiszieren. Vor allem aber müssen wir uns das Großkapital, die Großindustrie, die Banken und Eisenbahnen als Staatseigentum aneignen. Der kleine Mann muß aber ganz anders behandelt werden. Unsere Bourgeoisie in der Schweiz ist ebenso niederträchtig als in anderen Ländern; sollte sie zu uns mit Kanonen sprechen, werden wir ihr mit Petroleum antworten! Unsere erste Aufgabe muß sein, uns eine Streitmacht zu schaffen, indem wir die Geister revoltieren.

Rakow: Vor allem müssen wir eine kampffähige Armee von etlichen hunderttausend Bajonetten haben. Wir können nur mit den Machtmitteln unserer Feinde etwas ausrichten. Wir sollten mit diesem unseren Programm durchaus nicht geheim tun.

Joffrin: Ich bin gegen alle Fanfaronaden. Ich bin Revolutionär mit Leib und Seele; meinetwegen mag man mich neuerdings deportieren oder gar füsilieren; ich setze mich allem aus; aber nie werde ich mich dazu hergeben, etwas zu beschließen, was man nicht sobald tun kann oder will. Das ist Fanfaronade. Ich stimme deshalb für Malons Antrag.

Hierauf wurde der Antrag Malon mit dem Zusatz: „obligatorisch für die einzelnen Organisationen" einstimmig angenommen.

Die nächsten Punkte der Tagesordnung betrafen die Schaffung eines Zentralorgans und die Abfassung eines Manifestes an das gesamte Proletariat.

Bezüglich des ersterwähnten Gegenstandes wurde folgende Entschließung angenommen:

„In Erwägung, daß die sprachliche Verschiedenheit ein unübersteigbares Hindernis für die Gründung einer allgemeinen internationalen Revue ist, beschließt der Kongreß, allen Parteien der verschiedenen Länder zu empfehlen, nationale Blätter und Revuen zu schaffen, in welchen die sozialen Theorien besprochen werden können."

Außerdem empfahl der Kongreß die gegenseitige Mitteilung aller theoretischen Arbeiten.

Bezüglich der Manifestangelegenheit wurde nachstehende, von einer viergliedrigen Kommission ausgearbeitete programmatische Resolution angenommen:

„Der Kongreß ist der Ansicht, daß der Augenblick zur Ausarbeitung eines Manifestes noch nicht gekommen sei, und zwar aus folgenden Gründen:

Die Arbeiterparteien befinden sich gegenwärtig in voller Krisis; die einen, wie die Frankreichs, Belgiens, der Schweiz, Hollands und Dänemarks sind daran, sich zu organisieren, die anderen, wie in Deutschland, Österreich, Italien, sind im Kampfe gegen die Repressalien ihrer Regierungen, während die Bewegung in Rußland, angesichts der Ausnahmestellung, in der sich unsere dortigen Brüder befinden, noch nicht aus der Phase der Verschwörung hat hinauskommen können.

Ferner ist die neue Bewegung, welche der „Internationalen Arbeiterassoziation« gefolgt ist, noch zu jung und ungleich entwickelt, um ein allgemeingültiges und zugleich detailliertes Programm aufzustellen.

Endlich sind die politischen und ökonomischen Verhältnisse in den einzelnen Ländern noch nicht gleichartig genug.

Unter solchen Umständen ist es unmöglich, allen internationalen Arbeiterparteien allgemeingültige, bestimmte Verhaltungsmaßregeln

auf wissenschaftlicher Basis vorzuschreiben; die moderne Wissenschaft und die ökonomischen Tatsachen haben jedoch die Grundlagen einer gemeinsamen Tätigkeit klargelegt. Diese können in folgende Punkte zusammengefaßt werden:

In der modernen Gesellschaft sind die Interessen entgegengesetzt und finden ihren Ausdruck im Klassenkampf; daher ergibt sich für die Gesamtheit der Ausgebeuteten die Notwendigkeit, sich gegenüber den Bourgeoisieparteien als besondere Klassenparteizu organisieren. Die Verschiedenheit der Verhältnisse bringt uns in die Lage, alle Kampfmittel, je nach den Umständen anzunehmen, wie Stimmzettel, Streik, Reformen, Revolution und im Falle der Notwehr sogar Verschwörung, wie zum Beispiel in Rußland.

Da anderseits die Zeit der Utopisterei vorbei ist und die heutigen Sozialisten, die sich wissenschaftlich unterrichten wollen, die Pflicht haben, die Lage und die historischen sowie politischen Bestrebungen ihres betreffenden Volkes zu studieren und so gut als möglich den Charakter ihrer befreierischen Tätigkeit zu bestimmen, stellt der Kongreß fest, daß die nächsten allgemeinen Ziele folgende sind:

1. die volle körperliche und geistige Erziehung der Individuen auf Kosten der Gesamtheit;
2. die Überführung der Produktions- und Verkehrsmittel in Gesamteigentum;
3. der volle Reinertrag der Arbeit für jeden Arbeiter;
4. der Kongreß anerkennt, daß in der nächsten Zeit die Arbeiterparteien sich werden verständigen können über die Abfassung eines gemeinsamen Manifestes und fordert sie daher auf, Vorschläge für den nächsten Kongreß, dessen Organisation der französischen Arbeiterpartei anvertraut wird, auszuarbeiten."

Bei Beschlußfassung über diesen Punkt der Tagesordnung hat der Kongreß, wie man sieht, nicht nur ein taktisches Programm, sondern auch organisatorische Ziele klar und deutlich aufgestellt, die sich von den anderweitigen Beschlüssen, wie sie auf dem Kongreß gefaßt wurden, wohltuend abheben.

Zum Schluß votierte der Kongreß noch einstimmig die folgende Sympathieadresse für die russischen Genossen, welche von dem „Vertrauensmann" der Polizei besonders vermerkt wird. (Auch das Ministerium des Äußern erhielt von „vertrauenswürdiger" Seite Mitteilung von dieser Kundgebung. Anm. des Verf.)

Diese Adresse lautet:

„Der internationale Kongreß zu Chur sendet den Sozialisten Rußlands seinen Gruß, die sich im Zustande der Notwehr befinden und auf die Gewalt mit der Gewalt und auf den Schrecken mit dem Schrecken antworten.

Der internationale Kongreß ladet alle freien Völker ein, öffentlich ihre Sympathien auszudrücken für die, welche kämpfen, leiden und sterben für die Freiheit und soziale Gerechtigkeit gegen moskowitische Tyrannei."

Unter Hochrufen auf die Sozialdemokratie und „Au révoir à Paris!" („Auf Wiedersehen in Paris!") wurde am 4. Oktober, wie der Gewährsmann der Polizei mitteilt, dieser merkwürdige und voraussichtlich folgenreiche revolutionäre Kongreß im „Felsenkeller" zu Chur geschlossen.

Nach den Kongreßverhandlungen fand im größten Saale der Stadt eine ungemein zahlreich besuchte Volksversammlung statt, in der unter anderen Joffrin, Bernstein, Mac Guire, Axelrod und mehrere Schweizer Genossen sprachen.

Die Bevölkerung der Stadt kam dem Kongreß mit den größten Sympathien entgegen.

Dem polizeilichen Bericht ist noch die folgende Schilderung einzelner Persönlichkeiten beigegeben, die sicherlich nicht ohne Interesse ist und die darum angeführt wird:

„Mac Guire. Beiläufig 34 Jahre alt, echter Yankeetypus; schlank, groß, hager im Gesicht, rothaarig, wenig Kopfhaare. Versteht kein Französisch, spricht deutsch ziemlich gut und englisch mit musterhaft korrektem Akzent. Ein gewandter Redner, parlamentarisch wohl geschult, trifft stets den Nagel auf den Kopf; geborener Agitator; besitzt offenbar viel persönlichen Mut; wird eines Tages jenseits des Ozeans als Revolutionär noch eine große Rolle spielen.

Louis Bertrand, Belgier; versteht auch etwas flämisch; zirka 30 Jahre alt; lebt in sehr mißlichen Verhältnissen; gewöhnlicher Aufenthalt Gent, wo er die leitende Seele des dortigen revolutionären Zentralkomitees ist; hat das Revolutionieren zu seinem Lebensberuf gemacht; kein besonderes Talent, aber zähe und schlau; scharfer Beobachter; er ist gewissermaßen ein lebendes Pendant zu Malon und Joffrin, mit denen er auch persönlich näher bekannt ist und in permanenter Beziehung steht.

Benoit Malon. Zwischen 40 und 50 Jahre alt, mittlerer Statur, dichtes, dunkles Kopf- und Barthaar; tritt sehr bescheiden und ruhig auf, so daß kein Mensch in ihm einen »Petroleur« ersten Ranges vermuten würde; spricht wenig, aber sehr gemessen, wohl bedacht und ohne jeden Affekt, in welchen sich der Vollblutfranzose so leicht hineinspricht. Früher Kommunard und Anarchist, ist er jetzt aus Überzeugung Sozialdemokrat und ganz entschieden gegen jedes voreilige Losschlagen, deshalb auch von nun an einer der eifrigsten Organisateure der in Vorbereitung befindlichen französischen Revolution. Dadurch aber ist Malon dermalen und in Zukunft weit gefährlicher, als er je als Kommunard gewesen.

Seine geistige und moralische Ergänzung sowie zugleich feste Stütze bildet sein Freund:

Joffrin. Beiläufig 34 Jahre alt; schlank, dunkles Kopf- und Barthaar; trägt übrigens nur Schnurrbart, der etwas ins Rötliche schimmert; gesunde Gesichtsfarbe; sehr schönes Auge; spricht mit Verve und Elan! Ein äußerst entschiedener, vor nichts zurückschreckender Charakter. Als Volksredner muß er auf die Massen eine hinreißende Wirkung ausüben. Dieser Mann wird eines Tages bis an die Knöchel im Blute waten.

Heinrich Rakow, Delegierter des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereines in London, von Geburt ein Deutscher, zirka 35 Jahre alt, Bart- und Kopfhaar rötlich, letztere sehr spärlich, klein aber von gedrungener Gestalt, sein Metier: Zigarrenarbeiter; wurde vor zirka drei Jahren in Berlin in Untersuchung gezogen. Dieser Mensch war das Enfant terrible des Kongresses, indem er fortwährend das Wort ergriff, um an den Vorrednern etwas auszustellen. Selbst sprach er nur Unsinn. Bezweifle, daß Rakow in London einen namhaften Einfluß auf die dortigen deutschen Arbeiter besitzt. Französisch versteht er kein einziges Wort und englisch nur sehr wenig.

Conzett, faktischer Redakteur des »Grütlianer« und Buchdrucker; zwischen 35 und 37 Jahre alt, eine äußerst kräftige Gestalt, intelligentes Gesicht, dunkles Kopf- und Barthaar; hat keine umfassende Bildung genossen, ist aber ein sehr gewandter und packender Redner; er wird eines Tages in der Schweiz eine Rolle spielen, denn er besitzt Mut, Verstand und Charakterfestigkeit. Er wird einer der Hauptführer der Freischaren sein, falls es zum Losschlagen kommt.

Louis Karinski (Krakau), Kasimier Dluski (Posen), junge Leute unter 30 Jahren.

Beide wohnen in Genf. Ihre Parteien in Posen und Krakau betreiben die sozialistische Agitation ohne jedwede Hinzuziehung der national-revolutionären Elemente ihrer Brüder, während die »Praca-Partei« in Lemberg dies tut. Große Geister sind diese zwei Herren keinesfalls, wohl aber verbissene und gut geschulte Revolutionäre.

Axelrod, auch Steinberg, Alexandrowitsch usw. genannt, Israelit, dichtes, schwarzes und struppiges Kopf- und Barthaar, dürfte nicht viel über 30 Jahre sein, an Gestalt klein und unansehnlich, wohnt seit zirka drei Jahren in Genf, von wo er aber zeitweise spurlos verschwindet, er soll aber eine sehr gute Feder führen und spricht eine Menge Sprachen. Er ist einer der kühnsten und ausdauerndsten Agenten der russischen Revolution. Er hat wiederholt Rußland von Odessa bis Petersburg für revolutionäre Zwecke bereist, ohne in die Hände der Polizei zu geraten; er muß also ein durch und durch geriebener Kerl sein. Er hat auch verschiedene Handwerke gelernt, um als verkleideter Arbeiter in Rußland für revolutionäre Zwecke tätig sein zu können. Dieser Mensch interessierte mich in hohem Grade, wie er es in der Tat vom staatspolizeilichen Standpunkt aus auch verdient; allein wohlweislich unterließ ich dies merken zu lassen oder gar mich an ihn heranzudrängen, mir genügte vorläufig, seine persönliche Bekanntschaft gemacht und damit den Weg zu eventuellem weiteren Verkehr mit ihm offen zu haben.

Wie mir Johann Ph. Becker und Limanowski sagten, sei er die sicherste Quelle, wenn man etwas aus oder über Rußland wissen wolle. Von Zeit zu Zeit verfügt er über bedeutende Geldmittel, deren Provenienz leicht zu erraten ist.

Hermann Greulich, Buchbinder, seßhaft zu Hirschlanden bei Zürich. Er ist eine sehr interessante Persönlichkeit und genießt in der Partei großes Ansehen und unbedingtes Vertrauen. Er ist ein Mann von bedeutender Bildung und Geistesschärfe, dabei ist er gewissermaßen der Tyrtäus der »Proletarierarmee« und sind mehrere seiner revolutionären Gedichte, wie zum Beispiel »Arbeiter-Feldgeschrei«, welches nach der bekannten Weise »Die Wacht am Rhein« gesungen wird, in das Fleisch und Blut der Arbeiter in der Schweiz übergegangen." (Das Gedicht ist auch zur Gänze dem Bericht beigegeben. Anm. d. Verf.)

Das österreichische organisierte Proletariat hatte wohl, wie schon erwähnt, zu den beiden internationalen Kongressen von London und Chur keine Delegierten entsendet, doch waren beide Fraktionen der Arbeiterschaft an den Verhandlungen in hohem Grade interessiert. Die „Radikalen" hatten ihre Blicke nach London gerichtet, von wo sie auf listigen Wegen ihre Botschaften, Weisungen und Flugschriften empfingen. Speziell die Wiener Arbeiterschaft stand in ihrem Lager und nur ein kleiner, wenn auch noch immer einflußreicher Teil der führenden

Kreise vermochte es durch seine Autorität, das österreichische Proletariat von dem formellen Anschluß an London, das heißt an Most und seine Lehren abzuhalten. Wäre die anarchistische Partei beispielsweise in Deutschland oder in Frankreich zu Erfolgen, namhaften Erfolgen, gelangt, so wäre zweifellos bald die ganze österreichische Partei in das Mostsche Lager eingeschwenkt. So zeigte sich aber, daß die Doktrinen von Most und seiner Freunde im Grunde auch für die Besitzenden und Machthaber keine Schrecken hatten, denn die Polizei und die Heere waren noch immer mächtig genug, dem Mostschen Schrecken entgegenzutreten, was aber für dessen Anhänger im Proletariat nur um so mehr Schrecken und Elend im Gefolge hatte. Most und seine Leute hatten geglaubt, und sie waren zweifellos davon überzeugt, daß eine Revolution auf dem ganzen Erdenball, zumindest aber in den Staaten, wo Kapitalismus und Industrialismus übermäßig herrschten, ein moderner Sklavenaufstand ausbrechen müsse, dessen Sieg die Aufrichtung einer neuen Gesellschaftsordnung zur Folge haben würde. Die Männer und Frauen, die sich 1881 in London versammelt hatten, um über die Pläne zu beraten, wie das internationale Proletariat seine Ketten zerbrechen könnte, hatten mit ihrer Annahme den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen verloren.

Sie vermeinten, schon die Weltordnung damit zu erschüttern, wenn sie ein gekröntes Haupt oder irgendeinen tyrannischen Machthaber vom Leben zum Tode brachten. Besaß denn keiner der führenden Londoner Männer — es waren ja zweifellos politisch und ökonomisch geschulte unter ihnen — die Kenntnis, daß nicht der Herr auf dem Thron oder irgendein Machthaber der Beherrscher der ökonomischen Welt sein könne? Wußten sie denn nicht, daß nicht ein einzelner Mensch, und sei er mit noch so großer Machtfülle ausgestattet, die ökonomischen Gesetze von Produktion und Konsumtion, von Angebot und Nachfrage, von Besitz und Besitzlosigkeit, von Kapital und Arbeit aufheben konnte? Es hat den Anschein, als hätte eine veritable Epidemie von verderblicher Verblendung die Leute ergriffen, die derlei Resolutionen und Anträge gestellt hatten, wie die es waren, die auf dem Londoner Kongreß und noch auf anderen Kongressen in späteren Tagen beraten und angenommen wurden. Sie perhorreszierten Massenbewegungen und begünstigten und priesen die Taten der einzelnen. Aber nicht darin allein lag der große, für das Volk so verhängnisvolle und unheilbringende Fehler dieser Männer und Frauen, sondern darin, daß sie die ganze Psyche der Völker nicht kannten und nicht zu erfassen vermochten; in allen Ländern, in denen die „revolutionären Sozialisten" ihre Tätigkeit entfalteten oder zu entfalten suchten, waren die Massen entweder zu stumpf oder zu — aufgeklärt. Im ersteren Falle vermochte kaum die Schreckenstat eines einzelnen die Stumpfheit zu besiegen, im zweiten Falle blieb sie gleichfalls wirkungslos, weil die Masse den Nutzen der Tat nicht recht einsehen konnte. Selbst in jenem Lande, wo der Einzelterror in ein wenig und gründlich ausgebildetes System gebracht worden war, wie im absolutistisch regierten Rußland, konnte der „revolutionäre Sozialismus" erst nach Jahrzehnten, da die Massen ebenso systematisch organisiert wurden und Aufklärung erhielten, zu einem Erfolg führen. Hier waren aber auch die natürlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Voraussetzungen ganz anders

geartet als im industriell-kapitalistischen Europa oder in den Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Die in diesen Ländern ausgeführten Einzeltaten blieben ohne fühlbare nachhaltige Wirkung auf die Massen sowie auf die Gestaltung der politischen und ökonomischen Schicksale des arbeitenden Volkes. Im Gegenteil, die Massen kamen hier im Laufe der Ereignisse früher zu der Erkenntnis der Fruchtlosigkeit derartiger Akte als die Führer der Aktionen selbst; ihr natürliches, richtiges Empfinden sagte ihnen, daß die Einzelheit, möge sie von diesem oder jenem auch als heldisch gepriesen werden, höchstens als weithin schallendes Sturmsignal zu deuten wäre, wie etwa der Donner einer Alarmkanone, keineswegs könne es aber als taugliches Mittel zur dauernden Umgestaltung der Verhältnisse dienen und zu einer dauernden Befreiung vom ökonomischen Joche führen.

Mag sein, daß auch die brutalen Mittel, die die sich gefährdet sehende „Gesellschaft" gegen ihre Feinde in Anwendung brachte, für den Augenblick wenigstens ihre abschreckende Wirkung übten. Aber auch sie vermochten auf die Dauer nicht wirksam zu bleiben. Hätten wirklich die Lehren Mosts und seiner Anhänger und die Mittel, die sie zur Erreichung der Umgestaltung der Welt empfahlen, die Herzen und Köpfe der Millionen von gequälten Menschen, die der Kapitalismus zu ewiger Pein verdammte, erobert, keine Gewalt der Herrschenden wäre im Laufe der Zeit so gewaltig gewesen, daß die herrschenden Schichten nicht hätten schließlich vor den Massen kapitulieren müssen!

Die Geschichte hat es so oft gezeigt, daß große und hehre Ideen, einmal in die Menschenseelen geworfen, niemals ersterben, wenn ihre Gegner sie auch tot wähnen. Immer wieder erhoben sie sich vom Boden, in den man sie gestampft hatte, selbst aus den dunklen Gräbern, in die man sie gesenkt, stiegen sie unversehrt zu neuem Leben empor. Solcherart sind eben wahrhaft unsterbliche Ideen.

Waren die Lehren von den sogenannten „revolutionären Sozialisten" von solcher Größe und Erhabenheit? Physische Gewalt, auch die stärkste, vermag dauernde Eroberungen nur zu machen, wenn sie das Eroberte einfach der Vernichtung, der Zerstörung preisgibt. Man kann sicherlich mit Gewalt ein Land erobern, man kann seine Einwohner in eherne, schier unzerreißbare Fesseln schlagen, sie versklaven, aber dauernd Herr des Landes und seiner Bewohner zu werden vermag man nur dann, wenn man alles, was darin lebt und atmet, des Lebens und Atems beraubt. Solange noch ein Odem in dem Lebendigen weht, hat man sich seiner nicht vollends bemächtigt, denn in dem Augenblick, da der Gefesselte imstande ist, die Bande zu lockern oder sogar sich ihrer zu entledigen, da er sich vom Boden zu erheben vermag, wird er seine Glieder recken und sich anschicken, die über ihm herrschende Gewalt abzuschütteln.

So vermag die Gewalt auch die Geister nicht dauernd zu erobern. Der Geist des Einzelwesens wie schließlich der Masse kann für eine Zeit, vielleicht selbst durch Jahrzehnte und Jahrhunderte, in schwerem Banne ruhen, aber sein Denken und Sinnen auf Freiheit hört eigentlich nimmer auf. Die Geister mögen vielleicht auf eine Zeit in Lethargie versenkt sein,

sie mögen, durch Narkotika betäubt, dahindämmern, aber sie werden und müssen erwachen, wenn nicht ihre Lebenskraft vollends erschöpft ist. Das Erwachen ist ein unausbleibliches Phänomen nicht bloß des körperlichen und geistigen, sondern auch des ökonomischen Lebens; bleibt das Erwachen aus, dann ist eben das Leben aus dem Organismus für immer gewichen.

Darum wird die Anwendung von Gewalt, und nur Gewalt, niemals zum Ziele führen, wäre dies Ziel auch das herrlichste, das man erstreben könnte. Nicht bloß aus Gründen der Ethik, denn es ist unedel, ein hohes Ziel unter Anwendung unedler Mittel erreichen zu wollen; nein, schon aus den einfachsten und schlichtesten Gründen. So wie im Leben des Einzelwesens, im Individuum, der einzelne in der Regel sein Glück nur dann erkennt, wenn er es freiwillig oder scheinbar freiwillig selbst ergreift und begreift, so auch bei der Masse, zumindest bei der übergroßen Zahl aus der Masse. Sie muß instinktiv ihr Glück selbst ergreifen, um es zu erkennen, um es ihr Eigen zu nennen. Darin liegt sicherlich ein großer Teil des Erfolges jeder politischen oder sozialen Doktrin und der Kunst der ausübenden Politiker und der Führer des Volkes. Mag die Doktrin vielleicht schlecht, unheilvoll oder selbst verbrecherisch sein, sie wird ihre zahllosen Anhänger finden in dem Augenblick, da ihre geistigen Vertreter die Gabe und Fähigkeit besitzen, nicht allein den Massen zu Gefallen zu sprechen und zu handeln, sondern sie auch mit ihrem Geiste und ihrem Willen derart zu erfüllen, daß schließlich die Massen mit Recht vermeinen, nur dieser oder jener Gedanke allein, nur jene oder diese Lehre allein vermöchte ihr Heil und Erlösung zu bringen. Zweifellos liegt darin ein gewaltiges Stück Demagogie, vielleicht sogar ein bedenkliches Stück; allein wo und wann wurde auf Erden ein Streben nach Glückseligkeit, eine Politik geübt ohne jenes Beiwerk, das man gemeinhin Demagogie nennt? Von der erhabenen Bergpredigt bis zum nüchternen Kommunistischen Manifest hat kein Volkslehrer, kein Volksführer gewisser Mittel der Demagogie entraten können. Aber damit sei noch nicht gesagt, daß Demagogie allein die Kraft hat, Herzen und Seelen von Menschen und Völkern dauernd zu bezwingen. Sie kann höchstens nur ein mehr oder minder taugliches Instrument sein, nicht aber untrügliches Argument! Sie ist die Schale, nicht aber der Kern. Schlechte Demagogen dringen nicht zum Kern vor; gute tragen niemals Scheu, vor der Masse die Schale, sei sie noch so lockend und glänzend, zu entfernen und ihr den Inhalt, mag er vielleicht auch bitter und enttäuschend schmecken, ihr zu zeigen und zu reichen. Ist der Kern gut, dann wird die Masse nach ihm langen; so töricht ist sie nicht mehr, ihn von sich zu werfen, wenn sie einmal seine Kraft, seine Süßigkeit, seinen Wert vollends erkannt hat. Die Massen, zumal die Europas, haben in den letzten Jahrzehnten immer schon die richtige Empfindung gehabt, Schale und Kern einer Theorie, Oberfläche und Inhalt eines politischen und wirtschaftlichen Programms zu erkennen und scharf zu prüfen. Sie haben dabei oft und oft geirrt, wie ja auch der einzelne oft und oft irrt, aber im großen und ganzen haben sie schließlich stets ein gesundes Urteil bekundet. Sie begannen das Unrecht zu fühlen, das ihnen von den Herrschenden angetan wurde, aber sie hatten auch erkannt, daß eine dauernde Befreiung von

diesem Unrecht nur möglich sei durch ernstes Wollen, durch wahrhaftes Streben, die Knechtschaft abzuschütteln; die Masse hat aber auch erkannt, daß dies nur möglich sein kann durch Zusammenfassung all ihrer Kräfte: durch einheitliche Organisation. So kam sie allmählich dazu, jene Meinungen zu verwerfen, die da als einziges und taugliches Mittel zur Befreiung die Gewalt priesen und die darauf ausgingen, nicht zusammenzufassen, sondern zu zerreißen, die nicht zu einer großen, gemeinsamen Aktion rieten, sondern zu zahllosen Einzelaktionen. Die Massen vermieden schließlich den großen Irrtum, das ungeheure Verbrechen, und pflichteten jenen bei, die ihr klar zeigten und bewiesen, daß die Umwandlung der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden könne etwa durch Beseitigung einer einzelnen Person, selbst nicht durch gewaltsame Entfernung all jener, die auf Thronen oder Präsidentenstühlen sitzen!

Diese Erkenntnis bedeutete das Scheitern der Aktionen des Anarchismus in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts; aber auch alle anderen sogenannten sozialrevolutionären Theoreme, auch jene, wie sie beispielsweise auf dem internationalen Sozialistenkongreß in Chur zur Erörterung gelangten, mußten in dem Augenblick Schiffbruch erleiden, da man die Revolution ohne die tatsächlichen Verhältnisse in den einzelnen Staaten in das politische und wirtschaftliche Kalkul zog und die Revolution nur sozusagen ex cathedra lehrte. In richtiger Erkenntnis haben denn auch die späteren sozialistischen Kongresse, sowohl die der einzelnen Länder als auch die internationalen, die Vorbereitung der Revolution als planmäßiges Beginnen perhorresziert und vor allem die Erstarkung der Organisationen des Proletariats auf sozialistischer Grundlage und die politische und ökonomische Erziehung der Massen als unumgängliche Notwendigkeit und Vorbedingung für eine Umgestaltung der Gesellschaft als die erste und ernste Vorschule ausgestaltet. Das stete Reden von einer in Sicht stehenden Revolution wurde schließlich fallen gelassen und auch in der Agitation wurde das Schwergewicht auf die innere geistige Durchbildung des sozialistischen Gedankens gelegt.

Man erinnert sich vielleicht noch, wie auf den ersten Kongressen der alten Internationale die größten und heißesten Debatten um die Eigentumsfrage geführt wurden, um die Fragen des Individualismus und Kollektivismus und ähnliche Dinge. In späteren Tagen wiederum hat man auch auf deutschen Kongressen und in sonst sehr ernsten sozialdemokratischen Kreisen beraten, welche Einrichtungen der „sozialistische Zukunftsstaat" erhalten solle! Allen Ernstes stritt man einst auch viel darüber, welche Funktion einst nach Umgestaltung des kapitalistischen Staates im neuen sozialistischen Staatswesen diesem oder jenem Berufe zugewiesen werden solle.

Im Verlauf der letzten vier Jahrzehnte hat man dann gründlich, was diese Dinge betrifft, umgelernt. Die untrügliche Wahrheit hat sich allmählich durchgerungen, daß der Sozialismus als geistige, wissenschaftliche und wirtschaftliche Wahrheit seinen Siegeszug gehen werde, in jener Bahn, wie einzig und allein die Entwicklung sie vorschreiben werde und nicht, wie sich die sozialistische Zukunft in den Köpfen einzelner sich male. Die sozialistische Agitation hat auch in den abgelaufenen 40 Jahren

die einzig mögliche Konsequenz aus den wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Tatsachen gezogen, indem sie die Massen ihrer Anhänger auf das Reich der Tatsachen und nicht in die Nebelwelt eines künftigen Diesseits verwies. Und der erste und sicherste Weg, die Massen zum Sozialismus, zum werktätigen Sozialismus, zu führen, ist: die Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, die jeden Augenblick bereit sein müssen und sollen, das herrliche Endziel der sozialistischen Gesellschaft und damit des neuen Staatswesens zu erreichen. Bereit sein, ist alles! Der große Fehler der früheren Tage, die Tragik mancher bedauerlicher Ereignisse lag eben in der Verkennung der Wirklichkeit. Der menschliche Fuß muß auf dem festen Boden haften, in blauen Lüften vermögen nur luftige Geister zu schweben; selbst die kühnen Aeronauten der Gegenwart bedürfen ihres sehr präzis arbeitenden Motors!

Das Weltproletariat in den Jahren 1882 und 1883

Die unmittelbare Wirkung der internationalen Kongresse in London und Chur war vorläufig die, daß die sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern neuerdings den Versuch machten, sich eine straffere Organisation zu geben, ohne daß es jedoch geglückt wäre, daß die im Proletariat herrschenden Strömungen vereinheitlicht werden konnten. Die Einigung der proletarischen Parteien lag vielmehr überall noch in weiter Ferne; ja noch mehr, die beiden Hauptfraktionen bekämpften einander in der heftigsten Weise. In alle Organisationen der Arbeiterschaft drang der verheerende Streit, so daß allenthalben die Zerfahrenheit zutage trat. Die Fraktionen befehdeten einander, unbekümmert darum, ob auch der gemeinsame Feind, die Regierungen und die herrschenden Klassen, das Proletariat und seine führenden Personen mit Berserkerwut verfolgten. Überall Spaltung, Hader, Zerrissenheit!

Mit unverhohlener Freude sahen die Feinde des Sozialismus, vor dem sie kurze Zeit vorher noch gebangt, den Verheerungen zu, die der Zwist im Lager der Arbeiterschaft anrichtete. Wußten sie es doch ganz wohl, daß nur eine uneinige Sozialdemokratie mit Aussicht auf Erfolg bekämpft werden konnte, indes ein einiges und geschlossenes Proletariat unüberwindlich sei.

Trübe und düster war es allerorten, wo kurz vorher noch der Sozialismus stolz sein Haupt erhoben hatte.

Selbst in Deutschland, wo der gewaltige Militarismus und ein mächtig emporstrebender Imperialismus vor dem organisierten Proletariat zitterte, wo ein Staatsmann, wie Fürst Bismarck, sein ganzes Regiment darauf eingerichtet hatte, den Feind Sozialismus zu fällen, herrschte Zerfahrenheit und Zwietracht. Sie wüteten noch viel schlimmer als die Ausnahmegesetze, die die Klasse der Besitzenden, der Junker und Schlotbarone, über das organisierte Proletariat verhängen ließ. Wiewohl alle Machtmittel eines privilegierten Klassenstaates gegen die Sozialdemokratie losgelassen worden waren, verstummte doch keinen Augenblick im Proletariat der Hader. Es hatte fast den Anschein, als ob gerade in diesen schweren Tagen, da eine förmliche Hölle von Verfolgungen sich über die Sozialisten entlud, dem Sozialismus geflissentlich aus seinen eigenen Reihen der furchtbarste Feind, die Uneinigkeit, entstand und wütete.

So konnte es nicht anders sein, als daß überall die vereinigte Reaktion im Siegestaumel war und daß überall von dem endgültigen Siege über den Sozialismus gesprochen und geschrieben wurde. „Der Sozialismus ist tot!" So gellte es allerorten und der Sieger über den Sozialismus waren die alten, nie aussterbenden Feinde, Bourgeoisie, Unternehmerschaft, Junker- und Muckertum.

Selbst in den alten Hochburgen der Sozialdemokratie im Deutschen Reich, in Berlin, Hamburg und im „roten" Sachsen, schien die Partei im Aussterben begriffen. Wenigstens verkündeten die Herolde der bürgerlichen Reaktion, daß überall der „Geist des Patriotismus" und der „Vaterlandsliebe", wie er von der Rückwärtserei verstanden wurde, von neuem aufzuleben beginne und das nur dank der Bismarckschen Gesetze wider die sozialistischen Reichsfeinde.

In den „eingeweihten" Kreisen freilich, das heißt in den Kreisen der Behörden, die mit der Überwachung der „Reichsfeinde" betraut waren, wußte man ganz wohl, daß der Sozialismus trotz alledem nicht so tot war, als der Welt glauben gemacht wurde.

„Die Bewegung schreite*) ruhig fort, wenn man auch nicht viel davon sehe; das Volk verzweifle bereits an der Möglichkeit einer langsamen gesetzlichen Fortentwicklung und man gewöhne sich daran, nur von einer aus dem Volk selbst kommenden Befreiungstat etwas zu erwarten. Die parlamentarischen Beratungen (Damals standen gerade die ersten sozialpolitischen Gesetzesvorlagen im Deutschen Reichstag in Verhandlung. Anm. d. Verf.) erwecken nur ein sehr geringes Interesse; man befinde sich im offenen Kriegszustand, indem auch das Volk das Recht habe, die geeigneten Waffen zu wählen; man möge doch endlich die Moral-, Friedlichkeits- und Gesetzlichkeitspredigten beiseite lassen."

An einer anderen Stelle berichtet der Berliner Polizeipräsident Madai, „daß Bebel in einer geheimen Versammlung in der Nähe von Leipzig am 30. April 1882 vor 350 Personen eine Rede hielt, in welcher er der Überzeugung Ausdruck gab, es stünde in allen Staaten eine Krise bevor, die zugunsten der Sozialdemokratie ausschlagen werde. Eine gewaltige blutige Revolution müsse kommen, an der sich die gesamten internationalen Arbeiter beteiligen würden und zu der auch Amerika eine Menge tüchtiger Kämpfer stellen würde. Man müsse deshalb noch kurze Zeit ausharren und mit aller Kraft für die Verbreitung der sozialdemokratischen Grundsätze eintreten, damit im gegebenen Moment alles gut geschult sei".

Hiezu bemerkt die Polizeibehörde:

„Es kann konstatiert werden, daß das Gros der Sozialdemokratie bis jetzt noch an der Überzeugung an dem endlichen Siege seiner Bestrebungen festhält und dieselben unverändert fortzusetzen gewillt ist. Dadurch wird aber die Aussicht, die bisherigen Kampfmittel gegen diese Bestrebungen, soweit sie gemeingefährlich sind, aufgeben zu können, wieder in weite Ferne gerückt..."

„Nicht nur die friedfertigen Elemente unter den Sozialdemokraten werden zu der kaum verlassenen Fahne zurückkehren, sondern es werden ihr auch noch weitere Kreise zufallen, welche nur aus einer gewissen Scheu vor dem Worte »Sozialdemokratie« sich bis jetzt noch davon zurückgehalten haben."

Wiewohl also die preußischen Behörden von dem vergeblichen Kampfe gegen die Sozialdemokratie überzeugt waren, hielten sie doch daran fest

*) Aus Berichten des Berliner Polizeipräsidiums, die unseren Behörden zur Kenntnisnahme übermittelt wurden.

und suchten glauben zu machen, daß die Methode Bismarck die unfehlbare sei!

Und das trotz der Agitationen der Leute um die Londoner „Freiheit" herum, die sich nicht genug daran tun konnten, die deutschen Sozialdemokraten mit allen Mitteln beim Proletariat zu verleumden und ihre Vorkämpfer mit ganzen Kübeln von Jauche zu beschütten:

„Von den sozialrevolutionären Preßerzeugnissen ist es vornehmlich die »Freiheit«, die in Arbeiterkreisen verbreitet wird. Das Blatt hält sich hauptsächlich durch Unterstützungen, welche größtenteils anonym aus dem Ausland zugehen. Die Auflage beträgt etwa 2000."

Im übrigen wußten die internationalen Agenten der politischen Polizei über die „Sozialrevolutionären" um so phantastischere Dinge zu berichten, je weniger konkrete Nachrichten aus diesem Lager zu erhalten waren. Solche Meldungen kamen zumeist aus der „Zentrale" der „Sozialrevolutionären" aus London. So wurde beispielsweise berichtet, daß auf einem Erinnerungsfest zur Feier der Pariser Kommune einer der Redner seine Ausführungen mit dem folgenden lapidaren Satz schloß: „Dem König die Bombe, dem Bourgeois die Kugel, dem Pfaffen den Dolch, dem Verräter den Strick!"

Dieser angebliche Ausspruch und ähnliche Dikta wurden in der Folgezeit von den Regierungen dazu benützt, um als Argumente dafür zu dienen, daß unbedingt Ausnahmegesetze gegen Sozialisten notwendig sind!*)

Die deutsche Sozialdemokratie ließ sich aber weder durch das Sozialistengesetz noch durch die Verleumdungen der „Sozialrevolutionären" in ihrer Arbeit beirren. Voll Opfermut erfüllten allerorten die Genossen die Parteipflichten, nicht achtend die Gefahren, die ihnen drohten. Und so ging es trotz alledem vorwärts. Die Partei mußte wohl ihre Kongresse im Ausland abhalten, so 1882 auf Schloß Wyden in der Schweiz und 1883 zu Kopenhagen, allein sie machte in keinem Augenblick ein Hehl aus ihren Bestrebungen: Verfolgungen auf Verfolgungen aller Art gingen über die Anhänger der Sozialdemokratie hernieder, aber die Getreuen nahmen alles Leid auf sich mit jenem Heroismus, wie ihn nur Menschen ertragen können, deren Seelen erfüllt sind von idealen Zielen.

Selbst die Gegner der Partei konnten nicht umhin, zu bekennen, „daß die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands sowohl was ihre Organisation als auch ihre Verbreitung anlangt gegenüber ihren Schwesterparteien im Ausland weit hervorragt und von diesen nicht ohne Neid als ein Muster betrachtet wird, dem man in allen Beziehungen nacheifern müsse".

In England hatten die Bestrebungen der Iren, ihre Selbständigkeit zu erlangen, die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich gelenkt; die Bewegung der „Fenier" und zahlreiche politische Attentate ließen die sozialistische Bewegung in den Hintergrund treten, wiewohl gerade in den

*) Im parlamentarischen Motivenbericht zu den späteren Ausnahmezuständen und dem Sozialistengesetz wurden fast ausschließlich Zitate aus der Londoner „Freiheit" und anderen anarchistischen Blättern als Argumente für die Notwendigkeit derartiger Maßnahmen gegen die „Sozialisten" geltend gemacht.

Jahren 1882 und 1883 der Sozialismus unter der englischen Arbeiterschaft Anhang gewann. Es bildete sich dortselbst die „Socialdemocratic Federation", an deren Gründung auch Andreas Scheu großen Anteil hatte. Auch in den englischen Gewerkschaften machten sich sozialistische Anschauungen geltend. So hatte die Londoner Sektion auf ihrem Jahrestage die Begründung einer „politischen Arbeiterassoziation" beschlossen, welche mit eigenen Kandidaten für das Unterhaus eine selbständige Arbeiterpolitik treiben sollte, da das bisherige Zusammengehen mit den Liberalen nur ganz unzureichende Ergebnisse hatte.

Sehr bewegt waren die Vorgänge in der französischen Arbeiterschaft. Anläßlich verschiedener Lohnkämpfe kam es zu blutigen Zusammenstößen mit der Gendarmerie und in einzelnen Orten zu förmlichen Straßenkämpfen. Die gemäßigte „Alliance socialiste" trat gegenüber radikalen Bestrebungen allmählich ganz in den Hintergrund; aber auch die neugegründete „Partie ouvrier socialiste révolutionnaire" konnte sich nur schwer gegenüber den immer stärker werdenden anarchistischen Agitationen behaupten. So spaltete sich die französische Partei in eine erkleckliche Anzahl von Gruppen, deren Programme höchst unklar waren. Den Kern der französischen Arbeiterpartei bildete damals die „Union fédérative", mit einem stark reformerischen Programm. Eine kleine, doch einigermaßen gut organisierte Gruppe stellte der „Cercle international" dar, welcher bald durch seine Rührigkeit eine gewisse Bedeutung erlangte. Diese Gruppe hatte es sich vornehmlich zur Aufgabe gemacht, enge internationale Beziehungen zwischen den Sozialisten der anderen Länder anzubahnen; so hatte diese Gruppe auch einen Delegierten zum deutschen Parteikongreß nach Kopenhagen entsendet.

Ähnlich desolat lagen die Parteiverhältnisse in Belgien.

Einen großen Aufschwung hatte die Partei in Italien zu verzeichnen, wenn auch gerade in jenen Tagen Nationalismus und Irredenta bei den Massen aufflammten. Aber auch hier trat bald eine Spaltung in den Reihen des Proletariats ein; die Anarchisten unter Führung Malatestas begannen einen systematischen Feldzug gegen die von Andrea Costa geführte sozialdemokratische Partei. Die Folge davon war, wie überall, wo das Proletariat uneins war, Niedergang des Sozialismus und seiner Organisationen.

Schwere Kämpfe hatte der Sozialismus in Spanien zu bestehen; auf der einen Seite wurde er von der Regierung auf das heftigste verfolgt, auf der anderen wurde er von den Anarchisten bekämpft, die bald entscheidenden verhängnisvollen Einfluß auf die Massen gewannen.

Im europäischen Norden, in den skandinavischen Ländern, wurde stille, aber erfolgreiche Arbeit für den Sozialismus geleistet; gerade in jenen Jahren wurden dort die ersten Fundamente für das spätere Wachstum der Partei gelegt.

In Rußland, wo nach Beseitigung des Zaren Alexander II. im März 1881 einige Hoffnung auf den neuen Herrscher gesetzt wurde, begann abermals, als die Hoffnungen sich als trügerisch erwiesen, das

revolutionäre „Exekutivkomitee" seine Arbeit zur Befreiung vom Absolutismus und Despotismus. Nach der Krönung des neuen Selbstherrschers Alexander III. erkannte man jedoch nur allzubald, daß keine der lang ersehnten Reformen verwirklicht werden sollte; in der allgemeinen Enttäuschung legte 1883 das „Exekutivkomitee" in einem Manifest dar, daß das Volk sich nun doch wohl davon überzeugt haben werde, daß von der Regierung auf friedlichem Wege nichts zu erreichen sei, und demnach nur die allgemeine Revolution übrigbleibe.

„In diesem Sinne wirken die im Lande umherreisenden Agitatoren und die teils vom Ausland eingeführten, teils in Rußland selbst in geheimen Druckereien hergestellten revolutionären Druckschriften. Der Erfolg ist nach den vorliegenden Nachrichten ein sehr großer; die Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen ergreift immer weitere Kreise und hat sich neuerdings auch der Landbevölkerung und der Armee bemächtigt." (Aus einem Bericht des Berliner Polizeipräsidiums.)

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika erlangte die sozialistische Bewegung eine bis dahin nie gekannte Ausdehnung; vor allem hatten die gewerkschaftlichen Organisationen an Umfang gewonnen. Aber auch der Sozialismus gewann immer mehr an Geltung und Bedeutung. Leider kam es auch hier in den Jahren 1882 und 1883 zu Spaltungen, ebenso wie in der alten Welt. Die gleichen Parteiungen drangen auch hier in die Organisationen ein und richteten dadurch großen Schaden an. Namentlich seit der Übersiedlung Most s nach Neuyork und der Verlegung seiner „Freiheit" dahin gewann die anarchistische Partei in Amerika an Anhang, ohne daß hiedurch jedoch das Los des vom Kapitalismus schwer bedrückten amerikanischen Proletariats eine Besserung erfahren hätte; im Gegenteil, das Unternehmertum wurde immer mächtiger, skrupelloser und aggressiver. Der Anarchismus war es, der jene private Unternehmerpolizei hervorrief, die Pinkertons, die bei den riesigen Lohnkämpfen und Demonstrationen die Proletarier der Neuen Welt in der Folge niederknüppelten.

Die Internationale der Polizei

Der so oft von den Herrschenden in allen Ländern ausgesprochene Gedanke, die international organisierte Sozialdemokratie, die unerbittliche „Feindin von Thron und Altar", die Zerstörerin der bürgerlichen Ordnung, die Partei der Revolution, auch international zu bekämpfen, wurde wieder einmal aus der Rüstkammer der alten Polizeigehirne gezogen. Den unmittelbaren Anlaß hiezu gab vor allem das (sechste) Attentat der Nihilisten auf den Zaren Alexander II. vom 14. März 1881. Hatten im Deutschen Reich die Anschläge wider das Leben Kaiser Wilhelms dem deutschen Volke das Sozialistengesetz beschert, so sollten fortan, so lag es im Sinne der Staatsmänner der mitteleuropäischen Reiche, die gekrönten Häupter nicht bloß durch Spezialgesetze, sondern auch durch ein gemeinsames Zusammenarbeiten der Polizei geschützt werden. Als das kostbarste Gut der Völker wurde eben in jenen Tagen und wohl noch lange später das Leben der Bewohner der Throne angesehen und gewertet. Durch eine internationale Organisation der Polizei in den verschiedenen Ländern glaubte man, sich der Sozialisten und Anarchisten entledigen zu können, zumal das Vorgehen der heiligen Hermandad in Deutschland den Reaktionären allerorten so verheißungsvoll erschien, um das Beispiel in den diversen Vaterländern nachahmenswert erscheinen zu lassen. Fürst Bismarck, der deutsche, und Baron Giers, der russische Kanzler, waren es vor allem, welche den Plan entwarfen, um eine Internationale der Polizei ins Leben zu rufen.

Schon nach der Niederwerfung der Pariser Kommune hatten, wie schon früher gezeigt wurde, die französische und die spanische Regierung die grandiose Idee, um alle Welt vor der „Seuche des Sozialismus" zu bewahren und zu retten, eine Allianz wider denselben zu schließen. Fürst Bismarck, der auch auf diesem Gebiete von aller Welt bewunderte Heros, wurde bald für diesen Gedanken gewonnen und, da jede Reaktion im Heiligen Deutschen Reich ihre Stätte fand wie im Eisernen Kanzler ihren werktätigen Förderer, so ging man gleich daran, den großen und für die Könige und ihre Lakaien gleich bestrickenden Gedanken auch in die Tat umzusetzen. Wir haben im zweiten Bande des vorliegenden Werkes den Kampf gegen die alte Internationale geschildert, wie er von Bismarck und Jules Favre inszeniert wurde, und wie auch die Österreichisch-Ungarische Monarchie in ihn miteinbezogen werden sollte. Die hierüber wiedergegebenen Aktenstücke haben dargetan, daß, wiewohl überall der beste Wille vorhanden war, diesen Kampf wider den Sozialismus gemeinsam zu führen, der Erfolg — ausblieb. In allen Ländern begann vielmehr der Sozialismus zu erstarken und immer neue Massen strebten und strömten ihm zu. Im Deutschen Reich, wo man die Sozialisten mit Blut und Eisen bekämpfte und sie von „Rechts wegen" heimatlos machte, nahm der sozialistische Geist einen hohen Flug und seine Anhänger fürchteten nicht Kerker und Verbannung ... Diesmal sollte noch einmal und, wie man annahm, der verbesserte Versuch ge-

macht werden, um dem internationalen Sozialismus an den Leib zu rücken. Vor allem hatte jetzt die Regierung des großen russischen Reiches die Führung bei diesem Kampfe übernommen und Bismarck leistete, wie immer, wenn es sich darum handelte, ein williger Helfer der Reaktion zu sein, den russischen Henkern treue Gefolgschaft. Aber auch in Österreich-Ungarn, das in den siebziger Jahren den Plänen des Eisernen Kanzlers einigermaßen widerstrebte, schien man diesmal mehr geneigt, dem Bunde der polizeilichen Internationale beizutreten; denn auch hierzulande sah man, daß der Sozialismus immer mächtiger wurde und um sich dieses ungestümen Gastes zu entledigen, scheute man nicht davor zurück, wovor die Minister des Äußern Beust und Andrassy einst ein gewisses Empfinden und Reinlichkeitsgefühl noch zurückgehalten hatte. Graf Taaffe und der damalige Minister des Äußern Baron Haymerle, ein beschränkter Bürokrat, griffen förmlich erfreut nach der Gelegenheit, dem deutschen und russischen Zarismus gefällig und dienstbereit zu sein. Man trieb es aber hier ganz unverblümt reaktionär; man ließ bei all den Plänen gegen den „Umsturz" das Parlament beiseite und traf alle internationalen Maßnahmen wider den Sozialismus ganz in der Stille und „G'ham". Nur hie und da sickerte von den reaktionären Anschlägen etwas in die Öffentlichkeit*), aber man leugnete stets wacker ab! Die Polizei, und natürlich die Wiener Polizei, war eines der Hauptzentren der „polizeilichen Internationale". Es hatte den wahrhaften Anschein, als ob abermals in der „Kaiserstadt an der blauen Donau" wieder ein vernewerter Metternich und Sedlnitzky erstehen sollten. Wien war in jenen Tagen der Hort aller Reaktionären, auch der russischen. Hatte doch hier mit Wissen und Willen

*) Die sonderbaren Künste der Wiener Polizei, sich Nachrichten aus der Arbeiterbewegung zu verschaffen, wurden in folgendem Artikel der „Zukunft" vom 23. Juni 1881 aufgedeckt:

„Habt acht! Die Tagesblätter brachten vor kurzem die Mitteilung, die russische Regierung beabsichtige in den größeren Städten Europas Polizeistationen zur Überwachung der internationalen Revolutionäre zu errichten und habe sich zu diesem Zwecke an die betreffenden Regierungen gewandt, um deren Zustimmung und Hilfe zur Ausführung ihres edlen Strebens zu erlangen. Diese Zustimmung sei aber angeblich verweigert worden. Sei dem wie ihm wolle, wir haben Anhaltspunkte genug, welche uns zu dem Schlusse berechtigen, daß in der angedeuteten Richtung eine sehr eifrige und energische Tätigkeit entfaltet wird. Es wurden unter anderem in letzter Zeit einigen Parteigenossen Anträge gemacht, Nachrichten und Mitteilungen über Parteiverhältnisse und Vorgänge innerhalb der Partei an gewissen, genau bezeichneten Orten zu hinterlegen und dafür sehr gute — wenn man die kümmerlichen Privatverhältnisse der meisten unserer Parteigenossen berücksichtigt, sogar glänzende — Bezahlung in Aussicht gestellt, ja in zwei uns bekannten Fällen sogar schon geleistet. Natürlich sagt der Polizeiagent, welcher beauftragt ist, Gimpel auf den Leim zu locken, nicht, daß er die verlangten und so gut honorierten Mitteilungen für die Polizei oder irgendeine Regierung braucht — gewöhnlich ist es ein großes journalistisches Unternehmen, welches sich so sehr für die Sozialdemokratie interessiert und welches von dem gelieferten Material nur im Interesse der guten Sache Gebrauch machen will. Wir raten daher allen unseren Parteigenossen, auf der Hut zu sein und sich nicht ins Garn locken zu lassen. Leute aber, die sich zu solchen Zwecken mißbrauchen lassen und — selbst im guten Glauben, der Sache damit zu nützen — die Partei verraten und verkaufen, werden wir ausfindig zu machen und aus unseren Reihen zu entfernen wissen. Habt acht!"

der hohen Regierung ein russischer Polizist mit einer „Spezialmission" offene Türen und alle mögliche Förderung gefunden!

Aber nicht bloß der russische Polizist fand hier eine freundliche Stätte, auch seine Helfershelfer waren willkommen; ebenso wurde bald eine Garde von „Gentlemens" installiert, welche von hier aus ihre Tätigkeit über alle Länder erstreckte. Fast 40 Jahre nach der Revolution von 1848 lebten in Wien noch die alten polizeilichen Traditionen fort! Es ist wahrlich zu verwundern, wie fest ein „Geist" an einem Orte zu haften vermag!

„Kaum war die Nachricht von der Ermordung des Zaren bekanntgeworden, hörte man auch schon die bekannten Stimmen nach Einschränkung des Asylrechtes, nach internationalen Vereinbarungen gegen die so oft totgesagte Internationale verlangen. Deutschland und Rußland gingen in diesem Konzert voraus, und wenn auch die bekanntgewordenen Vorschläge vielfach miteinander in Widerspruch stehen, so harmonieren sie doch auf das innigste in bezug auf ihre gemeinsame Tendenz, die herrschende Aufregung über die russischen Attentate zu einer neuen reaktionären Gewalttat auszunützen. Daß Fürst Bismarck dabei die Hauptrolle spielt, wird niemand verwundern, da es sich ja um Reaktion handelt. Von der russischen Regierung wird wohl auch niemand freisinnige Ansichten erwarten.

Überraschender war für viele aber die Bereitwilligkeit, mit der die französische Republik sich zu Schergendiensten für den russischen Absolutismus hergab und die Redakteure der Blätter verurteilen ließ, die keine Lobeshymnen auf den verstorbenen Zaren anstimmten ..."

„Es gibt kein sichereres Mittel, die internationale Revolution in der gewalttätigsten Form heraufzubeschwören, als internationale Vereinbarungen zur Unterdrückung des Sozialismus zu treffen. Mögen es sich die Reaktionäre aller Länder wohl überlegen, bevor sie zu neuen Gewaltmaßregeln schreiten — die revolutionäre Bewegung in Deutschland seit dem Sozialistengesetz möge ihnen eine Lehre sein, wohin solche Maßregeln führen.

Unsere Ideen werden auch unter der stärksten Verfolgung nicht untergehen — möge auch die Verleumdung noch so tätig sein, möge die liberale Presse auch noch so viel moralische Entrüstung heucheln über die angeblichen Schandtaten, deren sich die Sozialisten schuldig machen — unsere Ideen werden doch den Weg in die Herzen des Volkes finden, um dort unvergänglich und unzerstörbar fortzuleben zum Ärger unserer Gegner, zum Schrecken der Gewalthaber und zur Stärkung unserer Zuversicht auf den endlichen Sieg."

So schrieb am 14. April 1881, einen Monat nach dem Attentat von Petersburg, das den Zaren aller Reußen gefällt hatte, als die meisten Regierungen Europas nach Aufhebung des Asylrechtes und internationalen Vereinbarungen wider den Sozialismus schrien und die sogenannte liberale Presse allerorten ihnen wacker sekundierte, das Wiener Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs, „Die Zukunft".

Aber die Worte erreichten nicht ihre Leser oder nur zu geringem Teile, denn dafür hatte der damalige Staatsanwalt Graf Lamezan Sorge getragen!

Die Bemühungen der russischen Regierung, die europäischen Staaten zu internationalen Maßnahmen wider den „Umsturz" zu veranlassen,

fanden, anfangs wenigstens, überall Gehör; selbst Staatswesen von solcher Demokratie, wie die Schweiz und England, wurden in ihren Grundsätzen schwankend und verletzten sie, wenn es sich darum handelte, „Revolutionäre" aus dem Lager der Arbeiterschaft zu treffen.

Da bisher die geplanten Maßnahmen noch nicht in ihrem ganzen Umfang öffentlich bekannt wurden, sei dem Verfasser gestattet, nach den offiziellen amtlichen Aktenstücken die Mittel und Pläne der Reaktion darzustellen.

Die „erste Tat" war, daß unsere diplomatischen Vertreter im Ausland angewiesen worden waren, über die sozialrevolutionäre Bewegung alles nach Wien zu „melden".

Mit fieberhafter Tätigkeit warfen sich die hochadeligen Herren in London, Bern, Brüssel, Genf, Paris und Petersburg auf ihr neues Tätigkeitsgebiet. Daß sie bei der ungewohnten Arbeit natürlich wahllos alles nach Wien berichteten, was ihnen irgendein geriebener Agent gegen viel Geld übermittelte, ist klar. Es entbehrt aber sicherlich nicht des Interesses, auch heute noch einige der abenteuerlichsten Meldungen wiederzugeben, schon darum, um zu zeigen, wie leichtgläubig die vornehmen Herren unseres Auswärtigen Dienstes waren, wenn es galt, die „Umstürzler" zu bekämpfen. Freilich finden sich in dem Sammelsurium von „Meldungen" oft auch einige Körnchen Wahrheit, doch darauf kam es, wie es schien, weniger an, als auf die Masse des Materials.

So berichtete Ende März 1881 unser Berner Gesandter über die in der Schweiz sich aufhaltenden Nihilisten und Sozialisten sowie über die politischen Verhältnisse im allgemeinen:

„Die in der Schweiz befindlichen Nihilisten halten sich fast ausschließlich in Genf, Zürich und Bern auf. Sie rekrutieren sich aus Russen und Polen, die eine gewisse wissenschaftliche und technische Bildung besitzen und zumeist als Studenten den Vorlesungen an den Universitäten von Bern und Genf und an dem Polytechnikum in Zürich folgen. Die Juden liefern ein ziemliches Kontingent zu den Nihilisten. Auch das weibliche Geschlecht ist dabei verhältnismäßig stark vertreten und sollen sich die russischen Studentinnen durch ihre exaltierten Ideen und ihren Einfluß auf ihre Landsleute besonders gefährlich erweisen.

Die Zahl der Nihilisten in Genf hat sich in den letzten Monaten sehr verringert und dürfte 30 bis 40 Köpfe nicht übersteigen. Sie verkehren wenig mit den Schweizern, leben unter sich und vereinigen sich häufig im Café »Gaulois«. Diese Versammlungen werden in ostensibler, aber ziemlich unwirksamer Weise von der dortigen Polizei beaufsichtigt. Die bekannten Flüchtlinge Krapotkin und Jankowski stehen an der Spitze der Genfer Nihilisten und üben großen Einfluß aus. Jankowski gibt in Verbindung mit dem Franzosen Dumortheray den »Révolté« heraus, welcher gewissermaßen die vor einigen Jahren verbotene »Avantgarde« fortsetzt, aber viel vorsichtiger auftritt. Krapotkin war von der früheren Regierung aus dem Kanton verwiesen worden, aber seit Herr Karteret mit seinem Anhang wieder am Ruder ist, durfte er nach Genf zurückkehren. Auch von dem gegenwärtigen radikalen Chef des dortigen Polizeidepartements, Herrn Háridier, aus dem Kulturkampf her berüchtigt, läßt sich keine strenge Überwachung der revolutionären Elemente erwarten.

Es ist nicht richtig, wie einige Zeitungen meldeten, daß die russischen Nihilisten in Genf bereits am 13. März Kunde von dem Attentat gegen Kaiser Alexander erhalten und dessen Gelingen durch ein Fest gefeiert haben. Erst den Tag darauf soll ihnen die Nachricht aus Paris zugekommen sein.

Die Nihilisten in Genf werden übrigens von zahlreichen russischen Detektivs überwacht. Diese scheinen aber bisher wenig ausgerichtet zu haben. Wenn es wahr ist, daß die Nihilisten von jedem nach der Schweiz bestimmten russischen Polizisten, noch bevor derselbe hier eintrifft, aus St. Petersburg die Photographie zugesendet erhalten, so sind die negativen Erfolge dieser Agenten nicht schwer zu erklären.

Mit den deutschen Arbeitervereinen in und außer Genf scheinen die dortigen Nihilisten nicht in Verbindung zu stehen. Überhaupt will man bemerkt haben, daß die russischen und deutschen Revolutionäre in der Schweiz sehr wenig miteinander verkehren, was man dem nationalen Antagonismus zuschreibt.

Die deutschen Arbeitervereine zählen in Genf gegen 80 Mitglieder, wovon zwei Drittel zu der Klasse der sogenannten »Anarchisten« gehören. An ihrer Spitze steht ein Spengler namens Butter, aus Hessen gebürtig, aber in der Schweiz naturalisiert. Er zeichnet sich durch seinen revolutionären Eifer aus.

Ferner lebt in Genf Johann Philipp Becker, aus dem Revolutionsjahr 1848 als der »rote« Becker bekannt. Er war mit Liebknecht, der auch ab und zu in Genf erscheint, einer der Gründer der »Internationale«. Das Alter — er hat das siebzigste Jahr überschritten — hat seine Hitze nicht abgekühlt. Er gibt in Genf den »Précurseur« heraus, der die revolutionären Ideen vertritt, aber über keinen großen Leserkreis gebietet.

Der 18. März, der Tag der Kommune, ist in Genf von den dort befindlichen deutschen Sozialdemokraten in der herkömmlichen Weise gefeiert worden.

Unter den zahlreichen russischen Studenten beiderlei Geschlechts in Bern sollen sich auch einige Nihilisten befinden. Bern ist übrigens, als Sitz der Bundesregierung und des diplomatischen Korps, kein besonders geeigneter Ort für ihre Umtriebe. Sie haben, so sagt man, die Nachricht des gelungenen Attentats mit Frohlocken aufgenommen.

Eine lärmende Schar, unter der man russische Studenten bemerkte, zog in ziemlich demonstrativer Weise den Tag nach dem Attentat singend an der Wohnung des russischen Gesandten vorbei. Die russischen Studenten in Bern werden übrigens von der hiesigen Polizei überwacht, müssen sich durch regelmäßige Papiere ausweisen und scheinen bisher zu keinen Klagen Anlaß gegeben zu haben.

In Zürich ist die deutsche Sozialdemokratie ziemlich stark vertreten. Sie geben hier den »Sozialdemokrat« und die »Arbeiterstimme« heraus. Diese beiden Blätter preisen die Revolution als die einzige Rettung der Menschheit. Sie sind nominell von Schweizern redigiert, um den Gerichten das Einschreiten zu erschweren. Am 18. März erschienen sie zur Feier der Kommune auf rotem Papier und bejubelten in zynischer Weise den Mord des russischen Kaisers.

In Chaux-des-Fonds befinden sich einzelne fremde Sozialdemokraten, die sich ruhig verhalten.

In Lugano im Tessin tauchten vor einiger Zeit italienische Revolutionsmänner auf. Ihr Anführer, Malatesta, wurde an die

Grenze gebracht, worauf auch bald seine Helfershelfer spurlos verschwanden

Wie man ersieht, ist die Zahl der fremden Anarchisten in der Schweiz nicht besonders groß, und diejenigen, welche dieses Land als den eigentlichen Hort und Sammelplatz revolutionärer Existenzen darstellen, machen sich einiger Übertreibung schuldig. Die bezüglichen Klagen oder Anklagen dürften zum Teil auf die zahlreichen, in der Schweiz sich herumtreibenden fremden (zumeist deutschen und russischen) Polizeikonfidenten zurückzuführen sein, die, um sich wichtig zu machen, gar manches berichten mögen, was nicht ganz auf Wahrheit beruht. Zum weiteren Teil dürften diese Anschuldigungen von den in Paris, London und Brüssel befindlichen Hauptführern der internationalen Revolution herrühren, welche die Aufmerksamkeit der Regierungen von sich ab- und auf falsche Fährte hinzulenken suchen. Es liegen manche Anzeichen vor, die ein solches Manöver glaubwürdig erscheinen lassen. Trotz der radikalen Regierungen in einigen Kantonen hat das schweizerische Volk im großen und ganzen keine Sympathie für die Ideen des Umsturzes. Die Nachricht von dem traurigen Schicksal des Kaisers Alexander ist hier in allen Kreisen mit ungeheuchelter Teilnahme aufgenommen worden. Mit Ausnahme einiger kleiner Schandblätter hat die ganze schweizerische Presse das St. Petersburger Attentat streng verurteilt und gebrandmarkt.

Was nun den Bundesrat betrifft, so scheint er fest entschlossen, den fremden Anarchisten das Handwerk zu legen. Unmittelbar nach dem St. Petersburger Attentat hat er die genaueste Überwachung der verdächtigen Ausländer angeordnet. Nach Genf und Zürich, wo man sich auf die Wachsamkeit der dortigen Regierung nur wenig verlassen kann, wurden besonders gewählte Vertrauensmänner entsendet, um die Sachlage zu untersuchen. Bisher bieten die Berichte derselben noch keine sicheren Anhaltspunkte, um gegen einzelne kompromittierte Individuen einschreiten zu können.

Mit den beschränkten Befugnissen und bei der Indolenz und dem schlechten Willen mehrerer Kantonsregierungen ist es freilich für den Bundesrat, der keine eigenen Polizeiorgane besitzt, keine leichte Sache, die Umtriebe der in der Schweiz sich aufhaltenden Ausländer zu überwachen. So ist es ihm bisher nicht gelungen, irgendwelche sichere Aufschlüsse über die Verbindung der Nihilisten in Genf, Zürich und Bern mit den Revolutionären in Deutschland, Frankreich und England zu gewinnen. Nachdem das Briefgeheimnis gesetzlich gewährleistet ist, erübrigt sich nur, den telegraphischen Verkehr zu kontrollieren. Man tut dies schon seit einer Weile und hat unter anderem konstatiert, daß vor dem Attentat keine Telegramme aus der Schweiz nach St. Petersburg abgegangen sind, die als ein Signal zu dem Verbrechen angesehen werden könnten."

In einem anderen Bericht desselben Gesandten wird hervorgehoben, daß die Schweiz entschlossen ist, innerhalb der Schranken ihrer Institutionen gegen revolutionäre Anschläge fremder Flüchtlinge alle Maßregeln zu ergreifen; aber der Zumutung, ihre Gesetze zu ändern, um besser Polizei zu machen, werde sie stets widerstehen und das ganze Land werde der gleichen Anschauung sein.

Die letztere Bemerkung des Schweizer Gesandten deutet ganz unverkennbar darauf hin, wie sehr die Bundesregierung von den verschiedenen

reaktionären Regierungen Europas bedrängt worden war, ihre freiheitlichen Gesetze zugunsten der Reaktion umzustoßen. Die „europäischen" Regierungen scheinen auch vor Drohungen gegenüber der kleinen Schweiz nicht zurückgeschreckt zu sein und sie hatten durch dieses Mittel tatsächlich auch einige konkrete Maßnahmen von der Bundesregierung erreicht, die darauf hinausliefen, das Asylrecht einzuschränken und in gewissen Fällen, wo es sich um „Umstürzler" handelte, sogar ganz illusorisch zu machen. Die vorstehenden Berichte unseres Schweizer Gesandten zeigen aber auch zur Evidenz, welche Mittel von „Europa" angewendet wurden, um die flüchtigen „Umstürzler" zu bespitzeln, und daß von allen Regierungen ein förmliches Heer von Geheimagenten in das Gebiet der freien und souveränen Schweiz entsendet wurde, um die Pläne der „Sozialrevolutionäre" kennenzulernen. Mit einem bemerkenswerten Freimut gesteht der österreichische Diplomat ein, daß diese Herren Geheimen oft, wenn sie „Anschläge" nicht zu entdecken vermochten, solche ganz in eigener Regie kühn erfanden. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Deutschen Reichstag und die Abgeordneten Pernerstorfer und Kronawetter im österreichischen Reichsrat hatten wiederholt der Öffentlichkeit Mitteilungen gemacht, welche das ganze schandbare Treiben der politischen Polizei in allen Ländern und vornehmlich im Deutschen Reich und in Österreich enthüllten. Die Herrschenden mußten denn auch zumeist zugeben, daß sie eine Anzahl mehr oder minder anrüchiger Individuen in ihrem Dienste hatten, die sich ausschließlich der Aufgabe widmeten, die Sozialdemokratie und das „Treiben der Umstürzler" zu überwachen. Durch allerlei Mittel warb sich die Polizei charakterschwache Menschen oder habgierige Individuen zu Spionen, die sich geflissentlich in die Vereine der Arbeiterschaft eindrängten und dortselbst Spitzelei betrieben. Ja, die „staatserhaltenden" Behörden gingen noch viel weiter: sie machten sogar von jenen teuflischen Mitteln Gebrauch, die man als „Lockspitzelei" bezeichnet. Einer der Gentlemen wurde von der Polizei mit dem nötigen Material versehen, das für zu veranstaltende „Attentate" notwendig war. Der Betreffende sah sich nach Helfern um und wenn die Arbeiten dann so weit gediehen waren, daß man an die Ausführung hätte gehen sollen, wurde die ganze Gesellschaft der Behörde übergeben. Vor Gericht erschien hierauf der Gentleman als „Kronzeuge" und ging natürlich meist straffrei aus, wenn die Polizei es nicht vorzog, ihn entfliehen zu lassen, während die Verführten dem Kerker und seinen Qualen verfielen. Die politische Polizei in fast allen Staaten übte die gleichen Praktiken. Wenn einmal ein allzu krasser Fall an das Tageslicht kam, wurde in der Regel eine oder die andere kompromittierte Persönlichkeit in eine Versenkung geschickt; das System aber blieb!

Doch nun sei die gemeinsame Aktion geschildert, die gegen die „Sozialrevolutionäre" in Anwendung gebracht werden sollte und zum großen Teil auch von mehreren Staaten in Anwendung gebracht wurde.

Unmittelbar nach der Ermordung des Zaren Alexander II. richtete das Kabinett von St. Petersburg an die deutsche Regierung die förmliche Anfrage, ob diese eine Verständigung unter den Mächten dahin anbahnen wolle, daß kein Fall eines Mordes oder eines Mordversuches oder einer Mitschuld an diesem Verbrechen oder eine Vorbereitungshandlung hiezu

als politisches Delikt angesehen werde. Fürst Bismarck hatte von Anfang an die Absicht, dem Begehren der russischen Regierung Folge zu leisten und beantwortete die Anfrage auch zustimmend, behielt sich aber die Prüfung und Beratung darüber vor, ob zur Ausführung dieser Maßnahmen eine Vorlage an den Reichstag erforderlich wäre.

Gleichzeitig (April 1881) trat Bismarck auch an unsere Regierung heran, ob wir im Verein mit dem Deutschen Reich und Rußland geneigt sein würden, Auslieferungsverträge abzuschließen und „eine gegenseitige Überweisung verdächtiger Ausländer" vorzunehmen. Die österreichisch-ungarische Regierung stimmte im Prinzip zu, behielt sich aber gleichfalls vor, über die Einzelheiten noch zu verhandeln. Auf Grund dieser Mitteilungen wollte die russische Regierung eine Konferenz aller Mächte einberufen, auf der alle Maßnahmen wider die sozialrevolutionären Bestrebungen beraten werden sollten. Die russische Regierung hob hervor, daß die „letzten grauenvollen Ereignisse in St. Petersburg (gemeint ist die Ermordung des Zaren) Zeugnis gegeben hätten, daß ein Übel weitergehe, das eine gemeinsame Gefahr in sich birgt". Ohne ein bestimmtes Programm aufstellen zu wollen, wies Rußland auf eine Reihe von Punkten hin, die auf der internationalen Konferenz verhandelt werden sollten und hinsichtlich deren „seitens der Mächte schon so ziemlich eine einförmige Anschauung sich gebildet hat". (Was, wie sich später zeigte, nicht den Tatsachen entsprach.) Diese Punkte waren:

1. Die Verfolgung und Bestrafung des Meuchelmordes in dem Sinne, daß künftig kein Fall eines solchen Mordes oder Giftmordes, noch auch der Versuch, die Mitschuld (Teilnahme) oder die Vorbereitung eines derartigen Verbrechens als politisches Delikt angesehen werden solle.

2. Daß durch irgendwelche zu vereinbarende Maßnahmen ein Zusammenwirken der Polizeiverwaltungen zur Überwachung, Verfolgung oder Unterdrückung der Verbrechen solcher Art oder der darauf abzielenden Verbindungen geschaffen werden würde.

Unser damaliger Minister des Äußern Baron Haymerle teilte in einem Schreiben dem Ministerpräsidenten Grafen Taaffe mit, daß sich die deutsche Regierung den russischen Standpunkt zu eigen gemacht habe und daß diese geneigt wäre, sich wegen der beabsichtigten Polizeimaßregeln mit den beteiligten Regierungen zu verständigen. Haymerle fragte nun bei Taaffe an, welche Anschauungen die österreichische Regierung über die Sache hege. Als seine Anschauungen teilt er mit:

„Die Grundsätze, welche für uns bisher auf dem Gebiet der internationalen Strafrechtspflege und der Auslieferung maßgebend waren, scheinen mir den im allgemeinen gemachten Vorschlägen nicht entgegenzustehen. Wenn wir auch, wie in der neueren Zeit alle Staaten, die politischen Delikte und die damit zusammenhängenden Handlungen von der Auslieferungspflicht ausgeschlossen, so halten wir solche Handlungen darum nicht als an sich straflos und deren Verfolgung steht uns innerhalb des Rahmens unserer Gesetze offen; ebenso haben wir uns, um nicht einen Zustand zu schaffen, welcher ebenso dem Gerechtigkeitsgefühl als den obersten Prinzipien der staatlichen Ordnung widerstreiten würde, gemeinsam mit anderen Staaten zu dem Grundsatz bekannt, daß ein mörderischer Angriff auf die Person des Staatsoberhauptes oder die

Mitglieder seiner Familie aus der Reihe der Handlungen gestrichen sein solle, für welche ein politischer Charakter angerufen werden könnte.

Es möchte demnach nicht ausgeschlossen sein, das auf den Meuchelmord überhaupt auszudehnen, er möge an wem und aus welchen Motiven immer begangen werden, und denselben als eine unter allen Umständen gleich verabscheuungswürdige Handlung des Charakters eines politischen Deliktes zu entkleiden. Ebenso dürfte es nicht unzulässig sein, Maßnahmen auf dem Gebiete der Staatspolizei zu beraten wegen gegenseitiger Unterstützung zur Verhinderung oder Abwehr von Verbrechen, zu deren Ausführung man sich gewisser Angriffsmittel bedient, die nach dem internationalen Rechte selbst zwischen den Staaten im Zustand des Krieges verpönt sind und welche in ihren verheerenden Wirkungen nicht nur das ins Auge gefaßte Opfer, sondern nebstbei stets eine Anzahl unbeteiligter Personen treffen. Inwiefern aber in einzelnen Punkten unsere Gesetzgebung und die Auslegung, welche derselben gegeben wird, mit den russischen Vorschlägen übereinstimmt, oder ob dieselbe nur unter gewissen Einschränkungen eine Zustimmung unserseits gestatten würde, darüber möchte ich mir von Eurer Exzellenz eine geneigte Eröffnung unter Anführung der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen erbitten, damit ich daraus die nötigen Anhaltspunkte für die eventuellen weiteren Verhandlungen zu gewinnen in der Lage wäre."

Fürst Bismarck hatte durch den deutschen Botschafter in Wien die folgenden „Notizen" zu diesem Gegenstand mitteilen lassen, die als Kommentar zu den russischen Forderungen gelten können und denen sich auch die deutsche Regierung angeschlossen hatte:

„Meuchelmord, der im Krieg völkerrechtlich verpönt ist, kann noch weniger im Kampf politischer Meinungen und Parteien als eine entschuldbare Waffe betrachtet werden und wir betrachten es als eine Hauptaufgabe der Konferenz, dieses Verbrechen von der Auslieferung nicht auszuschließen, gleichwohl ob dasselbe gegen das Oberhaupt eines Staates, gegen einen leitenden Staatsmann, gegen einen Beamten oder gegen irgendeinen Bürger oder Untertan desselben gerichtet ist. Nur den Staatsoberhäuptern und den Staatsbeamten verstärkten Schutz gegen dieses Verbrechen zu gewähren, würde wie ein Privilegium erscheinen, während die Ausdehnung des Schutzes auf jeden dem Gerechtigkeitssinn und mehr noch dem demokratischen Anspruch auf Gleichheit zusagen würde. Auch wird es in Ländern mit leidenschaftlichem Parteileben den Parteihäuptern, welche auf die Ratifizierung der von der Konferenz getroffenen Abmachung Einfluß zu üben haben, nicht unerwünscht sein, gegen Meuchelmord von seiten ihrer politischen Gegner geschützter zu sein.

Bei der Formulierung der Anträge und Beschlüsse wird es sich empfehlen, die Terminologie des französischen Code pénal (Strafgesetzes), Art. 295—302, anzunehmen; die Beratungen werden in französischer Sprache zu führen, ihr Ergebnis in derselben zu fassen sein und in einer großen Zahl von Auslieferungsverträgen ist diese Terminologie befolgt. Der Herr Reichskanzler hat daher zur Erwägung der russischen Regierung gestellt, die Abmachung vorzuschlagen:

daß assasinat (Mord) und Empoissonnement (Giftmord) und die Versuche

und Vorbereitungen dazu unter keinen Umständen als politische Verbrechen zu betrachten sind.

Er hat außerdem den von der russischen Regierung beabsichtigten Vorschlägen von präventiven Polizeimaßregeln seine Unterstützung in Aussicht gestellt und seine Geneigtheit zu erkennen gegeben, sich je nachdem mit allen oder mit einigen der an der Konferenz teilnehmenden Mächte zu verständigen."

Wie man also sieht, hat Fürst Bismarck, dem bekanntlich das deutsche Sozialistengesetz nicht strenge genug gemacht werden konnte, auch den Wünschen des Zarismus ein offenes Herz entgegengebracht. Und wenn in der Folgezeit die geplante internationale Konferenz zum Schutze der gekrönten Häupter und ihrer Lakaien, vor allem zum außerordentlichen Schutze der Herrschaften, nicht zustande kam, da einigen Mächten schien, daß die bisherigen Gesetze diesen Menschenkindern ohnehin genügend Schutz gewähren, so lag dies keineswegs an den mangelnden Bemühungen des Kanzlers von Blut und Eisen und auch nicht an dem mangelnden Willen des österreichisch-ungarischen Ministers des Äußern, der selbstverständlich seinerseits auch alles tat, um den russischen Wünschen gefällig zu sein! Wann wäre im alten Deutschland oder im früheren Habsburgerreich jemals einem Wunsch oder Gebot der Reaktion nicht entsprochen worden?

Konnten diese allmächtigen Polizeigewaltigen auch nicht allen Forderungen, die von Petersburg aus gestellt wurden, entsprechen, und hätten vielleicht die Parlamente dieser beiden Staaten in einem Augenblick ihrer Verantwortung und ihres Schamgefühls sich gegen die zaristischen Forderungen verschlossen, so waren Bismarck und sein österreichisch-ungarischer Kollege entschlossen, auch ohne gesetzgebende Körperschaft sich dem Willen des Zarismus stumm zu unterwerfen, wie dies ja in diesem Falle und auch noch in anderen Fällen geschah.

Doch gehen wir in der Darstellung der Angelegenheit weiter.

Einige Tage später, am 28. Mai 1881, richtete Freiherr v. Haymerle neuerdings ein vertrauliches Schreiben an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe, worin er mitteilte, Fürst Bismarck trete abermals an unsere Regierung mit der Frage heran, „ob die österreichisch-ungarische Regierung geneigt sein würde, mit Deutschland und Rußland Zusicherungen über den Abschluß von Auslieferungsverträgen und Ausübung einer gegenseitigen Überwachung verdächtiger Ausländer auszutauschen. Das letztere liegt in dem Bereich der den Regierenden zustehenden Exekutivgewalt (Anmerkung des Verfassers: Also ohne daß die Befragung des Parlaments nötig wäre, nach Ansicht der einstigen hohen Bürokratie!) und kann kaum etwas anderes als ein engeres Ineinandergreifen der ohnedies bestehenden staatspolizeilichen Maßnahmen zum Gegenstand haben".

„Es ist zweifellos, daß die erwähnten Zusicherungen in dem Sinne gedacht werden, welcher in der russischen Anfrage an die deutsche Regierung wiedergegeben ist."

„Wenn die k. k. und die kgl. ung. Regierung sich in der Lage sehen sollten, ganz oder teilweise auf den Inhalt des russischen Vorschlages einzu-

gehen, so ließ sich in bezug Deutschlands an unseren bereits seit längerer Zeit in Berlin der Erwiderung entgegensehenden Entwurf eines Auslieferungsvertrages anknüpfen, während die Sache durch eine Additionalkonvention oder Nachtragserklärungen zu dem bestehenden Extraditionsvertrag geordnet werden könnte."

(In gemeinverständliches Deutsch übersetzt hieß das, es möge der russische Vorschlag unter derartigen Forderungen angenommen werden, daß man der parlamentarischen Zustimmung gar nicht bedürfe, sondern einfach durch Abänderung der Auslieferungsverträge das erfülle, was der Zarismus von Österreich-Ungarn verlange!)

Freiherr v. Haymerle ging aber noch weiter. Um die ganze Angelegenheit nicht erst einer internationalen Konferenz unterbreiten zu müssen, gegen welche Veranstaltung mehrerer Mächte sich ausgesprochen hatten, meinte er:

„Eine derartige Einzelverständigung von Staat zu Staat — an Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen internationalen Beratungen — schiene mir auf die einfachste und am wenigsten hervortretende Form, um der in Fluß geratenen Frage eine entsprechende Lösung zu bereiten."

Am 7. Juni 1881 beschäftigte sich bereits der österreichische Ministerrat mit der „Frage der internationalen Vorkehrungen gegen die sozialrevolutionären Umtriebe, speziell der Frage einer internationalen Vereinbarung dahin, daß das Verbrechen des Mordes in keinem Falle als ein politisches Delikt angesehen werde".

Der damalige Minister Dr. Prazak als Leiter des Justizministeriums „referierte in Angelegenheit der von Rußland angeregten Vorkehrungen zur tunlichst wirksamen Hintanhaltung und Unterdrückung der sozialrevolutionären Umtriebe". Er skizzierte die vorerwähnten Forderungen und Vorschläge und erörterte eingehend die rechtliche Seite der Angelegenheit und gelangte zu dem Schluß, daß den russischen Forderungen im wesentlichen zu willfahren sei.

„Auch von österreichischer Seite wird es möglich sein," so heißt es in der bezüglichen Antwortnote des Justizministers an unseren Minister des Äußern, „in die Auslieferungsverträge die gewünschte Bestimmung, etwa in der von Deutschland vertraulich angedeuteten Formulierung, mit der einzigen Abänderung aufzunehmen, daß die »Vorbereitungen« zum assassinat (Morde) und empoissonnement (Giftmord) daraus auszuscheiden waren."

Schließlich sagte der Justizminister:

„Ich habe schon selbst, von dem jetzt aufgegebenen Projekt einer vorläufigen Konferenz absehend, auf den Abschluß besonderer Übereinkommen Bedacht genommen, und die jetzt auch von der deutschen Regierung angedeuteten Bedenken hinsichtlich der Vorbereitungsverhandlungen sind nur geeignet, meine Ansicht zu bekräftigen, daß das Auslieferungsübereinkommen auf solche, insofern sie nicht ohnehin schon unter den Begriff des strafbaren Versuches fallen, nicht Anwendung finden könne."

Graf Taaffe hatte in dem erwähnten Ministerrat ganz offen erklärt, „daß er hinsichtlich des angeregten zweiten Übereinkommenspunktes, der Ausübung einer gegenseitigen Überwachung

verdächtiger Ausländer, bereits entsprechende Einleitungen insofern getroffen habe, als er die Statthalter in Wien, Lemberg, Prag und Triest zur Berichterstattung und Stellung bezüglicher Anträge aufgefordert habe".

Der russische Zarismus hatte also in Deutschland und Österreich-Ungarn alles durchgesetzt, was seine Polizisten von diesen Staaten gefordert hatten. Ja noch mehr. Österreich duldete es sogar, daß auf seinem Boden russische Polizisten sich niederließen, um die „internationalen Sozialrevolutionäre" zu überwachen und im gegebenen Falle wider sie amtszuhandeln. Österreich-Ungarn hatte dergestalt, um den Gewalthabern an der Newa gefällig zu sein, diese Konzession gemacht!

Man lese einmal zum Beweis hiefür das folgende Dokument von Österreichs Schande:

(Brief des Ministers des Äußern Freiherrn v. Haymerle an den österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Taaffe.)

„Hochwohlgeborner Graf!

Als ich zuletzt die Ehre hatte, Euer Exzellenz bei mir zu sehen, vergaß ich im Laufe des Gespräches, Hochdemselben das Ergebnis einer Unterredung mitzuteilen, die ich tags vorher mit Herrn v. Aubril*) über die von der russischen Regierung gewünschte gegenseitige Unterstützung der Polizeiorgane hatte.

Anläßlich der Andeutungen, die mir Herr v. Aubril über die Euer Exzellenz bereits bekannten einzelnen Desiderate der russischen Regierung in der gedachten Richtung machte, nahm ich die Gelegenheit wahr, demselben zu eröffnen, daß Euer Exzellenz geneigt wären, den direkten Verkehr zwischen einigen österreichischen und russischen Behörden zu organisieren und diesfalls auch bereits diejenigen unserer Behörden, welche hiefür geeignet wären, ins Auge gefaßt hätten, daß demnach von russischer Seite zunächst Euer Exzellenz jene Organe bezeichnet zu werden hätten, welche für den direkten Verkehr bestimmt werden würden, wobei selbstverständlich unserseits vorausgesetzt wird, daß die Wahl nur auf höhere Behörden und auf ganz vertrauenswürdige Tituläre fallen würde, damit nicht besonders wichtige Mitteilungen durch den Kanal untergeordneter Ämter gingen, denen etwa nicht ganz verläßliche Personen vorstünden.

In betreff der gegenseitigen Verwendung fremder Polizeiorgane machte ich Herrn v. Aubril bemerklich, daß hievon bei uns wohl nicht die Rede sein könnte und daß auch die Expositur eines russischen Polizeiorganes an unseren Grenzen höchstens in Podwoloczyska für zulässig erachtet werden möchte. Dagegen gab ich zu, daß nichts zu erinnern wäre, wenn in Wien seitens Rußlands, ebenso von anderen Mächten, ein Generalkonsulat eröffnet werden wollte, während wir die Errichtung russischer Konsularämter an anderen Orten, wo solche noch nicht bestehen, derzeit noch nicht eingehen möchten.

Indem ich mich beeile, dies Euer Exzellenz für den Fall, als der kaiserlich russische Botschafter sich darauf bezüglich mit Hochdemselben in weitere Verbindung setzen würde, ganz ergebenst zur Kenntnis zu

*) Der damalige russische Botschafter in Wien.

bringen, benütze ich mit Vergnügen auch diesen Anlaß, um Euer Exzellenz die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung zu erneuern.

Wien, am 1. September 1881. Haymerle."

Wie sehr die russische Regierung sich beeilte, sich in Wien polizeilich festzusetzen, geht aus einem vom 8. August 1881 datierten Schreiben des russischen Botschafters in Wien an den Wiener Polizeipräsidenten Marx gerichteten Schreiben hervor, worin der russische Botschafter den Gentleman der Wiener Polizei empfiehlt. Das Schreiben lautete:

„Herr Präsident!

Mr. Serge Tatistscheff, Attaché für besondere Verwendung beim kaiserlichen Minister des Innern, ist nach Wien gesandt, um hier mit der kaiserlich-königlichen Polizeidirektion in Verbindung zu treten. Ich möchte Sie bitten, ihn gut aufzunehmen und ihm seine Mission in möglichster Weise zu erleichtern.

Empfangen Sie usw."

Dem Briefe lag eine Visitenkarte

Mr. de Tatistscheff

Gentilhomme de la Chambre de S. M. l'Empereur de Russie"

(„Kammerherr Seiner Majestät des Kaisers von Rußland") bei.

Damit ist unwiderleglich bewiesen, was lange und wiederholt die österreichische Regierung in Abrede stellte, daß sie der russischen Regierung Schergendienste leiste! Auch in Berlin wurde es in gleicher Weise gehalten. Die Reaktionäre aller Länder hatten sich tatsächlich vereinigt, um den „sozialrevolutionären Umtrieben" zu begegnen. Wie wenig auch diese Art der Bekämpfung des Sozialismus von Erfolg war, zeigten die späteren Ereignisse.

Die ganze Rüstkammer der Mittel, welche die österreichische Polizei zur Bekämpfung der Internationale in jenen Tagen der Regierung empfahl, tut sich aber in den Gutachten auf, welche, wie schon erwähnt, Ministerpräsident Graf Taaffe, der auch Leiter des Ministeriums des Innern war, von einigen Statthaltern einholte. Die Lehrmeinungen dieser Weisen aus den Ländern haben nicht nur geschichtlichen Wert, sondern sie bekunden auch klar, wie man dazumal in unserem Vaterland zu regieren beliebte.

Das Gutachten der Wiener Polizeidirektion, die man sozusagen als Spezialistin in sozialrevolutionären Angelegenheiten in den Kreisen der Regierung ansah, erklärt:

„Es sei eine allgemein bekannte und anerkannte Tatsache, daß die sozialrevolutionäre Bewegung, wenn sie auch bereits nahezu schon in alle Teile der Monarchie Eingang gefunden hat, doch glücklicherweise im Kaiserstaat bisher nicht in so intensiver und gefährlicher Art wie anderwärts aufgetreten ist. Zur Abwehr und Unterdrückung reichen die gesetzlichen Mittel vollkommen aus.

Nichtsdestoweniger unterliegt es auch bei den hierlands bestehenden Verhältnissen keinem Zweifel, daß die von auswärts erfolgte Anregung, Maßnahmen auf dem Gebiete der Staatspolizei wegen gegenseitiger internationaler Unterstützung gegen revolutionäre Umtriebe zu beraten,

volle Beachtung verdient, weil sie eben einem wirklichen Bedürfnis entspricht."

Die Wiener Polizeidirektion ist der Anschauung, daß eine gemeinsame internationale Zusammenarbeit zur Unterdrückung der für Staat und Gesellschaft gefährlichen Bestrebungen sehr ersprießlich sei und daß die Kreierung eines internationalen Zentralbüros diesem Zwecke dienen könne, zumal die einschlägigen Erfahrungen die Richtigkeit dieser Anschauung bestätigt haben.

„Wenn die Regierungen der einzelnen von dem Übel betroffenen Staaten gegenseitig periodische Berichte über den Stand der Bewegung sowie über besondere gemachte Wahrnehmungen austauschen und deren Inhalt den ihnen unterstehenden heimischen Sicherheitsbehörden bekanntgeben; wenn über die erlangte Kenntnis von einer besonderen, gegen einen bestimmten Staat oder eine bestimmte Persönlichkeit geplanten Aktion an den in Frage kommenden Ort stets sogleich und tunlichst unmittelbar Nachricht gegeben wird; wenn notorische Agitatoren, insoweit dies gesetzlich zulässig ist, Reisebewilligungen verweigert, oder wenn solche erteilt wird, über den Tag der Abreise sowie über Reiseziel an die interessierten Behörden Mitteilungen gemacht werden; wenn allseitig eine strenge Fremdenbehandlung gehandhabt, die Photographierung aus politischen Gründen behördlich beanständeter Individuen veranlaßt wird und die gegenseitige Zusendung von Photographien derselben zwischen jenen Staaten erfolgt, welche einem gemeinsamen Vorgehen zustimmen; wenn weiter gegenseitige Verständigung über das Erscheinen revolutionärer Preßerzeugnisse, welche nicht nur lokales Interesse haben, sondern die Staatsordnung und den Bestand der Gesellschaft im allgemeinen bedrohen, beobachtet wird; wenn endlich strengste Überwachung der mit Erzeugung, Verkauf oder Transport von Sprengstoffen jeder Art sich befassenden Geschäftsunternehmungen stattfindet; so dürfte aus dem dadurch notwendigerweise im Lager der Umsturzpartei erzeugten Gefühle der Unsicherheit der angestrebte Zweck, soweit dies überhaupt möglich, jedenfalls ohne die Notwendigkeit weiterer internationaler gesetzlicher Verfügungen erreicht werden.

Es könnte höchstens noch die Frage in Betracht kommen wegen gegenseitiger Auslieferung von Personen, welche sich im Auslande unter Prätexte politischer Motive gemeiner Verbrechen schuldig gemacht haben.

Da nun die Wissenschaft selbst in neuerer Zeit gemeine Verbrechen diese ihrer Eigenschaft nicht entbindet, wenn ihnen auch politische Motive unterlegt werden oder politische Leidenschaft als Triebfeder vindiziert wird, so wäre es allerdings angezeigt, daß die über ein gemeinsames Vorgehen gegen politische Umstürzler sich einigenden Staaten gegenseitige Auslieferungsverträge abschließen, in denen Mord, Mordversuch, Aufforderung zum Mord, Brandlegung, Raub und Erpressung, in was immer für einer Absicht begangen, als gemeine Verbrechen deklariert werden."

In dem Gutachten wird schließlich hervorgehoben:

„Wenn die zu einem gemeinsamen Vorgehen entschlossenen Regierungen ihren Einfluß bei jenen Staaten geltend machen würden, von denen aus Konspiratoren bisher ihre jede staatliche und gesellschaftliche Existenz unter Anpreisung oder Anwendung verbrecherischer Mittel jeder Art bedrohende Agitation ungehindert betrieben, so dürfte wohl

alles getan sein, was sich nach hierortiger Auffassung im allgemeinen öffentlichen Interesse in der in Betracht kommenden Richtung als möglich und zweckmäßig herausstellt."

In einem Nachtrag zu dem Gutachten bemerkt die Wiener Polizeidirektion noch:

„Die Tätigkeit der sozialdemokratisch-nihilistischen Umsturzpartei, welche die höchste Gefahr für alle Staaten involviert, ist international, daher ist es nur folgerichtig, daß auch die Regierungen die schon dringend gewordenen Gegenmaßregeln international und möglichst solidarisch in Anwendung bringen."

Der Polizeidirektor von Triest erstattete ein Gutachten, das neben „geschichtlichen" Daten über den Sozialismus und Nihilismus förmlich durchtränkt war von reaktionären Gedanken und Vorschlägen. Es wird darin unter anderem gesagt:

„Der drohenden Gefahr gegenüber auf Abwehr zu denken ist gemeinschaftliche Aufgabe der Regierungen ... Das eine Gute hat wenigstens die barbarische Handlungsweise der Nihilisten bewirkt, daß die öffentliche Meinung diesem Treiben gegenüber, aus ihrem humanitären, falsch liberalen Gleichmut aufgerüttelt, an die Verteidigung der Gesellschaft zu denken beginnt."

Es werden dann Verschärfungen der Paß- und Meldevorschriften vorgeschlagen, ebenso wie Überwachung Verdächtiger, Vorschriften über Erzeugung, Verkauf und Transport von Sprengmitteln. Seiner Weisheit letzter Schluß gipfelt in folgenden Sätzen:

„Ein gut organisiertes, wohl geleitetes Agenten- und Detektivkorps ist das einzige Mittel zur möglichsten Verhinderung und Abwehr aller, auch der in Rede stehenden besonders gefährlichen Verbrechen. Im Minenkrieg gegen die sozialen und politischen Einrichtungen der Gesellschaft sind nur Individuen mit Erfolg verwendbar, welche für diesen Krieg geschult, mit der Kampfweise des Gegners wohlvertraut, ebenso furchtlos in der Abwehr, wie die Feinde im Angriff sind. Dies wäre die einzige Maßnahme, welche Aussicht auf Erfolg bietet. Kommt dann eine aufrichtige loyale Vereinigung der verschiedenen Regierungen zur Bekämpfung des allgemeinen Feindes zustande, unterstützen sich die Leiter der Polizei der verschiedenen Staaten mit Austausch ihrer Wahrnehmungen in Überwachung besonders gefährlich bekannter und noch zu erforschender Individuen, so wird auch mit Aussicht auf Erfolg einer Gefahr begegnet werden, welche ich für sehr groß halte.

Bluntschli hat den Ausspruch getan: »Für internationale Krankheiten können nur internationale Heilmittel helfen«. Ich erlaube mir hinzuzufügen, es gibt keine Panazee gegen diese Krankheit, auch die Kordone würden nichts helfen, die Krankheit liegt in der Luft — nur gute geschickte Ärzte, welche das Übel kennen, können seine Ausbreitung je nach Umständen einschränken, vielleicht selbst hindern."

Der Statthalter von Galizien, ein Graf Potocki, bemerkte in seinem Gutachten, „daß bereits jetzt schon die polizeilichen Grenzbehörden hinsichtlich der Überwachung sozialrevolutionärer Umtriebe mit großer Bereitwilligkeit einander unterstützen; es gilt dies namentlich von den preußischen und russischen". Seiner Ansicht nach müßten die im Ausland „betretenen Anhänger der Sozialrevolutionäre

in das Land ihrer Heimatszuständigkeit, gegen dessen Gesetze sie verbrochen und gesündigt haben, abgestellt werden. Dieser Vorgang müßte aber von allen Staaten eingehalten werden". Er plädiert schließlich für die Erlassung eines strengen Sprengmittelgesetzes.

Geradezu vorbildlich reaktionär sind die Anschauungen, die der Prager Polizeigewaltige in seinem Gutachten äußert und die es verdienen, der Nachwelt übermittelt zu werden. Schon darum, weil der Mann seiner Energie und Tüchtigkeit wegen einige Jahre später nach Wien auf den Posten eines Polizeipräsidenten berufen wurde. Es ist dies Herr Stejskal, dessen unrühmliches Angedenken bei der Wiener Arbeiterschaft noch lange fortlebte: ein Polizeibürokrat der ältesten Schule, der von den Traditionen des seligen Sedlnitzky erfüllt war und dessen „rechte Hand" Polizeirat Bernhard Frankl wurde!

Dieser Herr erklärte in seinem „Gutachten" unter anderem:

„Ich glaube darauf hinweisen zu können, daß die hiesigen (Prager) Sozialdemokraten, deren Zahl noch immer mehr zunimmt und wenngleich sie bemüht sind, sich in ein geheimnisvolles Dunkel zu hüllen — ihre sozialistische Nahrung auf geheimen Wegen und zumeist Umwegen aus London (durch das Mostsche Organ »Freiheit«) und Zürich (durch das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie »Der Sozialdemokrat«), dann durch Korrespondenzen mit Wien, Budapest, Graz, Reichenberg, Brünn erhalten. Den hierseitigen Wahrnehmungen ist es auch nicht entgangen, daß die Sozialdemokratie auch am flachen Lande um sich greift, daß hauptsächlich unter den Bergwerksarbeitern der Sozialismus kultiviert wird, daß die Ereignisse in Rußland auf Österreich und auf Böhmen zunächst in panslawistischer Richtung einwirken und daß die von Berlin ausgegangenen Versuche von Judenhetzen auf das sozialistische Gebiet zurückzuführen sind.

Es ist aber leider auch die Erfahrung gemacht worden, daß man bei den liberalen Ansichten, die bei den meisten Regierungen obwalten und insbesondere bei den Gerichten zur Geltung kommen, trotz des massenhaft vorliegenden Materials in den seltensten Fällen zweckentsprechende Erfolge erzielt und daß in erster Reihe die Tätigkeit der Sicherheitsorgane gelähmt erscheint, nachdem dieselben sich bei vieler Mühe und beim eifrigsten Streben so manchen zu treffenden Maßnahmen gegenüber den in der Regel sehr schlau und vorsichtig zu Werke gehenden Sozialdemokraten zurechtgelegt zu haben vermeinen.

Es wird füglich von keiner Seite sich ein Widerspruch begründen lassen, daß die sozialistisch-revolutionären Erscheinungen der neuesten Ära die hohe Regierung verpflichten und berechtigen, im Verein mit den übrigen Staaten zur Abwehr außerordentliche Vorkehrungen zu treffen, welche ihren polizeilichen Exekutivorganen die Überwachung, Verhinderung und Verfolgung der allgemeinen sozialistischen Bewegung ermöglichen und erleichtern."

Der damals nur in Prag polizeigewaltige Herr schlug dann vor, die Regierung möge einfach die Gesetze über die persönliche Freiheit, Unverletzlichkeit des Hausrechtes, Briefgeheimnis ꝛc. aufheben, um den gewünschten Erfolg, das heißt die Vernichtung der Sozialdemokratie zu erzielen. Daß bei den von ihm vorgeschlagenen „Präventivmaßnahmen" sich auch Unterdrückung der

Preßfreiheit und des Vereins- und Versammlungsrechtes befand, ist bei der ganzen Veranlagung des Mannes durchaus nicht verwunderlich. Er hat nur ausgesprochen, was einige Zeit später vom Ministerpräsidenten Grafen Taaffe wirklich ins Werk gesetzt worden war: die Verhängung des Ausnahmezustandes über einen Teil Österreichs.

Aber der gute Mann ging noch weiter in seinen staatsretterischen Plänen. Er meinte allen Ernstes:

„Über diese Maßnahmen hinaus und um für die Zukunft dem Übel radikal zu steuern, dürfte lediglich der Legislative gelingen.

Hiefür ist nach meiner unvorgreiflichen, subjektiven Ansicht unerläßlich:

1. Eine Änderung des Volksschulgesetzes in einer Weise, welche in ihrer Wirkung geeignet ist, der gegenwärtig fast in allen gesellschaftlichen Schichten an den Tag tretenden wahrlich schauderhaften moralischen Verwilderung der heranwachsenden Generation ein Ziel zu setzen.

2. Die progressive Lösung der Arbeiterfrage auf gesetzlichem Wege sowie auch die Revision und die strikte Durchführung der Gesetze über die Armenversorgung;

endlich

3. die sorgfältige Ausschließung sozialistischer und ultrademokratischer Elemente aus der Armee und von der gegenwärtig schrankenlos geübten Beförderung zu Offizierschargen in der Reserve.

Solange eben die Gesetzgebung in diesen Richtungen nicht ausgiebige Hilfe schafft, bleibt alles Mühen der Exekutivorgane ohne nachhaltigen Erfolg. Der endliche Eintritt der über Europa schwebenden Krisis wird hiedurch vielleicht aufgeschoben, doch aber nicht abgewendet."

Nach dieser Probe wird man es erklärlich finden, daß Graf Taaffe und seine Helfer in der Regierung in Stejskal einen neuen Heiland erblickten, der die Sendung erfüllen sollte, nicht bloß die österreichisch-ungarische Monarchie, sondern zumindest Europa vor der sozialistischen Gefahr zu erretten ...

So sehen wir, wie im Frühjahr 1881 die Staaten Europas sich bemühten, durch internationale Vereinbarungen „die heiligsten Güter der Menschheit" vor der sozialen Revolution zu bewahren, das heißt, den heiligen Kapitalismus und die mit ihm verbündeten Mächte, Thron und Altar, in ihrem Besitz zu erhalten. Die internationale Reaktion ralliierte sich, um angeblich die drohenden Gefahren abzuwehren; in Wirklichkeit waren es, wie schon erwähnt, die stets reaktionären Gewalten in Österreich, Deutschland und Rußland, die in dieser Aktion sich an die Spitze Europas stellten und andere Staaten in ihr Schlepptau nahmen. Auch diesmal glückte das Spiel nicht ganz und nicht vollkommen, denn die demokratischen Regierungen von England und der Schweiz und die Vereinigten Staaten konnten sich damals noch nicht entschließen, sich der Reaktion in die Arme zu werfen, wiewohl ihnen gedroht wurde! Erst später, als auch in diesen Staatswesen der Kapitalismus sich in seinen Grundfesten erschüttert glaubte, trat auch in diesen Ländern der Büttel in Tätigkeit wider den Sozialismus, wenn auch noch immer nicht mit jener Brutalität, wie in den traditionell und historisch reaktionären Staaten.

In dem Zeitpunkt, da die internationale Reaktion mit Hilfe einer international organisierten Polizei alle Anstrengungen machte, den Sozialismus in allen Landen zu vernichten, war das internationale Proletariat zu seinem eigenen Schaden völlig desorganisiert; in seinen Reihen herrschte Zerfahrenheit, Kampf und Hader. Statt seine Waffen wider den gemeinsamen Feind, die kapitalistische Gesellschaftsordnung, zu kehren, befehdeten sich proletarische Parteien allerorten widereinander. Nicht nur in Österreich, sondern überall, wo der sozialistische Gedanke rege geworden war, stand der Bruder wider den Bruder! Überall gellte der Kampfesruf gegen den Genossen! Nur so war es möglich geworden, daß der Kampfesruf, dem die reaktionären Staaten gegen den Sozialismus folgten, in den gesetzgebenden Körperschaften williges Gehör fand und daß in die Reihen der Bourgeoisie, die sich schon am Ende ihrer Herrschaft gewähnt hatte, wieder Kraftbewußtsein und Mut einzog. Daß unter solchen Verhältnissen auch die materielle Lage des Proletariats eine immer prekärere werden mußte, daß das Klassenbewußtsein allmählich erstarb, daß das Gefühl der internationalen wie der Parteizusammengehörigkeit immer schwächer wurde, ist erklärlich. Fast in allen Ländern verfielen die Organisationen und der politische und wirtschaftliche Einfluß der Arbeiterschaft ließ in demselben Maße nach, so daß aus dem einst so viel gefürchteten organisierten Proletariat eine ganz vernachlässigte Macht wurde. Die Fesseln, welche der Kampf gelockert hatte, wurden wieder drückender und die geistige und physische Knechtschaft, aus der die arbeitenden Menschen befreit werden sollten, wurde allerorten von neuem fühlbar. Der alte Fluch, daß die Arbeit wieder in das alte Joch zurückkehren müsse, begann neuerdings wirksam zu werden.

Das furchtbare Ringen mußte seinen Fortgang nehmen und erst als sich wieder neue Zeichen zeigten, daß in allen Landen wieder die proletarische Solidarität erwache, besserte sich die geistige und materielle Lage des Proletariats.

1884 wurde der Versuch erneuert, mit Rußland einen Vertrag abzuschließen, der dem Zarismus die „politischen Verbrecher" aus Deutschland und Österreich-Ungarn ans Messer liefern sollte. Österreich näherte sich damals schon in bezug auf die Behandlung der Sozialdemokraten immer mehr der im Deutschen Reiche des Fürsten Bismarck geübten Praxis; hatte früher eine gewisse Abneigung in den „hohen" und „allerhöchsten" Kreisen in Österreich bestanden, dem „eisernen" Kanzler auch in inneren Fragen Gefolgschaft zu leisten, so gewann es nunmehr den Anschein, als ob die Regierung des Grafen Taaffe sich jederzeit bei Bismarck Rats erhole und seinen Winken gehorche. Gerade da im österreichischen Staate die Reaktion ihre Herrschaft auf allen Gebieten antrat und übte, suchte sie auch innige Beziehungen zu Deutschland und Rußland, aber nicht etwa in außerpolitischer Natur, sondern in der Richtung einer gemeinsamen Bekämpfung des Sozialismus. Fürst Bismarck, der schon wiederholt die Anregung gemacht hatte, ein Bündnis der europäischen Mächte gegen die „subversiven" Elemente zu erzielen — es wurde dies schon mehrfach dargelegt — trat nun neuerdings an Österreich-Ungarn mit einem der-

artigen Projekt heran. Daß dieser Plan auch jetzt wieder scheiterte, lag nicht an Österreich, sondern an — Ungarn. Die andere Reichshälfte war damals „liberal" regiert; der alte Tisza (Koloman Tisza) hielt noch einiges auf „Traditionen" und lehnte das Anerbieten ab, mit Rußland Verträge auf Auslieferung „politischer Verbrecher" abzuschließen ...

In die Öffentlichkeit drangen keinerlei Nachrichten über die geplante Aktion, die in erster Linie dem Zarismus dienen sollte. Die beabsichtigte Allianz der Reaktion zwischen Deutschland, Rußland und Österreich-Ungarn kam nicht zustande. Was allerdings nicht hinderte, daß Österreich, ohne durch einen bestimmten Auslieferungsvertrag gebunden zu sein, „aus reiner Gefälligkeit" Schergendienste für den Zarismus leistete!

Die Affäre, um die es sich handelt, spielte im Jahre 1884. Am 5. Februar ließ der Minister des Äußern Graf Kalnoky den Grafen Taaffe wissen, daß Fürst Bismarck neuerdings Verhandlungen einleiten wolle, um mit Österreich-Ungarn zu „einer praktischen Vereinbarung" über Auslieferungsverträge zu kommen, die bei politischen Verbrechern in Anwendung gebracht werden sollen. Um die Parlamente hiezu nicht in Anspruch nehmen zu müssen, bestand die Absicht, „eine Verständigung über gewisse in der Praxis der Exekutiven zu beobachtenden Grundsätze" zu erreichen. Dazu wäre ein Akt der Gesetzgebung gar nicht notwendig, wie Fürst Bismarck meinte. Nach den Intentionen Bismarcks sollte „das Prinzip festgestellt werden, daß von Nihilisten, Feniers und Anarchisten verübte Verbrechen, auch wenn dieselben aus politischen Motiven begangen sind, stets als gemeine Verbrechen zu behandeln sind".

„Die Vaterlandslosigkeit, die immer stärker hervortretende internationale Natur der verbrecherischen Tendenzen scheinen dies zu rechtfertigen."

Der österreichische Justizminister, der Tscheche Pražak, befreundete sich damals sehr schnell mit dem vom Fürsten Bismarck angeregten Gedanken und meinte, daß auch ohne Parlament die gewünschte Ergänzung der Auslieferungsbestimmungen leicht durchführbar wäre! Anders aber der ungarische Ministerpräsident Koloman Tisza und der ungarische Justizminister, die klipp und klar die Antwort erteilten, daß derlei Angelegenheiten ohne parlamentarische Zustimmung nicht möglich seien; auch würde kaum das ungarische Parlament seine Zustimmung zu einem derartigen Auslieferungsvertrag geben.

Wie sich doch die Zeiten änderten!

Das Deutsche Reich und Österreich haben in der Folgezeit wirklich, auch ohne ausdrückliche Vertragsbestimmungen „politische Verbrecher" an Rußland ausgeliefert. Unter Taaffe begann diese Praxis; erst nach Jahren, als die sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament energisch gegen diese Rechtsverletzung und Unmenschlichkeit auftraten, hörten diese „Gefälligkeiten" für den russischen Selbstherrscher auf.

„Sozialreform"

In den Jahren 1881 und 1882 begann die „sozialreformerische" Tätigkeit Taaffes, des frivolsten der österreichischen Staatsmänner. Sein „christliches" Programm, an dem vornehmlich der feudale Ackerbauminister Graf Falkenhayn den Ton angab, suchte mit den bekannten Mitteln von Zuckerbrot und Peitsche nach Bismarckschen Vorbild auch in Österreich zu regieren. Es sollte nicht nur der „kleine Mann", das heißt der Kleinbauer und Kleingewerbetreibende, gerettet werden, es sollte vielmehr auch der Arbeiter durch das Christentum vom Sozialismus abgekehrt werden; die „christliche Weltordnung" auf dieser Erde sollte vornehmlich durch Gebete und ein paar Brosamen vom Tische der guten Reichen in Kraft gesetzt werden. Das übrige war dem himmlischen Jenseits und dem Walten des lieben Gottes überlassen. Und damit auch die göttliche Gerechtigkeit auf Erden noch eine weitere Körperlichkeit erlange, gedachte man die göttliche Zuchtrute in Form von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialisten in Anwendung zu bringen.

Allenthalben in den Kreisen der österreichischen Bürokratie erhob sich der Ruf nach derartigen gesetzlichen Maßnahmen. Allein die Zeit schien den Herren an der Regierung noch nicht reif hiezu; es mußte hiefür noch die willkommene Gelegenheit abgewartet werden, um die Parteien im Reichsrat, von denen einige sich noch recht widerhaarig gebärdeten, von der Notwendigkeit eines Ausnahmegesetzes wider die Sozialisten zu überzeugen. Später freilich, als auch die ganze österreichische Spießerwelt durch „Schreckenstaten" in Angst versetzt wurde und die allmächtige Polizei allen, die es hören wollten, weismachte, daß nur sie die staatliche Ordnung und die Gesellschaft zu retten vermöge, wurden sogar die liberalen Helden für die Taaffeschen Sozialistengesetzpläne gewonnen. Und dann begann die flotte und bequeme Regiererei!

Eine jener Behörden, die den Beruf in sich fühlte, vor allem den Staat und die Gesellschaft vor dem verruchten Sozialismus zu retten, war, wie schon mehrfach gezeigt wurde, die Prager Polizeidirektion. Hatte die Wiener Polizei seit jeher großen Ruhm dareingesetzt, dem Sozialismus an den Leib zu rücken — man kennt zur Genüge die Mittel, die sie hiefür empfahl oder in Anwendung brachte — so trug die Prager Polizei gar keinerlei Bedenken, die Waffen wider den Sozialismus aus dem ältesten Gerümpel hervorzuholen. Man höre einmal:

Im Mai 1882 übermittelte sie „Maßnahmen zur Verbesserung der Existenz der Arbeiter und zur wirksamen Bekämpfung der Sozialdemokratie", die ihr angeblich „von dem besonnenen Teil der Arbeiter" empfohlen worden waren. Die sozialpolitische Weisheit, die sie dem Ministerium des Innern suggerierte, gipfelte in folgenden „Thesen":

„1. Die Entlohnung der Arbeiter für eine leistende Arbeit darf in Hinkunft nicht mehr, wie bisher, der Arbeitgeber allein bestimmen; hiezu soll der Arbeitgeber im Einvernehmen mit einer aus

Arbeitern bestehenden Kommission kompetent sein, und bei divergierenden Ansichten hätte ein vom Staate zu ernennender Schiedsrichter die Entscheidung zu treffen, welcher Entscheidung sich sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer zu fügen hätten.

2. Vom Staate zu ernennende Inspektoren sollen in Hinkunft die Arbeitszeit unter normalen Verhältnissen normieren, für die Arbeiter und die Verwaltungs- und Betriebsbeamten eine sogenannte Fabrikordnung kreieren, den Vollzug derselben kontrollieren und über vorgebrachte Beschwerden sogleich in kurzem Wege entscheiden.

Den Arbeitsinspektoren müßte nach Belieben und Gutdünken der Eintritt und die Kontrolle sowohl in den Fabriken als auch in den sogenannten Meisterwerkstätten nicht nur gestattet sein, sondern auch zur Pflicht gemacht werden, und deren Bezahlung hätte vom Staate zu geschehen.

3. Sämtliche Arbeiter ohne Unterschied sollen in Hinkunft den sogenannten Altersversorgungs- und Krankenunterstützungs- und Funeralkassen beizutreten gesetzlich verpflichtet sein; bei jedesmaliger Lohnauszahlung soll ein von der Regierung festzustellender, von den Regierungsorganen zu verrechnender und in volle Sicherheit gewährender Sparkassen anzulegender Betrag eingehoben werden.

Je nach dem Zweck, für welchen die eingezahlten Beträge bestimmt sind, hätte die Verbuchung zu geschehen.

Durch die auf diese Art geschaffenen Kapitalien, zu welchen auch jeder einzelne Arbeitgeber in einem erst zu bestimmenden Maße beizutragen hätte, wäre die Möglichkeit geschaffen, den wegen hohen Alters oder durch Verunglückung arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern eine Art von Pension zu erfolgen, denselben bei eingetretenen Krankheiten eine Unterstützung zukommen zu lassen und für dieselben bei Todesfällen ein gewöhnliches Leichenbegängnis zu bestreiten.

Eine derlei Einrichtung würde den Arbeiterstand moralisch heben, zur Sparsamkeit anspornen und denselben vor so mancher banger Sorge bewahren.

4. Damit jeder Arbeiter in jenen Fällen, in denen er ein kleines Darlehen zu machen gezwungen ist, nicht in Wucherhände gerate, so sollen sogenannte Arbeiter-Vorschußkassen errichtet werden.

Das Stammkapital hätten die Arbeiter selbst zu beschaffen, und die Vorschußkasse hätte gleichzeitig eine Art Arbeiter-Sparkasse zu sein, aus welcher bloß als solide Zahler bekannte Arbeiter kleinere Darlehen zu 6, höchstens 7 Prozent Zinsen erhalten könnten.

Auch die Arbeiter-Vorschuß- und Sparkassen sollen unter staatlicher Kontrolle stehen."

Und nun der große Königsgedanke:

„Überdies soll die Regierung ein Sozialistengesetz schaffen, alle sozialistischen Vereine auflösen, alle sozialistischen Zeitschriften einstellen, die Einschmuggelung von sozialistisch gefärbten Preßerzeugnissen aus dem Auslande mit der größten Strenge hintanhalten und durch andere geeignete Vigilanz verhüten, daß in Hinkunft unter den Arbeitern sozialistische Wühlereien nicht mehr verfangen."

Das Ministerium des Innern teilte als Antwort auf diese teils naiven, teils bösartigen Ratschläge dem Handelsministerium, das sie

übermittelt hatte, mit, daß, was die Erlassung eines Sozialistengesetzes betrifft, eine solche außerordentliche Maßnahme unter den gegenwärtigen Verhältnissen um so weniger notwendig sei, als den gemeingefährlichen sozialistischen Bestrebungen und Umtrieben durch die genaue Handhabung der bestehenden Gesetze wirksam begegnet werden kann, in welcher Richtung den Landesstellen auch wiederholte Weisungen erteilt wurden.

Damals trug eben die Regierung des Grafen Taaffe noch Bedenken, die Ideen des großen Sozialistentöters Bismarck auch in Österreich zu verwirklichen. Graf Taaffe wußte übrigens ganz wohl, daß die österreichischen politischen Behörden und Organe, ohne daß es erst nötig wäre, ein spezielles Gesetz gegen die Sozialdemokratie beschließen zu lassen, schon so gut erzogen seien, daß man hiezu gar nicht erst eines neuen Instrumentes bedürfe. Hatte doch Taaffe selbst im Zeitalter des „Bürgerministeriums", also in einer Ära des sogenannten Freisinnes, die Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft so zu hintertreiben gesucht, daß mit einem Federzug alle verbrieften Freiheiten vernichtet wurden.

Der neue „christliche" Kurs gegen die Arbeiterschaft Österreichs unterschied sich nicht wesentlich von dem, den die frühere liberale Regierung gegangen war. Polizei, Gerichte, Gendarmen, Schubwagen und ähnliche Dinge waren die Mittel einer „sozialen Reform", die sich zum Hohn „christlich" nannte. Dies zeigte sich namentlich bei Ausbruch großer Streiks im Frühjahr 1882 in den Kohlenrevieren Böhmens und Mährens.

Die für die Arbeiterschaft im Bergbau unerträglich gewordenen Verhältnisse hatten damals gebieterisch eine Einigung unter ihr herbeigeführt, wiewohl die Unternehmer alles daransetzten, der Bewegung vor allem durch Gendarmerie und Militär Herr zu werden, und dies nur darum, um nicht bessere Lebensbedingungen der Arbeiterschaft gewähren zu müssen; die Bewegung nahm aber trotz des Terrors der Unternehmerschaft und der Hilfeleistung der Machtfaktoren im Staate so große Dimensionen an, daß sich schließlich doch die Staatsgewalt genötigt sah, wollte sie nicht ungeheure Gefahren heraufbeschwören, vermittelnd einzugreifen und mitzuwirken, um wenigstens die schlimmsten Auswüchse der kapitalistischen Produktionsweise auf dem Gebiete des Bergbaues zu mildern; an eine völlige Beseitigung mochte sie selbstverständlich gar nicht denken, gehörten ja die Besitzer der Gruben zu den höchsten und „allerhöchsten" Herrschaften in diesem Staate! Aber der Staat konnte in diesem Falle nicht mehr ruhig dem „Spiel der freien Kräfte", wie es die Bergmagnaten spielten, zusehen und so schwer es ihm auch ankam, er mußte sich „einmengen"; er mußte sich wenigstens bemühen, die furchtbare Situation, in der sich Tausende von Menschen, die um den kärglichsten Lohn und bei steter Lebensgefahr aus dem Schoße der Erde Schätze an das Licht des Tages brachten, befanden, ein halbwegs menschliches Dasein zu bereiten.

Wie gefahrdrohend die Lage für den Staat damals war, geht aus einer Denkschrift hervor, die der Prager Statthalter unter dem 4. April 1882 an die Zentralregierung in Wien richtete und die ein wahrhafter Notschrei ist.

Es heißt darin:

„Die innerhalb der letzten Zeit in verschiedenen Landesgegenden bei Bergwerken und Fabriken ausgebrochenen Arbeiterstreiks lassen wohl nicht mehr einen Zweifel darüber bestehen, daß es auch in Österreich eine Arbeiterfrage gibt, mit welcher auf das ernstlichste sich zu befassen alle Ursache vorhanden ist.

Die geeignete Lösung dieser, in ihrem heutigen Auftreten die Anfänge einer Gesellschafts- und Staatsgefahr bergenden Frage wird des Zusammenwirkens der erleuchtetsten Kräfte der Regierung sowohl als der gesetzgebenden Körper, der Zuhilfenahme aller einschlägigen Erfahrungen bedürfen; an diese Aufgabe kann nicht früh genug herangegangen werden; je länger der Aufschub, desto schwieriger wird sie sich gestalten, desto problematischer der Erfolg des Lösungsversuches werden.

Die Arbeiterschaft in Österreich wird so gut sozialistisch durchgewühlt wie in Deutschland und anderwärts; ein Unterschied mag darin zugegeben werden, daß der größere Teil der Arbeiter — und auch dies ist nur auf die Bergarbeiter zu beziehen — welche noch der alten Schule halb militärischer und patriarchalischer Zucht und Ordnung entstammen, sich den sozialistischen Agitationen gegenüber etwas spröder verhält und nur dem Terrorismus nachgibt; während der jüngere Nachwuchs durchaus den sozialistischen Lehren zugetan und im Dienste derselben aktionsbereit ist.

Dank der Energie der Behörden und der in ausreichendem Maße aufgebotenen Militärgewalt wird auch diesmal und wahrscheinlich noch ohne die Notwendigkeit der praktischen Anwendung der für den Notfall beantragten Ausnahmemaßregeln die Ruhe wiederhergestellt, die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Auf wie lange — bleibt vorläufig dahingestellt; es gibt, wie die Verhältnisse jetzt liegen, keine Beruhigung darüber, daß binnen kurzem nicht wieder hier oder dort, ja vielleicht das nächstemal einheitlicher als bisher vorbereitet, an den meisten Punkten gleichzeitig Arbeitseinstellungen inszeniert werden, es wäre denn, daß in kürzester Frist sichtbar würde, die öffentlichen Gewalten haben die Prüfung der Lage der Arbeiter in Angriff genommen. Dies allerdings wäre geeignet, den besonneneren Teil der Arbeiterschaft den Hetzversuchen gegenüber widerstandsfähiger zu machen und die Agitatoren mindestens für längerhin lahmzulegen.

Als die hohe Regierung anläßlich der ersten schon sehr umfangreichen Eruption in Nürschan in der Absicht eines gütlich vermittelnden Einschreitens die Erhebung der Ursachen der Arbeitseinstellung anordnete, meinten die Werksbesitzer, es hätte sich mehr darauf beschränkt werden sollen, Eigentum und persönliche Sicherheit zu schützen, die Arbeiter aber hätte man einfach ausstreiken lassen sollen

Diese Rolle kann sich die Regierung nicht zuweisen lassen; der Erfolg hat gezeigt, daß sie mit ihrer Verfügung nicht den unrichtigen Weg betreten hat; durch die Erhebungen hat man erfahren, daß Unzufriedenheitsursachen für den Arbeiter vorhanden sind, die zum Teil als begründet angesehen werden müssen; man hat erfahren, daß die Arbeiterschaft, abzüglich etwa der intransigenten Agitatoren, der Regierung vertrauend entgegenkommt und daß es der Arbeiterschaft auch keineswegs an Verständnis dafür mangelt, was von den aufgestellten Wünschen und Ansprüchen erfüllbar ist und was nicht — auch auf Seite der Werksbesitzer aber ist mehr-

seitig schon ein Umschwung der Ansichten, ein Erkennen des Bestrebens der Regierung, die Differenzen zwischen Arbeitern und Arbeitgebern für beide Teile gerecht und annehmbar zur Lösung zu bringen und das Verständnis dafür wahrnehmbar, daß es mit dem bloßen »Ausstreikenlassen« nicht abgetan sein könne. Ich werde mir erlauben herauszuheben, was die Arbeiterschaft am schwersten bedrückt und welche ihrer Anliegen und Anbringen in erster Reihe und sobald als nur möglich zu berücksichtigen dringend not tut.

Ich lasse dabei Beschwerden untergeordneten Belanges, wie selbst die Sonntagsarbeitsentlohnung, die Arbeitsdauer u. dgl., überhaupt alle Fragen, welche bei der im Zuge befindlichen Revision der Dienstordnung oder innerhalb des Wirkungskreises der Behörden geordnet werden können, ebenso die Verlangen um direkten imperativen Einfluß auf Lohnerhöhung ganz beiseite.

Was in der Richtung baldiger Abhilfegewährung vor allem ins Auge gefaßt zu werden verdient, ist:

1. Die Unsicherheit des Arbeiters hinsichtlich der Versorgung bei eintretender Arbeitsuntauglichkeit und die hiemit zusammenhängende indirekte Beschränkung seiner Freizügigkeit.

2. Die kaum in Abrede zu stellende Zweifelhaftigkeit des ausreichenden Schutzes des Arbeiters hinsichtlich der aus seinem Verhältnis zum Werksbesitzer und dessen Organen sich ergebenden Differenzen.

3. Der Bestand der Unzuträglichkeiten, deren innerhalb der Befugnisse der Regierung eventuell im Gesetzgebungswege ausführbare Beseitigung indirekt dem Arbeiter insoferne zustatten kommen wird, als damit eine der wesentlichen Ursachen entfiele, welche selbst bei dem besten Willen des Arbeitgebers einer Aufbesserung der Arbeitslöhne entgegenwirken.

Der Arbeiter muß, wie natürlich, überall erst eine bestimmte Zeit dienen, ehe ihm überhaupt ein Versorgungsanspruch erwächst. Ist dieser endlich erworben, so lautet derselbe nur an die Bruderlade des Werkes, bei dem der Arbeiter im Dienst steht und in die er eingezahlt hat, und steht auch sein Anspruch nur insolange aufrecht, als er dem Verband derselben angehört.

Die den Versorgungsanspruch begründende Dienstzeit ist ganz ungleichmäßig, bei dem einen Werke länger, bei dem anderen kürzer normiert, auch der Umfang des Versorgungsanspruches ist vielfach verschieden festgestellt.

Dem Arbeiter bietet sich nun eine Gelegenheit, seine materielle Lage zu verbessern, er ist beispielsweise Akkordarbeiter und könnte bei einem anderen Werke mit festem Lohne besoldeter Aufseher werden — der Wechsel würde für ihn zur Folge haben, daß er im Falle einer Verunglückung hilflos bliebe; seinen Versorgungsanspruch an die Bruderlade des Werkes, dem er früher angehörte, hätte er durch den Übertritt zu einem anderen verloren, bei dem neuen Werke hätte er noch nicht so lange gedient, um dort einen Anspruch zu erwerben.

Dem Interesse des Werksbesitzers ist dieser Zustand allerdings zusagend; der Arbeiter ist in seine Hand gegeben; wie drückend sich sein Verhältnis auch gestalten möge, er ist genötigt, in demselben auszuharren.

Die Berücksichtigung des Rufes der Arbeiterschaft nach Ermöglichung der Freizügigkeit ohne Gefährdung des einerseits durch die geleisteten Einzahlungen, anderseits durch die abgeleisteten Dienstjahre begründeten Versorgungsanspruches ist eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit. Der Bergbau gilt — gewiß mit Recht — als ein dem allgemeinen

Wohle und dem staatlichen Interesse dienender Volkswirtschaftszweig; er wird deshalb, ob er vom Staate selbst oder von Privaten betrieben wird, auch staatlich beaufsichtigt.

Der Arbeiter, der diesem Interesse durch die bestimmte Mindestanzahl Jahre dient, soll für den Fall der mit dem vorrückenden Alter infolge eines ihm bei dem Bergbaudienste zugestoßenen Unglücks eintretenden Arbeitsuntauglichkeit Anspruch auf Versorgung haben, gleichviel ob er die Summe der erforderlichen Dienstjahre auf diesem oder jenem Werke abgeleistet, der Unfall ihn bei diesem oder jenem Werke betroffen hat.

Dieser Anspruch kann in der Tat kaum in anderer Weise gesichert werden als durch eine Zusammenlegung aller bestehenden Bruderladenkassen, Bestimmung der Erträgnisse zur Deckung der erworbenen Provisionierungsansprüche — eventuell Anspruch der Haftung für die etwa resultierenden Abgänge im Gesetzgebungswege. Eine solche Haftung kann füglich auch dann nur der Staat übernehmen; die prinzipiell eingegangene Haftpflicht wird praktisch für den Staatsschatz kaum mit einem zu großen Risiko verbunden sein.

Die Bruderladen stehen überall im Verhältnis zur Zahl der Arbeiter, die dem bezüglichen konkreten Bruderladenverbande angehören, durch deren Einzahlungen er ja gebildet worden ist und fortwährend ergänzt wird.

Jede solche Einzelbruderlade war und ist in ihrem dermaligen Bestand überall ausreichend gewesen, den Invaliden, die ihr konkreter Arbeiterstatus im Laufe einer gewissen Zeit durchschnittlich abgibt, die statutengemäße Versorgung zu leisten. Werden nun alle Bruderladen zusammengezogen (deren manche durch die größere Munifizenz der Werksbesitzer, durch Schenkungen, Legate und andere Zuflüsse auch über das Erfordernis ihrer schuldigen Prästationen dotiert sind), so sind sie in dieser Zusammenlage mindestens ebenso leistungsfähig als in dem bisherigen Einzelbestande, da die Gesamtzahl der sich ergebenden Versorgungsberechtigten durch die Zusammenlegung und durch den den Arbeitern ermöglichten leichteren Übertritt von einem Werk zum andern nicht alteriert wird."

Hierauf werden die Einzelheiten auseinandergesetzt, die besonderes Interesse nicht beanspruchen, da sie zum größten Teil später im Gesetzgebungswege durchgeführt worden sind.

Allerdings, bis es dahinkam, mußte die Bergarbeiterschaft noch schwere Kämpfe durchkämpfen und viele Opfer mußten fallen, ehe ihr das Recht wurde. Besitzende aller Nationen, bürgerliche Politiker aller Parteien, Konservative wie sich radikal gebärdende Christlichsoziale stellten sich bei all den großen Kämpfen in der Folgezeit bewußt und konsequent immer auf die Seite der Unternehmer, ob diese nun gut christlich, hocharistokratisch oder — jüdisch waren. Gegenüber der um die niedrigsten Lebensbedingungen ringenden Arbeiterschaft verschlossen die „christlichen" Politiker stets ihr Herz! So hatte später einmal einer der Führer der christlichsozialen Partei in einer längeren Rede im Abgeordnetenhaus gegen den von der Arbeiterschaft geforderten Neunstundentag gesprochen und diese Forderung mit den nichtigsten Gründen bekämpft, was allerdings nicht hinderte, daß ein anderer Herr dieser Partei, Dr. Geßmann, zu demagogischen Zwecken den Resolutionsantrag stellte, die Bergbaubetriebe mögen verstaatlicht werden! Daß es der Partei mit dieser Entschließung natürlich nicht ernst

war, das bezeugte das Verhalten der „christlichen" Herren noch viel später, selbst noch in der Republik.

Die Regierung war übrigens entschlossen, die Streiks 1882 unter Anwendung der strengsten Maßnahmen zu „unterdrücken". Der Statthalter von Böhmen hatte sich bereits an den Ministerpräsidenten Grafen Taaffe mit dem Antrag gewendet, es möge über eine Reihe von Bezirken der Ausnahmezustand verhängt werden. Graf Taaffe hatte hierüber auch dem Kaiser Vortrag gehalten und erhielt vom Monarchen die Ermächtigung, mittels Gesamtverordnung des Ministeriums die Ausnahmebestimmungen zu erlassen. Da es mittlerweile gelang, eine Beilegung der Streiks herbeizuführen, unterblieb die Maßnahme.

Über die Streiks wird in dem erstatteten Vortrag des Grafen Taaffe unter anderem gesagt:

„Die Symptome dieser durch organisierte Streiks sich kundgebenden Bewegung sind schon seit geraumer Zeit wahrnehmbar und überall ist ein einheitlicher Wille deutlich erkennbar, dem die Massen unbedingten Gehorsam leisteten, so daß sie in ihrer Gesamtheit und selbst individuell jedem autoritativen Einfluß und allen Vernunftgründen unzugänglich wurden.

Ungeachtet aller erdenklichen Mühe war es nicht gelungen, die eigentlichen Leiter der Bewegung und ihre offenbar gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Tätigkeit in der Weise zu konstatieren, daß der Strafrichter seines Amtes im vollen Umfang mit Aussicht auf Erfolg walten konnte.

In den Kohlendistrikten von Mährisch-Ostrau und später in Nürschan, dann im Tannwalder Bezirk traten die Streiks vereinzelt auf und schienen einen mehr lokalen Charakter zu haben, so daß es durch rasches und energisches, mit konzilianten Bestrebungen verbundenes Eingreifen der politischen Behörden gelang, die Bewegung einzudämmen und in kürzester Zeit zu unterdrücken.

Gegen Ende April ist jedoch ein Streik ausgebrochen, welcher an lokaler Ausdehnung und an Intensität alle bisherigen derartigen Kundgebungen übertraf, indem er für das ganze Territorium der nordwestböhmischen Braunkohlendistrikte von Aussig bis Komotau mit etwa 150 Werken und 20.000 Arbeitern in Szene gesetzt wurde.

Der Zentralpunkt dieser gleichsam mit einem Schlage organisierten Bewegung war Dux.

An mehreren Orten war der Ausbruch und Verlauf des Streiks mit aggressiven Ausschreitungen verbunden.

Der Statthalter hat sich genötigt gesehen, zur Aufrechterhaltung der bedrohten Ruhe und Ordnung an Militär im ganzen 20 Kompagnien, 1 Eskadron und 50 Gendarmen aufzubieten.

Die Ursache des Ausbruches dieses Massenstreiks kann nach den bestehenden Verhältnissen in dem Mangel an Verdienst oder in einer absolut unzureichenden Höhe desselben füglich nicht gesucht werden; in Aussig verlangten die streikenden Arbeiter nicht einmal mit den Werksbesitzern wegen Lohnerhöhung zu verhandeln; die bei allen Streiks und insbesondere bei dem letzten ausgebrochene Tendenz geht vielmehr hauptsächlich auf die Erzwingung einer Staatshilfe und eines direkten Eingreifens der Legislative zur Regelung der sozialen Stellung der Arbeiter.

Durch Resolutionen und durch Deputationen wurden von den streikenden Arbeitern Wünsche kundgegeben, welche zumeist eine Umwandlung der Bruderladen in staatliche Anstalten, die Einführung unabhängiger Werksinspektoren, Einführung eines Haftpflichtgesetzes, das Verbot der Aufnahme von Arbeitern unter 16 Jahren, die Beseitigung der Arbeitsbücher, die Errichtung von Fachschulen für Bergarbeiter, das Verbot der Sonntagsarbeit und eine Regelung der Arbeitsdauer betreffen.

Dem Statthalter kamen Nachrichten zu, daß ein Wiederausbruch des kaum beendeten Streiks in Nürschan und der Ausbruch eines solchen im Kladnoer Kohlenbecken bevorstehe, daß ferner auch in mehreren großen Fabriksetablissements Arbeitseinstellungen entweder ausgebrochen sind oder demnächst ausbrechen dürften.

Angesichts einer so bedeutenden Ausdehnung der Bewegung hielt ich es allerdings für angezeigt, daß dem Fortwuchern des Streiks, welcher nicht bloß für den unmittelbar beteiligten Bergbau, sondern auch für die zahlreichen damit zusammenhängenden Industrien von sehr weittragender volkswirtschaftlicher Bedeutung ist, mit voller Energie der Staatsgewalt entgegengetreten, und daß der Agitation, welche den Streik organisiert, mit allen der Regierung zu Gebote stehenden Mitteln Einhalt getan werde.

Ich beabsichtige daher, dem Antrag des Statthalters entsprechend, die in Ehrfurcht angeschlossene, die Art. 8 (Freiheit der Personen), 9 (Hausrecht) und 12 (Vereins- und Versammlungsrecht) des Staatsgrundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger suspendierende Verordnung dem Gesamtministerium zur Beschlußfassung im Sinne des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 66, vorzulegen und zur Erlassung derselben die Allerhöchste Genehmigung einzuholen.

Denn der Fall der Anwendung dieses Gesetzes schien mir nach dem Obgesagten gegeben zu sein; es haben sich tatsächlich an mehreren Punkten des Landes in ausgedehnter Weise Umtriebe geoffenbart, welche die persönliche Sicherheit gefährdeten.

Die vom Statthalter beantragten und in die Verordnung einbezogenen Ausnahmeverfügungen wären geeignet, die Unschädlichmachung der Unruhestifter sowie die Dislokation der streikenden Arbeiter ohne lange Prozedur zu erleichtern, ohne daß die anderen Bevölkerungsklassen der betroffenen Gebiete zu sehr betroffen worden wären.

Der Statthalter hätte dann auf Grund dieser Verordnung und des vorletzten Absatzes des § 8 des gedachten Gesetzes jene besonderen polizeilichen Anordnungen zu treffen, welche die wünschenswerte Unterdrückung des bedrohlichen Streiks herbeizuführen geeignet wären.

Da jedoch die öffentlichen Blätter gleichzeitig mit dem Einlangen des Antrages des Statthalters schon Nachrichten brachten, welche auf eine günstigere Wendung in der Stimmung der Arbeiter schließen ließen, habe ich, um mit der in Rede stehenden Verordnung nicht in einem inopportunen Zeitpunkte hervorzutreten, vorderhand den Statthalter telegraphisch aufgefordert, mir täglich über den Stand der Dinge und über die Wirksamkeit der ergriffenen Maßregeln telegraphisch zu berichten.

In der Tat lauteten die nachfolgenden Berichte günstiger und in einem Bericht vom 3. Mai 1882 hat der Statthalter die Erwartung ausgesprochen, daß im Laufe einer Woche der Streik im großen und ganzen beendet sein wird.

Offenbar hat die gleich im Beginn des Streiks erfolgte Aufbietung einer den Streikenden imponierenden bewaffneten Macht, unter deren Schutz die Verhaftung der besonders gravierten Rädelsführer und die Beseitigung der beschäftigungslos vagierenden Arbeiter rasch durchführbar und den Arbeitslustigen die Wiederaufnahme der Arbeit ermöglicht wurde, zu dem günstigsten Resultat wesentlich beigetragen.

Von diesem Bericht nahm ich nun Anlaß, den Statthalter nochmals zu befragen, ob er die Erlassung der vorbezeichneten Ausnahmeverfügungen auch gegenwärtig noch für angezeigt halte.

Der Statthalter erklärte nun, daß, wenn auch der dermalige Streik sich vollständig legen werde, doch gleichartige Eruptionen früher oder später wieder zu gewärtigen sind, weil die denselben zugrunde liegenden sozialistischen Umtriebe auf festen Organisationen beruhen

In der Überzeugung, daß derlei Agitationen mit gewöhnlichen zu Gebote stehenden Maßregeln gründlich kaum begegnet werden kann, bittet der Statthalter, daß ihm die Zusicherung gewährt werde, daß bei eintretendem neuerlichen ernsten Falle einer telegraphischen Antragstellung sofort die telegraphische Verfügung der erbetenen Ausnahmemaßregeln folgen werde.

Wie ich bereits oben anzuführen mir erlaubte, bin ich mit den vom Statthalter beantragten Ausnahmeverfügungen im Prinzip einverstanden.

Gegenwärtig ist der Zeitpunkt zur Erlassung derselben nicht gegeben; allein sobald der Statthalter beim Eintreten eines neuerlichen ernstlichen Falles diese seine Anträge telegraphisch zu wiederholen sich veranlaßt sehen wird, beabsichtige ich den Ministerratsbeschluß und die Allerhöchste Genehmigung hiezu im kürzesten Wege zu erwirken und dem Statthalter die erforderlichen Weisungen telegraphisch zukommen zu lassen.

In einem solchen Fall würde die eben angeschlossene Verordnung mit allfälliger Berichtigung des Gebietes ergehen.

Geruhen Eure Majestät diese Anzeige zur Allerhöchsten Kenntnis zu nehmen.

Taaffe.

Ich habe den Inhalt dieses Vortrages zur Kenntnis genommen.

Franz Josef.

Budapest, den 13. Mai 1882."

Die gewaltsame Unterdrückung der Streiks zugunsten der Kohlenbarone hatte unter der Arbeiterschaft große Erbitterung hervorgerufen; schon damals tauchten im Proletariat vielfach Gedanken auf, die „Arbeiterfrage" einfach mit „Dynamit" zu lösen. Aber noch glückte es besonneneren Führern der schwerbetroffenen Bergleute, solche Pläne zu vereiteln und so furchtbares Unheil zu verhüten.

Die in den Kohlenrevieren herrschende Stimmung blieb übrigens den staatlichen Behörden nicht verborgen und dies hatte zur Folge, daß die sonst ziemlich harthörigen „maßgebenden Faktoren" sich mit der Angelegenheit zu beschäftigen begannen. Zum erstenmal seit dem Bestande der Verfassung in Österreich wurden die Regierungsorgane inne, daß es schließlich und endlich doch ihre Pflicht sei, sich in die Verhältnisse „einzumischen", wie sehr dies ihnen auch die Sympathien der Unternehmer verscherzen könnte. So sah sich einige Monate später sogar der sonst sehr

behäbige Ackerbauminister Graf Falkenhayn, in dessen Ressort das Bergwesen fiel, und der meist im Amte gemächlicher Ruhe pflog, genötigt, sich um die Zustände im Bergbau etwas mehr zu kümmern. Der Herr, ein eifriger Verfechter „christlicher Sozialreform" — in späteren Jahren war er einer der obstinatesten Verhinderer der Wahlreform — wurde förmlich aus seinem beschaulichen Dasein aufgescheucht und er begann, die „Frage" zu „studieren". Nach Überwindung des Studiums gab er den ihm unterstehenden Behörden den Auftrag, sie mögen alles Nötige vorkehren, damit in Zukunft derartige Streiks vermieden würden; aber er ging in seiner Initiative noch viel weiter. Er wies die Ämter an, sie mögen auch — für die damalige Zeit ein höchst revolutionäres Beginnen — bei Regelung der Verhältnisse im Bergbau die — Arbeiterschaft hören. In einem Aktenstück vom September 1882 findet sich die folgende bezeichnende Mitteilung:

„Seine Exzellenz der Herr Ackerbauminister, durch die bei Gelegenheit der jüngsten Arbeiterbewegung in Böhmen und Mähren gemachten Erfahrungen veranlaßt, hat der Angelegenheit der Unterstützung und Versorgung der Bergarbeiter die Aufmerksamkeit zugewendet und läßt einen Entwurf von Grundzügen einer Gesetzesnovelle vorbereiten, welche die Reform des Bruderladenwesens zum Zweck hat.

Um dabei den berechtigten Anforderungen sämtlicher Interessenten Rechnung tragen zu können, wünscht Seine Exzellenz auch die Meinung von Vertrauensmännern aus dem Stande der Bergarbeiter hierüber einzuholen und beabsichtigt aus der Mitte der Arbeiter des Pilsener und Kladnoer Steinkohlenreviers und der Steinkohlenwerke bei Mährisch-Ostrau zwei Männer ehrenhaften Charakters zur Einvernahme einzuberufen, welche das Vertrauen ihrer Kameraden genießen und hinlängliche Intelligenz besitzen, die an sie zu stellenden Fragen über den Gegenstand des Gesetzentwurfes zu beantworten.

Die Statthalter in Böhmen und Mähren werden ersucht, im vertraulichen Wege die geeigneten Persönlichkeiten, Leute, welche bestimmt das Vertrauen ihrer Mitarbeiter genießen, im Einvernehmen mit dem Berghauptmann in Prag beziehungsweise Wien ermitteln zu lassen und namhaft zu machen, vorläufig jedoch ohne sie von der Absicht zu verständigen, da Seine Exzellenz sich dieses für den Zeitpunkt der Berufung vorbehält."

In der Tat begann die Regierung, wenn auch in dem üblichen Schneckentempo, sich einigermaßen mit den Verhältnissen im Bergbau zu beschäftigen, berief Enqueten ein, um nach einigen Jahren mit entsprechenden Gesetzentwürfen vor den Reichsrat zu treten. Aber lange genug hatte es gewährt, bis sich die Regierung zu dieser Tat aufraffte. Es mußte erst zu neuerlichen blutig verlaufenen Streiks kommen, zu schweren Katastrophen, hervorgerufen durch Schlampereien aller Art im Bergbaubetrieb, bis das Gewissen der „sozialreformerischen" Regierung erwachte!

Ein eigener Gerichtshof für — Sozialdemokraten

Im Zusammenhang mit den Streiks in den Kohlenrevieren Böhmens hatte die Regierung einem Plan zugestimmt, der nichts Geringeres bezweckte, als die Sozialdemokraten, die wegen sogenannter „sozialistischer Umtriebe" angeklagt wurden, einem eigenen Gerichtshof zur Aburteilung zu überstellen. Dieser grandiose Plan, der wider die klaren Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes verstieß, wonach niemand seinem ordentlichen Richter entzogen werden dürfe, entsprang dem Gehirn des Prager Statthalters Feldmarschalleutnant Kraus. Auf solche Weise hoffte die Regierung, mit den widerspenstigen Sozialisten fertig zu werden. In der Tat wurde dieser Vorgang, der ganz ungesetzlich war, jahrelang praktiziert, und die Sozialdemokraten in Böhmen, die wegen ihrer politischen Tätigkeit mit den Gerichtsbehörden in Konflikt gerieten, wurden vor ein bestimmtes Gericht, das Prager Landesgericht, das sich übrigens schon lange des Rufes erfreute, das schneidigste in bezug auf Bekämpfung des Sozialismus zu sein, gestellt. Und das, ohne daß das Parlament einen derartigen Beschluß gefaßt hätte. So wurde vom Statthalter des Königreiches Böhmen aus eigener Machtvollkommenheit durch Auslegungskünste der Strafprozeßordnung eine Art Ausnahmezustand eingeführt, ganz wie es den Regierungsgewaltigen gefiel, die von dem Gesetzesbruch geziemend in Kenntnis gesetzt wurden.

Dieser Ausnahmegerichtshof via facti hatte wirklich in einer Reihe von Jahren seines Amtes gewaltet, offenbar zur vollsten Zufriedenheit seiner Auftraggeber! Alle Berufungen gegen diesen Gesetzesbruch an eine höhere Instanz waren auch durch Jahre vergeblich geblieben. Erst als die österreichische Sozialdemokratie sich neu organisierte, erst als ihr Kampf ums Recht von Grund auf mit allen Instanzen und Organen geführt werden konnte, siegte endlich das Recht und Gesetz über Willkür und Gesetzlosigkeit. Dr. Viktor Adler*) war es, der den Kampf gegen das Prager „Ausnahmegericht" mit Erfolg durchführte. Daß in der Auswahl des Prager Gerichtshofes für Sozialdemokraten System lag, geht aus dem folgenden denkwürdigen Aktenstück hervor.

*) Dr. Viktor Adler war in den Tagen vom 17. bis 20. November 1893 vor dem Reichenberger Schwurgerichte wegen der Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe, der Religionsstörung, der Vergehen der Aufwiegelung 2c. 2c., begangen durch Reden im Gablonzer Bezirke, angeklagt. Er wurde freigesprochen.

In seiner Verteidigungsrede bemerkte er unter anderem:

„Speziell im Gablonzer Bezirke wurden am Ende der siebziger und Anfang der achtziger Jahre zahlreiche Geheimbundprozesse gegen Sozialisten durchgeführt; die Angeklagten wurden truppweise in Ketten dem Prager Landesgericht eingeliefert. Es genügte, Abonnent eines Arbeiterblattes zu sein, um in den Verdacht zu geraten, daß man Mitglied einer geheimen Ver-

Am 4. Juni 1882 richtete der Prager Statthalter an den Minister des Innern (gleichzeitig Ministerpräsidenten), Grafen Taaffe, folgende Note:

„Hochgeborener Graf!

Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die sämtlichen in neuerer Zeit in Böhmen stattgefundenen Streiks, namentlich aber jene im Nürschaner Kohlenrevier und im nordwestlichen Braunkohlenbecken nicht selbständige Eruptionen mit ihren Existenzbedingungen unzufriedener Gemüter sind, sondern daß alle Streiks insofern in einem anderen ursächlichen Zusammenhang stehen, als alle durch die sozialdemokratische Partei angezetteit sind, welche, trotz der großen Wachsamkeit der politischen Behörden und dem rühmenswerten Eifer, mit welchem von den Staatsanwaltschaften und Gerichten derselben an den Leib gerückt wird, immer mehr und mehr Terrain im Lande gewinnt.

Als ein geeignetes Mittel, diesem Umsichgreifen des Sozialdemokratismus kräftiger entgegenzuwirken, erschien mir die Vereinigung aller anläßlich sozialdemokratischer Umtriebe anhängig gewordenen strafgerichtlichen Untersuchungen in einer Hand, namentlich in jener des Prager Landesgerichtes, dem es bereits gelungen ist, auf diesem Felde erkleckliche Resultate zu erzielen.

Infolge der von dem k. k. Hofrat und Oberstaatsanwalt über meine Veranlassung erfolgte Motion hat das k. k. Oberlandesgericht in der am 26. Mai abgehaltenen Sitzung zwar eine allgemeine Delegation des Landesgerichtes für alle anhängig werdenden derlei Straffälle nicht ausgesprochen, jedoch die Delegation für jeden besonderen Fall schon jetzt prinzipiell anerkannt und beschlossen, und sich lediglich die Beurteilung, ob die einzelnen Straffälle zu jener Kategorie von Delikten, welche das Oberlandesgericht bei dem gefaßten Beschluß vor Augen hatte, gehören, vorbehalten.

Dieser Beschluß des Oberlandesgerichtes dürfte nach der Anschauung desselben, abgesehen davon, daß er in den §§ 62 und 63 St.-P.-O. zweifellos gegründet ist, zweckentsprechend sein, weil dadurch, daß alle derlei Straffälle dem Oberlandesgericht vorgelegt werden müssen, dasselbe und dessen Präsidium zur Evidenz aller solchen strafgerichtlichen Untersuchungen gelangt und weil durch den oberlandesgerichtlichen Ausspruch im vorhinein jedem Kompetenzkonflikt der Gerichte erster Instanz begegnet und sonach zur Beschleunigung des Strafverfahrens wesentlich beigetragen wird.

Weiters wurden, um für ein energisches und schleuniges Vorgehen der Kreisgerichte in derlei Straffällen vorzusorgen, vom

---

bindung sei und monatelang in Untersuchungshaft zu sitzen, wie dies mindestens 400 Menschen passierte. Viele der Verhafteten wurden nach mehrmonatiger Untersuchungshaft zu 8 oder 14 Tagen Arrest verurteilt. Wenn die Prager Richter zu derartigen geringfügigen Strafen verurteilt haben, so ist wohl leicht einzusehen, daß die Angeklagten nicht mehr schuldig waren. In Österreich, und speziell bei diesem Gerichte, ist man nicht allzu milde, der Senat, der in Prag zusammengesetzt wurde, speziell für die Sozialisten, hat sich nicht schuldig gemacht einer übergroßen Milde gegenüber der Sozialdemokratie."

Für diese Äußerungen wurde Dr. Viktor Adler vom Vorsitzenden strengstens gerügt.

gedachten k. k. Oberstaatsanwalt laut dessen Schreiben vom 27. Mai d. J., Z. 3039, sämtliche k. k. Staatsanwaltschaften in Böhmen, mit Ausnahme jener in Prag, angewiesen, daß sie in allen Fällen, in welchen denselben die Anzeige von strafbaren Handlungen der vorbezeichneten Art zukommen oder in anderen strafgerichtlichen Untersuchungen sich der gegründete Verdacht der Beteiligung an den vorerwähnten strafbaren Handlungen ergeben sollte, sofort der Antrag auf Delegierung des k. k. Landes- als Strafgerichtes in Prag zur Durchführung des Strafverfahrens an den Gerichtshof, bei dem sie ihren Sitz haben, zu stellen und hievon dem Oberstaatsanwalt die Anzeige zu erstatten haben; das k. k. Oberlandesgericht hingegen hat die Kreisgerichte beauftragt, die gedachten Anträge mit aller Beschleunigung demselben vorzulegen, bei welchem darüber unverzüglich entschieden werden wird.

Auch wurde von seiten des Oberlandesgerichtspräsidenten bei dem k. k. Landes- als Strafgericht in Prag veranlaßt, daß alle derlei Strafsachen einem und demselben Untersuchungsrichter — nach Umständen mit Zuteilung von Hilfsbeamten — zugewiesen werden und daß für ein energisches und schleuniges Vorgehen des Strafgerichtes gesorgt werden wird.

Ich erlaube mir dies Eurer Exzellenz ergebenst zur hohen Kenntnis zu bringen.

Prag den 4. Juni 1882.

Kraus, FML."

Dieses Aktenstück erbringt wohl den unwiderleglichen Beweis dafür, daß die Regierung des Grafen Taaffe — in erster Linie war ja der Regierungschef für die Handhabung der Staatsgrundgesetze verantwortlich — ganz ohne Scham vorging, wenn es sich darum handelte, Sozialdemokraten abzuurteilen. Bedurfte unter sotanen Verhältnissen und Zuständen Graf Taaffe wirklich erst eines vom Parlament zu beschließenden Ausnahmezustandes oder gar eines eigenen Sozialistengesetzes?

Wenn sich Graf Taaffe in der Folgezeit dann ein Ausnahmegesetz vom Hause der Gesetzgebung votieren ließ, so tat er dies offenbar nur zu dem Zwecke, um noch schärfere Maßnahmen wider die Sozialisten und den Sozialismus zu treffen. Daß er auch damit die Sozialdemokratie nicht vernichtete, ist selbstverständlich; Gedanken und Ideen vermag man nicht auf immer mit noch so grausamen Gesetzen zu töten!

Diese Einsetzung des Prager Landesgerichtes als veritables Ausnahmegericht macht es denn auch erklärlich, daß vor dem genannten Gerichtshof in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts so furchtbare Urteile über Sozialdemokraten verhängt worden waren! Das Prager Landesgericht konnte in der Tat für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, daß seine Judikatur gegen Sozialisten eine so grausame und blutige war!

Josef Peukert — der Führer der Radikalen

Ende 1881 trat in der österreichischen Arbeiterbewegung zum erstenmal ein Mann auf, eine Persönlichkeit, die mehrere Jahre den nachhaltigsten Einfluß auf das organisierte Proletariat ausübte, einen verhängnisvollen, dämonischen Einfluß: Josef Peukert. Dem neuen Geschlecht klingt sicherlich der Name schon fremd und unbekannt, vielleicht nur vom Hörensagen klingt der Name noch herüber aus längst vergangenen Sturmtagen des österreichischen Proletariats. Und wo der Name bekannt ist, knüpft sich an ihn meist eine herbe verurteilende Kritik der alten Genossen aus den Kampfzeiten der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts. Erblickte man doch in Peukert einen Verräter an der großen proletarischen Sache.

Und in der Tat! Josef Peukert ist eine im internationalen Sozialismus auch heute noch vielumstrittene und vielbefehdete Gestalt. Einst, bei seinem ersten Auftreten in der österreichischen und speziell Wiener Arbeiterbewegung, in der er meteorgleich auftauchte, um wieder ebenso plötzlich zu verschwinden, wurde er vielfach bewundert, verehrt, als geniale und himmelstürmende Erscheinung gewertet; wenige Jahre später ward er ein Gegenstand des Abscheus, und als ein unmoralisches, charakterloses Individuum, das sich von der internationalen politischen Polizei hatte erkaufen lassen, um seine Parteigenossen und einstigen Mitkämpfer den Schergen zu überliefern, geächtet!

Josef Peukert*) war mehr als eine Alltagserscheinung; er war zweifellos ein hochbegabter Mann, der sich von Jugend auf im zerreibenden Kampfe um Brot reiches Wissen aneignete und es seinen Klassengenossen in vollendeter Form vermittelte. Aus den Tiefen des armen und darbenden Volkes emporgestiegen, kannte er dessen Leiden und Qualen wie nur je einer, und mit der ganzen Glut einer liebenden und lodernden Seele trug er überallhin, wohin seine Füße ihn trugen, wohin ihn das Schicksal verschlug, die Lehren des „revolutionären" Sozialismus, die nach seiner Auffassung allein imstande seien, das Volk aus den Banden des Kapitalismus und Mammonismus zu lösen und zu befreien.

In den ersten Jahren seines Wirkens war er zweifellos von dem heiligsten und tiefsten Ernst durchdrungen, überzeugungstreu, reinen

*) In einem Erlasse des Statthalters von Niederösterreich an die Bezirkshauptleute vom 8. Juli 1882 „über die Agitation sozialistischer Wanderredner" wird auch der Person Josef Peukerts Erwähnung getan. Es wird über ihn gesagt: „Er ist zweifellos der gefährlichste Wanderredner. Er hat sich ziemlich weit herumgetrieben und wurde im November 1880 aus Frankreich ausgewiesen.

Peukert ist groß, hager, hat langes, schwarzes, am Hinterhaupt spärliches Haar, schwarzen Schnurrbart, lange Nase, kleinen Mund, im ganzen ein unfreundliches Aussehen und trägt stets einen Demokratenhut. Bei seinen mit ausländischem, norddeutsch klingendem Akzente vorgetragenen Reden pflegt er die rechte Hand hölzern vor sich ausgestreckt zu halten."

Charakters und makellos. In jenen Tagen wogte in ihm das Ideal einer sozialen Weltrevolution, an die er glaubte und von der er die Erlösung erhoffte. Nur durch eine „revolutionäre" Tat, das heißt durch Anwendung aller Mittel, auch solcher der Gewalt, sollte nach den Theoremen, wie sie von Most und seinen Jüngern, zu denen auch Peukert gehörte, das Proletariat des Erdenrundes seine Freiheit erlangen. In jungen Jahren ein Schüler des Londoner Gewaltpredigers, war auch er aus den Reihen der Sozialdemokratie getreten, deren Taktik und Kampfweise ihm verfehlt erscheinen. Auch ihn hatten Mosts Lehren als die allbefreienden umstrickt, und als Most von seinem Londoner Exil aus immer ungestümer und in förmlicher Raserei der Taktik der Bombe und des Dynamits, „der Wunderwerke der Chemie", das Wort redete, blieb auch sein Adept Peukert nicht zurück. Was galt ihm da Besonnenheit, die mühevolle Arbeit der Organisation und das zielbewußte Streben, das Proletariat zu einen? Die Erringung der politischen Macht erschien ihm als eine müßige Spielerei, wie das allgemeine Stimmrecht*) ihm als für das Proletariat nutzlos, ja direkt schädlich und gefährlich galt. Als „Parlamentsschwätzerei" bezeichneten er und sein Londoner Meister die Betätigung der Genossen in den gesetzgebenden Körperschaften. Organisation, Wahlrecht, politische Betätigung auf dem Boden dieser Gesellschaft überhaupt erschienen ihm nur als trügerisches, entbehrliches Treiben, und nur in der Handhabung der Gewalt wider alles, was groß, mächtig und herrschend war, erblickte er das erlösende Prinzip.

Josef Peukert war es, der in Wien und Österreich zum erstenmal die gewaltsame Lösung der sozialen Frage mit aller Vehemenz und jener Glut verkündete, die ihm eigen war. Und bei der düsteren Armut, dem tiefen Elend, in dem das österreichische Proletariat schmachtete, fand er

*) In der Nr. 67 der „Zukunft" vom 13. Juli 1882 erschien ein mit J. P. (Josef Peukert) gezeichneter, im Sinne der Anarchisten gehaltener Artikel „Das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht und die Arbeiter", worin dargelegt wurde, „daß der Grundsatz (die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes) ein falscher und gefährlicher für unsere Sache, der Sache des arbeitenden Volkes ist". Dann hieß es: „Wir haben die innerste Überzeugung, daß die ökonomische Emanzipation der politischen vorangehen muß, respektive die letztere nur durch die erstere zu erreichen ist." „Wir haben die tatsächlichsten Beweise von jenen Ländern, wo die hier in Frage stehenden Rechte und Forderungen seit Jahrzehnten benützt werden, ohne im geringsten eine ökonomische Verbesserung des arbeitenden Volkes herbeigeführt zu haben. Das Proletariat hat dort kein Brot, verkümmert in Elend und Entbehrung. Nicht mehr nach Palliativen ruft dort der Arbeiter, sondern nach radikalen Kuren. Und wir sollen angesichts solcher Tatsachen dieselben bitteren Enttäuschungen durchmachen müssen, bloß weil es vielleicht einigen, an Größenwahn leidenden politischen Abenteurern um 10 Gulden tägliche Diäten zu tun ist! Nein! Glücklicherweise sind wir Sozialisten Österreichs den Kinderschuhen entwachsen und wissen, was wir zu tun haben."

„Es ist wahr, jahrelang bildete das Wahlrecht eine der ersten Forderungen unseres Programms; das beweist aber keineswegs, daß wir nicht berechtigt sind, diesen, wie jeden anderen Punkt zu streichen, zumal, wenn wir die innerste Überzeugung haben, daß durch den Fortbestand derselben der Sache des arbeitenden Volkes geschadet wird, dann ist es sogar unsere heiligste Pflicht!"

„Durch das allgemeine Wahlrecht erhält die Gesetzgebung den scheinbaren Charakter einer Volksgesetzgebung. Wir sehen, wie in anderen Ländern

nur allzubald gläubige Seelen, die, müde des Leides, in dem sie versunken waren, sich schon jedem Glauben hinzugeben entschlossen waren, der ihnen Glück und Wohlergehen auf Erden verhieß.

Es hatten wohl schon vor dem Auftreten Peukerts in den Reihen der österreichischen Arbeiterschaft derartige Gedanken zuweilen Raum gefunden, allein niemals wurden sie so systematisch und mit solchem Feuer der Begeisterung vorgetragen als von Peukert und den ihm Nachstrebenden. Die Londoner Flugblätter hatten hier schon den Boden für derartige Lehren vorbereitet, und nun war ein Londoner hier leibhaftig erschienen, der das Evangelium der Gewalt in beredter Weise pries! In den Versammlungen, die einen sehr guten Besuch aufwiesen, einen viel regeren Besuch als die von den Gemäßigten veranstalteten, wurde Peukert enthusiastisch bejubelt. Ihm und der radikalen Partei schien der Sieg endgültig zugefallen zu sein. So gestaltete sich das Auftreten Peukerts in Wien und Österreich in der ersten Zeit schon als ein großer Triumph ...

Bis er kurz darauf in schweren Verdacht versank, sich mit der tiefsten Schmach bedeckt zu haben, als ein Spion im Dienste eben jener Mächtigen und Herrschenden, die er zu bekämpfen vorgab, gelebt und gehandelt zu haben. Und seither lastet der schwere Verdacht auf ihm und seinem Gedenken, ohne daß dieser Verdacht hätte entkräftet werden können. Eines Tages, ehe 1884 über Wien der Ausnahmezustand verhängt worden war, der für das politische und gewerkschaftliche Leben des Wiener Proletariats zugleich die Ruhe des Kirchhofs bedeutete, war Josef Peukert aus — Wien und Österreich auf Nimmerwiedersehen verschwunden. Und immer stärker und dichter wurde der Verdacht wider ihn, da John

---

(Deutschland, Frankreich, Schweiz, Belgien und Amerika) die herrschenden Klassen jede Gelegenheit und alle Mittel benützen, dem Volke vorzudemonstrieren, daß alles, was geschieht, auch der Wille der Nation oder der Majorität des Reiches sei. Das allgemeine Wahlrecht dient also als Mittel dazu, mittels welchem das arbeitende Volk im Namen des Volkes unterdrückt und ausgebeutet werden kann. „Schließlich wird in dem Artikel gesagt: „Es ist gewiß nicht allzuviel behauptet, wenn ich sage, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht wird über kurz oder lang in Österreich eingeführt werden, ohne daß wir es verlangen, vielmehr gerade weil wir es nicht mehr verlangen."

Diese Ausführungen Peukerts, die damals in der Wiener Arbeiterschaft als große und untrügliche radikale Weisheit und Wahrheit aufgenommen wurden, bedürfen heute wohl keiner ernstlichen Widerlegung mehr!

Die gleichen Argumente, wie sie Peukert gegen die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes für den gesetzgebenden Körper 1882 ins Treffen führte, hörte man auch noch später oft in der Arbeiterschaft. Noch in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, da die österreichische Sozialdemokratie in den Wahlrechtskampf eintrat, fand sich eine proletarische Gruppe — eine anarchistische — die sich den Namen „Unabhängige Sozialisten" beilegte, die die Forderung als dem Volke schädlich und verderblich erklärte.

Den bürgerlichen Parteien und ihrer Presse freilich redeten Peukert und seine Anhänger zu Gefallen. Er wurde darum auch viel weniger von ihnen bekämpft als die Gemäßigten, die das allgemeine Stimmrecht anstrebten!

Neve, ein echter und reiner Revolutionär, ein treuer Mitkämpfer Mosts und Peukerts aus dessen Londoner Tagen noch, von deutschen Richtern zu vieljähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden war. John Neve war von seinem Freunde Peukert den deutschen Schergen überliefert worden*)!

Ein gleichfalls im Dienste der internationalen politischen Polizei (namentlich der deutschen) Stehender, Trautner, hat schwer belastendes Beweismaterial wider Peukert in dieser Angelegenheit herbeigeschafft und es veröffentlicht. Der Eindruck im Proletariat war ein so mächtiger und erschütternder, daß Peukert, den das Proletariat geliebt hatte, als ein Geächteter Europa verlassen mußte! Trotz vielfacher Versuche, den furchtbaren Verdacht von sich abzuwälzen, konnte Peukert sich niemals mehr in Europa und speziell in Deutschland und Österreich von ihm reinigen. Die Verachtung aller ehrlichen Menschen hatte ihn zu Tode getroffen. Ein Toter, war er 1910 in der neuen Welt gestorben.

Nach einem Ende voll Not und Armut, Krankheit und Elend erschienen seine „Erinnerungen"**), lebendig und lebensvoll geschrieben, darstellend das Kämpfen und Ringen eines Proletariers, ein Buch, das zugleich eine Rechtfertigung und eine Reinigung von dem schmachvollen Verdacht sein sollte, der ihn bedeckte. Wenige Jahre später hat auch Gustav Landauer, der ideale Revolutionär und feinsinnige Schriftsteller, das tragische Opfer der bayrischen Gegenrevolution, eine Ehrenrettung Peukerts versucht; allein weder Peukerts Buch noch die posthume Schrift Landauers haben den vollgültigen Beweis von der Unschuld Peukerts restlos erbringen können***)!...

---

*) Die „Affäre Peukert" wurde auch im Deutschen Reichstage von Bebel (1888) zur Sprache gebracht. Bebel führte hiebei aus:

„Ich will ferner hervorheben, daß Trautner (gleichfalls ein Lockspitzel) im Vereine mit Polizeidirektor Krüger, ferner mit dem Polizeispion Peukert und dem Polizeiagenten Reuß es waren, die im vorigen Jahre den bekannten Neve in Belgien haben gefangennehmen lassen durch die belgische Polizei . . .

Ich will ferner wiederholen, daß es die verworfensten Subjekte sind, die im Dienste der preußischen Polizei stehen. Ich will nur hervorheben, daß Peukert, der gegen Neve als Spion beteiligt war, sich 1884 in der Schweiz öffentlich gerühmt hat, daß er die Propaganda der Tat unterstütze. Und im Jänner vorigen Jahres hat dieser Peukert mit Trautner und mit dem Polizeispion Reuß den Neve in die Hände der preußischen Polizei geliefert. Dieser selbe Peukert, ein Polizeispion und Agent provocateur schlimmster Sorte, hat dann in London in der „Autonomie", in dem von ihm redigierten anarchistischen Blatte, in der furchtbarsten Weise die preußische Polizei und das Reichsgericht in Leipzig angegriffen und beschimpft in einer Weise, daß er, wenn er in deutsche Juristenhände fiele, viele Jahre Zuchthaus bekommen würde."

**) „Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung von Josef Peukert. Berlin 1913. Verlag des Sozialistischen Bundes."

***) Der aktenmäßige Beweis, daß die eine oder andere in der Arbeiterbewegung stehende Person der Polizei Dienste leistete, ist natürlich nicht leicht zu erbringen, da nur in den seltensten Fällen bezügliche Dokumente vorliegen.

Ende 1881, da bereits der Streit zwischen Gemäßigten und Radikalen tobte, traf Josef Peukert in Wien ein. Den Radikalen war der Mann, der in London als Mitarbeiter Johann Mosts im Dienste der „revolutionären Partei" hervorragend tätig war — er war auch Delegierter auf dem Londoner Weltkongreß dieser Partei — kein Fremder. Es war ihm hieher der Ruf eines außerordentlich tüchtigen Agitators, eines überaus opferwilligen Kämpfers und eines treuen Anhängers Mosts vorausgegangen. Die radikale Partei, die in Wien die größte Zahl ihrer Anhänger hatte, erwartete mit Zuversicht, in Peukert einen Führer zu gewinnen — die Partei war damals nicht reich an politisch und rednerisch geschulten Männern — dem es gelingen könnte, die Fraktion der Gemäßigten endgültig zu Boden zu werfen.

So wurde denn auch Josef Peukert sofort bei seiner Ankunft, die den führenden Personen aus der Schweiz signalisiert worden war, freudigst aufgenommen. Alsbald erwarb er sich das allgemeine Vertrauen und er wurde an die Spitze der Organisation gestellt, die er vermöge seiner hervorragenden politischen Begabung und seines großen rednerischen Talents bald völlig beherrschte. Auch im Blatte der Radikalen, der „Zukunft", nahm er bald eine dominierende Stellung ein. Wie mit einem Zauberschlag vermochte er es, neues Leben in die Partei zu bringen! Mit Peukert hatte die radikale Partei den Sieg zu erhoffen. Damit sollte dann auch auf Jahre hinaus die österreichische Sozialdemokratie auf eine Bahn gelenkt werden, wie sie Most in seiner „Freiheit" vorschrieb. Es schien auch, daß das österreichische Proletariat jenen Lehren zu folgen willens und fest entschlossen war, die Mosts „Emissär" und Vertrauter hier zu verkünden begann.

Es lag natürlich auch nicht im Interesse der Polizeibehörde, derartige Individuen der Partei gegenüber zu kompromittieren, da sie sonst kaum irgendwelche Gentlemen für ihre Geschäfte bekommen hätte. In einigen Fällen können aber derartige Beweise voll erbracht werden. So hatte sich beispielsweise 1881 in Steyr ein Arbeiter zu dem Gewerbe hergegeben, seine Genossen „auszuspitzeln ; hiefür wurde der Ehrenmann bezahlt, der auch eine ordnungsmäßig gestempelte „Quittung über Beträge für geleistete Dienste" ausstellte. In einem anderen gleichfalls aktenmäßig zu erweisenden Falle wurde bei einem Redakteur des Budapester Blattes „Kommunist", der über Auftrag der Wiener Polizei sich in die Schweiz begab und auf der Reise von der deutschen Polizei aufgegriffen wurde, ein Brief des bekannten Chefs der Wiener Staatspolizei Bernhard Frankl gefunden, der dem Redakteur einen Geldbetrag übersandt hatte und ihm gleichzeitig den Auftrag erteilte, einen in der Schweiz lebenden österreichischen Genossen zu beobachten und ihm gewisse Mitteilungen zu entlocken.

Oft boten sich „Gentlemen" selbst der Polizei an, ihr Dienste zu leisten, welches Anerbieten meist angenommen wurde. So hat sich beispielsweise ein Sekretär der anarchistischen Partei in Neuyork der österreichischen Regierung, selbstverständlich gegen gute Bezahlung, angeboten, seine Gesinnungsgenossen auszuspitzeln. In dem betreffenden Anbote gab der Kerl gleich eine Probe seiner Kenntnisse und machte Mitteilungen über einige Pläne Johann Mosts. Als besondere Empfehlung machte er geltend, daß er auch der englischen Regierung ständige „Dienste leiste". Diese Leute dienten zumeist mehreren „Herren".

Zürich und die deutsche Sozialdemokratie schienen hier unterlegen zu sein. Ein einziger Mann sollte das Wunder verrichten!

War bis zur Ankunft Peukerts und der Entfaltung seiner Tätigkeit in Wien und Österreich noch immer die Möglichkeit offen, zwischen den beiden Fraktionen schließlich und endlich wieder eine Einigung herzustellen, so war mit dem Eingreifen Peukerts in die Bewegung jede Aussicht auf eine Wiedervereinigung, auf ein Zusammenarbeiten geschwunden. Peukert war nicht der Mann der Kompromisse, nicht die Persönlichkeit, die auch nur ein Jota von dem sogenannten sozialrevolutionären Programm abging. Peukert schien vielmehr der Mann zu sein, der kein anderes Ziel kannte als die Revolution, die allein dem arbeitenden Volk Befreiung und Erlösung bringen sollte!...

So stellte sich der aus der Schweiz hiehergekommene Zimmermaler den Anhängern der radikalen Partei dar. Und all die Vorgänge während seiner Tätigkeit in Österreich und vor allem in Wien zeigen, daß die Radikalen von ihm alles, alles erwarteten und auch alles zu opfern bereit waren. Die Ereignisse in den nächsten Jahren werden zeigen, wie großen Anteil Peukert an ihnen hatte und wie unter seinem Einfluß das österreichische und vornehmlich das Wiener Proletariat den Kampf wider seine Bedränger führte. Daß dieser Kampf, der so ungeheure Opfer forderte, mit einer Katastrophe für die organisierte Arbeiterschaft endete und enden mußte, daran trifft nicht geringe Schuld gerade Josef Peukert. Er hatte die Massen in jene Taktik des Wahnsinns gelenkt, um sich dann selbst, als die Gefahr die Besten verschlang, in Sicherheit zu bringen!

Die „Zukunft" (Nummer 54) vom 22. Dezember 1881 meldete Peukerts Ankunft in Wien in folgenden Zeilen:

„Der aus der Schweiz zugereiste und im Jahre 1880 aus Paris ausgewiesene Genosse Josef Peukert, zu Franzensthal gebürtig und nach Albrechtsdorf in Böhmen zuständig, 26 Jahre alt, von Profession Zimmermaler, welcher am 5. d. M. nach Wien gekommen war, wurde in Haft genommen und dem Landesgericht eingeliefert."

Nach ungefähr dreimonatiger landesgerichtlicher Haft wurde Peukert, ohne daß gegen ihn strafgerichtlich weiter vorgegangen wurde, in Freiheit gesetzt und mit „Marschroute" in seine Heimat befördert. Nach kurzem Aufenthalt daselbst begab sich Peukert wieder nach Wien und begann von neuem in der Partei tätig zu sein. Die Polizei hatte auf ihn ihr Augenmerk geworfen und ließ ihn unausgesetzt beobachten. In einem der Berichte sagt diese Behörde über ihn:

„Gegen Ende des Jahres 1881 erschien auf dem hiesigen Platz der Maler Peukert, welcher längere Zeit im Ausland in Verbindung mit den dortigen revolutionären Gruppen gelebt hat. Die Annahme, daß er ein Mostscher Sendling sei, fand bald ihre Bestätigung durch die Tatsache, daß Peukert sofort in Verbindung mit der Parteileitung trat und, obzwar kurz darauf verhaftet, setzte derselbe nach seiner Entlassung respektive nach seiner Rückkehr nach Wien seine agitatorische Tätigkeit fort.

Auf dem ohnehin schon von langer Hand präparierten Boden fällt es ihm nicht schwer, Adepten für die reinsten anarchistischen Lehren zu gewinnen und nicht ohne Absicht stellt er die Frage auf, ob die alte

Programmforderung »allgemeines direktes Wahlrecht« beizubehalten sei. Gleich seinem Meister Most perhorresziert er diese Forderung, weil man mit den Parlamentsschwätzern nichtsgemein haben dürfe; es gelingt ihm durch diese Frage die ohnehin bestandene Spaltung zwischen Gemäßigten und Radikalen möglichst zu erweitern und durch die Übernahme der Redaktion der »Zukunft« die geistige Führung der letzteren an sich zu reißen."

Sehr bemerkenswert sind auch die Äußerungen August Krcals über Peukert und dessen Wirken in der österreichischen Arbeiterbewegung. Es verdient auch hervorgehoben zu werden, daß Krcal darin mit keinem Wort des Verdachtes Erwähnung tut, in dem Peukert stand, wiewohl ihm diese Tatsache zweifellos bekannt war. Der Verfasser hatte seinerzeit mit Krcal hierüber gesprochen, doch Krcal vermied es, eine bestimmte Antwort zu geben. Seine Zurückhaltung deutet darauf hin, daß er keinesfalls den gegen Peukert allenthalben in Arbeiterkreisen gehegten Verdacht zu entkräften imstande war. Krcal, der bekanntlich zur Taktik Peukerts hinneigte und der ihn gewissermaßen als einen der Bahnbrecher des anarchistischen Gedankens in Österreich betrachtete, hätte sicherlich für Peukert warme Worte der Verteidigung gefunden!

Krcal sagt in seinem Buche über Peukert und die damalige Bewegung:

„Es ist eine unbestrittene Tatsache, daß mit Beginn der Tätigkeit Josef Peukerts in Österreich die radikale Partei einen entschiedeneren Charakter annahm, wie auch, daß die Bewegung einen raschen Aufschwung gewann, vermöge der damals vorzüglichen Schreibweise der »Zukunft«, welche unter dem völligen Einfluß Peukerts stand; die Partei war denn auch im eminenten Maße mit dessen Geist durchzogen. Peukert galt als das geistige Haupt der Bewegung, besonders im Jahre 1883 nach dem Merstallinger-Prozeß, dessen Person also mit der Bewegung eng verbunden war und wir sie in das Bereich unserer kritischen Betrachtungen ziehen müssen.

Wenn wir die radikale Partei, wie sie im Jahre 1883 bestand, näher betrachten, so stoßen wir auf eine Reihe von Unklarheiten in der Auffassung der sozialistischen Ziele und Wege, wie nicht minder auf Inkonsequenzen, die uns geradezu unerklärlich erscheinen. Der Anlauf, den die radikale Partei zu jener Zeit nahm, war ein vielversprechender, zu dem die Person Peukerts nicht wenig beitrug.

Denn Peukert war es, der die beiden Schlagworte: »Durch Bildung zur Freiheit« oder »Durch Freiheit zur Bildung« zur eingehenden Diskussion durch Wort und Schrift brachte und sich auf die Seite, mit ihm die Partei, der letzteren Anschauung stellte. Diese Tatsache, so sollte man meinen, mußte zum mindesten im wesentlichen die Lossagung der radikalen Partei von den sozialdemokratischen Ideen nach der logischen Schlußforderung bedeuten. Konform dieser Anschauung erklärte Peukert auch anläßlich des Merstallinger-Prozesses auf Befragen des Präsidenten, ober die Anschauungen Mosts teile, »er sei nicht Zentralist, sondern Föderalist«, womit nach unseren Begriffen zu verstehen war, daß er anarchistischen Ideen huldige. (Warum Peukert, der doch Most überholen wollte, sich in seiner Verteidigungsrede darauf beschränkte, bloß dem Sozialismus Berechtigung zuzuerkennen, über Anarchismus jedoch völliges Schweigen beobachtete, wo er doch wissen mußte, von

welcher ungeheuren propagandistischen Wirkung dies auf die Außenwelt sein mußte, mögen die Götter beantworten.

Aber Peukert war es endlich auch, der die Propaganda der Tat zur Geltung brachte. Das alles waren gewiß Motive, die zu der Annahme berechtigten, daß die Partei sich in der Richtung der Anarchie zu bewegte. In Vertrauenskreisen erklärte Peukert wiederholt, Gegner des Autoritätsprinzips zu sein, im Gespräch vom Anarchismus. Und doch nannte sich die Partei die sozialdemokratische, wie uns der Titel der »Zukunft« als Zentralorgan der »sozialdemokratischen Partei Österreichs« am besten beweist. Wo blieb da die Konsequenz? Kurz nach dem Merstallinger-Prozeß fand in Drehers Bierhalle in Wien eine von vielen tausenden Proletariern besuchte Volksversammlung statt, in welcher Peukert als Hauptredner die Ziele der radikalen Partei erläuterte. Die Quintessenz seiner Ausführungen war: »Die Beseitigung des Grundübels alles Elends, die privatkapitalistische Produktionsweise durch die gemeinschaftliche, genossenschaftliche zu ersetzen.« Dieselbe Idee, der Kommunismus, wie ihn die Sozialdemokraten auch nicht anders meinten.

Wo blieb da der Anarchismus? Statt Kommunismus und Anarchie als den idealen Gesellschaftszustand in erster Linie zu lehren, wie es einmal der eingenommene Standpunkt erforderte, suchte man die Massen für den Terrorismus zu erziehen. Wer die Überzeugung gewann, daß die Gewalt die Geburtshelferin einer Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft im Sinne des Sozialismus sei, fühlte sich als Anarchist; vollends derjenige, der kein Mittel, ob praktisch oder nichtpraktisch, zur Erreichung des Zieles mit Hintansetzung seines Lebens anwendete. Schließlich galt in Österreich der Terrorismus als Anarchismus, unter welcher Beziehung er fast ganz zusammenbrach. Die ideale Anarchie aber war der großen Masse — ein spanisches Dorf. So war es denn möglich, daß von den höchsten Spitzen des Staates bis herab zum sozialdemokratischen Führertum Triumphe gefeiert wurden: »Der Anarchismus ist überwältigt; der Anarchismus ist tot; es gibt keinen Anarchisten mehr in Österreich!«"

„Das war der Siegeston aller Feinde. Der Umstand also, daß die anarchistisch-kommunistischen Lehren so gut wie gar nicht propagiert wurden, teils weil es an dem nötigen Wissen mangelte, teils weil man die Gewalttaktik als oberstes Prinzip betrachten zu müssen glaubte, dem jede andere Tätigkeit untergeordnet wurde, hatte mithin zur Folge, daß die Bewegung bei voller Entfesslung der Reaktion nur Niederlagen zu erleiden hatte; die energischen Elemente wurden kampfunfähig gemacht, indem man sie von Land zu Land trieb; ein Teil verfiel abgespannt dem Nichtstun, ein anderer begann am »Anarchismus« zu zweifeln und der Rest war zu ohnmächtig, um etwas zu leisten.

Die schließliche Begeisterung für Revolution und nicht Ideale, da doch das eine das andere bedingte, hatte zwar die Partei zu raschen Fortschritten in puncto Ausbreitung gebracht, aber es war ein Bau auf sandigem Boden. Hätte man nicht nur immer die Geister für Gewalt animiert und mehr die Gehirne im Sinne der idealen Anarchie revolutioniert, es wäre nicht möglich gewesen, daß nach einer solchen ereignisvollen Zeitperiode, wo Hunderte von Parteiangehörigen verbluten mußten, die Sozialdemokratie Oberhand gewann und auf Kosten der gefallenen Opfer förmliche Orgien zu guter Letzt feierte und noch heute, wo wir dies niederschreiben, feiert!

Erst in diesem Jahre — 1896 — als sich die Bewegung allmählich erholte, lernten die fähigeren Träger derselben den Terrorismus von der idealen Anarchie unterscheiden; erst da gab es Sozialisten, die den Anarchismus begriffen und, wo es möglich war, propagierten ..."

Über die Spaltung in der sozialdemokratischen Partei und den „Aufschwung der Radikalen" sagt August Krcal*) unter anderm:

„Die Gefügigkeit der Parteiführer gegenüber der Regierung ermutigte den Grafen Taaffe. Er nahm mit Besorgnis wahr, daß die Londoner »Freiheit« immer größere Verbreitung fand, wodurch die Partei immer mehr unter deren Einfluß zu stehen kam. Dies schien der Regierung selbstverständlich in hohem Grade gefährlich und so mußte daran gedacht werden, den ausländischen Einfluß, worunter sie die »Freiheit« verstand, zu brechen. Die Regierung ließ also den Parteiführern (selbstverständlich alles »privat«) sagen, wenn sie aufhörten, die »Freiheit« zu verbreiten, beließe man gern den Arbeitern größere Bewegungsfreiheit und sie können ungeniert Propaganda für eine auf dem Boden des Gesetzes stehende Partei machen. Doch nur ein kleiner Teil erklärte sich mit dem Vorschlag einverstanden. Es waren dies die Sozialdemokraten, Anhänger der deutschen Reichstagsfraktion, welche sich gegen die »Freiheit«, der größere Teil aber für die »Freiheit« aussprachen. Die offene Spaltung der Partei war zur Tatsache geworden. Die einen, welche sich gegen die »Freiheit« erklärten, nannten sich die »Gemäßigten« und befürworteten zu ihrer Kampfesweise nur gesetzliche Mittel, die anderen, welche für die »Freiheit« eintraten, nannten sich die »Radikalen«, kämpfend mit allen Mitteln ..."

„Die ersteren, die »Gemäßigten«, erstrebten also die Umgestaltung der Gesellschaftsordnung auf friedlichem, gesetzlichem Wege, und zwar einzig und allein auf Grund des einmal erlangten allgemeinen und direkten Wahlrechtes, um die »politische Macht« zu erobern. Daneben erstrebten sie gewisse wirtschaftliche und soziale Reformen.

Die letzteren, die Radikalen, vertraten den Standpunkt, daß die Beseitigung der bürgerlichen Gesellschaft und deren Ordnung nur durch Radikalmittel möglich sei, und zwar dadurch, daß das Volk unausgesetzt durch Wort und Schrift über die Unhaltbarkeit und Ungerechtigkeit der herrschenden Zustände aufgeklärt, mit den Ideen des Sozialismus vertraut gemacht und zu revolutionärem Handeln erzogen wird. Der Parlamentarismus wurde als antirevolutionär und zur Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes ungeeignet erklärt.

Wie man sieht, gab es hier in der Tat tiefgreifende Tendenzen, die die Spaltung der Partei zur Folge hatten. Wohl waren dies nur taktische Differenzen, allein der Weg der beiden Parteien mußte notwendigerweise auch zu verschiedenen Zielen führen.

Während der so verfochtene taktische Standpunkt der Gemäßigten zur sozialdemokratischen respektive staatssozialistischen Weltanschauung führte, mußte der Standpunkt der Radikalen mit logischer Konsequenz die anarchistische Weltanschauung zum Ausgangspunkt haben. Und doch gab es bis dahin noch keine theoretischen Gegensätze. Beide Parteien waren Anhänger des marxistischen Kollektivismus und beide befürworteten eine kommunistische Gesellschaftsorganisation, basierend auf demokratischer Grundlage.

*) Aus dem schon zitierten Büchlein „Blätter aus der Geschichte der Arbeiterbewegung Österreichs". Eine kritische Darlegung von August Krcal. Verlag Freie Generation. 1913.

Es läßt sich nicht verkennen, daß beide Parteien im Anfang und auch noch später ziemlich im unklaren tappten. Hatten die Gemäßigten auf die politischen Forderungen naiverweise fast ihre ganze Macht verlegt und gleich den deutschen Parlamentssozialisten all ihr Heil davon erwartet, wie auch, daß sie auf einen ruhigeren Übergang in die zukünftige Gesellschaft nicht oder nur wenig zweifelten, so hatten die Radikalen dagegen wieder unterlassen, die Theorie in Einklang mit ihrem praktischen Vorgehen zu bringen. Hieraus ist ersichtlich, daß beide Richtungen damals noch nicht vermochten, die gegensätzlichen Weltanschauungen sich klar im Geist vorzuführen.

Im Jahre 1881 sehen wir die radikale Partei in Österreich im wackeren Vorwärtsschreiten begriffen; sie beherrschte bereits die Situation. Die gemäßigte Partei dagegen schmolz auf ein kleines Häuflein zusammen, welches seine Zusammenkünfte im politischen Verein »Wahrheit« pflegte. Nicht lange nach der Spaltung gründete diese Partei noch die »Wahrheit«, ihr geistiges Organ, welches gegen die radikale Strömung bis zum letzten »Atemzug« anzukämpfen suchte; freilich mit — Mißerfolg.

Die Begeisterung und Tatkraft für die revolutionäre Idee war nur in den Reihen der Radikalen zu finden. Die »Zukunft«, das nunmehrige Zentralorgan — nachdem der »Volksfreund«, welcher sich für die Gemäßigten erklärte, nicht mehr als Zentralorgan anerkannt wurde, verlegte man ihn nach Brünn, wo er heute noch existiert — führte eine vorzügliche populäre Sprache und fand in immer weiteren Kreisen Eingang. Es wurde organisiert, agitiert und wieder organisiert, wo es etwas zum Organisieren gab: Gewerkschaften, Gruppen, offen und geheim, wie es eben paßte, wurden ins Leben gerufen und entwickelten neue Tätigkeit.

Aber von da an begannen auch schon die Opfer zu fallen ..."

„Für die Regierung gab es keine Täuschung mehr, die radikale Partei gewann die Oberhand und verbreitete sich zum Schrecken der Vertreter des Geldsackes in raschem Tempo. Die Regierung zeigte ihre Macht, der Polizeiapparat ward in vollen Gang gesetzt. Verhaftungen und Prozessierungen unter den nichtigsten Vorwänden standen auf der Tagesordnung. Kein Tag verging, wo nicht die Tagespresse über neue Verhaftungen und Maßregelungen aller Art zu berichten gewußt hätte. Die Vernichtungssucht wurde zum leitenden Grundsatz der Verfolger nach mißliebigen Personen gemacht.

Die Konfiskationen der radikalen Presse machten sich die Staatsanwaltschaften zur Gewohnheit. Die Blätter hatten infolgedessen ein eigentümliches Aussehen; ganze Spalten blieben ungedruckt, mit dem mehr als bekannten Wort »Konfisziert« versehen. Was anderes als Haß und Empörung auf seiten des arbeitenden Volkes konnte ein solches Verfahren erzeugen? Man wähnte sich im despotischen Zarenreich Rußland, und gleich den Revolutionären dieses Landes erwachte auch in Österreich die Idee des Terrorismus als ein Verzweiflungsmittel zum Zweck."

Diese Ausführungen Krcals atmen naturgemäß den Geist eines stark von Parteileidenschaft beeinflußten Schreibers. Nicht ein einziges Mal wird Krcal dem Ernst und dem wahrhaften Streben der Gemäßigten gerecht, die während all der Kampfjahre durchaus in sozialistischem und proletarischem Geiste die Massen in Österreich zu erziehen suchten. Wenn Krcal auch erwähnt, daß die Gemäßigten mit der Regierung und mit dem Grafen Taaffe zu paktieren suchten oder

paktierten, so hätte er gerechterweise auch erwähnen müssen, was ihm sicherlich nicht ganz unbekannt war, daß auch zwischen den Radikalen und ihrem Wortführer Peukert und den maßgebenden Parteiführern der Regierung Verbindungen bestanden haben, die um nichts besser waren als die der Gemäßigten.

Über die Verfolgungen, welche die Arbeiterschaft, ihre Presse und ihre Vereinigungen zu erdulden hatten, wurden schon viele Tatsachen angeführt; diese Verfolgungen galten aber stets in gleichem Maße sowohl den Gemäßigten als auch den Radikalen. Vielleicht daß je nach Laune bald die einen, bald die anderen von der Regierung und ihren Organen bevorzugt wurden. Im großen und ganzen kann sogar behauptet werden: die Radikalen standen zuzeiten in förmlicher Gunst bei den politischen Behörden und auch bei den — Gerichten!

Daß es die Regierung des Grafen Taaffe mit den Verfolgungen und mit den Maßregelungen der Sozialisten meist sehr ernst nahm, das beweisen auch die Urteile gut bürgerlicher Kreise und bürgerlicher Schriftsteller. So sagt beispielsweise Dr. Gustav Kolmer in seinem schon zitierten Buch „Parlament und Verfassung in Österreich" (III. Band) über die damaligen sozialen Verhältnisse und das Eingreifen der Regierung und ihrer Organe:

„Die grellen Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führten zu harten Lohnkämpfen in Industrie und Bergwerksbetrieben. Mit plumper Hand intervenierte die Polizei zugunsten des Kapitalismus und mit Militärgewalt glaubte man das Proletariat einzuschüchtern. Die Folge waren blutige Zusammenstöße, welche der sozialistischen Agitation neue Nahrung boten. Dann hob man das Koalitionsrecht in der Praxis auf, erschwerte die Freizügigkeit der Arbeiter, verhängte über Streikgebiete den Ausnahmezustand, arbeitete mit Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Abschiebungen und Ausweisungen. Dadurch entstand jene gefährliche Gruppe von Desperados, die sich, in ihrer Existenz vernichtet, von der Staatsgewalt zum äußersten Widerstand gereizt, dem Anarchismus in die Arme warf und die bisher indolenten Massen in Schrecken versetzte."

In jenen Tagen tauchte die Bezeichnung „Anarchisten" für Angehörige der radikalen Partei auf, die doch eigentlich zum größten Teil Sozialdemokraten waren. Was die beiden Fraktionen anfangs voneinander ernsthaft unterschied — von persönlichen Differenzen abgesehen — war keineswegs das Endziel, die Überführung der privatkapitalistischen Produktionsweise in die des Kollektivismus, sondern nur die Wahl der Mittel, dieses Ziel zu erreichen. Entsprechend dieser Auffassung zerfiel dann die früher einheitlich organisiert gewesene Partei in die Fraktion der „Radikalen" und die der „Gemäßigten". Vertraten die letzteren immer die Anschauung, daß die Erringung der politischen Macht eines der hauptsächlichsten Mittel sei, um zur ökonomischen Macht und schließlich zur Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne zu gelangen, so wurde die Erringung des allgemeinen Stimmrechtes von den „Radikalen" perhorresziert und als untaugliches Mittel auf das heftigste bekämpft.

Es wurde von den „Radikalen", entsprechend der internationalen Taktik der „revolutionären" Sozialisten, der Kampf gegen die Machthaber in Staat und Gesellschaft mit „allen Mitteln", auch mit solchen der „Gewalt", propagiert.

Später erst erwuchsen außer der „Taktik" zwischen den beiden Fraktionen noch große programmatische Gegensätze, abgesehen von jenen der Organisationsform. Hatte der neue Sozialismus seine Grundgedanken der deutschen Philosophie entnommen — es führte ja ein Weg von Hegel zu Marx und zum internationalen Sozialismus — so begann auch die „Anarchie" ihre Grundlehren mit philosophischen und Weltanschauungsgedanken zu verbrämen*). Aus Kollektivismus im wirtschaftlichen und politischen Sinne wurde der Individualismus die Grundlage des Anarchismus, basierend auf Lehren der Russen Bakunin und Krapotkin; viel, viel später wurden Max Stirner, der Verfasser des Buches „Der Einzige und sein Eigentum", sowie endlich Friedrich Nietzsche, zumeist von sogenannten Individualisten der Bourgeoisie, zu Philosophen des Anarchismus erhoben. Die „Herrschaftslosigkeit" wurde zum Ideal in gewissen Kreisen, nicht etwa des Proletariats, sondern der verwöhnten und entnervten — Bourgeoisie.

In Frankreich wurden die ökonomischen Lehren Proudhons, der bekanntlich das geflügelt gewordene Wort „Eigentum ist Diebstahl" prägte, als einer der Propheten des Anarchismus zu Hilfe gerufen, wiewohl gerade dieser französische Nationalökonom weit näher dem Bürgertum, namentlich dem kleinen Bürgertum, steht als die großen deutschen und englischen Sozialisten. Im übrigen fanden in Frankreich, wie in den romanischen Ländern überhaupt, die anarchistischen Theoreme immer mehr Anhang als in Mitteleuropa, wo die Organisation der Arbeitermassen und ihre wirtschaftliche und politische Aufklärung eine viel tiefere war und wurde.

Der Unterschied zwischen den deutschen und romanischen Sozialisten war lange ein tiefer, entsprechend dem Nationalcharakter und den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen.

Aber das muß immer im Auge behalten werden, daß die „Anarchisten" in Österreich aus den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts nichts weniger als ökonomisch und politisch geschulte Leute waren, die ein klar umschriebenes Endziel vor Augen hatten. Aus keiner der Reden oder Schriften der „Anarchisten" jener Tage geht hervor, daß ihnen etwa ein soziales Zukunftsprogramm vorgeschwebt wäre wie wirklichen Anarchisten der späteren Periode. Sie waren vielmehr, wie schon hervorgehoben, in bezug auf das Endziel gleicher Anschauung wie die gemäßigte Sozialdemokratie und nur in der Wahl der Mittel zu dessen Erreichung „Anarchisten", das heißt Vertreter der Anwendung von Gewaltmitteln zur Änderung oder „Sprengung" der bürgerlichen Gesellschafts- und Staatsordnung. Auch Peukert und seine Anhänger huldigten diesen Lehren.

*) Von Friedrich Engels stammt der bekannte Satz: „Wir deutsche Sozialisten sind stolz darauf, abzustammen nicht nur von Saint-Simon, Fourier und Owen, sondern auch von Kant, Fichte und Hegel."

Ausnahmezustand und Sozialpolitik

Die Jahre 1882 und 1883 waren sowohl für die nächsten Schicksale der österreichischen Sozialdemokratie als auch für die Geschicke des österreichischen Staates von der größten Bedeutung. Die Verhältnisse in der österreichischen Partei gestalteten sich überaus schwierig und wechselvoll, zumal die Kluft zwischen den beiden Fraktionen, den „Gemäßigten" und „Radikalen", eine immer größere, nicht mehr zu überbrückende wurde. Wenn die sozialdemokratische Partei des Deutschen Reiches trotz der Bismarckschen Ausnahmegesetze ihre volle Einheit bewahren konnte — abgesehen von einzelnen „Keimzellen" Most scher Provenienz — und wenn sie an ihren altbewährten Grundsätzen festhielt, so zeigte sich in Österreich, namentlich in den Industriezentren und in den Städten, die Abkehr der Massen von jenem Programm, dessen leitender Punkt die Erringung der politischen Rechte und vor allem des Wahlrechtes für den gesetzgebenden Körper und damit die Erringung der politischen Macht im Staate war.

Hier klaffte der erste große Zwiespalt zwischen den beiden Gruppen; später erst kamen hiezu noch weitere große Gegensätze in Organisation, Taktik und im — Endziele. Während die Gemäßigten und ihre Wortführer durch Anwendung aller „gesetzlichen" Mittel zuvörderst eine Besserung des materiellen Wohles der Arbeiterschaft anstrebten und einer wirklichen Sozialreform, die geeignet gewesen wäre, die Hebung der Wohlfahrt der Massen herbeizuführen, um sie für den Kampf gegen den Kapitalismus widerstandsfähig zu machen, nicht abgeneigt waren, wiesen die Radikalen schroff alle Vorschläge von sich, die auf ein „Flickwerk des sozialen Staatskörpers" hinausliefen. Das ewige fruchtlose Parlamentieren und Petitionieren, wie es von seiten der Gemäßigten geübt worden war, wurde von ihnen als ein zur Befreiung der Arbeiterklasse gänzlich untaugliches Mittel angesehen und darum für verwerflich erklärt. Nur im Umsturz der bestehenden Ordnung, der staatlichen wie gesellschaftlichen, erblickten sie das künftige Heil der arbeitenden Klassen; Umsturz der bestehenden Ordnung, Beseitigung der kapitalistischen Produktionsweise, war ihre Losung. Um dieses Ziel zu erreichen, hielten sie die Anwendung aller Mittel, auch die der Gewalt, für richtig und empfehlenswert.

So groß war in jenen Jahren schon die Verzweiflung der Massen, die verelendet und entrechtet waren, daß sie diesen Lehren einer Desperadopolitik Gefolgschaft leisteten, nicht nur in Wort, sondern auch in — der Tat! Wenn derartige Doktrinen in den Herzen und Köpfen Hungernder und Entbehrender schon allmählich Raum finden konnten, so lag der größte Teil der Schuld an den Regierenden, an den Besitzenden, die ohne die leiseste Regung sozialer Einsicht und Erkenntnis mitleidslos an den Leiden der Tausenden vorüberlebten, die schließlich in düsterer Not verkamen. Für die tausenden Besitzlosen, denen unverdient ein grausames Schicksal nur das Los harter Arbeit und bitterer Sorge zugeteilt hatte, gab es im Staate nur ein Gesetz: das Strafgesetz, das gehandhabt

wurde von einer Polizei, die noch immer in den Traditionen des Vormärz ihres Amtes waltete, und von Gerichten, die in allen Bestrebungen nach Freiheit und Emanzipation, nach Erlangung politischer und wirtschaftlicher Rechte nichts anderes sahen als nackten Hochverrat und frevelhaften Aufruhr.

Mußte sich da nicht allmählich der Gedanke durchringen, daß dem Schrecken, der von „oben" ausging, auch einmal von „unten" Schrecken entgegengesetzt werden könne, daß auf Anwendung von Gewalt der Behörden schließlich mit der Gewaltanwendung der Massen oder einzelner aus der Masse geantwortet werden könnte, geantwortet werden müßte? War dies nicht tief begründet in der Psyche der unaufgeklärten Massen? Jahre hindurch wüteten Willkür und Gewalt von oben, ehe der unheilvolle und aussichtslose Krieg gegen die Staatsgewalt begann und ehe Wort und Tat vom „Umsturz aller bestehenden Ordnung" die im arbeitenden Volke weithin schallende Losung wurde. Hatte man nicht „oben" selbst alle Gesetze einer freiheitlichen Verfassung mißachtet, wenn die Arbeiterklasse sich anschickte, den gesetzlich gewährleisteten Gebrauch von ihnen zu machen? Haben nicht Polizei, Staatsanwälte und Richter stets sofort mit rauher Hand eingegriffen, um das freie Wort zu knebeln? Wurden nicht Zeitungen beschlagnahmt, Vereine aufgelöst und Redner und Redakteure eingekerkert, oft unter den nichtigsten Vorwänden? Hatten im Falle von Arbeitseinstellungen nicht Gendarmen und Soldaten die Streikenden mit Säbeln und Bajonetten in die Fabriken und Bergwerke getrieben? Standen nicht der ganze Staat und seine Behörden ausschließlich im Dienste der Besitzenden, der Mächtigen, der Unternehmer?

Während überall in Europa der Arbeiterschaft politische und gewerkschaftliche Freiheit gesetzlich eingeräumt war, hat man hier von Amts und Rechts wegen durch Jahrzehnte die Gesetze geradezu mit Füßen getreten. Konnte es unter solchen Umständen anders sein, als daß allmählich der Sinn für Recht und Gesetz auch in den Massen erstarb, die nach ihren Erfahrungen schließlich im Staate nur ihren Feind, ihren mächtigsten Bedränger sahen? Im gesetzgebenden Körper erhob sich keine Stimme zugunsten der Leidenden, die der Ausbeutung und Auspowerung erbarmungslos preisgegeben waren. Mußte nicht gegen diesen gesetzgebenden Körper, den die Massen mit richtigem Instinkt als das ansahen, was er in Wirklichkeit war: die unantastbare Schar auserlesener Besitzender und Unternehmer, sich der Haß aller Erniedrigten und Beleidigten kehren? Mußte sich dieser Haß nicht allmählich steigern zu jenem furchtbaren Empfinden, daß eine Befreiung von allen Qualen nur möglich sei, wenn alle die Hemmnisse beseitigt würden, die zugunsten der Besitzenden aufgerichtet worden waren?

Die Wortführer der Radikalen brachten so eigentlich nichts anderes in ihren Zeitungen, in ihren Flugschriften, in den geheimen Versammlungen*) — öffentliche ließ ja die Behörde nicht zu — zu Gehör, als

*) Das Organ der Wiener radikalen Partei „Zukunft" (Nr. 78 vom 28. Dezember 1882) schrieb unter dem Titel „Eine mögliche Frage":

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß in mancher Werkstätte unserer Millionenstadt, ja vielleicht sogar bei manchem Genossen, der mit dem Wesen des Sozialismus und der feindlichen Stellung der herrschenden Klassen gegenüber

was in der Brust der Verzweifelten schon lange lebte: den Haß und die Empörung gegen alles Bestehende. Mit Hohn und Spott wurden alle die Bedächtigen übergossen, die noch immer von Gesetzgebung und Regierung eine Milderung der Leiden des arbeitenden Volkes erwarteten und die der ruhigen Fortentwicklung des Klassenstaates zu einem sozialen

demselben mit sich selbst im reinen ist, die Frage auftauchte, warum schon solange keine öffentliche Volksversammlung abgehalten wurde.

Monate sind schon verflossen seit der letzten so zahlreich besuchten Versammlung und noch immer hört man nichts, daß die Interessen des Volkes wieder einmal öffentlich besprochen werden sollen, — hat sich vielleicht schon gar mancher von Not gepeinigte Arbeiter und Familienvater, der die heutigen Verhältnisse gerne als Antiquität in ein Museum schaffen möchte, gedacht.

Und tatsächlich hat die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung keinen ähnlichen Fall aufzuweisen, daß in Wien so lange keine Volksversammlung abgehalten worden wäre. Dies ist wirklich eine ganz neue Erscheinung und wir sehen uns verpflichtet, auf dieselbe näher einzugehen.

Die Arbeiter Österreichs haben sich mit wahrem Heißhunger des ihnen im Jahre 1867 gebotenen Versammlungsgesetzes bemächtigt und in demselben das wahre Universalmittel zur Erreichung des sozialdemokratischen Staates lange Zeit gesehen.

Es hat ihnen die Erkenntnis gemangelt, daß dieses Gesetz als notwendiges Palliativmittel gegen die momentane Situation und die drückenden Verhältnisse überhaupt benützt wurde. Nach 14jähriger Erfahrung haben sie endlich den zweifelhaften Wert desselben erkannt und auch dementsprechend dessen Benützung geändert.

Jeder Genosse, der die unzähligen Volksversammlungen in Wien besucht hat, weiß, daß die Redefreiheit in denselben so beschränkt ist, daß es keinem Redner, mag er noch so gewandt sein, möglich ist, die Stellung der verschiedenen politischen Parteien dem Arbeiterstand gegenüber klar und deutlich auseinanderzusetzen, die wahren Ursachen des Volkselends aufzudecken und die Mittel und Wege zur sozialen und politischen Emanzipation des vierten Standes anzugeben.

Das Gesetz an und für sich und dessen Auslegung und Handhabung von der politischen Behörde erlaubt uns höchstens die Organisation des Volkes anzupreisen, von derselben in einer „unbestimmten Zukunft" Erfolge zu versprechen und weiter nichts Nennenswertes. Durch die fortwährenden Versprechungen, daß etwas geschehen muß, und das Vertrösten auf die Zukunft muß ein jeder Redner wider seinen Willen das Volk irreführen, er weckt in den Arbeitern Hoffnungen, von deren Nichterfüllung er überzeugt ist, verbreitet dadurch eine sehr schädliche Meinung, und anstatt der Sache des Volkes zu nützen, schädigt er dieselbe.

Das Volk, auf diese Weise irregeführt, hofft und wartet immer auf seine Erlösung aus den drückenden Verhältnissen und in der Meinung, daß seine Handlungen nur nach den Rezepten der Volkstribunen fruchtbringend sein können, dieselben aber nie ausgeführt wurden und irrig sind; so bewegt sich das ganze Volk in unfruchtbarer Tätigkeit und eignet sich eine Lammsnatur an, welche nur verderbenbringend sein kann.

Wenn wir uns nach den Erfolgen, welche wir durch die Volksversammlungen erreicht haben, umsehen, so finden wir gar keine; aber eine verkehrte Anschauung über die gesellschaftlichen Rechtsverhältnisse finden wir zu unserem Bedauern genügend verbreitet

Die teilweise richtigen Ansichten, die das Volk zu jeder Zeit bewies, sind durch die Volksversammlungen verwässert und es kostet neuerliche Arbeit um den Schaden wieder gutzumachen.

Nachdem uns aber kein anderes Mittel zur Verfügung steht als die Privatagitation (geheime Agitation, Anm. d. Verf.), so müssen wir

Gemeinwesen das Wort redeten. Sie wurden in der Regel als Volksverräter gebrandmarkt, als Söldlinge der Regierung ...*).

Graf Eduard Taaffe, der an der Spitze einer slawisch-klerikalen Regierung stand, kannte aus den Berichten seiner unterstehenden Behörden recht wohl die Stimmung in der organisierten Arbeiterschaft; und

---

uns derselben mit Anspannung aller Kräfte bedienen. Keine Stunde, ja keine Minute sollen unsere Genossen unbenützt vorübergehen lassen, um ihre Anschauungen von der Brust weg unter den Arbeitern zur Geltung zu bringen. Nur auf diese Art, wo man wahrheitsgemäß alles besprechen kann, kann unter dem Volke die notwendige Überzeugung, die zu einer Änderung der bestehenden Verhältnisse zugunsten der Arbeiterklasse erforderlich ist, zustande gebracht werden.

Die Nutzlosigkeit der Volksversammlungen ist also die Ursache, daß in Wien schon lange keine solchen einberufen wurden.

Wir verzichten auf die bisherige Art der Benützung des Versammlungsgesetzes, und nur wenn Ereignisse eintreten, die eine Kundgebung des Volkes notwendig machen, werden wir eine Volksversammlung anzeigen."

So groß war schon 1882 der Pessimismus in den Massen des arbeitenden Volkes, daß man leichten Herzens auf die Ausübung eines für die Agitation so wichtigen Mittels wie das der Volksversammlungen leichten Herzens verzichtete. Freilich hatten auch die politischen Behörden alles dazu getan, um durch die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes dieses Mißtrauen und eine solche Mißachtung hervorzurufen. So hatte „man" die Arbeiterschaft förmlich dazu genötigt, sich geheim zu organisieren und sich im geheimen zu versammeln. Es bedurfte dann jahrelanger Bemühungen, die Massen wieder zur öffentlichen Vertretung ihrer Interessen zu bewegen. Eines der großen Verdienste Viktor Adlers war es, die österreichische Arbeiterschaft wieder in die Öffentlichkeit gerufen zu haben.

Freilich zum großen Mißvergnügen der maßgebenden Kreise in Österreich!

*) Welche Gedanken damals im österreichischen Proletariat lebendig waren, zeigt ein von den Radikalen 1883 verbreitetes Flugblatt (im Vergleich zu späteren Flugblättern noch zahmer Art), ein „Manifest der sozialrevolutionären Arbeiterpartei Österreichs an das arbeitende Volk" Es heißt darin unter anderem:

„Vergebens ringt und kämpft das Volk für eine Besserung seiner grauenvollen Lage, gleich einem Ertrinkenden klammert es sich an jeden Strohhalm, welchen die herrschenden Klassen frivol in den Ozean des sozialen Lebens werfen.

Umsonst! Immer und immer macht es die traurige Erfahrung, daß es betrogen ist. Mit Hohn und Spott werden die natürlichen Forderungen desselben von den herrschenden Klassen in den Kot getreten und jeder, der es wagt, dieselben zu verteidigen, wird wie ein Wild gehetzt, verfolgt, in den Kerker geworfen. Kurz, wir Arbeiter sind recht- und schutzlos, Sklaven der niederträchtigen Willkür privilegierter Raub- und Mordgesellen preisgegeben. Dies die Situation der Proletarier aller Länder und Staaten, insbesondere Österreichs."

Nach einer Schilderung der verheerenden kapitalistischen Wirtschaftsweise und der Verfolgungen der organisierten Arbeiterschaft durch die Behörden wird in der Flugschrift für Anwendung der Gewalt plädiert, um die Arbeiterschaft vom kapitalistischen Joch für immer zu befreien:

„Seit länger als zehn Jahren haben wir vergebens auf gesetzlichem Wege für Verbesserung unserer Lage gekämpft, haben resolutioniert, petitioniert, bis wir endlich zur Überzeugung gekommen sind, daß die herrschenden Klassen weder den Willen noch die Fähigkeit haben, irgend etwas an den bestehenden Zuständen zu ändern, weil ihre eigene Schmarotzerexistenz nur durch die Not und das Elend der Massen bestehen kann."

wie er mit den einzelnen politischen Parteien des Parlaments zu jonglieren verstand, so suchte er auch stets die beiden proletarischen Fraktionen gegeneinander auszuspielen, in dem sichtbaren Bestreben, womöglich beide seinen Zwecken dienstbar zu machen.

Im übrigen suchte er in bezug auf die Behandlung der Sozialdemokratie das große deutsche Vorbild nachzuahmen. Fürst Bismarck, von dem die ganze bürgerliche Welt glaubte und hoffte, er werde dem mächtig erstarkten Sozialismus im Deutschen Reich ein Ende bereiten, hatte vornehmlich zwei Mittel gegen den Sozialismus in Anwendung gebracht: Zuckerbrot und Peitsche, das ist Sozialpolitik und Sozialistengesetz. Dieses Rezept hatte auch Graf Taaffe gegen den Sozialismus in Österreich in Anwendung zu bringen gesucht; natürlich entsprechend der Eigenart, der Halbheit, Österreichs. Auch seine Regierung hat auf der einen Seite mit sogenannter Sozialreform die Gebreste des Gesellschaftskörpers zu heilen versucht und auf der anderen Seite Maßnahmen wider den „Umsturz" dekretiert oder dekretieren lassen. Beide Staatsmänner waren jedoch an ihrem Kampfe gegen den Sozialismus gescheitert. Und sie mußten daran scheitern, denn die Zeit war längst vorbei, da irgendein Staatsretter etwa wie im Vormärz durch brutale Zwangsmittel, wie es das Sozialistengesetz in Deutschland oder die Ausnahmezustände in Österreich waren, die ökonomische oder politisch-geistige Entwicklung aufzuhalten vermochte. Sechs Jahrzehnte nach den „Karlsbader Beschlüssen" weilands Metternich waren ja verstrichen und neue Generationen waren emporgediehen, neue Klassen der Bevölkerung waren erstanden, die an der Regierung der Staaten ihren lebendigen Anteil gebieterisch forderten!

Selbst in dem noch geistig und wirtschaftlich zurückgebliebenen Österreich konnte auf die Dauer ein System von Blut und Eisen nicht aufrechterhalten bleiben!

Graf Taaffe und seine Ratgeber erkannten den Wandel der Zeiten ganz wohl und die meisten Taaffeschen Regierungstaten zeigten auch klar, daß der österreichische Ministerpräsident dem Wandel der Tage einigermaßen Rechnung zu tragen wußte; die Regierung beschritt in der Folgezeit in vollem Bewußtsein die Bahn, die ihr die herrschenden Klassen, deren Exponent sie war, vorschrieb. Zu beklagen war es, daß die führenden Geister im Proletariat nicht in dem Augenblick, da sie erkannten, welche Wege Taaffe und die Seinen gingen, zu erfassen mochten, daß diesem der Hauptsache nach verderblichen Regime nur mutvolle Geschlossenheit und zielbewußtes und energisches Wollen der Massen gewachsen sein könne. Nur eine „Einheitsfront des Proletariats" konnte in diesem Moment wirkungsvoll dem Träger der Reaktion im Staate begegnen. Nichts war verfehlter, als in diesem Zeitpunkte Taten zu setzen, die vielleicht dem begreiflichen Empfinden jähen Zornes entspringend, als Taten eines einzelnen verständlich erschienen; aber niemals hätten die Aktionen als Ausdruck des Willens der Gesamtheit einer um Recht und Existenz ringenden Klasse erfolgen dürfen, der sie ja in Wirklichkeit nicht waren.

Man sprach in jenen Tagen viel davon, daß gewisse Handlungen, die als sichtbare Zeichen der sogenannten „Propaganda der Tat" galten, nur

Demonstrationszwecken dienten, die als gleichsam weithin leuchtende und flammende Zeichen der Not der arbeitenden Klasse darstellen sollten, Lärmsignal und Racheakt zugleich. Das waren zweifellos schwere Verirrungen, oft verübt an schuldlosen Werkzeugen einer tyrannischen Obermacht, an Einzelwesen, wie sie auch damals schon von vielen Parteigenossen als solche erkannt und beurteilt wurden, Handlungen, die nach dem Sinne ihrer Urheber geeignet sein sollten, dem arbeitenden Volke in Österreich Besserung seiner materiellen Lage oder gar Befreiung aus all seinem Leid zu bringen. Und hierin lag vor allem die große Schuld, wenn auch tragische Schuld der Führer der radikalen Fraktion der österreichischen Arbeiterschaft. Das Abschätzen und Erkennen der Tragweite von Aktionen war ihre vornehmlichste Pflicht, ihre heilige, wenn auch verantwortungsvolle Mission. Es galt ja auch nicht das Schicksal des einzelnen, sondern das Schicksal der Gesamtheit; die Verantwortung mußte auf ihnen alpschwer lasten. Die Führer mußten erkennen, daß das damalige Staatsgefüge, gestützt vom Kapitalismus und seinen Machtfaktoren, nicht zu erschüttern war von Handlungen einzelner, auch nicht von wohlorganisierten Handlungen einzelner, daß es vielmehr erst der mühsamen und wenn auch aufreibenden Aufklärungsarbeit und rastloser Zusammenfassungstätigkeit bedurfte, um eine gebietende Macht aufzurichten, vor allem tauglich zu erfolgreicher Gegenwehr. Mit leicht vergänglichen Mitteln allein, die vielleicht stark genug waren, die Volkspsyche zu erregen, die apathischen Seelen aufzupeitschen, kann im besten Falle ein Augenblickserfolg erreicht werden, niemals aber ein dauerndes Ziel. Abgesehen von der ethischen Seite solcher Einzelhandlungen im Dienste der „Propaganda der Tat".

Die führenden Männer im Lager der Radikalen waren in ihrer überwiegenden Mehrheit sicherlich nicht von jener moralischen Beschaffenheit, wie sie von den Feinden des Sozialismus und von den Gegnern im Lager der Gemäßigten hingestellt wurden: als Wahnsinnige oder als — Polizeispitzel. Ein großer Teil von ihnen war sicherlich tief von der Überzeugung durchdrungen, daß die Taktik, die sie zum Sturze der kapitalistischen Welt in Anwendung gebracht wissen wollten, die richtige sei. Der große Irrtum war aber, daß sie die Machtmittel der Regierenden unterschätzten und die des sozialistischen Proletariats überschätzten. Von den damals führenden Personen der radikalen Partei kann man sagen, sie hätten weit mehr Begeisterung als Erkenntnis gehabt; ein Urteil, das sicherlich nicht als ungerechtes erscheinen wird.

Nicht ohne Einfluß auf die Art des Kampfes, wie er von der radikalen Fraktion in Österreich geführt wurde, blieb die Einwirkung der radikalen Internationale, vor allem die der „Londoner", im Gegensatz zu der „Züricher". Die österreichischen Radikalen gerieten fast in völlige geistige Abhängigkeit von Most und seiner „Freiheit"; zumindest gehorchten ihre führenden Personen den Parolen, die von der Themse hieherkamen. (Es gibt, wie man sieht, eine Analogie mit den heutigen Kommunisten, die ihre Losungen von Moskau empfangen. Wie sich gar manche Analogie auch auf anderen Punkten zwischen den Radikalen von einst und den heutigen Kommunisten zeigt.)

Die Taktik der Radikalen mußte dem Proletariat verhängnisvoll werden in dem Augenblick, da Graf Taaffe und die Seinen inne wurden, wie klein eigentlich das Häuflein der Anhänger sei und daß er über so große Mittel verfüge, um mit einem Schlage sich der „Zerstörer der Gesellschaft" zu entledigen, wobei er zweifellos auf die tätige Mitwirkung aller Besitzenden rechnen könne. Es schien ihm geradezu willkommen, daß eine derartige „Taktik" eingeschlagen wurde, die es ihm leicht machte, den ganzen staatlichen und gesellschaftlichen Heerbann wider den Sozialismus und Anarchismus — beide Begriffe wurden geflissentlich lange von den Behörden, ja selbst vom Parlament für identisch erklärt — aufzubieten. Und so machte er eigentlich kurzen Prozeß. Er verhängte über die vom Umsturz bedrohten Bezirke den Ausnahmezustand, eine Maßnahme, von der ein Staatsmann einmal sagte, daß mit ihr — jeder Esel regieren könne. Um wieviel schlimmer mußte diese Maßnahme für das Proletariat werden, als Graf Taaffe nichts weniger als ein Esel war!

So setzte denn bald in den nächsten Jahren in der österreichischen und vornehmlich Wiener Arbeiterbewegung die Taktik ein, die man als die „Propaganda der Tat" zu bezeichnen pflegt. Sie wurde namentlich auf den anarchistischen Kongressen zu London und später auf dem von Most veranstalteten Kongreß zu Pittsburg als diejenige gepriesen, die dem Proletariat allein die ihm gebührende Stellung zu geben geeignet sei.

Auf dem genannten Kongreß einigte man sich*), gegen jedwede Beteiligung an dem bestehenden Herrschaftssystem wie an den gesetzgebenden und Verwaltungskörperschaften zu agitieren und dieselben mit allen zu Gebote stehenden Mitteln als schädlich zu bekämpfen; ebenso die Institution des Privateigentums und aller daraus entspringenden Formen der Ausbeutung. Da die herrschenden Klassen die revolutionäre Propaganda beständig mit Gewaltmaßregeln zu unterdrücken oder zu verhindern suchten, so müsse die Propaganda auch durch die Tat ergänzt werden; doch soll dieselbe den leicht erkennbaren Charakter der Rebellion gegen das bestehende Unterdrückungs- und Ausbeutungssystem tragen, um auf die indifferente Masse des Volkes propagandistisch zu wirken, das heißt dieselbe aus ihrer Lethargie aufzurütteln und sie für den Befreiungskampf zu interessieren. Dieser Teil der Taktik wurde als „Propaganda der Tat" bezeichnet.

Durch die Annahme dieses Punktes erhielt der Londoner Kongreß seine wichtigste geschichtliche Bedeutung. Wenn auch mancherlei falsche Auffassungen und infolgedessen einzelne Taten verübt wurden, die nichts weniger als propagandistisch wirkten, so sind dagegen hunderte andere Unternehmungen erfolgt, die von eminenter Bedeutung im sozialen Kampf wurden.

Aber die Hauptsache, namentlich für die deutsche Arbeiterbewegung, war der Bruch mit einer sehr verbreiteten Auffassung. Bis dahin wurde jede ungesetzliche Handlung oder gar Gewaltanwendung, selbst wenn sie aus Notwehr geschah, von sozialistischer Seite aufs schärfste verpönt.

*) „Erinnerungen eines Proletariers aus der revolutionären Arbeiterbewegung" von Josef Peukert.

Man suchte allen Ernstes das Spießbürgertum in der Gesetzesachtung zu überbieten und in allen Tonarten wurden in Wort und Schrift Lobeshymnen darüber gesungen, daß gerade die Sozialisten die wenigsten Gesetzesverletzer liefern ...

„Wir waren uns vollkommen bewußt, daß wir damit nicht nur die herrschende Klasse, sondern auch die ganze Meute der hungrigen Streber und Ehrgeizlinge unter den Arbeiterführern in schäumende Wut versetzen würden, allein das durfte und konnte uns nicht beeinflussen. Wir wußten auch, daß man gerade diesen Punkt entstellen, verdrehen und mißdeuten würde und wir konnten nichts anderes dagegen tun, als mit allen Kräften dahin zu wirken, daß nur solche Taten unternommen würden, welche die Ideen und Bestrebungen forderten; darum wurde ausdrücklich die Bezeichnung »Propaganda der Tat« gewählt und nicht »revolutionäre Tat«, wie ebenfalls vorgeschlagen worden. Endlich wußten wir auch im voraus, daß in der Ausübung solcher Taten Fehler und Mißgriffe vorkommen würden; da bei der individuellen Selbständigkeit jede vorherige Prüfung durch andere ausgeschlossen ist, oder aber durch unvorhergesehene Einflüsse die Wirkung sich in das Gegenteil von dem verwandelt, was erwartet wurde. Hier, wie in allen anderen Dingen vertrauten wir, daß die Erfahrung die beste Lehrmeisterin sein werde. Es ist unmöglich, daß sich ein unwissendes, versklavtes Volk zum selbständigen Freiheitskampf vorbereitet, ohne die Bitterkeit einer Lehrperiode voller Fehler zu überwinden."

Sturm- und Leidensjahre

Die Jahre 1882 bis 1884 waren Sturm- und Leidensjahre des österreichischen Proletariats. Sie waren durchaus ausgefüllt von den schwersten Kämpfen zum Teil gegen die Regierung, die nichts anderes tat, als mit brutaler Gewalt wider alle Organisationen der Arbeiterschaft einzuschreiten und so die Arbeiterschaft förmlich in das Lager der Radikalisten trieb, um sie dann schuldig werden zu lassen! Zum zweiten hatte die Arbeiterschaft furchtbare Kämpfe im eigenen Lager zu bestehen, Kämpfe, die nur zu geeignet waren, die breiten Massen vom Sozialismus geradezu abzuschrecken. Diese beiden entsetzlichen Feinde, die im Lager des Proletariats wüteten, verhinderten, daß sich die Arbeiterschaft zum Ringen wider ihre Bedränger zusammenschloß. So zeigte sich in den Jahren 1882 bis 1884 die Lage der sozialdemokratischen Partei Österreichs als eine geradezu trostlose. Die Zerklüftung hatte in den Reihen der Arbeiterschaft immer weitere Fortschritte gemacht, wiewohl einzelne Personen und Organisationen sich vollauf Mühe gaben, die Fraktionen wieder zusammenzuführen. Zeitweilig hatte es auch wirklich den Anschein, als ob die Einigungsbestrebungen von Erfolg begleitet würden, aber immer wieder erhob die fressende Zwietracht ihr Haupt und es wurde nur schlimmer! Mutlosigkeit und Teilnahmslosigkeit hatten die Massen ergriffen, und selbst bewährte Parteigenossen und sonst eifrige Organisationen begannen, sich vom politischen Leben zurückzuziehen und beschränkten sich ausschließlich darauf, ihren fachlichen Vereinigungen ihre ganze Kraft zu widmen.

Der „Österreichische Arbeiterkalender für das Jahr 1881", herausgegeben von Andreas Grosse, charakterisiert in zutreffender Weise die Situation mit folgendem Gleichnis:

„Wie das Polarschiff oft mondenlang eingedämmt zwischen den Eisschollen im raschen und freien Fortschreiten behindert ist, so war es auch mit dem Sozialismus in Österreich im letzten Jahre. Die Eisberge der Reaktion türmten sich ringsum in noch nie dagewesener Höhe auf und verhinderten scheinbar jede Weiterbewegung."

An mutigen Männern, die im Sozialismus immer noch ihr stolzes Ideal erblickten, fehlte es aber auch in dieser Zeit der Trübnis nicht, wenn auch die Zahl der entschlossenen und nimmermüden Kämpfer eine kleine war.

„Was unsere erlittenen Verfolgungen anbelangt, so haben dieselben das Gute, daß die zweifel- und zaghaften Elemente dadurch von uns abgestoßen worden sind. Nur bewußte und entschiedene Sozialisten sind's, die an der Partei mitwirken und eine an Zahl geringere, aber dafür disziplinierte Armee ist immer besser daran als ein großer regellcser Haufen. In puncto Disziplin bleibt uns noch viel zu tun übrig. Wir müssen gerade jetzt angesichts der vermehrten Verfolgungen treu zusammenstehen und eine fest gegliederte Phalanx bilden."

Die internationalen Kongresse in London und Chur waren auf die österreichische Arbeiterschaft nur von geringem Einfluß gewesen. Nur

allmählich und vereinzelt waren die Versuche, sich neu zu organisieren und es blieben nur Anläufe und Versuche; wenn sie auch zeigten, daß in vielen die Überzeugung weiterlebte, daß eine durchgreifende Neugestaltung in den Organisationen des Proletariats Platz greifen müsse, wenn der Sozialismus überhaupt eine achtunggebietende Macht jemals werden sollte, eine Macht, die der Bourgeoisie und dem Unternehmertum zu Leibe rücken konnte.

Den ersten Versuch im Jahre 1882, die Reihen des Proletariats wieder zusammenzuschließen, unternahm die Arbeiterschaft Mährens, die am 9. und 10. April 1882 einen mährisch-schlesischen Arbeitertag in Brünn abhielt. Der Vorsitzende Eduard Zacharias stellte in seiner Einleitungsrede als Forderungen der Arbeiterschaft auf:

Die politische Gleichberechtigung der Arbeiter mit den anderen Ständen,

freies Vereins- und Versammlungsrecht,

Aufhebung der Zwangsgenossenschaften, Errichtung von Hilfskassen unter der Verwaltung der Arbeiter, Einführung eines Haftpflichtgesetzes zum Zweck des Schutzes der Arbeiter, Ernennung von unabhängigen Gewerbeinspektoren, Anstrebung einer internationalen Gewerbe- und Fabrikgesetzgebung,

Verminderung des stehenden Heeres und Einführung einer Volkswehr.

Ein anderer Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit der Gründung von Arbeitervereinen, die von allen Rednern als dringend notwendig anerkannt wurde.

Sehr lebhaft gestaltete sich die Debatte über die Presse. Hiebei wurde hervorgehoben, daß nur die Arbeiterpresse als eine vollständig unabhängige die Interessen des Arbeiterstandes zu vertreten und zu wahren imstande sei. Die liberale Presse suche die Bestrebungen der Arbeiter zu unterdrücken, stelle die Vertreter der Arbeiter als Anarchisten, Umstürzler usw. hin, während sie selbst nur dem Großkapital diene und das Volk korrumpiere. Die klerikal-konservative Presse suche den Arbeiterstand für reaktionäre Zwecke zu gewinnen.

Der Versammlung wohnte natürlich nach der Übung der damaligen Zeit ein „landesfürstlicher Kommissär" bei, der wiederholt störend eingriff. So ließ er den Antrag auf Wahl eines Komitees zum Zwecke der Einberufung eines österreichischen Arbeitertages mit der Begründung nicht zur Verhandlung zu, „daß der gegenwärtige Arbeitertag, welcher am 10. April seine Tätigkeit abzuschließen hat, über diese Zeit hinaus niemand ein Mandat zu einer Tätigkeit erteilen kann". (Aus dem amtlichen Bericht.) Ebenso hat der behördliche Abgeordnete eine beantragte Resolution, in welcher es den Teilnehmern an dem Arbeitertag zur Pflicht gemacht wurde, die gefaßten Beschlüsse überall zur Kenntnis der Arbeiter zu bringen, aus dem Grunde zur Verhandlung nicht zugelassen, weil der Arbeitertag zu einer solchen Pflichtauferlegung nicht kompetent ist. Ein Antrag auf Erteilung eines Mißtrauensvotums an die böhmisch-mährischen Abgeordneten wurde gleichfalls inhibiert.

Der amtliche Bericht über den Verlauf des Arbeitertages schließt:

„Nach Annahme der Resolution wurde der Arbeitertag vom Vorsitzenden mit dem Bemerken geschlossen, daß es im Interesse der Regierung und der Behörden liege, wenn solche Versammlungen vor ihren Augen abgehalten werden, weil die Arbeiter dann nicht genötigt seien, geheime Versammlungen abzuhalten, bei welchen übrigens ebenfalls keine anderen Angelegenheiten verhandelt werden.

Die Abhaltung einer Volksversammlung mit der Tagesordnung: »Berichterstattung über den mährisch-schlesischen Arbeitertag« wurde, wie amtlich vermerkt wurde, von der Polizeidirektion mit Rücksicht auf den ruhigen Verlauf des Arbeitertages gestattet."

Wenn auch der Besuch des „Brünner Arbeitertages" ein recht erfreulicher war, so waren jedoch die Ergebnisse desselben nur ziemlich geringfügige. Es zeigte sich vielmehr, daß die „Gemäßigten" kaum mehr den Einfluß besaßen, um in der österreichischen Partei die Geschicke der Arbeiterschaft zu bestimmen. Auch hatten weder ihre Presse noch ihre Organisationen das Gewicht, um den Regierenden gegenüber den Willen der Arbeiterschaft zu bekunden. Der Gegensatz zwischen beiden Fraktionen war unüberbrückbar geworden. Der vielumstrittene Programmpunkt war, wie schon dargelegt, die Erlangung des politischen Stimmrechtes, das von den Radikalen als „Mumpitz" erklärt wurde; diese hatten kein Hehl mehr daraus gemacht, daß sie es als für die Befreiung des Proletariats als gänzlich untaugliches, ja schädliches Mittel ansehen, und schlossen sich demgemäß der von Most propagierten Richtung an.

Die radikale Fraktion befolgte damit nur die von der Arbeiterschaft in einigen anderen Ländern schon akzeptierte Taktik, die London als die einzig richtige und unfehlbare empfahl, die „Propaganda der Tat". Sie nannte sich wohl noch immer sozialistisch oder meist sozialrevolutionär, in Wahrheit unterschied sie sich aber in nichts von der später als anarchistisch erklärten.

Most und seine Anhänger ließen es nicht an Bemühungen fehlen, in Österreich Anhänger zu gewinnen, wiewohl hier die Hindernisse, die einer planmäßigen Agitation und Organisation im Wege standen, schier unüberwindliche waren. Aber die „geheimen Organisationen", die „Klubs", die sich allerorten gebildet hatten, gewannen doch unter der Arbeiterschaft, namentlich der Wiens, bedeutenden Anhang. Es ist bemerkenswert, daß manche Arbeiterbranchen, so vor allem die Tischler, fast durchweg der radikalen Partei angehörten und mehrere geheime Klubs hatten. Auch in einigen Bezirken Böhmens und Steiermarks, namentlich in Graz, hatten die Radikalen beträchtlichen Anhang, während im übrigen Österreich noch die Gemäßigten zahlreiche Anhänger besaßen.

Die Wiener und internationale Polizei verkündete es auch allerorten, daß die „Sozialrevolutionären" die weitaus bedeutendere Partei sei, schon um dem Publikum gegenüber die drohenden sozialen Gefahren als furchtbar erscheinen zu lassen, um in dem ihr geeignet erscheinenden Augenblick als Retterin der gefährdeten Gesellschaft auf dem Plane zu erscheinen! Dann war es ja auch bei der beabsichtigten Inszenierung

von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialisten und Anarchisten durchaus notwendig, dem zitternden Bürgertum den Schrecken, der es bedrohte, leibhaftig vor Augen zu führen!

Most saß damals im Londoner Zuchthaus und seine „Freiheit" konnte eine Zeitlang nicht erscheinen, so daß ein eigentliches Zentralorgan der anarchistischen Partei und eine Zentrale nicht vorhanden war. Bald hieß es, die Anarchisten hätten sich in die Schweiz gewendet, bald nach Newyork, wo sie ihr neues Blatt herausgeben wollten. Das Wiener Parteiorgan, die „Zukunft", war noch nicht offen anarchistisch, bezeichnete es sich ja selbst noch als „Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie", während das Wiener Blatt der „Gemäßigten", die „Wahrheit", sich „Sozialdemokratisches Organ" nannte. (In den Jahren 1881 und 1882.)

Nichtsdestoweniger kamen an die hiesigen „Eingeweihten", zumeist aus London, unausgesetzt Flugschriften und Agitationsbroschüren, die zum Kampfe wider die Bourgeoisie, aber auch gegen die „Gemäßigten" aufforderten. Die Polizei erlangte von diesen Produkten regelmäßig und rechtzeitig Kenntnis und stets wußte sie es zu verhüten, daß irgendeiner jener großen Schläge, wie sie die Anarchisten angeblich planten, gegen Staat und Gesellschaft geführt wurde. Das Polizeiarchiv enthält denn auch nahezu alle Flugschriften und Broschüren, die aus London oder der Schweiz hieher importiert wurden. Die polizeiliche Organisation bezüglich der drohenden Sozialisten- und Anarchistengefahr funktionierte tadellos!

Die finanzielle Situation der radikalen Partei war übrigens eine sehr prekäre. Ein von ihr unter dem 28. Mai 1882 herausgegebenes Flugblatt, das vermöge der „geheimen" Organisation, die natürlich der Polizei in allen ihren Verzweigungen bekannt war, beleuchtet die taktischen Pläne jener Tage. Es zeigt vor allem recht klar die damals herrschenden verworrenen und phantastischen Anschauungen, die in den Köpfen der führenden Personen lebendig waren.

Das Flugblatt, das im Hochverratsprozeß anläßlich der Merstallinger-Affäre von der Anklagebehörde als Beweisdokument herangezogen wurde, lautet:

„Freunde und Genossen!

Durch die Ereignisse, welche sich in unserer Partei in London wie in Österreich vollzogen haben, sehen wir uns veranlaßt, euch einige Vorschläge zur eingehenden Beratung vorzulegen.

Wir hoffen, daß ihr den Ernst und die Wichtigkeit derselben anerkennend, eine schnelle Erledigung treffen werdet, damit nach den vorbereitenden Ergebnissen zur tatsächlichen Erledigung geschritten werden kann. Zunächst sind die Londoner Ereignisse von großer Wichtigkeit für uns. Aus den uns zugegangenen authentischen Mitteilungen geht hervor, daß das Erscheinen der »Freiheit« in London durch die Verfolgungen sehr in Frage gestellt ist. Die dortigen Genossen beabsichtigen im Sinne der vorjährigen Beschlüsse den Platz zu verlegen, und zwar auf den Kontinent. Es steht jedoch fest, daß diese Änderung für die österreichische Bewegung von großem Interesse ist und noch mehr werden kann.

Es tritt nun an uns die Pflicht heran, die nötigen Maßregeln zu ergreifen, um aus dieser Änderung für die österreichische Bewegung den größtmöglichen Vorteil zu ziehen; das heißt wir müssen uns mit den Genossen Deutschlands, der Schweiz und Londons ins gemeinschaftliche Einvernehmen setzen, um das Nötige zu vereinbaren. Unsere einheimischen Zustände zwingen uns gleichfalls, mit fester und mutiger Hand in die Bewegung einzugreifen.

Die Reaktion erhebt immer frecher ihr Haupt. Die Unzufriedenheit des Volkes steigt gleichfalls mit wachsender Progression. Aber wir müssen es zu unserem Bedauern gestehen, daß von unserer Partei nicht die entsprechend notwendige Tätigkeit entfaltet wird, um die Bewegung vollständig nach unseren Prinzipien zu beherrschen.

Wir sehen in diesem Übelstand den Mangel einer einheitlichen Operationsbasis. Wenn wir uns nicht der Gefahr aussetzen wollen, von den Verhältnissen erdrückt zu werden, oder überhaupt etwas Ersprießliches leisten wollen, so tritt die unbedingte Notwendigkeit heran, eine solche zu schaffen.

Mit Rücksicht auf unsere Postzustände und unsere noch so mangelhaften anderweitigen direkten Verbindungsmittel ist eine derartige Verständigung rein unmöglich.

Wir machen euch daher folgenden Vorschlag: in kürzester Zeit eine Konferenz abzuhalten. Nun wird aber vielen von euch bekannt sein, wurde schon längst eine solche zwischen den österreichischen, deutschen, schweizerischen und Londoner Genossen geplant, was an der indifferenten Stellung der österreichischen Genossen in dieser Frage unterblieben ist. Jedoch würde dieselbe nach den schon gemachten Vorbereitungen speziell zustande kommen.

Wir schlagen vor, daß dieselbe auch gleichzeitig als speziell für Österreich benützt wird. Im Falle dieselbe nicht stattfinden könnte, ersuchen wir um raschen Bescheid, ob ihr für eine österreichische Konferenz seid und wann, das heißt innerhalb welchen Zeitraumes.

Wir bringen daher folgende Punkte zur speziellen Beratung in Vorschlag: 1. Freiheit. 2. Verbindungs- und Verkehrswesen. 3. Propaganda zur Agitation. 4. Herbeischaffung der Mittel, Maßregeln gegen Verrat und Spionage.

Wir ersuchen, im Falle noch weitere Punkte zur Beratung gewünscht werden, welche in den obigen nicht eingeschlossen sind, sie uns mitzuteilen.

Ferner dieses Zirkularschreiben an die euch bekannten Organisationen zu senden, aber selbstverständlich nur solchen, die des Vertrauens würdig und verläßlich sind.

Wenn möglich einige Abschriften machen und überall in eure Verbindungskreise zu senden. Nur zustimmende Gruppen und Organisationen erhalten weiter diesbezügliche Mitteilungen, ausgenommen Aufklärungen, soweit als eben zulässig.

In Erwartung, daß diese unsere Initiation ein erfreuliches Ergebnis habe, zeichnet mit

Gruß an die Revolution

Marat."

Die geplante Konferenz kam übrigens nicht zustande, denn auch innerhalb der radikalen Fraktion gingen die Anschauungen über die Taktik, die von der Partei einzuschlagen sei, sehr auseinander. Die Beschlüsse des Brünner Arbeitertages, auf dem die Gemäßigten dominierten, und das vorstehende Flugblatt der Radikalen zeigen mit

unverkennbarer Deutlichkeit die Wege, welche die beiden Fraktionen der österreichischen Arbeiterpartei gingen und fortan zu gehen entschlossen waren. Sie zeigen aber auch, daß es in absehbarer Zeit kaum möglich sein werde, die Parteien zu einigen; so groß waren die Gegensätze zwischen ihnen geworden!

Der Fraktionskampf tobte in den Organisationen allenthalben; ebenso in den deutschen Organisationen als auch in den schon zu großer Entwicklung gelangten tschechischen, wo übrigens die Gemäßigten noch die Oberhand hatten.

Mit welchen äußeren Schwierigkeiten die Partei zu kämpfen hatte und wie zerfahren die Verhältnisse waren, zeigt der Umstand, daß beispielsweise das tschechische Proletariat seinen im Sommer 1882 abzuhaltenden Parteitag unter geheimnisvollen Umständen einberufen und abhalten mußte, um nicht von den Bajonetten der Gendarmen auseinandergesprengt zu werden. Die geladenen Teilnehmer, die von auswärts an den Versammlungsort kamen, mußten eine Station vor Prag den Zug verlassen — die Polizei hatte trotzdem von der beabsichtigten Abhaltung des Kongresses Kenntnis erlangt und sogar die näheren Modalitäten und Erkennungszeichen der Delegierten erfahren — ohne „den großen Hut" und „ohne rote Krawatte" sich zum Versammlungslokal begeben. Auch über die gefaßten Beschlüsse erfuhr die Behörde die wichtigsten Einzelheiten, sicherlich ein Beweis dafür, daß selbst unter den „eingeweihten" Parteigenossen sich — Konfidenten befanden, übrigens eine Tatsache, die jahrelang zu konstatieren war.

Trotz der furchtbaren Zustände in der organisierten Arbeiterschaft unternahmen immer wieder opferfreudige Genossen den Versuch, die Fraktionen zu einigen, wenigstens eine Milderung der Gegensätze herbeizuführen. Man hätte sich schon damit zufriedengegeben, wenn wenigstens die heftigen persönlichen Anfeindungen, die in Versammlungen und in der Presse laut wurden, unterblieben wären. Viele Genossen beider Fraktionen empfanden es tief schmerzlich, daß die Anfeindungen und gehässigen Angriffe in der großen Öffentlichkeit fielen und damit der Welt der Bourgeoisie deutlich vor Augen geführt werde, wie zerrissen die Partei sei.

So wurde am 2. Juli 1882 von Angehörigen beider Fraktionen eine Konferenz nach Wien einberufen, an der auch auswärtige Parteimitglieder teilnahmen. Von der Wiener Gruppe der Gemäßigten wohnten der Besprechung die folgenden führenden Personen an:

Josef Bardorf, der Bildhauer L. A. Bretschneider, der Manufakturarbeiter Ferdinand Dorsch, der Sattler Heinrich Gehrke, der Steinmetz Hauser, die Schuhmacher Martin Kauba und Gustav Schwab und Karl Kautsky. Als Vertreter der Wiener tschechischen Arbeiter waren die Metallarbeiter Franz Nechwile und Franz Steska anwesend.

Den Gegenstand der Beratung bildeten fünf von den Brünner Delegierten formulierte Fragen.

Die erste betraf einen alten Vorwurf, der der gemäßigten Partei gemacht worden war, nämlich die Annahme und Verwendung von 500 Gulden für die Veranstaltung einer großen Volksversamm-

lung beim Schwender am 14. November 1880. Diese Angelegenheit hatte auch später noch vielfach die Diskussion unter den Parteigenossen beschäftigt. Namentlich waren es die Radikalen, welche mit der Sache die Gemäßigten verdächtigten, von der Regierung den genannten Betrag angenommen zu haben, um durch Veranstaltung einer großen Arbeiterversammlung dem Grafen Taaffe einen politischen Dienst erwiesen zu haben. Der damalige Abgeordnete Dr. Kronawetter hatte dem Genossen Andreas Grosse 500 Gulden zu dem Zwecke übergeben, die Partei möge als Gegengewicht gegen den von der deutschliberalen Partei veranstalteten Parteitag eine große Gegenkundgebung veranstalten, bei der gegen die Liberalen und ihre betriebene Politik Stellung genommen werde. Dr. Kronawetter soll hiebei erklärt haben, Graf Taaffe sichere den Rednern in der Versammlung die vollste Redefreiheit zu. Nach einer anderen Version soll der genannte Betrag „von einem Burggendarmen" dem Genossen Grosse in die Redaktion des Parteiblattes direkt überbracht worden sein"*).

Die Radikalen sahen in dem Vorkommnis — und nicht mit Unrecht — eine bezahlte Gefälligkeit für die Regierung des Grafen Taaffe und griffen deshalb die Wortführer der Gemäßigten, auch in der Öffentlichkeit, auf das heftigste an. Nebenbei bemerkt revanchierten sich die Gemäßigten ihrerseits später mit ähnlichen Verdächtigungen und Angriffen auf die

*) Die liberalen Abgeordneten Sueß, Kopp und Ruß brachten die gleiche Beschuldigung im Parlament gegen die Regierung vor; sie sagten, die Regierung Taaffe habe den Sozialdemokraten zur Zeit des deutschliberalen Parteitages vom Jahre 1880 die Mittel geboten, große Volksversammlungen zu veranstalten, um die Wirkung des Parteitages abzuschwächen.

Graf Taaffe stellte im offenen Hause jede Unterstützung der Arbeiterführer zum Zwecke der sozialistischen Agitation in Abrede. Auch habe die Regierung nicht, wie ihr vorgeworfen worden war, mit Geld — man hatte den Betrag von 500 Gulden ausdrücklich genannt — jene Versammlungen unterstützt, wo heftige Reden gegen die Deutschliberalen gehalten wurden.

Die „Affäre" der 500-Gulden-Versammlung hatte noch oft die Öffentlichkeit beschäftigt. Dr. Kronawetter erklärte, er habe den genau verrechneten Betrag seinerzeit von einem Privatmann Herrn Schneid von Treuenfels zur Veranstaltung der Versammlung erhalten. Tatsache ist aber, daß die Arbeiter zu einer Sache mißbraucht wurden, die sie gar nichts anging, nämlich zu einer Demonstration für die Regierung des Grafen Taaffe. Namentlich die Liberalen hatten später auch im Abgeordnetenhaus die Sache wiederholt zur Sprache gebracht und Geschrei darob erhoben. Als ob die Liberalen immer so ehrlich zu Werke gegangen sind! Mit Recht bemerkte einmal Dr. Adler in Besprechung dieser „Affäre": „Wenn die Arbeiter die Versammlung wollten, so mußten sie das Geld dazu auch nehmen; der erste Schritt war ein Fehler, der zweite nur natürlich und eine ganz unwesentliche Folge des ersten."

Dr. Adler bemerkte in Besprechung der Angelegenheit („Gleichheit" Nr. 8, 1. Jahrgang vom 12. Februar 1887), er sei am Tage der in Rede stehenden Schwenderversammlung im Sofiensaal (beim deutschfortschrittlichen Parteitag) gewesen. „Noch gab er (Dr. Adler) sich damals der Täuschung hin, es sei möglich, als Bourgeois unter Bourgeois für die Arbeitersache zu wirken, und der jugendlichen Illusion, der nationale Gedanke vermöge eine nationale Bourgeoispartei über das Klasseninteresse hinwegzutragen zur Vertretung und Verfechtung der Interessen des ganzen Volkes."

Radikalen, die auch nicht völlig aus der Luft gegriffen waren. Es wird in den folgenden Blättern gezeigt werden, daß gerade die Radikalen vornehmlich mit den Klerikalen und Feudalen, der damaligen einflußreichsten Regierungspartei, stets Verbindungen unterhielten.

In der Debatte über diesen Gegenstand wurde erklärt, daß die Genossen Grosse und Marschall tatsächlich den Betrag von 500 Gulden von Dr. Kronawetter in Empfang genommen hatten, aber über die Verwendung der Summe niemals Rechnung gelegt hatten.

Die zweite Frage, die formuliert worden war, richtete sich gegen die Radikalen. Sie betraf eine Rekrimination der Brünner Genossen, die anläßlich einer großen Volksversammlung beim Zobel am 23. Jänner 1882 ein Telegramm gesendet hatten, worin als eine der Hauptforderungen der Arbeiterschaft die des allgemeinen Wahlrechtes aufgestellt war. Diese in der Depesche enthaltene Forderung wurde der Versammlung nicht bekanntgegeben.

Der Delegierte Führer*) (der der radikalen Fraktion angehörte) erklärte, daß die Streichung der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes als mit den Hauptpostulaten der radikalen Partei nicht in Einklang stehend erfolgte.

Der dritte Fragepunkt betraf die Haltung des Wiener Parteiorgans „Zukunft" gegenüber der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes.

Hierüber erklärte Josef Peukert, der Wortführer der Radikalen, daß zu einer Änderung der Haltung kein Anlaß vorhanden sei; auch die Einberufung eines Parteitages, der etwa einer Klärung dieser Frage gelten könnte, wäre seiner Anschauung nach erfolglos.

Auf diese Erklärungen der Radikalen, welche die ablehnende und unversöhnliche Haltung unverkennbar bekundeten, erwiderten die Brünner Delegierten, daß sie und ihre Anhänger von nun an gegen das offizielle Parteiorgan, die „Zukunft", entschieden Front machen werden. Weiters würden sie die Einberufung eines allgemeinen Parteitages als höchst wünschenswert betreiben und diesbezügliche Verlautbarungen in der nächsten Nummer des Brünner Parteiorgans „Volksfreund" im Namen der mährischen und schlesischen Parteigenossen abgeben.

So endete auch diese Einigungskonferenz, von der sich nur wenige, besonders optimistische Gemüter einen Erfolg versprochen hatten, nicht nur erfolglos, sondern es wurden sogar die Chancen für eine künftige Verständigung noch verschlechtert, da es in der Konferenz auch zu persönlichen Verstimmungen kam; namentlich das Auftreten Peukerts in der Sitzung hatte unter den Wiener Gemäßigten, aber auch unter den Brünner Delegierten, die eigentlich als Schiedsrichter fungiert hatten, Erbitterung hervorgerufen, da Peukert sich förmlich als Parteidiktator aufgespielt hatte.

*) Der Tischlergehilfe Wenzel Führer, der wiederholt schwere Abstrafungen erlitt, gehörte zu den „Radikalsten". Er war auch Angeklagter im Merstallinger-Prozeß. Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes wanderte er nach den Vereinigten Staaten aus, wo er gegenwärtig (1922) als Besitzer eines kleinen Anwesens lebt.

In der Nummer 13 des Brünner „Volksfreund" vom 8. Juli 1882 erschien dann der folgende Aufruf:

„Werte Freunde und Parteigenossen Österreichs!

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei Österreichs hat sich seinerzeit ein Programm aufgestellt, dementsprechend dieselbe jederzeit sowohl in Versammlungen als auch in den Arbeiterblättern Propaganda zu machen suchte. Ein Parteiprogramm, das von einer ganzen Partei geschaffen wurde, kann wieder nur von einer ganzen Partei geändert, respektive einzelne Punkte desselben gänzlich beseitigt oder durch zeitgemäßere ersetzt werden. Ein von einer ganzen Partei aufgestelltes Programm soll aber doch auch von allen Parteigenossen respektiert, zum mindesten aber, wenn einzelne Genossen einen oder den anderen Punkt desselben als durch geänderte Zeitverhältnisse für die Partei nicht mehr praktisch finden, nicht Gegenagitationen inszenieren, wodurch die Partei in zwei Teile geteilt wird, sondern eine Änderung desselben wieder nur durch die ganze Partei zu ermöglichen suchen und dortselbst die Nachteile dieses Programmpunktes den Genossen zu begründen, von Gegenagitationen bis zu jenem Zeitpunkt mithin abzusehen. Dies fordert Parteitaktik und Disziplin, so handeln Genossen, denen die Förderung der Partei am Herzen liegt, die es ehrlich mit derselben meinen, die ihre persönlichen Ansichten und Interessen den Interessen der Partei unterordnen, die nicht durch ihre Rechthaberei die ganze Partei zu zersprengen drohen, kurz, so handeln ehrliche, aufrichtige und aufopferungsfähige Männer.

Nur eine solche Meinungsverschiedenheit betreffs des Punktes allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht besteht innerhalb der Wiener Genossen, da ein Teil derselben das Wahlrecht als der Partei schädlich perhorreszieren. Daß mit einem derartigen Vorgehen den herrschenden Parteien ein bedeutend größerer Dienst erwiesen wird als unserer eigenen Partei, dürfte auch dem Kurzsichtigsten einleuchten, da die Ernsteren sich nicht mit dem allgemeinen Wahlrecht in ihren Vertretungskörpern zu beschäftigen brauchen, indem sie jedem Verlangen nach demselben auf das Vorgehen der Wiener Genossen verweisen können, obzwar ein Teil der Wiener Genossen noch lange nicht die österreichische Arbeiterpartei repräsentiert, während in unserer eigenen Partei hiedurch nur Zwietracht und Uneinigkeit gesät wird.

In Anbetracht dieser Vorkommnisse erlauben wir uns über Anregung vieler Genossen mehrerer Provinzstädte unseren österreichischen Genossen den Vorschlag zu unterbreiten, es möge in kürzester Frist ein allgemeiner österreichischer Arbeitertag einberufen werden, bei welchem die Programmfrage endgültig geregelt werden soll. Dieser österreichische Arbeitertag soll auf dieselbe Weise einberufen werden wie der in jüngster Zeit abgehaltene mährisch-schlesische Arbeitertag, wie die Bauern-, Gewerbetage usw., und wenn die nicht verboten wurden, so wird voraussichtlich auch ein österreichischer Arbeitertag nicht verboten werden. Die Genossen allerorts werden dringend ersucht, diesen Vorschlag in reifliche Erwägung zu ziehen und uns ihre Ansichten hierüber recht bald bekanntzugeben. Entscheidet die größere Mehrzahl für Abhaltung des Arbeitertages, dann werden wir die Genossen einer oder der anderen Stadt veranlassen, denselben einzuberufen.

Eines müssen wir jedoch vorausschicken, und das ist: daß jeder Genosse, der ein Interesse an einer einheitlichen und starken Arbeiterpartei hat und der ein treuer und ehrlicher Anhänger derselben war und

noch ist, jeder Genosse, der für die materielle und geistige Besserstellung seiner leidenden Arbeitsbrüder ein warmfühlendes Herz hat und diese Besserstellung ernstlich und tatsächlich erstrebt; jeder, der nicht seine eigene Person und Rechthaberei über die Interessen der Allgemeinheit stellt und derselben alles andere zu opfern sucht; jeder, dem die Erringung unseres Zieles, das heißt eines menschenwürdigen Daseins nicht Neben-, sondern Hauptsache ist, der nicht eine Freude an dem Zerstören des so mühsam Aufgebauten hat; jeder, der so viel klaren Sinn besitzt, um zu erkennen, daß nur dann für unsere Arbeitsbrüder etwas Ersprießliches erreicht werden kann, wenn wir geschlossen und wohlorganisiert unsere berechtigten Forderungen an die Gesellschaft stellen können, der helfe an dem Zustandekommen dieses allgemeinen österreichischen Arbeitertages mitarbeiten. In der Einigkeit liegt die Macht! Wir wollen bauen! Bauen, nicht aber Aufgebautes zerstören. Also, Genossen allerorts, geht frischen Mutes an die Arbeit, ein diesbezüglicher Erfolg wird gewiß nicht ausbleiben.

Die Redaktion des »Volksfreund«."

Mit diesem Aufruf war eigentlich offiziell die Parole zum völligen Bruch der beiden Fraktionen der Arbeiterschaft gegeben worden.

Wenn man einen Rückblick auf die Ereignisse der letzten Jahre wirft, so wird man leicht erkennen, daß es zur Spaltung kommen mußte, zu einer Spaltung, die keinesfalls leicht zu überbrücken war, denn neben persönlichen heftigen Streitigkeiten gab es grundsätzliche Unterschiede, die nicht ohne Preisgabe leitender Programmpunkte gelöst und entschieden werden konnten.

Die ersten scharfen Gegensätze innerhalb der Partei entstanden im Herbst 1880. Damals wurde vorerst in Parteikreisen sozusagen akademisch die taktische Frage erörtert, ob das in Zürich erscheinende Organ der deutschen Sozialdemokratie, der „Sozialdemokrat", oder das von Most in London herausgegebene Blatt „Freiheit" als Parteiorgan zu gelten habe und anzuerkennen sei. Wegen dieser Angelegenheit kam es innerhalb der Wiener Parteileitung zu heftigen Auseinandersetzungen, ohne daß ein entscheidender Beschluß gefaßt wurde. Von großer Bedeutung für die österreichische Partei waren die Beschlüsse des deutschen Parteikongresses auf Schloß Wyden in der Schweiz, auf welchem die Ausschließung Johann Mosts aus der Partei beschlossen wurde. Auch der auf demselben Kongreß gefaßte Beschluß, es sei die Verwirklichung des sozialdemokratischen Programms mit „allen Mitteln" anzustreben — gegenüber dem Gothaer Programm, worin es hieß mit allen „gesetzlichen Mitteln" — hatte unter den Wiener Parteigenossen große Aufregung hervorgerufen. Es war mit einem Schlage ein Umschwung in den Anschauungen über die Taktik eingetreten und die Mehrzahl der aus jungen Parteigenossen bestehenden Parteileitung trat für Most und die „Freiheit" ein, wiewohl die Genossen Emil Kaller-Reinthal, Karl Kautsky und Josef Bardorf bestrebt waren, die Verbindung der österreichischen Partei mit der deutschen und namentlich mit dem Züricher Parteiorgan dauernd aufrechtzuerhalten; dennoch konnte eine einheitliche Stellungnahme nicht erzielt werden. Es wurden von einzelnen Wiener Parteiangehörigen rege Verbindungen mit Most in London angeknüpft;

man begann die „Freiheit" zu beziehen, ebenso die von Most herausgegebenen Flugblätter, deren „unverblümte" Sprache in Wiener Parteikreisen großen Anklang fand. Dann wurde auch die von Most angeregte geheime Organisation in Klubs, über die schon berichtet worden ist, in Wien und in zahlreichen Orten der Provinz durchgeführt. Diese Organisationsform mußten dann auch jene Parteigenossen akzeptieren, die sonst der geheimen Organisation Widerstand geleistet hatten.

Mit allen Mitteln der List wurden die Mostschen Flugblätter nach Österreich geschafft und hier verteilt, freilich auch mit großen persönlichen Gefahren der Verbreiter. So wurde das Mitglied der Parteileitung Leo Walecka wegen Verbreitung derartiger Flugblätter zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Durch die Selbständigkeit der einzelnen neu gegründeten Klubs wurde naturgemäß die äußere Einheitlichkeit der Partei zerstört, und die Parteileitung, deren Sitz damals Reichenberg war, führte nur ein Schattendasein: sie wurde von den Wiener Genossen bei jeder Gelegenheit auch auf das heftigste angefeindet. Aber noch war der Zwiespalt nach außen nicht überall sichtbar. Die ersten Symptome der Zerfahrenheit zeigten sich wohl schon auf dem Parteikongreß in Julienfeld bei Brünn vom 25. Dezember 1880, doch glückte es damals noch, den Zwiespalt zu verkleistern; es war aber bald klar, daß durch den Umstand, daß auf diesem Kongreß sowohl eine geheime als auch eine öffentliche Organisation der Partei gebilligt worden war, die Anhänger der geheimen Organisation den Sieg davongetragen hatten. Auch der Beschluß, in dem Streit der Züricher und Londoner Neutralität zu bewahren, war nicht danach angetan, die Einheit zu bewahren, da die Genossen in der Provinz im Gegensatz zu den Wiener Genossen offen für die Züricher eintraten. Die mittlerweile nach Graz verlegte Parteileitung hatte sich wohl konstituiert, allein auch ihre Autorität und ihr Einfluß waren so geringfügig, daß sie eine Einigung nicht zustande bringen konnte. Namentlich auf die Wiener zerrütteten Parteiverhältnisse blieb ihre Ingerenz völlig wirkungslos. Hier hatte sich trotz der unermüdlichen Agitationstätigkeit Bardorfs und Kautskys wohl einigermaßen eine Besserung der Situation gezeigt und es wurde von ihrer Seite die Gründung der „Wahrheit", deren erste Nummer am 4. Juli 1881 erschien, als Organ der Gemäßigten vorgenommen. Anfangs nahm dieses Blatt noch keineswegs gegen das Blatt der Radikalen, die „Zukunft", eine feindselige Stellung ein. Man gab sich der Täuschung hin, es werde möglich sein, beide Parteizeitungen nebeneinander zu erhalten, ohne daß es zu Polemiken zwischen den Blättern käme. Die endgültige Stellungnahme der Gesamtpartei sollte auf dem in Mürzzuschlag am 14. August 1881 stattfindenden Arbeitertag festgelegt werden. Hier sollten über die Beilegung des Zwistes Beschlüsse gefaßt werden. Allein die Beteiligung der Delegierten war eine so schwache, daß von vornherein ein günstiges Ergebnis der Beratungen nicht zu erwarten war; aber selbst auf dem spärlich besuchten Parteitag kamen die Mißhelligkeiten zu so schwerem Ausbruch, daß der Kongreß keinerlei positives Ergebnis hatte.

Die Behörden hielten ihre Verfolgungsmaßnahmen überall aufrecht, und auch dieser Umstand trug nicht wenig dazu bei, die proletarischen Reihen zu lockern.

Einigermaßen erfreulicher gestalteten sich die Dinge in der tschechischen Partei, wenn auch in ihre Organisationen allmählich der Zwiespalt hineingetragen wurde. Ihre Zentralleitung hatte sich in Wien etabliert, und ihr Zentralorgan „Dělnické Listy" erschien unter Leitung des verdienten Genossen Boleslav Pecka gleichfalls hier. Die politische Führung der tschechischen Partei lag in den Händen des Sattlers Zich — er wurde später vielfach verdächtigt, im Dienste der Polizei gestanden zu sein; ob mit Recht oder Unrecht, konnte niemals festgestellt werden. Aber schon nach kurzer Tätigkeit wurden auch die tschechischen Genossen von der Polizei verfolgt und eingekerkert, ihre Vereine verfielen der Auflösung, gleich den deutschen, und in den tschechischen Bezirken Böhmens kam es zu Prozessen wegen „Geheimbündelei", die durchweg mit schweren Verurteilungen endeten.

Die beiden Weltkongresse von London und Zürich hatten auf die österreichischen Parteiverhältnisse nur insofern nachgewirkt, als der Zwist in der Arbeiterschaft durch sie nur noch mehr angefacht wurde; vornehmlich die Londoner Richtung gewann hier immer mehr an Boden, vor allem veranlaßt durch eine Anzahl von aus England hiehergebrachten Flugschriften, deren Verbreitung immer mehr Opfer forderte.

Im Herbst 1881 wurde in Wien das radikale Exekutivkomitee neu gebildet. Dieses geheime Komitee bildete die eigentliche Parteileitung. Neben dem schon früher genannten Leo Walecka suchte der Maschinenschlosser Franz Motz, welcher früher Redakteur der „Zukunft" war, eine Reorganisation der Parteileitung vorzunehmen, allein er stieß auf große Schwierigkeiten, hauptsächlich wegen persönlicher Eifersüchteleien. Ein größerer Erfolg war dem Tischler Wilhelm Berndt beschieden, der, ein leidenschaftlicher Agitator, entscheidenden Einfluß gewann und die Parteileitung neu konstituierte. Er zog aus den verschiedenen Fachvereinen die verläßlichsten und entschlossensten Genossen heran. Als eine der Hauptaufgaben des Geheimkomitees wurde die Verbreitung der Londoner Flugschriften angesehen. Die Mittel für die Propaganda sollten durch allerlei phantastische Unternehmungen hereingebracht werden. Vor allem war man bestrebt, eine geheime Druckerei zu errichten; außerdem tauchten die abenteuerlichsten Gedanken zur Herbeischaffung der Kosten auf, die ihren Ausdruck dann beispielsweise im Merstallinger-Attentat im Jahre 1882 fanden ...

Die Parteileitung stand in regem Verkehr mit London und den anderen Zentren der „revolutionären" Sozialisten. Ein Hauptsitz war in jenen Tagen Budapest, wo die Partei über mehrere Organe verfügte.

Die eigene Druckerei sollte die Partei in die Möglichkeit versetzen, den Bedarf an revolutionären Flugblättern hier zu decken. Vorläufig wurde das Mitglied des Exekutivkomitees, der Redakteur des Schuhmacherfachblattes Johann Richter, damit betraut, eine Druckerei ausfindig zu machen, welche sich zur Übernahme des Druckes derartiger Blätter be-

stimmen ließe. Es fand sich eine solche, doch als kaum der Bürstenabzug einer revolutionären Flugschrift fertiggestellt war, machte der Druckereibesitzer hievon der Behörde die Anzeige und Richter wurde wegen der noch nicht verbreiteten Druckschrift vom Landesgericht Wien zu zwölf Jahren schweren Kerker verurteilt.

Die Partei erlahmte aber trotzdem nicht in ihrer Tätigkeit, sondern propagierte unausgesetzt ihre „revolutionären" Lehren.

Zwei Personen namentlich traten jetzt besonders hervor: Josef Peukert und der Tischler Hotze. Letzterer wurde Redakteur der „Zukunft". Er hatte, wie später dargelegt werden wird, hervorragenden Anteil an dem Merstallinger-Attentat, wurde jedoch bald nach Verübung des Raubes flüchtig. Seine Flucht wurde von den Parteigenossen dahin gedeutet, daß er ein „Agent provocateur" gewesen sei...

Nach Hotzes „Reise" über den Ozean wurde Peukert alleiniger Machthaber der Partei. Mit Vorbedacht benützte er vornehmlich die Frage des allgemeinen Stimmrechtes, um das alte Programm der österreichischen Arbeiterpartei durch die schroffe Negierung dieser Forderung zu durchlöchern. Die Diskussion dieser Frage wurde hier durch mehrere Artikel der Londoner „Freiheit" angeregt, in welchen die Wahlrechtsforderung verworfen wurde. Unter dem Einfluß dieser Auslassungen wurde die Wahlrechtsfrage zum erstenmal in einer Massenversammlung am 25. März 1882 öffentlich besprochen. Hiebei wurde mit ungeheurer Mehrheit der Londoner Standpunkt angenommen. Peukert perhorreszierte gleich Most jeden Parlamentarismus und erklärte nur die Gewalt als einzig wirksames Mittel zum Umsturz alles Bestehenden. Von diesem Gesichtspunkt aus veröffentlichte er in der „Zukunft" mehrere Artikel, in denen er vorerst die ökonomische, dann die politische Freiheit für die Arbeiter forderte.

Während bis dahin zwischen der „Wahrheit", dem Organ der Gemäßigten, und dem Blatt der Radikalen noch jede schärfere Polemik in der Öffentlichkeit unterblieb, traten nun die „Wahrheit" und auch die Partei der Gemäßigten mit großer Schärfe Peukert und seinen Ausführungen entgegen. Die Gemäßigten hoben vor allem hervor, daß nur durch die Erlangung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes die politische Freiheit errungen werden könne und mit der Erringung des allgemeinen Stimmrechtes auch zugleich eine günstige ökonomische Lage des Volkes erzielt würde. Der Kampf zwischen den beiden Fraktionen wurde mit großer Leidenschaft geführt und pflanzte sich in alle Organisationen mit gleicher Heftigkeit fort; er traf sukzessive gleichmäßig sowohl die deutsche als auch die tschechoslawische Partei. Die letztere suchte in einer Delegiertenkonferenz, die in der Nähe von Prag stattfand, eine Einigung herbeizuführen, doch wurden die Genossen, die an der geheimen Besprechung teilgenommen hatten, in strafgerichtliche Untersuchung gezogen und fast durchweg wegen „Geheimbündelei" verurteilt. Trotz dieses in Österreich wiederholt vorgekommenen Zwischenfalles in jenen Tagen dauerte der Kampf der Fraktionen mit unverminderter Heftigkeit fort. Er fand jetzt auch in der Öffentlichkeit seinen Ausdruck in der Parteipresse, der „Spravedlnost" („Gerechtigkeit"),

dem Organ der Gemäßigten, und in den „Dělnicke Listy“ („Arbeiterblätter“), welche die radikale Richtung vertraten und deren Wortführer Franz Rechwile war.

Den größten Anhang hatte die radikale Partei in Wien und Graz, während die meisten Organisationen in der Provinz der gemäßigten Richtung angehörten und wiederholt dem Blatte dieser Fraktion, der „Wahrheit“, zu ihrer Haltung die Zustimmung gaben. Die geistigen Leiter des Blattes waren Josef Bardorf und Karl Kautsky, die aus Zürich nach Wien zurückgekehrt waren.

So war der Stand der Dinge bis zur sogenannten Merstallinger-Affäre, deren schon Erwähnung getan wurde, die aber gesondert erörtert werden muß, zumal da mit ihr sozusagen eine neue Ära in der Parteigeschichte beginnt und von neuem von der Regierung der Versuch gemacht wurde, durch Inszenierung eines Monsterhochverratsprozesses dem Sozialismus in Österreich ein Ende zu setzen.

Die Merstallinger-Affäre

Mitten im Toben des Kampfes zwischen den beiden Parteien des österreichischen Proletariats ereignete sich ein Vorfall, der mit einem Schlage die Partei in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stellte und seinen Höhepunkt in einem Hochverratsprozeß hatte, der sich in den Tagen vom 8. bis 21. März 1883 vor den Wiener Geschwornen abspielte. Hatte der Hochverratsprozeß der Julitage des Jahres 1870 eingestandenermaßen den Zweck, dem Sozialismus in Österreich durch einen Richterspruch für immer ein jähes Ende zu bereiten, so lag auch der Veranstaltung des zweiten Hochverratsprozesses von 1883 das gleiche Bestreben zugrunde. Nur bildete hier die Verübung eines gemeinen Verbrechens, versuchter Raubmord und Diebstahl, den aller Welt zur Schau gestellten Hintergrund, der der großen Masse dartun sollte, daß die Verüber gemeiner Verbrechen in Befolgung eines Parteiprogramms, das der sozialistischen Partei, gehandelt hatten. Die radikale Arbeiterpartei Österreichs saß auf der Anklagebank, nicht jene Attentäter, die in Verblendung ein Verbrechen begangen hatten! Hatten 1870 gelehrte Richter ihren verdammenden Spruch wider den Sozialismus ergehen lassen, so hatten dreizehn Jahre später Geschworne radikale und revolutionäre Sozialisten freigesprochen, trotz des gruseligen Beiwerkes, das den Richtern aus dem Volke vorgeführt wurde. Die Anklagebehörde hat förmlich die ganze Geschichte der sozialen Bewegung im Gerichtssaal vorgebracht und einen großen Teil der sozialistischen Literatur, natürlich meist nur die exzessive und in ihrer Vehemenz abschreckende, ja Abscheu erregende, den Geschwornen vor Augen geführt. Alle Schrecken, die die sozialistische Bewegung da und dort schon hervorgerufen und in ferner Zukunft möglicherweise noch hervorrufen kann, wurden auseinandergesetzt und nicht immer in gerechtem Lichte gezeigt. Insbesondere für unsere Staaten wurden den Geschwornen die grausamsten Verwirrungen und Verirrungen prophezeit für den Fall, als ein Freispruch erfolgen sollte ...

Am 4. Juli 1882, mittags, wurde an dem in der Zieglergasse in Wien wohnhaften Schuhmacher Josef Merstallinger ein Raubattentat verübt, wobei mehrere hundert Gulden in barem und einige Schmuckgegenstände geraubt wurden. Das bei hellem Tage verübte Verbrechen rief in der Bevölkerung großes Aufsehen hervor. Erst nach mehreren Wochen, Ende August, gelang es der Behörde, die Täter, die Tischlergehilfen Josef Engel, Franz Pfleger und den Tischlermeister Wilhelm Berndt, zu eruieren, die Mitglieder der radikalen Arbeiterpartei waren. Nach polizeilichen Verhören sollen mehrere gestanden haben, sie hätten über Auftrag der Parteileitung die Tat zu dem Zwecke verübt, um Geld für die Parteikasse zu erlangen. Die Polizei pflog nun umfassende Erhebungen, deren Ergebnis war, daß an hundert Personen als Verdächtige, darunter fast alle führenden Personen der Partei, verhaftet und dem Landesgericht Wien eingeliefert wurden.

Die Verhaftung der Übeltäter wurde von der Polizei in „großer Aufmachung" der Presse mitgeteilt. War es dieser Behörde doch vor allem gelungen, wieder einmal Staat und Gesellschaft vor der revolutionären Sozialdemokratie zu retten. So wurde der Welt verkündet:

„Unter den Häftlingen befinden sich die bekanntesten Führer der hiesigen radikalen Arbeiterpartei, welche man noch vor kurzem bei der letzten Arbeiterversammlung radikaler Färbung der Reihe nach auf der Rednertribüne gesehen hat. In der Redaktion und Administration der sozialdemokratischen »Zukunft« in der Gumpendorferstraße wurde am 24. August früh eine eingehende Hausdurchsuchung vorgenommen. Hiebei wurden Korrespondenzen fäsiert, denen zufolge die Verhaftung der hervorragenden Führer der radikalen Arbeiterpartei vorgenommen werden konnte und mußte. Jene Korrespondenzen sind es auch, auf welchen die Annahme beruht, daß wir es bei dem Raubattentat an Merstallinger nicht mit dem Verbrechen zweier Subjekte, sondern mit dem ersten terroristischen Versuch einer radikalen Arbeitergruppe zu tun haben. Wenn verschiedene Anzeichen nicht trügen, dürfte der zweite Versuch auch bereits gemacht worden sein, aber nicht in Wien, sondern in Budapest. Es ist damit der im Palais Seiner Exzellenz des Grafen Julius Andrássy zu Budapest im Anfang der vorigen Woche verübte Pretiosen- und Ordensdiebstahl gemeint..." (Die Polizei hat den „zweiten Versuch" später selbst dementiert. Anm. d. Verf.)

Dann heißt es in einer weiteren Verlautbarung der Polizei:

„Seit zwei Tagen werden beim Sicherheitsbüro die Verhafteten Verhören unterzogen und haben auch mehrere der Häftlinge Geständnisse abgelegt, so daß die polizeiliche Untersuchung in kürzester Zeit zu Ende sein wird."

In Wahrheit dauerte die polizeiliche und gerichtliche Untersuchung Monate!

Die Bevölkerung wurde von der Polizei noch mehrere Tage über die „Fortschritte" der Untersuchung in Atem gehalten. Namentlich gegen die Führer der radikalen Partei suchte man stets neues, belastendes Material herbeizuschaffen und das große Publikum gegen sie einzunehmen. Hiebei suchte die Polizei natürlich ihre eigene Tätigkeit in das hellste Licht zu setzen. So wurde erzählt:

„Im ersten Drittel dieses Monats hatte die Polizeibehörde die ersten Anzeichen gewonnen, in welchen Kreisen die Täter des Attentats zu suchen sind. Die Erhebungen wurden von einem durch den Herrn Polizeipräsidenten Krticzka v. Jaden aus Beamten des Sicherheitsbüros, des Polizeiagenteninstituts und des Präsidiums zusammengesetzten Invigilierungskomitee gepflogen. Die Recherchen, bei welchen mit Rücksicht auf die Bedeutung des Falles mit aller Vorsicht vorgegangen werden mußte, beschränkten sich keineswegs auf Wien."

„Die meisten der Verhafteten haben ein umfassendes Geständnis abgelegt." (Eine Unrichtigkeit, wie im Prozeß festgestellt wurde.)

„Die Behörden haben zu Beginn des Monates August Anzeichen dafür gewonnen, daß die Täter im Lager der radikalen Sozialisten zu suchen sind. In kürzester Zeit wurden die gravierendsten Indizien gesammelt und war es zweifellos, welche Personen das Verbrechen voll-

führt und darum gewußt haben. Daß man nicht sofort zur Verhaftung der Verdächtigen schritt, hatte seinen Grund darin, daß die drei Hauptschuldigen sich nicht in Wien befanden..."

„Nach dem bisherigen ergibt sich, daß der Raub von einer Gruppe der radikalen Arbeiter, der Gruppe Hotze*)-Peukert, um sie knapp mit dem Namen ihrer geistigen Leiter zu bezeichnen, ausgeführt worden ist. Den meisten Mitgliedern der Gruppe war es tatsächlich um den von ihrem Standpunkt aus idealen Zweck zu tun, Agitationsgelder zu gewinnen und haben sie tatsächlich aus dem Raube keinen Nutzen gezogen. Ob bei anderen, denen das Geld in den Händen blieb, das gleiche Motiv bei der Konzeption des Raubes wirksam war, läßt sich wohl kaum bestimmen. Daß ihr Handeln aber, als sie das Geld bereits hatten, von gemeinem Egoismus geleitet war, ist fast zweifellos."

Einen ähnlichen Bericht über die Affäre übermittelte die Polizeidirektion auch dem — Kaiser. In dieser Darstellung heißt es unter anderm:

„Schon vor mehreren Monaten liefen hieramts Informationen, wonach die Fäseurs der hiesigen radikalen Arbeiterpartei die Geneigtheit aussprachen, gemeine Verbrechen behufs Erlangung von Geldmitteln zu verüben, welche zu Parteizwecken verwendet werden sollten. Dies wurde insbesondere bei dem Anlaß, als die Notwendigkeit der Errichtung einer geheimen Druckerei diskutiert wurde, in Aussicht genommen und hiebei betont, daß dies um so weniger gefährlich sei, als es der Sicherheitsbehörde niemals einfallen werde, »Einbrecher« unter den Sozialisten zu suchen..."

Nach einer Darstellung des Sachverhaltes wird dann gesagt:

„Diese Wahrnehmungen, welche eine schärfere Überwachung der bezeichneten Arbeiterkreise veranlaßten, fanden ihre Erklärung darin, daß durch die hierortigen Erhebungen die Verübung des erwähnten Verbrechens durch eine Gruppe der radikalen Arbeiterfraktion außer Zweifel gestellt wurde...."

„Die umfangreichen Erhebungen werden noch fortgesetzt und die Verhafteten, über welche das hiesige k. k. Landesgericht die Verwahrungshaft verhängt hat, verbleiben mit Zustimmung der Gerichtsbehörde noch vorläufig in polizeilichem Gewahrsam. Schon die ersten Nachrichten über diesen Straffall haben einen geradezu deprimierenden Eindruck auf die hiesigen Arbeiterkreise gemacht. Verwünschungen wurden laut und man beabsichtigt, Volksversammlungen einzuberufen, in welchen jede Zusammengehörigkeit mit diesen Verbrechen abgelehnt werden soll.

Nach eingelangten Berichten soll eine Kopf- und Ratlosigkeit bei den übrigen Parteiführern wie noch nie zuvor bestehen, und es wird allgemein die Äußerung hörbar, daß die polizeilichen Enthüllungen der Sache der Arbeiter den empfindlichsten Schlag versetzt haben.

Selbstverständlich werden die Gemäßigten die Affäre zu ihren Gunsten verwerten und mit um so größerer Zuversicht die Taktik der Anarchisten an den Pranger stellen."

Die Wiener Polizei hatte offensichtlich das Bestreben, aller Welt zu zeigen, daß sie wieder einmal die Staatsretterin gewesen sei! Darum ließ

*) Hotze war, wie schon erwähnt, nach Amerika geflüchtet.

sie auch durch die Presse ihr Lob in solchem Maße ausposaunen, ein Vorgang, der übrigens durchaus nicht den Beifall der — Wiener Staatsanwaltschaft fand, die sich beim Justizminister darüber beschwerte, da die polizeilichen Mitteilungen „eine nicht unbedeutende Aufregung unter der Bevölkerung hervorriefen". Der Justizminister erklärte, „er könne der Beschwerde des Staatsanwalts die Berechtigung nicht absprechen, als derartige vorzeitige und ausführliche Mitteilungen über die Ergebnisse der polizeilichen Erhebungen, also in einem Stadium, wo die Aktion der Gerichte noch gar nicht eingetreten ist, von den Journalen ausgebeutet werden, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen, auch nach Umständen geeignet sein können, den Gang der Untersuchung zu beirren und zu erschweren, ja deren Resultate in Frage zu stellen."

Die polizeiliche Darstellung der Tat hatte tatsächlich in der ganzen Öffentlichkeit das nachhaltigste Aufsehen hervorgerufen, namentlich in der organisierten Arbeiterschaft. Sowohl die Gemäßigten als auch die Radikalen waren bestrebt, vor allem volle Klarheit über Tat und Täter zu erlangen, und beide Fraktionen bemühten sich, aller Welt zu erklären, daß das Verbrechen keineswegs von Partei wegen erfolgte. Der blanke Ehrenschild der sozialistischen Partei konnte und durfte durch ein gemeines Verbrechen, das man mit den Parteigrundsätzen in Zusammenhang brachte, nicht beschmutzt werden! Selbst wenn auch der eine oder der andere der Parteigenossen in Verblendung an der Tat schuldig wäre!

Beide Fraktionen hatten zu dem Raubattentat auf Merstallinger Stellung genommen, sowohl in Versammlungen als auch in der Presse.

Das Organ der Radikalen „Die Zukunft" veröffentlichte am 14. September 1882 die folgende „Erklärung":

„Als die Korrespondenz »Wilhelm« (welche die Verlautbarungen der Polizei der Presse übermittelte) die bekannten Enthüllungen über das Attentat an dem Schuhmacher Merstallinger am Neubau vom 4. v. M. brachte und daran die weitere Bemerkung, daß das Verbrechen von der hiesigen radikalen Partei inszeniert worden sei und daß diese Tat ihren Schatten sogar ins Redaktionslokal der »Zukunft«, dem Zentralorgan der österreichischen Arbeiterpartei, werfe, knüpfte, da glaubten die Herausgeber dieses Blattes, daß die gesamte Presse, als Organ der Öffentlichkeit, es sich angelegen sein lassen würde, die Gesetze des Anstandes, der Moral und der guten Sitte nicht zu verletzen. Leider täuschten wir uns aber hierin. So ist es also demnach wahr, was wir seit Jahren von der Tribüne herab über die Korrumpierung der Presse sagten. Der ganze Wortschatz der Gemeinheiten, worüber die deutsche Sprache verfügt, wurde uns, der überwiegenden Mehrheit der Arbeiter, wie die Blätter selbst eingestanden, entgegengeschleudert und die Partei als solche als die Urheberin des Verbrechens hingestellt. Man will uns die Grundbegriffe des Rechtes beibringen, scheut sich aber nicht, uns gegenüber das Recht in höhnischer Weise zu verletzen.

Wenn irgend etwas die Berechtigung unserer Bewegung rechtfertigen würde, so ist es diese schreckliche Verdunkelung der einfachsten Rechtsbegriffe, die Verhöhnung allen Rechtes einem Gegner gegenüber, dem von allen Seiten das Wort zu seiner Verteidigung systematisch entzogen wird.

Eine jede Partei, eine jede Sekte hat ihr Kontingent zum Verbrechertum, und zwar in größerer Zahl, als es die sozialdemokratische Partei bisher zuwege brachte, gestellt, weil eben alle Verbindungen aus Menschen bestehen, und niemand ist es eingefallen, die Gesamtheit wegen dem Tun und Lassen eines einzelnen zu insultieren. Vielleicht daß sich in unserer Mitte, wie eben in jeder anderen Partei, noch mehr solche dunkle Existenzen bewegen, wir können sie aber trotzdem nicht ausschließen, insolange von ihnen die Prinzipien die Sozialdemokratie keine Verletzungen erfahren haben. Man mache uns dieselben namhaft, und wir werden dann handeln. Deshalb können wir auch in diesem Falle früher keine Entscheidung treffen, bis nicht der Prozeß beendigt ist. Würden wir, wie die Fraktion »Wahrheit« (die Gemäßigten. Anm. d. Verf.) fordert, die jetzt der Schuld Verdächtigen aus der Partei ausschließen und würde sich dann die Unschuld auch nur eines einzigen ergeben, so müßten wir wieder den ersten Beschluß umstoßen und das gemaßregelte Mitglied den Rechtsgrundsätzen gemäß in unsere Mitte aufnehmen. Ist diese Logik nicht einfach und klar?

Was das Schattenwerfen bis in das Redaktionslokal der »Zukunft betrifft, so erklären die Herausgeber, daß, wenn der mindeste positive Beweis für diese die Tatsachen auf den Kopf stellende Behauptung vorläge, das Erscheinen des Blattes von seiten der Behörde gewiß sofort untersagt worden wäre. Gar so großer Konzessionen hatten wir uns ja von dieser Seite niemals zu erfreuen, da eine Nummer der »Zukunft« einmal 32 weiße Stellen aufwies. Ferner erklärten sie, daß die bei der Merstallinger-Affäre »etwa« Beteiligten, außer dem Redakteur Josef Peukert (dieser wurde erst nach Verübung des Attentats Redakteur, wie weiter unten ausgeführt ist) auf die Leitung des Blattes schon lange keinen Einfluß besaßen, wie sich denn überhaupt der Redakteur den Herausgebern fügen muß. Die anderen waren der Redaktion mehr oder minder unbekannt. So fungierte Heinrich Hotze vom 10. bis 24. November v. J. als Redakteur und Herausgeber, und als er dann plötzlich verhaftet wurde, übernahm Ign. Formanek die Redaktion des Blattes, welche er bis zum 23. Februar l. J., also bis zu seiner Flucht*) innehatte. Hotze fungierte zwar wohl noch bis zum 8. Juni als Herausgeber, doch ist dies dadurch zu erklären, daß Hotze bei seiner plötzlichen Verhaftung die Herausgeberschaft nicht zurücklegen konnte. Nach Formanek führte Josef Hybesch die Redaktion, welche er am 8. Juni, als am Tage seines Strafantrittes, zurücklegte; von diesem Zeitpunkt an führte Franz Schustaczek die Redaktion, und zwar bis zum 27. Juli d. J., von welchem Tag an Josef Peukert als Redakteur des Blattes eintrat, auch der letztere unterstand wie alle andern Erwähnten den Herausgebern.

Zum Schlusse sprechen wir nur das Bedauern aus, daß von seiten unserer Gegner das Verbrechen zur Förderung ihrer Nebenabsichten benutzt wurde; denn wäre dies nicht der Fall gewesen, so hätte man am letzten Dienstag keine Vereinsversammlung, sondern eine Volksversammlung einberufen, damit sich nicht bloß die Minorität, sondern auch die Majorität aussprechen könne.

Wien am 1. September 1882.

Die Herausgeber:

Franz Schustaczek, Josef Müller, Anton Wordak, Josef Kreps."

*) Entfloh in die Schweiz, wo er sich den Anarchisten anschloß.

Die Gemäßigten hatten sofort nach der Publikation der Polizei sowohl in ihrem Organ, der „Wahrheit", als auch in öffentlichen Versammlungen wider die Kampfesweise der Radikalen energisch Stellung genommen. Im Großteil des Wiener Proletariats wurde allerdings den Gemäßigten diese Art der Bekämpfung der Radikalen vielfach verargt, zumal ja, wie es tatsächlich der Fall war, die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen der radikalen Fraktion angehörte.

Die „Wahrheit" wendete sich in einem überaus scharfen Artikel (1. September 1882) gegen die Radikalen. Es hieß darin unter anderm:

„Noch beherrschen uns die peinlichen Gefühle, die in uns rege geworden, als wir die Nachricht vernahmen, man beschuldige Sozialisten ein gemeines, feiges Verbrechen, und zwar angeblich im Interesse der »Partei« verübt zu haben. Wohl gehören die Beschuldigten nicht unserer, sondern der anarchistischen Richtung an, allein das ist für uns kein Trost. Jedem ehrlichen Sozialdemokraten wird die Schamröte ins Gesicht steigen, wenn er hört, daß Personen, welche vorgeben, für die Sache der Enterbten zu kämpfen, für eben diese Sache stehlen und rauben.

Wir sind weit entfernt davon, die ganze anarchistische Partei für das hier in Frage kommende Verbrechen verantwortlich zu machen; wir sind sogar überzeugt, daß sie, soweit sie es ehrlich meint, über das Raubattentat an Schuhmacher Merstallinger ebenso entrüstet ist wie wir. Auch über die Schuld oder Unschuld der Verhafteten wollen wir nicht sprechen. Wir haben bisher nur den Kläger, aber noch nicht den Angeklagten gehört; ein Urteil zu fällen, wäre demnach ebenso voreilig als ungerecht. Uns in erster Linie würde es zur besonderen Befriedigung gereichen, wenn sie alle oder doch wenigstens die meisten ihre volle Unschuld nachweisen könnten.

Man sieht, wir sind vollständig objektiv; nichts liegt uns ferner, als die Situation einseitig für uns auszunützen. Was wir vor Augen haben, ist einzig und allein das Bestreben, darzutun, daß die Sache des arbeitenden Volkes nichts gemein habe mit Dieben und Räubern.

Zu diesem Zweck wurde vom Verein »Wahrheit« eine Versammlung einberufen, zu der jedermann Zutritt hatte. Ja, wir gingen noch weiter und luden Anhänger der Gegenpartei ein, in dieser Versammlung ihren Standpunkt zu vertreten. Loyaler hätte man wohl nicht vorgehen können.

Die Resolution, welche der Versammlung hätte vorgelegt werden sollen, enthält nichts, was die Gegner kränkt, was ihren Prinzipien nahetritt, nichts, was sich auf die Schuld oder Nichtschuld der Verhafteten bezieht, für uns handelte es sich eben um eine einmütige Kundgebung gegen die Beschuldigung, daß Diebstahl und Raub sozialdemokratische Agitationsmittel wären.".

Die Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„In Erwägung dessen, daß die Sozialdemokratie einen gesellschaftlichen Zustand anstrebt, in dem Sittlichkeit und Gerechtigkeit zur Wahrheit wird, in Erwägung dessen, daß die Zwecke, die man verfolgt, durch unsittliche Mittel nicht gefördert werden können, in Erwägung endlich dessen, daß die Sozialdemokratie sich auf die Massen des Volkes stützen muß und demnach keine ihrer Handlungen dem Rechtsbewußtsein des Volkes widersprechen darf, erklärt die heutige Versammlung:

1. daß die Theorien, welche den Klassenkampf mit allen Mitteln, sittlichen wie unsittlichen, predigen, mit dem Sozialismus nicht nur nichts gemein haben, sondern demselben geradezu widersprechen;

2. daß die Theorie des Kampfes mit allen Mitteln der Sache des arbeitenden Volkes im höchsten Grade verderblich ist, indem sie das Rechtsbewußtsein des Volkes gegen den Sozialismus lenkt, und die Arbeiterpartei auf das Niveau einer Räuberbande herabdrängt;

3. daß demnach alle diejenigen, welche der erwähnten Taktik noch weiter huldigen, Feinde und Verräter der Sache des arbeitenden Volkes sind. Endlich erklärt die Versammlung das an Merstallinger verübte Attentat als ein gemeines und feiges Verbrechen und weist entrüstet jeden Versuch zurück, die an demselben beteiligten Personen, wer immer sie sein mögen, der Sozialdemokratie Wiens an die Rockschöße zu hängen."

Dann heißt es in dem Artikel weiter:

„Man kann sehr, sehr radikal sein und trotzdem dieser Resolution zustimmen. Die ehrlichen Anarchisten hätten dies auch tun können, ohne damit ein Zugeständnis an uns zu machen; aber jenes sattsam bekannte Gelichter, aus „weißen Blusen", Tollhäuslern und verbummelten Individuen bestehend, hatte sich vorgenommen, die Versammlung zu sprengen — und sie setzten dies mit Hilfe unerfahrener Arbeiter, die nicht wußten, worum es sich handelt, auch durch.

Das pseudo-anarchistische Gelichter hat sich damit um die Reaktion, um alle Feinde der Arbeiterbestrebungen wohl verdient gemacht. Das Interesse des Proletariats erforderte es, daß die Arbeiter einmütig gegen ein Verbrechen protestieren, das man den Sozialdemokraten in die Schuhe schiebt, das Gelichter verhinderte diesen Protest, wofür ihm die internationale Polizei und alle Staatsanwälte Europas sehr dankbar sein werden. Wo immer ehrliche Sozialdemokraten vor Gericht stehen werden, wird man ihnen das Raubattentat an Merstallinger an die Röcke zu hängen suchen, mit Hinweis darauf, daß ja die Anarchisten nicht protestieren wollten gegen dieses Verbrechen. Wenn die Reaktion die Einführung oder Aufrechterhaltung von Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiter verlangen wird, so wird sie es tun unter Berufung auf das Attentat und die Unterlassung des Protestes gegen dasselbe seitens der Pseudo-Anarchisten. (In der Folge geschah dies auch wirklich. Anmerkung des Verfassers.)

Denn unsere Feinde unterscheiden, wie die Erfahrung lehrt, absichtlich nicht zwischen uns und unseren Gegnern. In Wien ist es die alte »Presse« (das Hauptorgan der Regierung), welche uns mit der sogenannten Mostschen Richtung identifiziert; in Prag predigt das Organ für den edlen Denunziantensport, einen frisch-fromm-fröhlichen Kreuzzug gegen uns; in Berlin nimmt die biedere »Norddeutsche Allgemeine Zeitung« das Raubattentat an Merstallinger zum Anlaß, um einer internationalen Sozialistenhetze das Wort zu reden.

Wir fürchten, die Folgen des pseudo-anarchistischen Treibens werden nicht ausbleiben. Unsere Schuld war's nicht, daß dasselbe in Österreich solche Dimensionen annehmen konnte. Wir bekämpfen es in Wort und Schrift, und wir müssen gestehen, es war ein harter Kampf. Das bereits wiederholt gekennzeichnete Gelichter, ebenso verlogen wie perfid, scheute vor nichts zurück. Es begann damit, daß es sich 1880 für die Inszenierung der berüchtigten »Kolosseum-Versammlung« von den reaktionären Parteien 500 Gulden bezahlen ließ, seine neueste Tat ist die

Sprengung der Versammlung, die ihren Abscheu über das Raubattentat aussprechen sollte. Es arbeitete systematisch an der Zerstörung unserer Organisationen und verstand es meisterlich, nach und nach hunderte ehrlicher Sozialisten der Polizei und den Gerichten zu überliefern.

Und was sollen wir erst zu den Pseudo-Anarchisten in London sagen? Als dort vor einiger Zeit einer derselben wegen gemeinen Diebstahls vor Gericht stand*) meinte die »Freiheit«, nicht daß der Mann gestohlen habe, sondern daß er nur die Partei habe leer ausgehen lassen, sei tadelnswert. In derselben »Freiheit« erklärte ein »Chemiker«, seine Gesinnungsgenossen sollten nichts anderes studieren als Chemie. In einem anderen Organ der Pseudo-Anarchisten wurde ganz offen Diebstahl, Raub und Mord zum Vorteil der »Sache« gepredigt.

Was Wunder, wenn viele Pseudo-Anarchisten an der Diebsmoral Gefallen fanden und, ihre werte Persönlichkeit mit der »Sache« identifizierend, mit den diversen Parteikassen durchbrannten?

Und Leute, die auf solche Weise das Rechtsbewußtsein des Volkes vergiften, nennen sich Sozialisten!

Wer in Rosza Sandor und den beiden Graseln Streiter für die Erlösung der darbenden Menschheit erblickt, wer Schufterle und Spiegelberg als Helden des Emanzipationskampfes verehrt, der mag sich dem Tollhäusler- und Wegelagerer-»Kommunismus« anschließen. Er wage es aber nicht, zu behaupten, daß er mit jenem Sozialismus etwas gemein habe, der von tiefen Denkern wissenschaftlich begründet wurde und für den so viele ihr alles geopfert haben.

Was uns betrifft, wir werden nach wie vor den Kampf fortsetzen gegen Diebsmoral, Räuberlogik und Zuchthausromantik."

In einem anderen Artikel, betitelt: „Mit allen Mitteln", schreibt die „Wahrheit" (1. September 1882):

„Alle anderen Ereignisse treten für uns Parteigenossen zurück gegenüber der Anklage gegen einige anarchistische »Führer«, an dem Raubmordversuch an Schuhmachermeister Merstallinger beteiligt zu sein.

Wir haben uns nicht mit den Angeklagten zu beschäftigen, denn wir richten uns nicht gegen Personen, sondern gegen Prinzipien. Es handelt sich auch nicht um ihre Schuld oder Nichtschuld gegenüber den Behörden, obwohl wir natürlich wünschen und hoffen, es möge sich die so schwere Anklage gegen die betreffenden Personen als nichtig erweisen. Wir haben es hier bloß mit den Anarchismus im allgemeinen zu tun und seiner Schuld oder Nichtschuld gegenüber der Partei. Und da müssen wir heute schon sein »Schuldig« aussprechen.

Möge die Anklage der Behörden begründet sein oder nicht, dadurch, daß aus der anarchistischen Propaganda und den anarchistischen Prinzipien überhaupt gefolgert werden konnte, der Raubmordversuch an Merstallinger sei von den Betreffenden nicht als Privatleuten, sondern als Parteimännern verübt, dadurch hat der Anarchismus die Partei mit tiefer Schmach bedeckt.

Im Anarchistenmoniteur in London hat seinerzeit Herr Dr. Nathan Ganz**) den Arbeitern den Diebstahl an Privatpersonen gepredigt. Kein einziger Anhänger der »Freiheit« hat damals gegen diese Gaunerpropaganda protestiert. Herr Ganz setzte dann seine Theorien ins

*) Gemeint ist der „revolutionäre Sozialist" Dr. Nathan Ganz.

**) War auf dem Londoner Anarchistenkongreß 1881 Delegierter amerikanischer Organisationen.

Praktische um, indem er eine Anzahl von Gastwirten betrog. Statt über den Fall zu schweigen, hatte die »Freiheit« die Frechheit, zu erklären, daß Nathan Ganz die Gastwirte betrogen habe, sei in der Ordnung (!), zu tadeln sei bloß, daß er das Geld nicht der »Partei« habe zukommen lassen, das heißt mit seinen Spießgesellen geteilt habe.

Auch damals erhob sich kein einziger Protest aus den Reihen der Anarchisten. Wir selbst haben in der »Wahrheit« vom 7. Juli den Nachweis geführt, daß die Anarchisten die Mittel des Zuchthäuslers als »radikale« Kampfesmittel betrachten, ohne daß es einem Anarchisten eingefallen wäre, dagegen zu protestieren.

Wenn man demnach behaupten kann, eine Anzahl von Wiener Anarchisten habe ein Verbrechen zugunsten der Partei begangen, dann sind nicht nur die Betreffenden der Partei gegenüber schuldig, sondern alle, welche das Londoner Zuchthausblatt unterstützten; Verbrecher und Verräter an der Partei sind aber alle jene, welche für dieses Schandblatt und seine Filialen noch weiterhin eintreten!

Wir wissen jedoch, daß dies in Zukunft bei den denkenden und ehrlichen Parteigenossen nicht mehr der Fall sein wird. Diejenigen unter den Arbeitern, die bisher dem Anarchismus huldigen, taten dies, weil sie nicht wußten, was der Anarchismus ist. Wir wußten, daß sie dem Anarchismus den Rücken kehren würden, sobald sie erfahren haben, was er will; nun haben ihnen die Tatsachen gezeigt, welchem Abgrunde sie zusteuerten; sie wissen jetzt, was die Anarchisten wollen, und können daher nicht länger Anarchisten bleiben.

Der »Kampf mit allen Mitteln«, wie ihn die Anarchisten predigen, ist nicht der Kampf des arbeitenden Proletariats, sondern des Lumpenproletariats. Das Lumpenproletariat, der Auswurf aller Stände und nicht zum geringsten der Bourgeoisie, verkommene, arbeitsscheue Subjekte, Abenteurer und Glücksritter, die sind es, welche den Kampf mit allen Mitteln predigen und führen, welche auch vor dem Verbrechen nicht zurückscheuen; sie sind es, welche gleich verzweifelten Spielern va banque spielen und alles auf eine Karte, zum Beispiel die der Revolution, setzen, weil sie ihnen als das einzige Mittel erscheint, den Bankrott ihrer Existenz zu verhindern.

Ganz anders das arbeitende Proletariat. Die Arbeit, welche erst den Menschen zum Menschen macht, veredelt es; der Klassenkampf entwickelt in ihm Selbstbewußtsein, Opferfreudigkeit und Selbstachtung, welche es lehrt, jedes unsittliche Mittel mit Entrüstung von sich zu weisen. Er entwickelt in ihm daher auch den Mut und die Ausdauer, welche, im Gegensatz zu dem verzweifelten Spieler, vorsichtig jeden Einsatz wägt, aber auch durch keinen Schlag sich entmutigen läßt, bis das Ziel erreicht ist. So ist das arbeitende Proletariat überall. Die Sozialdemokratie ist die Partei der denkenden und arbeitenden Proletarier. Der konsequente Anarchismus ist die Partei des Lumpenproletariats.

Weil dem so ist, weil ein arbeitender Proletarier auf die Dauer nicht Anarchist bleiben kann, daraus schöpfen wir das Bewußtsein unserer Siegesgewißheit. Wir brauchen den Arbeitern gar nicht auseinanderzusetzen, wie verwerflich der Kampf mit allen Mitteln ist. Die Erkenntnis dessen, was der Kampf mit allen Mitteln bedeutet, genügt, sie denselben verabscheuen zu lassen.

Aus der Tatsache, daß man den Raubmordversuch an Merstallinger als ein anarchistisches Attentat bezeichnen konnte, ersehen die österreichischen Arbeiter hinreichend, wohin der Anarchismus führt.

Mögen sich nicht einige besonders »Radikale« durch den Hinweis auf die Nihilisten verführen lassen. Erstens herrschen in Rußland doch andere Verhältnisse als bei uns; anderseits aber glauben die Nihilisten, wohl das Geld der Regierung, mit der sie auf dem Kriegsfuß leben, nehmen zu dürfen, sie würden hingegen jede Zumutung eines Attentats auf Leben oder Eigentum eines Privatmannes entrüstet zurückweisen. Wenn die Anarchisten auf die Nihilisten als ihre Vorbilder hinweisen, so lügen sie einfach.

Es bedarf jedoch dieser Mahnung gar nicht. Wir wissen, daß bereits die Anklage gegen die Anarchistenführer genügt hat, einen großen Teil der Wiener Arbeiter zur Besinnung zu bringen. Die anderen werden binnen kurzem folgen. Die Tatsache, daß die Anarchisten das sozialistische Banner in der infamsten Weise in den Kot gezerrt und besudelt haben, ist denn zu offenkundig, als daß sie sich ihr verschließen könnten.

Daß aber die Schmach der Anarchisten bloß sie und nicht die ganze Arbeiterpartei Österreichs trifft, das ist wohl in erster Linie der Haltung der »Wahrheit« zu danken. Hätten auch wir geschwiegen, hätten wir noch länger im Interesse der »Einigkeit« ruhig zugesehen, wie die Anarchisten unsere Partei entehrten, deren Schande hätte dann die ganze Sozialdemokratie befleckt. Wir haben dies verhindert. Wir rühmen uns dessen nicht, wir haben bloß unsere Pflicht getan; aber wir weisen darauf hin, wie albern jenes Geschwätz war, das sich seinerzeit gegen uns erhob, wir seien Werkzeuge der Reaktion; indes wir natürlich mit dieser nichts zu tun haben, das Banner der Sozialdemokratie war es einzig und allein, dem wir unseren Dienst geweiht haben; es zum Siege zu führen, es aber auch unbefleckt zu erhalten, war unsere Aufgabe. Sie wird es auch in Zukunft sein.

Am 7. Juli schrieben wir, als wir die Taktik der Anarchisten charakterisierten: »Wir werden und wir müssen siegen, trotzdem wir nur mit anständigen Mitteln kämpfen werden und das Zuchthausarsenal unserer Gegner verschmähen. Auf unserer Seite steht die Wissenschaft, steht die Logik der Tatsachen.« Die Wahrheit bohrt sich durch.

Heute gilt dies mehr als je."

Nachdem eine Vereinsversammlung, welche der Verein „Wahrheit" wenige Tage nach dem Merstallinger-Attentat einberufen, durch die Radikalen gesprengt worden war, hielt der genannte Verein eine solche am 31. August ab, die von mehr als tausend Personen besucht war. Obmann Gehrke eröffnete die Versammlung, die einen würdigen Verlauf nahm. Die Redner Bardorf, Höger, Barth, Maier und Dorsch führten aus, daß die anarchistische Taktik verderblich und ein Schandfleck für die Fahne der Sozialdemokratie sei, welche wir rein und unbefleckt bewahren wollen. Sie führten aber auch aus, daß es wesentlich der Ignorierung der Forderungen der Arbeiter durch Regierung und Parlament zuzuschreiben sei, daß das Volk verzweifle und sich den anarchistischen Theorien zuwende, daß dieselben demnach gründlich nur durch die Gewährung weitgehender Freiheiten beseitigt werden können. Außerdem wurde ausgeführt, daß auch die „Radikalen" die vorgebrachte Resolution hätten annehmen können, und daß es sehr bezeichnend sei, daß sie die Versammlung sprengten, bevor sie wußten, worauf dieselbe hinzielen werde. Schließlich wurde die vorgelegte Resolution einstimmig angenommen; eine Zusatzresolution, welche die Haltung der Radikalen in

der letzten Versammlung tadelte, wurde mit allen gegen vier Stimmen gleichfalls angenommen.

In Graz wurde die Abhaltung einer Volksversammlung, die sich mit dem gleichen Gegenstand befassen sollte, behördlich verboten. Und da, ohne daß noch ein Ausnahmegesetz, von dessen Erlassung bereits die patentierten Staatsretter träumten, bestand!

Die Regierungspresse hatte die Enthüllungen der Wiener Polizei mit förmlichem Enthusiasmus aufgenommen und Loblieder auf die Findigkeit der heiligen Hermandad angestimmt. Graf Taaffe und seine Polizei hatten sich durch die Entdeckung der Verbrecher den „Dank des ganzen österreichischen Vaterlandes erworben, indem sie Staat und Gesellschaft vor den furchtbaren Gefahren des Umsturzes gerettet hatten".

Aber es gab selbst im Bürgertum auch Stimmen, die nicht in den hellen Jubel miteinstimmten, dessen Tonskala von der Reptilienpresse angeschlagen worden war. So wagte es das Hauptorgan des Wiener Freisinns („Neue Freie Presse") zu bezweifeln, daß die radikale Arbeiterpartei die geistige Urheberin des Raubattentates gewesen sei, und das trotz des Bramarbasierens der Polizei. Das Blatt schrieb:

„Wenn die Entdeckung eines selbst vor gemeinen Verbrechen nicht zurückschreckenden sozialistischen Komplottes, welches die Wiener Polizei gemacht haben soll, und deren Veröffentlichung so bedenkliche Aufregung unter den Wiener Arbeitern hervorrief, bestätigen sollte, dann wäre nicht bloß Giskras Ausspruch, daß die soziale Frage bei Bodenbach aufhöre, ein längst überwundener Standpunkt, sondern die sozialistischen Bestrebungen würden bei uns in Österreich bereits in ihrer bösartigsten, in Deutschland bisher nicht beobachteten Abart auftreten. Glücklicherweise aber bedarf die Annahme, daß es in Wien eine sozialistische Partei gebe, welche durch gemeinen Raub sich die für ihre Propaganda nötigen Mittel verschafft, noch sehr der Bestätigung; und selbst wenn die gerichtliche Untersuchung lehren sollte, daß zwischen dem begangenen Verbrechen und den sozialdemokratischen Überzeugungen der Täter ein kausaler Zusammenhang besteht, so hat das Verhalten der Arbeiter, und zwar auch des radikalen Teiles derselben, gegenüber der erhobenen Beschuldigung bewiesen, daß wir es, selbst den schlimmsten Fall angenommen, mit einer argen Verirrung einzelner, keineswegs aber mit einer Partei oder einer Doktrin zu tun haben, welche dem Eigentum direkt die Anerkennung versagt und sich von Anfang an außerhalb des Gesetzes stellt."

Das Vorgehen der „Radikalen" hatte unter den führenden Kreisen der Arbeiterschaft eine förmliche Umwälzung hervorgerufen. Vor allem war es Emil Kaller-Reinthal, der eine offene Absage an die Radikalen richtete. Ihn hatte die „Taktik", wie sie in der Merstallinger-Affäre zum Ausdruck gekommen war, seelisch so schwer erschüttert, daß er aus dem Leben scheiden wollte. In einem ergreifenden Abschiedsschreiben teilte er den Freunden und Parteigenossen seinen Entschluß mit:

„Ich scheide mit dem sicheren Bewußtsein, in bezug auf die Partei nichts getan zu haben, was mit meinen Grundsätzen in Widerspruch steht — nicht ich habe meine Ideen verraten, sondern diejenigen, welche heute in der Partei dominieren, haben die heilige Sache der Befreiung der

Menschen von materieller und geistiger Knechtschaft verlassen und sich in eine ideenlose, von den gemeinsten Instinkten beherrschten Bande von feigen Verschwörern verwandelt. Was sie damit für die Armen und Elenden erzielen werden, wird die Zukunft lehren, und ich preise mich glücklich, nichts mehr von den Schandtaten zu erleben, die von Irregeleiteten angeblich im Namen des Sozialismus voraussichtlich begangen werden.

Weil ich von der jetzt empfohlenen Taktik nichts Gutes erwarte, weil ich nur für den Sozialismus, der Wissenschaft und Menschenliebe verkündet, zu kämpfen bereit bin, aber nichts mit einem Verbrechertum zu tun haben will, das das Licht der Öffentlichkeit scheut, vor der Welt frech verleugnet, was es im Dunkeln und unter dem sicheren Schutz des Asyls als neues Evangelium predigt, weil ich eine Taktik verurteile und verabscheue, die herzlos und grausam Hunderte von armen verführten Arbeitern dem Arme der Justiz überliefert, darum habe ich mich von der Agitation losgesagt. Den Ideen, die ich immer vertreten habe, bin ich treu geblieben, wenn ich es auch zu meinem tiefsten Bedauern aufgeben mußte, für sie zu wirken....

Aber das Allertraurigste für mich ist, noch sehen zu müssen, wie ein im Interesse unserer Ideen zugebrachtes schmerzerfülltes Leben nicht einmal imstande ist, vor dem Hasse und der Verachtung jener zu schützen, für die man gekämpft und gelitten hat. Mögen jene, die mich heute verurteilen, wohl bedenken, daß nicht ich die Partei verlassen habe, sondern daß die Partei mit Leuten gemeinsame Sache macht, die ich als Feinde der Arbeiter, als Tollhäusler oder als sittlich verkommene Individuen betrachte, in denen ich aber niemals Vorkämpfer des Proletariats erblicken kann....

Wenn der erste Erfolg der Sozialrevolutionäre in Österreich das Merstallinger-Attentat war, so mögen sie mein Ende als ihr zweites ansehen. Vielleicht trägt mein Schicksal dazu bei, die Erkenntnis in einigen zu erwecken, daß diese Erfolge uns und unsere Sache zugrunde richten könnten, wenn dies überhaupt möglich wäre.

An sie und alle diejenigen, die der Sache treu bleiben, für die wir bisher gekämpft haben, stelle ich die Bitte: nie der heiligen Mission zu vergessen, die der Sozialdemokratie übertragen ist, nie die Prinzipien der Gerechtigkeit und Brüderlichkeit aus den Augen zu verlieren, die in dem sozialrevolutionären Wahnsinn zu verschwinden drohen, und die Gemeinheit und das gemeine Verbrechen überall und jederzeit zu verdammen."

Kaller-Reinthal hatte am 26. September das Abschiedsschreiben an seine Freunde gerichtet und war seither vermißt. Er wollte in einem Zustand hochgradiger Gemütsdepression Hand an sich legen, war aber daran gehindert worden. Mehrere Monate verbrachte er in diesem Zustande, bis sich sein Befinden allmählich besserte; aber seither scheint er niemals mehr völlig gesundet zu sein... Einige Jahre später machte er, irre an sich und den Menschen geworden, seinem Leben ein Ende. Emil Kaller-Reinthal*), dessen Wirken als Redner und Schrift-

*) In den Kreisen der Genossen hatte Kaller wohl nur wenige Freunde, allein er war wegen seiner hohen Begabung als Redner und Schriftsteller sehr geschätzt. Fast alle größeren Publikationen der Partei bis 1885 entstammten seiner Feder. Er hatte einen klaren sachlichen Stil, der immer den Volkston traf, ohne banal zu werden.

steller heute — mit Unrecht — völlig in Vergessenheit geraten ist, war in den Sturm- und Leidensjahren des österreichischen Proletariats ein mutiger Vorkämpfer voll Idealismus, unbekümmert um die Gefahren,

---

Seine „geheimnisvolle" Abkunft umgab ihn mit einer gewissen Romantik. Die Parteigenossen jener Tage rühmten an ihm seine schier unermüdliche Arbeitskraft und seinen bis zur Selbstverleugnung gehenden Opferwillen.

Der alte Vorkämpfer des österreichischen Proletariats, Josef Hybesch, hatte 1900 in einem recht lesenswerten Büchlein „Interessante Erinnerungen aus der Arbeiterbewegung vom Anbeginn bis zum Ende der siebziger Jahre" in sehr warmer Weise auch der Tätigkeit Kaller-Reinthals gedacht und die folgenden Episoden aus dem Leben desselben mitgeteilt:

Reinthal war nach seiner Ausweisung (über die an anderer Stelle mitgeteilt wurde) aus Wien in seine neue Heimat Graz gekommen. Er, der nachgewiesenermaßen ein Abkommen des adeligen steirischen Geschlechts Kaller war, lebte in Graz unter dem Namen Reinthal.

Als er sich einmal in einer Volksversammlung unter diesem Namen zum Worte meldete, drohte der Regierungsvertreter ihm mit der Anzeige wegen Führung eines falschen Namens. Reinthal wandte sich hierauf zur Versammlung und erklärte, daß er sich des ihm aufgezwungenen Adels vor allen Versammelten entledige und ihn niemals führen werde. Man möge ihn, da er sich seines früheren Namens nicht bedienen dürfe, von nun ab Kaller-Reinthal nennen.

In Graz wurde er sofort nach seiner Ankunft der führende Geist der sozialdemokratischen Bewegung Steiermarks. Er war in hervorragendem Maße sowohl in der Hauptstadt als auch auf dem flachen Lande agitatorisch ungemein tätig. Die ersten Folgen seiner Agitation waren Anklagen und schwere Verurteilungen; die liberale Regierung, die damals am Ruder war, wurde von ihm sehr heftig bekämpft und ihre Rache ließ ihn in den Kerker sperren, wo er als gemeiner Verbrecher behandelt wurde. Er mußte Zwangsarbeit leisten und wenn die Kräfte versagten, wurde er disziplinarisch bestraft. Er „pickte Papiersäcke".

Alle Bemühungen, ihn der besseren Behandlung teilhaftig werden zu lassen, wie sie die „politischen Verbrecher" erfuhren, waren vergeblich! Die Gefängniszeit hatte seine Gesundheit so sehr untergraben, daß er stets leidend blieb. Namentlich sein Nervensystem wurde durch die schwere Kerkerhaft sehr alteriert.

Bei seiner Ausweisung aus Wien hatte ihn der Polizeidirektor vorführen lassen und ihm, wie Hybesch erzählt, erklärt: „Sie, mein Herr, heißen nicht länger Emil Reinthal, sondern Emil Edler von Kaller und unter diesem Namen sind Sie nicht nach Wien, sondern nach Graz zuständig. Da Sie ein staatsgefährlicher Mensch sind und wegen ihrer umstürzlerischen Gesinnung bereits einigemal mit Gefängnis bestraft sind, sind Sie für immer aus Wien ausgewiesen. Hier haben Sie ihre neuen Papiere und die Ausfertigung der Ausweisung! . . ."

Während der Verbüßung seiner letzten Kerkerstrafe wegen Geheimbündelei trat bekanntlich unter den österreichischen Genossen die „Londoner Taktik" zum erstenmal heftiger auf; gegen diese wandte sich Kaller in sehr scharfer Weise, worauf ihn die „Radikalen" sehr heftig angriffen. Aus Gram darüber wollte er sich den Tod geben. Einige Freunde, darunter der erst vor wenigen Jahren verstorbene Grazer Genosse Gans, suchten ihn von seinen Selbstmordabsichten abzuhalten.

Durch eine Reihe von Jahren war er einer der Hauptmitarbeiter an der Arbeiterpresse Österreichs und fand dabei auch noch Zeit, hervorragend agitatorisch tätig zu sein. Es wurde bereits dargelegt, welchen großen Anteil er an der Wiederaufrichtung der zerklüfteten Partei hatte und wie er im Vereine mit Karl Kautsky unausgesetzt bemüht war, die alten bewährten Grundsätze der Sozialdemokratie stets aufrecht zu halten und namentlich jenen unheilvollen Lehren entgegenzutreten, wie sie insbesondere von Peukert propagiert wurden. Der stete Kampf mit den Feinden und Hassern im proletarischen Lager und das fortwährende Ringen um die niedrigsten Werte des

die einem solchen im alten Österreich drohten. Wenn er später aus den Reihen des organisierten Proletariats schied, ja sogar seine gewandte Feder in die Dienste der Volksfeinde stellte, so lag die Schuld vor allem daran, daß seine physischen und seelischen Kräfte durch den jahrelangen Kampf, den er wider die Mächte der Reaktion geführt hatte, und namentlich gegen seine unerbittlichen und schonungslosen Widersacher aus dem proletarischen Lager, die sogenannten „revolutionären" Sozialisten, zermürbt und zerrüttet worden waren. Er brach 1897 völlig zusammen...

Lebens — er hungerte förmlich — hatten ihn schließlich wie so manchen Kämpfer mürbe und schwach gemacht. Nur wenigen war es bekannt geworden, daß er schon im Frühjahr 1882, von schwerem körperlichen und seelischen Leid gequält, ein Gnadengesuch an den Kaiser richtete, es möge ihm der Rest einer über ihn verhängten sechsmonatigen strengen Arreststrafe nachgesehen werden! Tatsächlich wurde seinem Ansuchen auch Folge gegeben, da vor allem der Statthalter in Graz das Gnadengesuch befürwortet hatte.

Statthalter Baron Kübeck hatte sich für Kaller auch dahin verwendet, es möge ihm eine Stellung in der Regierungspresse verschafft werden. Damit war es jedoch nichts geworden: Kaller mag später seinen Schritt bereut haben, denn er betätigte sich kurz nach seiner Entlassung aus der Strafhaft wieder mit erneuter Kraft in der Partei. Ende 1882 übersiedelte er nach Innsbruck, wo er bei dem damals schon tätigen und darum vielfach verfolgten Genossen Josef Holzhammer wohnte und wo er übrigens stets „unauffällig" unter polizeilicher Überwachung stand. Aber lange duldete es ihn nicht in stiller schriftstellerischer Arbeit; er sehnte sich wieder nach agitatorischer Tätigkeit und so finden wir ihn 1883 und in den folgenden Jahren abermals in der vordersten Reihe der sozialistischen Kämpfer.

Not und Unglück suchten ihn schwer heim, bis er schließlich — bürgerlicher Journalist wurde. In der mittlerweile christlichsozial gewordenen „Deutschen Zeitung" in Wien und auch in deutschnationalen Blättern bekämpfte er dann die — Sozialdemokratie, für die er in jungen Jahren sein Herzblut gegeben hatte! Seine innere Zerfahrenheit, das schwere Siechtum, das er aus seinen Kerkertagen davontrug, trieben den bereits frühzeitig gebrochenen Mann zum Selbstmord. 1897 stürzte er sich von der Innbrücke in Innsbruck in die Fluten.

Ein reich begabter, hingebungsvoller Mensch war mit Kaller-Reinthal aus dem Leben geschieden. Einer, der der Arbeiterklasse in Österreich viel gegeben hatte und der ein besseres Schicksal verdient hätte. Er war ein Opfer der Verfolgungen geworden, die alle jene zu erdulden hatten, die es im alten Österreich wagten, Sozialdemokraten zu sein und öffentlich zu wirken.

Von Kallers Broschüren ist weiteren Kreisen seine (in der „Internationalen Bibliothek", Heft XI erschienene) Schrift über Weitling bekannt geworden. (Wilhelm Weitling. Seine Agitation und Lehre im geschichtlichen Zusammenhang dargestellt, Hottingen-Zürich, 1887.) Die Broschüre war selbstverständlich durch Jahre in Österreich verboten gewesen! Sie ist heute überaus selten geworden.

Österreichischer Arbeitertag in Brünn

Nach der Merstallinger-Affäre war die Situation der Gemäßigten eine überaus günstige geworden, da ein beträchtlicher Teil der Anhänger der radikalen Partei sich von der Fraktion abwendete, welche sich anschickte, die Anwendung der Gewalt zur Befreiung des Proletariats in die Tat umzusetzen. In mehreren Versammlungen in Wien und in den Provinzen war deutlich die Anschauung der Arbeiterschaft in dieser Beziehung zum Ausdruck gebracht worden, so daß der schon vor dem Attentat auf Merstallinger angekündigte österreichische Arbeitertag in Brünn einen für die Partei der Gemäßigten günstigen Verlauf erwarten ließ. Es herrschte in den führenden Kreisen dieser Partei damals ein solcher Optimismus, daß man glaubte, der Kongreß werde den vollen Sieg davontragen und die radikale Fraktion vielleicht gar für immer zum Schweigen bringen. Die Anzeichen waren auch wirklich vielverheißend. Selbst aus den alten Zentren der Radikalen, aus Wien und Graz, waren von den Genossen Zustimmungskundgebungen an die Veranstalter des Parteitages eingetroffen.

Bis zu einem gewissen Grade hatten sich auch die Hoffnungen auf einen für die Gemäßigten günstigen Verlauf des Kongresses erfüllt, zumal im Lager der Radikalen durch die zahlreichen Verhaftungen der führenden Personen anläßlich der Merstallinger-Angelegenheit, große Bestürzung herrschte; selbst das Parteiorgan, die „Zukunft", trug angesichts der Einberufung des Arbeitertages nicht mehr jene Zuversicht zur Schau, die sie vorher vielfach bekundet hatte. Damals wäre die Fraktion schon zufrieden gewesen, wenn sie die Gewißheit gehabt hätte, daß ihr nur die Möglichkeit in Brünn geboten würde, sich neben den Gemäßigten zu behaupten. An einen Sieg ihrer Taktik und ihrer Prinzipien glaubten die Führer selbst nicht mehr, wenn sie auch alle Mittel anwendeten, um in der mährischen Hauptstadt wenigstens mit Ehren zu bestehen.

Sie suchten auch, anfangs wenigstens, ihren Bestrebungen auf dem Kongreß zum Durchbruch zu verhelfen und betrieben eine intensive Agitation zu diesem Zweck. Bald erkannten sie jedoch, daß alle ihre Bemühungen vergeblich sein würden, und nun begannen sie, da es ihnen nicht gelang, die Genossen gegen den Parteitag einzunehmen, ihre alte Taktik anzuwenden. Die „Zukunft" präludierte mit einem noch verhältnismäßig maßvollen Artikel, der die Stellung der Radikalen zwar in nicht mißzuverstehender Weise präzisierte, aber noch eine gewisse Zurückhaltung beobachtete. Es wurde darin gesagt:

„Wieder einmal wird ein Arbeitertag abgehalten werden, und zwar am 15. und 16. Oktober (1882), veranstaltet von der sogenannten Gemäßigten Arbeiterpartei«. Der Schauplatz ist Brünn.

Wir, die wir schon genug Parteitage gesehen, und auch an denselben teilgenommen haben, wollen die eingehende Besprechung der dort stattfindenden Verhandlungen erst bis für eine nächste Nummer vorbehalten, können aber nicht umhin, über die derzeitigen Verhältnisse vorläufig unsere Meinung auszusprechen.

Die Arbeiterbewegung hat, wenn man sich auf den Beginn derselben erinnert, leider eher einen Rückschlag erlitten, als daß dieselbe sich den Verhältnissen entsprechend fortentwickeln hätte können, und sollen wir aufrichtig sein, müssen wir uns sagen, daß vor allem das zu große, man möchte sagen, blinde Vertrauen, welches die Arbeiter einzelnen Führern entgegengebracht haben, meist dazu beigetragen hat.

Auch anfgangs, als noch gar keine eigentliche Arbeiterpartei bestand, war die Spaltung bereits vorhanden, nur hieß es damals »Staatshilfe« oder »Selbsthilfe«, oder dem Namen nach ausgedrückt Schulze-Delitzsch oder Lassalle.

Die Arbeiter Österreichs entscheiden sich für Lassalle, und in welcher entschiedenen Weise die Selbsthilfler abgetan wurden, werden sich noch viele erinnern, welche der Versammlung im „Universum" beigewohnt haben. (Der Gründungsversammlung des Wiener Arbeiterbildungsvereines. Anm. d. Verf.)

Von dieser Zeit an sahen wir das riesige Anwachsen des Arbeiterbildungsvereines und der Gewerkvereine, wir sahen die Einigkeit in Macht dokumentiert in der Dezember-Demonstration und mit ihr begann aber auch die Verfolgung der Partei, indem die damals zum Ministerpräsidenten gesandte Deputation und noch andere Genossen verhaftet und teilweise zu empfindlichen Strafen verurteilt wurden. Bemerkenswert ist auch, daß damals Friedrich Pfeiffer sich von Pater Florencourt von seiner zentralistischen Anschauung abbringen ließ, und wieder in Freiheit, auch im Verein mit Baudisch der Bewegung eine föderalistische Richtung geben wollte, jedoch nicht durchdringen konnte.

Nach dem Arbeiterausflug im Jahre 1872 sah sich die Partei in ihrer vollen Einigkeit und Macht erst, als durch die Wahlreformresolution die Einigkeit der Partei auf immer (?) verloren gegangen ist.

Hier solle es vorderhand ununtersucht bleiben, ob der strittige Gegenstand genug wert war, eine Partei, die so heilige Ziele verfolgte wie die Arbeiterpartei, beinahe vollständig zu vernichten. Es wurde seinerzeit zwischen »Gleichheit« und »Volkswille« ein erbitterter Kampf geführt, welcher nur zu bald vom prinzipiellen Standpunkt abwich und einen persönlichen Charakter annahm, so daß Leute, die bis dahin als Parteigenossen sich gegenseitig geachtet und geehrt, einander mit allen Mitteln und bis aufs äußerste bekämpften. Tatsache ist, daß dadurch die Partei nicht geeinigt wurde, und als der Verein »Volksstimme« die Tausende von Gulden, welche die Arbeiter für ein täglich erscheinendes Blatt gesammelt, verbraucht hatte, ebenfalls zu der Ansicht gekommen ist, Oberwinder meine es mit den Arbeitern nicht ehrlich und ihn nun auch fallen ließ.

Wir sind gewiß am meisten davon überzeugt, daß nur Einigkeit uns zum Ziele führen kann, ob aber Leute wie diese, welche an der Spitze des Vereines »Wahrheit« stehen, die jeden Andersdenkenden als Räuber und Mörder ohne Urteil aufhängen möchten und unter dem Deckmantel der Mäßigung die Arbeiter ganz ad absurdum führen und zu willenlosen Knechten des Kapitals herunterwürdigen, dazu berufen sind, dieses werden wir uns für eine nächste Besprechung vorbehalten. Nicht, daß wir uns mit diesen Personen befassen würden, die sind längst abgetan, aber aus dem Grunde, weil es immer noch einen Teil Arbeiter gibt, die ihren gleißnerischen Vorspiegelungen Folge leisten. Diese Kumpane waren es zu jeder Zeit, welche die sozialdemokratische Moral und

Disziplin unter folgenden Schlagworten in Versammlungen und Vereinen predigten:

Die Einigkeit macht stark; wir alle huldigen einem Prinzip, wir alle streben einem Ziel zu, und wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, so müssen wir eine einzige kompakte Masse bilden.

Wenn die Arbeiter Österreichs sich jener Männer erinnern, welche zu »gewissen Zeiten« und zu »gewissen Zwecken« für dieses hier gesagte einzige Fundament der sozialdemokratischen Prinzipien eingetreten sind, und wie man die jeweiligen sogenannten »Arbeiterführer« verhätschelte, so drängt sich jedem ehrlich denkenden Arbeiter die Vermutung auf, daß doch nicht alles Gold ist, was glänzt, oder mit anderen Worten, daß es nicht diejenigen Männer waren, für welche sie von den Arbeitern Österreichs gehalten wurden.

Für das große Vertrauen, welches wir diesen »Simulanten« entgegenbrachten, rächt sich diese Schlange, welche wir an unserem Busen großgezogen haben, an uns selbst. Wir wollen aus Opportunitätsgründen auf die Vergangenheit vergessen, aber für die Zukunft treten wir als entschlossene Männer in die Schranken. Dieser vor langer Zeit vorbereitete und gut »kombinierte Kup« und diese von einigen Popularitätshaschern in Szene gesetzte Zersplitterung ist zwar schon jedem Parteigenossen zur Genüge bekannt, aber der Vorwand, unter welchem dieses Manöver geschah, wird noch lange zur Richtschnur für Parteimänner dienen können.

Es ist sonderbar, welchen Geschicken oft eine ehrliche und redliche Partei ausgesetzt ist und daß es überhaupt überzeugungstreue Männer gibt, welche es sehen und förmlich greifen können, daß dieselben genarrt werden und dennoch ihre Konsequenz nicht zu behaupten imstande sind und sich einer Partei anschließen, ohne zu bedenken, welchen Schaden sie nicht nur sich selbst als auch der sozialdemokratischen Idee zufügen, sondern es wird durch ein solches rücksichtsloses Vorgehen die Parteidisziplin gelockert und der Korruption und Reaktion die Tür geöffnet.

Wenn wir bedenken, daß wir zwar alle einem und demselben Ziel zustreben, und daß nur Parteienhader daran Schuld trägt, wenn wir dem Ziel nicht näher gerückt sind, so müssen wir sagen, daß der Parteitag der »Gemäßigten« ganz danach angetan sein wird, alle »gemäßigten Fraktionen« für sich zu reklamieren. Zu diesem »Schabernack« hat man es für notwendig gefunden, einen »Parteitag österreichischer Arbeiter« einzuberufen. Vor uns liegen die Zeiten der Vergangenheit, in welcher folgende Parteitage stattgefunden: Der neunte Wiener Arbeitertag, der Eisenacher Arbeiterkongreß und der Arbeiter-Parteitag in Wiener-Neustadt. Alle drei Parteitage wurden von der damaligen Regierung als staatsgefährlich erklärt. Der neunte Arbeitertag in Wien und der Eisenacher Kongreß hatten auf ihrem Programm nur Punkte politischer Natur, wogegen der Parteitag in Wiener-Neustadt (Referent Kaller-Reinthal) nur ein wirtschaftliches Programm aufwies und, wie gesagt, auch dieses von der damaligen Regierung als nicht »zulässig« erklärt wurde. Wir erklären daher den Arrangeuren dieses sonderbaren »Parteitages«, nachdem alles schon dagewesen und unter viel günstigeren Auspizien, als wie es heute der Fall ist, ehrlich und offen, daß wir mit diesem Parteitag nichts gemein haben, folglich auch denselben als österreichischen Arbeiterparteitag nicht anerkennen."

Damit sollte man glauben, war angesichts der offenen Absage die Haltung der Radikalen gegenüber dem Brünner Arbeitertag gegeben; aber dem war nicht so. Unmittelbar vor der Abhaltung des Kongresses hatten sich Abgesandte der Radikalen nach Brünn begeben, um noch in letzter Stunde die führenden Personen des Parteitages für die Grundsätze der Radikalen zu gewinnen. Diese Bemühungen währten auch noch während der Tagung des Kongresses. Doch vergeblich; der Parteitag endete mit einem Verdammungsurteil der — Radikalen! Zu dieser Niederlage trugen nicht wenig die gehässigen, persönlichen Angriffe bei, die sich namentlich gegen Bardorf, Schwarzinger, Dorsch und Kautsky richteten.

Am Vortage des Kongresses, am 14. Oktober, trafen die Wiener Radikalen Stephan Pauler und Brestian in Brünn ein, um namentlich auf die Delegierten der Provinzen zugunsten des radikalen Programms einzuwirken; sie fanden jedoch nirgends Gehör. In einer Vorkonferenz, an der Vertreter beider Fraktionen teilnahmen, kam es dann zu sehr erregten Auseinandersetzungen, ohne daß jedoch noch ein vollständiger Bruch eingetreten wäre, wiewohl die Radikalen wegen der Merstallinger-Affäre Gegenstand der heftigsten Angriffe waren. Noch einmal versuchten die Brünner Genossen, ein Kompromiß zustande zu bringen; allein auch dieser letzte Versuch scheiterte. Die Wortführer der Radikalen verließen nach Abgabe von Erklärungen den Parteitag ...

Der „Österreichische Arbeitertag" in Brünn endete demnach mit einem Siege der Gemäßigten. Die Beschlüsse, die auf diesem Kongreß gefaßt wurden, waren vor allem programmatischer Art, aber auch taktischer Natur; diese richteten sich namentlich gegen die Radikalen, oder, wie die „Wahrheit" diese zu nennen pflegte, gegen die „Pseudo-Anarchisten".

Das Wiener Organ der Gemäßigten berichtete über den Arbeitertag:

„Ein Erfolg der Sozialdemokratie.

Der Pseudo-Anarchismus hat auf dem allgemeinen österreichischen Arbeitertag eine entschiedene, aber wohlverdiente Niederlage erlitten.

Wohl wissend, welches Schicksal sie zu erwarten hätten, versuchten es die drei Vertreter der pseudo-anarchistischen Richtung zuerst, die Kompetenz des Arbeitertages zu bestreiten. Die fadenscheinigen »Gründe«, die kindischen Einwendungen, die sie zu diesem Zwecke vorbrachten, zeigten am besten, wie schlecht es um ihre Sache bestellt ist. Die Delegierten der österreichischen Sozialdemokratie erklärten denn auch einstimmig die Einwendungen und Proteste der drei Pseudo-Anarchisten für nichtig, worauf diese den Arbeitertag verließen.

Der Verlauf des letzteren gereicht uns zur großen Genugtuung. Wofür wir seit mehr als anderthalb Jahren gekämpft, er hat es einstimmig sanktioniert; gleich uns hat sich der Arbeitertag dahin ausgesprochen, daß der Pseudo-Anarchismus mit der Sozialdemokratie nichts gemein habe. Fortan wird es daher nicht möglich sein, eventuelle »Taten« desselben unserer Partei an die Rockschöße zu hängen. Was also der Pseudo-Anarchismus in der Zukunft tun oder unterlassen wird, wird er nur auf eigene Rechnung und eigenes Risiko tun oder unterlassen; die Maske ist ihm herabgerissen; er hat kein Recht mehr,

sich des sozialdemokratischen Namens als eines Deckmantels für sein heilloses Treiben zu bedienen.

Der Arbeitertag hat gesprochen; die Arbeiter Österreichs wissen jetzt, was sie vom Pseudo-Anarchismus zu halten haben. Die »Zukunft« hat nicht nur aufgehört, Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Österreichs zu sein, sie ist nicht einmal mehr einfaches Organ dieser Partei; sie ist im Gegenteil, als Organ des Pseudo-Anarchismus, als ein der Sozialdemokratie feindliches Blatt anzusehen, das die sozialdemokratischen Arbeiter nicht mehr durch Abonnements usw. unterstützen dürfen. Dasselbe gilt von den übrigen pseudo-anarchistischen Blättern.

Parteiorgane sind nunmehr: die »Wahrheit« in Wien, der »Volksfreund« in Brünn, der »Arbeiterfreund« in Reichenberg.

Der Arbeitertag, aus allen Teilen Österreichs beschickt, hat sich unstreitig gegen den Pseudo-Anarchismus erklärt. Man kann daraus ersehen, wie frech die »Zukunft« und die ihr geistesverwandten Blätter logen, als sie versicherten, hinter ihnen stünde das Proletariat. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Auf dem Arbeitertag fand sich auch nicht ein Delegierter, der sich für den Pseudo-Anarchismus erklärte, auch nicht einer.

Das ist doch sicherlich der beste Beweis, daß die überwiegende Majorität der österreichischen Arbeiter, soweit sie zum Klassenbewußtsein gekommen sind, sich in unserem — das heißt im Lager der Sozialdemokratie — befinden.

Unsere Partei wäre also nun geeint. Fernerhin ist in ihren Reihen kein Raum mehr vorhanden für den pseudo-anarchistischen Spuk. Um so energischer kann sie den Kampf aufnehmen für die Sache des arbeitenden Volkes. Aber sie darf dabei auch nicht unserer durch den Pseudo-Anarchismus irregeführten Genossen vergessen. Diese müssen überzeugt werden, daß sie einen falschen Weg eingeschlagen, daß sie nur dann die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats fördern, wenn sie mit uns in Reih und Glied kämpfen."

Auf dem Parteitag wurden folgende Resolutionen angenommen, deren Inhalt sich teilweise mit dem Eisenacher Programm deckt und teilweise auch schon Anklänge an die in Hainfeld beschlossene „Prinzipienerklärung" zeigt:

In Erwägung, daß die Befreiung der arbeitenden Klasse diejenige aller menschlichen Wesen ohne Unterschied des Geschlechtes und der Rasse ist; daß die Arbeiter nur dann frei sein können, wenn sie im Besitze der Arbeitsmittel sind, daß es nur zwei Formen gibt, unter denen ihnen die Arbeitsmittel gehören können: 1. Die Form des persönlichen Besitzes, die niemals als allgemeine Tatsache bestanden hat und die durch die Entwicklung des Großbetriebes immer mehr beseitigt wird. 2. Die Form des gemeinsamen Besitzes, deren materielle und geistige Vorbedingungen durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst erzeugt werden; in Erwägung, daß der Übergang der Arbeitsmittel in gemeinsamen Besitz nur aus der politischen Tätigkeit der als selbständig politischen Partei organisierten Arbeiterklasse des Proletariats hervorgehen kann; daß eine solche Organisation mit allen dem Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln betrieben werden muß, inbegriffen des allgemeinen Stimm-

rechtes, welches so aus einem Mittel der Täuschung, das es bisher gewesen, ein Mittel der Befreiung wird; beschließt der österreichische Arbeitertag in Brünn, indem er als Ziel der Bestrebungen der sozialistischen Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet die Rückkehr aller Arbeitsmittel in den Besitz der Gesamtheit betrachtet, als Mittel zur Organisation und Agitation folgendes Programm aufzustellen:

1. Erteilung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes an alle Staatsangehörigen vom 20. Lebensjahr an für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug der Volksvertreter;

2. Einführung der direkten Gesetzgebung durch das Volk;

3. volle Vereins-, Preß- und Koalitionsfreiheit;

4. Trennung der Kirche vom Staate und Trennung der Schule von der Kirche;

5. obligatorischer erziehender Unterricht in den Volksschulen bis zum 14. Lebensjahr und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten sowie Beistellung der Lehrmittel durch den Staat und obligatorischer Fortbildungsunterricht bis zum vollendeten 16. Lebensjahr mit Rücksichtnahme auf gewerbliche und Gesetzeskunde;

6. Aufhebung aller Vorrechte des Standes, des Besitzes, der Geburt und Konfession;

7. Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres;

8. Unabhängigkeit der Gerichte, Wahl der Richter und Geschwornen durch das Volk vermittels des allgemeinen, direkten Wahlrechtes, Unentgeltlichkeit und Mündlichkeit des Verfahrens, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege;

9. Einführung eines Normalarbeitstages von zehn Stunden, von acht Stunden für ununterbrochen oder mit schädlichen Stoffen arbeitende Gewerbe, Einschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit, Einsetzung von Arbeitern gewählter Fabrikinspektoren und Beseitigung der durch die Strafhausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Konkurrenz, Anbahnung einer internationalen Fabrikgesetzgebung;

10. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer;

11. staatliche Förderung aller von den Arbeitern ausgehenden, selbständigen, genossenschaftlichen Unternehmungen und Aufhören der privatkapitalistischen Ausbeutung der im Betriebe des Staates stehenden Unternehmungen, als Eisenbahnen, Bergwerke, Fabriken.*)

In Sachen der Arbeiterpresse faßte der Arbeitertag folgende Resolution:

„Der allgemeine österreichische Arbeitertag erklärt es 1. als Aufgabe der sozialen Arbeiterpresse, die Grundsätze der Sozialdemokratie in würdiger und populärer Weise in die Massen zu tragen und alles zu vermeiden, was diesem Zweck zuwiderlaufen könnte. Insbesondere spricht der Arbeitertag den Wunsch aus, daß alle persönlichen An-

*) Offenbar, um eine Einigung noch möglich zu machen, wurde der folgende Antrag abgelehnt:

„1. Das Merstallingerische Attentat wird als gemeines, feiges Verbrechen bezeichnet und der Versuch, die Täter den Sozialisten an die Rockschöße zu hängen, zurückgewiesen.

2. Die von den Anarchisten gepredigte Taktik des Kampfes mit allen Mitteln ist der Sozialdemokratie unwürdig und bedenklich und es werden die, welche dieser Taktik huldigen, für Feinde und Verräter der Volkssache erklärt."

griffe auf Parteigenossen unterbleiben mögen; 2. er erklärt die »Zukunft« nicht länger als Zentralorgan der Sozialdemokratie Österreichs anzuerkennen; 3. er empfiehlt das Abonnement auf den »Arbeiterfreund« in Reichenberg, den »Volksfreund« in Brünn und die »Wahrheit« in Wien als Parteiorgane."

Von führenden Genossen der Gemäßigten waren auf dem Arbeitertag anwesend:

Aus Wien Bardorf, Kautsky, Dorsch und Blaschek, aus Reichenberg Albrecht, aus Haida Schiller, aus Graz Gans, aus Linz Weigung, aus Brünn Zacharias und Dundela.

Von den Radikalen hatten sich, wie schon erwähnt, eingefunden Pauler, Brestian und namens der tschechischen Genossen Nechwile.

Brestian erklärte bei Eröffnung des Arbeitertages, er bringe als Vertreter der „Zukunft" und insbesondere der Genossen von Wien und Graz, zur Kenntnis, daß „wir die hier zu fassenden Beschlüsse ignorieren, den Arbeitertag aber im großen und ganzen als einen einseitig einberufenen erklären. Er brauche nur darauf hinzuweisen, daß noch von sämtlichen Punkten bei den jeweiligen ähnlichen Arbeitertagen kein einziger seitens der Regierung einer Beachtung gewürdigt wurde, viel weniger, daß sich eine, selbst die geringste Forderung, einer Erledigung erfreut hätte. Ja es ist zu wiederholten Malen vorgekommen, daß solche Programme, selbst unschuldigster Natur, als staatsgefährlich erklärt und die Verfechter derselben gemaßregelt, verfolgt und in den Kerker geworfen wurden. Wenn der Arbeitertag ferner den Zweck haben sollte, eine Vereinigung unserer Fraktion mit den Gemäßigten zu ermöglichen, so konstatiere ich, daß mit diesen Männern, die heute an der Spitze der sogenannten »Gemäßigten Partei« stehen, niemals eine Vereinigung möglich ist, weil wir mit diesen Führern nichts gemein haben wollen. Überhaupt ist uns solch öffentliches Geflunker verpönt".

Stephan Pauler, der Vertreter des „Fachblattes der Metallarbeiter", sprach in noch schärferer Weise. Er sagte:

„Ich erkläre, daß wir den Arbeitertag niemals als solchen anerkennen werden, da noch bis jetzt jedes, selbst das bettelhafteste Programm als staatsgefährlich erklärt und in keiner Weise mit dessen Inhalt etwas erzielt wurde. Wenn wir vom Eisenacher bis zum Neudörfler Programm heruntergehen, so finden wir, daß jedes geschwächt und verkleinert wurde und mit dieser Programmlerei überhaupt die Bewegung nur in jeder Weise verflacht wurde. Was läßt sich überhaupt in der Öffentlichkeit für ein Programm aufstellen? Wenn der Wunsch der Provinzgenossen wirklich die Absicht hatte, etwas Zweckmäßiges, Festes, Neues zu schaffen, so hätte er andere Wege beim Suchen zu finden gewußt, als solche öffentliche Komödie. Wenn sie weiters glauben, daß es möglich ist, den Prinzipienstreit heute beizulegen, so ist dies ein Irrtum, denn von uns wird sich niemand mit einem Dorsch und Bardorf

in Konnässanzen einlassen, weil wir es unter unserer Würde finden, mit solchen Leuten zu paktieren, ja, weil wir froh sind, sich diese Leute vom Halse geschafft zu haben."

Über das vom Brünner Kongreß beschlossene Programm urteilte natürlich die „Zukunft", die trotz des auf dem Parteitag gefaßten Beschlusses sich noch immer als „Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs" bezeichnete, in der schroffsten Weise. Sie erklärte unter anderem:

„Zu bemerken ist noch, daß das abgedroschene wurmstichige Programm beibehalten wurde und auf Antrag des Clown Bardorf, selbes auf gesetzlichem Wege zur Durchführung zu bringen, mit Majorität angenommen wurde. Zur Durchführung des Programms wünschen wir allen Verfechtern sowie dem jetzt in süßer Hoffnung eingelullten Proletariat eine — glückliche Erledigung. Wäre noch genügend Zeit, vielleicht würden auch wir manchmal aus Zeitvertreib an dieser Komödie mittun."

Der Verlauf des Brünner Arbeitertages war wohl für die Partei der Gemäßigten ein recht günstiger gewesen, doch die Hoffnungen, die man an ihn in Parteikreisen geknüpft hatte, hatten sich durchaus nicht erfüllt. Weder hatte die Partei an innerer Festigung gewonnen, noch war es geglückt, die Radikalen dauernd aus ihren Stellungen in der Arbeiterschaft zu verdrängen, wiewohl die Gesamtlage es möglich gemacht hätte und die Vorbedingungen hiezu vorhanden waren; die Presse, über die die Radikalen verfügten, war schlecht geleitet und auch die Organisationen entbehrten, da die führenden Personen wegen der Merstallinger-Angelegenheit in landesgerichtlicher Haft waren, einer zielbewußten Leitung. Aber trotzdem vermochte die Werbekraft des in Brünn beschlossenen Parteiprogramms doch nicht, die Massen der Arbeiterschaft hinzureißen; sicherlich trugen nicht zuletzt die an der Spitze der Partei stehenden Personen die Schuld daran, wie dies vielfach später erklärt wurde. Die Hauptursache an der Zerfahrenheit lag in der Jahre hindurch andauernden mangelnden Erziehung des Proletariats in ökonomischer und politischer Beziehung. Was in Vereinen und Versammlungen vorherrschte — es war dies leider auch noch in späterer Zeit vielfach zu konstatieren — war das Schlagwort, das bei beiden Fraktionen sozusagen souverän die Massen beherrschte. Weder die „Gemäßigten" noch die „Radikalen" hatten sich der schweren, aber allein erfolgreichen Aufgabe unterzogen, der Arbeiterschaft Klarheit über ihre politischen und wirtschaftlichen Ziele zu bieten. Man gab einfach Parolen aus, wie sie entweder von London oder von Zürich übermittelt worden waren, ohne zu prüfen, ob sie auf die österreichischen Verhältnisse anwendbar seien: Wahlrecht oder — Dynamit. Und die Schlagworte wurden in die Hirne der Anhänger der Fraktionen jeweils förmlich hineingehämmert, bis sie sich zu unerschütterlich festen Dogmen ausgebildet hatten; dazu kam es, wie dies im Gefolge von Dogmenverkündigungen naturgemäß der Fall ist, zu gegenseitiger Verketzerung und zu unüberwindlichem Haß der Anhänger...

Hatten in Brünn die Optimisten daran geglaubt, es werde gelingen, in absehbarer Zeit dem Programm der Gemäßigten zum Siege zu verhelfen, so mußten diese schon bald erkennen, daß dem nicht so sei, wenn auch tatsächlich die Gemäßigten einige Wochen nach dem Brünner Kongreß merkliche Erfolge erzielten. Aber die Hochburgen des Radikalismus, Wien und Graz, blieben fast unerschüttert. Ebenso wie die Verbreitung des in den Bann getanen Parteiorgans „Zukunft" kaum eine wesentliche Einbuße erlitt. Die Versammlungen der Radikalen waren dort immer stärker besucht als die der Gemäßigten, die nur ein Häuflein darstellten.

Aber das Schlimmste, was nunmehr eintrat, war die offene Feindschaft zwischen beiden proletarischen Fraktionen, die sich allenthalben austobte, in Versammlungen und Vereinen ebenso wie in der Presse.

Angesichts dieser Verhältnisse hatte die Regierung leichtes Spiel mit den — einst gefürchteten Sozialdemokraten. Ihre Polizei, die Gerichte und Staatsanwälte leisteten gute Arbeit. Nach einer von der „Zukunft" veröffentlichten Statistik, die allerdings nicht die wahren Ziffern bringen konnte, wurden 1882 in den im Reichsrat vertretenen Königreichen und Ländern wegen „sozialistischer Umtriebe" 148 Personen verhaftet. Die Strafe, welche über die Genossen verhängt wurde, betrug 28 Jahre und 10 Monate schweren Kerker und 22 Jahre und 4 Monate Arrest. Rechnen wir noch 23 Jahre Untersuchungshaft — diese Annahme ist sicherlich nicht zu hoch gegriffen, da in einem Prager Prozeß im Jahre 1882 die Genossen eine Untersuchungshaft von zusammen 11 Jahren und 9 Monaten erlitten hatten — so erhalten wir die Zahl von zusammen 74 Jahren und 4 Monaten.

Ende 1882 und Anfang 1883 kam es in Wien vielfach zu schweren Straßentumulten; so zu Zusammenstößen zwischen Militär und Polizei mit den Schuhmachergehilfen, den sogenannten „Schusterkrawallen"*), wobei viele Personen verletzt wurden. Die un-

*) Diese Straßenunruhen hatten auch im Ausland großes Aufsehen hervorgerufen, zumal sie mehrere Tage hintereinander sich wiederholten, wiewohl Polizei und Militär aufgeboten wurde, um sie zu unterdrücken.

Auch „Oben", das heißt in den Kreisen der Regierenden, begann man den Unruhen Aufmerksamkeit zuzuwenden; so ließ sich der Kaiser über die stürmischen Vorgänge auf den Straßen Wiens täglich „Bericht erstatten".

Auch der Ministerrat beschäftigte sich mit den Vorkommnissen und trug sich bereits mit dem Gedanken, über Wien den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Diskussion im Ministerrat läßt die Anschauungen der Herren „Räte der Krone", die sich da am 9. November 1882 über „die Ausschreitungen durch Zusammenrottungen am Neubau in Wien" unterhielten, deutlich zutage treten. Man höre einmal:

„Der Ministerpräsident (Graf Taaffe) bringt zu Sprache die in den letzten Tagen hier am Neubau und in der Kaiserstraße stattgehabten Ausschreitungen. Den äußeren Anlaß zu den Zusammenrottungen gab ab die wegen Haltens verbotener Bücher und Zeitschriften erfolgte Schließung der Schuhmachergewerkschaft am Neubau. Doch schien die Sache organisiert zu sein, da sich mitten in den Haufen anständig gekleidete Persönlichkeiten befanden und von Damen, welche in Einspännern angefahren kamen, Zigarren verteilt

gesetzliche Durchsuchung der Bibliothek der Schuhmachergewerkschaft nach revolutionärer Literatur und die Sperrung der Vereinslokalitäten waren die unmittelbare Ursache hiezu gewesen. Die Wiener öffentliche Meinung war, mit Ausnahme der offiziösen Presse, durchaus auf seiten der — Schuhmachergehilfen. Auch kam es wiederholt zu stürmischen Kundgebungen vor der Wiener Polizeidirektion wegen der

---

worden sein sollen, auch bemerkte man eine solche Gruppierung der Ansammlung, daß sich am Rande der Haufen gegenüber den einschreitenden Wachen ganz junge Leute und Frauenzimmer befanden. In den ersten drei Tagen der sich wiederholenden abendlichen Ansammlungen sei man möglichst vorsichtig und schonend behufs der Zerstreuung vorgegangen.

Am ersten Tage operierte nur die Sicherheitswache, am zweiten Tage kam auch Militärassistenz dazu, am dritten Abend blieben Wachen und Militär möglichst lange im Hintergrund, wartend, ob die Leute sich nicht selbst zerstreuen werden, und schritten erst spät ein.

Schon gestern wurden seitens der Polizei Warnungsplakate veröffentlicht. Heute sollen noch schärfere Proklamationen erlassen werden und wurden zugleich die Behörden der Vororte zu entsprechendem Eingreifen behufs Warnung und Abhaltung aufgefordert. Denn es sei notwendig, endlich mit aller Energie Stellung zu nehmen. Basiert darauf, daß die Leute gewarnt und auf die Folgen aufmerksam gemacht wurden, soll unter einem für heute auch eine größere Militärmacht konsigniert werden. Von dem Erfolge der so für heute getroffenen Vorkehrungen soll das weitere Vorgehen abhängen. Träte noch nicht Ordnung ein, dann würde von morgen an jede Zusammenrottung mit dem verboten werden, daß die Aufrechterhaltung des Verbotes dem Militärkommandanten anheimgegeben werde, was dann das Einschreiten mit scharfen Waffen zur Folge hätte.

Damit wäre man beim letzten Mittel der Ordnungsgewalt der Verwaltung angelangt.

Nach Erschöpfung desselben träte an die Regierung die Aufgabe der Anordnung von Ausnahmeverfügungen heran.

Der Ministerpräsident glaubt übrigens nicht, daß es bis zum Äußersten kommen, sondern daß die heutigen Maßnahmen bei einem energischen Zusammenwirken aller Organe ausreichen dürften, um der Sache ein Ende zu machen. Offenbar beabsichtigen die agitatorischen Elemente mit den Zusammenrottungen Beunruhigung und Angst in der Bevölkerung zu erregen und dürfte die Sache wohl auch im Konnex mit der Wahlagitation gegen Dr Kronawetter, den man von seiten seiner Gegner als Sozialisten hinstellte, gewesen sein.

Der Ministerpräsident habe heute einer Beratung unter Beiziehung des Statthalters, des Bürgermeisters und einiger Polizeiorgane beigewohnt, wo über die nächsten Maßnahmen beratschlagt wurde.

Jetzt greife die Sache noch nicht über die Aktion der Verwaltung hinaus. Von den nächsten Vorgängen werde es aber abhängen, ob zu weiteren politischen Maßnahmen der Regierung geschritten werden müsse oder nicht.

Der Ministerpräsident habe jedoch geglaubt, die Lage vorläufig schon dem Ministerrate zur Kenntnis bringen zu sollen.

In der kurzen Diskussion, welche sich an diese Mitteilung knüpft, erklären sich die Minister übereinstimmend für eine rasche und energische Unterdrückung der Ausschreitungen nach dem Grundsatz principiis obsta und betonen zugleich die Notwendigkeit auch eines scharfen Vorgehens gegen jene Journale (insbesondere „Neue Freie Presse“ und „Tagblatt“), welche gegenüber der Sache eine teils unziemliche, teils provokatorische Haltung einnehmen und erklärt der Leiter des Justizministeriums (Freiherr von Prazak), dem Staatsanwalt entsprechende Weisungen geben zu wollen.

Sonach wird die Mitteilung des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen.“

von der Sicherheitsbehörde gegen die „Zukunft" praktizierten Konfiskationsmethoden.

So wurde beispielsweise der „Österreichische Arbeiterkalender für das Jahr 1883", ehe er noch erschien, konfisziert. Als gerade der letzte Druckbogen sich unter der Presse befand, erschien ein Polizeikommissär mit einem Amtsdiener in der Druckerei, versiegelte den Satz und beschlagnahmte alles, was schon gedruckt war. Und so wurde die Preßfreiheit in ähnlicher Weise auch gegen die Zeitungen der Arbeiterschaft überall gehandhabt und das, ohne daß irgendwo noch ein Ausnahmezustand oder Sozialistengesetz proklamiert worden wäre. Die Polizeibehörden und politischen Behörden hatten sich ihren Gesetzeskodex wider die Sozialisten in eigenem Wirkungskreis zurechtgelegt. Wurde von der Arbeiterschaft hierüber Klage geführt, blieb man ihr die Antwort entweder ganz schuldig oder hatte nur ein geheimnisvolles Lächeln hiefür. Auch im Abgeordnetenhaus strengten sich die Regierungsvertreter nicht übermäßig an, einschlägige Interpellationen in nichtssagender Art zu beantworten und auf die geharnischten Anklagen einzelner Abgeordneter wußte man in der Regel nur zu erwidern, daß man eine „strenge Untersuchung einleiten" werde. Auch das staatsgrundgesetzlich gewährleistete Briefgeheimnis wurde, wenn es sich um Sozialdemokraten handelte, nicht beachtet. Briefe und Zeitungen wurden entweder den Adressaten gar nicht zugestellt oder im geöffneten Zustand. Aber noch mehr. Die Post wurde förmlich in den Dienst der Polizei gestellt und mancher „Schwerverbrecher" politischer Gattung hatte seine Verhaftung der — Post zu danken, die an ihn gerichtete Briefschaften und Zeitungen — meist handelte es sich um sozialistische Zeitungen aus London und Zürich — der Polizei übermittelte.

Auch die Gerichtsernte des Jahres 1883 war eine reiche. Nicht weniger als 119 Genossen wurden zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. 20 Genossen wurden aus Wien, 58 Genossen aus verschiedenen Orten, besonders aus Prag, ausgewiesen und dadurch in den meisten Fällen in das tiefste Elend gestürzt. Und das ohne ein Sozialistengesetz!

Die Arbeiterpresse erfreute sich gleichfalls der besonderen Fürsorge der Staatsanwaltschaft. Von zwölf Nummern der „Zukunft" sind neun der Beschlagnahme verfallen. Die Fachblätter wurden in der gleichen Weise behandelt. Diese Maßregelungen der sozialistischen Presse hatten zur Folge, daß mehrere Fachvereinigungen der Arbeiterschaft den Beschluß faßten, ihr Organ aufzulassen. So stellte Ende 1883 der „Metallarbeiter" sein Erscheinen ein; dann folgte die Einstellung des „Schneider-Fachblattes" und die des „Schuhmacher-Fachblattes".

Dazu bemerkte die „Zukunft":

„Eine traurige, aber wahre Tatsache, daß es mit unseren verfassungsmäßig gewährleisteten Rechten so weit gekommen ist, daß die Arbeiter nach der Art und Weise, wie dieselben ausgeübt werden dürfen, lieber gleich ganz darauf verzichten. Dafür sind revolutionäre Schriften massenhaft verbreitet worden, was viel dazu beigetragen, daß die Arbeiter auch in den öffentlichen Organen eine kernigere Sprache forderten. Der in Pest erscheinende »Radikal« und die in Newyork erscheinende »Freiheit« sind fast in allen Winkeln des Reiches zu finden.

Für den in Reichenberg eingegangenen »Arbeiterfreund«*) wurde von den dortigen Genossen wieder ein neues Blatt, »Der Radikale«, gegründet, welches, wie schon der Titel besagt, die radikale Richtung vertritt. Von den bis Ende Dezember 1883 erschienenen acht Nummern wurden sechs konfisziert."

Auch in Nordböhmen hatten 1883 die Radikalen die Oberhand über die „Gemäßigten" gewonnen, so daß das alte, bewährte Parteiorgan dem „Radikalen", der das grausame Bibelwort: „Aug' um Aug', Zahn um Zahn!" als Leitspruch an der Spitze trug, weichen mußte.

Auch die Vereinigungen und die Presse der tschechischen Genossen erfuhren die gleiche behördliche Behandlung. Zahllos waren die Haussuchungen bei Vereinsfunktionären und Redakteuren wegen „sozialistischer Umtriebe".

Hatte unmittelbar nach dem Raubattentat auf den Schuhmachermeister Merstallinger, wie schon dargelegt, die Arbeiterschaft, und vor allem die Wiens, deutlich ihre Abkehr von der Fraktion der Radikalen bekundet, so trat einige Monate später wieder ein großer Umschwung ein. Der Ausgang des Prozesses gegen die führenden Personen der radikalen Fraktion, die von der Behörde als Mitbeteiligte an dem Verbrechen angeklagt worden waren, hatte diese Sinneswandlung in der Arbeiterschaft förmlich mit einem Schlage hervorgerufen. In den Tagen vom 8. bis 21. März 1883 hatten sich vor den Wiener Geschwornen außer den unmittelbaren Tätern Josef Engel, Franz Pfleger und Wilhelm Berndt, noch 26 Mitglieder der radikalen Partei wegen Verbrechen des Hochverrates, der Mitschuld am Hochverrat, des Raubes, der Mitschuld und Teilnehmung am Raube und Vorschubleistung zu verantworten**). Die Verhandlung sollte, so lag es im Sinne der Anklagebehörde, ein Prozeß und eine Verurteilung der revo-

*) „Der Arbeiterfreund" trug das Motto: „Die Menschen sollen nicht Herren und Knechte sein, denn Alle sind zur Freiheit geboren!"

**) Außer den an dem Attentat an Merstallinger direkt beteiligten Engel, Pfleger und Berndt waren noch folgende Personen angeklagt:

Ludwig Sommer, Tischlergehilfe; Ernst Schmidt, Bürodiener; Franz Gröbner, Kellner; Berthold Spiegel, Handschuhmacher; Robert Krondorfer, Geschäftsdiener; Josef Winter, Metallgießer; Karl Masur, Schuhmachergehilfe; Franz Motz, Maschinist; Johann Kompoß, Tischlergehilfe; Jakob Würges, Anstreicher; Theodor Wagner, Tischlergehilfe; Franz Weich, Anstreicher; Andreas Spahl, Tischlergehilfe; Johann Wetz, Tischlergehilfe; Stephan Burlacher, Bronzearbeiter; Alois Treibenreif, Tischlergehilfe; Josef Peukert, Zimmermaler; August Kodidek, Futteralmacher; Josef Stiaßny, Stahlarbeiter; Wenzel Führer, Tischlergehilfe; Franz Gams, Miederfabrikant; Josef Krebs, Tischlergehilfe; Anton Schenk, Sattlergehilfe; Anton Werdak, Geschäftsdiener; Anna Heitzer, Tintenerzeugerin; Jakobine Hotze, die Gattin des flüchtig gewordenen Tischlergehilfen Heinrich Hotze, des vormaligen Redakteurs der „Zukunft".

Ein Bericht über den Prozeß, bearbeitet nach der stenographischen Aufnahme der Verhandlungen, wurde wenige Wochen nach der Verhandlung von dem Mitglied der radikalen Partei Josef Müller herausgegeben. Das Vorwort zu der Broschüre, die große Verbreitung fand, besagt:

„Nachdem der am 8. März begonnene und am 21. März 1883 beendete Hochverratsprozeß, verbunden mit dem an dem Schuhmachermeister

lutionären Sozialdemokratie werden. Doch die Geschwornen sprachen die an der Tat nicht direkt beteiligten Angeklagten frei und gaben mit ihrem Wahrspruch zu erkennen, daß sie die Anschauungen der Staatsanwaltschaft, die alles aufgeboten hatte, um eine Verurteilung aller Angeklagten zu erzielen, rundweg ablehnen. Die Volksrichter hatten erkannt, daß die Anklagebehörde zweifellos mit dem Prozeß auch politische Ziele verfolgte, das heißt, daß sie im Falle einer Verurteilung aller Angeklagten wieder ein Kesseltreiben gegen den Sozialismus und seine Anhänger beginnen würde, wie Anno 1870, als „gelehrte" Richter über Oberwinder und Genossen den Schuldspruch fällten. Instinktiv mochten die Wiener Geschwornen, trotz ihrer Zugehörigkeit zur Klasse der Bourgeoisie, erkannt haben, daß sie in dem Falle über eine politische Partei zu Gericht saßen und über Wunsch ihr „Schuldig" sprechen sollten. Sowohl aus den Ausführungen des Vorsitzenden im Prozeß, des Grafen Lamezan, als auch des Staatsanwaltes ging dies zur Genüge hervor...

Der Prozeß, in welchem eine Reihe der angesehensten Wiener Rechtsanwälte als Verteidiger fungierte (darunter auch Dr. Lueger), bot viele markante Momente. Die Staatsanwaltschaft hatte ihr ganzes Rüstzeug politischer Qualität ins Treffen geführt, um eine Verurteilung zu erreichen. Die ganze anarchistische Literatur der letzten Jahre, vornehmlich die Kraftausdrücke der Londoner „Freiheit", bildeten die Argumente für die besondere Strafwürdigkeit der angeklagten Wiener Sozialdemokraten; ebenso die von der Wiener und internationalen Polizei zur Stelle geschafften Daten aus dem „Treiben der sozialrevolutionären" Bewegung. Das interessanteste Moment war aber, daß der Vorsitzende die Haltung der „Gemäßigten" im Vergleich zu der der „Radikalen" geradezu verhöhnte! So besprach Graf Lamezan den Unterschied der Parteiorgane „Zukunft" und „Wahrheit" und meinte, während die

---

Merstallinger ausgeführten Raubattentat, den Schleier vor den wahren Tatsachen gelüftet hat, ist es gewiß nicht mehr als billig, einen wahrheitsgetreuen, nach den stenographischen Aufzeichnungen der geehrten Verteidigung zusammengestellten Bericht der Öffentlichkeit zu übergeben. Selbstverständlich können, mit Rücksicht auf unsere Preßfreiheit, alle jene Stellen, welche aus der Masse von Drucksorten zur Verlesung gelangten, nicht wiedergegeben werden."

Dann heißt es:

„Diese Schrift wird gewiß um so größeren Anklang finden, da die Provinzbevölkerung oft nur sehr einseitige und unvollständige, wenn nicht gar entstellte Berichte durch die Bourgeoispresse über den Verlauf dieses Prozesses erhielt. Besonders aber auch schon deswegen, weil derselbe ein drastisches Bild unserer Kultur- und Rechtsverhältnisse in Österreich widerspiegelt.

Abgesehen von der allgemeinen Aufregung, welche durch die sensationellen Preßberichte nach den ersten Verhaftungen Ende August 1882 hervorgerufen wurde.

Eine jede freimütige Kritik über diesen Prozeß und dessen Tendenz ist schon einerseits bei unseren engen Grenzen von Preßfreiheit unmöglich, anderseits wird sie bei einem aufmerksamen Lesen dieses Berichtes überflüssig."

Im übrigen muß festgestellt werden, daß der Prozeßbericht durchaus zugunsten der „Radikalen" gefärbt ist; immerhin bietet er ein charakteristisches Bild der Partei- und, was noch bemerkenswerter ist, der staatspolizeilichen und Justizverhältnisse.

Artikel der „Zukunft“ eine scharfe Sprache führen, seien die Artikel der „Wahrheit“ „wasserſuppenartig“ und geben die Anſchauungen der „Revolutionäre im Schlafrock“ wieder. Das Organ der „Gemäßigten“ hatte dieſe Ausſprüche des Herrn Grafen in ſehr energiſcher Weiſe zurückgewieſen. Daß er dieſe Äußerungen in der offenbaren Abſicht tat, um die „Gemäßigten“ zu höhnen, iſt klar; es paßte dieſes Vorgehen übrigens ganz zu dem damaligen Verhalten der öſterreichiſchen Behörden, die, wo es nur angängig war, die „Radikalen“ begünſtigten.

Sieben Monate hatte die Unterſuchung wider die Verbrecher gedauert und unter großer Spannung der ganzen Öffentlichkeit war der Hochverratsprozeß verhandelt worden, der die Klarheit bringen ſollte, „ob jene ſyſtematiſchen Verdächtigungen gegen die geſamte radikale Arbeiterpartei Öſterreichs und ſpeziell Wiens aus einer Bande hirnverbrannter Mord- und Raubgeſellen beſtehe oder nicht“. Von ſeiten der Regierung waren die umfaſſendſten Vorkehrungen getroffen worden, um „jede demonſtrative Kundgebung der Arbeiter zu unterdrücken“. Es waren ſogar Gerüchte laut geworden, daß das Landesgericht in die Luft geſprengt würde, falls die Geſchwornen die Angeklagten ſchuldig ſprechen würden ...

Die Enquete über die Gewerbeordnung

Die christlich-feudale Mehrheit des Parlaments fühlte den Beruf in sich, entsprechend ihrem sozialen Lippenbekenntnis, sozusagen auch eine Tat für die Arbeiterschaft zu setzen. Sie wollte vor allem die industriellen Arbeiter, die bisnun ihren Lockungen widerstanden hatten, in das Netz ihrer alleinseligmachenden Lehren ziehen. Die Grafen Belcredi und Genossen hatten im Verein mit dem Grafen Taaffe den Plan ausgeheckt, vor aller Welt als „Retter des Arbeiters" — versteht sich, bloß des industriellen Arbeiters — aufzutreten, wie sie stets als Retter des Kleinbürgers in der Stadt und des Kleinbauern auf dem Lande sich gerierten. Hatten sie ihr gewerberetterisches Programm durch eine Vernewerung der Gewerbeordnung in zünftlerischem Sinne gesetzlich beschlossen, so gingen sie nunmehr daran, auch die industriellen Proletarier dieser Segnungen teilhaftig werden zu lassen. Auf ihren Schlössern hatten sie vorher die „Grundsätze" entworfen, nach denen das Rettungswerk in Angriff genommen werden sollte.

So wurde denn, wenige Wochen nach dem Merstallinger-Prozeß, in den Tagen vom 30. April bis 8. Mai 1883 im Parlament zur Feststellung des Normalarbeitstages eine Expertise abgehalten, welcher der Obmann des Gewerbeausschusses, der klerikale Abgeordnete Zallinger, präsidierte. Es waren 103 Experten, Abgeordnete, Arbeitgeber und Arbeiter geladen, die alle Fragen der Sozialpolitik in den Kreis der Erörterungen zogen, so daß zum erstenmal in Österreich eine Art Arbeiterparlament versammelt war. Beide Fraktionen der organisierten Arbeiterschaft waren auf der Expertise vertreten. Die „Radikalen" hatten zwar vor der Beratung erklärt, sie würden an der Beratung nicht teilnehmen, weil sie es mit ihrer grundsätzlichen Stellung nicht vereinbarlich fänden, doch erschienen auch sie schließlich im Beratungssaal. Vornehmlich Peukert war es, der diese Losung der Abstinenz ausgegeben hatte. Er ließ sich dann zur Teilnahme bewegen und gab seine Anschauungen auf der Expertise zum besten, die zumeist den Beifall der bürgerlichen Presse fanden, im Gegensatz zu den Ausführungen der „Gemäßigten", namentlich denen Karl Högers und Josef Bardorfs.

Die Expertise hatte übrigens ein negatives Ergebnis, denn die Arbeiter werteten die von den feudal-klerikalen Gesetzgebern gemachten Vorschläge als das, was sie in Wahrheit waren, als völlig unzureichende Maßnahmen für eine Besserstellung der Arbeiterschaft. Die Wortführer beider Fraktionen stimmten hierin vollständig überein.

Die Ausführungen der sozialistischen Sprecher an der Stätte der Gesetzgebung waren durchaus zutreffend und charakteristisch für die in den beiden Parteien der Arbeiterschaft herrschenden Anschauungen. Höger, der zuerst die kapitalistische Produktionsweise und das herrschende politische System beleuchtete, erklärte unter anderm:

„Wir sagen, uns ist jedes Mittel recht, welches gegen das Kapital angewendet wird, und auch alle Mittel, welche man anwendet, um die

Lage der Arbeiter zu verbessern, und darum haben wir nichts gegen die Vorlage. Wir lieben dieselbe aber auch nicht, und sagen auch nicht, daß sie gut sei; wir sind nicht entzückt von dieser Vorlage, wir sehen in ihr wieder nur ein Palliativmittel, das nichts nützt. Wir sehen vielmehr ein, daß nur radikale Mittel Hilfe schaffen können, die wir aus uns selbst herausholen müssen. Die langsame Menschentötung in den Fabriken macht den Menschen hart und böse, macht ihn mit dem Gedanken vertraut, so oder so ein Ende zu finden, und immer weitere Kreise ergreift dieser Gedanke. Jede Hoffnung wird allmählich tot, wenn man sieht, wie immer das arbeitende Volk um Gesundheit und um alles betrogen wird, und vielleicht triumphiert bald der Glaube, daß es besser sein wird, statt des langsamen Todes lieber einmal einzutreten für die Rechte der Menschen und sich töten zu lassen für die Idee der ökonnomischen Freiheit auf dem Kampfplatz der sozialen Revolution."

Peukert erklärte in längeren Darlegungen, die vorliegenden Vorschläge seien durchaus nicht geeignet, auch nur ein Jota an der sozialen Frage zu ändern; es müßten vielmehr die wirklichen Ursachen der bestehenden Mißstände in der Gesellschaft beseitigt werden. Insolange dies nicht geschähe, seien alle Gesetzesvorschläge als reine Palliativmittel zu betrachten, welche auch nicht die geringste Unterstützung der Arbeiterschaft verdienen. Die Vertreter der radikalen Arbeiterschaft wollen daher nicht in die Spezialdebatte eintreten. Er kam dann auf die Verfolgungen der organisierten Arbeiterschaft zu sprechen:

„Wir haben in der letzten Zeit, in den letzten zwei bis drei Jahren so traurige Erfahrungen gemacht, man hat uns in solcher Weise verfolgt. Nicht nur, daß man einen um den andern, Hunderte in den Kerker geworfen hat, wegen nichts anderm, als daß sie eine sozialistische Zeitung abonniert haben, wegen nichts, als daß sie teilgenommen haben an einem gesetzlich erlaubten Verein, welcher sozialistische Tendenzen verfolgt hat, wegen nichts, als daß man vermutet hat, der Arbeiter habe sich mit einigen besprochen; noch mehr, man weist Leute aus, ohne daß sie etwas getan haben, weil man weiß, daß sie sozialistisch gesinnt sind. Man entzieht uns unsere verfassungsmäßigen Rechte in Österreich, und heute ist unter meinen Kollegen in der Expertise einer anwesend, welcher ausgewiesen wurde ohne jeden Grund. Solange solche Maßregeln ausgeführt werden gegen die Arbeiter, solange werden Sie keinen Boden und kein Vertrauen unter den Arbeitern für Ihre Gesetzesvorlagen finden und wenn sie auch noch so gut gemeint sein mögen."

Bardorf erklärte, es freue die Arbeiterschaft, daß jetzt ein Loch in die Manchestertheorie gestoßen ist. Der „Sozialreform" stehen die Arbeiter im großen und ganzen kühl und teilnahmslos gegenüber, weil sie nicht glauben, daß sie gelingen wird, weil „wir die Interessengegensätze im richtigen Lichte betrachten; aber wir rufen Ihnen zu: Wenn Sie bei diesem ersten Schritt stehenbleiben, wenn Sie nicht weitergehen auf dieser Bahn, wenn Sie Hindernisse der Entwicklung entgegenschleudern, dann wird der Fluch über die Folgen, die kommen werden, die Häupter jener treffen, die die Hindernisse heraufbeschworen haben. Wir, die gemäßigten Sozialisten, wir wollen die Entwicklung der Dinge, es wird aber nicht in

unserer Macht liegen, es wird von der Kampfesweise unserer Gegner abhängen, ob und inwieweit die Entwicklungsphase durchgemacht werden kann. Wir wollen die Entwicklung; wenn aber auf der Gegenseite der Wille nicht vorhanden ist, dann beklage man sich nicht, sondern ergebe sich in das Schicksal!"

Die Sprecher beider Fraktionen wandten sich in gleicher Weise gegen Liberale wie Klerikale, wiewohl die letzteren auf der Expertise sich bemühten, die Arbeiter für ihr „christliches Programm" zu gewinnen. Vor allem war es der bekannte Mechaniker Ernst Schneider, der seine Lockrufe ertönen ließ. Man wollte von klerikaler Seite die Arbeiter „als Opfer des jüdischen Kapitalismus" für das sattsam bekannte praktische Christentum gewinnen.

Ganz offen sprach dies der Obmann der Expertise in seiner Schlußrede aus, worin der fromme Herr meinte, er sehe den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage nur darin, „wenn die Gesellschaft zur positiven Religion, wenn sie zu Gott zurückkehrt. Dieser Weg allein ist es, der uns dauernd und gründlich aus der umtobenden Gefahr zu retten vermag".

Wie bald der Kurs der Arbeiterfreundlichkeit der Regierung umschlug, zeigte sich schon kurze Zeit nach der mit so großem Aufwand von Reklame veranstalteten Expertise. Wenige Tage nach der Enquete kam die Sozialreform der Polizei; denn kaum war die Beratung über die christliche Sozialreform beendet, wurden mehrere Genossen, die als Experten einvernommen worden waren, aus dem Wiener Polizeirayon ausgewiesen. Ein schönes Stück christlicher Sozialreform, wie man sieht!

Die Regierung hatte sich von der Expertise über den Normalarbeitstag vor allem einen Erfolg in der Richtung versprochen, daß sie geglaubt hatte, sie werde die organisierte Arbeiterschaft für „ihr Programm" zu gewinnen vermögen. An Bemühungen und Bewerbungen ließen es sie und ihre hiezu Beauftragten keineswegs fehlen. Die hocharistokratischen Sozialreformer und ihre kleingewerblichen Helfershelfer à la Ernst Schneider*) wurden hiefür mobilisiert und mit den notwendigen Geld-

*) Ernst Schneider hatte das frühere Mitglied der „Radikalen", Franz Motz, für seine Zwecke gewonnen. Motz hatte unter materieller Förderung der aristokratischen Sozialreformer Reisen in Österreich unternommen, um angeblich Lohnstatistiken anzufertigen. Er wurde hiebei wiederholt, so in Brünn und in mehreren niederösterreichischen Industrieorten, von der Behörde angehalten, aber wieder freigelassen, da sich seine hochmögenden Protektoren seiner annahmen. Graf Ekbert Belcredi selbst verwertete dann zu parteipolitischen Zwecken die von Motz gesammelten statistischen Daten, die sich namentlich auf die Löhne der liberalen Brünner und nordböhmischen Fabrikanten bezogen.

Daß die Christlichsozialen für ihre „sozialreformerischen" Pläne vor allem die Anhänger der radikalen Fraktion gewinnen wollten, steht fest, wiewohl später die Herren, und namentlich Prinz Alois Liechtenstein, dies zu leugnen suchten. Peukert selbst erzählt in seinen „Erinnerungen" von einer Zusammenkunft einiger Genossen mit etlichen feudal-klerikalen Herren bei einem „Abendessen":

„Von uns waren beteiligt die Genossen Motz, Pauler, Nechwile, Schustaczek, Notzar und ich, von der anderen Seite die zwei Brüder Fürsten Liechtenstein, Eszterházy, Graf Belcredi, der Redakteur

mitteln ausgestattet. Daß dieses Beginnen nicht von Erfolg gekrönt war, lag in der Einsicht der führenden Personen in der Arbeiterschaft; in beiden Fraktionen erkannte man rechtzeitig, daß die Arbeiterschaft Österreichs damit auf eine politische und wirtschaftliche Bahn gebracht wurde, die weitab von der des internationalen Proletariats lag.

Die Absichten der Regierung und ihrer hilfreichen Faktoren aus dem Parlament und dem „christlichen Gewerbestand" gehen klar aus dem folgenden Tagesbericht der Wiener Polizeidirektion vom 10. Mai 1883, Z. 2569, hervor.

Es wird darin gesagt:

„Die beendete reichsrätliche Enquete über die Gewerbeordnung dürfte nicht ohne Einwirkung auf die Arbeiterbewegung bleiben. Schon vor Beginn derselben berieten die dem Arbeiterstande angehörigen Ex-

---

des Wiener „Vaterland" Vogelsang und noch zwei oder drei andere, deren Namen ich mich nicht mehr erinnere.

Nach erfolgter Speisung, bei welcher wir eifrig zum Trinken schwerer Weine — allerdings ohne Erfolg — animiert worden waren, eröffnete Belcredi die Diskussion. Die Herren gaben sich große Mühe, uns ihre Liebe und warme Fürsorge, welche sie für die Arbeiter haben, ans Herz zu legen. Wir machten nur Fragen und kurze Bemerkungen, zum Beispiel: Wie reimt sich die warme Fürsorge mit den fortgesetzten Verfolgungen der Arbeiter, der Unterdrückung der Arbeiterversammlungen, der Konfiskation der Arbeiterblätter, den harten Urteilen über Arbeiter wegen an und für sich ganz harmloser Sachen usw. zusammen? Schließlich stellte ich die kategorische Frage, was man eigentlich von uns wolle? Darauf wurde uns von allen den „Herren" erklärt, daß sie gewissermaßen im Namen der Regierung sprechen und handeln, denn Seine Exzellenz der Herr Ministerpräsident Taaffe und das ganze Kabinett seien mit ihren Plänen und sozialen Bestrebungen einverstanden; was sie hier sagen und versprechen, sei der Genehmigung von offizieller Seite sicher! Was man von uns wolle, sei kurz gesagt folgendes: »Die radikale Arbeiterpartei solle die sozialen Bestrebungen der Regierung unterstützen, oder doch zum mindesten keine Opposition entgegensetzen, dafür werde uns die höchstmögliche Rede-, Preß- und Versammlungsfreiheit gewährt werden und in Kürze würde auch das allgemeine direkte Wahlrecht in Erwägung gezogen und bewilligt werden.«

Auf einzelne Fragen, welche Garantien für all die Versprechungen geboten würden, erhielten wir nur vage, ausweichende Antworten, man könne doch bei solchen Abmachungen keine schriftlichen Verträge schließen usw.

Bis dahin hatte ich nur wenig gesagt, nun fand ich es aber an der Zeit, um so mehr, als mich einer der Herren direkt herausforderte, was meine Meinung sei. Dabei nahm ich mir auch kein Blatt vor den Mund: »Die Arbeiter hätten für all die Reformpläne nicht das geringste Interesse, im Gegenteil müsse jeder erkennen, daß es nur Köder seien, um die reaktionären Bestrebungen der Herren am Ruder zu bemänteln und die Arbeiter noch mehr zu versklaven. Das beweise ja das neue Schulgesetz am deutlichsten, wie man mittelalterliche Zustände wieder einführen wolle; ebenso seien die gewerblichen Reformpläne selbst nur zu dem Zwecke, die soziale Entwicklung aufzuhalten, und dazu sollen wir unsere Hilfe geben? Wir, die wir eine vollständige Neugestaltung der sozialen Verhältnisse erstreben? Nie und nimmer! Das wäre der schändlichste Verrat, den wir an unserer gerechten Sache verüben könnten. Dazu gebe ich mich für meine Person nicht her und würde die Pläne mit aller Energie bekämpfen.«

Schon während ich sprach, lief Eszterházy ganz entsetzt ob solcher Sprache aus dem Zimmer und schließlich waren die anderen Herren ebenfalls höchlich entrüstet, daß ich ihre „wohlmeinenden" Absichten so schnöde zurückwies, und die Konferenz hatte ihr Ende."

perten ohne Unterschied, ob sie der gemäßigten oder der radikalen Partei angehören, das erstemal in gemeinsamer Sitzung, und schon diese Tatsache genügte, um den Gedanken einer Vereinigung der beiden großen Arbeiterparteien nicht mehr außer Auge zu lassen.

Die Führer der Radikalen scheinen diesem Plane nicht sehr abgeneigt zu sein, und daher kommt es, daß sie den erst gehegten Vorsatz, den Beratungssaal der Enquete nach Klarlegung ihrer anarchistischen Grundsätze demonstrativ zu verlassen, aufgaben und hiedurch eine Konzession an die gemäßigte Partei zu machen vermeinten. Übrigens haben die in der Enquete von dem bekannten Maler Peukert abgegebenen Erklärungen und der von ihm gegen die Fixierung eines Normalarbeitstages und gegen den Schutz der Frauen- und Kinderarbeit eingenommene Standpunkt in Kreisen seiner Genossen sowohl hier als in den Provinzen heftigen Widerstand erfahren und nicht wenig zur Verminderung seines Ansehens und seines Einflusses in der Arbeiterwelt beigetragen.

Dazu kommt noch der Umstand, daß zwischen Peukert und dem bekannten Maschinenschlosser Stephan Pauler*), welcher nach Peukert zu den tätigsten Führern der radikalen Partei zu zählen ist, deshalb ein Konflikt entstand, weil Pauler sich andauernd und in relativ gemäßigter Weise an den Beratungen der Enquete beteiligte. Es verlautet in Arbeiterkreisen, daß Pauler sich auch durch den Mechaniker Ernst Schneider, welcher die einzelnen Arbeiter den aristokratischen Mitgliedern der Expertise vorstellte und überhaupt die Vermittlerrolle spielte, hiezu verleiten ließ.

Schneider stellte dem Grafen Eckbert Belcredi auch die tschechischen Arbeiterführer Franz Nechwile, welcher in früheren Jahren in Reichenberg tätig war, und den Sattler Vinzenz Zich vor, der am 5. l. M. eine Agitationsreise nach Brünn unternommen hatte. Graf Belcredi unterhielt sich mit den Genannten in der eingehendsten Weise über die Lage der Arbeiter und versicherte dieselben des besten Wohlwollens seiner Partei. Den Schlosser Nechwile ersuchte der Graf um statistische Daten über die Fabrikverhältnisse in Reichenberg und insbesondere in der Liebigschen Fabrik, in welcher nach Nechwiles Mitteilungen Kinder in einem Alter weit unter 14 Jahren beschäftigt sind. Graf Belcredi bemerkte, daß er dieses Material in der nächsten Sitzungsperiode des Abgeordnetenhauses verwerten wolle. Durch Zich entbot der Graf den Brünner Arbeitern Grüße und ließ sie gleichfalls um Mitteilungen über die dortigen Fabrikverhältnisse ersuchen.

*) Von welchem „christlichen" Geist die Regierung gegenüber den Arbeitern erfüllt war, geht daraus hervor, daß beispielsweise der „bekannte sozialistische Agitator" Stephan Pauler, der als Installateur beim Bau des neuen Justizpalastes beschäftigt war, wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie um seinen Verdienst gebracht wurde.

Die Polizei hatte nämlich das Ministerium des Innern auf „die eminente Gefährlichkeit dieses anarchistisch gesinnten Agitators aufmerksam gemacht", was natürlich zur Folge hatte, daß Pauler aus der Arbeitsstelle entfernt wurde.

Daß durch ein derartiges Vorgehen die Stimmung in der Arbeiterschaft keineswegs eine friedlichere wurde, ist selbstverständlich. Das, was die Regierung und ihre Organe häufig taten, war wirklicher „Terror"!

Im allgemeinen gewannen die Arbeiter durch die Enquete und den Verkehr mit dem Grafen Belcredi, dem Prinzen Alois Liechtenstein und dem Abgeordneten Hevera die Überzeugung, daß die hohe Jedoch die Schlußrede des Obmannes der Expertise, des Abmöglichste zur Verminderung des Arbeiterelends zu tun gewillt sind.

Jedoch die Schlußrede des Obmanns der Expertise, des Abgeordneten Zallinger, verstimmte die Arbeiter derart, daß sie mit einer deutlich wahrnehmbaren Kühle und Niedergeschlagenheit, obzwar Prinz Liechtenstein und Graf Belcredi dieselben zu beruhigen suchten, das Beratungslokal verließen.

Gestern erhielten die Experten aus dem Arbeiterstande im Abgeordnetenhause je 21 Gulden als Ersatz für Zeitversäumnis; sofort erlegte ein jeder einen Gulden als Unterstützungsbetrag für die Inhaftierten, der nach Brünn gesendet wurde. Im Foyer des Abgeordnetenhauses verabschiedete sich der Abgeordnete Hevera von den Arbeitern, versicherte dieselben neuerlich, daß die Rechte den vollsten Ernst habe, das Los des Arbeitervolkes zu verbessern. Die Arbeiter, deren Intelligenz man in der Enquete kennenzulernen Gelegenheit hatte, mögen den guten Willen anerkennen und auf der beschrittenen gemäßigten Bahn fortschreiten.

Zum Schlusse ersuchte er, ihm alle Arbeiterblätter, welche Berichte über die Expertise bringen sollten, einzusenden.

Nach der Stimmung jedoch, welche in den maßgebenden Arbeiterkreisen herrscht, dürften sowohl in Versammlungen als auch in der Arbeiterpresse die Schlußrede Zallingers und alle ähnlichen Insinuationen der klerikalen Parteien abfällige Besprechung finden."

Auch von anderer Seite, von deutschnationaler, wurde in jenen Tagen die Wiener Arbeiterschaft heiß umworben. Das sogenannte „Linzer Programm", an welchem neben nationalen Politikern auch tief sozial empfindende Männer, wie Dr. Friedjung, Pernerstorfer und Dr. Viktor Adler, mitgearbeitet hatten, enthielt auch Programmpunkte bezüglich der „Reform der Fabrikgesetzgebung". Später wurde dieses Programm in ein ausschließlich national-hohenzollerisches umgewandelt, und Schönerer perhorreszierte in der schroffsten Form jeden internationalen reformerischen Gedanken. Nichtsdestoweniger unterhielt der Schloßherr von Rosenau, wie auch aus einem Polizeibericht hervorgeht (Tagesbericht der Wiener Polizeidirektion vom 19. April 1883), seit der Beendigung des Merstallinger-Prozesses „auch einen lebhaften Verkehr mit dem bekannten Maler Peukert und anderen Führern der anarchistischen Partei. Bei den von dieser Seite veranstalteten Festen und sonstigen Unterhaltungen fehlte Schönerer niemals und benützte seine Anwesenheit stets zu einem Gedankenaustausch mit den Arbeiterführern, denen er gegenüber jedesmal ostentativ betonte, wie warm er für das arbeitende Volk fühle". Peukert hielt jedoch zu sehr an dem anarchistischen Prinzip fest, als daß er sich dazu verstanden hätte, Schönerer Gefolgschaft zu leisten ...

Neue Kämpfe zwischen den Fraktionen

Unmittelbar nach dem Merstallinger-Prozeß kam es neuerdings zu schweren Kämpfen zwischen den beiden Fraktionen der Arbeiterschaft. Der Freispruch der führenden Personen der Radikalen hatte zur Folge, daß ihr Anhang im Proletariat sich immer vergrößerte und die Reihen der „Gemäßigten" sich wieder mehr und mehr lichteten. Nach Mitteilungen Bardorfs war das numerische Verhältnis etwa drei zu fünf. Bardorf bemerkte unverhohlen, daß die Organisation und die Disziplin der „Radikalen", die sich offen schon als Anarchisten zu bekennen pflegten, eine weit strammere sei als die der Gemäßigten. In den Ländern hätten wohl noch die Gemäßigten die Oberhand — nur Steiermark und Graz bildeten eine Ausnahme — doch sei zu besorgen, daß auch dort die Anarchisten unaufhaltsame Fortschritte machen würden. Eine der Hauptursachen des Rückganges der Partei der Gemäßigten sei der Mangel an geistigen Kapazitäten, wie solche beispielsweise der Partei im Deutschen Reiche angehören. Man müsse derartige Kräfte im Ausland gewinnen, welche den Anarchisten in Rede und Schrift gewachsen wären. Es wurden auch tatsächlich von der Fraktion der Gemäßigten Anstrengungen nach dieser Richtung gemacht, namentlich bemühten sich Bebel und Grillenberger, der österreichischen Partei beizustehen, doch waren die Bemühungen erfolglos, da mittlerweile der von der Regierung verhängte Ausnahmezustand und das spätere Sozialistengesetz jede Agitation bald unmöglich machten.

Für die österreichische Partei hatte sich auch der Verlust Karl Kautskys*), der zu Beginn des Jahres 1883 als Herausgeber und Redakteur der „Neuen Zeit" nach Stuttgart berufen wurde, besonders fühlbar gemacht. Neben Kaller-Reinthal war es namentlich Kautsky gewesen, der in steter agitatorischer und literarischer Arbeit für die Partei tätig war.

Es hatte in den nächsten Monaten den Anschein, als ob die ganze Arbeiterschaft Österreichs den Eintritt in die Anarchistenpartei vollziehen würde; teils waren es die Verfolgungen seitens der Behörden, die nunmehr, da die Locktöne der Regierungsparteien vergeblich geblieben waren, wieder stärker einsetzten, teils waren es die Agitationen der Anarchisten, die diesen Umschwung herbeigeführt hatten. Die „Radikalen" entfalteten eine sehr rührige Tätigkeit durch Verbreitung von Flugblättern und Veranstaltung von Straßendemonstrationen, während die Gemäßigten sich nur auf die Defensive beschränkten. Die „Zukunft", das Blatt der

*) Die Tatsache der Übersiedlung Karl Kautskys nach Stuttgart schien der Wiener Polizeibehörde von solcher Bedeutung, daß sie hierüber auch dem Ministerium in folgender Mitteilung berichtete: „Karl Kautsky, der bekannte Anhänger der deutschen sozialdemokratischen Partei und Mitherausgeber der seit Beginn dieses Jahres in Stuttgart erscheinenden sozialistischen Revue „Neue Zeit", begibt sich in diesen Tagen nach Stuttgart, um dort zum Zwecke der Redaktion dieses Blattes durch längere Zeit Aufenthalt zu nehmen. Wien, 11. März 1883."

Radikalen, gewann bald eine größere Auflage — man schätzte sie damals auf 3000 Exemplare — als die „Wahrheit", das Organ der Gemäßigten, das eine Abnehmerzahl von 1200 hatte. Aber weit intensiver als die öffentliche Werbetätigkeit war die geheime der Radikalen durch Versammlungen, Konventikel und durch Verbreitung sehr heftiger Flugschriften, die auf einer geheimen eigenen Presse der Partei hergestellt wurden. Dazu gesellte sich schließlich die unausgesetzt verkündete Lehre der Gewalt, die „Propaganda der Tat", die von den Zentren der Anarchisten, von der Schweiz und von London aus, verbreitet wurde.

Gegenüber dieser Agitation der „Radikalen" hatten die „Gemäßigten" einen sehr schweren Stand. Sie konnten nichts anderes tun, als in Versammlungen und in der Presse immer wieder auf die Verirrungen der Radikalen hinzuweisen und die Arbeiterschaft vor allen Gewalttaten zu warnen, die keine andere Wirkung haben könnten als Gewaltmaßregeln seitens der Regierung. Tatsächlich plante die Regierung bereits im September 1883 auf Grund des berüchtigten § 14 des Staatsgrundgesetzes Ausnahmeverordnungen gegen die sozialistische Agitation. Diese Ausnahmeverfügungen, die von der Wiener Polizeidirektion*) angeregt wurden, sollten viel weitergehend sein als die Bestimmungen des später vom Grafen Taaffe eingebrachten Sozialistengesetzes. Die Erlassung der Ausnahmeverordnungen unterblieb zwar vorläufig, jedoch nur aus dem Grunde, weil bald darauf das Parlament zusammentrat und das Verordnungsrecht der Regierung auf Grund des § 14 erlosch...

Angesichts einiger Straßendemonstrationen, welche die Radikalen als Protest gegen die Konfiskationspraxis und die Verhaftung John Reves**) veranstalteten, kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und der Masse; in diesem Zeitpunkt forderte vor allem die offiziöse Presse sofort die Anwendung außerordentlicher Maßnahmen, da angeblich das bestehende Gesetz nicht hinreiche, um die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten!

Auf die Partei der Radikalen hatten die Drohungen mit Ausnahmezuständen keinerlei Eindruck gemacht; auch die Abwehr der Gemäßigten wurde nur mit groben Schmähungen seitens der Radikalen beantwortet.

In diesen Tagen kam es zu schweren Verbrechen wider einzelne aus „anarchistischen Motiven". Bald hier, bald dort wurden Raubüberfälle verübt, deren „Erträgnis" der „Parteikasse" zufallen sollte. Daneben kam es auch zu sinnlosen Schreckenstaten, wie Brandlegungen der Wiener Holzlager (August 1883). Alle diese „Taten" fanden den Beifall der „Londoner" in demselben Maße, als sie

*) Die Wiener Polizeidirektion hatte dem Ministerium des Innern einen vollständigen Gesetzentwurf vorgelegt, worin zur „Eindämmung sozialrevolutionärer Umtriebe und zur Hintanhaltung hieraus entstehender Unruhen zeitweilige Ausnahmebestimmungen getroffen" werden sollten. Diese Bestimmungen, die zum Teil dem deutschen Sozialistengesetz nachgebildet waren, hat später Graf Taaffe für „sein" Sozialistengesetz adaptiert.

**) John Reve war Ende 1882 in Wien verhaftet worden, saß mehrere Monate in landesgerichtlicher Untersuchungshaft, ehe er den deutschen Behörden ausgeliefert wurde.

der Behörde den willkommenen Anlaß boten, mit aller Entschiedenheit Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie zu fordern.

Nunmehr machten die Gemäßigten den Versuch, das österreichische Proletariat über die ihm drohenden Gefahren aufzuklären und es vor schweren Schäden zu bewahren. Mit Hilfe der deutschen Genossen wurde eine von Kaller-Reinthal und Eduard Bernstein verfaßte Flugschrift aus Zürich hiehergebracht, um unter der österreichischen Arbeiterschaft verteilt zu werden. Als Druckort war, um die Verteilung leichter durchführen zu können, die „k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien" angegeben. Diese Flugschrift wendete sich vor allem in sehr scharfer Weise gegen die „Radikalen" und ihre verbrecherische Taktik.

Die Flugschrift, ein bedeutsames historisches Dokument, wurde in mehreren Tausenden von Exemplaren, namentlich in Wien und den Industrieorten Österreichs, verbreitet. Da darin über das ganze Wesen der radikalen Fraktion, wie es 1883 ausartete, und über einzelne Personen, wenn auch ohne Namensnennung, sehr bemerkenswerte Aufschlüsse enthalten sind, sei sie im folgenden in ihrer Gänze wiedergegeben*):

„Die sozialdemokratische Partei Österreichs an die Arbeiter.

Arbeiter! Durch die letzte Demonstration vor der Polizeidirektion in Wien hat ein Teil der Arbeiterschaft ihrem berechtigten Hasse gegen jene Institution Ausdruck gegeben, die eure geringen politischen Rechte durch die willkürlichste Auslegung und Handhabung der Gesetze gänzlich wertlos macht, ja sogar vor der offenen, unverschämtesten Gesetzesübertretung nicht zurückscheut, wenn es gilt, einen entschlossenen Vorkämpfer des Proletariats unschädlich zu machen. Wir teilen diese Gefühle gegen Polizeibrutalität, gegen den modernen Staat der physischen und moralischen Vergewaltigung und im Kampf gegen diesen haben wir seit jeher der Solidarität aller proletarischen Interessen und einem unbeugsamen Kampf für diese rückhaltlos unsere volle Sympathie und Kraft geweiht.

Aber gerade das Bewußtsein von der Heiligkeit unserer gemeinsamen Sache, die Überzeugung von dem gewissen endlichen Siege unserer Ideen zwingt uns, euch über den Mißbrauch aufzuklären, den gewisse Personen, welche geschworene Feinde des Proletariats, Verbündete seiner Unterdrücker sind, mit euren edelsten Gefühlen treiben.

Bezahlte und unbewußte Werkzeuge der herrschenden Klassen suchen euch nämlich zu unüberlegten, der Sache des Proletariats, eurer eigenen Sache, verderblichen Handlungen hinzureißen. Ehrgeizige, von krankhafter persönlicher Eitelkeit erfüllte Individuen, die sich mit dem erborgten Schein revolutionärer Gesinnung zu umgeben verstanden, haben sich in eure Mitte geschlichen, und streben danach, mit eurem Blute, mit eurer ehrlichen Hingebung an die Ideen des Sozialismus sich Ruhm und einen öffentlichen Namen zu verschaffen. Ihr, die erbarmungswürdigen Opfer einer schändlichen Klassentyrannei, sollt nun dem verdammenswerten und egoistischen Ehrgeiz einzelner, die zu euren Vertretern sich aufwerfen, neuerdings zum Opfer fallen.

*) Aus dem im Archiv des Ministeriums des Innern befindlichen Exemplar.

Arbeiter Österreichs! Laßt euch nicht von leeren, sinnlosen Phrasen betören, prüfet was man euch sagt, bedenket die naturgemäßen und notwendigen Folgen der Handlungen, die man euch anpreist, die in marktschreierischer Weise als einziges Erlösungsmittel verkündet werden. Findet ihr, daß die euch empfohlenen Mittel nur geeignet sind, eure Lage zu verschlimmern, euren Feinden, den herrschenden Klassen, neue und stärkere Waffen zu eurer Unterdrückung in die Hände zu geben, dann müßt ihr zu der Überzeugung kommen, daß nur die Reaktionäre euch solche Mittel vernünftigerweise vorschlagen können und ihr werdet diejenigen, die euch zum Klassenselbstmord treiben wollen, mit Verachtung aus euren Reihen drängen. Dazu unsere Mithilfe zu bieten, dem Werke der geistigen und politischen Aufklärung der Arbeiter zu dienen, die unsere Hauptaufgabe in der Gegenwart bildet, ist der Zweck, den dieser Mahnruf an euch erfüllen soll.

Ihr sollt erkennen, wie viel gefährlicher unsere Gegner sind, wenn sie in der Maske der Freundschaft auftreten, als wenn sie uns und unsere Bestrebungen offen bekämpfen. Im letzten Falle reichen Gründe hin, die Unwahrheit der Behauptungen unserer Gegner zu beweisen und es genügt, der rohen Gewalt die Organisation und Aufklärung der Massen entgegenzustellen.

Das wissen die Vertreter der herrschenden Klassen so gut wie die bewußten Sozialisten; darum wenden sie auch als Hauptmittel in ihrem Kampfe gegen das Proletariat die Spaltung des letzteren, die Verdächtigung ihrer ehrlichen Vertrauensmänner an. In Zeitpunkten, wann die sozialistische Idee besonders rasche Verbreitung findet, wann das Proletariat durch die Gunst der Verhältnisse eine Macht wird, die organisiert, durch einen einheitlichen Willen geleitet, in kluger Ausnützung der Zeitumstände wertvolle Konzessionen zu erreichen vermöchte, ist es ein altbewährtes Mittel machiavellistischer Politik, durch Absendung von Agenten in das Lager des Proletariats zunächst eine Spaltung in demselben hervorzurufen, dann den von dem organisierten Proletariat losgetrennten Teil desselben durch das zahlreich vorhandene, von dem modernen Kapitalismus mit kaninchenhafter Fruchtbarkeit erzeugte und vermehrte Lumpenproletariat zu verstärken und durch wiederholte Putsche abzuschlachten, womöglich dabei auch den nichtverführten Teil der Arbeiter durch Gewaltmaßregeln, Ausnahmegesetze usw., die der Zustimmung des eingeschüchterten Bürgertums nunmehr sicher sind, zu erdrosseln. Denket an die berüchtigten weißen Blusen des Abenteurers Napoleon III., die bei allen Putschen hervorragende Rollen spielten und die, im Dienste der kaiserlichen Polizei stehend, die Proletarier ihren Henkern und Herren mit dem Raffinement ausgesuchter Schurken ans Messer lieferten.

Diese Söldlinge der Reaktion übertrafen jeden an »revolutionärem« Eifer, sie trieben und drängten ununterbrochen zu »Taten«, waren immer radikaler als alle aufrichtigen Sozialisten. Ihnen dienten unbewußt und in gutem Glauben die ehrlichen Fanatiker der Revolution, die ihre Ungeduld nicht bemeistern konnten und darum so leichten Herzens den Schurken in die schlau gelegte Falle gingen. Wir halten es in dieser Erwägung für eine uns obliegende Pflicht, in einem Augenblick, da die Arbeiterbewegung in Österreich Fanatikern und Polizeiagenten nach einem raffiniert angelegten Plan zum Opfer fallen soll, das Schweigen, das wir dem Treiben gewisser dunkler Existenzen gegenüber bisher beobachteten, zu brechen und in der Beantwortung dreier Fragen eine

Warnung an die österreichischen Arbeiter zu richten, von der wir hoffen, daß sie nicht ungehört verhallt — im Interesse der Emanzipation des Proletariats von materieller und geistiger Knechtschaft.

Wer macht Revolutionen?

Der Sozialismus ist eine revolutionäre Idee, das heißt er kann nur realisiert werden durch einen Bruch mit der gegenwärtigen Rechts- und Gesellschaftsordnung. Er ist im Widerspruch mit der politischen Klassengesetzgebung der modernen Staaten, er verneint die Grundbegriffe des bestehenden Rechts. Also kann er nur realisiert werden auf dem Wege einer sozialen und politischen Revolution, das ist einer Umwälzung der sozialen und politischen Einrichtungen; ob und wie viele Personen dabei ihr Leben einbüßen, das hat mit dem Begriff einer so verstandenen Revolution nichts zu tun, sondern hängt nur von der Stärke der sich bekämpfenden Parteien, von der Heftigkeit der aufgewühlten Leidenschaften ab. Solche Revolutionen können nur entstehen, wenn die neuen Anschauungen unreif oder nur von unzureichenden Machtmitteln unterstützt sind. Sie werden aber nie gemacht, da sie nur das Resultat einer mit elementarer Macht und Naturnotwendigkeit vor sich gehenden Umwälzung der Begriffe über die rechtliche Organisation des Staates und der Gesellschaft sind. Haben die neuen Ideen sich in den Köpfen des mächtigeren Teiles der politischen und sozialen Organisationen zu Forderungen an das Bestehende verdichtet, dann ist die Revolution unvermeidlich. Ob dabei viel oder gar kein Blut fließt, das kann nur bei jenen die Hauptsache sein, denen die Befriedigung ihrer Rache für erlittenes Unrecht mehr gilt als die sozialistische und kommunistische Gesellschaft, die doch das eigentliche und einzig berechtigte Ziel der proletarischen Bewegung unserer Zeit ist.

Bevor die neuen Gesellschaftsschichten, die Träger der revolutionären Ideen, sich entwickelt haben und zur Macht gelangen können, verläuft eine mehr oder weniger lange Periode, innerhalb deren das allmähliche Anwachsen des revolutionären Elements die herrschenden Klassen zu Gegenmaßregeln drängt, die im wesentlichen den gemeinsamen Zweck verfolgen, dieses Anwachsen zu hemmen. Putsche bilden die gefährliche Waffe in dem dazu bestimmten Rüstzeug der Anhänger und Verteidiger des Bestehenden, sie sind die von Zeit zu Zeit wiederholten Aderlässe, durch die das revolutionäre Blut abgezapft und das widerstandsfähige Volk entnervt, infolge der dauernden Mißerfolge allmählich in seinem Selbstvertrauen erschüttert wird. Der Despotismus erntet regelmäßig die Früchte solcher Putsche und die privilegierten Klassen freuen sich der neuerrichteten Schutzwehren zur Fortdauer der Ausbeutung.

So oft Napoleon III. es für notwendig fand, die revolutionäre Bewegung einzudämmen, ließ er durch seine geheime Polizei entweder ein Attentat oder Verschwörung oder einen Putsch arrangieren und er konnte wieder eine Zeitlang mit Hilfe des künstlich erzeugten Schreckens regieren. Der berüchtigte Stieber war der Arrangeur von zeitgemäßen Verschwörungen für die Hohenzollern. Narren und an Größenwahn leidende Individuen, wie Hödel und Nobiling*), leisteten dabei vortreffliche Dienste. Ihren »Taten« haben die Arbeiter Deutschlands das Sozialistengesetz, die Ausweisungen Hunderter von Sozialisten, den Ruin des Familienglücks ebenso vieler und die Vernichtung ihrer materiellen Existenz zu verdanken. Welche Lehre für uns!

*) Beide hatten 1878 Attentate auf Kaiser Wilhelm I. verübt.

Der Leipziger Hochverratsprozeß 1881 hat gezeigt, wie Fanatiker und Polizeispione in der Revolutionsmacherei Hand in Hand gehen und wie es der Polizei dadurch gelingt, sich der revolutionären Elemente in der Arbeiterbewegung zu bemächtigen.

Schon seit geraumer Zeit bemühen sich die Feinde des Sozialismus in Österreich, unsere Partei auf ähnlichem Wege zu vernichten, und eine Anzahl Fanatiker, die durch ihre Handlungsweise vielleicht mehr schaden als bezahlte Agenten der Reaktion, tun alles mögliche, um dieses Bemühen zu unterstützen. Was wir hier von der Tätigkeit dieser Schurken und Narren erzählen, haben wir teils selbst als Augen- und Ohrenzeugen erlebt, teils wissen wir es von unmittelbar Beteiligten. Wir nennen keine Namen, weil wir nicht die bedauernswerten Verführten denunzieren wollen. Aber eure Aufgabe, Arbeiter, ist es, die Verführer, die Polizeispione, die eitlen Streber, die auf eure Unkosten sich berühmt machen wollen, unschädlich zu machen, ihnen das Brandmal der allgemeinen Verachtung aufzudrücken. Wir charakterisieren deren Handlungsweise so genau, daß ihr sie leicht wieder erkennen werdet, wenn sie an euch herantreten.

Wie macht man Revolutionen?

Im Anschluß an die von Johann M o s t in London gepredigte Taktik verkündigten schon im Jahre 1880, insbesondere in Wien, einzelne eine Propaganda der »Tat« an Stelle der bisherigen sozialdemokratischen Agitation; ihr Streben blieb aber lange erfolglos, da sie sich fast ausschließlich an solche Arbeiter wendeten, die lange genug der Partei angehört hatten, um die Verderblichkeit einer solchen Taktik zu durchschauen. Doch gelang es bald durch Heranziehung von neuen, bisher indifferenten Elementen einen Kreis von Leuten zu bilden, die auf die Hervorrufung von Aufständen hinarbeiteten. Diese Leute nannten sich »Sozialrevolutionäre« und behaupteten, daß jeder Sozialist die Pflicht habe, durch Gewalttaten gegen die bisherige Gesellschafts- und Staatsordnung zu protestieren. Es kam zwar zu gar keinen Gewaltakten, da die Agenten der Reaktion selbst sich natürlich hüteten, mit »gutem« Beispiel voranzugehen, das Lumpenproletariat aber, das am meisten zu solchen »Taten« hinneigt, damals noch wenig in der Putschbewegung beteiligt war. Doch gelang es der Polizei, auf dem Wege der Verschwörung eine Anzahl von Parteigenossen in ihre Hände zu bekommen. Ein »Sozialrevolutionär«, der in den neugebildeten Klubs in Wien eine hervorragende Rolle gespielt hat, begab sich sofort nach Salzburg, um dort die Kluborganisation durchzuführen. Die Neuangeworbenen wurden sofort wegen eines angeblich von ihnen beabsichtigten Attentats verhaftet und der von Wien entsandte »Sozialrevolutionär« erwies sich zufolge bei ihm vorgefundener Briefe als bezahlter Agent der Geheimpolizei. Regelmäßig war die Polizei von den Aktionen unterrichtet, die die Sozialrevolutionäre beabsichtigten, und von einem geheimen Parteikongreß, der im Jahre 1881 stattfand und dem mehrere Sozialrevolutionäre beiwohnten, wußte die Wiener Polizei in acht Tagen fast sämtliche Teilnehmer.

Im Herbst desselben Jahres kam ein Individuum nach Österreich*), das sich überall als Agent des sozialrevolutionären Kongresses von London bezeichnete und angeblich den Auftrag hatte, die Propaganda der »Tat« in Österreich zu inaugurieren, da »es bisher« nur bei Phrasen geblieben war. Dieses Individuum empfahl allerorts, mit allen Mitteln

*) Gemeint ist Josef P e u k e r t.

das Volk zum Aufstand zu reizen. Zu dem Zweck sei es besonders empfehlenswert, um die Not unter den Arbeitern zu steigern und dieselben dadurch zu Schritten der Verzweiflung zu veranlassen, große Fabriken anzuzünden. Auch sei es dringend nötig, Geld für die Agitation aufzutreiben und zu dem Zweck das bestehende Eigentum durch die »Tat« zu negieren. Dieses Individuum empfahl ausdrücklich Raub und Diebstahl; nur müsse darauf geachtet werden, daß die Schuld auf andere falle und die »Partei« davon rein bleibe. Nach diesem Rezept wurden zuerst in Wien Klubs gegründet; das Raubattentat an dem Schuhmachermeister Merstallinger war die erste bekanntgewordene »Tat«. Es gelang auch wirklich durch Todesdrohungen gegen diejenigen, welche aussagen wollten, und durch die Zusicherung baldiger Befreiung durch die Revolution an die Ausführer des Raubes, die intellektuellen Urheber freizubringen. Auch das Geld blieb in den Händen der, respektive des letzteren. In einer anderen Stadt Österreichs gründete ein Schüler des oben erwähnten sogenannten Sozialrevolutionärs einen ähnlichen Klub, der sich — Bescheidenheit ziert auch den Sozialrevolutionär — mit dem Diebstahl von Gasthausservice, Kleidungsstücken 2c. zu »Parteizwecken« berufsmäßig beschäftigte.

In ihrem Organ, der »Zukunft« in Wien, sagen die Sozialrevolutionäre, daß die ökonomische Befreiung der politischen vorausgehen müsse; viele konnten bis heute nicht begreifen, wie das zu verstehen sei; und doch ist die Sache sehr einfach: man setze für »ökonomische Befreiung« »Raub« und das Rätsel ist gelöst. Was wir berichtet haben, beruht auf genauester Information. Aber damit ist das schändliche Treiben der bezahlten und unbezahlten Agenten der Reaktion noch keineswegs erschöpfend charakterisiert. Wir wollen hier nur noch auf eines hinweisen. Es ist ein Hauptbestreben der von jenem angeblichen Revolutionär gegründeten Klubs, von Zeit zu Zeit Straßenaufstände hervorzurufen und dabei Uneingeweihte vorzuschieben, um nachher in ihren Organen erklären zu können, daß sie an den Demonstrationen ganz unschuldig seien. Auf diese Weise werden massenhaft ganz harmlose Menschen der Brutalität und Willkür der Polizei überliefert und die im Hintergrund stehenden Arrangeure reiben sich vergnügt die Hände, am vergnügtesten natürlich die Reaktionäre und deren Agenten, die Material für eine gewünschte gewaltsame Unterdrückung der Arbeiterbewegung sammeln. So wurden in Wien die Schuhmacher- und Bäckerkrawalle inszeniert, ja diese Sozialrevolutionäre verschmähten es nicht, sogar antisemitische Flugblätter in der Provinz herauszugeben, erklärten aber natürlich nachträglich in ihren Blättern, daß sie damit nichts zu tun hätten. Ebenso erbärmlich benahmen sie sich, als sie den Bäckerstreik in Wien arrangierten: Im geheimen gaben sie Flugschriften aus, worin sie jeden mit dem Tode bedrohten, der sich dem Streik nicht anschließe; öffentlich aber erklärten sie, daß sie den Streik verurteilen. Auf diesem Wege brachten sie es dahin, daß zahlreiche Bäckergehilfen arbeitslos wurden und hungern mußten.

Für jeden Einsichtigen ist es klar, daß nur Agenten der Reaktion oder andere Schurken so handeln können. Es ist auch uns bekannt, daß ein Mitglied der hohen Aristokratie lange Zeit regelmäßige Beiträge zur sozialrevolutionären Propaganda in Österreich leistete*). Nur die Reaktion hat

*) Prinz Alois Liechtenstein soll dieser Aristokrat gewesen sein.

ein Interesse daran, Putsche hervorzurufen, um unter dem Druck von Furcht und Schrecken Gewaltmaßregeln in großem Stil durchzusetzen, die bestehenden Arbeiterorganisationen, die allein das Proletariat zu seinem künftigen Befreiungskampf widerstandsfähig machen, aufzulösen und die Gesellschaftsrettung in die Hand zu nehmen. Die Proletarier sind diejenigen, die eine Erhebung unter den gegenwärtigen Verhältnissen am meisten zu fürchten haben, da dadurch ihre besten Kräfte verlorengingen und eine allgemeine Entmutigung die notwendige Folge wäre. Man erinnere sich, welcher Rückgang der sozialistischen Bewegung durch den Kommuneaufstand in Frankreich eintrat, welche Verluste die Sozialdemokratie in Deutschland durch das infolge der Attentate geschaffene Sozialistengesetz erlitt. Und wie viel mehr ist in Österreich die soziale und politische Entwicklung zurückgeblieben! Ja es grenzt geradezu an Wahnsinn, bei uns durch eine Erhebung der Arbeiter den Sozialismus zum Siege bringen zu wollen. Nur die feudal-klerikalen Reaktionäre oder die mit dem Polizeiapparat arbeitenden sogenannten Deutschliberalen würden dabei profitieren und sich eben als Staatsretter empfehlen. Vielleicht hängt die eigentümlich freundliche Haltung der kapitalistischen und deutschliberalen Presse in Wien gegenüber den Anarchisten und Sozialrevolutionären mit gewissen Hoffnungen zusammen, deren Realisierung man von den verführten Arbeitern erwartet.

Warum macht man Revolutionen?

Die sozialistische Propaganda bedroht die herrschenden Klassen in allen ihren Vorrechten, ihr Wachstum ist ein Gegenstand des Schreckens für Regierungen, Kapitalisten und Pfaffen, kein Wunder daher, wenn man sie durch alle Mittel zu hemmen sucht. Auch in Österreich dehnte sich der sozialistische Ideenkreis beständig aus, trotz Verfolgung und Druck von oben, trotz Verleumdung und Hohn von seiten der gegnerischen Presse. Da versuchte man die Partei zu spalten; es gibt immer Unzufriedene und Intriganten, die, wenn sie nicht über das Ganze herrschen können, Teile von der Partei lostrennen, um dort ungehindert terrorisieren zu können. Solche Leute waren immer von der Reaktion sehr gesucht, an sie drängten sich stets Polizeispione, um ihnen zu schmeicheln, ihren Größenwahn zu kultivieren und sie so für die Dienste gefügig zu machen, für welche die Polizei sie braucht. Nun werden die Arbeiter untereinander verhetzt, um leerer Schlagworte willen die Partei gespalten, die Vertrauensmänner verdächtigt und damit das Terrain für eine der Reaktion dienende Armee von Proletariern geebnet. Durch die raffiniertesten Mittel sucht man das Bewußtsein der Solidarität unter den Arbeitern zu ersticken, indem man eine recht »radikale« Taktik empfiehlt und alle Gegner derselben als Verräter und »Auchsozialisten« oder »Palliativsozialisten« verdächtigt. Nachdem man eine hinreichend weite Kluft zwischen den Arbeitern geschaffen, geht man daran, Verschwörungen zu bilden und alles für die Veranstaltung von Putschen vorzubereiten, von denen erwiesenermaßen die Polizei vorher immer genau unterrichtet ist. Um das Proletariat zu demoralisieren, vielleicht auch um einigen Hallunken Geld zu verschaffen, *werden Raub, Diebstahl, Betrug als löbliche Taten* im Interesse der Partei, die aber bloß aus den Lumpen besteht, anempfohlen. Wer als Lump, wer als Fanatiker mitwirkt, ist dann natürlich nicht mehr zu unterscheiden.

In diesem Kampf geht der Sozialismus jämmerlich zugrunde, er wird zu einer scheußlichen Fratze verzerrt, die den

Abscheu und den Ekel jedes ehrlichen Proletariers hervorruft. Darum sagte auch der Mitarbeiter am Merstallinger-Attentat, der berüchtigte Hotze: »Die Professionsbrüder (das heißt die wirklichen Arbeiter) können wir in unseren Klubs nicht brauchen.«

Eine so präparierte Masse ist auch zu den wahnsinnigsten »Taten« fähig, sie ist das beste Material für die Revolutionsmacher von Profession. Hat man es einmal so weit gebracht, dann ist nur ein Schritt zur »Gesellschaftsrettung«. Hat man den Bürger- und Bauernstand durch verrückte Gewalttaten eingeschüchtert, ihn mit Grauen vor dem Sozialismus erfüllt, die moralischen Gefühle gegen die Sozialisten aufgestachelt, dann ist auch die Bahn frei für die niederträchtigste und erbarmungsloseste Razzia gegen die wirklichen Sozialisten, die mit Mördern, Räubern und Brandstiftern identifiziert werden. Die Reaktion triumphiert!

Arbeiter! Ihr seid hiemit gewarnt. Hütet euch vor jenen, die euch zu »Taten« auffordern, die sie selbst wohlweislich unterlassen. Folgt keiner Aufforderung zu Gewalttaten, sondern verlangt von jenen, die euch auffordern, sie sollen mit gutem Beispiel vorangehen. Dann werdet ihr hören, welche Ausflüchte sie gebrauchen, um ihr eigenes kostbares Dasein nicht in Gefahr zu bringen. Trauet jenen nicht, die Straßendemonstrationen veranstalten, selbst aber in sicherer Ferne bleiben und hintennach behaupten, die Demonstration sei aus dem Schoße der Arbeiterschaft selbst hervorgegangen, sie seien nicht daran beteiligt gewesen. Verbreitet unsere Prinzipien, schließt euch an die öffentlichen Organisationen der Arbeiter an, sorget für die politische Aufklärung des Volkes und ihr werdet euch um die Sache des Proletariats verdient machen. Wer aber euch zu Attentaten auffordert, zu Straßenexzessen verleiten will, wer gemeine Verbrechen empfiehlt, der ist ein Schurke, ein bezahlter oder unbezahlter Agent der Reaktion. Alles das, was wir zuletzt anführten, tun die Anarchisten, die Leiter der »Zukunft« in Wien, obwohl sie es öffentlich verleugnen; die Tatsachen, die wir eben anführten, mögen euch als Beweise dafür dienen — wir stehen für die Wahrheit ein.

Nun urteilet und handelt danach."

Propaganda der Tat

Jene unheilvolle Taktik, die seit 1881 von der radikalen Fraktion der österreichischen organisierten Arbeiterschaft eingeschlagen worden war, und namentlich seit jenem Zeitpunkt, da Josef Peukert an der Spitze der Partei stand, unausgesetzt in Wort und Schrift als das alleinbefreiende Mittel vom Joche des Kapitalismus angepriesen wurde, wurde nunmehr, vom August 1883 ab, mit verstärkter Kraft und Energie gehandhabt. In geheimen Versammlungen wie in Flugblättern, die auf einer geheimen Presse der Fraktion hergestellt wurden, predigte man offen die Gewalt, Gewalt gegen die Herrschenden wie Gewalt gegen einzelne Organe der Staatsbehörde und industrieller Unternehmungen. Niemals in der ganzen Periode der „radikalen" Agitation wurde mit solcher Heftigkeit die grauenhafte Lehre des Schreckens und der Anarchie verkündet; niemals haben die Flugschriften — sie führten den Titel „Erste Freie Presse Österreichs" und erschienen meistens zugleich in deutscher und tschechischer Sprache — eine so blutrünstige Sprache geführt*). Der Klassenstaat und seine Mächte wurden

*) Im folgenden sei als vollgültige Probe der damaligen „radikalen", im Sinne Most s gehaltenen Agitation, Taktik und Stilkunst ein aus dem Oktober 1883 stammendes Flugblatt wiedergegeben, das namentlich in Wien und Graz in Massen verbreitet worden war und wovon sehr bald ein Stück in die Hände der Polizei fiel. Eine Anzahl von Verbreitern wurde auf „frischer Tat" ergriffen und hatte dafür mit mehrjährigen schweren Kerkerstrafen zu büßen.

Das auf einer „Geheimpresse" hergestellte Flugblatt war auf dünnem Papier gedruckt und typographisch ziemlich primitiv angefertigt. Die sonst aus London oder Zürich stammenden Flugblätter waren meist sowohl ihrer äußeren Form nach als auch inhaltlich weniger abstoßend.

„Arbeiter!

»Große Krankheiten werden nicht durch Rosenöl und Moschus geheilt«, sagte schon vor hundert Jahren ein französischer Volksmann, Saint-Just, und Revolutionen werden auch nicht im Schlafrock oder am Biertisch gemacht, es wird Ströme Blut und große Opfer kosten, wenn das Volk sich allgemein erheben und das Tyrannenjoch zertrümmern wird. Es bilde sich niemand ein, daß eine Revolution über Nacht wie das Manna in der Bibel vom Himmel geschneit kommt, sondern eine Revolution ist das Produkt der sich immer mehr steigernden Erbitterung gegen die bestehenden Einrichtungen und Zustände, welche eine Menge von Kämpfen und Zusammenstößen mit der öffentlichen Staatsgewalt im Gefolge hat. Allen Revolutionen ist immer eine große Anzahl von kleinen Aufständen und Scharmützeln mit der Polizei und Militär vorangegangen, um so mehr wird dies auch jetzt der Fall sein, weil die kommende Revolution eine allgemeine internationale und eine Volksrevolution in des Wortes vollster Bedeutung sein wird.

Das fleißige und unterdrückte Volk muß, wenn es wirklich frei werden will, einen Vernichtungskrieg gegen alle großen und kleinen Lumpen führen. Solange diese Lumpen existieren, spekulieren dieselben immer, das fleißige und arbeitsame Volk zu betrügen; bis heute haben sie es so weit gebracht, durch Gesetze und allerhand Pfaffen ihren Raub als heiliges Eigentum zu erklären. Dieses Gesindel, welches von der Polizei und den Richtern »gesetz-

in gleicher Weise mit ungewohnter Schärfe angegriffen, ebenso wie die Fraktion der „Gemäßigten", die auf jede Weise verhöhnt wurde. Mit geradezu diabolischer Schlauheit verstanden es die Leiter der radikalen Bewegung, ihre Schläge wider beide zu führen. Und das vornehmlich zum Gaudium der Bourgeoisie und der Polizei. Merkwürdigerweise fiel immer eine erkleckliche Anzahl von derlei Flugblättern auch sofort nach ihrer Ausgabe, mitunter noch früher, in die Hände der Sicherheitsbehörde, wie diese auch rechtzeitig stets von allen geheimen Versammlungen Kenntnis erhielt!

---

lich« in ihrem Raub- und Blutsaugerhandwerk beschützt wird, verschlemmt und verjubelt die Blutgelder, welche dem Volke herausgeschunden sind. Du Volk, hast das Maul zu halten und zu zahlen! Wer sich rührt, wird von den Bluthunden der Polizei niedergesäbelt oder mit Kugeln und Kartätschen das Maul gestopft. (In jenen Tagen kam es vielfach zu lärmenden Straßenkundgebungen und Zusammenstößen mit der Polizei. Anm. d. Verf.) Wie die wilden Viecher sind diese Polizisten über die wehrlosen Arbeiter hergefallen, ja sogar noch im Gefängnis hat das elende feige Gesindel auf die gefesselten Arbeiter mit der Waffe dreingehaut.

Siehst du, Volk, eine solche Bande von Henkersknechten und Tagdieben mußt du von deiner Arbeit erhalten; willst du dir den frechen Übermut dieser Schergen der Tyrannei nicht ruhig gefallen lassen, wirst du einfach massakriert.

Am Tage der Schottenringdemonstration hat die blutdürstige Kanaille von Jaden (der damalige Wiener Polizeipräsident Krticka von Jaden. Anm. d. Verf.), der Hauptmann einer gesetzlichen Diebs- und Räuberbande, seinen Schergen Wein und Schnaps zu saufen gegeben, vielleicht mit irgendeiner aufregenden Substanz gemischt, damit sie wie Kannibalen auf das wehrlose Volk dreinhauen sollen. Dafür erhielt diese Bestie den »allerhöchsten Dank« unseres vom Syphilismus durchfressenen Tyrannen, des allerdümmsten Habsburger-Trottels.

Arbeiter, das soll euch eine gute Lehre sein, euch ja nicht in Massen den Mordwaffen dieser privilegierten Menschenschlächter auszusetzen, am wenigsten aber mit leeren Händen. Zehn Stück Handgranaten hätten genugt, die ganze Sippschaft zu Paaren zu treiben. Die beste Taktik aber ist, die Halunken ins „bessere Jenseits" zu befördern. Habet kein Erbarmen mit dieser Brut, welche euch das Mark aus den Knochen saugt und jeden Augenblick bereit ist, euch niederzumetzeln. Wenn jeder von denjenigen, welche aus Not und Elend sich das Leben selbst nehmen wollen, einen solchen Blutsauger mit ins Jenseits befördern möchten, würde die Gesellschaft bald von diesen Ungeheuern in Menschengestalt befreit sein. Wenigstens würden die Selbstmordkandidaten noch ein gutes Werk für ihre Mitmenschen leisten.

Zum Schlusse machen wir alle diejenigen, welche zu revolutionären Handlungen entschlossen sind, aufmerksam, im Falle des Ertappens auf der Tat, wenn kein Entrinnen mehr möglich ist, das Äußerste zu wagen und soviel wie möglich der Schurken zu vertilgen, da sie so wie so auf keine Gnade zu hoffen haben.

Denunzianten und Verräter sind ohne Erbarmen zu vernichten.

Nieder mit allen Tyrannen und ihren Schergen.

Das Exekutivkomitee."

Daß durch Verbreitung von derlei Flugschriften nur die schon lange gehegten Bestrebungen der Regierung, Ausnahmegesetze wider Anarchisten und Sozialisten zu erlassen, gefördert wurden, leuchtet wohl ein. Man diente also damit nur der Reaktion, bewußt oder unbewußt! Abgesehen davon, daß schweres Unglück über viele Unschuldige gebracht wurde.

Selbst die „Pläne", die im kleinsten vertraulichen Kreise „zum Umsturz der bestehenden Ordnung" geschmiedet wurden, wurden zeitgerecht der Polizei zugetragen...

Von August 1883 bis Anfangs 1884 hatte sich eine Reihe von Schreckenstaten in Österreich und im Ausland zugetragen, deren Urheber zweifellos im Auftrage und im Dienste der anarchistischen Partei gehandelt hatten. Die „Propaganda der Tat", als welche derartige Verbrechen ohne Hehl bezeichnet und oft genug auch von der anarchistischen internationalen Presse, namentlich von der Newyorker „Freiheit" (Most hatte sich nach seiner Verurteilung in London nach Newyork gewendet) angekündigt wurden, blühte; sowohl im Deutschen Reiche als auch in Österreich und vor allem in Wien wurden derartige Handlungen, meist Morde, Raubanfälle und Explosionsattentate, verübt, verübt von unzweifelhaften Anhängern der anarchistischen Gruppen. Der Wahnsinn schien in permanenter Wirksamkeit erklärt zu sein. Und dagegen half kein Appell der „Gemäßigten", weder der der deutschen Genossen noch der österreichischen. Es hatte den Anschein, als ob eine furchtbare geistige Epidemie die tätigsten und klassenbewußtesten Genossen ergriffen hätte!

Ungeachtet aller Opfer, die seitens der Anhänger dieser „Mordtaktik" fielen und fallen mußten, wütete der „Schrecken" Monate hindurch. Mißhandlungen und Ermordung von Polizeiorganen, Anstiftung verheerender Brände, Dynamitanschläge und dergleichen waren die entsetzlichen Merkmale der Seuche, die sich in Mitteleuropa auszubreiten begann. Jede einzelne Schreckenstat fand Billigung bei den Anarchisten der „Freiheit" und jedes Verbrechen sollte zum Ansporn eines neuen dienen. Daß damit natürlich nur der Reaktion gedient wurde, begriffen alle Denkenden, nur die blinden Anhänger der österreichischen Anarchisten nicht!

Wer heute die Aktenstücke der internationalen Polizei über jene Taten der „Propaganda" liest, vermag es sich kaum zu erklären, wie die leitenden Personen der Arbeiterbewegung in Österreich nur so verblendet sein konnten, daß sie einer derartigen Taktik mit förmlicher Begeisterung das Wort redeten.

Die Beziehungen der Wiener Anhänger des Anarchismus mit den internationalen anarchistischen Gruppen waren sehr rege; namentlich die mit dem Newyorker Organ der „Freiheit" Mosts*).

„In diesem Blatte wurden alle Wiener Vorkommnisse gewissenhaft registriert und stets die Energie und der Mannesstolz der Wiener Genossen belobt, jedoch auch gleichzeitig bedauert, daß bei den verschiedenen Straßendemonstrationen nicht Handgranaten verwendet wurden, da hiedurch sicher eine Panik entstanden wäre. Die Straßendemonstration sei jedenfalls als eine mannhafte Haltung, als eine Propaganda der Tat anzusehen."

„Anläßlich der Verbreitung eines Flugblattes unter dem Titel »Mahnruf an alle Arbeiter und Männer des Volkes«, in welchem zu »Taten« aufgefordert wurde, schrieb die »Freiheit«, daß man bald in Wien durch eine ganz andere Bescherung überrascht werden wird. Bald

*) Aus einem aus dem Jahre 1883 stammenden Polizeibericht an das Ministerium des Innern.

darauf (am 29. August 1883) begann in Wien eine Reihe der verheerendsten Brände, durch welche die gesamte Bevölkerung in Unruhe und Besorgnis versetzt wurde. Frohlockend bemerkte die »Freiheit« dazu, daß die Österreicher die moderne Kriegskunst gut studieren, indem sie diversen Mastbürgern den roten Hahn aufs Dach gesetzt haben."

Aber wenn die Arrangeure der Bewegung gehofft hatten, diese Propaganda werde die Massen wirklich zum Aufstand treiben, so zeigte sich bald, daß diese Agitation von geringem Erfolg begleitet war. Sie bot nur den Behörden, und vor allem der Polizei, den willkommenen Anlaß, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Bewegung zu zerschmettern. Aber die hirnverbrannte Art der Herren Peukert und seiner Schüler steigerte sich noch mehr, zumal die Wahnsinnsagitation sich bald auch auf die Länder erstreckte. In Graz und Reichenberg war sie auf besonders fruchtbaren Boden gefallen. Die Folgen davon traten bald in Form schwerer Verurteilungen zutage, deren Opfer eine große Anzahl von Arbeitern waren.

Den Höhepunkt des Wahnwitzes erreichte die Agitation, als die „Partei" am 26. und 27. Oktober 1883 in Langenzersdorf eine Konferenz abhielt, auf der ein neuer, auf die ganze österreichische Bewegung bezughabender Aktionsplan beraten wurde. Daß die Beschlüsse der Konferenz alsbald zur Kenntnis der Wiener Polizei gelangten, ist selbstverständlich. Von welchen Verirrungen die Geister der österreichischen Arbeiterschaft damals besessen waren, geht aus den „Beschlüssen" selbst hervor, die dort gefaßt wurden. Der Bericht über die „Konferenz", an der zwölf Personen teilnahmen, der den Polizeiberichten*) entnommen ist, besagt:

„Bei der Konferenz hat die Besprechung und Beschlußfassung stattgefunden:

1. über die Frage, ob die Partei sich eine zentralistische oder föderalistische Organisation geben solle;
2. über die politische und ökonomische Frage;
3. über die Parteipresse;
4. über die Parteiorganisation überhaupt.

In betreff des ersten Verhandlungspunktes sei beschlossen worden, daß die Partei sich auf föderalistischer Basis organisiere, sohin in jeder Provinz ein Gruppensystem gebildet werde.

Bezüglich des zweiten Verhandlungsgegenstandes habe man sich dahin geeinigt, daß die Partei gegen alle anderen politischen Parteien entschieden Front mache; ferner sei beschlossen worden, in Fabriken oder anderen Arbeitsstätten, in welchen der Arbeiter sehr schlecht bezahlt oder behandelt werde, mit den zu Gebote stehenden Mitteln zur Tat zu greifen, welch letzteres auch gegenüber von Personen in politischer Beziehung in Aussicht genommen worden sei.

Hinsichtlich der Parteipresse wurde beschlossen, die Fachblätter eingehen zu lassen, dafür das Budapester Blatt

*) Die erste Mitteilung über die „Konferenz" der Anarchisten wurde dem Ministerium des Innern vom Grazer Statthalter gemacht; sie wurde dann von der Wiener Polizei bestätigt und ergänzt. Die Teilnehmer der „Konferenz" sind auffälligerweise im Bericht nicht genannt.

»Radikal«*) als Hauptorgan der Partei zu erklären; außerdem möge noch ein zweites Parteiblatt in Budapest gegründet werden, »welches über das sozialpolitische Thema wissenschaftliche Abhandlungen zu bringen habe werde«.

Zum Zweck des Bezuges dieser Blätter über die Grenze sei die Bestellung zweier Emissäre in Aussicht genommen worden, eines, der von Wien aus an der nördlichen Grenze, eines zweiten, welcher von Graz aus an der südlichen Grenze das Entsprechende zur Herstellung der nötigen Verbindungen zu besorgen habe.

In Graz habe sodann eine Kommission die Schreibweise der fraglichen Journale zu übernehmen.

Weiters sei zu diesem Verhandlungspunkt noch beschlossen worden, daß die Parteigenossen in jeder Provinz verpflichtet seien, eine geheime Presse zu errichten, wo die Flugschriften in einer dem Charakter der Provinz gemäßen Art zu erzeugen seien.

Bezüglich des vierten Gegenstandes wurde endlich beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf die Revolution hinzuarbeiten und die Bevölkerung abwechselnd durch Flugschriften und Taten in fortwährender Aufregung zu erhalten. Es sei ferner der Ankauf von Waffen und die Errichtung einer Landpost beschlossen worden. Letztere solle die Anbahnung der Verbindung mit Fleischhauern, Bäckern und anderen dienen, welche beim Ausbruch der Revolution die Verpflegung zu besorgen hätten (?), namentlich sei auch auf die Heranziehung von Maurern Bedacht genommen worden, von denen Dynamit an besonderen Plätzen unterzubringen wäre (?)."

Die Polizei „arbeitete fieberhaft", um über dieses „Anarchistenkonventikel" noch genauere Mitteilungen zu erhalten. So wurde denn auch „erhoben", daß man sich in überwiegender Mehrheit geeinigt habe, „daß die Revolution so sehr wie möglich zu beschleunigen sei: der herrschenden Gewalt sei eben die Gewalt des arbeitenden Volkes entgegenzusetzen und wäre hiezu besonders die Taktik des Guerillakrieges geeignet. Wer mit dieser Grundanschauung nicht einverstanden ist, könne als Sozialrevolutionär nicht gelten".

„Bei der Beratung", so fährt der polizeiliche Bericht fort, „ging es nicht ohne Widerspruch ab, indem ein Teil der Anwesenden sich dahin aussprach, daß das Volk zur Revolution nicht reif sei und die sogenannten Einzeltaten perhorreszierte.

Als Hauptpflicht wurde hingestellt: »Spione der Regierung« nach ihrer Entlarvung zu ermorden.

---

*) Daß die Wiener Polizei auch zum Pester Hauptorgan „Radikal" gute Beziehungen unterhielt, geht aus einem Bericht vom 15. August 1883 hervor, den die Wiener Polizeidirektion dem Ministerium des Innern erstattete. Es heißt darin:

„Die nächste Nummer des in Budapest erscheinenden sozialrevolutionären Blattes „Radikal" wird anläßlich der Außerlandschaffung des John Neve einen von Külföldi verfaßten inzendiarischen Artikel bringen, in welchem die Wiener Arbeiter zum Aufstande gegen die Wiener Polizeidirektion und geradezu zur Werbung von Attentaten gegen mich (den Wiener Polizeipräsidenten Krticka v. Jaden) gegen meinen Stellvertreter Hofrat v. Weiß und gegen den Polizeikommissär Frankl aufgefordert werden wird."

Tatsächlich erschien in dem genannten Blatte auch ein derartiger Artikel.

In betreff der Haltung des in Wien erscheinenden Parteiblattes »Zukunft« kam es zur Sprache, daß die Fraktion der »Gemäßigten« den »Radikalen« eine Verschmelzung in dem Sinne angeboten habe, daß, wenn das Tun und Schreiben der letzteren an Schärfe etwas nachlassen würde, die ersteren etwas prononzierter in ihrem Tun und Schreiben werden möchten. Die »Radikalen« antworteten hierauf mit einem entschiedenen Nein.

Auch ein Fonds für Tatflüchtige nach Amerika sei zu gründen sowie ein weiterer Fonds für die Presse."

Wenn in den vorstehenden polizeilichen Mitteilungen sicherlich einige „Romantik" zu finden ist, so kann doch kaum daran gezweifelt werden, daß in Langenzersdorf wirklich eine „Konferenz" ähnlich der geschilderten stattgefunden hat, die derartige hirnverbrannte Beschlüsse faßte. Daß der „Vater" dieser Beschlüsse Josef Peukert gewesen sein dürfte, läßt sich mit einiger Sicherheit daraus vermuten, daß auch ähnliche Beschlüsse auf Anarchistenkonferenzen erörtert und gefaßt wurden, an denen Peukert teilgenommen hatte. Es sei hier nur an den „Londoner Weltkongreß" der „Sozialrevolutionäre" von 1881 erinnert, der beispielsweise die gleichen Beschlüsse bezüglich der „Landpost" zur Übermittlung von Nachrichten und die Anlage von Dynamitmagazinen*) gefaßt hatte.

Wenn man heute ernste Zweifel hegt, daß derlei geheime Konventikel wirklich stattfanden, so sei erwähnt, daß später sehr ernste Genossen es bestätigten, daß man mit den abenteuerlichsten Plänen damals umging, um sich der Machthaber im Staate zu entledigen.

Die Tage der „Anarchisten" Österreichs von einst zeigten jene geheimnisvolle Verschwöreraufmachung, wie sie allerorten zu verzeichnen

*) Welche abenteuerlichen Pläne von exaltierten Köpfen gehegt wurden, geht beispielsweise aus einer Schilderung hervor, die Josef Hybesch in einer kleinen Schrift „Die radikale Taktik aus der Zeit der zweiten Spaltung in der österreichischen sozialdemokratischen Bewegung in den achtziger Jahren" entwirft.

Er erzählt in einem „Dynamit" betitelten Kapitel:

„Schließlich erkannte Most, daß Flugblätter die gegenwärtige Gesellschaft nicht zerstören werden, selbst wenn sie noch so revolutionär geschrieben wären; darum begann er, die „Propaganda der Tat" zu empfehlen. Er verbreitete nicht nur in der „Freiheit", sondern auch in Broschüren Rezepte zur Gewinnung von Dynamit und empfahl es zu verschiedenen Anschlägen und Attentaten. Auch Gift, Dolch, Revolver und andere Waffen empfahl er für diese Zwecke.

Diese schärfste Taktik erschien verschiedenen Charakteren in der Partei sehr verlockend. In Wien kam bald die Wahnsinnslehre auf, man solle für jeden Genossen, der verhaftet werde, zwei beliebige Personen aus bürgerlichen Kreisen erstechen oder vergiften; dann würde wohl die Polizei von Verhaftungen Abstand nehmen. Es wurde auch an die Handhabung von vergifteten Nadeln, ätzenden Säuren und ähnlichen Mittel gedacht. Auch Versuche zur Gewinnung von Dynamit wurden gemacht. Einmal hörte ich, einige Genossen trügen ungelöschten pulverisierten Kalk bei sich, um ihn im Falle der Bedrängis den Gegnern in die Augen zu streuen. Einzelne Personen hatten Vorräte an Dolchen, Dynamitpatronen, Giften und Waffen der verschiedensten Art. Man sprach auch davon, daß eine „Gruppe" in Wien bestehe, die „Höllenmaschinen" anfertigen ließ. Die Leute hatten sich das Geld hiezu von ihrem kargen Lohn abgespart!"

war, wo das Versammlungs- und Vereinsrecht und jede öffentliche politische Betätigung unmöglich gemacht wurde. Und doch hatten die Staatsgewaltigen in Österreich die Arbeiterschaft förmlich auf diese Bahn der geheimen Organisation und Agitation gedrängt!

Die schwersten „Taten" der Propagandisten wurden Ende 1883 und Anfang 1884 verübt.

So wurde am 15. Dezember 1883 in Floridsdorf der Polizeibeamte Franz Hlubek*) meuchlings erschossen. Sofort nach der Tat erkannte man zur Gewißheit, daß der genannte Beamte das Opfer der „Anarchisten" geworden war. Jeder Zweifel hierüber wurde durch ein Flugblatt mit der Überschrift „Zur Richtschnur" beseitigt. In dieser „Proklamation", welche, in der primitivsten Weise gedruckt, am 26. Dezember 1883 erschien, wurden neue „Taten" den Polizisten angedroht**).

Nun folgten Verbrechen auf Verbrechen, ausgeführt von den „Revolutionären".

Am 10. Jänner 1884 wurde an dem Wiener Wechselstubenbesitzer Heinrich Eisert ein Raubmord verübt, am 25. Jänner 1884 wurde der Polizeiagent Blöch ermordet. Diese „Taten" sowie eine Anzahl ähnlicher Verbrechen (Raubmorde und Dynamitanschläge), die im Deutschen Reiche im Herbst 1883 verübt worden waren, schienen nach einem Plan ausgeführt worden zu sein. Wie die späteren Prozesse ergaben, handelte es sich wirklich um planmäßig verübte „Taten", an denen vornehmlich Anton Kammerer und Hermann Stellmacher***) beteiligt waren.

---

*) Hlubek wurde auf dem Heimwege von einer Arbeiterversammlung in Floridsdorf, der er als Regierungsvertreter beigewohnt hatte, erschossen. In dieser Versammlung hatte Ferdinand Schaffhauser einen Vortrag über „Antikes und modernes Proletariat" gehalten. Schaffhauser begleitete den Polizeibeamten nach Schluß der Versammlung ein Stück Weges; in dem Augenblick, als er sich von dem Beamten trennte, fiel der tödliche Schuß. Schaffhauser wurde zuerst der Mordtat verdächtigt, später aber vom Ausnahmegerichtshof nur der Vorschubleistung (am 28. April 1884) vom Wiener Ausnahmegericht zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt. Der Mörder Hlubeks wurde dann in der Person Anton Kammerers eruiert.

**) Tatsächlich finden sich in der „Ersten Freien Presse Zisleithaniens" (Nr. 8 vom Dezember 1883), einer sehr blutrünstigen Flugschrift der Radikalen, die das Motto „Nieder mit den Tyrannen und ihren Schergen" trug, schwere Drohungen gegen die Polizeiorgane und Aufforderungen, sich der „Ordnungsbestien" durch Gewalt zu entledigen. So heißt es beispielsweise am Schlusse: „Den Ordnungskanaillen vom Schottenring, denen machen wir hiemit bekannt, daß wir jetzt den Kampf mit allen Mitteln aufnehmen und auf jeden Gewaltakt werden wir einen Gewaltakt zur Antwort haben. Siehe Hlubek in Floridsdorf!"

***) Beide, Heinrich Stellmacher wie Anton Kammerer, starben in Wien durch Henkershand. Sie waren wegen des Raubmordes an dem Wechselstubenbesitzer Eisert und mehrerer Morde und Mordversuche zum Tode verurteilt worden. Über Stellmacher hatte das Wiener Ausnahmegericht das Urteil gefällt. Er wurde am 8. August 1884 hingerichtet; er starb mit demselben Trotze, den er auch während der ganzen Zeit der gerichtlichen Untersuchung und während der Verhandlung zur Schau trug.

Die „Wahrheit" schrieb über ihn: „Daß Stellmacher die Raubmorde leugnete, welche er begangen, beweist, daß er doch noch nicht so verkommen

Alle diese Handlungen fanden die Billigung der anarchistischen Presse. So wurde die Ermordung des Polizeibeamten Hlubek in der Neuyorker „Freiheit" „als eine herzerfrischende Tat" gepriesen und als nachahmenswertes Beispiel empfohlen.

---

war als einige seiner Ratgeber, die bloß aus Feigheit leugnen. Stellmacher wußte ganz wohl, daß der Mord an Detektiv Blöch hinreichend war, ihn auf den Galgen zu bringen, und daß ihm sein Leugnen in bezug auf die Raubmorde nichts nützen könne; er leugnete gewiß nicht, um sich zu retten, sondern weil er es nicht über sich bringen konnte, zuzugestehen, daß er ein gemeiner Raubmörder gewesen sei, durch gewisse Leute verführt, die sich rechtzeitig salviert haben."

Anton Kammerer wurde am 20. September 1884 wegen einer Reihe von Mordtaten, die er als Komplize Stellmachers verübt hatte, im Hofe der Wiener Aljerkaserne hingerichtet. Da Kammerer Deserteur war, war er vor das Militärgericht gestellt worden, das über ihn das Todesurteil fällte.

In dem nunmehr dem Kriegsarchiv angehörigen Feldgerichtsarchiv erliegen über Anton Kammerer zwar keinerlei Akten, wohl aber kommen über ihn im Arrestantenprotokoll des k. u. k. Garnisonsgerichtes Wien aus dem Jahre 1884 die hauptsächlichen Daten vor:

„Anton Kammerer, Infanterist des J.-R. 84. Tag des Zuwachses: 19. Mai 1884, seit 14. März 1884 beim k. k. Landesgericht in Wien für Strafsachen.

Verbrechen des mehrfachen, teils vollbrachten, teils versuchten meuchlerischen Raubmordes, Mitschuld am Verbrechen des gemeinen Mordes, Verbrechen des Raubes, Verbrechen der Desertion in Friedenszeiten, Einbringung durch k. k. Polizeiorgane, dabei betätigten gewaltsamer Widersetzung gegen letztere und gleichzeitig bewirkter schwerer Verwundung zweier derselben, Vergehen gegen die Sicherheit des Eigentums durch Betrug, Vergehen gegen öffentliche Anstalten und Vorkehrungen, welche zur gemeinschaftlichen Sicherheit gehören, durch Falschmeldung, Übertretung des Waffenpatents.

Tag der Aburteilung: Kriegsrecht am 5. und 6. September 1884. Gattung der zuerkannten Strafe: Ausstoßung aus der k. u. k. Armee und Tod durch den Strang.

Urteil vom k. und k. 2. Korpskommando bestätigt am 15. September, kundgemacht am 18. September und vollzogen am 20. September 1884 um 5 Uhr 30 Minuten früh."

Kammerer hatte, wie es in einer offiziellen Darstellung nach seiner Hinrichtung heißt, beim Garnisonsgericht nicht nur hinsichtlich aller strafbaren Handlungen ein mit den Tatbestandserhebungen vollkommen übereinstimmendes Geständnis abgelegt, sondern nebst manchen Angaben über seine Partei und deren Organisation auch noch unumwunden einbekannt, daß er in gleicher Weise auch fernerhin die „Propaganda der Tat" verwirklicht hätte, wenn er nicht eingebracht worden wäre. Jedes Gefühl der Reue über seine entsetzlichen Taten an den vielen unschuldigen Opfern einer wilden Mord- und Raublust ist ihm vollständig fremd geblieben.

Kammerer hatte sich bereits am 24. August 1882 durch die Flucht in die Schweiz seiner Militärdienstpflicht entzogen, und zwar teils aus Unlust zum Militärdienst, teils aus Furcht vor einer ihm drohenden gerichtlichen Verantwortung. Er gehörte nämlich schon damals seit längerer Zeit der sozialistischen Arbeiterpartei radikalster Richtung an und war insbesondere bei Einschmuggelung und Verbreitung von verbotenen Journalen und Flugschriften hervorragend tätig. In der Schweiz wurde er eines der eifrigsten Mitglieder innerhalb der dortigen Anarchistengruppen.

1883 beteiligte sich Kammerer auch an der in Zürich abgehaltenen Anarchistenkonferenz, bei welcher er mit Hermann Stellmacher näher bekannt wurde. Den Beschlüssen dieser Konferenz nachkommend, einigten sich diese beiden zur „Propapanda der Tat", das ist zum Kampf mit allen Mitteln gegen die bestehende Gesellschaft, sowohl behufs Beschaffung von

Die „Taten" der Wiener Anarchisten wurden von dem genannten Mostschen Blatt als wahrhaft heldisch hingestellt. Mit entsetzlichem Zynismus schrieb die „Freiheit" vom 12. Jänner 1884 über die Wiener Verbrechen:

Geldmitteln zur Verfolgung der angestrebten Parteizwecke als auch behufs Beseitigung von der Partei mißliebigen Persönlichkeiten.

Das Communiqué erzählt dann von den von ihm verübten Morden in Straßburg und Stuttgart im Oktober und November 1883 und seinen Wiener Verbrechen.

Am 15. Dezember 1883 lauerte Kammerer dem von Groß-Jedlersdorf nach Floridsdorf heimkehrenden k. k. Polizeikonzipisten Franz Hlubek in mörderischer Absicht auf und erschoß ihn um 9 Uhr abends.

Am 10. Jänner 1884 ermordete er mit Stellmacher und einem dritten Täter den Wechselstubenbesitzer Heinrich Eisert.

Am 28. Februar 1884 wurde er festgenommen, wobei er mehrere Polizeiorgane verletzte.

Über das Geständnis Kammerers berichtete die „Wahrheit" unter anderem: „Kammerer hatte alle ihm zur Last gelegten Verbrechen eingestanden und auch sonst mancherlei interessante Mitteilungen über das Treiben der österreichischen Anarchisten gemacht; er scheint diese Geständnisse teils aus Renommisterei, teils aus Haß gegen gewisse „Genossen" gemacht zu haben, die er nachträglich als ganz gewöhnliche Schurken kennengelernt hatte. So teilt ein mit hohen militärischen Kreisen in Fühlung stehendes Blatt mit, daß Kammerer auch Stellmacher als eigennützigen Menschen erkannt habe, indem Kammerer, wie er selbst aussagte, sich in Zürich überzeugt habe, daß Stellmacher das geraubte Geld nicht an die Partei abgeliefert habe; als Kammerer nach Wien kam, um die „Propaganda der Tat" auch hier zu eröffnen, begab er sich zum Redakteur der „Zukunft", dem berüchtigten Josef Peukert, um von letzterem Ratschläge und sonstige Unterstützung bei seinen Absichten zu erwirken. Peukert habe ihm nun vorgeschlagen, den früheren Administrator der „Zukunft" (Bielek), der zum Verräter geworden sei, umzubringen, konnte aber keinen Beweis liefern. Als nun Kammerer bemerkte, Peukert solle ihn selbst umbringen, erwiderte letzterer, sein Leben sei für die Partei zu wertvoll, als daß er riskieren sollte, durch Henkershand zu sterben. Diese Äußerung Peukerts stimmt so auffallend mit einer von ihm im Anbeginn seiner Agitation in Österreich in Graz gemachten überein, daß wir auch deshalb schon dieser Aussage Kammerers Glauben schenken."

Zweifellos hatte Peukert von den „Attentaten" Stellmachers und Kammerers Kenntnis, wiewohl er dies in seinen „Erinnerungen" zu verschleiern sucht. Welche Rolle er hiebei in Wahrheit gespielt, ist nicht bekannt und dürfte auch kaum jemals völlig aufgeklärt werden. Peukert erzählt in seinen „Erinnerungen", Kammerer sei eine Woche nach der Ermordung Hlubeks in seine von „Spitzeln bewachte" Wohnung gekommen und er habe sofort geahnt, daß Kammerer der „Schütze von Floridsdorf" sei. Von den in Deutschland verübten Verbrechen habe Peukert keine Kenntnis gehabt. Kammerer erzählte dann ganz unumwunden, daß er der Mörder Hlubeks sei, „dem er schon immer für seine Schändlichkeiten Rache gelobt". Kammerer gab auch noch Aufschlüsse über die anderen verübten Verbrechen; Stellmacher habe die Pläne dazu gemacht und die Leitung gehabt. Stellmacher war hauptsächlich durch die Behandlung durch Most zu dieser Tätigkeit bewogen worden. Stellmacher hatte vor der Enthaftung Mosts in London verschiedene Nummern der „Freiheit" unter großen persönlichen Opfern in Zürich drucken lassen, wobei er alles bis auf sein Bettzeug ins Pfandhaus brachte. Als Most loskam und Stellmacher nicht gleich die „Freiheit" mit nach Amerika geben wollte, wurde er von Most auf das häßlichste der Geldunterschlagung und Spitzelei brieflich verdächtigt. Darüber wurde Stellmacher dermaßen empört, daß er eben durch Taten beweisen wollte, wie unrecht man ihm getan hatte.

„In Wien wurde eine Polizeikanaille wie ein toller Hund niedergeschossen, man setzte berüchtigten Ausbeutern den roten Hahn aufs Dach, man kämpfte auf offener Straße gegen Bütteltum und Soldateska,

---

Peukert erzählt weiters, er habe Kammerer begreiflich zu machen gesucht, „wie durch rohe Gewalt der Propaganda eher geschadet als genützt wird". Zudem seien solche Akte nicht geeignet, die eingesetzten Opfer mit dem voraussichtlichen materiellen Gewinn für die Sache aufzuwiegen. So sagte ich ihm auch, daß solche opfermutige Menschen wie er und seine Kameraden nicht häufig sind, und die seien schon deshalb zu höheren und größeren Taten geboren. Kammerer gab mir in allem recht, aber Stellmacher habe die Pläne entworfen, und einmal dabei, gab es kein Zurück mehr. Nachdem wir noch eingehend über den Stand der Wiener Bewegung gesprochen und ich ihm vor Augen geführt, wie uns gerade jetzt eine Tat wie in Stuttgart (Raubattentat an einem Wechselstubenbesitzer wie das in Wien später verübte. Anm. d. Verf.) unberechenbaren Schaden zufügen würde, versprach er mir, selbst nichts Derartiges zu unternehmen, und sollte Stellmacher nachkommen, wie derselbe beabsichtige, so wolle er dafür sorgen, daß derselbe erst mit mir zusammenkomme, denn er habe einen „sehr dicken Schädel" . . . . „Dann nahm er Abschied und ging ruhig wie ein Kind von dannen, worauf ich ihn niemals wieder gesehen habe."

Peukert sagt dann in Besprechung des Wiener Raubattentats an dem Wechselstubenbesitzer Eisert, er sei bei der Nachricht hievon völlig konsterniert gewesen. „Die Tat war unter den gegebenen Verhältnissen geradezu wahnsinnig und der moralische Eindruck mußte, sobald die Täter als Genossen ermittelt wurden, naturgemäß ganz vernichtend auf die Bewegung wirken. Wie im Traume sah ich bereits alle Erfolge unserer mühevollen, opferreichen Tätigkeit unter den ehernen Tritten der Reaktion verschwinden. Man konnte es auch bereits aus den Artikeln der Tagespresse herausfühlen: es wurde für einen großen Hauptschlag gegen uns Stimmung gemacht. Meine Stellung war hiebei eine furchtbar peinliche. Eine Tat verteidigen, die ich selbst verdammte, da sie gewissermaßen vernichten konnte, was ich mit dem Aufgebot meines ganzen Fühlens und Denkens, mit meiner ganzen Energie und Aufopferung mühsam aufgebaut! Und doch war ich überzeugt, daß auch die Verüber dieser Tat mit dem Einsatze ihres Lebens derselben guten Sache zu dienen vermeinten. Wie ich über diese Situation schließlich noch mit ruhigem Blute hinübergekommen, begreife ich selbst heute noch nicht."

Die Berichte der Wiener Polizeidirektion machen über die „Stimmung im anarchistischen Parteilager nach den Justifizierungen" folgende Mitteilungen:

„Die am 8. August und 20. September 1884 erfolgten Hinrichtungen von Stellmacher und Kammerer boten der anarchistischen Presse den willkommenen Anlaß, das Martyrium derselben zu feiern und wutschnaubend mit Vergeltung zu drohen.

Zur Verherrlichung Stellmachers wurden durch Vertrauensmänner Mosts Proklamationen verbreitet, welche mit nachfolgender bemerkenswerter Aufforderung an die Proletarier aller Länder schließen:

„Agitiert, organisiert, empört euch! Pflanzet das Banner der sozialen Revolution auf alle Kirchen und Paläste! Machet das Kapital zur Dienerin der Arbeit und duldet nicht länger, daß eitle Schmarotzer die Früchte eures Schaffens vergeuden. Wollet — waget — handelt, und euer ist die Welt!

Hermann Stellmacher ist tot! Es lebe die Propaganda der Tat!"

Zur Feier des Andenkens Stellmachers wurden Massenversammlungen abgehalten, und zwar am 10. August 1884 seitens der böhmischen (tschechischen) Gruppen in Chikago, am 11. August 1884 durch die Gruppe „New York" der Internationalen Arbeiterassoziation und am 18. August 1884 durch emigrierte Anhänger der Revolutionspartei in London. Gleich der „Freiheit" droht auch die in Chikago erscheinende „Budoucnost" mit Racheakten und erklärt, daß sich noch Männer finden werden, welche bereit sind, „den Triumph der staatlichen Bestie über zwei Leichen in eine Niederlage und in Schrecken zu verwandeln".

man steinigte Jesuiten, setzte einen Altar in Brand und zertrümmerte die Beichtstühle*)."

Einer ähnlichen Sprache bediente sich auch das Londoner Anarchistenblatt „Rebell".

Die „Taten" der Anarchisten hatten unter der gesamten Arbeiterschaft wie unter der Bevölkerung den größten Abscheu hervorgerufen; wenn

---

Auch in Wien beschäftigten sich die anarchistischen Elemente mit den abenteuerlichsten Plänen, in welcher Weise die Justifizierung Stellmachers beantwortet werden sollte.

Infolge der Wachsamkeit der Aufsichtsbehörde beschränkte sich die geplante Aktion auf die verhältnismäßig spärliche Verbreitung einer Proklamation und einer Nummer der „Zukunft", welche auf einer Geheimpresse in Wien verfertigt wurde. Nachdem sich eine intensivere Druckschriftenpropaganda wahrnehmbar machte, wurden wieder mit aller Energie die Spuren des Agitationsherdes verfolgt, zumal auch ein neues Agitationsmittel in der Form von Stampiglienabdrücken in Verwendung kam.

Es gelang am 3. September 1884 die Geheimpresse der Anarchisten in Wien und eine beträchtliche Komplizität der strafgerichtlichen Behandlung zu unterziehen.

Aus dieser Druckerei gingen sämtliche im Jahre 1884 erschienenen Flugblätter und die Nummer 1 der „Zukunft" hervor.

Infolge der aus diesem Anlaß erfolgten Verhaftungen und Ausweisungen standen die übriggebliebenen Elemente der nun nach vielen Mühen wiedergeschaffenen und nun gesprengten Organisation ratlos da und faßten nunmehr den Plan, die Haupttätigkeit der Agitation außerhalb Wiens zu verlegen.

Es erscheint bemerkenswert, daß seit Ermittlung der Geheimpresse bis nun die anarchistische Druckschriftenpropaganda in Wien fast gänzlich erloschen ist und in den Provinzen nur äußerst spärliche Lebenszeichen wahrnehmen ließ.

Die geheime Einführung von anarchistischen Druckschriften aus der Schweiz und überhaupt die planmäßige Verbindung mit den in der Schweiz lebenden Anarchisten wurde wesentlich durch das energische Einschreiten des eidgenössischen Bundesrates gegen dieselben behindert.

Nur in den Provinzen gelangten alte Nummern, sogenannte Agitationsnummern der »Freiheit« zur Verbreitung."

„Die Anarchistenpartei in Böhmen und Mähren beschäftigte sich im Herbst 1884 mit Organisationsfragen, welche von den Redakteuren des Parteiblattes »Duch Casu« in Proßnitz in Mähren angeregt wurden.

Die Stimmführer im nordwestlichen Böhmen befürworteten jedoch mit Erfolg die Beibehaltung der geheimen Mostschen Organisation, und in geheimen Zusammenkünften wurde in Ausführung der auf dem Kongreß nächst Enzersdorf gefaßten Beschlüsse die Aufstellung einer Geheimpresse, die Herausgabe einer deutschen und tschechischen Reproduktion der anläßlich der Justifizierung Stellmachers von der »Freiheit« und der »Budoucnost« versendeten Proklamation, jedoch auch mit Erwähnung des Anton Kammerer, und endlich der Druck einer revolutionären Zeitung mit dem Titel »Svoboda« (»Freiheit«) beschlossen."

„So wohltätig die Wirksamkeit der Ausnahmeverordnung vom 30. Jänner 1884 zum Zwecke der Unterdrückung der anarchistischen Umtriebe sich erwiesen hat, so konnte die anarchistische Propaganda dadurch doch nicht vollends unterdrückt werden, und es blieben im Suspensionsgebiet noch immer Anhänger der anarchistischen Lehre und Eiferer zu Gewalttaten übrig, welche im geheimen tätig sind."

*) Am 30. Dezember 1883 kam es in einer Kirche im zehnten Wiener Bezirke während der Predigt eines Redemptoristenpriesters, der über Sozialismus sprach, zu Ausschreitungen, so daß der Prediger in die Sakristei flüchten mußte. Zwei an dem Exzeß beteiligte Arbeiter wurden zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

die „Radikalen" dieser Spielart noch einige Sympathien unter dem Proletariat hatten, so gingen sie nunmehr ganz verloren. Kein Arbeiter wollte mit den Anstiftern dieser Verbrechen etwas gemein haben. Das dem Volke innewohnende Rechtsbewußtsein sträubte sich gegen die Anwendung von Gewalt, wie sie von den Wiener Anarchisten solange gelehrt und nunmehr in die Praxis umgesetzt worden war.

Dieser Stimmung gab in besonders scharfer Weise das Organ der Gemäßigten, die „Wahrheit", beredten Ausdruck. Das Blatt stellte die „Taten" als das hin, was sie wirklich waren, als nicht genug zu verurteilende Verbrechen, Verbrechen nicht bloß an den Opfern, sondern auch am Sozialismus und am ganzen Volk.

Wer die Verhältnisse in Österreich kannte, wußte, daß die Raubattentate und die anarchistischen „Taten" nunmehr als erste nächste Folge Ausnahmemaßregeln gegen die Sozialdemokratie auslösen würden. Hatte doch schon lange vorher die bange Angst der Besitzenden und ihre Presse den Ruf nach „Repressivmaßnahmen" ertönen lassen.

In einem Artikel „Unsere Stellung zu den anarchistischen Attentaten" wendete sich die „Wahrheit" namentlich gegen die „anarchistischen Führer" und zeigte ihnen den ganzen Wahnsinn ihrer Kampfesmethoden, die die heutige Gesellschaft nicht im geringsten ökonomisch verändern können:

„Wir reden gar nicht von der moralischen Seite der Frage, denn die Moral existiert für die anarchistischen Führer bekanntlich nicht mehr. Wenn wir demnach die anarchistischen Taten bloß vom Zweckmäßigkeitsstandpunkt beurteilen, kein moralisches, überhaupt kein über dem Parteiinteresse stehendes Motiv gelten lassen wollen, so müßten wir sie dennoch entschieden verurteilen, ebenso entschieden verurteilen, als wir es seit Anbeginn getan haben, wir müßten sie verurteilen als zweck- und sinnlose Provokationen der herrschenden Klassen und der Regierung, als nutzlos dargebrachte Opfer an Menschenleben, da doch in den meisten Fällen die Attentäter der Polizei in die Hände fallen, als Faustschläge gegen das Rechtsbewußtsein der ungeheuren Mehrheit des Volkes, die der sozialistischen Bewegung nur den erbitterten Haß der meisten bis jetzt indifferenten Volksteile zuziehen müssen. Der Versuch von Volksjustiz an dem Mörder des Detektivs Blöch ist ein unzweideutiges Mene tekel upharsin gegen den wahnwitzigen Anarchismus. Je mehr dieser letztere die Konsequenzen seiner Lehren in der Praxis zur Geltung bringt, desto klarer muß es den Arbeitern werden, daß er das Widerspiel des Sozialismus ist, daß er das Prinzip der egoistischen, ihren Willen über alles setzenden Persönlichkeit ist, die Negation aller Gesellschaftlichkeit, das furchtbarste ideelle Gift für das Solidaritätsgefühl aller Menschen.

Was den sozial denkenden und empfindenden Menschen unter normalen Verhältnissen mit Abscheu erfüllt, was er unter dem furchtbarsten Druck der Gewalt und Willkür mit Widerstreben und schwerem Kampf mit seinen sozialen Instinkten als notwendiges Übel zugesteht, das tut und verkündet der Anarchist mit innerlichem Behagen, mit zynischer Verhöhnung der moralischen Reflexionen, mit bestialischer Wollust.

Wem angesichts solcher Taten, angesichts solcher Glorifizierung in der Newyorker »Freiheit«, dem Budapester »Radikal« und dem Genfer »Révolté«, angesichts der heuchlerischen, verlogenen Haltung ihrer moralischen Urheber noch nicht klar geworden ist, daß uns eine bergtiefe Kluft

von den Anarchisten trennt, dem ist mit Gründen überhaupt nicht mehr beizukommen. Wir sprechen es nochmals offen aus: Es gibt keine Gemeinsamkeit der Interessen zwischen den Anarchisten der »Zukunft« und den Sozialdemokraten; wenn sich jenes Blatt trotz alledem noch immer »Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Österreichs« nennt, so ist das eine Blasphemie, eine schamlose Usurpation des Namens einer ehrlichen, um Recht und Freiheit aller kämpfenden Partei, die kein doppeltes Spiel treibt wie jene, die keine Ursache hat, ihre Ziele zu verbergen, ihre Kampfmittel zu verleugnen.

Wir stehen heute, dank der anarchistischen Taktik, vor der Frage des Seins oder Nichtseins öffentlicher Propaganda sozialistischer Ideen in Österreich; wir erklären, daß die Provokation von Ausnahmemaßregeln, wie sie durch die Führung des Anarchismus in Österreich geschah und geschieht, ein verbrecherisches und infames Attentat auf die ehrliche Sozialdemokratie und auf das unter ihrer Fahne kämpfende Proletariat ist — wir weisen jede Verantwortlichkeit dafür mit Entrüstung zurück und übergeben die Urheber der Verachtung aller denkenden Proletarier. Es werde ihnen der Lohn, den ihre Schandtaten längst verdienen — der Fußtritt, der sie auf immer aus der Gesellschaft arbeitender Menschen entfernt."

Sozusagen in letzter Stunde, Ende 1883, wollten die „Gemäßigten" noch einmal den Versuch unternehmen, die Reihen des Proletariats zu ralliieren und in einer Kundgebung abermals an die Arbeiterschaft einen Mahnruf richten, der die Massen zur Abkehr von den „Radikalen" bewegen sollte. Die Veröffentlichung dieses prinzipiellen, geradezu klassischen Manifestes, das aus der Feder Karl Kautskys stammte, sollte Anfang Dezember 1883 in Deutschland oder Ungarn erfolgen; sie unterblieb jedoch, wie die Polizei mitteilt, „durch Verschulden eines Parteigenossen".

Die Polizei war durch einen Konfidenten*) in den Besitz des „Konzepts" gelangt, das in seinem Wortlaut wiedergegeben wird:

„Arbeiter Österreichs!

Ernst und bedeutungsvoll ist eure Lage, wichtige Aufgaben sind es, die an euch herantreten. Allüberall gärt und brodelt es in den Tiefen des Volkes. Rußland steht am Vorabend der Revolution, Irland setzt seinen Kampf gegen die britischen Landlords fort, in Frankreich gewinnt der sozialistische Gedanke täglich neuen Boden, indes die bürgerliche Republik immer tiefer sinkt, den Staat an den Kapitalisten ausliefert und ihn zu einem Aktienunternehmen herabwürdigt, dessen Bankrott vor der Tür steht. In Deutschland, namentlich aber in Österreich, zieht die Antisemitenbewegung immer weitere Kreise. Hand in Hand geht damit bei uns die steigende Nationalitätenverhetzung, und bereits sind Not und Elend hoch genug gestiegen, um das verzweifelnde

*) In dem betreffenden Polizeibericht heißt es: „In streng vertraulicher Weise hat man Kenntnis von dem Konzept dieses Manifestes erlangt. Zur Vermeidung jeder Kompromittierung des Konfidenten, welche für denselben von höchst bedenklichen und gefährlichen Folgen sein könnte, ist die Kopie des Manifestes nur in allerreservierlester und allerdiskretester Weise zu behandeln. Unter allen Umständen ist der Inhalt dieses Manifestes höchst beachtenswert, denn es finden die darin ausgesprochenen Ansichten und Meinungen einer Partei immer mehr Verbreitung und Zustimmung."

Volk in blutigen Aufstand hineinzutreiben. Oben aber, in den Regionen der Staatsmänner und Feldherren, bereitet man einen Krieg vor zur Förderung der südslawischen Eroberungspolitik. Not und Elend nehmen indessen ihren Gang; der Bauer und der Handwerker schwinden dahin wie der Schnee vor der Sonne, die Überproduktion wächst und allgemeines Unbehagen herrscht in der Gesellschaft. Bankrott folgt auf Bankrott, wirtschaftlicher und politischer Bankrott. Alles ist im Niedergang begriffen, nur der Sozialismus nicht, der Sozialismus, vor kurzem noch als Utopie belächelt, anderseits von den Behörden gehetzt und getreten, ist heute zur Weltmacht geworden, mit der man rechnen muß. Die Wissenschaft hat sich vor ihm gebeugt, und die Staatsmänner erkennen ihn an, indem sie das einzige Mittel, sich vor ihm zu bewahren, in der Fälschung desselben sehen. Auch für Österreich ist die Zeit gekommen, wo die Stimme des Arbeiters, die solange ungehört verhallte, anfängt, von Bedeutung zu werden. Um so wichtiger ist es für ihn, sich über die Stellung, die er einzunehmen, die Forderungen, die er zu stellen, die Taktik, die er zu befolgen hat, klar zu werden. Es ist dies doppelt notwendig, da die Verfolgungen der Behörde Propaganda und Aufklärung in den Arbeiterkreisen ungemein erschwert haben und daher vielfach an die Stelle des prüfenden Verstandes die blendende Phrase getreten ist. Die Phrase, die gleich dem Rausche wirkt, die eigenen Kräfte überschätzen, die entgegenstehenden Schwierigkeiten unterschätzen lernt und den Katzenjammer zur notwendigen Folge hat. Die Frage, um die es sich heute in erster Linie handelt, ist die der Haltung, welche die Arbeiter Österreichs gegenüber den Vorlagen zur Arbeiterschutzgesetzgebung, speziell gegenüber dem Normalarbeitstag einzunehmen haben. Aber diese Frage erweitert sich naturnotwendig zu der prinzipiellen Frage, ob die Sozialdemokratie Reformen anzustreben oder ob sie solche zurückweisend, einzig und allein an der Herbeiführung der sozialen Revolution zu arbeiten hat. Zu allem, was Menschen unternehmen, ist, wenn es gelingen soll, zweierlei notwendig: das Wollen und das Können. Es mag einer einen Stein, der im Wege steht, noch so heftig wegwünschen, derselbe wird sich nicht von der Stelle rühren, solange die nötige Kraft ihn zu bewegen nicht zur Hand ist. Aber auch die Kraft allein genügt nicht; es bedarf noch des Wissens, des Verständnisses, wie die Kraft anzuwenden sei. So ist es auch bei der Arbeiterklasse der Fall. Ohne Macht und Bildung wird es ihr nie gelingen, eine ausschlaggebende Stellung zu erlangen. Daß diese Bildung und diese Macht der Arbeiterklasse in Österreich heute noch fehlen, darüber kann sich nur der täuschen, den die Macht der Phrase gefangenhält. Nur in den organisierten Arbeitern sind heute diejenigen Vorbedingungen vorhanden, deren es bedarf, wenn sie ihr Ziel erreichen sollen, nämlich die Abschaffung des Lohnsystems und dessen Ersetzung durch den planvoll organisierten sozialdemokratischen Wirtschaftsbetrieb. Die weitaus größte Zahl der Arbeiter Österreichs ist aber heute noch organisiert, stumpf und indifferent leben sie dahin, hie und da sich vielleicht zu einer Verzweiflungstat aufraffend, um dann wieder in ihren früheren Stumpfsinn zurückzufallen. Ein planvolles, zähes, unermüdliches Ringen nach einem bestimmten Ziel liegt ihnen fern. Diese unorganisierten Massen heranzuziehen, sie zu organisieren und aufzuklären, das ist unsere Aufgabe. Auf geheimem Wege ist dies unmöglich. Geheim können sich einige wenige Personen organisieren,

nicht aber die Masse. Die Sozialdemokratie ist aber die Partei der Massen, sie kann nur wirken, nur siegen — durch die Massen. Sobald sie sich auf die geheime Organisation, die geheime Propaganda beschränkt, verläßt sie den Boden, auf dem allein sie wirken kann — dankt sie ab. Das ist so unumstößlich richtig, daß auch diejenigen, welche die offene Agitation und Organisation zu verachten vorgeben, tatsächlich jede Gelegenheit benützen, in offenen Organisationen zu wirken und ihre Ansichten kundzugeben. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, nicht eine Sekte; sie appelliert an das Volk, nicht an die Verschwörer. Darum verlangen wir Koalitions- und Preßfreiheit, darum verlangen wir den Normalarbeitstag und das allgemeine Wahlrecht. Wir wissen es sehr wohl und haben es stets erklärt, daß diese Reformen bloß Palliativmittel sind, daß sie die soziale Frage keineswegs lösen. Aber was diese Reformen ermöglichen, das ist die Aufklärung und Organisation der Massen und ohne diese gibt es keine Lösung der sozialen Frage. Und diese Organisation und Aufklärung wird viel mehr gefördert durch das allgemeine Wahlrecht und den Normalarbeitstag als durch die Presse und Vereine. Der Normalarbeitstag gewährt dem unorganisierten Arbeiter denselben Arbeitstag, welchen der organisierte Arbeiter bereits errungen hat. Er gibt dem unorganisierten Arbeiter Zeit und Lust, sich mit seinen Klassenangelegenheiten zu befassen und hebt ihn nach und nach auf die Höhe des organisierten Arbeiters. Das allgemeine Wahlrecht aber gibt der Sozialdemokratie Gelegenheit, ihre Kraft zu prüfen, ihre Anhänger zu zählen und zu beweisen, daß sie allen Verfolgungen zum Trotz vorwärtsschreitet von Sieg zu Sieg. Jeder Erfolg spornt an, gibt Kraft zu neuer Arbeit, zu neuen Entbehrungen; das allgemeine Wahlrecht und der Normalarbeitstag sind ebenso Palliativmittel wie Gewerkschaften, Streiks, Arbeiterzeitungen, Klubs und anderes; aber die beiden erstgenannten sind die wirksamsten, die förderlichsten von allen, und wenn es Leute gibt, die vom allgemeinen Wahlrecht und vom Normalarbeitstag nichts wissen wollen, indes sie auf die weit weniger wirksamen Palliativmittel: Streiks, Klubs, Zeitungen, Gewerkschaften, ihre Kraft verlegen, dann beweisen sie bloß die grenzenlose Unklarheit und Verworrenheit, die in ihren Köpfen herrscht. Wer das Wahlrecht und den Normalarbeitstag verwirft, darf, wer konsequent sein will, auch keine Zeitungen herausgeben und in keiner Gewerkschaft tätig sein, der darf überhaupt nichts machen als die Revolution, oder er ist ein lächerlicher Schreier und Phrasenheld.

Es gibt eine Schar wohlmeinender und verständiger Männer, die das anerkennen, aber einwenden, daß wir das allgemeine Wahlrecht usw. doch nicht bekommen, außer durch eine Revolution. Die so denken, unterschätzen die Macht, welche die Arbeiterklasse schon heute besitzt. Sie ist heute bereits schon ein politischer Faktor, mit dem man rechnen muß, dessen Unzufriedenheit Furcht einflößt, dessen Kraft man gerne gegen den Gegner ausspielt. Keine wichtige Neuerung kann sich heute im Staatsleben vollziehen ohne Konzessionen an die Arbeiter. Wir sehen dies gegenwärtig in Österreich, wo das feudal-klerikale Regiment, um die Liberalen lahmzulegen, sich genötigt gesehen hat, den Arbeitern den Normalarbeitstag und die Fabrikinspektoren in Aussicht zu stellen. Wir sahen es im Deutschen Reich, dessen Gründung Bismarck mit dem allgemeinen Wahlrecht erkaufen mußte, wir haben es gesehen in England, wo Liberale und Konservative um die Wette das Wahlrecht der Arbeiter, um den Gegner mattzusetzen, erweitert haben und

erweitern. Es liegt aber, so sonderbar dies klingen mag, im Interesse der herrschenden Klassen, den Arbeitern jede Möglichkeit zur Organisation und Aufklärung zu geben, weil dadurch die Form des Klassenkampfes eine mildere wird. Und nicht nur das! Es sind heute nicht nur die Arbeiter allein, welche die herrschenden Klassen bedrohen, sondern ebenso das Kleinbauern- und Kleinbürgertum. Diese beiden Stände werden immer gewalttätiger auftreten, je mehr der Zersetzungsprozeß fortschreitet, dem sie gegenwärtig erliegen. Aber während die Arbeiter den Fortschritt repräsentieren, stellen diese beiden Stände den Rückschritt dar; den Kleinbauern und Kleinbürgern handelt es sich um Zerstückelung der heutigen Kapitalien, dem Lohnproletariat um Zentralisierung derselben. Diese muß vor allem aufbauend, organisierend wirken, wenn es zur Macht kommt, jenes kann nur zerstören. Das hat es in Zala-Egerszeg bewiesen, deutlich bewiesen. Nicht die Geburtswehen einer neuen, sondern die Todeszuckungen einer alten Gesellschaft sind es, die sich in den Judenhetzen Ungarns offenbaren.

Diese Judenhetzen aber werden und müssen sich in verstärktem Maße wiederholen, und sie werden schließlich nicht den Juden allein, sondern allen Besitzenden gelten.

Bereits zeigen sich die Anzeichen einer Krise in Amerika, ihr Ausbruch ist nahe. Diese Krise verstopft das bisherige Sicherheitsventil Europas, die Auswanderung. Aber noch mehr! Die Krise wird nach Europa herübergreifen, hier Arbeitslosigkeit, Bankrotte zur Folge haben; diese Krise wird amerikanisches Getreide und amerikanische Waren zu Schleuderpreisen auf den europäischen Markt werfen, sie wird den Kleinbauern und Handwerker vollends erdrücken. Dann wird es in ganz Österreich zu Szenen kommen, gegen welche die blutigsten Ereignisse der Französischen Revolution nur Kinderspiele sein werden; dann wird Österreich nur ein großes Zala-Egerszeg darstellen! Kleinbauer und Handwerker werden sich erheben und die unorganisierten Arbeiter mit sich fortreißen — wenn nicht die organisierten Arbeiter, das ist die Sozialdemokratie, stark genug ist, die Bewegung in andere Bahnen zu lenken. Die reaktionären Gegner des Kapitalismus, die Bauern und Kleinbürger, wenden sich gegen Personen, sie werden die ganze Summe von Haß und Verzweiflung, welche die moderne Gesellschaft in ihnen ablagert, den Personen, den Kapitalisten entgelten lassen; die revolutionäre Sozialdemokratie dagegen wendet sich gegen das System des Kapitalismus, nicht gegen die Person des Kapitalisten.

Die Stärkung der Sozialdemokratie bietet daher die Möglichkeit, die blutigen Ereignisse, welchen wir entgegengehen, zu vermeiden. Sie bietet die einzige Möglichkeit dazu, denn der Zusammenbruch, den wir prophezeien, ist nicht aufzuhalten. Die amerikanische Krisis kann nicht von der Polizei konfisziert werden; die Verzweiflung und die Not der untergehenden Bauern und Kleinbürger auszuweisen ist nicht gut möglich, denn Hunger kann man nicht verbieten! Diese Faktoren sind es, und nicht etwa kindische Putsche einer Handvoll größenwahnsinniger Phrasenhelden, welche die Revolution bringen werden — und bald bringen werden.

Dann wird die Sozialdemokratie zu zeigen haben, ob sie ihrer Aufgabe gewachsen ist, dann wird sie zu zeigen haben, ob sie imstande ist, an Stelle der alten zusammenbrechenden Produktionsweise eine neue zu organisieren, oder ob das Chaos an ihre Stelle treten soll. Die Sozialdemokratie zu dieser Aufgabe tauglich zu machen, zu organisieren, zu agitieren, zu bilden — das ist unsere heutige Aufgabe, und ebenso ist es

unsere heutige Aufgabe, die Freiheit zur Organisation, zur Aufklärung zu erzwingen. Im Interesse der herrschenden Klassen aber liegt es, uns diese Freiheit zu gewähren, denn ein naher Umschwung ist außer Frage. Nicht um das Ob, auch nicht um das Wann handelt es sich, sondern nur um das Wie. Soll dieser Umschwung zu einer Änderung des Produktionssystems oder soll er nur zu einer nächsten Plünderung und Ermordung der Besitzenden führen? Die Beantwortung dieser Frage durch die Weltgeschichte wird von der Haltung der Besitzenden selbst abhängen."

Anfang 1884 sollte auch ein österreichischer Parteitag der „Gemäßigten" stattfinden — die Vorbereitungen hiezu waren schon getroffen — doch die mittlerweile von der Regierung gegen die Sozialdemokraten erlassenen Ausnahmeverfügungen machten die Veranstaltung unmöglich...

Ausnahmezustand und Sozialistengesetz.

Was die Regierung des Grafen Taaffe, seine Polizei und seine Presse schon seit längerem als Herzenswunsch ersehnt hatten, den Sozialismus durch Ausnahmegesetze zu zerschmettern, wurde Anfang 1884 verwirklicht. Die „Propaganda der Tat" der Herren Peukert, Stellmacher und Kammerer bot den Reaktionären aller Spielarten den willkommenen Anlaß dazu, die Anhänger des Sozialismus, vorläufig in Wien und Umgebung wenigstens, unter Ausnahmegesetze zu stellen. Der große Schlag, den Sozialismus in Österreich zu zertreten, sollte erst später geführt werden!

Graf Taaffe, der es erst versucht hatte, die organisierte Arbeiterschaft durch kleinliche „sozialreformerische" Zugeständnisse an seinen Triumphwagen zu spannen, erkannte nunmehr, daß es vergebliche Mühe war, die Arbeiterschaft zu ködern. Das Zuckerbrot versagte, und nun begann er die Peitsche über die widerhaarigen Sozialisten zu schwingen. Es wurde in diesen Blättern bereits gezeigt, wie die Wiener Polizei und der Prager Polizeigewaltige bereits vor Monaten der Regierung zu dem Allheilmittel des Ausnahmegesetzes rieten, um sich des lästigen und gefährlichen Sozialismus zu entledigen; wie man eine internationale Bekämpfung des Sozialismus vorbereitete und einleitete. Nun sollte das Werk der endgültigen Vernichtung des Sozialismus im Kaiserstaat durch ein Gesetz à la Bismarck gekrönt werden. Daß die Reaktionären in diesem Reiche für jede außerordentliche gesetzliche Maßnahme gegen die Sozialdemokratie zu haben waren, darüber herrschte kein Zweifel; es sollte nun auch das sogenannte freisinnige Bürgertum für den „großen Gedanken" der Sozialistenbekämpfung auf dem Wege der Ausnahmegesetzgebung gewonnen werden. Hiezu leistete die damals in hohem Aufschwung begriffene Reptilienpresse des Grafen Taaffe gründliche Vorbereitungsarbeit, so gründliche, daß die Bourgeoisie täglich durch die albernsten Märchen, die ihr aufgetischt wurden, schon längst in Furcht und Schrecken versetzt war. Und die Vertreter der Bourgeoisie im Parlament? Die Herren vom verfassungstreuen Großgrundbesitz, die Fürsten, Grafen und Kämmerer vor allem, bedurften nicht allzu vieler Überzeugungskünste von der Gefährdung von Staat und Gesellschaft durch den Sozialis-

mus, als daß sie nicht bald in die Reihen der Gefolgschaft des Grafen Taaffe getreten wären!

So war alles systematisch „in die Wege geleitet" worden, um zuerst Wien, dann das ganze Reich vor dem Sozialismus zu „schützen". Die Schreckenstaten der „Anarchisten" waren nur der letzte willkommene Vorwand für die Regierungskunst Taaffes, der sichtlich ohnehin längst entschlossen war, sich als Retter von Staat und Gesellschaft zu erproben und preisen zu lassen. Die Maßnahmen, die er ergriff, passen so sehr zu dem ganzen Charakterbild der „Regierung des kleinen Mannes" mit all dem „christlichen" Programmklimbim, daß man darin die „Ausnahmegesetzgebung" förmlich vermißt hätte, die von Bismarck in deutschen Landen inauguriert worden war. So wie die österreichische Gesetzgebung knechtisch den Bahnen folgte, die drüben im Reiche eingeschlagen worden waren, etwa zum Schutze des Kleingewerbes oder des Agrariertums, so mußte man ja auch die Bahn des deutschen „Heros" in bezug auf die Arbeitergesetzgebung wandeln. Daß Wirkung und Erfolg die gleichen waren wie in Deutschland, ist selbstverständlich. So wie Deutschland sich durch sein Sozialistengesetz als inferiores Land aller Welt deklarierte, so sollte auch bald Österreich den gleichen Ruhm erlangen ...

Es ist ganz selbstverständlich, daß die Ausnahmegesetze gegen den Sozialismus in Österreich unnötig waren. Das „ordentliche Recht" hätte vollauf genügt, um allen „Ausschreitungen der Sozialisten und Anarchisten" durchaus wirksam zu begegnen. War im Grunde nicht schon seit dem Beginn der Arbeiterbewegung in Österreich für die klassenbewußte Arbeiterschaft ein Ausnahmezustand eigentlich längst in Kraft? Bestand etwa für die proletarische Presse die im Staatsgrundgesetz gewährleistete Freiheit? Gab es für Arbeitervereine Vereins- und Versammlungsfreiheit? Wurden nicht auch die anderen im Staatsgrundgesetz gewährleisteten Grundrechte oft genug verletzt, wenn es sich um Arbeiter, um Sozialisten handelte? Wurde beispielsweise nicht oft genug das Recht der Freizügigkeit verletzt? Hat man etwa stets das Grundgesetz des Briefgeheimnisses gewahrt? Hat man sich in aller Strenge etwa an das Recht gehalten, das niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden dürfe? Hatte man nicht vielmehr, wie an anderer Stelle aktenmäßig erwiesen wurde, Sozialisten in Böhmen vor einem eigens eingerichteten Gerichtshof aburteilen lassen? Hatte man nicht zahllose Hausdurchsuchungen vornehmen lassen ohne richterlichen Befehl? Hatte man nicht um Lappalien willen Menschen Monate hindurch in Untersuchungshaft sitzen lassen, etwa wegen einer Übertretung des Preßgesetzes? Brauchte man also in Wahrheit in Österreich ein Ausnahmegesetz zur Bekämpfung und Niederhaltung der sozialistischen und anarchistischen Bestrebungen? Mitnichten. Aber man wollte offenbar zeigen, daß „man" ein modernes Staatswesen sei, das verfassungsmäßig regiert werde trotz alledem und alledem!

Und dann: das Ausnahmegesetz sollte die Handhabe bieten, noch mehr Ungesetzlichkeiten unter dem Deckmantel einer geordneten Legislative zu begehen, als es bisher der Fall gewesen. Daß auch in dieser Beziehung der von der Regierung angestrebte Zweck nicht vollends erreicht worden

ist, hat die Folgezeit gelehrt. Gerade durch die parlamentarische Beratung und Verhandlung in der Öffentlichkeit im gesetzgebenden Körper wurde vor aller Welt deklariert, welche Taten der Schmach und Schande im Namen des Gesetzes oft an ganz Unschuldigen verübt worden waren. Einige wenige mutige Männer im österreichischen Parlament hatten dort das furchtbare System eines mitleids- und schrankenlosen Polizeiregims aufgedeckt, wie es selbst vom österreichischen Absolutismus in seiner Blütezeit nicht übertroffen worden war. Die österreichische Regierung hatte geglaubt, sie werde die Pose des gerechten Anklägers wider den Sozialismus mimen können und mußte nur allzubald erfahren, daß sie vor aller Welt mit Fug und Recht als die verabscheuenswerte Angeklagte hingestellt wurde!

Graf Taaffe selbst hatte es nach einigen Jahren erkannt, daß der Weg, den er zur Bekämpfung und Niederringung des Sozialismus beschritten hatte, ein Irrweg war; denn niemand anderer als er war es ja, der den großen Irrtum seines Lebens gutzumachen versuchte durch eine Wahlreform, die in jenen Tagen als eine demokratische galt...

Unter dem Eindruck der Mordattentate der Wiener „Anarchisten" versammelte sich am 27. Jänner 1884 der Ministerrat, um die „Maßnahmen gegen Sozialisten und Anarchisten" zu beraten. Allerdings hatte man sich schon früher „im Schoße der Regierung"*) mit dem Gedanken getragen, ein eigenes Sozialistengesetz nach deutschem Muster vom Parlament beraten zu lassen. Graf Taaffe war jedoch „vorläufig" von diesem Gedanken abgekommen, ebenso wie er die Anregung, „das Standrecht über einzelne Gebiete der Monarchie verhängen zu lassen", von sich wies, und zwar „einerseits in Rücksicht auf das Aufsehen, welches eine solche Verfügung im Inland wie im Ausland erregen würde und anderseits in der Erwägung, daß für alle Fälle, welche man hauptsächlich vor Augen habe, die für die Abwicklung des standrechtlichen Verfahrens vorgeschriebene Frist ohnehin nicht eingehalten werden könnte".

Bezüglich der Frage der Erlassung eines Sozialistengesetzes wurde dann im Ministerrat erklärt, daß man „gegenüber einer solchen Frage vor großen prinzipiellen Schwierigkeiten stünde und daß übrigens vieles von dem Inhalt des deutschen Sozialistengesetzes in dem Ausnahmegesetz enthalten sei". Darauf glaubte Graf Taaffe „von der Frage der Schaffung eines sogenannten Sozialistengesetzes absehen zu sollen".

*) Zur Vorberatung der Ausnahmemaßregeln hatte Graf Taaffe „aus Anlaß der in letzter Zeit in Wien und dessen Umgebung vorgekommenen Ereignisse, der wiederholten Mordattentate und Raubanfälle sich bewogen gesehen, eine kommissionelle Beratung über die im Interesse der gefährdeten öffentlichen Sicherheit zu treffenden besonderen Vorkehrungen einzuleiten". Es wurde unter dem Vorsitz eines Sektionschefs des Ministeriums des Innern eine Kommission eingesetzt, der der Statthalter von Niederösterreich, Vertreter des Justizministeriums, der Polizeidirektion und der Staatsanwaltschaft beigezogen waren. Die folgenden Beschlüsse des Ministerrates gründeten sich auf die Vorschläge dieser Kommission.

„Hierauf gelangten die einzelnen Bestimmungen der Ausnahmeverfügungen zur Annahme."

Im Ministerrat vom 30. Jänner 1884 teilte Ministerpräsident Graf Taaffe mit, „daß die Ausnahmemaßregeln die Allerhöchste Genehmigung Seiner Majestät erhalten haben".

Im Ministerrat vom 9. Februar 1884 machte Graf Taaffe „von der Vermehrung der Wiener Sicherheitswache um 352 Mann Mitteilung, welche Vermehrung vom Kaiser genehmigt wurde".

„Hierauf wurde die Frage der parlamentarischen Behandlung des Gesetzes erörtert. Hiebei einigte man sich darauf, daß außer einer im Plenum abzugebenden Erklärung alle Mitteilungen im Ausschuß erfolgen sollen." Ein auf den Gegenstand bezügliches „Exposé" solle nur den beiden Berichterstattern — dem der Majorität und dem der Minorität — zur Verfügung gestellt werden.

Es sollten also nach den Absichten der Regierung die Verhandlungen über die Ursachen, die zum Ausnahmegesetz führten, in der Heimlichkeit der Ausschußberatungen gepflogen werden. Das sogenannte „Exposé", das diese Ursachen aufzählte, wurde dann vom Berichterstatter der Mehrheit in seiner Gänze „übernommen", das heißt der Herr, der sich der Berichterstattung unterzog, der slowenische Abgeordnete Dr. Tonkli, verblüffte in der Verhandlung über die Ausnahmemaßregeln die erstaunten Zuhörer und die Öffentlichkeit mit „seinen Darlegungen", die ihm einfach von der Regierung oder eigentlich von der Wiener Polizeidirektion fix und fertig zur Verfügung gestellt worden waren.

Im folgenden sei dieses „Exposé", das für den vertraulichen Kreis bestimmt war, wiedergegeben. Es enthält im Grunde nichts anderes als eine mehr oder minder vollständige Reproduktion der verschiedenen Polizeiberichte der letzten Jahre über die sozialistische Bewegung, natürlich geschöpft aus den üblichen Quellen der internationalen Polizei.

Der zu allem willigen Mehrheit des österreichischen Parlaments und der systematisch verängstigten Bevölkerung wurde durch das „Exposé" das Gruseln gelehrt.

Es besagt:

„Schon hat die ausländische sozialrevolutionäre Presse Haß, Erbitterung und Leidenschaft unter der Arbeiterbevölkerung Österreichs zu erzeugen versucht. Als Johann Most 1879 in London (gegenwärtig Newyork) die Zeitschrift »Freiheit«, deren Verbreitung in Deutschland und Österreich-Ungarn mit allen Mitteln der List stattfindet, erscheinen ließ, und in derselben den Gedanken verfocht, daß die Arbeiter aller Länder nur durch gewaltsame Zerstörung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände, nur durch Vernichtung des Privateigentums und durch die Aufhebung aller Klassen- und Ständeunterschiede eine Besserung der Lage der Arbeiter erlangen werden können, entwickelten sich innerhalb der österreichischen Arbeiterbevölkerung Tendenzen, welche einen nicht unbeträchtlichen Teil derselben nach und nach auf revolutionäre Bahnen zu drängen suchen.

In dem genannten Revolutionsblatt wird die österreichische Arbeiterbevölkerung mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt und dieselbe in

vielen Artikeln zur Auflehnung gegen die bestehende Ordnung aufgestachelt.

Durch Brandschriften, welche in vielen Tausenden von Exemplaren als Flugblätter unter die Massen bei den verschiedensten Anlässen, so zum Beispiel zur Zeit der Geburtstagsfeier Seiner Majestät des Kaisers, beim Zusammentritt des Reichsrates usw. verbreitet worden sind, wurde nach und nach der Boden unterwühlt und unter dem Einfluß von Emissären die geheime Kluborganisation unter den Arbeitern vorgenommen.

Im Jahre 1881 begann die »Freiheit« und andere Preßerzeugnisse dieser Partei die Arbeiter an das Studium der Chemie dringend zu mahnen und ihnen nahezulegen, mit welchem Erfolg Dynamit im Kampfe gegen die Gesellschaft angewendet werden könne, und man möge nicht vor Mord, Brand und Plünderung zurückscheuen.

Diese kontinuierlichen Aufreizungen zur offenen Gewalt trugen schon zu Ende des Jahres 1881 ihre Früchte. Am 4. Dezember 1881 nämlich wurde im Gasthaus »Zum grünen Jäger« in Wien der Polizeikommissär Kadlec in einer Versammlung, in welcher revolutionäre Reden gehalten wurden, tätlich angegriffen und schwer verwundet.

Ein Teil der Arbeiter, welcher besonnen genug war, das Verderbliche der revolutionären Taktik zu erkennen, konstituierte sich als Fraktion mit gemäßigten Tendenzen, konnte sich jedoch durch andauernde leidenschaftliche Bekämpfung und durch angewendete Mittel des Terrorismus nur in wenig erfolgreicher Weise entwickeln, da die Anarchisten alle Versuche, die Lage der Arbeiter durch legislative Maßregeln zu verbessern, in der schroffsten Weise als Palliativmittel perhorreszierten, gegenüber welchen nur der völlige Umsturz der Gesellschaft anzustreben sei.

Systematisch wurden in Schrift die schlimmsten Leidenschaften unter den Arbeitern angefacht und bei einem großen Teil derselben eine jedes sittliche und rechtliche Gebot verachtende Gesinnung wachgerufen.

Schon im Jahre 1882 zeigte das an dem Schuhmacher Merstallinger verübte Raubattentat, wieweit die so verderbliche Agitation um sich gegriffen hat. Die maßgebendsten und gefährlichsten Wortführer der anarchistischen Partei wurden anläßlich dieses am 4. Juli 1882 mit seltener Verwegenheit verübten Verbrechens und wegen hochverräterischer Umtriebe in strafgesetzliche Untersuchung gezogen.

Seit dem Ausgang dieses Prozesses wurde in gehobener Stimmung und mit deutlich wahrnehmbarer Zuversicht die revolutionäre Propaganda um so intensiver in die Massen getragen, und in einer Reihe von Schandtaten gibt die anarchistische Partei einerseits Lebenszeichen und anderseits Zeichen, wie weit schon die anarchistischen Theorien eine praktische Verwirklichung gefunden haben.

Immer kecker und provokatorischer wird das Verhalten der Parteiangehörigen gegenüber den behördlichen Organen und immer maßloser werden die Äußerungen der Parteipresse; Most frohlockt in der Nummer 14 der „Freiheit" über die Haltung der „Genossen" in Wien und illustriert die Endziele der Anarchisten mit den Worten: „Und wenn man die heutige Welt nicht aus den Angeln heben kann, so wird man sie mit Dynamit sprengen." Die Agitatoren setzen alles daran, die Arbeiter in ihrem Haß gegen die Gesellschaft zu erhalten und errichteten eine geheime Presse, deren Erzeugnisse das wirksamste Mittel hiezu bilden. Mit der Überschrift: „Erste Freie Presse Zisleithaniens" erscheinen neuerlich Brandschriften, welche massenhaft in Wien und in den Provinzen Verbreitung finden.

Die mit den deutschen Genossen liierten böhmischen Arbeiterführer proklamieren gleichfalls in einem böhmischen Flugblatt, daß dasselbe in der „První svobodná tiskárna v Čechách“ („Erste Freie Druckerei in Böhmen“) erzeugt wurde.

Am 10. August 1883 verübten zahlreiche Anhänger der anarchistischen Partei vor dem Amtsgebäude der Polizeidirektion in Wien unter nichtigem Vorwand einen Straßenexzeß, der nur durch das sofortige energische Einschreiten der behördlichen Organe bewältigt werden konnte.

Unmittelbar vor der Entbindung Ihrer kaiserlichen Hoheit der durchlauchtigsten Frau Kronprinzessin Erzherzogin Stephanie wurde Höchstdieselbe in einem Flugblatt unter dem Titel „Mahnruf an alle Arbeiter und Männer des Volkes“ in der gehässigsten Weise geschmäht und versucht, die Gefühle der Ehrfurcht und der Anhänglichkeit an das Allerhöchste Kaiserhaus zu zerstören.

In derselben Druckschrift wird auch zu „Taten“ angeeifert und mit den Worten geschlossen: „Nieder mit allen Tyrannen und ihren Schergen!“ „Nieder mit allen Ausbeutern und Volksbetrügern!“

Die Nummer 34 der „Freiheit“ vom 25. August 1883 bemerkt anläßlich der Verbreitung dieser Druckschrift, daß man bald in Wien durch eine ganz andere Bescherung überrascht werden wird.

Nicht ohne Absicht wurde seitens der Parteiführer am 2. September 1883 — an dem Geburtstag der Erzherzogin Elisabeth — eine Volksversammlung einberufen. Trotzdem dieselbe behördlich untersagt wurde, erschien doch eine zahlreiche Arbeitermenge am Versammlungsort, welche nicht ohne Mühe zerstreut werden konnte.

Bald darauf, am 6. September v. J., fanden die Exzesse ihre Wiederholung, als eine Arbeiterversammlung im Paradiesgarten in Fünfhaus neuerlich aus Rücksichten der öffentlichen Ruhe und Ordnung untersagt werden mußte. Bei diesen Arbeiterversammlungen wurden Wachorgane verhöhnt, die einschreitenden Beamten beschimpft und revolutionäre Lieder gesungen. Der Mißmut darüber, daß durch diese auf die Straße getragenen Agitationen der in Aussicht genommene Zweck nicht erreicht wurde, reifte bei den Führern, welche sich nach außen hin als „Exekutivkomitees“ bezeichnen und nach allen Richtungen hin, insbesondere mit zahlreichen Drohbriefen und Todesurteilen terrorisierend wirken, den Plan, nach der von der „Freiheit“ ausgegebenen Parole, nicht mehr in Massen, sondern einzeln terroristische Akte zu verüben und zu diesem Zweck sich mit der Erzeugung oder Einschmuggelung von Dynamit zu befassen.

Diese verbrecherischen Absichten und Pläne finden unverhüllten Ausdruck in einem neuen Flugblatt, welches Ende Oktober 1883 sowohl mit deutschem als auch mit böhmischem Text erschienen ist.

In demselben wird die geheiligte Person Seiner Majestät des Kaisers in der frechsten Weise geschmäht, zur Ermordung von Polizeiorganen aufgefordert und die Taktik empfohlen, einzeln oder in Gemeinschaft mit einem anderen verläßlichen Genossen „die Halunken in ein besseres Jnseits zu befördern“. Jm Falle des Ertappens und wenn kein Entrinnen mehr möglich ist, soll das Äußerste gewagt und soviel wie möglich „Schurken“ vertilgt werden.

Diesen Anregungen entsprechend vereinigte sich in der Tat eine Anzahl Arbeiter behufs Erzeugung von Dynamit, suchten einen Chemiker für ihre verbrecherischen Pläne zu gewinnen, wurden jedoch an der Ausführung durch das Einschreiten der Behörde rechtzeitig gehindert.

Am 26. und 27. Oktober 1883 wurde in einem geheimen Kobventikel der Anarchisten in Lang-Enzersdorf, im politischen Bezirk Korneuburg, an welchem Delegierte aus den meisten Kronländern sich beteiligten, ein neuer Aktionsplan diskutiert und hiebei unter anderem beschlossen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zur Tat gegen „Ausbeuter und behördliche Organe" zu greifen, „durch solche Akte des Terrorismus die Bevölkerung in fortwährender Aufregung zu erhalten und auf jede Weise die gewaltsame Revolution herbeizuführen".

Als Frucht dieser giftigen Saat ist die am 15. Dezember 1883 in Floridsdorf erfolgte Ermordung des Konzipisten Hlubek anzusehen.

Obschon am 18. November 1883 die geheime Presse dieser Partei ermittelt wurde, erscheint am 27. Dezember 1883 ein Flugblatt mit der Aufschrift: „Zur Richtschnur", welches mit folgendem Satze schließt:

„Den Ordnungskanaillen vom Schottenring, denen machen wir hiemit bekannt, daß wir jetzt den Kampf mit allen Mitteln aufnehmen und auf jeden Gewaltakt werden wir einen Gewaltakt zur Antwort haben. Siehe Hlubek in Floridsdorf."

Die am 23. Jänner l. J. bei dem hiesigen Landesgericht erfolgte Verurteilung des Parteiführers Johann Rouget, welcher die geheime Presse verborgen hatte, wurde am folgenden Tage mit der Ermordung des Polizeiagenten Blöch erwidert.

Aus dieser gedrängten Darstellung ist die hochgradige Gemeingefährlichkeit der anarchistischen Propaganda leicht zu entnehmen. Dieser ausgedehnten und im hohen Grade gefährlichen Agitation vermögen die wachsamsten Behörden ohne Anwendung außerordentlicher Mittel nicht Einhalt zu tun.

Nur bei Anwendung solcher Mittel ist es möglich, die anarchistische Propaganda im Gebrauche jener Agitationsmittel zu behindern, durch welche sie sich bisher organisieren und auf die Masse einwirken konnten.

Zu den von der Staatsverwaltung ergriffenen Mitteln, die allgemeine Sicherheit und die Gesellschaftsordnung zu sichern, gehört unter den obwaltenden Verhältnissen auch die Wahrung der bedrohten Unabhängigkeit der Rechtsprechung durch die zeitliche Einstellung der Geschwornengerichte.

Die dargelegten Umstände haben den Zusammenhang der verübten Verbrechen mit der anarchistischen Bewegung nachgewiesen. Die weitesten Kreise der Bevölkerung sind von diesem Zusammenhang überzeugt. Es ist eine bekannte Tatsache, daß in den gegen Sozialisten vorgekommenen, vor den Geschwornen abgehaltenen Strafprozessen Druckschriften zur Verlesung gebracht werden mußten, in denen nicht nur im allgemeinen Tod und Vernichtung den einzelnen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft angedroht wird, sondern ganz insbesondere „die Polizeischergen und Justizstrolche, welche brave Genossen dem Kerker überliefern", als die nächsten Opfer der Rache hingestellt werden.

Es ist ferner Tatsache, daß, nachdem der dieser Partei angehörige Johann Richter in Wien am 25. Mai 1882 durch den Wahrspruch der Geschwornen schuldig erkannt und zu 12 Jahren Kerker verurteilt worden war, schon am 30. Mai 1882 in einer sozialistischen Druckschrift die Aufforderung enthalten war, „den Justizstrolchen, welche bei Schöpfung dieses Urteils mitwirkten, die Schädeln einzuschlagen". Und diese Druckschrift mußte in der gegen Sozialisten vor Geschwornen geführten Verhandlung anläßlich des von Sozialisten an Merstallinger verübten Raubes vorgelesen werden.

Tatsache ist, daß einzelnen Geschwornen, welche bei der Verhandlung gegen Richter das Geschwornenamt ausübten, Drohbriefe zugeschickt wurden.

Tatsache ist, daß unter den Geschwornen die Besorgnis herrschte, in den im Jänner d. J. in Wien gegen den Sozialisten Johann Rouget durchgeführten Strafprozeß als Geschworne eintreten zu müssen, und sich durch diese Teilnahme in ihrer persönlichen Sicherheit gefährdet fühlten.

Unter diesen Umständen und da die Ermordung Hlubeks und Blöchs zeigte, daß die Anarchisten die Bedrohung nicht nur als Einschüchterungsmittel benützen, sondern daß sie der Drohung auch die Tat folgen lassen, und da die Drohungen sich auch tatsächlich gegen jene Personen richten, welche als Geschworne zu fungieren haben, so ist der Zustand eingetreten, welcher die Regierung verpflichtet, sowohl im Interesse der Staatsbürger, welche zum Geschwornenamt berufen sind, als auch im Interesse der Unabhängigkeit der Rechtsprechung die Tätigkeit der Geschwornengerichte in dem zumeist bedrohten Gebiete insoweit einzustellen, als es sich um Delikte handelt, von denen angenommen werden kann, daß sie von Anhängern dieser Partei in Verfolgung ihrer Zwecke begangen werden können.

Das sind die näheren Gründe, der auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1869 getroffenen Ausnahmeverfügungen und der zeitweiligen Einstellung der Geschwornengerichte.

Wie bereits bei der ersten Lesung im hohen Hause erklärt wurde, ist es der Regierung wohlbekannt, daß auch anderwärts in den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern, insbesondere in den bedeutenden Industriebezirken, Bestrebungen und Agitationen der in Rede stehenden Art sich geltend machen und besorgniserregende Erscheinungen, welche die volle Wachsamkeit der Behörden kontinuierlich in Anspruch nehmen, zutage treten. Dennoch hat die Regierung die Ausnahmeverfügungen auf die in den Verordnungen bezeichneten Gebiete beschränkt, weil gerade in diesem Gebiet die besondere Gefährlichkeit der daselbst herrschenden, anarchistische Zwecke verfolgenden Bewegung sich durch die Vorfälle der letzten Zeit bekundet hat.

Am 30. Jänner 1884 erschien die Verordnung der Gesamtregierung, welche über Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt den Ausnahmezustand verhängte. Eine zweite Verordnung verfügte die Einstellung der Wirksamkeit der Geschwornengerichte für Wien und Korneuburg. Die letztere Verordnung wurde am 19. Dezember 1884 auch auf Wiener-Neustadt ausgedehnt. Die beiden Verordnungen über den Ausnahmezustand wurden entsprechend den Verfassungsgesetzen dem Reichsrat sofort nach dessen Zusammentritt vorgelegt und das Gutachten des Obersten Gerichtshofes über die Notwendigkeit der Einstellung der Geschwornengerichte in Wien und Korneuburg eingeholt*).

*) Das Gutachten des Obersten Gerichtshofes, das von der Regierung dem Gesetze entsprechend eingeholt worden war, lautete folgendermaßen:

„Über die sehr geschätzte Zuschrift vom 26. Jänner 1884, Z. 1739, beehrt sich der k. k. Oberste Gerichts- und Kassationshof nach Anhörung der k. k. Generalprokuratur sein Gutachten dahin abzugeben, daß nach den gesammelten und mitgeteilten Erfahrungen über die seitens der extremen Sozialistenpartei vorgekommenen Ausschreitungen und über die bedrohliche Haltung der Anhänger dieser die öffentliche Ordnung in hohem Grade gefährdenden Partei, welche insbesondere mit Rücksicht auf die notorischen jüngsten Ereignisse unzweifelhaft geeignet erscheint, die freie Abgabe

Im Parlament zeigte sich anfangs einiger Widerstand, die Ausnahmeverfügungen zu genehmigen. Man hielt die Bestimmungen des Strafgesetzes und die Polizeinormen für ausreichend, um der anarchistischen Bewegung Herr zu werden, und schalt die Polizei unfähig, weil sie damit nicht das Auslangen fand. Anderseits aber waren die bürgerlichen Kreise so eingeschüchtert, die Geschwornen froh, ihrer Pflicht entbunden zu werden, daß es nicht einmal der Einflußnahme der Hofkreise bedurft hätte, um den Ausnahmezustand für Wien als berechtigt anzuerkennen.

Die Obmannschaft des Klubs der Vereinigten Linken beriet über die Haltung der Partei bei der Abstimmung über die Genehmigung der Ausnahmeverordnung*). Ein Teil der Klubmitglieder trat für die Verordnung ein, deren Erscheinen die Bevölkerung beruhigt habe. Dadurch sei die Verordnung populär geworden und könne daher nicht Gegenstand der Opposition sein. Am 4. Februar 1884 sprachen sich Dr. v. Plener und mit ihm die Mehrheit des Klubs prinzipiell gegen die Genehmigung der Verordnung aus. Der Klub beschloß, durch den Abgeordneten Dr. Kopp vor der Abstimmung von der Regierung weitere Aufklärungen zu verlangen.

Am 5. Februar 1884, bei der ersten Lesung der Ausnahmeverfügungen, verwies Graf Taaffe auf die in letzter Zeit vorgekommenen Verbrechen und die immer steigenden Gefahren der auf den Umsturz der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gerichteten Bewegung, insbesondere in den Gerichtshofsprengeln Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt, zu deren Bekämpfung die der Regierungs- und Vollzugsgewalt zu Gebote stehenden ordentlichen Mittel nicht mehr ausreichen. Die Ermordung zweier polizeilicher Funktionäre schließe unmittelbar an Drohungen an, mit welchen die anarchistische Partei staatliche Funktionäre, die ihr unbequem geworden sind, einzuschüchtern versuchte. Aufreizende anarchistische Druckschriften waren in tausenden Exemplaren verbreitet und in denselben unter Verhöhnung aller Rechts- und sittlichen Grundlagen zu den gewalttätigsten Schritten aufgefordert worden. Die Wirkung der anarchistischen Bestrebungen sei so weit gediehen, daß in flagranten Fällen selbst eine Befangenheit der Richter besorgt werden müsse.

---

des Wahrspruches von seiten des zeitweilig zum Geschwornenamt in Strafsachen berufenen Bürgers mit Rücksicht auf seine, von jener des ständig angestellten, im Dienste gestählten Fachrichters wohl verschiedene Stellung zu lähmen und zu beeinträchtigen, es zum Behufe der Sicherheit einer unparteiischen und unabhängigen Rechtsprechung in Strafsachen immerhin als angezeigt und zweckmäßig sich darstellen dürfte, die Wirksamkeit der Geschwornengerichte in den zumeist bedrohten Landesteilen einzustellen. Der Oberste Gerichtshof ist auch damit einverstanden, daß diese Maßregel, wie beantragt, für Wien und Korneuburg auf die Dauer des laufenden Jahres verfügt werde, und daß sie hinsichtlich aller der Gerichtsbarkeit der Geschwornengerichte zugewiesenen strafbaren Handlungen jeder Art stattzufinden habe."

Wie aus diesem recht gewundenen Gutachten ersichtlich, hat der Oberste Gerichtshof nicht erklärt, die Aufhebung der Geschwornengerichte sei notwendig, sondern er meinte, daß diese Regierungsverfügung sich als „angezeigt und zweckmäßig darstellen dürfte". Die damals überaus gefügige Mehrheit des Reichsrates stimmte natürlich ohne Bedenken für die Regierungsverfügung!

*) Kolmer „Parlament und Verfassung", Band III.

Dr. Kopp fand die Vorlage nicht genügend begründet, um dem Ministerium Taaffe die verlangten großen Vollmachten zu erteilen. Er erinnerte an das Verhalten der Regierung und der Majorität in der Arbeiterexpertise und beantragte, die Vorlage einem Ausschuß mit einer Frist von acht Tagen für die Berichterstattung zuzuweisen. Die Terminbestimmung wurde über Einspruch Hohenwarts abgelehnt.

Bei der Verlegenheit, in welcher sich der Klub der Vereinigten Linken der Vorlage gegenüber befand, tauchte sogar wieder der Gedanke der Abstinenz auf. Am 6. Februar 1884 sprach Abgeordneter Alfred Skene die Ansicht aus, ein absolutistisches Regime sei im Anzug, und es erscheine daher empfehlenswert, sich an der Debatte nicht mehr zu beteiligen."

Allein die sehr aufgeregten oppositionellen Gemüter der Vereinigten Linken beruhigten sich alsbald, als ein Hocharistokrat mitteilte, daß „man in den Hofkreisen der Opposition wegen der Verschleppung der Vorlage übel wolle". Wann hätte im alten Österreich auch ein derartiges Argument seine Wirkung auf die stolzen deutschen Mannen verfagt?

So wurden denn die Ausnahmeverordnungen am 15. Februar 1884 vom Parlament genehmigt. Die Herren der Linken machten stramm oppositionelle Gesten, stimmten auch teilweise dagegen, sonst aber fanden sie sich mit den Verordnungen ab; die „Kämmerer und Exzellenzen" der Vereinigten Linken enthielten sich der Abstimmung.

So bekundete der bürgerliche Freisinn und vor allem der des sogenannten deutschen Bürgertums, das doch die heftigste Gegnerin des Ministerpräsidenten Grafen Taaffe war oder zu sein vorgab, sein freiheitliches Verhalten. So wie im Deutschen Reiche der „Freisinn" bei Beratung des Sozialistengesetzes sehr bald seine freisinnigen Grundsätze verleugnete, so haben auch seine österreichischen Gesinnungsgenossen bei den Blutgesetzen wider die Arbeiterschaft den Freisinn recht bald „zurückgestellt"; so wie im Laufe der Jahre das Bürgertum so ziemlich alle seine freiheitlichen Traditionen und Prinzipien bei jeder Gelegenheit zumindest „zurückstellte"! Was war doch aus den Freiheitshelden von 1848 im Laufe der Jahre geworden! Kaum eines der reaktionärsten Gesetze war im österreichischen Parlament zustande gekommen, an dem nicht der bürgerliche Freisinn seinen schäbigen Anteil hatte. Nur durch ein solches Verhalten ist es erklärlich, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung der Freisinn, der Liberalismus, so sehr in Mißkredit kam, daß bei seinem Sturz die Massen förmlich jubelten, selbst als an dessen Stelle der heuchlerische „christliche" Sozialismus trat! Bei diesem wußte alle Welt sehr bald, was sich hinter dem „christlichen" Panier in Wahrheit verbarg; daß die christlichsoziale Firma, die sich neu aufgetan hatte, niemand anderer war als der in Österreich so wohlbekannte Klerikalismus, wurde in kurzer Zeit allen klar. Aber der Liberalismus hatte durch Jahrzehnte die Fiktion aufrechthalten können, daß er die Partei der Freiheit sei, durch großtuerische und blendende Phrasen hatte er lange genug die Massen zu täuschen gesucht. Freilich gab es unter den Liberalen ein paar Leute, die es ehrlich mit Liberalismus und Freiheit meinten, aber sie waren immer nur in der Minderheit und galten im Klüngel in der Regel nichts...

Wie „wacker" die Wiener Polizei unmittelbar nach Erlassung der Ausnahmeverordnungen ihres Amtes waltete, mögen einige amtliche Ziffern zeigen, die Ministerpräsident Graf Taaffe am 19. Februar 1884 dem Parlament zur Kenntnis brachte: Danach wurden vom 30. Jänner 1884, dem Tage, da die Verordnung verlautbart wurde, bis 17. Februar 1884 238 Personen, welche durch ihre Beteiligung an anarchistischen Umtrieben die öffentliche Ordnung gefährdeten, aus dem Suspensionsgebiet ausgewiesen, beziehungsweise, insofern sie an einem Orte dieses Gebietes zuständig sind, angewiesen worden, ohne behördliche Bewilligung diesen Ort nicht zu verlassen. Von diesen Personen waren 215 Inländer und 23 Ausländer, gegen welche mit der Abschaffung vorgegangen wurde. Die Ausländer verteilten sich auf 14 ungarische, 6 deutsche, 2 schweizerische und 1 russischen Staatsangehörigen.

Bezüglich der Familienverhältnisse der Ausgewiesenen lagen Daten nur insoweit vor, als die Ausweisung durch die k. k. Polizeidirektion (Wien) erfolgte. Von den 180 seitens dieser Behörde ausgewiesenen Inländern waren 61 verheiratet und 119 teils ledigen Standes, teils verwitwet; von den ausgewiesenen 20 Ausländern waren 5 verheiratet und 15 ledigen Standes.

Graf Taaffe erklärte weiters bei Verhandlung über einen Antrag des alldeutschen Abgeordneten Fürnkranz, die Familien der Ausgewiesenen aus Staatsmitteln zu unterstützen, „daß gewiß die Regierung mit aller Humanität*) vorgeht und daß für die unglücklichen Familien durch die Gesetze und die Bestimmungen vorgesorgt ist, und daß die Regierung gewiß nicht ermangeln wird, auf diese Angelegenheit ihr sorgsames Augenmerk zu richten, und daß man gewiß nicht in der Lage sein wird, ihr irgendein inhumanes Vorgehen nachweisen zu können".

Hierauf erklärte Graf Taaffe weiter:

„Übrigens erlaube ich mir zu bemerken, daß ich in der Zeitung »Zukunft«, die hier bekanntlich unterdrückt wurde und jetzt in Budapest erscheint, und zwar in der Nummer vom 14. Februar 1884 über das Kapitel der Staatsunterstützungen folgendes gelesen habe:

»Zeigen wir, daß wir diese Schurken durchblickt haben, zeigen wir, daß die Proletarier aller Länder vereint dastehen, zeigen wir, daß wir unsere Genossen nicht verlassen, und zeigen wir endlich, daß es den Familien unserer gemaßregelten Genossen ermöglicht ist, mit Entrüstung eine etwaige Unterstützung von seiten der Staatsbestie zurückweisen zu können. Tue jeder seine Pflicht, dann haben wir diesen Bestien einen doppelten Schlag versetzt. Wir ersuchen die Genossen, so bald wie möglich Geld einzusenden, denn schnelle Hilfe ist notwendig. Sende daher jeder so rasch als möglich an die unten angegebene Adresse Geld, auf daß unsere Feinde erbeben ob der internationalen Verbrüderung der Proletarier. Mit sozial-revolutionären Grüßen: Das Unterstützungskomitee.«"

*) Die „Humanität" bekundete sich besonders bei den Ausweisungen; die Opfer wurden in der Regel nachts aus den Betten geholt und ins Polizeigefangenhaus gebracht, worauf sie auf dem „humanen" Schub in die meist entlegene Heimatsgemeinde geschafft wurden.

Diese Ausführungen des Grafen Taaffe wurden auf der rechten Seite des hohen Hauses — das war bezeichnend für den Geist des damaligen Parlaments — mit „lebhafter Heiterkeit" aufgenommen.

Die Wiener Polizeigewaltigen gingen nun mit gewohnter Schneidigkeit mit den „Anarchisten" ins Zeug; selbstverständlich verstanden sie unter Anarchismus meist Sozialismus, denn namentlich gegen Sozialisten und Sozialdemokraten wendete sich ihr Vorgehen, das nunmehr nach Genehmigung der Ausnahmeverordnungen gar keinerlei Hemmungen kannte.

Das ganze öffentliche Leben der Arbeiterschaft stand von nun ab in Wien unter Polizeiaufsicht: Die Vereine stellten ihre Tätigkeit ein und bald darauf auch die Presse. Der Schlag, der gegen die „Anarchisten" hätte geführt werden sollen, traf beide Fraktionen der organisierten Arbeiterschaft, „Gemäßigte" wie „Radikale" in gleich tödlicher Weise. Soweit war es durch die wahnsinnige „Taktik" der Leute vom Schlage Peuckerts gekommen. Herr Peukert freilich hatte den besseren Teil erwählt: am Tage vor der Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien und Umgebung war er aus Wien verschwunden, verschwunden auf Nimmerwiedersehen!

Er selbst sagt in seinen „Erinnerungen", er sei nicht mehr zurückgekehrt, weil seiner in Österreich so viele strafgerichtliche Verfolgungen harrten. War dem wirklich so?

Herr Peukert war rechtzeitig ins Ausland gegangen, indes so viele seiner Anhänger nunmehr der brutalen Gewalt preisgegeben waren.

Am 24. Jänner 1884 erschien die letzte Nummer der „Zukunft", an zahlreichen Stellen von der Staatsanwaltschaft konfisziert. Einige Monate später hatte auch das Organ der Gemäßigten ausgelitten!

Am 31. Jänner 1884 wurde, wie schon erwähnt, der Ausnahmezustand über Wien und Umgebung verhängt. In Plakaten wurde die Bevölkerung auf diese Maßnahmen aufmerksam gemacht. Es wurde darin mitgeteilt, daß auch alle jene Personen strafbar seien, welche

1. einer von der Behörde aus Wien ausgewiesenen Person Obdach geben, ohne dies der Behörde sofort anzuzeigen;

2. bei Zusammenrottungen auf der Straße der Aufforderung der Sicherheitsorgane zum Auseinandergehen nicht ohne Widerspruch Folge leisten;

3. demonstrative Abzeichen tragen.

Die „Wahrheit" nahm in einem übrigens sehr vernünftigen und maßvollen Artikel zu der Verhängung des Ausnahmezustandes Stellung, nicht ohne auf die Urheber dieser Maßregeln nach Gebühr hinzuweisen. In dem betreffenden Aufsatz hieß es:

„Überdies stehen der Regierung selbst unter normalen Verhältnissen immerhin Mittel durch die Anwendung der bestehenden Gesetze zur Verfügung, die vollkommen hinreichen, um „verbrecherische Vorfälle" und Ausschreitungen hintanzuhalten, oder, wenn schon das nicht möglich ist, mit der Schwere des Gesetzes zu ahnden. Ausnahmeverfügungen gegen die Tendenzen einer Partei treffen jederzeit in ihrer Schwere nur Personen, niemals aber die Sache selbst, und speziell gegen die Anarchisten

angewandt, wird als nächste Folge sein, daß die geheime Propaganda, der Lebensnerv der Anarchisten, entschieden an Bedeutung gewinnen wird.

Also auf der einen Seite die Bedingungen zur geheimen Propaganda gegeben, auf der anderen hingegen die Möglichkeit, die soziale Frage in der Öffentlichkeit zu besprechen, benommen, ergibt als Folge die Ausbreitung der anarchistischen Theorien auf Kosten der gegensätzlich zur sachgemäßen und ruhigen Diskussion durch die öffentliche Tätigkeit von vornweg bestimmten Sozialdemokratie.

Daher wird die volle Wucht der Ausnahmeverfügungen nicht, wie versichert wird, ihre Spitze vorzüglich gegen die anarchistischen Theorien richten, sondern hauptsächlich diese gegen die von den Anarchisten so sehr verspotteten »Gemäßigten« kehren."

An anderer Stelle schrieb das genannte Blatt:

„Unser Genosse Bardorf als verantwortlicher Redakteur des Blattes hatte sofort nach Verhängung der Ausnahmeverfügungen eine Vernehmung bei der Preßpolizei, woselbst ihm protokollarisch bekanntgegeben wurde, daß nach der ersten erfolgten Konfiskation die Einstellung des Blattes erfolgen würde.

Peukert, der große Peukert amüsiert sich vortrefflich in Winterthur in der Schweiz. Er bricht von dort aus über seine einfältigen Gläubigen so ohneweiters den Stab, nennt die Merstallingerei und die Schottenringdemonstrationen geringfügige Dummheiten; gesteht mit zynischer Ruhe zu, daß er propagierte, für Parteizwecke Geld zu requirieren. Requirieren, wie nobel! Also auf gut deutsch — nehmen, wo es ist. Und solch ein Mensch hatte die freche Stirne, vor kurzem, als wir ihn den intellektuellen Urheber solcher Requisitionen nannten, mit der Strafanzeige (!!!) zu drohen. Ob dieses Geständnis manchem seiner Gläubigen die Augen öffnen wird?"

Die Situation wurde in den folgenden Sätzen charakterisiert:

„Über unserem Haupte das Damoklesschwert der Einstellung unseres Blattes, im Herzen das Gefühl des unterdrückten Zornes, gepaart mit zuversichtlichem Hoffen auf den Sieg unserer Idee, trotz alledem greifen wir heute zur Feder, um die jüngsten Maßnahmen gegen die organisierte Arbeiterschaft zu beleuchten.

So hätte also eine Handvoll wahnwitziger Fanatiker und agent provocateurs im Dienste der Reaktion ihr Ziel erreicht: Politisch machtlos, wirtschaftlich arm und widerstandslos, verzweifeln wir deshalb noch immer durchaus nicht an diesem Siege; im Gegenteil werden wir auch in Zukunft, mag sich dieselbe gestalten wie immer, mit allen moralischen Mitteln dafür eintreten, das Klassenbewußtsein in die Reihen der »Enterbten« zu tragen, sie aufzumuntern, mit der schneidigen Waffe unseres Jahrhunderts: Kenntnis der Sozialwissenschaft zu sammeln und hievon den ausgiebigsten Gebrauch zu machen.

Hoch und erhaben sind unsere Bestrebungen, lauter und rein müssen auch die hiefür in Anwendung zu bringenden Mittel sein; großartig ist unser Ziel: »Die Wohlfahrt aller«: mutig und entschlossen müssen deren Kämpfer sein. Darum sei unsere Parole nach wie vor:

Hoch die Sozialdemokratie!
Die Wahrheit bohrt sich durch."

Diese tapferen Worte an die Wiener Arbeiterschaft vermochten für einige Zeit noch die Reihen des organisierten Proletariats zusammenzuhalten, ja es schien sogar, als ob in den Tagen der schwersten Not die Fraktionen sich wirklich wieder zusammenschließen würden. Allein die Behörden hatten offenbar die Absicht, durch die Verhängung des Ausnahmezustandes den Sozialismus in Österreich in seiner Gänze zu vernichten. Ihre Handlungen und die Entschlossenheit ihres ganzen Vorgehens wenigstens deuten unverkannbar darauf hin.

Was kümmerten sie auch die Unterschiede von Sozialdemokratie und Anarchismus? Sie hatten nur das eine Bestreben, die Organisationen der Arbeiterschaft mit einem Schlage zu zertrümmern und jede politische Regung des Proletariats mit der ihnen von der Gesetzgebung eingeräumten Machtvollkommenheit zu unterdrücken.

Die Folgezeit hat dies deutlich bekundet. Mochte das Organ der „Gemäßigten" noch so gemäßigt schreiben, mochte die Arbeiterschaft von den ihr gebliebenen winzigen Rechten auch noch so bescheidenen und zurückhaltenden Gebrauch machen, die mit allen Rechten ausgestatteten Behörden waren sichtlich willens, „gründlich mit dem Sozialismus in Österreich aufzuräumen".

Sehr bezeichnend ist diesbezüglich ein Artikel der „Wahrheit" (Nr. 7 vom 4. April 1884), worin zur Einigung auf Grund des Programms des Brünner Arbeitertages gemahnt wird. Es wird darin unter anderem gesagt:

„Vorläufig trachten wir, eine Reihe von uns sehr naheliegenden Punkten unseres Programms, wie: Normalarbeitstag, Einschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit 2c., zu erreichen; im ferneren mehr Ellbogenraum zur freien Bewegung durch Gewährung von Vereins-, Versammlungs-, Koalitions- und Verbandsfreiheit zu erstreben. Ebenso ist es weitaus vernünftiger, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht als ein dem Arbeiter selbstverständliches Naturrecht zu reklamieren, als über den Nutzen von Gebrauch oder Nichtgebrauch zu streiten. Vereinigen wir uns im naheliegenden Erreichbaren zum gemeinsamen Kampfe und behandeln wir Fragen, welche die ferne Zukunft betreffen, mit der gebührenden Ruhe und Besonnenheit, und es kann und wird nicht fehlen, daß wir auch die richtige Taktik finden, die geeignet ist, mit einem Ruck die Partei mächtiger und stärker als bisher zu machen. Der Streit in der österreichischen Partei, der mit einigen Heißspornen vom Ausland hieher verpflanzt wurde, drehte sich anfänglich nur um die Taktik, und der lächerlichen Sucht, der Erste der Ersten in Erfindung und Überbietung von den radikalen Vorschlägen zu sein, blieb es vorbehalten, zu Programmstreitigkeiten und, wie wir zum Schluß gesehen haben, zur vollständigen Programmlosigkeit zu führen.

Aber nicht nur Programmlosigkeit, sondern die Kopflosigkeit ging so weit, daß das, was die einen als heiliges Palladium verteidigten, die anderen wieder als Palliativmittel von untergeordnetem Wert verwarfen. Waren die einen die ausgesprochensten Föderalisten, so predigten die anderen zum Gaudium den strammsten Zentralismus; haben die einen den moralischen Charakter der Partei hochgehalten, so sanken die anderen wiederum sogar, wie nunmehr zur Genüge konstatiert, zum gemeinen Verbrechertum herunter.

Dieser Kopflosigkeit, welche solche herrliche Früchte zeitigte, muß ein Ende gemacht werden; darum unser Ruf: Schließt die Reihen!

Der Ruf geht insbesondere an jene, welche bisher den Kämpfen der beiden Richtungen, den sogenannten »Gemäßigten« und »Radikalen«, eine beobachtende Stellung bewahrt haben, welchen aber nunmehr durch die Vorkommnisse der jüngsten Zeit die Augen geöffnet sein dürften. Er ergeht weiter an alle jene, welche zwar bisher mit den Radikalen marschiert, von denen aber durchaus nicht anzunehmen ist, daß sie die Tragweite der angewandten Taktik richtig erfaßt haben, vielmehr, durch die blendenden Phrasen betört, nur im guten Glauben handelten, es sei wirklich ein Streit um ein gemäßigtes oder radikales Vorgehen. Und zur Ehre der österreichischen Arbeiterbewegung sei es hier besonders hervorgehoben, daß die weitaus größere Anzahl der bisherigen Anhänger des sogenannten Radikalismus in diese Kategorie gehört. Es wäre ein vollständiges Verkennen der Verhältnisse, wenn man annehmen würde, diese Genossen — wir vergeben uns nichts, wenn wir sie Genossen nennen — wären geneigt, den katilinarischen Existenzen, welche mit den jüngsten Pester Verhaftungen im Zusammenhang stehen, auf die schiefe Bahn des Verbrechertums zu folgen.

Sie werden vielmehr gleich uns zur Erkenntnis gelangt sein, daß es hohe Zeit für die Sozialisten Österreichs ist, offen und ehrlich zu erklären, daß sie jede Gemeinschaft mit diesen traurigen Helden ablehnen. Wir, die Anhänger der »Wahrheit«, haben schon längst den Stab gebrochen über die leichtgeschürzte Moral, womit die Fanatiker auf der schiefen Ebene in den Abgrund des Verbrechertums kollerten. Wir würden es als infame Beleidigung auffassen, wenn uns jemand zumuten würde, mit diesem Pack Frieden zu schließen. Wir scheiden uns eben wie Feuer und Wasser. Das Tafeltuch ist zwischen uns und jenen Leuten für immer zerschnitten.

Wir stehen auch jetzt und immerdar mit voller Kraft ein, daß der Schild der ehrlichen Arbeiterpartei nicht durch hirnlose Fanatiker befleckt wird, und mag auch mancher sich von der Bewegung zurück ins Schmollwinkel geflüchtet darob die Nase rümpfen und mit überlegener Miene lächeln — darüber können wir uns trösten; die Zukunft wird lehren, ob wir recht getan.

Wir leben in einer schweren Zeit: von allen Seiten angegriffen und mit Wurfgeschossen aller erdenklichen Art bombardiert, bewahren wir stoische Ruhe und scharen uns um das Banner, für welches bereits die edelsten Geister gestritten und gelitten haben. Frei und offen lassen wir den Feinden nach links und rechts zum Trotz es in den Lüften flattern, und es schwenkend rufen wir, daß es weit in den Hütten der Enterbten, in den Fabriken und Werkstätten, wo sie ihr mühevolles Dasein fristen, donnernd schallt: Schließt die Reihen!"

Wie man sieht, hatten die führenden Genossen im Lager der Wiener Gemäßigten eine Taktik in jenen schweren Tagen empfohlen, die sicherlich zu einigem Erfolg geführt hätte, wenn die Genossen, die noch immer „radikal" waren, trotz aller Schurigelungen der Behörden, sich zur Einsicht der Nutzlosigkeit ihres Verhaltens hätten bekehren lassen. Und dann hatten die Regierungskreise, wie schon gezeigt, die feste Absicht, wenn möglich für immer den Sozialismus in Österreich zu vernichten.

Schon vor Erlassung der Ausnahmeverordnungen hatte die Regierung die Absicht, Österreich vor dem Sozialismus durch ein eigenes Sozialistengesetz zu retten, wie es in Deutschland vom Fürsten Bismarck geschaffen worden war. Graf Taaffe war in dieser seiner

Absicht nur noch durch die Parlamentsdebatte über die Ausnahmeverordnungen bestärkt worden, und zwar waren es vor allem die sogenannten freiheitlichen deutschen Parteien, die als unfehlbares Heilmittel wider den Sozialismus und die Sozialdemokratie ein Sozialistengesetz warm empfahlen.

So beschäftigte sich denn auch schon am 23. Mai 1884 ein Ministerrat unter Vorsitz des Grafen Taaffe mit der Frage der Einbringung eines Sozialistengesetzes; Taaffe tat dies vornehmlich darum, weil er gemerkt hatte, daß zweifellos im Abgeordnetenhaus von dieser oder jener Partei ein Antrag auf Aufhebung der Ausnahmeverordnungen würde gestellt werden. Es heißt auch klipp und klar in dem bezüglichen Protokoll des Ministerrates:

„Situation in bezug auf die Ausnahmeverfügungen. Frage der Einbringung eines Sozialistengesetzes:

Der Ministerpräsident bringt behufs der Überlegungsnahme seitens der Ministerkollegen zur Erwähnung die Situation in bezug auf die Ausnahmemaßregeln.

Es sei kein Zweifel, daß es unmöglich sein werde, die Ausnahmeverfügungen bis zum Herbst beziehungsweise bis zum Wiederzusammentritt des Reichsrates aufzuheben. Anderseits sei bestimmt zu erwarten, daß nach dem Wiederzusammentritt des Reichsrates beide Parteien einen Konkurrenzlauf unternehmen werden mit Anträgen, welche die Aufhebung der Ausnahmebestimmungen bezielen.

In Rücksicht auf diese Situation dürfte es entsprechend erscheinen, die Erlassung eines Sozialistengesetzes nach dem Muster des bezüglichen deutschen Gesetzes ins Auge zu fassen, und glaubt der Ministerpräsident, daß man trachten sollte, im Laufe des Sommers über diese Frage ins reine zu kommen, um dann eventuell nach der Wiedereröffnung der Session eine bezügliche Vorlage einbringen zu können. In diesem Falle könnte man dann gegenüber dem Drängen des Reichsrates erwidern, daß man bereit sei, die bestehenden Ausnahmeverfügungen aufzuheben, sobald das Sozialistengesetz bewilligt sein werde.

Bei einem Sozialistengesetz sei die Sache doch anders, da dabei speziell die sozialistischen Umtriebe in Betracht genommen werden. Diesen sei aber in der Tat nicht wirksam beizukommen, solange die freiheitlichen Institutionen auch für dieses Gebiet unbeschränkt bestehen, zumal man jetzt in den bezüglichen Kreisen recht kennengelernt habe, die Freiheiten zu Umtrieben auszubeuten.

Minister Freiherr v. Prazak (Leiter des Justizministeriums) erklärt, daß er vom Standpunkt des Justizressorts ein Sozialistengesetz nur für sehr erwünscht erachte und daß er zugleich Einleitungen zu bezüglichen Pourparlers mit dem Ministerium des Innern treffen wolle.

Die vorgebrachten Eröffnungen werden vom Ministerrat vorläufig zur Kenntnis genommen."

Einige Monate später, am 20. Jänner 1885, legte die Regierung in der Tat dem Parlament den Entwurf eines Sozialistengesetzes vor, das dem deutschen Gesetz nachgebildet war und das auch dessen drakonische Bestimmungen zum größten Teil übernahm. Wegen der Schließung der Session kam es jedoch erst in der nächsten Legislaturperiode zur parlamentarischen Behandlung.

Die Wirkung des Ausnahmezustandes im Zentrum des Reiches war vor allem die, die auch von der „Wahrheit" vorausgesagt worden war, daß zum großen Teil in der organisierten Arbeiterschaft Wiens die „geheime Organisation" sich neuerdings entfaltete und dadurch der Polizeibehörde immer neuen Anlaß bot, die Rettung des Staates zu betreiben. Nur ganz vereinzelt fanden im Laufe des Jahres öffentliche Versammlungen statt, soweit nämlich die — Polizei sie gestattete. So hatte der politische Verein „Wahrheit" eine Vereinsversammlung für den 28. Dezember 1884 einberufen mit der Tagesordnung „Die Stellung der Sozialdemokratie zu den verschiedenen Parteien und deren Presse". Zu dieser Versammlung hatte Genosse Wilhelm Liebknecht sein Erscheinen zugesagt, konnte aber infolge nachstehender Verfügung der Wiener Polizeidirektion hiezu nicht erscheinen:

„Über die Eingabe de präs. 21. Dezember 1884 wird Ihnen eröffnet, daß gegen die Abhaltung der für den 28. Dezember 1884 angezeigten öffentlichen Vereinsversammlung des politischen Vereines »Wahrheit« zwar ein Anstand nicht obwaltet, daß aber die persönliche Teilnahme des deutschen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Liebknecht, welchem im Sinne des Gesetzes vom 27. Juli 1871, R.-G.-Bl. 88, der Aufenthalt in Wien überhaupt nicht gestattet werden würde, an der beabsichtigten Versammlung unter Hinweis auf die Bestimmung des § 6, lit. a, des Gesetzes vom 5. Mai 1869, R.-G.-Bl. 66, nicht bewilligt werden kann.

Wien, am 25. Dezember 1884.

Krticka" (der damalige Wiener Polizeipräsident).

Das Sozialistengesetz warf eben schon seine Schatten voraus!

In allen Kreisen der Arbeiterschaft wußte man auch bereits, daß nunmehr der „gründliche Vernichtungsfeldzug" wider die Sozialdemokratie beginnen werde, wiewohl in aller Stille und Heimlichkeit alle behördlichen Vorarbeiten hiezu getroffen wurden; allerdings hatte, offenbar auf höheren Befehl, die offiziöse Presse ihre Präludien hiezu ertönen lassen, sichtlich sollte die ganze Öffentlichkeit für dieses Ereignis präpariert werden.

Anfang 1885 hatte die „Wahrheit" diese Bestrebungen gekennzeichnet und sich mit dieser Eventualität beschäftigt; in einem Artikel „Zum Sozialistengesetz" setzte das Blatt seine Anschauungen hierüber in treffender Weise auseinander. Es wurde darin gesagt:

„Unaufhaltsam rollt die österreichische Regierung auf der schiefen Ebene der Ausnahmegesetzgebung nach abwärts. Den Ausnahmeverfügungen über Wien und den angrenzenden Gerichtssprengeln folgt ein Ausnahmegesetz gegen Sozialisten und Anarchisten über ganz Österreich. Gegen die Anarchisten? Nein! Die Regierungsvorlage bezeigt uns, daß die scharfe Spitze gegen die zielbewußte Sozialdemokratie gewandt ist. Gegen den wirklichen Anarchismus bleiben derartige Maßnahmen vollständig wirkungslos, in Wirklichkeit zerstören sie nur die Organisationen der Massen. Alle Arbeitervereine, alle Versammlungen der Arbeiter und deren öffentliche Presse sind dem Verhängnis der gewaltsamen Zerstörung verfallen.

Und nicht unter dem frischen Eindruck irgendeines gewaltigen Ereignisses, das die Bevölkerung in Aufregung gebracht, wie dies in Deutsch-

land der Fall war, nein, in einem Moment, wo der angebliche Gegner, der Anarchismus, in Österreich seine Rolle so ziemlich ausgespielt, wo er die Fühlung mit den Massen stark eingebüßt und noch immer verliert, tritt es ins Leben. Der vereinzelten Ausschreitungen der verbrecherischen Anarchisten ist die Strafgesetzgebung noch immer Herr geworden, ebenso hat sie mit Leichtigkeit deren Geheimbündeleien und Verschwörungsspielereien bewältigt. Mit Leichtigkeit deshalb bewältigt, weil die Massen der österreichischen Arbeiter sich abgewandt haben von jenen Leuten, welche die idealen Bestrebungen des Proletariats in den Kot des Verbrechertums gezogen, aber nicht weil härtere Maßregeln gegen die extreme Richtung in Anwendung gebracht wurden. Nur so war es möglich, daß sie den ersten Streichen der Polizei erliegen mußten; daß sie erlegen, ist ein Zeichen der inneren Haltlosigkeit, der Schwäche und nicht ein Beweis für die Wirksamkeit von Unterdrückungsgesetzen.

Fanatiker, die Taten vollführen, die mit dem Rechtsbewußtsein des Volkes in Widerspruch geraten, müssen der Polizei erliegen. Warum also der Krieg gegen eine Sekte, die dahinsiecht? Den Sack schlägt man und den Esel meint man. Nach jener Seite kann die Kriegserklärung nicht ernst gemeint sein, wohl aber gegen uns, die Sozialdemokratie. Gegen die Sozialdemokratie Österreichs, die in jüngster Zeit die Werbetrommel rühriger und mit entsprechendem Erfolg handhabte, die einerseits emanzipiert von der blendenden Phrase, anderseits für die Verlockungen des Sirenengesanges von rechts her taube Ohren hatte, sollen die drakonischen Maßnahmen getroffen werden.

Die Sozialdemokratie, die die kapitalistische Korruption mit Unerschrockenheit bekämpfte, die aber auch den Herren vom »Vaterland«*) und Konsorten den Fehdehandschuh hingeworfen, wird mit solchen Maßnahmen bedacht. Der Fehdehandschuh ist aufgehoben und wir erhalten als Antwort das Arbeiterknebelungsgesetz.

Ja, ein Arbeiterknebelungsgesetz! Mit Gewalt soll sie verstummen, die Stimme der Enterbten der Gesellschaft; ihr schriller, disharmonierender Ton beleidigt das Ohr derjenigen, die die Früchte des Volksschweißes vor sich aufgespeichert haben.

Ist vordem schon, insbesondere unter dem Ministerium Auersperg, jede kräftige Regung des Proletariats niedergehalten worden, sucht das Kabinett Taaffe jenes noch zu übertrumpfen. Eine ganze Reihe von staatsbürgerlichen, durch die Verfassung garantierten Rechte soll für das Proletariat illusorisch gemacht werden, an deren Stelle die Pflicht des Schweigens tritt. Arbeiten, entbehren und schweigen, sei fortan ihr Geschick.

Was aber soll damit erzielt werden? Glaubt die Regierung, eine Bewegung, wie die der Arbeiterpartei ist, sei so mir und dir nichts aus der Welt zu schaffen? Hat sie an Deutschland, dem klassischen Lande des Sozialismus, nicht hinreichende Erfahrungen gemacht, die ihre Erwartungen diesbezüglich herabstimmen?

Dort, wo das Sozialistengesetz eine mächtige Partei getroffen, die vordem ein Jahrzehnt das freie Wort und die freie Organisation dazu benützt hat, die Massen aufzuklären und zu disziplinieren, konnte es nicht fehlen, daß die deutsche Arbeiterklasse zielbewußt, selbstbewußt dem Sozialistengesetz entgegentrat; sie fühlt sich stark genug, den Kampf mit ihren Gegnern auch auf dem Boden des Sozialistengesetzes aufzunehmen und die Tatsachen geben ihr recht.

*) Damals das Hauptorgan der österreichischen Klerikalen und des Hochadels.

»Nur zu, wir wollen sehen, wer es länger aushält«, rief einst Genosse Liebknecht bei Beratung der Verlängerung des Sozialistengesetzes. »Nur zu« erscholl das Echo von tausenden und abertausenden Genossen aus dem Reiche. Und das Fazit der mehr als sechsjährigen Wirksamkeit des deutschen Sozialistengesetzes: 700.000 sozialistische Stimmen bei der letzten Reichstagswahl und als ureigene Frucht dieses Gesetzes der Prozeß und die Ermordung des Polizeirates Rumpf.*)

Die deutschen Sozialisten waren mächtig genug, um dem Umsichgreifen anarchistischer Auswüchse im großen Stil Halt zu gebieten; sie haben nach links und nach rechts zielbewußt operiert und blieben nach beiden Richtungen Sieger.

In Österreich liegen die Sachen doch anders. Hier war der Arbeiterpartei nie Freiheit gegeben worden, sich zweckentsprechend zu organisieren und die Massen aufzuklären. Die bereits geschilderte systematische Unterdrückung jedes ernstlichen Versuches zur Organisation hat die ungeduldigen, wenig aufgeklärten und undisziplinierten Arbeiter zur Verzweiflung gebracht. Diese Verzweiflung ist es gewesen, welche in einzelnen exaltierten Köpfen die Propaganda der Tat zur Reife brachte. Daß die Verzweiflung nicht größere Kreise erfaßte, daß sie die Gesamtorganisation der Arbeiter nicht mit in den Strudel zog, ist zum Teil dem stark entwickelten Rechtsbewußtsein des Volkes, im erhöhten Maßstabe aber den unausgesetzten Warnungen der besonnenen, zielbewußten Sozialisten zuzuschreiben. Die erste Frucht dieser Knebelungsgesetze wird daher die sein, den Keim des Hasses und der Erbitterung nach allen Windrichtungen zu verpflanzen. Der im Aussterben begriffene Anarchismus, die Religion der Verzweiflung, wird festere Wurzeln denn je fassen. Die dermaßen hervorgerufene Verzweiflung treibt die Massen mit Macht dem Anarchismus in die Arme und die Propaganda der Tat wird zur ständigen Institution in Österreich erhoben.

Eines bezeichnenden Merkmales sei hier noch Erwähnung getan. Die wenigen klaren Anarchisten Österreichs haben sich seit Jahresfrist redlich Mühe gegeben, die öffentliche Arbeiterorganisation, deren öffentlich erscheinende Blätter dem Verfalle zuzuführen; sie gingen von der von ihrem Standpunkt richtigen Erkenntnis aus, daß erst nach Beseitigung

*) Bei der Enthüllung des Niederwalddenkmales am 28. September 1883 war ein Dynamitanschlag auf die bei der Feier anwesenden Fürstlichkeiten geplant gewesen, das nur dadurch vereitelt wurde, daß die Zündschnüre naß geworden waren. Nach langwierigen Untersuchungen wurde im Dezember 1884 den an dem Attentate beteiligten Anarchisten Reinsdorf und Genossen der Prozeß gemacht. Reinsdorf und Küchler, die Hauptangeklagten, wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet; ein dritter an dem Anschlag beteiligter Anarchist Rupsch, dessen Geständnis zur Aufdeckung des Attentatsplanes geführt hatte, wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Wenige Tage später, am 13. Jänner 1885, wurde in Frankfurt am Main der Polizeirat Rumpf ermordet, der bei der polizeilichen Ermittlung des Attentatsplanes tätig war. Die näheren Umstände dieser Tat wiesen gleichfalls auf die anarchistische Fährte. Am 1. Juli 1885 wurde der Schuhmachergehilfe Lieske als Täter vom Schwurgericht Frankfurt auf Grund eines Indizienbeweises, der von einem Teile der Presse nicht als zwingend erachtet wurde, zum Tode verurteilt und justifiziert. Lieske hatte die Tat hartnäckig in Abrede gestellt. Die reaktionäre Presse Deutschlands hatte für die anarchistischen „Taten" die Sozialdemokratie verantwortlich gemacht und gegen die Partei ein förmliches Kesseltreiben veranstaltet.

der öffentlichen Propaganda der Weizen ihrer Taktik in die Halme schießen kann. Also auf der einen Seite die Unterminierung des Fundamentes der Öffentlichkeit durch den Terrorismus von links her, von der anderen die gewaltsame Niederdrückung durch den Machtspruch der Regierung.

Wir werden uns aber durch alles dieses nicht beirren lassen. Wir lassen uns ebensowenig provozieren als einschüchtern; wir bleiben nach wie vor unserem Programm getreu — dem Programm der Sozialdemokratie.

Wir wissen, daß unserer Sache die Zukunft gehört und daß vorübergehende Anfechtungen den endgültigen Sieg nicht hindern werden. Ministerien kommen und gehen, das Proletariat aber blüht und wächst, solange die gegenwärtige Produktionsweise besteht; die Sozialdemokratie ist unzerstörbar; dieses Bewußtsein gibt uns auch die nötige Kraft, den vorübergehenden Anfechtungen mit männlichem Mute zu begegnen.

Welche Form aber die Arbeiterbewegung annehmen wird, das hängt nicht von uns ab, sondern von der Taktik der Gegner. Wie sich die Dinge entwickeln werden, wenn jede Regung der Arbeiterklasse der Polizeiwillkür überantwortet wird, ist leicht vorauszusehen. Die Verantwortung hiefür aber fällt auf die Häupter derjenigen, welche das neue Gesetz beschließen werden!"

Aber das Verhängnis schritt schnell! Schon die nächste Nummer der „Wahrheit" (Nr. 4 vom 20. Februar 1885) sollte die letzte des Organs der Wiener „Gemäßigten" sein! Die Staatsanwaltschaft hatte den vorstehenden, sichtlich sehr „zahmen" Aufsatz konfisziert und in ihrer Allmacht die Veranstaltung einer zweiten Auflage nicht gestattet. Angesichts dieser Haltung der Behörden — der Staatsanwalt hatte ja zweifellos in Übereinstimmung und über Auftrag der Regierung gehandelt — sah sich die „Wahrheit" genötigt, ihr Erscheinen vollständig einzustellen! Sie motivierte dies in folgenden Zeilen:

„Würden wir es lediglich mit einer einmaligen Konfiskation zu tun haben, so wäre der Sache leicht abzuhelfen, indem wir durch Veranstaltung einer Beilage die Leser nach Möglichkeit zu entschädigen bestrebt sein würden; allein soweit wir die Handhabung des Preßgesetzes aus früheren Perioden aus Erfahrung hinreichend kennen, glauben wir berechtigt zu sein, mit Sicherheit anzunehmen, daß bei Besprechung der Vorlage zum Sozialistengesetz in der durch unsere Parteistellung vorgezeichneten Richtung die Beschlagnahme einer jedesmal erscheinenden Nummer unseres Blattes auf dem Fuße folgen würde. Wir sind aber nicht gewillt, bei Besprechung dieser für unsere Partei als Lebensfrage geltenden Vorlage unseren tatsächlichen Standpunkt derart abzuschwächen, als es der Anschauung der Preßbehörde entspricht. Darüber in einer der Staatsanwaltschaft genehmen Weise zu schreiben, hieße unsere Bestrebungen mit Füßen treten, und nimmermehr soll man uns das mit recht nachsagen können.

Beharren wir aber anderseits, getreu unserer Anschauung, in der Besprechung der fraglichen Regierungsvorlage, so würden wir einzig und allein für eine k. k. Papierstampfe schreiben, und dazu fühlen wir selbstredend verdammt wenig Lust. Diese Gründe nötigen uns, das Erscheinen unseres Blattes mit dieser Nummer einzustellen. Nicht leichtfertig haben wir diesen Schritt unternommen, sondern im Gegenteil legen wir mit schwerem Herzen die Feder

weg, deren selbstgewählter und freudig vollführter Beruf es gewesen, die Interessen des arbeitenden Volkes zu verfechten. Schwer scheiden wir von den uns so lieb gewordenen Mitarbeitern als auch von den Lesern, aber das ehrliche Bewußtsein gebietet diesen Schritt.

* * *

Als Ersatz für die »Wahrheit« empfehlen wir unseren Lesern unser Bruderorgan, den »Volksfreund«, in Brünn. Vielleicht, und das wünschen wir sogar, sind die Herausgeber dieses Organs im Bestehen dieses Straußes glücklicher; vielleicht kommt ihnen der minder heiße Kampfboden in Brünn zustatten, um das Banner, das momentan einzurollen wir hier genötigt waren, nach wie vor lustig flattern zu lassen.

Auf alle Fälle sollen aber die kommenden Ereignisse auch uns nicht ungewappnet finden, und in dem Moment, wo nur Ellbogenraum zur Entfaltung der Kräfte geboten sein wird, sollen uns die Genossen am Platze finden. In diesem Sinne: Auf Wiedersehen!"

Ergreifend war der letzte Artikel des Blattes, betitelt „Abschiedsgedanken", ein Abriß der Geschichte der Kämpfe und Leiden des Sozialismus in Österreich. Es hieß darin:

„... Drakonische Maßnahmen gegen das Wirken des Sozialismus stehen in Aussicht, deren Zweck die vollständige Vernichtung sein soll. Der Lebensfaden der jungen hoffnungsvollen Partei soll gewaltsam durchschnitten werden. Ob es gelingen wird? Lassen wir der Vergangenheit darauf die Antwort erteilen. Sehen wir dabei ab von den ersten Jahren der Bewegung, beginnen wir bei jenen, in den Rahmen dieser Besprechung passenden Begebnissen, von jener Zeit an, wo eine klare, ruhige und selbstbewußte, von den Schlacken der Illusion geeinigte Bewegung der Arbeiter vorhanden war, streichen wir auch hier noch einige Jahre und beginnen wir mit dem Arbeitertag von Wiener-Neustadt 1876. Bei dieser bedeutsamen Zusammenkunft waren die Vertreter der Arbeiter Österreichs zum erstenmal gewillt, mit ihrer Organisation und Agitation sich auf legalen Boden zu stellen, das daselbst in Form einer Resolution angenommene Parteiprogramm*) brachte diese Ansicht prägnant zum Ausdruck.

Was war die Folge? Das Verbot dieses zahmsten aller Programme, die von der Partei ausgegangen, als staatsgefährlich. Und die weitere Folge dieses Verbotes? Eine erhebliche Schwenkung der Parteirichtung nach links, der sich selbst der Verfasser dieses Programms nicht verschließen konnte. Die damals in Wiener-Neustadt erschienene »Gleichheit« wurde unter neun erschienenen Nummern achtmal konfisziert, in den Provinzen wurden Versammlungen mit den harmlosesten Tagesordnungen verboten; der Bogen war so stramm als möglich gespannt und dennoch oder besser trotzdem nahm die Bewegung zu. Als in Wien das Organ „Sozialist" bestand, verschärften sich die Verfolgungen der Partei, wurden wuchtige Schläge gegen das Organ geführt; in Kürze folgten zwei Preßprozesse, von denen der eine mit der Verurteilung des damaligen Redakteurs Johann Schwarzinger zu einem Jahre schweren Kerker und 500 Gulden Kautionsverlust, der zweite mit der des Redakteurs Leißner zu zwei Monaten Arrest endete. Die Folge? Eine abermalige, weit intensivere Verschiebung nach links. Um dem Zeitungsstempel und der Kaution auszuweichen, da ersterer bei

*) Siehe Band II, Seite 292 u. ff.

den häufigen Konfiskationen, letztere bei Preßprozessen enorme Summen der so sauer aufgebrachten Arbeitergelder beanspruchten, folgte die Gründung zweier vierzehntägiger Blätter, des »Proletarier« und der »Freiheit«. Kurz war die Lebensdauer dieser beiden Kämpen, durch Machtspruch erfolgte die behördliche Einstellung. Kurzum alles, was die Genossen jener Zeit versucht haben, um den legalen Boden zur Propagierung ihrer Ideen zu benützen, erwies sich als unnütz, von einer Position zur anderen und von dieser wiederum verdrängt, war es den maßvoll auftretenden Elementen unmöglich gemacht, der sich immer steigernden Erbitterung entgegenzustellen.

Sie räumten das Feld und die leitende Rolle fiel naturgemäß jenen Elementen zu, deren Wirken in den letzten Jahren hinlänglich offenkundig geworden ist. Sollen wir die Ereignisse noch näher beleuchten? Fast scheint es überflüssig, sind doch die jüngsten Begebenheiten noch in aller Erinnerung; ist doch die pessimistische, an dem Wollen der Machthaber verzweifelnde Ansicht sogar an einer Stätte wie das Abgeordnetenhaus gelegentlich der Gewerbeenquete vom Frühjahr 1883 zum Ausdruck gelangt, indem dort ein Redner aus jenem Lager sagte: »Die seitens des Parlaments geplanten Sozialreformen wären recht schön, nur hätten sie den einen Fehler, daß sie um zehn Jahre zu spät kämen.«

Und nicht nur in Wien, auch in der Provinz bemerken wir nach gleichen Ursachen die gleichen Wirkungen. Auch dort ist dem Verdrängen aus dem Wege der legalen, auf die Öffentlichkeit berechneten Agitation die intensive Linksschwenkung mit all den Schattenseiten für die Arbeiterbewegung schädlicher Auswüchse zum Teil erfolgt. Nirgends zeigt sich das schärfer als gerade in der nordböhmischen Bewegung, die vordem als Muster einer zielbewußten und ruhigen für ganz Österreich galt. Im Jahre 1882 fand in Prag ein Monsterprozeß gegen die nordböhmischen Genossen statt, in welchem den Angeklagten zur Last gelegt wurde, daß sie Geheimbündelei getrieben, und galt deren Organ, das musterhaft redigierte, in maßvoller Sprache geschriebene Blatt „Der Arbeiterfreund" als Mittelpunkt dieser Organisation. Das Blatt wurde auch behördlich unterdrückt. Das Motto des »Arbeiterfreundes« lautete: »Die Menschen sollen nicht Herren und Knechte sein, denn alle sind zur Freiheit geboren.« Und die Folge dieses Unterdrückungssystems?

Noch beim Brünner Arbeitertag war die Mehrheit der dortigen Genossen, wie ihr Vertreter berichtete, der sozialdemokratischen Richtung treu geblieben, aber nur zu bald wurden die Gemüter eines großen Teiles von Erbitterung ergriffen und dadurch den Einflüsterungen der extremen Richtung mit Leichtigkeit zugänglich. Ehren-Peukert fand günstigen Boden und prägnanter Ausdruck des Umschwunges ist die Gründung des Blattes »Der Radikale«. Schon das Motto dieses Blattes: »Auge um Auge, Zahn um Zahn« zeigt die vollzogene Schwenkung.

Bedarf es noch mehr der Beispiele? So sei des letzten, aber wahrlich nicht des geringsten Beweises Erwähnung getan: der Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien. Auch diese Maßregel hat die versprochene Wirkung verfehlt. So zieht es sich wie ein roter Faden durch die ganze Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung. Zoll für Zoll wurde ihr der Boden zur Entfaltung ihrer Kräfte im Rahmen der Legalität unter den Füßen entzogen; Schritt für Schritt vollzieht sich die so oft benannte Schwenkung. Die Arbeiterbewegung kann nicht durch Gewaltmaßregeln aus der Welt geschafft werden, sie ist das Produkt der heutigen Klassengegensätze. Die Form ihrer Organisation und Agitation

aber hängt lediglich von der Taktik der ihr entgegenstrebenden Elemente ab; ließen diese freien Spielraum zur Entfaltung ihrer Kräfte, so würde die legale Form als die natürliche betrachtet, ist dieser Weg verrammelt, so wird sich die Taktik der Arbeiterbewegung nach der der Gegner umändern. Diese Erscheinung zeigt sich überall, muß sich auch zeigen.

Wir halten es für unsere Pflicht, beim gezwungenen Scheiden dieses reflektierende Bild der Vergangenheit zu zeigen; ob aber die machthabende Körperschaft im Besitz der nötigen Objektivität ist, um hievon den auch im eigenen Interesse gebotenen Gebrauch zu machen, wird die Zukunft lehren. Wenn nicht — so nicht! Dann aber möge man auch die Folgen vor dem Forum der Weltgeschichte verantworten.

Und braust dann der eisige Hauch aus dem Norden über die Gefilde unseres schönen Vaterlandes, so wird er so manches zarte Bäumchen knicken, aber den mit kräftigen Wurzeln tief auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung verzweigten Stamm der wirklichen Sozialdemokratie vermag er vielleicht vorübergehend zu beugen, aber nie und nimmer zu entwurzeln."

In einem anderen Artikel, betitelt „Die Zukunft der Sozialdemokratie", werden die folgenden Schlußbetrachtungen prinzipieller Natur angestellt, Voraussagen, die eintrafen:

„Die Offiziösen arbeiten mit Leibeskräften. Fast gleichzeitig mit dem Entwurf des Sozialistengesetzes erschien ein Büchlein, das, wenn auch in anderer Manier, denselben Zweck wie das Knebelungsdiktat verfolgt. Das Buch heißt »Die Aussichtslosigkeit der Sozialdemokratie«*) und hat Ex-Exzellenz Schäffle zum Verfasser. »Tod dem Sozialismus« ist, gleich seinem aktiven Kollegen, auch die Devise des Ministers a. D. Nur will der letztere sein Ziel nicht durch Anwendung des Maulkorbes, sondern durch polemische Keulenschläge erreichen. Freilich geht manchmal der Schlag fehl und trifft die lieben Freunde. Doch das kann uns nur freuen und wir lachen mit Schäffle über »die das erlaubte Maß überschreitende Unwissenheit der Diplomatie und Polizei über den Sinn des Sozialismus und über die Mittel seiner Bekämpfung«....

Klar und deutlich liegt die Zukunft der Sozialdemokratie vor uns. Immer mehr wird sich die Macht ihrer überzeugenden Kraft Bahn brechen und die weitesten Schichten ergreifen. In jeder Hütte, wo Frau Not mit dürrem Finger anpocht, wird der sozialistische Gedanke dem Proletarier Trost und Hoffnung auf bessere Zukunft verleihen. In den Herzen von Tausenden abgequälter Fabrikarbeiter, die sich in der Sklaverei mühseliger, freudloser Arbeit von morgens bis tief in die Nacht abnützen, um sich nur die äußerste Lebensnotdurft zu schaffen, wird der Sozialismus den Klassengeist, das Standesinteresse erwecken.

Mögen die Herren am grünen Holze nur über ihre großen Reformen beraten! Mögen sie Krankenkassengesetze erlassen, welche das gegenwärtige Kassenwesen nur verschlimmern, mögen sie Normalarbeitstage von der unendlichsten Ausdehnung festsetzen, mögen sie Arbeitsbücher einführen, die Arbeiter besteuern und die Kinder von der Schule in die Fabrik jagen, mögen sie sich auch noch so arbeiterfreundlich gebärden, sie werden die Ausbreitung des Sozialismus nimmer zu hindern vermögen.

Die offenen Gesellschaftswunden deckt man nicht mit Reformpflästerchen. Der hervorquillende Blutstrom reißt dieselben hinweg. Da

*) Eine sehr wirkungsvolle Gegenschrift, betitelt „Die Einsichtslosigkeit des Herrn Schäffle", entstammt der Feder des damals jungen — Hermann Bahr'.

hilft nur eine Radikalkur. Unter der Herrschaft des Privatkapitals wird der soziale Friede niemals erreicht.

Der Kapitalismus hat eine Welt geschaffen, in welcher der kranke Arbeiter unterstützt wird und der gesunde betteln muß, wenn nicht Arbeit vorhanden ist; eine Welt, in der, wenn die Magazine mit Produkten am meisten überfüllt sind, die Erzeuger hungern und frieren müssen, in der die Unternehmer über Mangel an Absatz klagen, indes sie selbst Tausenden die Arbeit und damit den Erwerb vorenthalten; der Kapitalismus hat eine Welt geschaffen, in der das Einkommen von einigen tausend Personen das Einkommen des ganzen Volkes übersteigt. Es ist eine Welt der Widersprüche, der Ungleichheit und der Ungerechtigkeit, in der wir leben. Aus ihr geht der Sozialismus mit derselben Notwendigkeit hervor, wie ein Druck den Gegendruck erzeugt.

Der Sozialismus bedarf zu seinem Siege der Majorität des Volkes; er wird dieselbe erlangen in nicht allzu ferner Zeit. Für die allmähliche Entwicklung, damit der Sprung aus dem individualistischen Lager weniger unvermittelt geschähe, sorgen schon die anderen Parteien. Dabei führen diese der Sozialdemokratie auch eifrige Anhänger zu. Die Staatsleute, die Presse, Rothschild und Konsorten, alle sind unbewußte Agenten des Sozialismus.

Das Sozialistengesetz vermag uns keine Furcht einzuflößen. Nur zu, wir wollen sehen, wer eher müde ist. Auch das Gefängnis wird sich unfähig zeigen, den Sozialismus zu widerlegen. Durch solches Vorgehen kann nur jene Ähnlichkeit noch mehr hervorgehoben werden, die Eötvös zwischen Sozialismus und Christentum entdeckt hat, es werden Märtyrer geschaffen werden. Mögen die österreichischen Volksbeglücker nur das geschriebene und gesprochene Wort verfolgen und unterdrücken. Der Gedanke bleibt doch frei und wird siegen.

Zum letztenmal sprechen wir heute zu den Lesern der „Wahrheit". Allein die sozialistische Presse ist nicht gestorben, sie wird einst wieder auferstehen. Wir nehmen nicht besser Abschied als mit den Worten unseres Dichters Freiligrath:

»Nun Ade, doch nicht für immer Ade!
Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',
Bald kehr' ich reisiger wieder!«

Die Bahn für die Reaktion war frei geworden! Die Wiener Arbeiterschaft und der Sozialismus in Wien verfügten über keine Presse mehr! Es wurde Nacht, wo der Ausnahmezustand und das Sozialistengesetz waltete! So wie die sozialistische Presse vor der Gewalt versank, verschwanden die proletarischen Organisationen; sollte damit auch der große Gedanke des Sozialismus ersterben? Die Regierung des Grafen Taaffe und alle Dunkelmänner in Österreich vermeinten es, wollten sie ja seine Vernichtung, seinen Tod!

Und doch erwachte er wieder zu neuem Leben, zu neuem Blühen! ...

Sehr bemerkenswert sind die Berichte der Wiener Polizei über die Tage, da der Ausnahmezustand in Wirksamkeit trat, die deutlich den stolzen Jubel in sich tragen über den Sieg über den Sozialismus. So heißt es in einer Übersicht über das Jahr 1884:

„Eine nachhaltige Wirkung auf den Stand der anarchistischen (in den Polizeiberichten, wie in den parlamentarischen Vorlesungen wird geflissentlich der Ausdruck »anarchistisch« gebraucht! Anmerkung des Ver-

fassers.) Bewegung in Österreich übte die Ausführung der Ausnahmeverordnung. Sowohl durch die Ausweisung der gefährlichsten Stimmführer der Partei als auch durch die Auflösung beziehungsweise durch die Einstellung der Tätigkeit der bedenklichsten Vereine und weiters auch durch die Suspendierung der Parteiblätter »Zukunft« und »Dělnické Listy« wurde die Organisation der Partei in Wien und ihre Verbindung mit den Genossen im In- und Ausland so ziemlich vollständig zerstört. Viele der Ausgewiesenen wendeten sich allerdings nach Ungarn und setzten dort vereint mit den Budapester Führern Prager und Koditek ihre verbrecherische Propaganda fort. Von Budapest erging ein Aufruf zur Sammlung von Unterstützungsgeldern für die Ausgewiesenen, am 15. Februar 1884 erscheint daselbst wieder die »Zukunft« unter der Redaktion des Matthias Ruß, und von Budapest aus wird unter den österreichischen Genossen ein an den Herrn Ministerpräsidenten gerichtetes Pamphlet verbreitet.

In einem zuerst am 18. Februar 1884 verbreiteten Flugblatt wird den Genossen die Anwendung von Dynamit, Gift, Dolch und Strick zur Verübung von Racheakten empfohlen.

Der von Prager redigierte »Radikale« bringt wutschnaubende Artikel über angebliche Gewaltakte gegen die Genossen und in einer tschechischen Brandschrift unter dem Titel »Pomsta« wird zur offenen Rebellion aufgefordert.

Bald jedoch wurde dem gefährlichen Treiben dieser zu allen Übeltaten geneigten Rotten in Budapest dadurch ein Ende bereitet, daß die bedenklichsten und tätigsten österreichischen und sogar die in Budapest nicht zuständigen ungarischen Genossen abgeschafft, beziehungsweise abgeschoben wurden und daß die Erhebungen in der Untersuchung gegen Kammerer und Stellmacher auch zur Verhaftung des vorerwähnten Armin Prager und mehrerer Genossen führten ..."

„Die meisten in Wien und Budapest ausgewiesenen Anarchisten sowie die am 22. März 1884 aus der Schweiz abgeschafften Freunde des Stellmacher, nämlich Kennel, Schultze, Falk und Lissa, lassen sich teilweise in Paris, teilweise in London, teilweise in Amerika nieder, und lassen das Bestreben erkennen, von ihren neuen Wohnorten aus eine um so erhöhtere propagandistische Tätigkeit gegen Österreich zu beginnen.

Am 13. März 1884 tauchte ein neues Flugblatt auf mit der Überschrift: »An die Anarchisten Wiens«, in welchem angedroht wurde, daß an demselben Tage »eine Tat« vollbracht werden wird. Die öffentliche Ruhe und Ordnung wurde jedoch nicht gestört. Nichtsdestoweniger wurde, wenn auch in einem beschränkten Kreise von Parteigenossen, wieder einige Rührigkeit bemerkt.

Der bekannte Maschinenschlosser Leo Walecka, welcher am 7. Jänner (1884) eine ihm wegen Hochverrats und anderer Delikte zuerkannte vierjährige schwere Kerkerstrafe verbüßt hatte und in seine Heimatsgemeinde Wien zurückgekehrt war, bemühte sich wieder, eine Organisation herzustellen.

Wenn es auch gelungen war, abermals eine inzendiarische Proklamation mit der Aufschrift: »Arbeiter, Brüder!« im Mai laufenden Jahres in Zirkulation zu setzen, wurde doch auch bald der Tätigkeit dieses Kreises durch die Verhaftung der bedenklichsten Teilnehmer, und zwar in dem Momente ein Ziel gesetzt, als der Drechsler Adolf Hannich schon alle Vorbereitungen zur Verübung eines neuen Verbrechens mittels einer bei ihm vorgefundenen Bombe, einer Schießwaffe sowie mit vergifteten Stichwaffen getroffen hatte.

Derselbe wurde in der Hauptverhandlung am 11. Juli 1884 zu einer zehnjährigen schweren Kerkerstrafe verurteilt, während dem Schneider Kirchmayer, der an der Spitze der Druckschriftenpropaganda stand, am folgenden Tage eine zweijährige Kerkerstrafe auferlegt wurde.

Infolge dieser Verhaftungen hielt es der mit aller Vorsicht und Schlauheit im geheimen operierende Leo Walecka*) nicht ohne Grund für angezeigt, den Schauplatz seiner Tätigkeit zu verlassen und sich in die sichere Schweiz zu begeben.

Wenn nun auch zurzeit in Wien und in den Provinzen Ruhe wahrnehmbar ist, so kann diese in vielfacher Richtung doch nur als eine äußerliche bezeichnet werden. Abgesehen von dem Umstand, daß noch immer einzelne junge fanatisierte Mitglieder der ehemaligen Peukertschen Garde das Bestreben nach Wiederherstellung der früheren Organisation äußern, lassen die durch die Emanationen der internationalen Revolutionspresse bestätigten Informationen mit Bestimmtheit erkennen, daß auch nunmehr an den wichtigsten Etappen des Auslandes die revolutionäre Propaganda mit allem Eifer gegen Österreich gerichtet wird."

Der Polizeibericht zitiert dann eine Reihe von Stellen aus dem Londoner „Rebell", der Neuyorker „Freiheit" und der Chicagoer tschechischen Zeitschrift „Boudoucnost".

Unter anderem wird eine Stelle der „Freiheit" angeführt, worin das genannte Blatt (Nr. 25 vom 21. Juni 1884) die erfolgte Verurteilung Stellmachers zum Tode, das Martyrium desselben feierte und zur Vergeltung aufforderte. Die Polizei fügt hinzu, daß auch tatsächlich die abenteuerlichsten Pläne in anarchistischen Kreisen diskutiert wurden, wie man die bevorstehende Hinrichtung Stellmachers beantworten soue.

---

*) Wie die Polizei gegen Walecka in der „sicheren" Schweiz vorging, schilderte Abgeordneter Pernerstorfer in der Budgetdebatte im März 1886. Walecka hatte in Uzwyl eine Stellung gefunden. Als das österreichische Konsulat ihm seinen Paß sandte, erhielt der Arbeitgeber Waleckas das folgende auf amtlichem Papier geschriebene Stück:

„Herrn Adolf Bühler, Uzwyl. Anbei beehre ich mich, den soeben von der Polizeidirektion in Wien eingelangten Reisepaß des in ihrer Maschinenwerkstätte in Verwendung stehenden Mechanikers Leo Walecka aus Wien mit dem freundlichen Ersuchen zu übermitteln, denselben vor der Ausfolgung auf der zweiten Seite mit der eigenhändigen Unterschrift des Genannten versehen zu lassen und ihm bedeuten zu wollen, daß, da sein Vater in Wien nur für das laufende Jahr die Militärtaxe entrichtet hat, ihm seinerzeit nur gegen Vorausbezahlung der gleichen Taxe der Paß auf ein weiteres Jahr hieramts verlängert werden kann.

Zugleich teile ich Ihnen im Vertrauen mit, daß laut Note der k. k. Polizeidirektion in Wien vom 2. Juli d. J., Z. 3964, Pr. 1172 C. J. A., Leo Walecka in Wien in sozialistischer Richtung eine hervorragende Rolle gespielt und wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung und Aufwiegelung eine vierjährige, am 7. Jänner d. J. erst abgelaufene schwere Kerkerstrafe verbüßt hat.

Mein freundliches Ersuchen ginge demnach dahin, diesen Arbeiter in dieser Richtung, soweit dies eben tunlich ist, im Auge behalten und mir bei etwaigen neueren Agitationen desselben von seinem Verhalten gefälligst Kunde geben, wie auch seinen eventuellen Austritt aus Ihren Diensten mir gütigst mit ein paar Worten anzeigen zu wollen. St. Gallen, den 7. Juli 1884. Hochachtungsvoll Der k. u. k. Konsul Hermann Schlatter."

Über die „Gemäßigten" äußert sich die polizeiliche Übersicht:

„Die Partei der Gemäßigten, welche bis zum Erlaß der Ausnahmeverordnungen von der anarchistischen Partei sogar mit Gewalttaten gegen einzelne Anhänger, wie dies in Brünn geschah, verfolgt wurde, beklagte zwar in ihren Parteiblättern die durch das Ausnahmegesetz erfolgten Zwangsmaßregeln, nahm jedoch mit rühmenswerter Entschiedenheit Stellung gegen die von den Anarchisten verübten Greueltaten und gegen die Verirrungen der einzelnen, von gewissenlosen Hetzern und Verführern fanatisierten Arbeiter."

Bemerkenswert sind die polizeilichen Berichte über die Verhandlungen, welche die österreichischen Genossen mit den deutschen führten. Hierüber wird mitgeteilt:

„Nachdem infolge des Ausnahmezustandes die leidenschaftlichsten Gegner der Gemäßigten aus Wien entfernt wurden, benützten die Führer der letzteren diesen Zeitpunkt, um einerseits einen frischen Lebenszug in ihre Agitation zu bringen und anderseits ihr Verhältnis zur sozialistischen Partei in Deutschland womöglich noch inniger zu gestalten. Vorerst war das Bestreben auf das Zustandekommen der schon längst geplanten Konferenz der deutschen und österreichischen Stimmführer gerichtet. Dieselbe fand dem Vernehmen nach am 6. Juni 1884 in Salzburg in einer Restauration am Kapuzinerberg statt, und es sollen an derselben Bebel, Liebknecht, Grillenberger, namens der österreichischen Parteigenossen Bardorf aus Wien und Dundela aus Brünn, und als gemeinschaftlicher Vertrauensmann Karl Kautsky teilgenommen haben. Die Diskussion bezog sich hauptsächlich auf die Zerfahrenheit der österreichischen Partei und auf die Mittel zur Abhilfe. Hierauf folgte die Beratung, in welcher Weise der anarchistischen Gegenpartei ein kräftiger Widerstand geleistet und der deutschen Sozialistenpartei ein starker Rückhalt geboten werden könnte.

Kaller-Reinthal ließ sich nach langem Widerstreben bestimmen, die Führung wieder zu übernehmen.

Zu diesem Behufe stellte er für den Monat August 1884 seine Übersiedlung nach Brünn in Aussicht, von wo aus nunmehr die Agitation auf gesetzlichem Wege in weitere Kreise getragen werden soll.

Im Namen der deutschen Parteifraktion wurden Unterstützungsbeträge von 1200 Mark zugesagt und überdies die Beteiligung der Führer an Versammlungen, welche nunmehr die Gemäßigten zum Zweck der Agitation einzuberufen hätten, in Aussicht gestellt.

Die Gemäßigten wurden auch mit freudiger Genugtuung durch die Nachricht erfüllt, daß in Paris die dort domizilierenden Genossen aus Österreich einen österreichisch-ungarischen Arbeiterverein gegründet haben, der sich zum Programm des Brünner Arbeitertages bekannt und diesen Tendenzen entsprechend die Genossen in Österreich-Ungarn im Kampfe gegen die Anarchisten in Wort und Tat kräftigst zu unterstützen die Zusage gemacht hat.

Voller Hoffnungen sieht nun diese Fraktion der Zukunft entgegen und es hat tatsächlich den Anschein, daß der Kreis der Genossen sich erweitert habe. Hiefür spricht auch der äußerliche Umstand, daß das am 6. Juli laufenden Jahres durch die Partei am Galitzinberg nächst Wien veranstaltete Waldfest eine äußerst zahlreiche Beteiligung fand.

Wenn nun auch die gemäßigte Partei, vom Programm des Brünner Arbeitertages ausgehend, wiederholt das Festhalten des gesetzlichen Weges betont hat, und den gewaltsamen Umsturz der Gesellschaft perhorresziert,

so verdient doch auch diese Fraktion eine aufmerksame Beobachtung, und zwar schon im Hinblick auf die erfolgte Annäherung an die sozialistische Partei Deutschlands, deren Parteiorgan „Sozialdemokrat" und deren Führer, wie insbesondere der einflußreichste Vollmar, wiederholt erklärt haben, daß sie durchaus auf dem Boden der Revolution stehen."

Das war für die Wiener Polizei wohl hinreichend, um auch den „Gemäßigten" ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden, wie dies ja auch in der Folgezeit weidlich geschah. Gerade die „Gemäßigten" wurden später der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit der Polizeibehörden, wie diese doch die eigentlichen „Staatsfeinde" in Österreich und im Deutschen Reich wurden! Mit den Anarchisten wurden die Regierenden früher fertig wie mit den einst blutig verhöhnten „Wassersuppensozialisten".

Sofort nach der Einbringung des Sozialistengesetzes im Reichsrat hatten die führenden Männer der österreichischen Sozialdemokratie alles vorgekehrt, um im Falle der Gesetzwerdung der Vorlage die schwersten Nachteile von der Partei und den einzelnen Organisationen abzuwenden, zumal ja das Bestreben der Behörden sicherlich vor allem darauf gerichtet war, sogleich nach Inkrafttreten des Gesetzes alle Verbindungen und Institutionen der Partei zu zerstören und sich der vorhandenen Geldmittel zu bemächtigen.

Es schien den Parteigenossen am zweckmäßigsten, die Organisationen und vor allem die gewerkschaftlichen selbst zu suspendieren, um für ihre Angehörigen wenigstens die materiellen Mittel zu sichern.

Am 2. Februar 1885 erklärten die „Union der Metallarbeiter", am 15. Februar 1885 die „Freie Genossenschaft der Buchbinder und Futteralmacher", am 22. Februar 1885 der „Gewerkschaftsverein der Sattler, Riemer und Taschner" und am 23. Februar 1885 die Krankenkasse des „Gewerkschaftsvereines der Maurer und Steinmetzen", am 2. März 1885 der „Verein der Buchbinder, Rastrierer, Ledergalanterie- und Kartonnagearbeiter" und am 15. März 1885 der „Fachverein der Meerschaum- und Massabildhauer" freiwillig ihre Auflösung.

Das Parteiorgan „Wahrheit" kündigte, wie schon mitgeteilt, in der Nummer 4 vom 20. Februar 1885 an, daß das Blatt nicht mehr erscheinen werde.

In den Versammlungen, in welchen die Vereinsauflösungen beschlossen wurden, ließen sich einzelne Wortführer vernehmen, daß nunmehr eine feste Organisation geschaffen werden müsse, durch welche die Arbeiterschaft von dem Joche des Kapitals befreit werden könnte.

Auch der radikale Gewerbeverein der Schneider beschloß am 9. März 1885 die Sistierung seiner Tätigkeit auf drei Jahre ...

Die Wiener organisierte Arbeiterschaft hatte zuerst den Schlag empfunden, der später das gesamte Proletariat Österreichs in seiner vollen Wucht und Schwere treffen sollte.

Man hat — vornehmlich waren es die leidenschaftlichen Anhänger der radikalen Fraktion — gegen die damaligen führenden Personen in der Partei den Vorwurf erhoben, sie hätten ohne zwingende Gründe die Auflösung oder Sistierung der Organisationen vornehmen lassen; aus Feig-

heit, sagten sie. Man hätte den Kampf gegen die Staatsgewalt mit allen Mitteln führen müssen. Die Folgezeit aber zeigte deutlich, daß ihr Vorgehen ein für die Partei durchaus ersprießliches war. Man bewahrte so wenigstens die Geldmittel der Vereinigungen vor den Zugriffen der Behörden, und schließlich blieben trotz der beschlossenen Auflösung und Sistierung der Organisationen deren leitende Personen in steter Fühlung miteinander. Es bestand wohl keine feste Geheimorganisation formeller Art, aber es bestanden innige persönliche Beziehungen zwischen den einzelnen gesinnungstreuen Männern, die in der langen Zeit des Ausnahmezustandes und des Sozialistengesetzes niemals erkalteten. Es war vielmehr zu beobachten, wie die schweren Unterdrückungen, die die Arbeiterschaft zu erdulden hatte, und vornehmlich die „Führer", die einzelnen stählten und sie in ihrem Parteiempfinden immer mehr bestärkten. Die Verfolgten und Gehetzten beseelte jenes Empfinden, wie es stets die erfüllt, die um einer gerechten und hehren Sache willen leiden. Ein jeder nahm unbedenklich die Last stiller und gefahrdrohender Arbeit und das Martyrium von Vexationen aller Art auf sich.

Die Angehörigen der sozialdemokratischen Partei Österreichs wurden wahrhafte Märtyrer! Die Machthaber hierzulande und namentlich die Polizisten aller Art handhabten ja Gesetze und Verordnungen in einer Weise, wie sie selbst den Urhebern des österreichischen Schandgesetzes nicht vorschwebte. Die Polizeigewaltigen allerorten kannten keine Hemmungen; das ganze Polizeisystem des Vormärz schien eine Auferstehung zu feiern. Auch die wenigen Bestimmungen des Staatsgrundgesetzes, die die bürgerlichen Freiheiten nicht antasteten, wurden von einer brutalen Bürokratie und ihren Sbirren Arbeitern gegenüber völlig außer acht gelassen.

Und nirgends fanden die Gequälten, die Verfolgten Schutz und Gehör; nur einige wenige unerschrockene Männer im Hause der Gesetzgebung besaßen den Mut, für die unterdrückten Proletarier, die, aus ihrer Arbeit vertrieben, mit ihren Familien dem Hunger und der Not preisgegeben wurden, Worte der Entrüstung zu sprechen und die ganze Schande dieses entsetzlichen Zustandes zu enthüllen. Allein ihre Reden fanden kein Gehör bei den Mächtigen, bei den Regierenden! Mit einigen nichtssagenden Redensarten wurden die schwersten Anklagen, die gegen das allmächtige Polizeiregime in Stadt und Land erhoben wurden, abgetan! So ging es durch Jahre des Waltens des Ausnahmezustandes, bis endlich das Recht siegte, bis das Gewissen der Menschen erwachte und jenes Gesetz der Schmach versank, das eine Klasse zur Unterdrückung der Arbeiterklasse frevelhaft geschmiedet hatte.

Gegen Anarchisten und Sozialisten hatte man Ausnahmegesetze beschlossen, die dann gegen alle freiheitlich Denkenden sich richteten; selbst dem verbohrtesten Bourgeois ging es allmählich ein, daß das Sozialistengesetz nur einer Klasse im Staate die volle Freiheit gewährleiste: der Polizei! Diese Behörde schien wieder zur Allmacht emporgediehen zu sein; war sie nicht denn die Staatsretterin? Hatte sie nicht die Gesellschaft von den Anarchisten und Sozialisten endgültig befreit? Es gab eine Zeit in Österreich, und sie ist noch immer nicht ganz versunken, in der manche Kreise der Bevölkerung allen Ernstes den Glauben hegten, die hohe

Polizei werde ihre Mission erfüllen und Sozialismus und Anarchismus wie eine böse Seuche zu tilgen vermögen ...

Die Berichte, welche die Polizei über ihre Erfolge von Zeit zu Zeit an das Ministerium gelangen ließ, haben die Regierung des Grafen Taaffe auch eine Zeitlang an ihre Wunderkraft glauben lassen, wiewohl hie und da in der Öffentlichkeit, wenn auch verschämt, leise Zweifel daran auftauchten. Die öffentliche Meinung jener Tage in Österreich war übrigens eine recht prekäre; die Presse der Arbeiterschaft zählte nicht, denn sie war fast durchaus der Beschlagnahme verfallen. Und die „großen Blätter" des Bürgertums, namentlich der sogenannten freisinnigen deutschen Bourgeoisie, schwiegen sich trotz ihrer grundsätzlichen Opposition gegen das Regime Taaffe meist gründlich aus, wenn es galt, die bedrohten staatsbürgerlichen Freiheiten der Arbeiter zu schirmen. So hatte das österreichische Proletariat nirgends einen Schutz, nirgends Helfer!

Die Polizei, und vor allem die Wiener Polizei, prunkte förmlich mit ihren Triumphen über die Anarchisten und Sozialisten. Besondere Aufmerksamkeit wandte sie der noch mitunter auftretenden Druckschriftenpropaganda zu und sie verkündete es stolz, wenn es ihr irgendwo glückte, der Verfertiger von Stampiglienabdrücken habhaft zu werden, die den Inhalt trugen: „Nieder mit Staat, Kirche und Kapital!" Die Urheber dieser „Preßerzeugnisse" hatten dann ihre Tätigkeit meist mit schweren Kerkerstrafen zu büßen, denn die Ausnahmegerichte, die nunmehr ihres Amtes walteten, waren von den gleichen Gesinnungen geleitet wie die Regierenden und ihre Polizisten. Ebenso wurde gegen Redakteure und „Agitatoren", soweit noch manche in Tätigkeit waren, mit aller Energie eingeschritten. Die ganze staatliche Gewalt mit allen ihren Hilfsmitteln war mobilisiert, um die Feinde der Gesellschaft zu vernichten.

In Wien war „man" verhältnismäßig bald mit der Vernichtungstätigkeit fertig; weit schwieriger ging es in der Provinz; dafür wurde hier, wenn möglich, noch mit größerer Brutalität vorgegangen. In der Wahl der Mittel, die „Feinde von Staat und Gesellschaft" dingfest zu machen, waren die verschiedenen Behörden durchaus skrupellos. Das Konfidenten-, Angeber- und Spitzeltum stand überall in Blüte! Man leugnete es auch gar nicht mehr, daß „man" sich dieser abscheulichen und verwerflichen Mittel allgemein bediente, um „Verbrecher" zu entlarven und der wohlverdienten Strafe zuzuführen. Die Enthüllungen über die Staatspolizei, welche im österreichischen Parlament namentlich von den mutigen Abgeordneten Dr. Kronawetter und Pernerstorfer aller Welt vorgeführt wurden, zeigten das schändliche Polizeisystem in ganz Österreich auf, ein System, das dem berüchtigten System Puttkamer in Preußen um nichts nachstand! ...

In den Provinzen versuchten die Anhänger der radikalen Fraktion, wenn auch unter fortwährenden Opfern, die Organisation aufrechtzuerhalten und eine gewisse Tätigkeit zu entfalten, eine Tätigkeit, die zumeist darin bestand, daß irgendein Narr meist mit Wissen eines Polizeihelfers mit Dynamit oder Schießpulver hantierte und natürlich sofort unter Schloß und Riegel gesetzt wurde.

Es bestand auch das Bestreben bei den Provinzgenossen, sich wieder eine Organisation zu geben, wenn dies auch wiederholt von der Polizei

verhindert wurde. So versuchte Johann Rißmann (Schneidergehilfe) — er war auch Teilnehmer am Parteitag von Hainfeld, stimmte aber als einziger gegen die Prinzipienerklärung, gab sich auch noch später als „Unabhängiger", lebt derzeit (1922) in Graz als Krankenkassenangestellter — in Gemeinschaft mit dem Metallarbeiter Perlornigg eine Delegiertenbesprechung bei Leoben abzuhalten. Auf der Konferenz wurde eine Organisation*) beschlossen, ähnlich der früher bestandenen nach Mostschem Rezept. Es sollten in jedem Organisationsort fünf Gruppen gebildet werden, und zwar:

1. die Organisationsgruppe, welche zugleich die Zentrale ist;
2. die Gruppe für die Druckschriftenpropaganda;
3. eine für Chemie;
4. eine für Finanzen;
5. eine für Diplomatie.

Die erste Gruppe hatte den Zweck, Korrespondenzen zu führen, Klubs zu bilden, überhaupt Parteiangehörige anzuwerben und nach den Lokalverhältnissen zu organisieren.

Der zweiten Gruppe oblag es, eine geheime Presse zu aktivieren. Hiebei wurde auf der Konferenz als Grundsatz aufgestellt, in den zur Verbreitung bestimmten Druckschriften alle unnötigen hochverräterischen Äußerungen und Majestätsbeleidigungen zu vermeiden, da „ein solcher Schimpfwisch keine zwölf Jahre Kerker wert ist und die Druckschriftenpropaganda sich mehr mit der Aufklärung zu befassen hat, was an Stelle der heutigen Unordnung zu setzen ist".

Die Mitglieder der dritten Gruppe hatten die Aufgabe, „geeignete Stoffe zu sammeln, um unsere Tyrannen schnell beseitigen zu können". Als Grundsatz wurde aufgestellt, bei der Verübung von Attentaten derart vorzugehen, daß nur die Verfolger und nicht unbeteiligte Personen getroffen würden.

Die „Finanzgruppe" hatte die Parteisteuer einzuführen und überhaupt „große Fänge" zu machen, insbesondere in Klöstern, bei Wucherern und anderen Ausbeutern, bei welchen ungerechte Geldanhäufungen vorkommen.

Die sogenannte diplomatische Gruppe hatte sozusagen den Verkehr mit den Behörden; sie hatte sie durch falsche Denunziationen irrezuführen und „alles zu unternehmen, was Verwirrung hervorzurufen geeignet wäre".

Wie aus diesen Grundsätzen der „Organisation" ersichtlich ist, diente ihr das seinerzeit auf dem Londoner Kongreß (1881) der „revolutionären Sozialisten" entworfene „Musterstatut" als Grundlage. Daß die alte Verschwörertaktik, zu der man wieder griff, von keinerlei Nutzen sein könne, ist selbstverständlich; zumal vor allem die Polizei und ihre Konfidenten sicherlich in allen Gruppen „Sitz und Stimme" hatten. In einer ganzen großen Reihe von Prozessen, die an den verschiedensten Zentren Österreichs abgehandelt wurden, trat diese Erscheinung zutage ...

Eine sehr bemerkenswerte Vereinbarung, die auf eine beginnende Einsicht der Genossen im radikalen Parteilager schließen ließ, wurde auf der

*) Polizeilichen Berichten entnommene Mitteilungen, die dem Verfasser von anderer Seite bestätigt wurden.

Konferenz getroffen: Die Angehörigen der beiden proletarischen Fraktionen sollten sich nicht mehr in Beschimpfungen gegeneinander ergehen, um auf diese Weise die Möglichkeit einer Einigung vorzubereiten. Endlich wurde der Beschluß gefaßt, an Stelle des unterdrückten Reichenberger Parteiorgans „Der Radikale" ein neues Blatt zu begründen.

Die verschiedenen Organisationsorte wurden von Rißmann von den auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse unterrichtet, und die meisten befolgten auch die ausgegebene Parole. Wenige Wochen nach der Besprechung erschien auch in Marburg das neue Parteiorgan „Die Arbeit", dessen Redaktion bald nach Graz verlegt wurde.

Die Agitation wurde wieder lebhafter, und das neue Blatt fand auch in Wien zahlreiche Abnehmer. Es begannen sich neue Gruppen in Oberösterreich und an verschiedenen Orten Steiermarks zu gründen. Die oberösterreichische Gruppe stimmte wohl dem Rißmannschen Organisationsplan im allgemeinen zu, nahm jedoch an demselben wesentliche Abänderungen vor. So wurde beschlossen, von der Aufstellung einer Geheimpresse wegen Mangels an technischen Kräften und anderer Schwierigkeiten abzusehen; weiters ließ man die Gruppe für Chemie fallen und sprach sich in entschiedener Weise gegen die Verübung von Raub und Diebstahl aus.

Im Oktober 1885 fand die Konstituierung der Organisationsgruppe Linz statt.

Auch in Wien begann die Partei sich im geheimen wieder zu regen, und es tauchte alsbald der Gedanke auf, den Arbeiterbildungsverein, der seine Tätigkeit eingestellt hatte, wieder aufleben zu lassen. Tatsächlich wurde der Verein neuerdings am 7. November 1885, nachdem es nach mancherlei Fährlichkeiten geglückt war, ein geeignetes Vereinslokal zu erhalten, ins Leben gerufen.

Während so die „Radikalen" einige Tätigkeit zu entfalten vermochten, konnten die „Gemäßigten" — die Tätigkeit ihrer meisten Vereine und das Erscheinen ihres Blattes war ja eingestellt — nur in ganz beschränktem Maße politisch und gewerkschaftlich wirken. Die Angehörigen fanden sich meist im politischen Verein „Wahrheit" zusammen, wo über die Tagesfragen in zwangloser Weise diskutiert wurde.

Wenn auch, wie früher mitgeteilt wurde, von den „Radikalen" die Losung ausgegeben worden war, den Gemäßigten friedlich zu begegnen, so kam es doch in Wien häufig zu Zusammenstößen zwischen den Angehörigen der beiden Fraktionen; zumeist versuchten die Radikalen die wenigen Versammlungen, die von den Gemäßigten einberufen worden waren, zu sprengen.

Von einiger Bedeutung war eine Versammlung der Gemäßigten in Brünn, in der mehrere Wiener Redner sprachen. In dieser Versammlung (27. September 1885) wurde das Verhältnis der Arbeiterschaft zum Reichsrat erörtert und eine Entschließung gefaßt, in welcher der Arbeiterschaft empfohlen wurde, nur nach sozialistischen Grundsätzen zu handeln, sich an keine der politischen Parteien anzuschließen und gegen alle Zwangsmittel anzukämpfen, welche die freie Entwicklung der Industrie hemmen.

Die Verbreitung der Arbeiterpresse — es kam hauptsächlich der Brünner „Volksfreund" in Betracht — war nur eine geringe, da das genannte Blatt, das einzige deutsche Parteiorgan in Österreich, um wenigstens bestehen zu bleiben, sich die größte Zurückhaltung auferlegen mußte. Viel eingeführt wurde dagegen das Hauptorgan der deutschen Partei, der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat", der sich auch in eingehender Weise mit den österreichischen Verhältnissen und Vorgängen beschäftigte. Das Blatt wurde, da ihm der Postdebit entzogen war, in geschlossenen Briefen nach Österreich versendet.

Die Staatsrettungsbilanz des ersten Jahres Ausnahmezustand betrug, wie Graf Taaffe auf eine Anfrage im Parlament bekanntgab, die Ausweisung (Abschaffung beziehungsweise Internierung) von 369 Inländern durch die Wiener Polizeidirektion; außerdem wurden 34 Ausländer über die Grenze geschafft; 49 Ausgewiesenen wurde im Laufe des Jahres die Rückkehr wieder gestattet.

Um dieser etwa 400 „gefährlicher" Menschen willen, deren sich ja der mächtige Staat und seine Polizei sicherlich hätten erwehren könen, wurde ein Blutgesetz geschaffen!

Das Sozialistengesetz

Die erste Verordnung betreffend die Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien und Umgebung wurde von beiden Häusern des Reichsrates genehmigt; in der Debatte hatte die Regierung die ausdrückliche Zusage gemacht, sie werde die Verfügungen durch ein eigenes Sozialistengesetz ersetzen und die Verordnungen zurückziehen. Graf Taaffe, der, wie an anderer Stelle mitgeteilt, sich schon längst mit dem Gedanken der Einbringung eines derartigen Gesetzes getragen hatte, hielt Wort und legte am 20. Jänner 1885 den „Entwurf eines Gesetzes, womit Bestimmungen gegen gemeingefährliche sozialistische Bestrebungen getroffen werden", und ein „Sprengmittelgesetz" vor.

In der Begründung zum ersterwähnten Gesetzentwurf wurde auf die Entwicklung der sozialistischen Bewegung verwiesen, wobei sich die Regierung alle Argumente der Wiener und internationalen Polizei zu eigen gemacht hatte. Nach Aufzählung mehrerer anarchistischer Attentate, die im Jahre 1884 verübt worden waren, wurde auf die frühere Tätigkeit der Behörden gegen die sozialistische Bewegung hingewiesen; danach wurden im Jahre 1874 in Salzburg sämtliche sozialdemokratischen Arbeitervereine, im Jahre 1877 in Vorarlberg sämtliche Arbeitervereine wegen „gefährlicher sozialistischer Umtriebe", dann in den Jahren 1876 und 1877 in Oberösterreich sechs verschiedene Arbeiterbildungs- und Fachvereine behördlich aufgelöst, ebenso verfiel eine größere Anzahl von Arbeitervereinen in Niederösterreich, Böhmen und Steiermark der behördlichen Auflösung. All das ohne Sozialistengesetz!

Wie in Österreich mit der Arbeiterpresse umgesprungen wurde, wurde im Motivenbericht gleichfalls dargelegt; freilich wurde nur die Schurigelung der Presse in Böhmen zum Bericht herangezogen: so wurde vom Landesgericht Prag — dieser Gerichtshof war ja sozusagen der Spezialgerichtshof gegen die Sozialdemokratie — von 1879 bis Ende Juni 1884 gegen 693 Druckschriften (wovon 235 inländische und 458 ausländische) und bei den übrigen Gerichtshöfen Böhmens in derselben Zeit gegen 117 Druckschriften das objektive Verfahren eingeleitet.

Strafgerichtliche Verhandlungen wegen „sozialistischer Umtriebe" gegen bestimmte Personen fanden in größerer Anzahl gleichfalls in Böhmen statt. So wurden, abgesehen von den größeren Sozialistenprozessen, anläßlich der Sozialistenkongresse in Sankt Margareth bei Prag (1878) und in Klein-Holeschowitz (1882) — es waren dies die berüchtigt gewordenen großen Geheimbundprozesse — vom Landesgericht Prag in der Zeit von 1878 bis 1884 222 Strafamtshandlungen gegen 729 Beschuldigte eingeleitet, von welchen 324 in Anklagezustand versetzt, 249 schuldig erkannt und 55 freigesprochen wurden.

Eine verhältnismäßig größere Anzahl von Strafverhandlungen — die Ziffer wird im Motivenbericht verschwiegen — mit mehr oder

minderem Erfolg fand in derselben Zeit auch noch in Niederösterreich, Mähren, Galizien und im Küstenland statt.

„Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß die Wachsamkeit der Behörden ihren Zweck nicht erreichen kann, insolange nicht durch die Gesetzgebung selbst eine genügende Handhabe zu einem energischen Einschreiten gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen des Sozialismus geboten wird."

„Auf eine wirksame, konstante Niederhaltung und Zurückdrängung gemeingefährlicher sozialistischer Bestrebungen kann bei den zu Gebote stehenden Mitteln um so weniger gerechnet werden, als die sozialistischen Ideen bereits zu weit verbreitet sind, die seit Jahren betriebene und insbesondere von seiten des Auslandes eifrig unterstützte Agitation eine zu große und zu intensive war, und die Hartnäckigkeit und Böswilligkeit der Führer zu bekämpfen ist.

Die Regierung hat daher für ihre Pflicht erachtet, die Frage in Erwägung zu ziehen, ob den erwähnten Bestrebungen nicht auf legislativem Wege durch Schaffung wirksamer Präventiv- und Repressivmaßregeln gegen jene Parteirichtung des Sozialismus, welche die Erreichung ihrer Zwecke durch den Umsturz der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung anstrebt, mit Erfolg entgegengetreten werden könnte.

Wiewohl die Regierung seit jeher die verschiedenen Phasen des Sozialismus in unseren Ländern mit der größten Aufmerksamkeit verfolgt hat, so hat sie gleichwohl im Wege der Landesbehörden eingehende Erhebungen in allen Richtungen eingeleitet, welche mit der vorliegenden Frage in mittelbarem oder unmittelbarem Zusammenhang stehen."

Die Vorlage enthielt scharfe Bestimmungen zur Überwachung des Vereinswesens; geheime Verbindungen sollen zerstört, das Versammlungsrecht und die sozialistische Presse eingeschränkt, insbesondere das Einschmuggeln anarchistischer Schriften verhindert werden. Die Hauptagitatoren sollen unschädlich gemacht, einzelne Gewerbebetriebe, Schank- und Gastgeschäfte, Druckereien, Buchhandlungen einer besonderen Aufsicht unterzogen werden.

„Nach dem Grade der Gefährlichkeit der sozialistischen Bewegung läßt sich sagen, daß der gemeingefährliche Sozialismus am meisten sich bemerkbar macht in Niederösterreich, Böhmen, Steiermark, dann rücksichtlich Galiziens in den Städten Lemberg und Krakau; daß diesen zunächst stehen Mähren, Tirol und Vorarlberg, die Stadt Salzburg; dann folgen Schlesien, Oberösterreich, Kärnten, Krain und die Stadt Triest. In der Bukowina und in Dalmatien sind bisher keine Wahrnehmungen gemacht worden, welche auf ein Auftreten der sozialistischen Bewegung überhaupt schließen lassen würden."

Die Regierung erklärte, das deutsche Sozialistengesetz habe ihr als Vorbild gedient, „doch glaubte sie, es sowohl durch polizeiliche als auch durch weitere strafgesetzliche Bestimmungen" verschärfen zu müssen.

Eine der schwersten Bestimmungen, die der Gesetzentwurf enthielt, war die Einsetzung von Ausnahmegerichten für „Anarchisten". Trotz aller Urgrenzen wurde jedoch das Sozialistengesetz in der Tagungsperiode nicht mehr erledigt.

Im Februar 1886 legte nun die Regierung neuerlich die Entwürfe gegen die „gemeingefährlichen sozialistischen Bestrebungen" dem Parla-

ment vor, und zwar: den Gesetzentwurf mit den Bestimmungen gegen gemeingefährliche sozialistische Bestrebungen; den Gesetzentwurf über die Gerichtsbarkeit in Straffachen, welchen gemeingefährliche sozialistische Bestrebungen zugrunde liegen, und den Gesetzentwurf über den Vollzug der in solchen Fällen verhängten Freiheitsstrafen (zeitliche Einstellung der Geschwornengerichte).

Im Motivenbericht wurde darauf verwiesen, daß wohl seit Verfügung des Ausnahmezustandes am 30. Jänner 1884 ein Stillstand in der sozialistischen Bewegung in Wien, Korneuburg und Wiener-Neustadt eingetreten sei, die sozialgemeingefährliche „Bewegung aber in neue Kreise und neue Gebiete eingedrungen ist und namentlich bei den Bergarbeitern in bedenklicher Weise Eingang gefunden hat".

„Es zeigt sich in neuester Zeit das Bestreben, die legal gebildeten Vereine eingehen zu lassen und die Arbeiter in geheimen Verbänden zu organisieren."

Die Behörden haben geheime Pressen aufgefunden, ausländische anarchistische Zeitungen und Flugblätter subversivster Tendenz, wie Mosts „Freiheit" und Peukerts „Rebell", waren eingeschmuggelt worden, Dynamitdiebstähle wurden verübt, Arbeiterstreiks und Unruhen waren in verschiedenen Bergwerks- und Industriegebieten vorgekommen und beschäftigten die Strafbehörden. In eine Reihe mit den anarchistischen Zeitungen wurde auch das Zentralorgan der deutschen Partei, „Der Sozialdemokrat" in Zürich, gestellt!

Über Peukerts „Rebell" (London) wurde gesagt:

„Der »Rebell«, ein Organ des nach London ausgewanderten Österreichers Peukert, welcher die Zuzüge österreichischer Anarchisten nach London zur Bildung neuer Gruppen benützt, ist auf die Propaganda der Tat, auf Attentate und Gewalttätigkeiten aller Art gerichtet."

über den „Sozialdemokrat" wird bemerkt:

„Der »Sozialdemokrat« verfolgt die Methode, den Arbeitern die Überzeugung beizubringen, daß der Arbeiter in der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung zugunsten der wohlhabenden Klassen ausgenützt werde, daß diese Ordnung verbesserungsfähig ist, daß daher der gewaltsame Umsturz und die Konstituierung des sozialdemokratischen, auf der Zwangsaufhebung des Eigentums beruhenden Staates angestrebt werden müsse."

Am 5. Juni 1886 fand die zweite Lesung über die Regierungsvorlagen statt, die zu einem Gesetz vereinigt wurden. Das österreichische Abgeordnetenhaus führte zum erstenmal eine große Debatte über den Sozialismus — allerdings in Abwesenheit von Sozialisten und Vertretern der Arbeiterschaft. Die Klerikalen aller Nationen stimmten für die Ausnahmegesetze und priesen als Allheilmittel gegen Sozialismus und Umsturz neben Zuchthaus Glauben und Kirche an.

Von den Gegnern des Gesetzes fanden der Jungtscheche Doktor Gregr und unser Pernerstorfer treffende Worte gegen das Machwerk. Aber das völlig reaktionäre, 1885 neugewählte Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage mit der Geltungsdauer auf zwei Jahre, bis zum 25. Juni 1888, an.

Daß die Herrenhäusler gleichfalls dem Gesetz zustimmten, ist selbstverständlich. Noch ehe die Wirksamkeit des Gesetzes, welches den Titel erhielt: „Gesetz, womit Bestimmungen über die Gerichtsbarkeit in Strafsachen, welchen anarchistische Bestrebungen zugrunde liegen", erlosch, brachte die Regierung am 10. April 1888 wieder eine Vorlage ein, welche die Wirksamkeit dieses Gesetzes auf weitere drei Jahre bis zum 31. August 1891 verlängern sollte. Die Regierung begründete die neue Vorlage mit dem günstigen Erfolg der alten. Die Bemühungen der radikalen Fraktion der Arbeiterpartei, die Organisationen unter ihrem Einfluß zu einigen, seien im Jahre 1887 unter dem Einfluß des Gesetzes fruchtlos geblieben, die geheime Einfuhr anarchistischer Flugschriften war unterbunden. Seit Wirksamkeit des Gesetzes bis Ende 1887 waren 13 Straffälle mit 39 Angeklagten zur Verhandlung gelangt. Trotz dieser günstigen Wirkung des Gesetzes fand die Regierung es doch für nötig, das Gesetz noch weiter in Wirksamkeit zu erhalten.

Im Parlament stieß nun die Vorlage auf Opposition, so daß der Gesetzentwurf im Plenum des Hauses nicht mehr zur Beratung gelangen konnte. Um jedoch auf die Ausnahmeverfügungen nicht verzichten zu müssen, benützte die Regierung die Vertagung des Parlaments, um im Wege einer Verordnung des Gesamtministeriums vom 1. August 1888 die Wirksamkeit der Geschwornengerichte in fünfzehn Gerichtssprengeln einzustellen. Diese Ausnahmeverfügung betraf die Gerichtssprengel: Wien, Korneuburg, Wiener-Neustadt, Wels, Prag, Brüx, Gitschin, Jungbunzlau, Reichenberg, Brünn, Olmütz, Neutitschein, Graz, Leoben, Klagenfurt und bezog sich auf strafbare Handlungen, wenn denselben „anarchistische, auf gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen" zugrunde liegen.

Wieder genehmigten beide Häuser des Reichsrates die Ausnahmeverfügungen, die nahezu für alle Zentren der Industrie galten, wiewohl sich im Abgeordnetenhaus schon eine bedeutende Minderheit für deren Aufhebung zeigte. Aber noch war die Reaktion stark genug, um durch Ausnahmegesetze den Sozialismus in Österreich niederzuhalten. Die Regierung hatte wohl stets betont, daß die Verfügungen sich nur gegen „Anarchisten" kehren, doch immer wieder „verwechselte" die Regierung die anarchistische mit der sozialistischen Bewegung, was ja der eigentliche Zweck der Gesetzesmacherei war!

So war denn die Rechtlosigkeit des Sozialismus und damit der Arbeiterschaft Österreichs auf Jahre hinaus gesetzlich festgelegt und die Bahn war frei — für Polizisten und Staatsanwälte!

Erwachen!

Aber es kam anders, ganz anders, als es die Feinde des österreichischen Proletariats und des Sozialismus, die Regierenden und die Bourgeoisie, erwartet und erhofft hatten. Aus der furchtbaren Niederlage, die man durch die Ausnahmegesetze dem arbeitenden Volk bereiten wollte, wurde ein Sieg, den wohl keiner der unerbittlichen Feinde auch nur geahnt hatte: die gemeinsame Not, welche beide Fraktionen der Arbeiterschaft so schwer bedrückte, ließ allmählich in ihnen den Haß ersterben, der solange zum Schaden und Verderben des Proletariats in ihnen getobt hatte. Das gemeinsame Leid, das sie zu Boden geworfen hatte, begann die lange feindselig gewesenen Brüder wieder einander näherzubringen.

Es war also das Gegenteil von dem eingetreten, was die Sozialistentöter erhofft hatten. Mit einem einzigen wuchtigen Schlage vermeinten sie beide proletarische Fraktionen zerschmettern zu können, statt dessen mußten sie nur allzubald erfahren, daß ihr gewaltsames Beginnen fruchtlos geblieben war und was dem arbeitenden Volke zum dauernden Schaden hätte werden sollen, ihm schließlich zum Segen wurde!

Zweimal während des Verfassungslebens in Österreich war von den Regierungen der Versuch unternommen worden, die Sozialdemokratie durch „gesetzgeberische" Maßnahmen endgültig zu vernichten. Der erste wuchtige Schlag wurde vom „Bürgerminister" Dr. Giskra geführt, der durch einen einfachen Erlaß jede Tätigkeit des Sozialismus zu verhindern geglaubt hatte. Und nun kam Taaffe, der nach dem deutschen Vorbild den Sozialismus in Österreich zu Paaren treiben wollte. Aber ebensowenig als es seinem großen Meister im Sozialistentöten, dem Fürsten Bismarck, geglückt war, ebensowenig glückte dem kleinen Nachahmer das Werk! Statt der Vernichtung der Sozialdemokratie durch Ausnahmegesetze, die noch viel brutaler waren als die Bismarckschen, erstand neues Leben im österreichischen Proletariat. Die Ausnahmegesetze mit all ihrer Pein, mit ihren Erniedrigungen und Beleidigungen, die sie der Arbeiterschaft und vor allem dem großen Gedanken des Sozialismus zufügten, wurden zum förmlich gewaltsamen Einiger der beiden einander solange zum Schaden der Gesamtheit bekämpfenden proletarischen Parteien. Die grause Not hatte allmählich die feindlichen Brüder einander nähergebracht, fast unwillkürlich. Noch viel schwerer als im Leben des Einzelmenschen feindlich Gesinnte zur Versöhnung, zu wahrer Versöhnung, geneigt gemacht werden können, können Parteien, und namentlich Bruderparteien, die einander in jahrelangem Haß und schrankenloser Wildheit zerfleischt hatten, auch nur zu gegenseitiger Duldung, zu stillschweigender, gemeinsamer Arbeit, und gelte sie auch dem gemeinsamen Wohle, dem gemeinsamen Ideale, zusammengebracht werden.

Ist doch der Haß, der zwischen Brüdern tobt, weit furchtbarer als der zwischen Fremden, nicht Blutsverwandten!

Und doch, das Wunderbare geschah, nicht urplötzlich, sondern in langsamer Entwicklung; geheimnisvoll und still schritt das Bewußtsein in den

Herzen der Brüder fort, daß angesichts der Not, die geeignet war, das gesamte arbeitende Volk Österreichs, vielleicht auf Jahrzehnte, hinabzuschleudern in den Abgrund einer moralisch-geistigen Stumpfheit und Vertiertheit wie in physisches Elend, nur eine Rettung des arbeitenden Volkes möglich sei — die Einigung. War das Proletariat nicht auch von einer brutalen Macht niedergezwungen, waren nicht beide Fraktionen, Gemäßigte wie Radikale, durch eine einzige Kette gefesselt, durch die ehernen Bande eines das ganze Leben des Volkes schwer bedrückenden Gesetzes? Auf allen Seelen und Körpern der Arbeitenden lastete der furchtbare Druck, und in jedem, der es ehrlich meinte mit dem Sozialismus, dessen Ideen er tief in seine Brust verschließen mußte, begann die Sehnsucht nach Befreiung von den Fesseln, nach freier Betätigung, rege und lebendig zu werden. Es bedurfte da keiner Versammlungen, keiner Reden — das Proletariat war ja mundtot — und keiner auffordernden Artikel dazu. Die mächtige innere Stimme sagte es allen, die vom Geiste des Sozialismus durchdrungen waren und die sich einst als Sozialisten betätigt, was die Not des Augenblicks gebieterisch erheische: in Werkstätte und Fabrik, wie tief im Schoße der Erde, wo Elende die Schätze zutage förderten, raunten die alten Genossen es einander zu, daß man sich wieder zusammenschließen müsse zu dichten Reihen, um dem allmächtigen Feinde zu trotzen und ihn — endlich niederzuwerfen.

Die Scheidewände zwischen Gemäßigten und Radikalen fielen allmählich und man begann darüber erst recht nachzudenken, welches doch die schweren Gegensätze waren, die die beiden Fraktionen voneinander trennten. Gähnte wirklich eine so breite Kluft zwischen den Fraktionen, daß sie nie und nimmermehr überbrückt werden konnte? War der Gemäßigte, der in Werkstätte und Fabrik neben dem Radikalen fronte, wirklich dessen Todfeind? Lediglich darum, weil er durch Anwendung anderer Mittel das Joch zerbrechen wollte? Hatten die Radikalen nicht erkennen müssen, daß die Mittel der Gewalt, die „Propaganda der Tat", niemals zum Ziele führen konnten, weil Staat und Gesellschaft vor allem über noch viel wirksamere Mittel der Gewalt verfügten? Die gefesselten Gemäßigten wie die geknebelten Radikalen begannen zu denken, ernstlich nachzudenken über die furchtbare Lage, in der sich das ganze arbeitende Volk befand; und in dem Augenblick, da im Volke die Denktätigkeit erwachte, fand auch der Gedanke der Einigung allmählich in den Herzen hunderter klassenbewußter Menschen Raum. Und immer höher wuchs dieser Gedanke, bis er endlich Gemeingut der vielen wurde.

Und doch, es war noch soweit vom Gedanken der Tat, die nur langsam reifen und emporgedeihen konnte!

Dann aber kamen Männer voll ehrlichen Willens und befeuernder Energie, die den Gedanken der Einigung hegten und pflegten und das keimende, zum Licht strebende Saatkorn voll Sorgfalt betreuten. Sie waren es, die behutsam und schonend die schwere Arbeit verrichteten, das zarte Pflänzchen, das kaum dem Erdreich entsprossen war, vor bangem Frost und versengender Glut zu behüten. Sie waren es, die nimmermüde am Werke gewesen sind, das ein so überaus schwieriges war; nur der ehrliche Wille, die überzeugungstreue Hingebung und die nimmer

erlahmende Arbeit haben sie aufrecht gehalten in ihrem Streben, in ihrem Schaffen, ihrem steten Kämpfen.

Die unerläßlichen Vorbedingungen für die Einigung der beiden feindlichen Fraktionen der österreichischen Arbeiterschaft waren vorhanden; der Gedanke der Einigung lag, wie man zu sagen pflegt, in der Luft, allein es bedurfte doch noch des Schwersten, ihn in die freudige Tat umzusetzen; das konnten nur wirkliche Tatmenschen tun und solche erwuchsen zum Glück dem österreichischen Proletariat in dem Zeitpunkt, da es tief daniederlag, aus tausend schweren Wunden blutend, gedemütigt, stumpf, versklavt.

Einer jener Männer, die vor allem mitgeholfen haben, das arbeitende Volk Österreichs aus seiner Erniedrigung emporzuheben, war — Dr. Viktor Adler. Neidlos hat jeder einzelne aus der Masse des arbeitenden Volkes, auch noch nach Jahrzehnten, die Großtat dieses Mannes anerkannt, den Gedanken der Einigung zum Siege geführt zu haben...

Dr. Viktor Adler war es, der den Weg zur Einigung, zur Versöhnung und Verschmelzung der beiden einander so heftig bekämpfenden Fraktionen der Arbeiterschaft wies und den Weg nach Hainfeld gebahnt hat. Es war ein dornenvoller Weg, der aber schließlich zu einer Straße des Triumphes wurde!

Schon im ersten Augenblick der Einbringung der Vorlage über das Ausnahmegesetz tauchte der Gedanke der Einigung des Proletariats auf. In dem Bericht der Wiener Polizei über „die sozialdemokratische und anarchistische Bewegung im Jahre 1886" heißt es:

„In Österreich beschäftigte die Arbeiterkreise die Regierungsvorlage eines Sozialistengesetzes in der Richtung, daß in der Voraussetzung des baldigen Inslebentretens dieses Gesetzes Vorbereitungen einerseits bezüglich der Vereine und Druckschriften getroffen, anderseits die geheime Organisation der anarchistischen Partei angestrebt wurde. Die erwähnte Regierungsvorlage blieb seitens der Stimmführer nicht unbenützt, um in gewohnter Leidenschaft den Haß und den Trotz der Massen wieder anzuregen und die Notwendigkeit einer Ralliierung der Parteielemente zu betonen."

Der Polizeibericht erwähnt hierauf die einzelnen anarchistischen „Aktionen" in Wien, Steiermark und Böhmen, die „an der Wachsamkeit der Behörden scheiterten", und bemerkt dann:

„Alsbald begann die Aktionsgruppe in Wien, aufgemuntert durch die Ende März im Abgeordnetenhause zugunsten der Arbeiter seitens zweier Abgeordneten*) gehaltenen Reden ihre Tätigkeit und seit dieser Zeit pulsierte ein neues Leben nicht nur in der anarchistischen, sondern auch in der sozialdemokratischen Fraktion.

An letztere drängten sich Persönlichkeiten heran, welche keinesfalls dem Arbeiterstand angehören, und unter der Vorgabe, sich der unterdrückten Arbeiter „ohne Unterschied der Parteistellung" anzunehmen, bald eine vermittelnde Stellung zwischen der anarchistischen und sozialdemokratischen Fraktion erlangten.

*) Dr. Kronawetter und Pernerstorfer.

Dies trug nicht wenig zu der Annäherung der beiden Parteiangehörigen bei und die früheren, mit aller Leidenschaftlichkeit geführten Parteifehden blieben nunmehr fast gänzlich aus. Allerdings war bei einem großen Teil der zur anarchistischen Partei gehörigen Arbeiterschaft auch der Umstand mitwirkend, daß man zur Erkenntnis der Hohlheit und Sinnlosigkeit der anarchistischen Theorien gelangte und deutlich die beschämenden und demoralisierenden Folgen der anarchistischen Praktiken innerhalb der Partei wahrnahm."

Aus diesen Mitteilungen im Polizeibericht ersieht man deutlich den — Grimm über die im Proletariat immer mehr der Einigung geneigte Stimmung. Unter den „Persönlichkeiten, welche keinesfalls dem Arbeiterstand angehören" und sich an die sozialdemokratische Fraktion „herandrängten", ist wohl — Dr. Adler zu verstehen, der übrigens schon 1885 mit Sozialdemokraten in Verbindung trat*). Es hatte die ganze Bourgeoisie, die liberale wie die klerikale, förmlich in Raserei versetzt, daß es zu einer Einigung der beiden Fraktionen der Arbeiterschaft kommen könnte. Auch daß Dr. Adler, ein Mann, der im deutschen Bürgertum eine Zeitlang als einer der Urheber des sozialreformerischen Linzer Programms galt, „mit der Arbeiterschaft Verbindungen anknüpfte", wurde in den damaligen „bürgerlichen Kreisen" als besonderer Frevel angesehen. Man deutete in diesen Zirkeln das „Benehmen" des Dr. Adlers als ausschließlichen Ausfluß des Ehrgeizes, „auf den Schultern der Arbeiterschaft emporkommen zu wollen". In der bürgerlichen Presse konnte man diese Anschauungen auch ganz unverblümt zum Ausdruck gebracht sehen! So wenig Verständnis und klaren Blick zeigte damals schon das Wiener Bürgertum!

Ein bedeutsames Symptom der Annäherung beider Fraktionen zeigte eine am 9. Mai in Schwenders Lokalitäten in Wien mit der Tagesordnung „Das Sozialistengesetz" einberufene Versammlung, an der friedlich „Gemäßigte" wie „Radikale" teilnahmen und in ihrem gerechten

*) Ernst Plener erzählt in seinen „Erinnerungen" (1. Band) über sein erstes Zusammentreffen mit Dr. Adler:

Mein Interesse an Arbeiterfragen führte mich Mitte 1884 in Verbindung mit dem sehr tüchtigen und sozialpolitisch aufgeklärten schlesischen Industriellen Adolf Weiß zur Gründung eines Vereines für Arbeitsvermittlung, der, ganz auf paritätischer Grundlage aufgebaut, den Bedürfnissen des Arbeitsnachweises, die durch die Gewerbegenossenschaften im Kleingewerbe sehr ungenügend und in der großen Industrie mangels entsprechender Organisation fast gar nicht befriedigt wurden, entgegenkommen sollte. Im Ausschuß hatten wir einige Sozialdemokraten, darunter auch den späteren Führer der sozialdemokratischen Partei, einige sehr intelligente Arbeiter, den sehr erfahrenen Sekretär der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse, mit denen wir sehr gut auskommen; zum Sekretär wurde ein Arbeiter, Bardorf, bestellt, der die schwierige Arbeit nach Kräften bestens leistete."

Viktor Adler hatte in dem damals neugegründeten Verein eine sehr ersprießliche Tätigkeit entwickelt. Dem Eintritt der Sozialdemokraten in den Vereinsausschuß waren eingehende Verhandlungen vorausgegangen, da man vor allem Garantien dafür forderte, daß die Tätigkeit des Vereines nicht etwa dazu diene, der Arbeiterschaft bei Streiks in den Rücken zu fallen. Als eine der Bürgschaften war auch die Bestellung Josef Bardorfs zum Sekretär verlangt worden, die auch erfüllt wurde.

Haß gemeinschaftlich gegen das Ausnahmegesetz Protest einlegten. Diese gemeinsame Kundgebung bedeutete jedoch keineswegs noch eine Fusionierung der beiden Parteien; sie war nur sozusagen die erste Kooperation im Interesse der österreichischen Arbeiterschaft.

Der schon zitierte Polizeibericht meint hiezu:

„Es muß hervorgehoben werden, daß einzelne Elemente der anarchistischen Partei jedes Kompromiß und jeden Berührungspunkt mit der Sozialdemokratie perhorreszieren, ja nicht einmal den Fortbestand des Arbeiterbildungsvereines, dessen Mitglieder aus beiden Parteilagern sich rekrutieren, unangefochten ließen, vielmehr, wenn auch ohne Erfolg, dessen Auflösung anstrebten."

Auch in Nordböhmen begann der Gedanke der Einigung rege zu werden; es fanden dort sogar schon 1886 direkt darauf abzielende Kompromißverhandlungen statt, die aber infolge des Dazwischentretens einiger im Ausland tätiger „Radikaler" scheiterten.

Sehr günstig gestalteten sich die Aussichten für das Zustandekommen der Einigung in Mähren. Hier hatte Josef Hybesch, der ehemalige Redakteur der „Zukunft" und des Wiener tschechischen Parteiblattes, sehr bald erkannt, daß es ein zwingendes Gebot sei, die Arbeiterschaft, die gerade in Mähren so Schweres zu dulden hatte, zu einen. Im September 1886 war Hybesch, der aus Wien „abgeschafft" worden war, nach Proßnitz übersiedelt, um dort ein neues Parteiblatt unter dem Titel „Hlas Lidu" („Volksstimme") zu begründen, das anfangs, entsprechend den Beschlüssen einer Konferenz der Radikalen in Mariaschein, noch die radikalen Tendenzen vertreten sollte. Aber bald erkannte Hybesch, daß dem Sozialismus in Österreich eine Zukunft nur möglich sei, wenn alle Kräfte der Arbeiterschaft zusammengefaßt würden. Er, der früher auch noch mit Peukert in London in Verbindung gestanden war, kam nunmehr zu der Erkenntnis, daß gerade Peukert die Hauptschuld an der Demoralisierung und Vernichtung der österreichischen Partei treffe. Hybesch und ein Teil der Proßnitzer Genossen traten nunmehr mit den tschechischen Genossen Brünns in Verhandlungen, die von vornherein ein befriedigendes Ergebnis erwarten ließen.

So zeigte sich 1886 in den bedeutendsten Industriegebieten Österreichs trotz des Ausnahmegesetzes eine Wendung zum Besseren. Wohl waren die Wiener Parteigenossen ohne eigenes Organ — die „Wahrheit" hatte, wie schon mitgeteilt, am 20. Februar 1885 ihr Erscheinen eingestellt — allein nichtsdestoweniger gingen von Wien aus, und vornehmlich durch Dr. Viktor Adler und einige Personen, die sich ihm anschlossen, wie Ludwig Bretschneider, Rudolf Pokorny, Ferdinand Leißner und Julius Popp, die Bestrebungen nach Ralliierung des österreichischen Proletariats aus.

Die Parteigenossen beschäftigten sich vorerst, da eine politische Tätigkeit wegen des Ausnahmezustandes nur schwer möglich war, „mit gewerblichen Tagesfragen". Die damalige „sozialpolitische Ära", in der das Krankenversicherungs- und Unfallversicherungsgesetz entstand, bot den Anlaß zu Erörterungen hierüber in Vereins- und Volksversammlungen; auch die in jenen Tagen von Plener be-

antragte Errichtung von Arbeiterkammern*) wurde viel diskutiert. Eine von Anhängern beider Parteien besuchte Versammlung in der Volkshalle des Wiener Rathauses beschäftigte sich mit der Gewerbeordnung. In dieser Versammlung, die ruhig und würdig verlief, wurden die Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber den zünftlerischen Bestrebungen vertreten.

Dr. Adler schilderte in einem Artikel „Der Weg nach Hainfeld" („Der Kampf", II. Jahrgang, 4. Heft, 1909) anläßlich des zwanzigsten Jahrestages des Einigungskongresses von Hainfeld in anschaulicher Weise nicht nur die Mühsale des Weges, den die österreichische Sozialdemokratie zurückzulegen hatte, ehe sie eine einige und geschlossene Partei wurde, sondern auch die vor der Einigung herrschenden Zustände.

Er schreibt:

„Seit der Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien und einen großen Teil von Niederösterreich war der letzte Rest der bereits sehr gelockerten Organisation fast gänzlich zertrümmert. In der Nacht des 30. Jänner 1884 wurden einige hundert Genossen von Polizisten aus den Betten geholt und aus dem Ausnahmegebiet ausgewiesen. Der österreichische Ausnahmezustand wirkte vielfach brutaler als sein Muster, der kleine Belagerungszustand unter dem deutschen Sozialistengesetz . . ."

Wer ausgewiesen wurde, war für immer heimatlos gemacht. Gegen die Ausweisung gab es kein Recht des Rekurses, die Polizei entschied in erster und letzter Instanz und brauchte ihren Ukas nicht zu begründen. Diese furchtbare Maßregel wirkte weit schlimmer, als die schwersten Strafen es tun können. Denn sie zwang unwiderstehlich alle, die nicht zuständig waren, sich aus der öffentlichen Tätigkeit zurückzuziehen. Nicht die bescheidenste Funktion in dem harmlosesten Bildungsverein konnte gewissenhafterweise einem Nichtzuständigen überlassen werden, und soweit es noch Versammlungen gab, konnten nur Zuständige es wagen, auf

*) Am 5. Oktober 1886 brachten die Abgeordneten Plener, Exner, Wrabetz und Genossen — die Liberalen entdeckten plötzlich ihr sozialpolitisches Herz — einen Gesetzentwurf auf Errichtung von Arbeiterkammern ein, der aber nicht, wie die Antragsteller erwartet haben mochten, den Beifall der Arbeiterschaft fand. In einer Reihe von Versammlungen in Wien und in der Provinz haben die Genossen unzweideutig ihre Stellung zu dem halbschlächtigen Entwurf zum Ausdruck gebracht, der offenbar nach den Intentionen seiner Urheber den Zweck haben sollte, die Arbeiterschaft von ihrer Forderung nach dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht abzubringen. In der Folgezeit holten die Herren, als das Proletariat um das allgemeine Stimmrecht kämpfte, diesen Antrag immer wieder aus der Versenkung hervor, wiewohl stets auf den Vorschlag der liberalen Helden die gebührende zurückweisende Antwort kam. Selbst eine Enquete wurde 1889 über diesen Gegenstand veranstaltet, die selbstverständlich das gleiche Ergebnis hatte.

In dieser Expertise gaben die Vertreter der Arbeiterschaft die folgende Erklärung ab: „Um jedes Mißverständnis hintanzuhalten, welches zu Sonderinteressen ausgebeutet werden könnte, erklären die gefertigten Experten, daß sie im Prinzip für die Errichtung von Arbeiterkammern sind, erwarten jedoch eine ersprießliche Tätigkeit derselben nur dann, wenn denselben ein Wirkungskreis zugewiesen wird, welcher die tatsächlichen Arbeiterverhältnisse berücksichtigt; der vorliegende Gesetzentwurf aber entspricht weder unseren wirtschaftlichen noch politischen Anforderungen."

die Tribüne zu steigen. Aber die Polizei sorgte dafür, daß es auch sonst dazu wenig Gelegenheit gab. Die Fachvereine wurden aufgelöst, ihre Zeitungen eingestellt, Versammlungen entweder, weil öffentlich, prinzipiell nicht geduldet, oder, wenn von Vereinen veranstaltet, verboten. Alle diese Maßregeln wurden allerdings vor allem und mit voller Wucht nur gegen die radikale Fraktion gerichtet. Aber für die gemäßigte Fraktion war es fast ebenso furchtbar, daß sie geschont wurde. Denn es war beinahe beschämend geworden, kein Objekt der polizeilichen Brutalität zu sein, und die Radikalen versäumten nicht, bitteren Hohn und schimpfliche Verdächtigung gegen die Gemäßigten zu richten, die unter den größten Opfern ihr Blatt und ihren politischen Verein sowie einige kleinere Organisationen aufrechterhielten. Das Blatt „Die Wahrheit" wurde auch bald freiwillig eingestellt; der politische Verein „Wahrheit" sollte wenige Jahre später der unentbehrliche, eifrig ausgenützte Boden der politischen Arbeit beider Fraktionen werden.

Was in Wien durch Ausnahmeverfügungen bewirkt wurde, besorgte man in den böhmischen Industriegebieten ohne diesen verfassungsmäßig vorgesehenen Deckmantel. Auch dort wurde mit den Organisationen aufgeräumt, die Arbeiterpresse vernichtet, und den Rest besorgte ein in Prag wider alles Gesetz eingerichteter Straffenat, vor den aus ganz Böhmen die angeblichen „Geheimbündler" geschleppt wurden, und zwar in Ketten.

Das schlimmste aber war nicht die Tollwut der Bürokratie, weit verhängnisvoller war für die Bewegung der in unversöhnliche Gehässigkeit ausgeartete Zwist der Fraktionen. Die Radikalen erschienen den Gemäßigten als Räuberbande, die Gemäßigten wurden von den Radikalen als Ordnungssozialisten, Wassersuppler, Polizeisozialisten verhöhnt. Josef Peukert, der später als Affiliierter der Polizei entlarvte böse Geist der Radikalen, verstand es vortrefflich, zu verleumden, und seine systematischen Verdächtigungen der Gemäßigten übten ihre Wirkung noch lange, nachdem er — merkwürdig prompt — am Vorabend der Verhängung des Ausnahmezustandes über die Grenze verduftet war. Die Gemäßigten waren unstreitig die Minderheit, hatten aber eine verhältnismäßig große Zahl von durchgebildeten, redegewandten und geschulten Genossen zur Verfügung. Bei den Radikalen überwog das Temperament, die Tatenlust und vor allem die Phantasie. Während die Gemäßigten in Grundanschauung, Organisation und Taktik den Typus der deutschen Sozialdemokratie aufwiesen, war bei den Radikalen allmählich die öffentliche Organisation ganz zurückgetreten und an ihrer Stelle war eine Geheimorganisation ausgebildet worden, die große Opfer kostete, mit erstaunlicher Hingebung ausgebildet wurde, aber freilich versagen mußte, als sie sich im entscheidenden Moment erproben sollte. Nach dem Gedankengang, den Peukert plausibel machen wollte, hätte nämlich in dem Augenblick, da alle die verhaßten „Sicherheitsventile" und verdächtigen „Palliativmittel", als welche alle Möglichkeit öffentlicher Betätigung dargestellt wurde, durch den Ausnahmezustand beseitigt waren, nun die erhoffte Explosion erfolgen sollen. Statt dessen trat eine furchtbare Kirchhofsruhe ein. Die Geheimorganisation zerfiel

zwar nicht sofort, sie wurde vielfach mit bewundernswerter Zähigkeit und Mut aufrechterhalten, aber sie brachte es nirgends zu nennenswertem Funktionieren. Nicht viel mehr konnte geleistet werden, und das war anerkennenswert genug, als die Unterstützung der Inhaftierten und Ausgewiesenen. Allerdings tauchten von Zeit zu Zeit kleine, unbeholfen hergestellte Flugblätter auf, aber ihre Verbreitung kostete schwere Opfer und sie konnten an Agitation gar nichts leisten. Die aus England importierten Flugblätter, meist aus der Polizeiwerkstatt der „Autonomie" stammend, waren in vielen Fällen nur dazu bestimmt, den oft ganz unbeteiligten Adressaten der Polizei ans Messer zu liefern. Aber die Wiener Polizei begnügte sich nicht mit diesen einfachen Methoden. Sie benutzte die Geheimorganisation, um sie durch ihre Lockspitzel zu verseuchen, verleitete arme, unerfahrene Menschen dazu, sich an den läppischen Unternehmungen zu beteiligen, an Herstellung von „Bomben", die nie losgehen konnten, von „Brandflaschen", die absolut feuersicher waren, an „Falschmünzerei", wobei Guldenstücke erzeugt wurden, die kein Kind täuschen konnten. Die Opfer dieser Polizeischurkereien, deren Großmeister der Oberschurke Polizeirat Frankl war, wurden dann vor den Ausnahmerichter Holzinger geschleppt und unbarmherzig zu schweren Kerkerstrafen verurteilt. Das schürte den Grimm der Arbeiterschaft, aber der Grimm blieb ohnmächtig ... Eine wirkliche terroristische Organisation hat es in Österreich nie gegeben. Gewiß wurden phantastische Pläne genug gesponnen, aber es blieb bei der Phantasie, die sich nirgends über eine gewisse Kindlichkeit erhob und nie zu geordneter Absicht verdichtete.

Die radikale oder, wenn man will, die anarchistische Theorie und die polizeiliche Praxis wirkten zusammen, um den österreichischen Arbeitern jeden Gedanken an Ausnützung der politischen Rechte zu verekeln und ihnen jede Tätigkeit in gesetzlichem Rahmen als lächerlich erscheinen zu lassen. Dem Anarchismus des Peukert ist die Anarchie der Behörden vorausgegangen, und die wenigen terroristischen Akte, die den Vorwand für den Ausnahmezustand bieten mußten, wiegen federleicht im Vergleich zu den furchtbaren Verbrechen, die die Staatsbehörden gehäuft haben. Es war eine plumpe Nachäffung und Vergröberung des verruchten Systems, durch das Bismarck und Puttkamer die deutsche Sozialdemokratie niederwerfen wollten. Es war in Österreich schlimmer als drüben, weil hier sofort schrankenlose Zügellosigkeit jedes einzelnen Bezirkspaschas eintrat, während in Deutschland die Brutalität und Grausamkeit doch mit einer gewissen Pedanterie funktionierte und man ihre Wirkungen ungefähr berechnen konnte.

Diese absolute Rechtsunsicherheit, diese Verwilderung der Bürokratie hat am meisten dazu beigetragen, jede radikale Stimmung in der Arbeiterschaft hervorzurufen. Sie war vor allem bedingt durch die furchtbar niedrige Lebenshaltung der Arbeiterschaft, der jedes Kampfmittel fehlte, um sich aus dem Elend einigermaßen zu erheben. Das Koalitionsrecht existierte in der Praxis nicht, die Gewerkschaften wurden vernichtet, wo sie sich rühren wollten. Dazu kam als zweiter Faktor der Mangel an Betätigungsmöglichkeit für ein lebendiges, tatkräftiges und taten-

durftiges Proletariat. Und drittens die Verzweiflung an allem, was gesetzliche Ordnung heißt. Daß durch Gesetze etwas gebessert werden könnte, konnte zuletzt einem Österreicher einfallen. Der Kampf um das politische Recht wurde so durch die österreichischen Behörden kompromittiert und konnte als eine gänzlich wertlose Sache erscheinen. Es konnte so weit kommen, daß Peukert noch in der vorletzten Nummer der „Zukunft", unmittelbar vor dem Ausnahmezustand, es wagen durfte, zu schreiben: „Einem Vereinsrecht, wie wir es in Österreich besessen haben, wird von keinem Arbeiter eine Träne nachgeweint werden... Bereits längst haben sich die Arbeiter gewöhnt, sich auch ohne Vereine zu behelfen, und wie die Erfahrung lehrt, sind sie auch nicht schlechter gefahren. Ein stummer Händedruck, ein flammender, vielsagender Blick werden dieselbe Wirkung machen als die stundenlangen Salbadereien einer gewissen Wasserspuppentheorie, bis endlich doch die Morgenstrahlen der aufsteigenden Freiheitssonne das aus finsterer Nacht erwachende Volk bescheinen werden" usw. Die Sätze sind sehr bezeichnend; Herr Peukert und Graf Taaffe waren ganz einig in der Überzeugung, daß die Arbeiter kein Vereinsrecht brauchen.

Wenn die Radikalen alle politischen Rechte für Schwindel hielten, so war ihnen das Wahlrecht geradezu ein Greuel und die Wertung des Wahlrechtes wurde geradezu zum Schibboleth der beiden Fraktionen. Es war begreiflich, daß die Gemäßigten, genötigt, den Wert der politischen Betätigung und insbesondere des Wahlrechtes zu verteidigen, ihm gelegentlich Eigenschaften zuschrieben, die es nicht besitzt. Sie konnten aber mit gutem Fug darauf hinweisen, wie die deutsche Sozialdemokratie dank dem Wahlrecht alle Schändlichkeiten des Sozialistengesetzes überdauern konnte. Aber das blieb vergebens; die Radikalen verhöhnten das Wahlrecht als einen Schwindel, ja in der Hitze des Gefechtes verstiegen sie sich dazu, es für die schlimmste Gefahr für die Arbeiter zu erklären. Peukert durfte übrigens so weit gehen, auch den Arbeiterschutz in Bausch und Bogen als Schwindel zu erklären, ein Beweis, wie arg bei den Radikalen die Leidenschaft jede Überlegung unterjocht hatte.

Während der Jahre 1884 und 1885 war es von den Kämpfen der Fraktionen stiller geworden, weil es überhaupt keine Bewegung gab. Nur unter der Asche glimmte es weiter, die Gemäßigten hielten ihren Verein „Wahrheit" zusammen, hatten noch ein Blatt, den „Volksfreund" in Brünn, das Genosse Hannich redigierte, und hatten allerdings spärliche Förderer der Organisation, insbesondere in Nordböhmen, zu erhalten gewußt. Von den Radikalen war nicht viel zu sehen, aber sie hielten sich, soweit es ging, in ihren Wiener Gruppen aufrecht und hatten insbesondere in Steiermark und Kärnten einige gute Verbindungen. Bei den Resten der ehemaligen Fraktionen war die Ruhe und Untätigkeit unerträglich geworden und die erste Gemeinsamkeit konnte zu einer gemeinsamen Aktion benützt werden. Graf Taaffe gab dazu Gelegenheit. Im April 1886 legte er dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Sozialistengesetzes vor. Warum er sich diesen Luxus gönnen wollte, ist bis auf den heutigen Tag nicht zu erforschen gewesen. Das Ding war eine Potenzierung und Karikierung des deutschen Sozialistengesetzes,

war natürlich nicht schlimmer als der faktische, durch die Polizei geschaffene Zustand, aber freilich seine Festlegung für eine lange Zukunft. Der Protest gegen diesen Plan mußte versucht werden. Eine von Arbeitern einberufene Versammlung wäre ohne Gnade verboten worden. Darum wurden Leute zur Einberufung veranlaßt, denen man nicht leicht etwas verbietet. Die Abgeordneten Kronawetter, Pernerstorfer, Ausserer, dazu der Fabrikdirektor Paul Pacher, erklärten sich bereit dazu, zusammen mit mir für den 9. Mai in Schwenders Kolosseum eine Volksversammlung einzuberufen mit der Tagesordnung: Das österreichische Sozialistengesetz. Zur Vorbereitung dieser Versammlung kamen am 6. Mai in einem kleinen Wirtshaus in der Laudongasse die führenden Genossen radikaler und gemäßigter Richtung zusammen. Zum erstenmal nach langen Jahren blutigen Zwistes saßen die streitenden Brüder wieder an einem Tisch und berieten eine gemeinsame Aktion. Das war eine ganz unscheinbare, kleine Sache; aber es war der erste Schritt, und damit war der entfernte Beginn einer blassen Möglichkeit gegeben, nach und nach zu einer Aussprache zu kommen. In derselben Nacht wurde noch die Resolution verfaßt, am Morgen fuhren zwei Genossen nach Preßburg, ließen sie dort drucken und in der Versammlung, die massenhaft besucht war, flatterten plötzlich fünftausend Flugzettel unter die Menge. Vielleicht ist es von Interesse, den Text hier abzudrucken, weil er charakteristisch ist für die Sprache, die wir damals führten:

Resolution.

In Erwägung, daß das geplante Sozialistengesetz nur ein Ausdruck der Ratlosigkeit und Angst der herrschenden Klassen gegenüber der großen historischen Tatsache der Entstehung und des imposanten Anschwellens der sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist;

in Erwägung, daß ebensowenig irgendein Ausnahmegesetz als irgendwelche Zwangsmaßregeln imstande sind, eine mächtige Kulturbewegung zu unterdrücken oder auch nur zu hemmen;

in weiterer Erwägung, daß durch das in Rede stehende Gesetz zu der absoluten politischen Rechtlosigkeit der Arbeiter noch hinzugefügt werden soll, daß sie von der im Staatsgrundgesetz gewährleisteten Gleichheit vor dem Gesetz prinzipiell ausgeschlossen werden, daß insbesondere ihre pflichtmäßigen Bestrebungen im Interesse der Partei als gemeine Verbrechen gebrandmarkt werden sollen;

in schließlicher Erwägung, daß das heute bestehende Vereins-, Preß- und Versammlungsgesetz derart elastisch und engherzig ist und so gehandhabt wird, daß jede Organisation der Arbeiter zu politischen oder ökonomischen Zwecken gehindert und verfolgt wird,

protestieren die heute Sonntag den 9. Mai 1886 in Schwenders Kolosseum versammelten Arbeiter gegen dieses Gesetz als eine schädliche und unnütze Maßregel und erklären, daß es den Lehren der Wissenschaft ebenso wie den Grundsätzen freien Menschentums ins Gesicht schlägt; erklären weiter, daß sie nach wie vor für ihr Parteiprogramm treu, einig und fest einstehen werden in dem Bewußtsein, daß der Sieg des Proletariats das notwendige Resultat des Ganges der Geschichte ist, und fordern schließlich die Abgeordneten aller Nationen, deren Rechtsgefühl noch nicht vollständig vom Klassenegoismus oder Byzantinismus erstickt ist, auf, nicht nur gegen dieses Gesetz zu stimmen, sondern auch dahin

zu wirken, daß den Arbeitern ihre bisher vorenthaltenen politischen Rechte endlich zuerkannt werden.

Der letzte Satz dieser Resolution war bereits eine schwer erkämpfte Konzession von radikaler Seite. Bezeichnend ist übrigens für das herrschende Mißtrauen, daß sonst sehr vernünftige Genossen des radikalen Flügels fest überzeugt waren, daß die Versammlung „Polizeimache" sei; wie wäre sie denn sonst erlaubt worden?!

Nun begann eine Agitationsarbeit, die, in so kleinem Rahmen sie geführt wurde, doch folgenreich und eigenartig war. Vor allem mußte beiden Fraktionen zum Bewußtsein gebracht werden, daß der gegenwärtige Zustand der Partei die dauernde Lähmung der Arbeiterschaft bedinge, daß aber unmöglich eine der beiden Fraktionen die andere aufsaugen könne. Es mußte unbedingt eine völlig neue Organisation, eine neue Partei geschaffen werden. Dann mußte die Überzeugung geschaffen werden, daß diese Organisation, ihre Tätigkeit notwendig öffentlich sein müsse. Die absolute Unfruchtbarkeit der geheimen Organisation lag auf der Hand, aber daß öffentliche Tätigkeit in Österreich, in Wien, unter dem Ausnahmezustand möglich sei, dazu gehörte freilich ein starker Glaube, der sich nur aus der Erkenntnis gewinnen ließ, daß die österreichische Bürokratie unfähig ist zu irgendeiner Ausdauer und Konsequenz, gewiß nicht im guten, aber auch nicht im bösen.

Für die Gemäßigten war es sehr schwer, sich an den Gedanken zu gewöhnen, daß die mit ihnen seit Jahren kämpfenden Radikalen alles das, was ihnen so furchtbar widersinnig und parteischädlich erschien, in gutem Glauben getan hätten und daß sie insbesondere in ihrer Gesamtheit nicht verantwortlich seien für die Gewalttaten einzelner Individuen, deren Verdammung sie allerdings nicht als ihre Sache ansehen wollten. Im Kampfe mit den Radikalen hatte sich im Gegensatz zu ihnen eine einigermaßen philisterhafte Abscheu vor jeder Art und Form von Gewalt und eine übertriebene Vorliebe für das, was man damals den „gesetzlichen Weg" nannte, eingestellt. Nicht etwa, daß das österreichische Gesetz ihnen imponiert hätte. Der Boden des Gesetzes ist eine vortreffliche Sache — aber er muß vorhanden sein. In Österreich war er eben nicht vorhanden, und daß gerade die rechtlosen Proletarier die einzigen sein sollten, die das Gesetz, das zu ihrer Zuchtrute mißbraucht wurde, respektieren, wäre gewiß zu viel verlangt gewesen. Aber es war auch ein Kern richtiger Empfindung in der Abneigung der Radikalen. Leute, die sich aus blinder Verzweiflung und Empörung über die damaligen Zustände zur Gewalt hatten hinreißen lassen, als Verbrecher zu verabscheuen. Sie mußten jedoch zur Erkenntnis kommen, daß solche Gewaltakte schädlich sind, weil sie den proletarischen Kampf erschweren und unsere Propaganda geradezu lähmen. Man muß sich nicht vorstellen, daß die Genossen, für die „Hoch Kammerer!" förmlich ein Erkennungszeichen war, etwa sehr blutdürstige Leute gewesen wären. Ganz im Gegenteil! Ich habe hundertmal die Erfahrung gemacht, daß die sogenannten Anarchisten warmfühlende Menschen waren, deren Empfinden durch die sie umgebenden Greuel unheilbar verletzt wurde und denen die Schärfe und Energie des Denkens fehlte, um ihre Empfindungen zu zügeln. Die große Mehrzahl aber begnügte sich damit, für terroristische Taten Sympathie zu haben, eine ganz

untätige, unfruchtbare und sehr genügsame Sympathie. Ihnen, die sich trotzdem als Helden fühlten und die von manchen außerhalb der Arbeiterschaft stehenden gewissenlosen Leuten in ihrem Irrglauben bestärkt wurden, mußte ins Gesicht gesagt werden, daß ihr vermeintlicher Radikalismus ganz wertlos für das Proletariat sei: „Ein Anarchist, das ist ein Mann, der wartet, bis irgendwo irgendwer auf irgend jemand ein Attentat verübt — dann freut er sich." Der Radikalismus war geradezu in Untätigkeit umgeschlagen. Das radikale Schlagwort „mit allen Mitteln" mußte vernünftig eingeschränkt werden und wurde schließlich auf die Formel gebracht, der proletarische Kampf solle geführt werden „mit allen zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln".

Die schwierigste Aufgabe war natürlich, für die Notwendigkeit der politischen Aktion einen Ausdruck zu finden, der für die Radikalen nicht geradezu eine schroffe Verleugnung ihrer Vergangenheit war. Ihnen ein solches Abschwören zuzumuten, war auch ganz überflüssig. Denn in den Debatten jener endlosen Nächte, die wir in kleinen rußigen Wirtshäusern führten, hatte sich gezeigt, daß der gute Boden sozialdemokratischer Erziehung, die marxistische Grundanschauung bei den Besten der Radikalen nur verdeckt, aber nicht verloren war. Man mußte nur zurückgehen bis auf diese gemeinsame Grundlage, nur gewissermaßen wegkratzen, was sich darüber gelagert hatte an verworrenen Vorstellungen, an taktischen Utopien, an verführerischen Phrasen und von Ungeduld eingegebener Gefühlspolitik, um sich wieder zurechtzufinden. Über das Endziel war kein Streit. Daß den Weg zum Ziel nur das kämpfende Proletariat selbst finden und bahnen könne, darüber war man einig; daß nur ein klassenbewußtes, organisiertes, geistig und physisch kampffähiges Proletariat diese Aufgabe erfüllen könne, war klar und hatte zur unausbleiblichen Konsequenz die Anerkennung der Notwendigkeit der Anwendung aller Formen des politischen Kampfes und der Erringung der dazu nötigen politischen Rechte. Freilich, auch des Wahlrechtes; das war schwer für die alten Radikalen, aber sie mußten schließlich begreifen, daß uns nichts ferner liege, als das Wahlrecht als eine Panazee zu überschätzen und daß es, von allem anderen abgesehen, kein besseres Mittel der Agitation und Organisation gebe, als das Wahlrecht, das wir ja übrigens erst zu erkämpfen hatten. Das war die bittere Ironie in der Tragödie des Parteizwistes gewesen, daß man sich für und gegen die Wertschätzung eines Rechtes gegenseitig aufrieb, das den Arbeitern zu geben den herrschenden Klassen nicht im Traume einfiel.

Über ein Jahr lang dauerten die Diskussionen, die endlich zur Feststellung einiger allgemeiner Sätze führten, die wir scherzweise die „Fundamentalartikel" nannten, deren genauer Text übrigens verlorengegangen ist; er war nur handschriftlich in wenigen Exemplaren vorhanden, die bei irgendeiner Hausdurchsuchung verunglückt sein dürften. Sie hatten übrigens ihren Dienst getan. Sehr bald konnte ein Schritt weiter gemacht und an die Ausarbeitung eines Parteiprogramms gegangen werden.

Nun würde freilich das alles noch viel schwerer, ja vielleicht unmöglich gewesen sein, hätte das Einigungswerk nicht ein Organ zur Ver-

fügung gehabt, die „Gleichheit", die seit Weihnachten 1886 erschien. Sie war von keiner der beiden Fraktionen abhängig, diente aber beiden. In ihrer Probenummer schon konnte sie erklären, die Erkenntnis nehme zu, daß die Arbeiter eine politische Partei bilden müssen und daß der Weg offener Agitation gegangen werden muß. Schon in der fünften Nummer durfte die „Gleichheit" einen Aufruf zur Sammlung für die deutschen Reichstagswahlen veröffentlichen. Mit Rührung denke ich noch heute daran, wie da die Genossen aus den Werkstätten in unsere Redaktion in der Gumpendorferstraße kamen, ihre paar Kreuzer zusammensuchend; und es waren wohl recht viele „Radikale" darunter, geschworene Feinde des Wahlrechtes, sie spürten aber und sagten es: Das ist der Protest gegen das Sozialistengesetz, das ist der Ausdruck der Solidarität mit unseren Genossen draußen. Da merkte man: das Eis war gebrochen. Die „Gleichheit" nahm sich gerade kein Blatt vor den Mund, trotz des Ausnahmezustandes. Die Regierung scheint eine Zeitlang nicht recht gewußt zu haben, was sie aus der Sache machen solle und der Staatsanwalt ließ uns volle acht Nummern, eine immer schärfer als die andere, ungeschoren. Dann aber muß die Regierung doch gemerkt haben, daß es Ernst ist, und nun wurde jede Nummer konfisziert. Da war's aber zu spät; denn die Verbreitung war bereits prachtvoll organisiert und die legale zweite Auflage war schwerer zu kriegen als die beschlagnahmte erste. Durch die „Gleichheit", die in allen Industriezentren verbreitet wurde, konnten die Fäden der Organisation wieder angeknüpft werden, die in den Redaktionen von Wien und Brünn ihren Mittelpunkt fanden. Zugleich begann wieder eine rege Versammlungstätigkeit, zu der die Besprechung des von Plener ausgeheckten Projekts, den Arbeitern einen Brocken Wahlrecht auf dem Umwege von Arbeiterkammern zu geben, einen harmlos scheinenden Anlaß gab. Das zweite Thema bei solchen Versammlungen war gewöhnlich „Lage der Arbeiter", und so konnte das politische wie das wirtschaftliche Programm der Partei dargelegt werden. Natürlich regnete es Versammlungsverbote, Auflösungen, Prozesse, Drangsalierung aller Art. Da wir aber wieder einmal tätig waren, da die stumpfe Stagnation gewichen war, wurde das alles lachend ertragen. Die „Gleichheit" führte einen rastlosen Kampf mit allen Behörden. Wir ließen uns nichts mehr ruhig gefallen und die „Belehrung der Bezirkshauptleute" begann. Großer Wert wurde auf die Verbreitung der Kenntnis der Gesetze gelegt und unsere Genossen legten damals den Grund zu jener juristischen Schulung, die später die Wut, aber oft auch den Neid der Bürokraten erregt hat...

Das Erscheinen der „Gleichheit" am 11. Dezember 1886 bedeutete einen Wendepunkt in der Arbeiterbewegung. Das österreichische und vor allem das Wiener Proletariat verfügte wieder über ein Blatt, das trotz des Ausnahmegesetzes, trotz Polizei und Staatsanwalt es unternahm, sozialdemokratisch zu schreiben. Mit einer Schärfe und Treffsicherheit, wie nie zuvor ein sozialistisches Blatt geschrieben hatte, wagte es das neue Wochenblatt, als deren Herausgeber Dr. Viktor Adler zeichnete — verantwortlicher Redakteur war der unverwüstliche Ludwig August Bretschneider, ein trotz seiner Jugend erprobter und tatkräftiger Parteigenosse — für die unveräußerlichen Volksrechte einzutreten.

Aber nicht bloß gegenüber den Staatsgewaltigen, sondern auch gegenüber der noch immer vorhandenen Feindseligkeit zwischen den Anhängern der beiden Fraktionen verstand die „Gleichheit" klug und vermittelnd einzugreifen. Das neue Blatt hatte es sich zum Grundsatz gemacht, den es auch stets befolgte, keiner Fraktion, sondern dem ganzen Proletariat und der Sache des Sozialismus zu dienen.

In dem Aufruf zum Abonnement und zur Verbreitung der „Gleichheit" hieß es:

„Der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf Fraktionsunterschiede eine nun in Wien schon lange und schwer entbehrte Waffe im Kampfe für ihr gutes Recht und die von ihr erkannte Wahrheit zuzuführen, ist die offene Absicht und der einzige Zweck dieses Unternehmens . . ." „Jeder Tag bringt uns neue Beweise dafür, daß die Arbeiter Österreichs in ihrer großen Mehrzahl der Ansicht sind, daß eine offene und zielbewußte Propaganda in Wort und Schrift trotz aller Schwierigkeiten die einzige ist, die Erfolg haben kann, und daß es unmöglich ist, sie auf die Dauer zu unterdrücken."

Die Behörden wußten anfangs wirklich nicht, wie sie sich gegenüber dem neuen Blatte benehmen sollten, das so ganz anders war als die früheren Zeitungen der Partei. Wie albern „man" übrigens die Sache auffaßte, zeigt die folgende, das Erscheinen des Blattes betreffende „Notiz" im Polizeibericht:

„Am 11. Dezember (1886) erschien die erste Nummer des von dem Hauseigentümer (das sollte ihn offenbar charakterisieren! Anm. d. V.) Dr. Viktor Adler herausgegebenen sozialdemokratischen Wochenblattes »Gleichheit«, zu dessen Redakteur der Stimmführer der Wiener Sozialdemokraten Ludwig Bretschneider bestellt wurde. Begreiflicherweise hat dieses mit ausreichenden Geldmitteln herausgegebene Blatt frohe Hoffnungen in Parteikreisen wachgerufen, ja es sollen selbst radikale Arbeiter sich nicht ausnahmslos gegen die Abnahme dieses Blattes erklärt haben; nichtsdestoweniger fehlt es nicht an Stimmen unter den Arbeitern, daß dieses es nur darauf angelegt habe, die Arbeitermassen zugunsten der Liberalen und Antisemiten zu ködern."

Dr. Viktor Adler

Die „Gleichheit" war ohne viele Worte, ohne tönendes Programm in die Öffentlichkeit getreten. Sie bedurfte auch in der Tat keiner weiteren Ankündigung oder Empfehlung, denn aus jeder Zeile sprach das neue Blatt zum Herzen, zum Sinne des Volkes; bald voll innigem Ernst, bald voll bitterer Satire, immer aber von heißer Glut beseelt für die Gedanken und Ideen des Sozialismus, dessen nie ermüdender Verkünder die „Gleichheit" wurde, noch ehe eine neue geschlossene Partei sich förmlich gebildet hatte.

In Viktor Adler, aus dessen Feder die meisten Aufsätze stammten, Artikel von flammender Beredsamkeit und jene berühmt gewesenen Glossen voll blutigen Hohnes auf all die Ungerechtigkeiten, mit der diese Gesellschaftsordnung die Armen überhäufte, mit jenen „Belehrungen" für Bezirkshauptleute, Gemeindesekretäre, Gendarmen usw., die das entrechtete Proletariat unausgesetzt mißhandelten, fand das trotzige und mutige Organ des arbeitenden Volkes in Wien und ganz Österreich Körper und Seele.

Mit der ganzen Kunst des vollendeten Stilisten, mit dem Feuer des Redners und mit der Begeisterung des Kämpfers hatte Viktor Adler es verstanden, in den Wirrnissen und Trübnissen, die den Sozialismus innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle zerrissen und zermarterten, das lichte Bild der Demokratie und des Sozialismus erstehen zu lassen. Messerscharf waren die Worte, die seine Feder wider alle Bedränger des Proletariats niederschrieb, und furchtlos und treu waren die quellklaren Sätze für die fast Verzagten, Verschüchterten, Verängstigten und Erbitterten. Jede einzelne der zahllosen Glossen, die in jenen Tagen in der „Gleichheit" erschienen, atmete seinen Geist, die Gebeugten aufrichtend, die Übermütigen zerschmetternd. Bald sausten die Worte hernieder wie wuchtige Keulenhiebe, bald klangen sie wie dröhnende Kampfesfanfaren.

Zwei Jahre lang, ausgefüllt von Kämpfen mit Gegnern und Widersachern, mit Feinden und Bedrückern, mit Feinden aus dem Heereslager der Mächtigen und Gebietenden, mit Gegnern aus dem Lager des arbeitenden Volkes selbst, währte das unendlich schwere Ringen, das nur eine so zähe und lebensvolle Natur zu ertragen vermochte, wie die Adlers war, bis die Einigung der Partei gelang. Freilich verzehrten all die Widrigkeiten einen großen Teil der Kräfte, die dem jungen Arzt, der einer ganz anderen Welt entstammte, um einer gewaltsam niedergehaltenen Volksschicht zu bringen, was ihr göttliches und menschliches Recht hätte einräumen sollen, zu eigen waren. Er war aus einer Sphäre bürgerlicher Wohlhabenheit gekommen, um der Armut und dem Elend sich mit seinem Rat, aber auch werktätig zur Seite zu stellen. Er entstammte einer Klasse, die alle Rechte besaß, die man der Masse vorenthielt. Ausgestattet mit hohen Gaben des Geistes und des Herzens, trat er in die von Verfolgung, Mutlosigkeit oder Verzweiflung gelichteten Reihen des Proletariats, das ihm anfangs mit jenem Mißtrauen begegnete, das das Volk jedem entgegenbringt, der nicht gleich seinen An-

gehörigen von der ehernen Fessel der Not gequält mit ihm und inmitten seiner Scharen lebt. Dieses Mißtrauen zu besiegen, diese Scheu zu überwinden war vielleicht noch schwerer für den Bürgerlichen, der bis dahin den rechtlosen Massen persönlich ziemlich ferngestanden war. Hier festen Fuß zu fassen bedurfte es der ganzen Selbstentäußerung, der völligen Hingabe, wie sie nur ein Mann zu üben fähig ist, der sein altes Leben, seine ganze Vergangenheit mit allen ihren Traditionen gesellschaftlicher und politischer Art von sich zu werfen entschlossen und bereit war, Opfer aller Art auf sich zu nehmen, zu entsagen Genüssen und Ehren, die ihm bei seinem Talent, seinem Wissen und seiner Beredsamkeit in anderen Parteien und Gesellschaftskreisen sicherlich leicht und ohne Gefahren und Mühsale zuteil geworden wären.

Und Adler war schon seit früher Jugend von tiefem sozialen Empfinden durchdrungen. Er sagte 1888 in einer Polemik auf einen gehässigen Angriff persönlicher Art:

„Sozialist bin ich allerdings, seit ich politisch und ökonomisch zu denken lernte, aber erst seit ich erfahren, wie der Klassenegoismus der alten Parteien, Bürgerlichen wie Feudalen, absolut unfähig macht, das soziale Problem ernst aufzufassen, bin ich Sozialdemokrat.

Die politischen Erfahrungen, die ich in den Reihen der vorgeschrittenen Elemente des Bürgertums (darunter auch Schönerer) kämpfend machte, sind es nicht zum geringsten, die mich belehrt und bekehrt haben. Damals faßte ich mit Wissen und Einverständnis einer Anzahl bewährter Genossen den Entschluß, Gewerbeinspektor zu werden, weil ich meinte, meine Kenntnisse als Arzt und Sozialpolitiker sowie meine soziale Stellung so am besten im Interesse der Arbeiterklasse verwerten zu können."

In jenen Tagen konnte man es oft genug hören, daß Viktor Adler, der schon als Student mit wahrhaften Freunden des Volkes wie Engelbert Pernerstorfer*) durch ein inniges Freundschafts-

*) Heinrich Scheu erzählt in seinen „Erinnerungen. Ein Beitrag zur Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung" (Der Wiener Hochverratsprozeß, Wien 1911, Wiener Volksbuchhandlung), eine für die jungen Studenten Adler und Pernerstorfer bezeichnende Episode. Die Familien der verhafteten „Hochverräter" von 1870 darbten und die Unterstützungen, die von der Arbeiterschaft gesammelt wurden, waren recht kärglich; sie bestanden fast ausschließlich aus Arbeiterkreuzern. „Nur einmal erschienen zwei junge Studenten bei mir, um an die Unterstützungskasse einen Beitrag abzugeben, der statt unter einem Namen mit einem revolutionären Vers Freiligraths in der Sammelliste des „Volkswille" quittiert werden sollte. Einundzwanzig Jahre danach wurde ich in überraschender Weise an jenen Besuch erinnert. Es war im Hochsommer des Jahres 1891. Ich war von London zum internationalen Kongreß nach Brüssel gekommen und traf dort mit Viktor Adler zusammen, und zwar, wie ich glaubte, zum erstenmal in meinem Leben." „Erinnern Sie sich nicht", fragte er mich, „an die zwei Studenten, die Ihnen damals Geld für die Inhaftierten brachten?" Wie der Blitz zuckte mir's durch das Gehirn, als ich ihn schärfer ins Auge faßte: „Was!" rief ich, „jene zwei Studenten" — „waren Pernerstorfer und ich!"

In Nr. 12 des „Volkswille" vom 16. April 1870 findet sich im „Verzeichnis der für die Familien unserer verhafteten Freunde eingegangenen Beiträge" unter dem Motto: „Ihr dämpft den Zornruf, ihr Despoten, des Volkes nicht, das hungernd droht" (Aus dem Freiligrathschen Gedicht „Brot!"), als Spende der Betrag von 2 Gulden ausgewiesen, der offenbar von den beiden Studenten Adler und Pernerstorfer herrührte.

band verknüpft war, entweder ein „überspannter" oder ein gewöhnlicher Ehrgeizling sei, dem es nur um eine glänzende Karriere zu tun wäre! Die Philister des Alltags, die in Adler bloß den Sohn des reichen Mannes sahen, der es vermöge seines Geldes und seiner Verbindungen gar nicht nötig gehabt hätte, auf die Straße zu den Armen und Elenden hinabzusteigen, sahen in ihm förmlich den Narren, und die Schlauen des Bürgertums vermeinten in ihm bloß den Ehrgeizigen zu erkennen, der ein Überläufer seiner Klasse und Kaste wurde und zu den Parias ging, weil ihm vielleicht dort einmal eine ruhmvolle Zukunft winken könnte. Und doch, Dr. Viktor Adler war weder das eine noch das andere. Was hatte ihm denn das Volk, das rechtlose Proletariat Österreichs zu bieten? Adler wußte es ganz wohl, daß mit seinem Eintritt in die sozialdemokratische Arbeiterpartei ein Leben der Kämpfe, der Entsagungen, der Mühsale und vielleicht — der Enttäuschungen beginnen werde und müsse, wenn er treu und fest bleiben sollte.

Und er trug alles, wie er alles hingab. Nur wer Adler aus jenen Zeiten von Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts gekannt, in seiner ganzen Begeisterung, in seiner schier übermenschlichen Arbeitsfreudigkeit, in seinem unstillbaren Wissensdrang und in seinem nie versiegenden Idealismus und Optimismus, kann es begreifen, daß er es imstande war, die „Bataillone der Arbeit" sozusagen aus dem Boden zu stampfen. Niemand hätte dem einzelnen Manne das Große zugetraut, das in der Folge von ihm ersonnen und ausgeführt wurde in allen Jahren des Kampfes. Niemals seit dem Werden und Wachsen des sozialistischen Gedankens in Österreich war auch die Lage des arbeitenden Volkes hierzulande so düster als in jenen Tagen, da Viktor Adler sich in den Dienst der Sache des Proletariats stellte mit allem, was er besaß an Körper und Geist.

Nur wenige wissen es heute noch, wie schwer er zu ringen hatte mit sichtbaren und unsichtbaren Gegnern und Feinden, mit Neidern und Heuchlern, mit großen und kleinen Leiden aller Art. Er sprach nie davon, und kaum, daß jemals in all den Jahren, da er zum Vorkämpfer des arbeitenden Volkes geworden war, ein Wort des Unmuts über seine Lippen gekommen, wie schwer auch oft genug Kummer und Sorge auf ihm lasteten. Er hatte einmal den Entschluß gefaßt, den dornenvollen Weg zu gehen, den er als den richtigen erkannt hatte, und so schritt er die Bahn fort, was auch immer kommen mochte. Die großen Hindernisse, die sich ihm in den Weg stellten, die mächtigen Felsblöcke, die ihm entgegengewälzt wurden, konnten ihn nicht abschrecken, von dem einmal eingeschlagenen Weg abzugehen. Er überwand alle Schwierigkeiten und Hindernisse mit verwunderlicher Leichtigkeit, viel leichter als die kleinlichen Nörgeleien, zumal jene, die ihm aus den Reihen derer bereitet wurden, für die er sein ganzes Sein zu opfern entschlossen war.

Die erste Aufgabe, die er sich gestellt hatte, allerdings die schwerste, sicherlich eine der schwersten seines Lebens, war die Einigung der beiden proletarischen Parteien. Hier hatte er den Kampf nicht nur gegen Unvernunft, Fanatismus, sondern auch gegen Schlechtigkeit und Gemeinheit zu führen. Unter die kämpfenden Brüder hatten sich Spitzel aller

Art gedrängt, um durch gegenseitige Verhetzung sowohl wie durch Aufreizung zu „anarchistischen Taten" die Geschäfte der Regierenden zu besorgen. Indem er selbst Mißtrauen säen mußte, um die Arbeiter zu warnen, erntete er selbst Mißtrauen. Tausend Unüberlegtheiten und politische Kindereien mußte er hintertreiben. Eine Episode aus den Tagen dieser Kämpfe hatte er öfter erzählt*): An das unerfahrene Proletariat machte sich allerlei politisches Strebertum heran, das auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu politischem Einfluß aufsteigen wollte. Diese Streber waren verantwortungs- und gewissenlos. Einer dieser Herren hatte in einer der vielen geheimen Sitzungen, die Nacht für Nacht, meist in kleinen Wirtshäusern, abgehalten wurden und der Besprechung über die Einigung galten, allen Ernstes den Antrag gestellt, man solle da und dort Bombenwerfen. Dr. Adler, der den jungen, aufstrebenden Rechtsanwalt, der gerne schöne Verteidigungsreden gehalten hätte, durchschaute, hörte den Antragsteller ruhig an und stimmte dann dem Antrage mit dem Bemerken zu, daß der Herr selbst diese Bomben werfen möge. Daß dann aus dem Antrag nichts geworden ist, ist selbstverständlich! ...

Ein Denker voll Klarheit ist Dr. Adler immer gewesen; aber nicht nur das. Er besaß auch in hohem Maße jene Schamhaftigkeit der Seele, die ihn davon abhielt, in großen und schönen Worten sich an die Öffentlichkeit zu wenden; ihm war jene Reinheit des Herzens zu eigen, die im gegebenen Augenblick sich instinktiv ans Licht drängt, natürlich und ohne erkünsteltes Pathos. Fast gesuchte Bescheidenheit ließ ihn überall schon in den Anfängen seines Wirkens dort siegen, wo man ihn bekämpfte. Beschämt gestanden allmählich alle seine Widersacher aus dem eigenen Lager ein, daß er nicht der sei, wofür seine Feinde ihn ausgaben. Und gar mancher, der anfangs ausgezogen war, um ihm zu fluchen, ging hin und segnete ihn, „unseren Doktor". Seine Herzensgüte versöhnte, wie seine selbstlose Hingabe ihm alle gewann, denen es gegönnt gewesen ist, ihm näherzutreten. So kam es, daß schon nach kurzem Wirken die Macht seiner Persönlichkeit überragend wurde und die Parteigenossen allerorten seinen Rat hörten und sich ihm willig und freudig unterordneten. Schon damals fühlte ein jeder, daß er geradezu von einem gütigen Geschick vorausbestimmt worden sei, ein Führer und Lenker des arbeitenden Volkes in Österreich zu werden, sein selbstloser, niemals versagender und nie ratloser Ratgeber, was auch immer eintreten mochte.

Doch hier soll ja nicht das Leben Viktor Adlers geschildert werden, es sei vielmehr nur mit einigen Strichen gekennzeichnet, wie der Mann war, der in kampf- und leidvoller Zeit zum arbeitenden Volke kam, das von Parteiungen zerrissen und darum zur Ohnmacht verurteilt war. Das war keiner der „Arbeiterführer" von einst, die beim Aufflammen der Arbeiterbewegung in Österreich agitatorisch und organisatorisch tätig waren. Adler war viel, viel mehr. Er war die Feder des Volkes, er war sein Redner, sein Wegweiser, sein Bahnbrecher. Er gehörte nicht zu jenen, die nur in großen, imposanten

*) Wiener „Arbeiter-Zeitung" vom 11. November 1918.

Versammlungen zu sprechen liebten, sondern er unterzog sich auch mit großer Freude der Kleinarbeit, der mühevollen und verzehrenden Tätigkeit, die für das Parteileben unumgänglich notwendig ist. Und er nahm diese Arbeit mit gleich großer Begeisterung auf sich. Es gab wohl kaum einen Tag oder eine Nacht, da er nicht in irgendeinem Kreise mit seinem begeisternden Wort wirkte, da er nicht da und dort belehrend und auch, wie er zu sagen pflegte, auch lernend eingriff. Der Tag zählte zu wenig Stunden für ihn, und jede Stunde, in der er nicht wirken konnte für die Idee, der er sich hingegeben hatte, galt für ihn verloren. Für ihn gab es, wie er selbst lächelnd zu erzählen pflegte, nur einigermaßen Ruhe und Erholung, wenn er im — Kerker saß. Und weil er die Arbeit Zeit seines Lebens liebte, waren ihm die Tage, die er hinter Gefängnismauern zuzubringen genötigt war, so schwer! Der Entzug der Freiheit war ihm nicht so schmerzlich als das gezwungene Fernbleiben von seinem ihm so lieb gewordenen Wirken und Schaffen.

Der Verfasser dieses Buches hatte Gelegenheit, ihn einigemal im Kerker zu sprechen, und immer gab Dr. Adler seinem Unmut darüber Ausdruck, daß er draußen in der Freiheit soviel zu tun hätte. In solchen Zeiten des Kerkers gab er sich meist, wenn er einen einsichtigen Kerkermeister fand, ganz den Büchern oder schriftstellerischen Arbeiten hin. Bezeichnend für seinen Charakter war es auch, daß er selbst gegen Gefängnisaufseher, die ihn oft wohl härter behandelten, als es notwendig gewesen wäre, niemals Groll hegte.

Als bedeutender wirkungsvoller Schriftsteller und Redner trat er in die Partei ein, die Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wohl nicht arm an Talenten war, aber doch der schöpferischen Männer entbehrte. Der lange Zeit währende Parteizwist, der verzehrende Hader im Parteigetriebe, der nicht zur Ruhe kommen wollte, hatte in den Reihen der österreichischen Sozialdemokratie wie in den Reihen des Sozialismus überhaupt verheerend gewirkt. Nun trat Adler auf den Plan mit dem einzigen ernsten Streben zu einen, wo der Haß die Kämpfer auseinandergerissen hatte, und zu versöhnen, was sich wider einander mit feindlicher Hand erhoben hatte. Und das Werk sollte glücken dem neuen Manne, der die Masse der Arbeiter bis dahin nur wenig gekannt hatte, und den die Arbeiter nur wenig oder gar nicht kannten. Freilich war gerade dies mit eine der Ursachen, daß es just ihm gelang, Gemäßigte und Radikale zu sammeln, die sich jahrelang auf das heftigste befehdet hatten; denn er stand über den Fraktionen, um eine Partei zu schaffen!

Es war ein Segen für das österreichische Proletariat, daß ihm in Viktor Adler eine Persönlichkeit erstand, die die große Gabe besaß, vermittelnd zwischen die einander bekämpfenden Parteien des Proletariats einzutreten. Besaß doch Dr. Adler alle Talente, die ihn dazu befähigten, wie es ihm Zeit seines Lebens immer vor allem darum zu tun war, die Uneinigkeit und den Unfrieden im Lager der Partei zu bannen. Er haßte nichts glühender als jenen entsetzlichsten und schädlichsten Feind: den Hader im eigenen Lager, die Uneinigkeit, die immer fortschwärende Wunde am Leibe des Volkes. Er hatte es damals tief schmerzlich erkannt, in welch großes Leid der Parteizwist das arbeitende Volk in Österreich gestürzt hatte, und welch harte Aufgabe es dann war, diesen Feind zu

Boden zu werfen. Darum empfand er es auch in späteren Jahren sehr schmerzlich, wenn das alte Übel der Uneinigkeit in der Partei wieder einmal zutage trat. Er wurde es nicht müde, zur Einigung und Versöhnung zu mahnen, selbst noch in den Tagen, da der Kampf schon lodernd aufflammte....

Viktor Adler war aus einem politischen Kreise sozial denkender und empfindender Männer, wie Pernerstorfer, Kronawetter, Schönerer, Friedjung usw., in die organisierte Arbeiterschaft gekommen. Von den wirtschaftlichen und politischen Lehren von Karl Marx, Friedrich Engels, Wilhelm Liebknecht, August Bebel sowie den Vorkämpfern des belgischen Proletariats war sein Geist erfüllt, und er erblickte es als seine Lebensaufgabe, auch in Österreich jene Doktrinen in die Massen des arbeitenden Volkes zu tragen. Freilich, nirgends im zivilisierten Europa lag die politische und wirtschaftliche Erziehung des Volkes so sehr im argen als hier, und es bedurfte daher vorerst gründlichen organisatorischen und agitatorischen Schaffens, ehe es glücken konnte, siegreich zu bauen. Wie tief mußte erst der Boden gerodet werden, wie viel Schutt mußte erst aufgeräumt werden, bis der fruchtbringende Samen wieder in das Erdreich gesenkt werden konnte! Auf der einen Seite herrschte die brutalste Polizeigewalt, vermehrt und gestärkt durch Ausnahmegesetze, auf der anderen Seite standen ausgebeutete Massen, für die nur kärgliche Schutzgesetze von einem Klassenparlament geschaffen worden waren.

Der Staat war damals mehr noch als jemals die Exekutive der Besitzenden, der Reichen, der Industriellen und der großen Grundbesitzer. Hiezu kamen, wie gezeigt wurde, der Hader und die Zwietracht in der Organisation der desorganisierten Arbeitermassen und der Wahnsinn der anarchistischen Partei. Man mag dem Personenkultus soviel als möglich abhold sein, man muß es aber doch gestehen, weil es die Wahrheit ist, daß zu gewissen Zeiten von einer einzelnen Person, sei sie auch nur das Werkzeug, das ein gütiges Schicksal gegeben, soviel an siegreichen Taten gesetzt wird, daß sie gleichsam als der sichtbare Ausdruck und Wille der Geschehnisse erscheint.

Eine solche Persönlichkeit war Dr. Adler; er war dazu ausersehen, dem Proletariat Österreichs ein Schöpfer und Gestalter zu werden, und mit dem Einsetzen seines Wirkens in der österreichischen Arbeiterschaft beginnt eine neue lebens- und verheißungsvolle Epoche in der Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie. War die Partei bis dahin — zumindest in ihren Anfängen — wohl, wie es den Anschein hatte, ein leuchtendes, aber jählings wieder versinkendes Meteor, so wurde sie durch Dr. Viktor Adler und durch seine Mitkämpfer zu einem strahlenden Fixstern im Systeme des Weltsozialismus. Die österreichische Partei hatte seither immer unbestrittene Geltung und Bedeutung in der sozialistischen Internationale und die österreichischen Vertreter der Partei, und vor allem Viktor Adler, gehörten zu ihren Größten, zu ihren Zierden...

Über ein Menschenalter wirkte er und noch im Versagen seiner leiblichen Kräfte schuf sein Geist mit am Gestalten der Schicksale der arbeitenden Klassen. Als Sterbender noch lieh er seine letzten Kräfte der werdenden Republik!

Durchdrungen von dem hehren Gedanken des internationalen Sozialismus hatte Viktor Adler vom Anfang seines Auftretens an ihn betätigt und bewahrt, wiewohl ringsum die Welt in Brand aufloderte und den einst stolzen Bau einäscherte. Aber was auch immer geschah, wie große Zerstörungen auch der Nationalismus angerichtet hat, wieviel der Haß am Menschentum sich versündigt hatte, niemals erstarb in ihm das Hoffen auf ein Auferstehen der Internationale!

Da überall in allen Landen der Haß zerstörte, in seinem Herzen hat ein hassender Nationalismus niemals Raum gefunden. Er, der einer der glühendsten Kämpfer in der neuen Internationale gewesen, der in Paris 1889 an ihrer Wiege gestanden war, hat es schmerzvoll ertragen müssen, wie dieser Bau in Trümmer sank, nachdem schon vorher in Österreich der Nationalismus die österreichische Internationale niedergeworfen hatte. Das war ein großes, tief schmerzliches Stück Tragik in seinem Leben.

Von den Machthabern wurde die „Gleichheit" und ihr Herausgeber gehaßt und gefürchtet. Er war namentlich in den ersten Jahren seiner Parteitätigkeit vielfach Gegenstand der gehässigsten und verleumderischen Angriffe. Wußte man schon nichts anderes gegen ihn vorzubringen, so schleuderte man — in jenen Tagen war es ja die politische Kampfeslosung — ihm das Wort „Jud" zu, welches Argument für die Zwischenrufer wohl das schwerwiegendste gewesen sein mag!

Liberale und Klerikale stürzten sich auf Dr. Adler und suchten ihn bei der Arbeiterschaft, deren Liebe und rührende Zuneigung er sich in kurzer Zeit erworben hatte, zu verdächtigen und zu verleumden. Das focht jedoch Adler wenig an; er ging unbeirrt seinen Weg und schwieg zu dem Gekläffe von links und rechts. Erst als einmal das „Vaterland", das klerikale Organ der Feudalen und Kirchenfürsten, das einige Zeit auch mit seinem „warmen sozialreformerischen Empfinden" für die Arbeiterschaft protzte, einen heuchlerisch-verlogenen Artikel über Adler veröffentlichte, erwiderte der Angegriffene in meisterhafter Polemik und brachte hiedurch für eine Zeitlang die Lästerfedern und -mäuler zum Schweigen.

Allmählich lernten auch die heftigsten Gegner Adler bewundern!

Dr. Viktor Adler war 1852 in Prag geboren. Schon als Dreijähriger aber kam er mit seinen Eltern nach Wien, das ihm zu seiner eigentlichen Heimat wurde. Während seiner Universitätsjahre — er hatte sich den medizinischen Studien zugewandt — schloß er sich der deutschnationalen Richtung an; stets aber bestrebt, die sozialen Zusammenhänge des modernen Wirtschaftslebens zu erfassen, wie er schon frühzeitig sich mit den Hauptwerken der Nationalökonomie und des Sozialismus vertraut gemacht hatte. Nach Zurücklegung seiner Fachstudien wurde er praktischer Arzt und als „Armenleutdoktor" lernte er das Leben der Enterbten kennen. Politisch war er noch national. Mit Georg Schönerer, Engelbert Pernerstorfer, Heinrich Friedjung und Otto Steinwender arbeitete er an dem sogenannten „Linzer Programm". Aber er erkannte nur allzubald, daß diese Grundsätze nicht dem Volksganzen genügen konnten. Er wollte das deutsche Volk wirklich aus seiner Schmach herausführen, vor allem aus der sozialen Schmach. 1883 traf er das erstemal mit Bebel zusammen und seither war in ihm

der Entschluß gereift, sein ganzes Leben der Sache des Sozialismus zu weihen. So begleitete er die Partei, die er begründet, durch 35 Jahre auf allen ihren Wegen. Jedes Blatt in der Geschichte des Sozialismus in Österreich legt Zeugnis von seiner großen Persönlichkeit ab. Am 11. November 1918, einen Tag vor der Proklamierung der Republik, erlag er einem Herzleiden. Mit ihm, der der erste Staatssekretär für Äußeres im neuen Volksstaat war, sank nicht nur der große Parteiführer, sondern auch einer der größten Politiker Österreichs ins Grab ...

In einer Trauerfeier des Wiener Proletariats sagte Dr. Wilhelm Ellenbogen von ihm die treffenden Worte:

„Zum Sozialdemokraten bestimmte ihn vor allem die Naturanlage einer glühenden, unersättlichen Leidenschaft, zu helfen dem einzelnen wie der ganzen Menschheit im kleinsten wie im größten. Er hat geholfen mit dem ratenden Wort und mit der geschichtemachenden Tat, mit durchleuchtendem Witz und erziehungsvoller Derbheit, mit befeuerndem Lob und ernüchterndem Tadel, als Fahnenträger in der Schlacht und als lächelnd schweigender Dulder. Er sprang dem einzelnen bei in seinem persönlichen Leid, er half der Partei aus ihrer Zerfahrenheit, er half dem Staat in den Nöten seines Zerfalles, der Gesamtheit des Volkes in den Stürmen und Drängen seiner werdenden neuen Freiheit. Er hat an diese Hilfsbereitschaft den letzten Pulsschlag seines großen Herzens ebenso verschwendet wie die letzten Kräfte seines Lebens."

Adler hatte der Partei und der großen Sache des Sozialismus alles gegeben, was ein Mensch hinzugeben vermag!

* * *

Trotz des großen Erfolges, den die „Gleichheit" bei der Arbeiterschaft hatte, fehlte es doch nicht an heftigen Gegnern des neuen Blattes und der Grundsätze desselben. Die alten „Radikalen" hatten noch keineswegs abdiziert. Hie und da gaben ihre „Anarchisten" zur großen Freude der Polizei wie der Bourgeoisie „Lebenszeichen" von sich, Vorbereitungen zu „Dynamitexplosionen", kleine Falschmünzereien usw.

Ebenso bestanden, namentlich in den Alpenländern, „Gruppen" von „Radikalen", die noch immer fest an der alten Taktik und Organisation festhielten. Ein Zentrum war Graz, wo Josef Rißmann und der Schuhmachergehilfe Franz Göpfhardt die leitenden Personen waren. (Letzterer wurde später wegen einer der bekannten „anarchistischen" Dummheiten zu einer zehnjährigen schweren Kerkerstrafe verurteilt.) Auch in Wien versuchten einige „Aktionsgruppen" einen Rummel zu veranstalten, doch fanden ihre „Taten" keinen Widerhall mehr. So fand die einst viel geübte Druckschriftenpropaganda nur wenig Anklang im Proletariat, wenn es auch an den Versuchen der Londoner Spitzel nicht fehlte, die österreichischen Arbeiter mit den neuesten literarischen Erzeugnissen der Herren Peukert und ähnlicher Ehrenmänner bekanntzumachen.

Es ging eben vorwärts im Proletariat!

Der Weg nach Hainfeld

Wohl war bisher eine völlige Einigung zwischen den beiden Fraktionen der Arbeiterschaft noch nicht zustande gekommen, allein der Wille hiezu war wiederholt schon bekundet worden; daß sich dann auch ein Weg werde finden lassen, konnte kaum mehr zweifelhaft erscheinen. Dr. Adler war es vor allem, der unermüdlich und rastlos für die Einigung überall, wo er nur konnte, eintrat. Er hatte es sich keinen Augenblick verhehlt, daß die Aufgabe, die er sich gestellt hatte, eine schwere sein werde; er wußte nur zu gut, wie große Hindernisse zu beseitigen sein würden.

Ein Rückblick auf die Vorgänge im proletarischen Lager in den Jahren 1887 und 1888 zeigt, wie unbesiegbar schon der Glaube an eine Einigung in der Arbeiterschaft Österreichs geworden war, und wie nach und nach selbst die radikalsten Genossen sich der Anschauung zuneigten, daß der unheilvolle Zwist einmal begraben werden müßte!

Es ist sicherlich höchst bemerkenswert, daß die Polizei selbst — zu ihrem großen Mißvergnügen — in ihrer Übersicht über die Arbeiterbewegung im Jahre 1887 an der Spitze der Darstellung konstatieren mußte:

„Der Aufschwung, welchen die sozialistische Idee 1886 genommen hat, hielt 1887 an, da die andauernde wirtschaftliche Krise noch immer die Quelle der Unzufriedenheit der unteren Schichten bildet und der Verbreitung mißverstandener Theorien und verwerflicher Hetzereien förderlich ist.

Anderseits läßt die fortschreitende geistige Ausbildung der Massen dieselben ihre Not noch empfindlicher fühlen."

Das schon im Jahre 1886 in den verschiedenen Ländern betätigte Bestreben, losgelöste Arbeiterorganisationen zu vereinigen und zu einer selbständigen Arbeiterpartei heranzubilden sowie die Geltendmachung des Solidaritätsstandpunktes der Arbeiter aller Länder bilden auch 1887 die hervorragendsten Momente in der sozialistischen Bewegung, deren Wirkung naturgemäß in dem Anwachsen der Sozialdemokratie und in einem deutlich wahrnehmbaren Rückschritt des Anarchismus sich äußerte. Hiedurch wird es erklärlich, daß die Sozialdemokratie in den meisten Staaten ein Selbstbewußtsein und eine Siegeszuversicht zur Schau trägt, hingegen der Anarchismus mehr in den Hintergrund tritt. Selbst die Mostsche „Freiheit" muß sich zu diesem Eingeständnis bequemen und bringt über die Ereignisse des Jahres 1887 eine Liste mit folgender Bemerkung:

„Die Liste ist lang, deren Inhalt traurig. Sie liest sich wie ein Schlachtbericht, welcher nur Tote und Verwundete auf einer Seite zu vermelden hat: Verhaftungen, Verurteilungen, Hausdurchsuchungen, Exilierungen, Justizmorde, Konfiskationen usw. Auf der anderen Seite mißglückte Versuche, menschliche Ungeheuer zu vernichten, die kapitalistische Ausbeutung einzuschränken. Sühne für begangenen Hochverrat an der Menschheit herbeizuführen — lauter Niederlagen."

In Österreich war die Organisations- und Agitationsarbeit trotz des herrschenden Ausnahmegesetzes eine ungemein rege. Der neue Gedanke, der in die Massen eingedrungen war, die ersehnte Vereinigung der sozialistischen Kräfte, begann allerorten begeisternd zu wirken. Wohl waren die Schwierigkeiten, die der Verschmelzung entgegenstanden, noch nicht zur Gänze beseitigt, aber es waren doch nur mehr persönliche Momente als sachliche Gegensätze, die noch den Zusammenschluß hinderten. Die Differenzen traten am meisten in Wien und in Graz hervor. Speziell in Graz kam es noch immer zu stürmischen Auftritten in Versammlungen der Arbeiterschaft; Rißmann war es vornehmlich, der jede Vereinigung perhorreszierte. Recht günstig ließen sich dagegen die Verhältnisse in Böhmen und Mähren an, wo es gelungen war — auch hier hatte Dr. Viktor Adler mit großem Geschick vermittelt — zwischen den Fraktionen ein Einvernehmen zu erzielen. Die beiden tschechischen Organe „Rovnost" („Gleichheit", Brünn) und „Hlas Lidu" (Proßnitz) stellten sich restlos in den Dienst der Einigung.

In den verschiedensten Punkten Österreichs zeigte sich ein frischer Zug, der durch die Arbeitermassen ging; nicht geringen Anteil daran hatte die „Gleichheit", die bald große Verbreitung fand.

Eine Aktion von weittragender Bedeutung, die in Parteikreisen als der Wendepunkt in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung angesehen wurde, war die Veranstaltung einer Massenversammlung des Wiener Proletariats am 3. April 1887 beim „Schwender".

Der Verein „Wahrheit" hatte eine Volksversammlung mit der Tagesordnung „Unsere politischen Forderungen" einberufen, bei der Radikale und Gemäßigte sprachen, worauf einstimmig folgende Resolution angenommen wurde:

„In Erwägung, daß die kapitalistische Gesellschaftsordnung ihren Höhepunkt überschritten und damit ihrem Untergang entgegengeht;

daß die Begleiterscheinungen und Folgen dieser Wirtschaftsform: Vereinigung der Produktionsmittel in immer weniger Händen, Massenelend und Arbeitslosigkeit in immer kolossalerem Umfang wachsen;

daß somit die Entwicklung zu einer neuen Wirtschaftsform mit ausschließlichem Eigentum der Gesellschaft an sämtlichen Produktionsmitteln geschichtlich notwendig ist und zugleich vom Standpunkt der Menschlichkeit mit allen Mitteln erstrebt werden muß;

in Erwägung, daß die Unkenntnis der Bedingungen der ökonomischen Entwicklung von den herrschenden Klassen gewaltsam aufrechterhalten wird;

daß aber die Klarheit und Einsicht in dieselben auf beiden Seiten die einzige Möglichkeit bieten, daß sich der Klassenkampf rasch und mit möglichst wenig Opfern vollzieht,

verlangt die heutige Volksversammlung

die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung, welche entweder in der Form von Gesetzen oder in der Form von polizeilicher Bevormundung und Schikane die Verbreitung klarer Vorstellungen über den Sozialismus und seine Ziele hindern, und verlangt volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda. Sie verlangt somit in politischer Hinsicht:

1. die sofortige Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmeverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die sofortige Aufhebung der Beschränkungen der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur, und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel sowie des Verbots der Kolportage;

3. die sofortige Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die sofortige Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar vom 20. Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt) als ein wichtiges Mittel der Agitation und Propaganda, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die sofortige Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das Recht, Koalitionen für den Lohnkampf zu bilden, durch die ehrliche Durchführung des freien Koalitionsrechtes und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredungen der Arbeiter;

6. die sofortige Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt. Die Erfüllung dieser Forderungen hält die heutige Versammlung für unerläßlich, soll der Übergang der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur sozialistischen sich ohne allzu große Opfer vollziehen."

„Man sieht," schrieb Dr. Adler in seinem schon erwähnten Artikel über diese Versammlung, „daß der Kern des künftigen Programms der Partei damit gegeben und akzeptiert war und daß die wichtigsten Streitpunkte erledigt waren. Nun konnte an die Wiederherstellung der Organisation gegangen werden. In Wien vereinigte ein »Fünfzehnerkomitee«, das sich im Notfall auch als Ausschuß des Vereines »Wahrheit« darstellen konnte, die Vertrauensmänner beider ehemals getrennten Fraktionen. Der erste Ansatz einer Zusammenfassung der Organisation war gegeben. Aber Vorsicht war geboten. Nicht etwa wegen der Behörden. Die versuchten uns allerdings einen Geheimbundprozeß zu machen, der aber schmählich ins Wasser fiel. Der Adjunkt Hugo Bürger war der saubere Untersuchungsrichter — sonst war er übrigens ein recht unsauberes Subjekt — der auf die Frage, wessen man mich eigentlich beschuldigte, mit düsterem Pathos wörtlich erklärte: »Sie sind beschuldigt, an Stelle der anarchistischen Kettenorganisation die sozialdemokratische Massenorganisation nach deutschem Muster anzustreben.« Ich unterdrückte mit Mühe mein Lachen, hielt mich aber an die von uns ausgegebene probate Parole, absolut keine Frage zu beantworten und jede Aussage zu verweigern. Alle fünfzehn wurden wir verhört, aber heraus kam gar nichts dabei als die Blamage des Herrn Untersuchungsrichters, der die plumpsten Tricks spielen ließ, beim Verhör Radikale und Gemäßigte gegeneinander zu verhetzen und zu verleumden suchte. Vorsichtiger als die dumme Spitzelei der Behörden mußten aber die Traditionen der Radikalen behandelt werden, die man gelehrt hatte, sich »Föderalisten« zu nennen und die in jeder straffen Zusammenfassung der Aktion verruchten »Zentralismus« sahen. Es war geradezu ein Dogma geworden, daß der »Bewegungsfreiheit des einzelnen möglichst

großer Spielraum gelassen« werden mußte, wie die traditionelle Formel lautete. Nur langsam ließ sich eine demokratische und zweckdienliche Methode, die Parteigeschäfte zu führen, einführen, aber allmählich gelang es doch, die Einheit und Schlagfertigkeit der Aktion zu ermöglichen, und von der alten Tradition blieb nur — und zwar bis zum heutigen Tag — eine gewisse Elastizität unserer Parteiorganisation übrig, die neben manchen üblen doch auch viele recht gute Folgen gehabt hat.

Nun konnten wir weiter gehen und die Neugründung der Partei vorbereiten. Ich wurde mit der Ausarbeitung des Programms beauftragt, das zur Schonung alter Empfindlichkeiten »Prinzipienerklärung« heißen mußte. Karl Kautsky, der damals in Wien war, revidierte die Arbeit und gab seinen Segen dazu. Dann wurde die Zustimmung zur Abhaltung des Parteitages bei den einzelnen Gruppen — Organisationen konnte man es kaum noch nennen — in allen Industriezentren mündlich eingeholt. Bei einer solchen Reise wurden Pokorny und ich in Reichenberg auf offenem Marktplatz verhaftet und unter Gendarmerieaufsicht zur Abreise von Reichenberg veranlaßt. Wir kamen aber drei Tage später zurück und hielten die notwendige Besprechung bei finsterer Nacht am Fuße des Jeschken ab. Diese vielfach heitere Episode hatte aber eine sehr ernste und wohltätige Folge. Das Reichenberger Kreisgericht hängte uns nämlich einen Geheimbundprozeß mit Hausdurchsuchung und sonstigem Zubehör an, der, wie gewohnt, beim Prager Landesgericht ausgetragen werden sollte. Da man aber nicht wagte, uns in Untersuchungshaft zu nehmen, konnten wir in aller Ruhe an den Obersten Gerichtshof gegen die Delegierung des Prager Gerichtes appellieren. Unserer Beschwerde wurde stattgegeben und damit war der Ausnahmezustand für Nordböhmen gebrochen, der Tätigkeit des Prager Sozialistensenats definitiv ein Ende gemacht.

Natürlich war all diese Geheimbundriecherei ganz absurd. Wir suchten nichts mehr als die öffentlichste Öffentlichkeit und nur wenn uns das Polizeiverbot öffentliche Verhandlung unmöglich machte, mußte eben hinter geschlossenen Türen getan werden, was getan werden mußte. Dem § 2 des Versammlungsgesetzes, der Versammlungen, die auf geladene Gäste beschränkt sind, der behördlichen Kontrolle entzieht, gaben wir eine Anwendung, von der sich seine Erfinder wohl nichts haben träumen lassen. Aber wenn uns die Behörde nicht störte, war sie uns als Zuhörer willkommen. Wir wollten uns ihr möglichst deutlich zu Gehör bringen. Das war die gerade entgegengesetzte Methode, wie die bis vor kurzem bei den Radikalen geübte; aber sie war wirksam, hatte den Reiz der Neuheit und befriedigte auch, allerdings in anderer Art, den Betätigungstrieb unserer Genossen ...

Es war ein deutliches Bild jener Zeit fiebernder Tätigkeit, hoffnungsvollster Arbeitsfreude. Es war ein wahrer Germinal für die Partei. Wie diese gehetzten, getretenen, als Polizeifutter verachteten, als gewalttätige Bestien gehaßten Proletarier sich stolz aufrichteten, ungeahnte Fähigkeiten zur politischen Arbeit zeigten, wie sie nach schwerer Tagesarbeit Nacht um Nacht bis in die Morgenstunden mit brennendstem Interesse die Diskussionen über schwierige theoretische und taktische Fragen führten — das wird allen, die jene Zeit miterlebt, unvergeßlich sein. Oh, die Propaganda war nicht leicht. Die alten Vorurteile, gestützt auf leidenschaftlich verteidigte Argumente, konnten nur mit zäher Geduld besiegt werden. Aber dann kam auf einmal ein Aufflammen, worin alle die verjährten Gehässigkeiten verzehrt wurden.

Hier ist nur von den Genossen deutscher Zunge die Rede gewesen. Bei den Polen, Slowenen und Italienern entstanden

damals die ersten Anfänge einer Organisation — in Hainfeld waren sie durch je einen Delegierten vertreten — hingegen hatte das tschechische Industrieproletariat schon eine ganz erhebliche Entwicklung hinter sich. Auch bei den tschechischen Genossen hatte die Spaltung ihre bösen Folgen gehabt und in Böhmen hatte die Persekution empörend brutale Formen angenommen. Die große Majorität der tschechischen Organisationen war im Fahrwasser der Radikalen. Eine nationale Sonderung, nationalautonome Organisationen, wie wir sie heute (1909) haben, gab es übrigens streng genommen damals noch nicht, aber schon seit 1882 gab es eine tschechoslawische Arbeiterpartei, die sich als Teil der Sozialdemokratie fühlte und ihre Schicksale teilte. Der Einigungsprozeß, der von Wien ausging, erfaßte natürlich auch die tschechische Organisation und schon zu Pfingsten 1887 gab ein in Brünn abgehaltenes, von deutschen und tschechischen Gesangvereinen stark besuchtes Sängerfest Gelegenheit zur Annäherung der Fraktionen beider Zungen. Weihnachten desselben Jahres fand in Brünn der Parteitag der tschechoslawischen Arbeiterpartei statt, der den Streit in den Hauptpunkten bereinigte, ein vorläufiges Programm feststellte und beschloß, bei der demnächst zu erwartenden Einigung der deutschen Genossen mit ihnen zusammen in eine einzige sozialdemokratische Arbeiterpartei aufzugehen. In Hainfeld war denn auch eine ganze Anzahl tschechischer Genossen als Delegierte anwesend.

So waren denn die Vorbedingungen für die formelle Einigung der Partei endlich errungen. In der Empfindung der Massen war der Streit bereits überwunden, davon gab das am 4. Dezember 1887 beim Schwender abgehaltene zwanzigste Gründungsfest des Arbeiterbildungsvereines Zeugnis: die sich in langjähriger Feindschaft befehdet hatten, umarmten einander und sahen sich feuchten Blickes als Kampfgenossen ins Auge, als bei den Klängen der Marseillaise die rote Vereinsfahne der Bäcker geschwenkt wurde. Die Regierung wußte den historischen Moment in ihrer Weise zu würdigen: sie ließ durch den Polizeirat Frankl einige der Beteiligten wegen Überschreitung des Festprogramms zu Geldstrafen verknurren. Aber von der mächtigen Gefühlsäußerung dieser Stunde bis zur nüchternen Feststellung eines genau durchdachten Programms und zur Aufrichtung einer geordneten und zweckmäßigen Organisation war noch ein schwerer Weg, der wieder fast ein Jahr kostete."

Über die imposante Kundgebung des Wiener Proletariats schrieb Viktor Adler unter anderem in der „Gleichheit":

„Die Volksversammlung in Wien am 3. April 1887 dürfte einst in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei in Österreich einen bedeutsamen Platz einnehmen. Es ist schon lange her, seit eine so kräftige, einstimmige Kundgebung der Partei erfolgte. Mehr als durch unsere „Staatsgrundgesetze", mehr als durch das Ausnahmegesetz war die Partei durch die Spaltung gelähmt ...

Seit einiger Zeit nun machte sich auf beiden Seiten das Gefühl geltend, es sei Zeit, Frieden zu machen, die Streitpunkte ruhig zu prüfen und zu erörtern. Wir müssen hervorheben, daß der Regierung und ihren Organen das Verdienst gebührt, diese Strömung nach Kräften verstärkt zu haben. Es mußte jedem auffallen, daß man bei jeder Gelegenheit suchte, die Spaltung tiefer und unüberbrückbarer zu machen. Wenn Herr Graf Lamezan (als Vorsitzender im Merstallinger-Prozeß. Anmerkung des Verfassers.) die »Gemäßigten« »Wassersuppensozialisten« nennt, und Herr Graf Taaffe die »radikale Arbeiterpartei« (in

einer Interpellationsbeantwortung. Anmerkung des Verfassers.) als »anarchistisch« bezeichnet, mußte schließlich doch die Überzeugung durchdringen, daß der Gegner den Hader nur fördert, weil er ihm allein nützt."

Schließlich hieß es in dem Artikel:

„Soll die Partei neu erstehen, so haben wir uns vor allem eine Sorte von »guten Freunden« vom Leibe zu halten. Das sind diejenigen, die fortwährend von »Siegern« und »Besiegten« sprechen, die auf der einen Seite ein Triumphgeheul anstimmen, auf der anderen Seite über den Untergang der Welt lamentieren. Merkwürdigerweise finden sich beide Sorten und beide Auffassungen auf beiden Seiten. Das beweist eben, daß es weder Sieger gibt noch Besiegte. Ein mächtiger Strom hat sich in seinem Laufe in zwei Arme getrennt und sein Weg und sein Ziel führt die Getrennten wieder zusammen in einen einzigen mächtigen Strom; da kann niemand sagen, der eine Arm habe den anderen überwunden!"

Über die bedeutsame Versammlung und deren mutmaßliche Folgen im Proletariat Österreichs bemerkte der Polizeibericht:

„Die in der Versammlung gefaßten Beschlüsse lassen wohl auf ein zwischen beiden Parteien vereinbartes Kompromiß schließen. Wenn früher die Anarchisten dem allgemeinen Wahlrecht, dem Parlamentarismus überhaupt, sowie den gesetzlichen Reformen in Festhaltung des Standpunktes der strammsten Negation entgegengetreten sind und solche Errungenschaften nur als Palliativmittel bezeichneten, die geeignet sind, das Proletariat aus der revolutionären Bahn in ein Sumpfwasser zu führen, stimmten in dieser Versammlung Anarchisten vereint mit den Sozialdemokraten für diese Postulate, jedoch erst nach der Versicherung, daß die Sozialdemokraten dermalen auch nicht mehr den Parlamentarismus und das allgemeine Wahlrecht überschätzen und daß ihnen der Gedanke fern sei, im Parlament eine Majorität für den Beschluß der Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel zu erhoffen. Vielmehr sollen Wahlrecht und Parlamentarismus nur als die wirksamsten Mittel der Agitation ausgenützt werden und das Parlament sowie die anderen Vertretungskörper sollen vorläufig nur als Boden dienen, welchen der »Bourgeoisstaat« dem Proletariat gönnen muß, um gegen ihn zu protestieren und die Massen gegen ihn zu organisieren. Unter diesen Umständen hielten sich weder die Sozialdemokraten als Sieger über die Anarchisten, noch diese als Besiegte, und es äußerte sich vielmehr das Bestreben, eine öffentliche Agitation in der angedeuteten Richtung unter dem Zeichen der Sozialdemokraten zu entwickeln, die sozialistische Bewegung in ganz Österreich mehr und mehr zu beleben und aufzufrischen. So hofft man den Sozialismus in die weitesten Volkskreise zu tragen und das Terrain herzurichten, auf welchem im geeigneten Zeitpunkt die Machtfrage zum Sturz der gegenwärtigen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung aufgeworfen werden soll."

Der großen Wiener Versammlung folgten Versammlungen in Kärnten, Oberösterreich, aber auch in Deutschmähren und Deutschböhmen, die alle dem Einigungsgedanken zustimmten, wiewohl beispielsweise in Klagenfurt, wo Dr. Adler sprach, ihm Rißmann entgegentrat.

Bemerkenswert ist auch, daß neben den wirtschaftlichen Themen, die in den Arbeiterversammlungen erörtert wurden, vielfach auch die neue Institution des Landsturms erörtert wurde. „Hiebei be-

tonten", wie der Polizeibericht hervorhebt, „die Anarchisten die Notwendigkeit, die sozialistische Propaganda in die Reihen des stehenden Heeres zu tragen, um die entsprechenden Elemente für den Landsturm heranzubilden, welche dann von den ihnen anvertrauten Waffen den »angezeigten« Gebrauch machen würden. Die Sozialdemokraten hingegen erwarten von der Institution des Landsturms einen Übergang zur allgemeinen Volksbewaffnung und hoffen, daß der erste Krieg, welcher mit vollem Aufgebot des Landsturms geführt wird, auch »der letzte« sein werde."

Während der Weihnachtsfeiertage 1887 fanden an verschiedenen Orten Österreichs Einigungsverhandlungen statt. Die Polizei teilt hierüber eine Resolution mit, die das Ergebnis der Beratungen gewesen sei.

Sollten das die „verschwundenen Fundamentalartikel" sein, von denen Dr. Adler in dem vorher zitierten Aufsatz sprach?

Die Entschließung, die schon das künftige Programm in großen Zügen darstellt, lautete:

I.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei strebt mit allen Mitteln die Umwandlung des heutigen Klassenstaates in die sozialistisch-(kommunistisch-)organisierte Gesellschaft an.

II.

Da der Träger dieser Entwicklung einzig und allein das klassenbewußte und organisierte Proletariat sein kann, so sind die Erweckung des Klassenbewußtseins und die Organisation des Proletariats die nächsten Zielpunkte der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

III.

Als Mittel hiezu dient die Propaganda in Wort und Schrift und eine einheitliche Organisation der Partei, welche aber die Selbständigkeit der einzelnen möglichst zu schonen hat.

IV.

Die individuelle Anwendung der Gewalt wird als die Partei schädigend abgelehnt; im übrigen hängt die Taktik von dem Verhalten der herrschenden Klassen und ihrer Organe ab.

V.

Die Organisation sowie die Agitation hat, soweit dies möglich ist, öffentlich zu sein, und sind alle Mittel der Öffentlichkeit, als: Presse, Versammlungen, Vereinswesen, voll und ganz auszunützen.

VI.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei rechnet sämtliche bürgerlichen Parteien zu einer reaktionären Masse, lehnt jedes Kompromiß mit ihnen ab und wird neue ökonomische und politische Zugeständnisse (Sozialreformen und politische Rechte) für die Emanzipation der Arbeiterklasse nach Möglichkeit ausnützen.

Von der größten Bedeutung für die weitere Entwicklung der Partei war jedoch die Einigung der tschechischen Parteien, die in den Weihnachtstagen 1887 einen Kongreß in Brünn abhielten, auf dem ein Programm beschlossen wurde, das dem der künftigen gesamt-

österreichischen Partei bereits angepaßt war. Auch für diesen Kongreß hatte Dr. Adler mit den tschechischen Genossen die umfassendsten Vorarbeiten getroffen.

Zu den Verhandlungen hatten sich 53 Delegierte eingefunden. Die Tagesordnung bestand aus folgenden Punkten:

1. Die Lage der Arbeiter in der Gegenwart.
2. Wesen und Nutzen der Arbeitervereine.
3. Die Presse.
4. Stellung der Partei zur Nationalitätenfrage.
5. Das Parteiprogramm.

In bezug auf die Lage des Arbeiterstandes und dessen Verbesserung wurde die Beseitigung der privatkapitalistischen Produktionsweise als notwendig bezeichnet, jedoch vorläufig, um die Arbeiter gegen die übermäßige Ausbeutung seitens der Unternehmer zu schützen, die Forderung auf achtstündige Arbeitszeit, auf Beschränkung der Frauenarbeit und auf Vermehrung der von den Arbeitern zu wählenden Gewerbeinspektoren gestellt.

Rücksichtlich des zweiten Programmpunktes wurde beschlossen, sich des Vereinsrechtes auch künftighin nicht zu begeben und in sozialpolitischer Richtung der Gewerk- und Unterstützungsvereine und in erzieherischer Richtung der Bildungsvereine sich zu bedienen.

Weiters wurde die intensivste Ausnützung des Versammlungsrechtes empfohlen.

Bei der Verhandlung über die Presse wurden die Blätter „Hlas Lidu" in Proßnitz, „Rovnost" in Brünn und „Věk Svobody" in Prag als Parteiorgane erklärt; weiters wurden den der deutschen Sprache mächtigen Parteiangehörigen folgende Blätter empfohlen: „Volksfreund" und „Arbeiterstimme" in Brünn, „Arbeit", „Gleichheit" und „Bäckerzeitung" in Wien und die „Volksstimme" in Innsbruck.

Die Herausgabe des letztgenannten Blattes wurde für Neujahr 1888 in Aussicht genommen. (Das Blatt konnte sich jedoch nur kurze Zeit halten. Anmerkung des Verfassers.)

Für die Propagierung der sozialistischen Ideen wurde weiters die Notwendigkeit der Verbreitung von populären Schriften unter die indifferenten Arbeiter betont und zu diesem Behufe die Gründung eines Broschürenfonds bei den Redaktionen der drei Parteiblätter beschlossen.

Hinsichtlich der Nationalitätenfrage wurde bestimmt, für die unbedingte Gleichberechtigung aller Nationalitäten einzutreten, und dabei bemerkt, daß der sprachlichen Gleichberechtigung die soziale vorausgehen müsse.

Hierauf wurde das folgende Parteiprogramm, das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den beiden Fraktionen, angenommen:

I.

Das Ziel der Partei ist die Erreichung eines Gesellschaftszustandes, welcher allen Gliedern der Gesellschaft gleichen und möglichst hohen Wohlstand sichert.

Aller Wohlstand, alle Kultur sind Früchte menschlicher Arbeit, und deshalb wollen wir, daß die Arbeitspflicht obligatorisch sei für alle Glieder

der Gesellschaft; deren Früchte gehören auch der ganzen Gesellschaft, jedem Glied nach seinen Bedürfnissen. Da aber, solange Grund und Boden, Arbeitswerkzeuge und Fabriken Eigentum einzelner Individuen sind, eine derartige gerechte Verteilung der Arbeitsprodukte unmöglich ist, wollen wir, daß dieselben das ausschließliche Eigentum der Gesellschaft werden sollen. In der heutigen Gesellschaft sind sie das Monopol der besitzenden Klassen und daher ist die abhängige Lage der Arbeiterklasse die Ursache aller Not und allen Elendes. Zur Erreichung gleichen Wohlstandes sind daher unabweislich notwendig die Abschaffung der Lohnarbeit, die Abschaffung jeder wie immer gearteten Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Abschaffung jeder sozialen und politischen Ungleichheit in der Gesellschaft.

II.

Die Partei ist sich dessen bewußt, daß alle herrschenden Klassen eine reaktionäre Masse bilden, und daß daher alle Änderungen der gesellschaftlichen Zustände, die zur Erreichung unserer Ziele notwendig sich erweisen, nur durch die zielbewußte, politisch geschulte Arbeiterklasse durchgeführt werden können und müssen. Sollte sich in Österreich außerhalb der sozialdemokratischen noch eine andere, dieselben Ziele anstrebende Partei bilden, legt ihr unsere Partei keine Hindernisse in den Weg, übernimmt aber auch keine Verantwortung für deren Handlungen.

III.

Die Tätigkeit der Partei muß dahin gerichtet sein, die Arbeiterklasse zu allen diesen notwendigen Änderungen der gesellschaftlichen Zustände fähig zu machen, dieselbe daher aufzuklären und in eine öffentliche politische Partei zu organisieren; die Partei muß daher sozialdemokratische Agitation und Propaganda jeder Art, wie nur ihr es möglich wird, und mit Ausnützung aller Rechte und politischen Freiheiten machen.

Damit aber die Umwandlung der heutigen Gesellschaft in eine sozialdemokratische vor sich gehen könnte, wollen wir vollständige Gleichberechtigung für alle Mitglieder der Gesellschaft, namentlich wollen wir:

a) die Abschaffung aller gesetzlichen Bestimmungen, welche die vollständige Preßfreiheit beschränken, Abschaffung des Zeitungsstempels, der Kaution und die Freigebung der Kolportage;

b) die Abschaffung aller gesetzlichen Beschränkungen der vollständigen Vereins- und Versammlungsfreiheit, die Beseitigung jener Bestimmungen, welche die Vereine hindern, Verbände zu bilden;

c) die Beseitigung aller Hindernisse der Koalitionsfreiheit;

d) die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Stimm- und Wahlrechtes für alle gesetzgebenden Körperschaften, für alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahre an, mit Diätenbezug für die Abgeordneten;

e) die Schaffung eines Gesetzes, das Staatsbeamte, welche die politischen Rechte der Staatsbürger beeinträchtigen, einer verdienten Strafe zuführt;

f) die Bestimmung, daß die Religion keine Partei-, sondern Privatsache ist.

Wir betteln nicht um gnädige Gewährung dieses, noch überhaupt um irgendwelche politischen Rechte, die wir bloß als Agitationsmittel betrachten; wir wollen dieselben jedoch, weil sie uns überhaupt und nach dem Staatsgrundgesetz speziell gebühren.

Unsere Handlungen werden sich im allgemeinen nach den bestehenden Verhältnissen richten, wobei wir jedoch jederzeit auch das Verhalten der herrschenden Klassen uns gegenüber in Betracht ziehen werden.

Endlich wollen wir, bevor die Produktionsweise abgeschafft wird, gesetzlichen Schutz gegen übermäßige Ausbeutung der Arbeiter aus dem Grunde, damit sie körperlich nicht immer mehr herabsinken und damit sie zur Durchführung ihrer kulturellen Aufgabe fähig bleiben.

Die nähere Bezeichnung, worin der Schutz bestehen soll, sowie die nähere Ausführung des Programms werden einem späteren Kongreß überlassen, auf welchem die ganze Sozialdemokratie Österreichs ihr Programm feststellt, und sollen auch die Beschlüsse des proponierten internationalen Arbeiterkongresses in Rücksicht gezogen werden. Die Art und Weise, wie sich die Genossen in einzelnen Fabriken und Orten besondere Arbeitsbedingungen erringen könnten, ist ihrer eigenen Entscheidung anheimgestellt.

Angesichts der guten Arbeit, die im Jahre 1887 für die Einigung der Partei in Österreich geleistet wurde, konnte die „Gleichheit" in ihrem von Dr. Adler geschriebenen Neujahrsartikel auch mit vollem Recht sagen:

„Die österreichische Sozialdemokratie hat ein Jahr ernsten Kampfes hinter sich. Was ist sein Resultat? Was ist der Kampfpreis? Wir können nicht auf Errungenschaften hinweisen, die wir den besitzenden Klassen abgetrotzt. Was wir aus dem Kampfe davongetragen, sind nichts als Wunden, nichts als Opfer. Unzählige unserer Genossen sind erlegen, unzählige sind kampfunfähig geworden. Und trotzdem haben wir alle das Gefühl: es war ein gutes Jahr!... Als wichtigsten und wertvollsten Erfolg hat uns das verflossene Jahr die Wiedergewinnung der Solidarität der gesamten sozialdemokratischen Partei Österreichs gebracht... Das Fest des Arbeiterbildungsvereines in Wien, der slawische Kongreß in Brünn bezeichnen Wendepunkte in der Geschichte unserer Partei und machen das Jahr 1887 zu einem wichtigen für dieselbe. Wir wissen wohl: viel bleibt noch zu tun und rastloser Arbeit wird es bedürfen, bis die Folgen der unseligen Spaltung endgültig beseitigt sind. Aber so viel ist heute schon gewonnen: Wir alle sind entschlossen, endgültig und aufrichtig Freund zu sein den Freunden und Feind zu sein den Feinden unserer Sache!"

Die Einigungsarbeit wurde 1888 mit großer Beharrlichkeit und rastlosem Eifer, vor allem von Dr. Adler, fortgesetzt; noch waren viele Widerstände zu besiegen, sowohl in Wien, als auch in der Provinz, namentlich in Graz und in Oberösterreich. Die treffliche „Gleichheit" hatte wohl an Anhängern zugenommen, doch fand sie noch immer nicht überall jene Zustimmung, die notwendig war, um in Kürze einen vollen Erfolg in der Einigungsfrage als sicher annehmen zu können. Dazu kam, daß beträchtliche Teile der ehemaligen Radikalen sich nunmehr bemühten, als sie erkannten, daß die „Gleichheit" immer mehr an Einfluß gewinne, diesen Einfluß abzuschwächen, und darangehen wollten, in Wien ein eigenes radikales Organ „Die Gegenwart" zu begründen; sie erkannten aber noch rechtzeitig, daß ein solches Beginnen angesichts der herrschenden Stimmung in der Arbeiterschaft und der mangelnden Mittel aussichtslos wäre, und standen von der Herausgabe des geplanten Blattes ab. Allmählich fand dann die „Gleichheit" immer mehr Eingang auch in die proletarischen Kreise der Alpenländer,

so daß das Gelingen des Einigungswerkes immer mehr in die Nähe gerückt war.

Unausgesetzt wurde 1888 von den „neuen" Männern der Sozialdemokratie Agitationsarbeit geleistet. So wurde am 19. Februar bei „Schwender" eine Volksversammlung veranstaltet, die gegen den Liechtensteinschen Schulantrag (Verschlechterung der Volksschule) energisch Stellung nahm. Fast in allen größeren Städten Österreichs fanden dann Versammlungen statt, die sich mit politischen und wirtschaftlichen Gegenständen beschäftigten, aber stets auch der Einigung des Proletariats dienten. Meist waren es Referenten aus Wien, die dort als Redner auftraten.

Acht Monate währten die Verhandlungen, die vornehmlich Dr. Adler, Leißner, Bretschneider und Rudolf Pokorny in fast allen Industriezentren führten, um die ersehnte Einigung herbeizuführen. Oft genug platzten noch die alten Gegensätze aufeinander und oft schien es, als ob das Werk scheitern sollte. Sehr schwer gestalteten sich die Verhandlungen mit den Fraktionen in Brünn, wo Dr. Adler bei den früheren Gemäßigten großem Widerstand begegnete. Schließlich kam es aber auch hier zu einem Kompromiß.

Die Behörden wandten den an der Einigungsaktion beteiligten Genossen größte Aufmerksamkeit zu, und zwar meist in dem Sinne, daß sie sie unausgesetzt bewachen ließen, um sie gegebenenfalls der „Geheimbündelei" zu überführen. Auch gehaussucht wurde fleißig nach „gravierendem" Material, so bei Dr. Adler und Pokorny, und am 20. September 1888, wobei, wie der Polizeibericht bemerkt, „bei Pokorny schon das Konzept des Aufrufes für den geplanten Einigungsparteitag gefunden wurde".

Aber die stille Arbeit ging fort. Am 4. Oktober 1888 endlich trat eine größere Versammlung von Vertrauensmännern der Wiener Arbeiterschaft zu einer Besprechung zusammen, in der der bestimmte Beschluß der Einigung gefaßt wurde. Übereinstimmend wurde betont, daß die Einigung der österreichischen Arbeiter um so mehr geboten erscheint, „als die herrschenden Klassen mit Erfolg sich die größte Mühe geben, die dreifache Kette der Sklaverei — die politische Knechtung, die wirtschaftliche Ausbeutung und geistige Verblödung — immer fester zusammenzuziehen. Die geeinte österreichische Arbeiterpartei solle diesem Treiben ein Ziel setzen"*).

*) Zur Vorbereitung für den Hainfelder Parteitag erging an die Vertrauensmänner der Partei das folgende Rundschreiben:

Werter Genosse!

Nach Jahren bitteren Streites und jede ernste erfolgreiche Organisation lähmenden Zwistigkeiten macht sich allüberall, wo es Sozialdemokraten gibt, das Bedürfnis nach einer Einigung kund. Die alten Streitpunkte sind meistens während der jahrelangen Diskussionen entweder verschwunden, indem man über die Sache einig geworden und nur über Worte weitergekämpft wird; oder sie sind rein theoretischer Natur, betreffend die Art der Organisation einer künftigen sozialistischen Gesellschaft, eine Frage, die an uns zunächst noch nicht zur Lösung herantritt und darum mit Unrecht heute die Partei in Fraktionen gespaltet hat. Schließlich ist es eine Reihe ganz persönlicher

„Die Genossen in Brünn stellten die Forderung, daß in die vorbereitete Prinzipienerklärung ein Passus über die Notwendigkeit einer Arbeiterschutzgesetzgebung aufgenommen werde. Dr. Adler weigerte sich anfangs diesem Ansinnen zu entsprechen, gab jedoch sofort nach, als von der Annahme dieser Forderung die Genossen in Brünn und mit diesen auch die in Reichenberg und Jägerndorf die Beschickung des Parteitages abhängig machten."

Am 24. Oktober wurde beschlossen, den Parteitag in der Zeit vom 30. Dezember 1888 bis 1. Jänner 1889 in Hainfeld in Niederösterreich mit Beschränkung auf geladene Gäste abzuhalten.

Reibereien, die heute den bereits beigelegten Kampf der Meinungen in anderer Weise fortsetzen lassen.

Es wird aber überall gefühlt, daß es Zeit ist, die Waffen statt selbstvernichtend nach innen, endlich voll und ganz nach außen gegen die Feinde der Arbeiterklasse und ihre Emanzipationsbestrebungen zu richten.

Von vielen Seiten, auch von den Wiener Genossen, in deren Namen wir sprechen, wird es für notwendig gehalten, daß eine Zusammenkunft von Genossen aus ganz Österreich stattfinde, die, beauftragt von ihren Freunden, berechtigt sind, in ihrem Namen zu sprechen. Dieser Parteitag soll noch im Verlauf dieses Jahres stattfinden, die prinzipielle Einigung der sozialdemokratischen Partei besiegeln und die einheitliche Organisation derselben ermöglichen.

Wir sagen ausdrücklich „besiegeln"; ein solcher Parteitag kann die Einigung nicht vollziehen, sondern nur konstatieren. Wir erachten aber eben die Situation für reif dazu, daß diese Konstatierung erfolge.

Die Wiener Genossen sind nun mit den Brünner Genossen, den Deutschen und den Slawen dahin übereingekommen, daß sie euch gemeinschaftlich einen Parteitag noch für das Jahr 1888 vorschlagen. Weiter wurde vereinbart, daß dieser „Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie" nicht ein „geheimer Kongreß" sein solle, sondern daß er in ähnlicher Weise wie der slawische Parteitag in Brünn von Weihnachten 1887 persönlich auf Namen geladene Gäste (auf Grund des § 2 des Versammlungsgesetzes) vereinigen solle; die Gründe dieses Vorgehens sind wohl klar genug. Kein geheimer Kongreß ist ohne jene Folgen geblieben, die, von persönlichen Opfern ganz abgesehen, auch das, was er eigentlich leisten sollte, wieder vernichteten. Zudem haben wir absolut gar keinen Grund, unsere Pläne und Absichten, am allerwenigsten unsere Überzeugung irgendwie zu verbergen.

Wir wollen nicht nur daß die Verhandlungen des Parteitages unter den Augen, unter der Kontrolle der Genossen vor sich gehen, wir wollen auch, daß sie agitatorisch auf die Masse wirken. Die Öffentlichkeit der Verhandlungen bietet uns den Vorteil, daß wir für einzelne Genossen einen gesetzlichen Boden schaffen, auf den sie sich im Verkehr mit den Behörden berufen können. Den Polizeispitzeln wird viele Mühe erspart und jeder Denunziation die Spitze abgebrochen.

Das sind also jene Punkte, über welche wir mit den Brünner Genossen, insbesondere mit den Herausgebern und Redakteuren der Blätter: „Volksfreund", „Arbeiterstimme", „Rovnost" und „Hlas Lidu" uns geeinigt haben. Nunmehr wollen wir eine Reihe von Vorschlägen machen, die von den Wiener Genossen zunächst allein ausgehen. Sie betreffen die Tagesordnung des Parteitages.

Bezüglich der Tagesordnung haben wir vorläufig folgende Ansicht:

1. In einer prinzipiellen Erklärung soll kurz die Tatsache der Einigung der Partei auf dem Boden der Sozialdemokratie festgestellt werden. In dieser Resolution soll das Prinzip und das Ziel der Partei in allgemeinen Zügen ausgesprochen sein.

Wir werden seinerzeit bezüglich des Textes einen Antrag stellen und ihn vorher den Genossen mitteilen.

Am 3. November 1888*) konnte die „Gleichheit" die Einladung zum Parteitag veröffentlichen. Die Redaktionen der deutschen und tschechischen Parteiblätter erließen die Einladung und wir warteten ruhig ab, ob die Behörden trotz der streng eingehaltenen gesetzlichen Formen ein Verbot wagen würden. Da sie das doch zu gewagt zu finden schienen, vereinbarten wir Ort und Zeit; wir wählten Hainfeld, den Sitz einer kleinen, aber tüchtigen Organisation, weil es in Niederösterreich, aber außerhalb des Ausnahmebezirkes lag und weil sich Graf Auersperg — der spätere Handels- und Ackerbauminister — als Bezirkshaupt-

---

Hierauf soll zu einer Reihe von Fragen der Parteiorganisation, der Taktik und der augenblicklich das Interesse der österreichischen Arbeiter berührenden Fragen Stellung genommen werden.

Solche Punkte sind: Stellung der Partei zur Konfiskation der politischen Rechte und zu den Ausnahmegesetzen.

2. Parteipresse.
3. Unterstützungswesen und Agitationsfonds.
4. Arbeiterschutzgesetzgebung und sogenannte Sozialreform.
5. Gewerkvereine und Streiks.
6. Die Arbeiterkammern.
7. Die Volksschule.

Wir meinen nämlich, daß so fest und unverrückbar unsere Partei ihr Ziel im Auge behalten muß und wird, so notwendig es ist, um den Verhältnissen jederzeit in bezug auf die Art und Taktik des Kampfes Rechnung zu tragen.

Wir wollen daher nur die Parteiprinzipien in der Form eines Programms ausgesprochen sehen, die Stellung der Partei zu den Tagesfragen aber in der weniger starren Form von Resolutionen aussprechen. Bezüglich der Organisation und deren Details, welche sich allerdings der öffentlichen Besprechung entziehen, werden wir Vorschläge machen und damit versuchen, der strammen Einheitlichkeit wirksam zu sein, ohne die Glieder ihrer Selbständigkeit in Entwicklung und Aktion zu berauben.

Wir werden noch wiederholt Gelegenheit nehmen, unsere Vorschläge im einzelnen mitzuteilen. Für heute fragen wir Sie nur:

Sind Sie mit Zeit und Ort der Einberufung des Parteitages einverstanden?

Wollen Sie sich seinerzeit durch Unterzeichnung der Einladung an der Einberufung mitbeteiligen?

Diese Einladung soll später abgefaßt und in den Parteiblättern veröffentlicht werden. Haben Sie besondere Vorschläge wegen des Ortes zu machen? Leider kann wegen des Ausnahmezustandes, da wir so manchen Ausgewiesenen zu sehen hoffen, Wien nicht gewählt werden. Wegen der leichteren Verbindung müßte es aber ein Ort Niederösterreichs oder Mährens sein. Wir wollen für die Auswahl besonders die Polizeiverhältnisse entscheidend machen. Wollen Sie also mit vertrauenswürdigen Genossen über alle diese Punkte sprechen und uns binnen 14 Tagen unter einer der ihnen bekannten Adressen antworten.

Noch fügen wir hinzu, daß sowohl der tschechisch-slawische Parteitag in Brünn als auch die Genossen in Graz sich energisch für die Abhaltung des Parteitages ausgesprochen haben.

So hoffen wir denn, daß wir mit Umsicht und Energie ein Unternehmen werden zustande bringen, das unsere Partei wieder aktionsfähig macht und den Emanzipierungskampf der Arbeiterklasse Österreichs um ein Stück fördert.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ferdinand Leißner, Alois Golein,
Rudolf Pokorny, Dr. Viktor Adler."

*) Aus dem schon angeführten Aufsatz Dr. Adlers „Der Weg nach Hainfeld".

mann von Lilienfeld als vernünftiger Mann erwiesen hatte, von dem kein brutaler Überfall zu gewärtigen war.

So trafen wir uns denn nach Weihnachten in Hainfeld und am 31. Dezember war das Programm der Partei beschlossen und ihre Einigkeit hergestellt. So mancher von uns denkt an jenen Tag als an die schönste Silvesterfeier seines Lebens.

Was Hainfeld geleistet hat, sagt nicht nur das Protokoll des Kongresses, sondern die Geschichte der Partei, die diesem Kongreß die Klarheit des Prinzips, die Energie der Taktik und die Geschlossenheit der Organisation dankt. In Hainfeld wurde zum Abschluß gebracht, was in hundertfältiger Mühsal vor Jahren erarbeitet worden war. Die Periode der Spaltung, der jugendlichen Irrtümer war zu Ende, das Proletariat Österreichs war reif und kräftig geworden, fähig und entschlossen, seine geschichtliche Mission in Angriff zu nehmen.

* * *

Vielleicht fragt jemand, welchen Eindruck die Tatsache dieses Parteitages auf die bürgerliche Öffentlichkeit, auf die Regierung gemacht? Antwort: gar keinen. Sie verstanden nichts davon. Acht Monate nach diesem Parteitag wurde die „Gleichheit" ausnahmegesetzlich eingestellt und ihr Herausgeber und ihr Redakteur wurden vor dem Ausnahmegerichtshof, der zur Verfolgung anarchistischer Bestrebungen bestimmt war, zu schwerer Arreststrafe verdonnert. Aber während er die Haft abbüßt, wurde draußen zum erstenmal die Maifeier abgehalten, und zwar mit solcher Wucht und solcher Wirkung, daß der Ausnahmezustand zusammenbrach; er war unmöglich geworden. Fast zwei Jahre haben die erleuchteten Beherrscher Österreichs nötig gehabt, um zu begreifen, was in Hainfeld passiert war.

Der in der „Gleichheit" ergangene, aus der Feder Adlers stammende Aufruf zum Parteitag lautete:

„Arbeiter! Genossen!

Als nach den folgenschweren Ereignissen von 1866 Raum für das öffentliche Leben in Österreich wurde, betrat die Arbeiterklasse zum erstenmal selbständig als sozialdemokratische Arbeiterpartei den politischen Boden und trat damit in die Reihen der internationalen Bewegung. Die überraschend großartigen Fortschritte der Partei weckten überschwengliche Hoffnungen auf rasche und ausgiebige Erfolge. Aber bald zeigte es sich, daß der Kampf der sozialdemokratischen gegen die herrschenden Parteien ein schwerer sein und daß es zähen Ausharrens und einer strengen Organisation bedürfen werde, um den Angriffen von allen Seiten zu widerstehen. Die ersten Opfer fielen, der Versuch wurde gemacht, ihr Fortschreiten zu unterdrücken. Umsonst. Die Vernichtung der Bewegung scheiterte damals und in der Folgezeit, so oft sie wieder versucht wurde. Was die Bewegung an Breite verlor, gewann sie an Tiefe und Energie. So ist die Geschichte der österreichischen Arbeiterpartei dieselbe, wie die Geschichte des Proletariats aller Länder: hundertmal geschlagen, aber nie besiegt.

Freilich sollte die innere Entwicklung der österreichischen Sozialdemokratie nicht so ungestört ihren Fortgang nehmen, wie ihr hoffnungs-

voller Anfang zu verheißen schien. Zwar die Verquickung mit bourgeois-liberalen und kleinbürgerlichen demokratischen Elementen, die sie eine Zeitlang charakterisierte, war rasch beseitigt, ebenso wie die späteren Versuche der Feudalen, die Bewegung für sich auszunützen, kläglich mißlangen. Beides besorgte das Verhalten der herrschenden Parteien selber. Aber indem die Bourgeoisie aus Furcht vor der Arbeiterklasse ihren Sieg nicht voll ausnützte, ließ sie Reste des alten Feudalstaates bestehen, die auf Schritt und Tritt hemmend wirken, sie überließ es der Arbeiterklasse, einen Teil jener Arbeit zu tun, welche selbst zu verrichten ihre weltgeschichtliche Aufgabe gewesen wäre. Weiter erschwerte die absichtliche Hemmung der geistigen Entwicklung, welche seit jeher die Völker Österreichs getroffen, jeden Fortschritt. Schließlich und hauptsächlich aber war die kapitalistische Entfaltung und Ausnützung der Produktivkräfte, die Entwicklung der Industrie zwar in riesenschnellem Fortschritt begriffen, aber ungleichmäßig und im Verhältnis zu anderen Staaten noch wesentlich zurückgeblieben. Zu den Verschiedenheiten des Volkscharakters, welche das vielsprachige Österreich bietet, kommen so noch die Gegensätze der ökonomischen Verhältnisse eines Landes, welches neben Bezirken mit moderner Industrie auf höchster Stufe Gegenden mit ganz rückständigen Wirtschaftsformen aufweist.

Unter so schwierigen Verhältnissen mußte die eigentümlich österreichische Methode der Anwendung und Handhabung der Gesetze und Verordnungen, welche endlich im Ausnahmezustand ihren schärfsten Ausdruck fanden, die natürliche Entwicklung um so stärker beeinflussen.

Die Arbeiterbewegung hatte aber auch unter den eigenen Fehlern zu leiden. Meinungsverschiedenheiten untergeordneter Natur, welche auf dem gemeinsamen Boden der gemeinsamen Bestrebungen nicht nur möglich, sondern naturgemäß sind, einerseits Überschätzung, anderseits Unterschätzung einzelner Agitationsmittel wurden zur Ursache überflüssigen und schädlichen Streites, der durch Personenkultus, den gefährlichsten Feind aller sachlichen Erfolge, verschärft und verbittert wurde. Schadenfroh schürten die Gegner jeder Arbeiterbewegung überhaupt den unheilvollen Zwist, während sie mit gleicher Rücksichtslosigkeit beiden streitenden Parteien gegenübertraten. So wurde das Fortschreiten der Partei gehemmt, ihre Tätigkeit gelähmt.

Aber was feindliche Gewalt nicht vermochte, konnte auch eigenes Verschulden nicht zustande bringen. Die proletarische Bewegung hat immer und überall beides überwunden.

Mehr und mehr wurde es Überzeugung der Massen der bewußten Arbeiterschaft, daß die Partei ebenso die Pflicht hat, Schritt zu halten mit der durch die fortschreitende Proletarisierung täglich wachsenden Entschlossenheit der Arbeiterklasse, als es ihre Pflicht ist, in zäher, unverdrossener Arbeit ihren Zielen nachzustreben, wo sprunghaftes Vorgehen nur fruchtlose Opfer schafft. Zugleich aber bewirkten die traurigen Erfahrungen, daß heute jeder einzelne unserer Parteigenossen lebhafter als je von der Überzeugung durchdrungen ist, daß der Kampf gemeinsam sein muß, wo die Not gemeinsam ist, daß es an der Zeit ist, endlich die Waffen gegen den uns umringenden Gegner zu kehren, statt brudermörderisch die eigenen Feinde zu treffen. Jeder einzelne unserer Parteigenossen weiß aber auch, daß die Einigkeit der Partei ebenso möglich, wie notwendig ist. Die Vereinigung der klassenbewußten Arbeiterschaft zu einer wirksamen, zielbewußten sozialdemokratischen Arbeiterpartei ist eine Tatsache, der nichts mehr fehlt, als daß sie auch ausgesprochen werde. Genossen, wir laden euch ein, das zu tun."

Schließlich hieß es in dem Aufruf:

„Genossen! Indem wir diese Einladung an euch richten, sind wir überzeugt, ein Werk zu unternehmen, das geeignet ist, der Arbeiterpartei Österreichs wesentlich zu nützen, ihre Tätigkeit wirksamer zu machen, ihre Kampfeszuversicht neu zu beleben.

Wir hoffen, daß ihr euch zahlreich einfinden werdet, um offen und ehrlich einander die Bruderhand zu reichen, Ziel und Taktik der Partei klar und unzweideutig festzustellen.

Vergessen sei der alte Hader und nichts möge unser Herz erfüllen, als der feste Entschluß, eine unzertrennliche kämpfende Schar von Brüdern zu bilden, die nicht ruhen und rasten werden, bis unsere heilige Sache gesiegt hat und das große Ziel erreicht ist: die Emanzipation der Arbeiterklasse.

Blicken wir nicht zurück, schauen wir vorwärts! Wir wissen, daß wir die Befreiung nur unserer eigenen Kraft, der Arbeiterklasse selbst, werden verdanken können, aber nur dann, wenn sie einträchtig zusammensteht. Üben wir die Solidarität, die Brüderlichkeit in unseren Reihen, dann wird uns der Sieg Gleichheit und Freiheit bringen."

Gefertigt war der Aufruf von den Redaktionen der „Arbeiterstimme" (Brünn), „Gleichheit" (Wien), „Hlas Lidu" (Proßnitz), „Rovnost" (Brünn) und „Volksfreund" (Brünn).

Auch das Prager tschechische Organ hatte nachträglich erklärt, daß es die Ziele des Parteitages mit allen Kräften fördern wolle. Eine große Anzahl von Parteigenossen hatte sofort nach Erlassung des Aufrufes Zustimmungserklärungen an die „Gleichheit" gesendet. Es bestand demnach die gegründete Hoffnung, daß der „Einigungskongreß" einen erhebenden Verlauf nehmen werde.

Wenige Tage vor der bedeutungsvollen Tagung schrieb die „Gleichheit":

„Alle Anzeichen lassen erwarten, daß erprobte Genossen aus allen Provinzen erscheinen werden und daß somit die Kompetenz des Parteitages außer Zweifel stehen wird. Es wird jede Meinung vertreten sein, hinter welcher sozialdemokratische Arbeiter in irgend beachtenswerter Zahl stehen. Die Einladenden sind sich bewußt, mit voller Unparteilichkeit zu Werke gegangen zu sein, und sollte darüber irgendein Zweifel bestehen, so wird die Zusammensetzung des Parteitages ihn beheben.

Vor allem soll der Parteitag den Stand der Entwicklung der österreichischen Arbeiterpartei konstatieren nach der prinzipiellen Seite hin.

In den zwanzig Jahren, seit welchen in Österreich eine zielbewußte sozialistische Arbeiterbewegung besteht, haben die ökonomischen Verhältnisse, und damit die politische Klarheit der Partei bedeutungsvolle Fortschritte gemacht. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer Folgen, sozialer wie politischer, mußte so mancher fromme Wahn schwinden, mußte der Charakter der Arbeiterbewegung als eine Phase im Klassenkampf deutlicher werden und klar ins Bewußtsein der Arbeiterschaft treten. Damit erst war die Loslösung aus dem bürgerlichen Gedankenkreis endgültig gegeben. Dem wird der Parteitag ohne Zweifel deutlich Ausdruck leihen. Er wird zeigen, daß die bewußten Arbeiter Österreichs wissen, daß ihr Ziel nicht ein Traumgebilde frommer

Wünsche, sondern das Ziel der Geschichte ist, welchem mit eherner Notwendigkeit unsere ökonomische Entwicklung zutreibt.

Und aus dem ganzen Elend, aus dem gehäuften Jammer, den unsere Verhältnisse über die große Mehrzahl der Menschen verhängen, soll die einzige Tatsache, welche dieses Leben wertmacht, gelebt zu werden, sich strahlend abheben, daß, wie in allen Ländern so in dem unseren, Tausende von Männern trotz Hungerpeitsche, trotz Knebelung und Knute, fest zusammenstehen, unverrückt das Ziel im Auge, und entschlossen, den Weg dahin einig und unerschrocken zu gehen.

Einig! Das soll festgestellt werden. Es soll Freund und Feind wissen, daß die Arbeiter Österreichs gelernt haben, die Feinde ihrer Feinde, aber auch die Freunde ihrer Freunde zu sein, daß sie ihre Reihen nicht trennen lassen wollen durch fressenden Hader, an dem der Gegner seine Freude hat.

Es wird gezeigt werden, daß die Sozialdemokratie auf ihrem Posten ist, daß sie weder durch Verfolgungen zu vernichten, noch durch Versprechungen und Scheinreformen zu täuschen ist, daß sie sich weder einschüchtern, noch ködern läßt.

Die Form des Kampfes hängt nicht von uns ab, wir müssen ihn aufnehmen, wie ihn die Gegner uns aufdrängen. Wir wissen, daß wir siegen werden, so oder so. Aber wir haben das Recht und die Pflicht, darauf hinzuweisen, welches die Mittel und Wege sind, um den Verlauf möglichst friedlich zu machen und Opfer zu ersparen. Wir werden klar und deutlich die wirklichen Reformen bezeichnen, welche dazu geeignet und welche schon auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung durchführbar sind. Freilich wissen wir, daß mit dem protzigen Klassenegoismus der Besitzenden untrennbar jene Verblendung verknüpft ist, welche sie unrettbar ihrem Schicksal zutreiben läßt, und darum wissen wir, daß wir alle diese Forderungen, und seien sie noch so notwendig, noch so gerecht, werden Schritt um Schritt erkämpfen müssen. Dafür mögen die heutigen Herren der Welt die Verantwortung tragen!

So wird der Parteitag die Selbständigkeit der Sozialdemokratie im Denken und im Handeln aufweisen. Er wird zeigen, daß das klassenbewußte österreichische Proletariat klar ist in bezug auf das Ziel, daß es klar ist in bezug auf den Weg."

* * *

Die polizeiliche Übersicht über die Bewegung im Jahre 1888 hebt unter anderem die folgenden Ereignisse hervor:

„Die sozialdemokratische Partei in Österreich hielt auch 1888 ihre Verbindungen mit den Parteiangehörigen im Ausland aufrecht und benützte jeden Anlaß zur Kundgebung der Solidarität.

Gegen Ende des Jahres haben die Buchdrucker und Schriftsetzer in Wien, Brünn und Prag sich durch eine tatkräftige Lohnbewegung bemerkbar gemacht. Durch ihre jahrelange Exklusivität und ihre schwache Beteiligung an der Arbeiterbewegung, standen dieselben früher den eigentlichen sozialistischen Fraktionen fern.

Im Jahre 1888 proklamierte das Wiener Vereinsorgan »Vorwärts« den vollständigen Anschluß an die Sozialdemokratie, mit deren Unterstützung auch der Streik in Wien und partielle Arbeitseinstellungen in Prag und Brünn unternommen wurden.

Die Gründung gewerkschaftlicher Vereine wird im Jahre 1888 fortgesetzt, um in denselben die sozialistische Propaganda zu fördern. Hiebei wird hauptsächlich auf Gewerbe Rücksicht genommen, deren Angehörige bisher der sozialistischen Bewegung ferngestanden sind.

In Triest fand am 19. August 1888 eine Versammlung von Arbeitern zur Gründung eines Arbeitervereines unter dem Titel »Confederazione operaja« statt, in welchem die Arbeiter, ohne Unterschied der Nationalität, Aufnahme finden können. Das aufgestellte Programm entbehrt jeder sozialistischen Tendenz (!!).

Die sozialdemokratische Wochenschrift »Gleichheit«, welche eine Auflage von zirka 5000 Exemplaren hat, bildet das Hauptparteiorgan.

Die Einschmuggelung und Verbreitung ausländischer Preßerzeugnisse kam nur in vereinzelten Fällen vor.

Die Anwendung der Ausnahmeverordnung fand nur in den zwingendsten Fällen statt. Es wurden 1888 10 Individuen ausgewiesen, 3 Ausländer abgeschafft. Hingegen wurde 11 Ausgewiesenen und einem Abgeschafften die Rückkehr gestattet.

Seit der am 31. Jänner 1884 erlassenen Ausnahmeverordnung wurde bis Ende 1888 bei 100 Personen die Ausweisung, bei 4 Individuen die Abschaffung aufgehoben und es wurde die erfreuliche Wahrnehmung gemacht, daß keiner derselben bisher rückfällig wurde. Trotz der beträchtlichen Eindämmung der anarchistischen Bewegung ergab sich im Interesse einer unbehinderten und gesicherten Rechtspflege die Notwendigkeit, die Wirksamkeit der Geschwornengerichte bezüglich einer Reihe strafbarer Handlungen, wenn denselben anarchistische, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete Bestrebungen zugrunde liegen, für den Umfang mehrerer Gerichtssprengel einzustellen."

Die Einigung

Die Hoffnungen, die das Proletariat Österreichs an den Parteitag in Hainfeld geknüpft hatte, hatten sich voll erfüllt. Österreich, dessen Arbeiterschaft solange zerklüftet war, hatte seit den Tagen des Hainfelder Kongresses wieder eine einzige sozialdemokratische Arbeiterpartei ...

Die Vertreter des österreichischen Proletariats, die in den Tagen vom 30., 31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889 in dem niederösterreichischen Städtchen Hainfeld zusammengekommen waren, um eine sozialdemokratische Partei zu begründen, haben im vollen Bewußtsein ihrer hohen Verantwortung für die künftigen politischen und ökonomischen Geschicke der Arbeiterklasse Österreichs ihre Beschlüsse gefaßt und ihre Entscheidungen gefällt.

Zu dem Parteitag hatten sich 110 Teilnehmer eingefunden, von denen 70 abstimmungsberechtigt waren.

Von Delegierten waren aus Wien 20, Niederösterreich 5, Oberösterreich 5, Salzburg 1, Steiermark 6, Kärnten 2, Krain 1, Tirol 1, Böhmen 10, Mähren 10, Schlesien 1 und Galizien 1 anwesend.

Als Gäste wohnten unter anderen dem Kongreß bei: der deutsche Reichstagsabgeordnete Ignaz Auer und Karl Kautsky.

Zu Vorsitzenden wurden gewählt: Popp (Wien), Bayer (Brünn), Hybesch (Brünn); als Schriftführer: Häfner (Wien), Adenau (Klagenfurt), Körber (Prag).

Die Tagesordnung umfaßte folgende Gegenstände:

1. Prinzipienerklärung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich.
2. Die politischen Rechte.
3. Arbeiterschutzgesetzgebung und „Sozialreform".
4. Die Presse.
5. Unterstützungswesen.
6. Die gewerkschaftliche Organisation.
7. Die Arbeiterkammern.
8. Die Volksschule.

In kurzen Worten eröffnete Popp den Parteitag. Er sagte: Die österreichische Arbeiterpartei hat in den letzten Jahren so viele Schläge erlitten, welche ihre Organisation zerstörten, sie hat so viel Unbill erleiden müssen, daß eine vollständige Deroute eingetreten ist. Um diese Organisation wiederherzustellen, um sich zu gemeinsamem Zusammenwirken wiederzufinden, sind wir zusammengekommen. Ich hoffe, daß die Genossen sich nicht von persönlichen leidenschaftlichen Gefühlen werden leiten lassen, und nur die Sache vor Augen haben, nicht zurück in die Vergangenheit, sondern nur in die Zukunft blicken werden, für welche wir heute ein Programm aufstellen wollen. Wenn wir dies einhalten, werden wir gewiß vorwärtsschreiten und etwas Tüchtiges für unsere gemeinsame Sache leisten. Wenn wir nun in die meritorische Verhandlung eintreten,

so glaube ich nochmals hervorheben zu müssen, daß mit dem Moment, wo wir über die Organisation der Partei beraten, ein neues Blatt in die Geschichte der österreichischen Arbeiterpartei gelegt wird, welche hoffentlich von nun an nicht mehr jene zerrütteten Verhältnisse aufweisen wird, wie sie einst bestanden."

Hierauf wurde in die Beratung über die „Prinzipienerklärung" eingegangen. Hierüber referierte Rudolf Pokorny, der in längerer Rede die Notwendigkeit des Zusammenschlusses betonte. An seine Ausführungen knüpfte sich eine mehrstündige Debatte. Nur ein Redner, Rißmann aus Graz, der seit Monaten die Einigung bekämpft hatte, sprach gegen das Programm und namentlich gegen die Forderung des allgemeinen Wahlrechts. Für sprachen: Hanich (Nordböhmen), Dr. Adler, Burian (Brünn), Resel (St. Pölten), Hybesch, Indra (Gmunden), Ullrich (Wien), Adenau (Klagenfurt), Richter (Mährisch-Schönberg), Rieger (Kratzau) und Karl Kautsky.

In namentlicher Abstimmung wurde die Prinzipienerklärung mit 69 Stimmen angenommen. Drei Delegierte hatten gegen sie gestimmt und ein Delegierter (Resel) hatte sich der Abstimmung enthalten. Nach der Abstimmung erklärte Rißmann, er werde im Auftrage seiner Gesinnungsgenossen, da ihm durch Annahme der Prinzipienerklärung jede Basis für weitere Verhandlungen entzogen sei, an den Verhandlungen des Parteitages nicht mehr teilnehmen. Vorher in der Debatte hatte er namens seiner Parteigenossen erklärt: „Wir werden, wenn auch nicht vollständig vereinigt, doch als vereinte Brüder für unsere Ziele streben."

Die vom Parteitag beschlossene

Prinzipienerklärung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs,

welche auch heute noch die Grundlage des Programms der Partei ist, lautet:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich erstrebt für das gesamte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Tatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzender monopolisiert sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz in Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmut und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch tatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die notwendigen geistigen und materiellen Vor-

bedingungen geschaffen werden. Der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesamtheit des arbeitenden Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich notwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisierte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisieren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Österreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mittel bedienen wird. Übrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner richten. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Österreich ist eine internationale Partei, sie verurteilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Abstammung, und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Öffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen. voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmegesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Wert des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrolle der Arbeiterschaft sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Koalitionsfreiheit, angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die notwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staat und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seinen Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunklung und Verhüllung der Klassengegensätze sowie der Ausnützung der Arbeiter zugunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenwirken."

Im Anschluß an die Prinzipienerklärung wurde folgende

Einigungsresolution

einstimmig angenommen:

„In Erwägung, daß der Zwist der Fraktionen die Interessen der Partei und somit der Arbeiterklassen schwer geschädigt hat, daß die Entwicklung der Partei jene wenigen Streitpunkte beseitigt hat, welche, durch Ränke und den Druck der Feinde der Arbeiterklasse sowie durch verwerfliche Pflege des Personenkultus in ihrer Wichtigkeit übertrieben, die Spaltung der Partei veranlaßt haben;

in Erwägung, daß die Einigung der Partei dem energisch geäußerten Willen der Genossen im ganzen Lande entspricht, beschließt der heutige Parteitag einstimmig in Anwesenheit von Mitgliedern beider ehemals bestandenen Fraktionen:

Der Parteitag erklärt den Parteizwist durch die Annahme des Programms für beendet und erwartet von jedem Parteigenossen ehrliches und brüderliches Eintreten für die Gesamtpartei sowie energische und unerschrockene Arbeit auf dem gemeinsamen Boden unseres Programms zum Besten des Emanzipationskampfes der Arbeiterklasse."

Nach einem Referat Dr. Adlers wurde, ebenfalls einstimmig, die folgende Resolution über die politischen Rechte angenommen:

„In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirtschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit um so wenigeren Opfern verbunden, um so rascher und ruhiger sein wird, je mehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung sowie jede Monopolisierung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmeverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur, und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel sowie des Verbots der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar vom 20. Lebensjahr an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Wert des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte. Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen geheimen Wahlrechtes durch das gesamte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt."

Nach einem Referat des Genossen Weiguny (Linz) wurde die folgende

Resolution über Arbeiterschutzgesetzgebung und „Sozialreform"

beschlossen:

„Was heute vorzugsweise »Sozialreform« genannt wird, die Einführung der vom Staat organisierten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: die teilweise Überwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Übungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst teuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen »Sozialreform«.

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstand und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

Solange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine teilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutzgesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit, in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidität der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welche den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit der Tätigkeit für menschliche Ziele, vor allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt tun.

Die österreichische Gewerbeordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbeinspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutzgesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zumindest umfassen:

1. volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter;

2. den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen;

3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt;

4. volle Sonntagsruhe von Samstag abends bis Montag früh;

5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren;

6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.

7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.

8. Auf Übertretungen dieser Bestimmungen seitens der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.

9. Arbeiterorganisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrolle der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutzgesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden."

Resolutionen über die Presse.

Genosse Leißner (Wien) referierte über die „Presse", worauf nach einer Diskussion folgende Resolutionen angenommen wurden:

„Der heutige Parteitag beschließt, alle bereits bestehenden Blätter der sozialdemokratischen Partei, das ist »Arbeiterstimme« und »Volksfreund« (Brünn), »Gleichheit« (Wien) und die slawischen Blätter »Hlas Lidu« (Proßnitz), »Rovnost« (Brünn), »Nový Věk Svobody« (Prag) und die bestehenden Fachblätter als Parteiorgane anzuerkennen.

Ebenso sind auch neuzugründende Blätter, welche auf dem Standpunkt des am 30. und 31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889 beschlossenen Programms des sozialdemokratischen Arbeitertages stehen, als solche anzuerkennen.

Der Parteitag will ferner den Wunsch zur Gründung eines monatlich erscheinenden Parteiblattes aussprechen.

Der Parteitag begrüßt die Absicht der südslawischen Genossen, ein slowenisches Parteiblatt herauszugeben und gibt dazu gern seine Zustimmung und Unterstützung."

Resolution über die gewerkschaftliche Organisation.

„Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen allerorts, besonders aber in den Industriezentren, die Gründung von Gewerkvereinen mit möglichster Heranziehung der männlichen und weiblichen Hilfsarbeiter."

Referent war Genosse Schwarz (Jägerndorf).

Resolution über die Arbeiterkammern*).

Nach einem Bericht Gehrkes (Wien) wurde beschlossen:

„In Erwägung, daß die Arbeiter an der Errichtung von Arbeiterkammern nur dann ein politisches Interesse haben können, wenn mit selben ein Schritt zur Organisierung der Arbeiterklasse geschieht;

in Erwägung, daß eine derartige Vertretung der Lohnarbeiter nur dann ihrem wirtschaftlichen Interesse entspricht, wenn dieselbe, ausgerüstet mit ausgedehnten Befugnissen zur Erhebung der Lage der arbeitenden Klasse, zur bestimmten Einflußnahme auf die strenge Durchführung und den notwendigen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und zur maßgebenden Teilnahme an der Gewerbeinspektion und mit der Machtvollkommenheit, sich der Organe der staatlichen und kommunalen Verwaltung zu diesem Zwecke zu bedienen;

in Erwägung, daß eine zielbewußte Vertretung der Arbeiterschaft nur zustande kommen kann, wenn durch die gegen Maßregelungen gesicherte und unbehinderte Tätigkeit von Gewerkvereinen und Arbeiterverbänden das Klassenbewußtsein ein allgemeines und deutliches geworden ist;

in Erwägung, daß der Gesetzentwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern auch in seiner heutigen Gestalt diesen Voraussetzungen keineswegs entspricht, seine einzelnen Bestimmungen aber, was die Kompetenzgrenzen der Kammern anlangt, bedeutungslos und zweideutig, was aber das aktive und passive Wahlrecht in dieselben anbelangt, engherzig und einschränkend sind und durch die offene Stimmenabgabe geradezu wertlos werden, daß dieser Gesetzentwurf daher weder nach der wirtschaftlichen noch nach der politischen Seite hin den Gedanken von wirklichen Arbeiterkammern zum Ausdruck bringt;

in Erwägung, daß Parteien und Regierungen, welche die bei uns geübte Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechtes zustimmend und stillschweigend zulassen, der ernste Wille zur Ermöglichung einer Organisation der Arbeiterschaft überhaupt nicht zuzutrauen ist;

in schließlicher Erwägung, daß das ganze Ausmaß von parlamentarischer Vertretung, welches der Gesetzentwurf den Arbeitern als Abfindung für das allgemeine Wahlrecht anzubieten wagt, durch den indirekten Wahlmodus ganz ungeeignet ist, den wichtigsten und wesentlichsten Vorteil des allgemeinen Stimmrechtes — die Ermöglichung einer freien Diskussion — irgendwie zu ersetzen,

erklärt der Parteitag, daß der Gesetzenwurf über die Errichtung von Arbeiterkammern in seiner früheren sowie in seiner heutigen Gestalt den Anforderungen, welche an eine zweckdienliche Vertretung der Interessen der Lohnarbeiter gestellt werden müssen, weder wirtschaftlich noch politisch entspricht."

Resolution über die Volksschule.

In wirkungsvoller Weise vertrat Genosse Holzhammer (Innsbruck) die folgende Entschließung:

„In Erwägung, daß die herrschenden Klassen nicht nur die Früchte aller materiellen Arbeit für sich in Beschlag nehmen, sondern auch die durch die geistige Arbeit des gesamten Volkes geschaffene Kultur, alles

*) Unter Bezugnahme auf den Antrag der liberalen Abgeordneten Plener, Exner, Wrabetz, der im Abgeordnetenhaus eingebracht worden war.

Wissen und alle Bildung, das Ergebnis einer tausendjährigen Arbeit der ganzen Menschheit, zu ihrem ausschließlichen Monopol gemacht haben;

in Erwägung, daß darum die sozialdemokratische Arbeiterpartei stets in ihren Programmen für die unentgeltliche Schulbildung des gesamten Volkes auf sämtlichen Stufen des Unterrichtes sowie für die vollständige Trennung von Schule und Kirche, wie von Staat und Kirche eingetreten ist;

daß die heutige »Volksschule« mangelhaft und unzulänglich ist und die Interessen der besitzlosen Klassen in keiner Weise berücksichtigt;

daß der Ausbau der Schulgesetzgebung im freiheitlichen Sinne, in erster Linie Aufgabe und Beruf der bürgerlichen Parteien, von diesen gleich allen anderen durch ihr ehemaliges freiheitliches Programm gebotenen Pflichten feige vernachlässigt wird;

daß durch den Antrag Liechtenstein auch noch der kärgliche letzte Rest einer gedeihlichen Volksaufklärung beseitigt und alle Zukunft der Jugend bedingungslos der finsteren, freiheitsfeindlichen und kulturfeindlichen Macht des Klerikalismus überliefert werden soll;

in weiterer Erwägung, daß das Proletariat, die große Masse und der Kern des Volkes, der Träger seiner zukünftigen Entwicklung jedes Einflusses und selbst der geringsten Entwicklung auf die Gesetzgebung entbehrt;

erklärt der heutige Parteitag:

Die Arbeiterschaft macht die herrschenden Klassen dafür verantwortlich, daß das freche Attentat auf die Schule, welches dieser unerhörte Antrag versucht, mit der gebührenden Energie der Entrüstung zurückgewiesen werde;

macht sie aber gleichzeitig auch für die Folgen der Fortsetzung ihrer bisherigen Lässigkeit verantwortlich, wenn die heutige Schule nicht zu einer wahren, mithin konfessionslosen Volksschule fortentwickelt wird, und die Klerikalen dadurch zu solcherlei Vergewaltigungen der Freiheit auch für die Zukunft ermutigt werden."

Mit der Erörterung und Annahme der mitgeteilten Resolutionen, die nicht bloß historisches, sondern sicherlich auch noch aktuelles Interesse haben, war die Tagesordnung des Einigungskongresses erschöpft, der einen würdigen und erhebenden Verlauf nahm. Mit Recht konnte der Vorsitzende Popp in seiner Schlußansprache sagen:

„Ich habe gefunden, daß Sie alle die Notwendigkeit gefühlt haben und in diesem Bewußtsein hiehergekommen sind, die Einigung, die schon lange in jeder Brust geschlagen hat, hier zu besiegeln und als Brüder voneinander zu scheiden. Und das ist gewiß ein Augenblick, der in der Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung unvergeßlich bleiben wird.

Wir haben eine Arbeit hinter uns, auf die wir stolz zurückblicken können. Wenn wir uns die Verhandlungen nochmals vor Augen führen, so finden wir, daß wir in unserer Prinzipienerklärung uns so zielbewußt ausgesprochen haben, wie vielleicht keine Partei, möge sie wie immer heißen. In diesem Programm liegt der Sieg der Zukunft!"

Mit Hochrufen auf die Sozialdemokratie und unter Absingung des Liedes der Arbeit wurde der bedeutungsvolle Kongreß geschlossen.

Einer Episode, die sich auf dem Parteitag abspielte und ihm das Kolorit des damaligen Österreich verlieh, sei noch erwähnt: Während der Beratung über die „politischen Rechte", als gerade Dr. Adler das

herrschende Polizeisystem beleuchtete, betrat, gleichsam als lebendige Illustration zu den Worten des Redners, der — Bezirkshauptmann von Lilienfeld das Versammlungslokal, schritt auf den Präsidententisch zu, mit den Worten: „Herr Vorsitzender, ich komme revidieren, ob alle Herren Einladungskarten haben“ *). — Vorsitzender: Wünscht der Herr Bezirkshauptmann die Karten aller Personen einzeln zu sehen? — Bezirkshauptmann: Nein! — Vorsitzender: Also ich bitte, die Karten aufzuheben. — Bezirkshauptmann sieht sich um: Ich danke. (Geht hinaus. — Verschiedene: Man hätte ihn einladen sollen....) Dr. Adler und Pokorny gehen ihm nach und kommen nach zwei Minuten mit ihm zurück. — Vorsitzender: Ich zeige Ihnen an, daß der Herr Bezirkshauptmann als Gast unserer Versammlung anwohnen wird....

Was Hainfeld der österreichischen Sozialdemokratie geworden ist, hat die Geschichte der Partei und auch die innere Geschichte Österreichs gezeigt. Hainfeld hat der Arbeiterschaft nicht bloß die Einigung, sondern auch den Aufstieg gebracht. Aus Knechtschaft erhob sich das Proletariat!

In geradezu klassischer Weise zeigte sich in Österreich, wenn auch nach langen und schweren Kämpfen, der Aufstieg des Sozialismus zu geistiger, politischer und wirtschaftlicher Macht. Am Beginne des Verfassungslebens, ausgeschlossen von allen politischen Rechten, bezwungen und beherrscht von der Klasse der Besitzenden, hat das österreichische Proletariat siegreich die Bande abgeschüttelt, die es gefesselt hielten. In jahrzehntelangem Ringen näherte es sich dem Endziel, der Befreiung der Arbeit und der Arbeiterschaft. Zuerst verachtet und dann geächtet, erhob es sich aus seiner Schmach in dem Augenblick, als es seiner schlummernden Kräfte voll bewußt wurde. Von Qualen aller Art gepeinigt, schüttelte es endlich seine Peiniger ab.

Man legte dem Proletariat aber auch eherne Fesseln des Geistes an, und man hielt es gewaltsam ab, an den Reichtümern und Genüssen teilzunehmen, die Lehre und Wissen zu bieten vermögen. Man hielt es fern von Schönheit und Kunst. Doch, noch von Knechtschaft umfangen, eroberte es sich selbst aus dem lebendigen Quell und Born des Wissens, was der Menschheit Größte erdacht und geschaffen; es vermochte so allmählich sich zu laben und zu stärken an den reinen Freuden, die wahre Kunst dem Volk zu geben vermag, denn im Volke selbst wohnt eigentlich der nie versagende Bronnen der Schönheit, jene natürliche Schönheit und jener Urtrieb zu Hohem und Edlem, die nicht erst geschniegelter Herzen und Sinne bedürfen, um rein zu empfinden, um durch ihren Idealismus und ihre Keuschheit auf die unverdorbenen Seelen zu wirken. Man schloß das Volk aus von allem, was die Menschenbrust zu erheben vermag, denn der Frondienst raubte ihm die Kraft des Empfindens und die schwere Müdigkeit des Leibes hinderte seinen Geist am Genusse des Geistigen. Der Kapitalismus und seine willigen Helfer in Staat und Kirche haben auch in dieser Beziehung sich nicht weniger versündigt am Volke, als

*) Der Zutritt zum Parteitag war nur geladenen Gästen gestattet. (§ 2 des Versammlungsgesetzes.) Jeder Teilnehmer mußte sich auf Verlangen des Regierungsvertreters mit einer Einladung ausweisen. Dem Einberufer der Versammlung mußte jeder Geladene persönlich bekannt sein!

indem sie es der physischen Ausbeutung preisgaben. Doch instinktiv erschloß sich das Volk selbst die Pforten des geistig Schönen auf Erden!

Es stieg politisch, wirtschaftlich und geistig aus den Tiefen empor, wohin es seit Jahrhunderten von feindlichen Mächten verbannt worden war. Und was es allmählich geworden, geistig und physisch, wurde es aus eigener Kraft, wie ja die endliche Befreiung der Arbeiterklasse nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein kann.

So trüb und düster auch die Zeit einst über den Massen in Österreich lag, erstarb doch niemals in ihnen das Hoffen, daß einst das Dunkel erleuchtet werde durch das Strahlen einer künftigen Sonne des Glückes. Hätte der Sozialismus nichts anderes getan, als diese Hoffnung in den Herzen von Millionen von Geknechteten und Entrechteten, von Sklaven des Geistes und des Leibes, aufrechtzuerhalten, er hätte damit allein schon einen Teil seiner Befreiungsmission getan! Der Sozialismus war und ist aber den Massen noch viel mehr; er ist ihnen Religion und Weltanschauung, er bedeutet ihnen Kunst und Wissen, Stärke und Gesundung. Der Sozialismus gab den Massen die Kraft, Unerträgliches zu tragen, Unleidliches zu leiden! Er streute Glauben aus überall, wo der Glaube erschüttert war; er fand überall Herzen, die ihm zujauchzten, weil sie erkannten, daß er ihr treuer Gefährte und Freund blieb, wo alles trog, und daß er ihr Befreier sei.

Nach einem Kampf, der über ein halbes Jahrhundert währte, hatte das österreichische Proletariat die schlimmsten Feinde niedergerungen, Feinde, die gleich ehernen Riesen emporragten, gleich Felsen, die unerschütterlich schienen. Es warf Gegner zu Boden, die sich ewig dünkten, wie eine Gottheit! Feinde und Widersachen stürzten jählings geborsten von ihren Höhen!

Groß und gewaltig sind noch die Aufgaben, die der Sozialismus zu lösen hat; weltbedeutend ist seine geschichtliche Mission; er wird ihr gerecht werden, aber nur dann, wenn hinter ihm ein einiges und geschlossenes Proletariat steht, einig und mutig. Allen Gewalten zum Trotz!

„Und so wird die Zeit kommen, da die Sonne nur freie Menschen bescheint, da die Tyrannen und Sklaven, die Priester und ihre blöden und heuchlerischen Werkzeuge nur mehr in der Geschichte und auf der Bühne leben."

(Condorcet: „Entwurf eines geschichtlichen Gemäldes des Fortschrittes des menschlichen Geistes.")

Die Parteipresse 1878 bis 1889

Die Arbeiterpresse hat in dem geschilderten Zeitraum einigen Aufschwung genommen; ihr Wirken wäre zweifellos noch intensiver gewesen, wenn die Behörden allerorten ihr nicht zu große Aufmerksamkeit zugewendet hätten. Das Niveau der Parteipresse war wohl kein allzu hohes, doch verdient hervorgehoben zu werden, daß die proletarische Presse Österreichs mit großem Mut und Entschlossenheit überall den Arbeiterinteressen diente und der Reaktion entgegentrat. Die Arbeiterpresse in dem Zeitraum von 1878 bis 1889 spiegelt getreulich das Bild der zerfahrenen Parteiverhältnisse wider: hie gemäßigt, hie radikal!

Im folgenden eine Zusammenstellung der Arbeiterblätter:

Wien:

„Der Gewerkschafter", Organ für die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter Österreichs. Zweimal monatlich, erschien von Anfang 1877 bis Ende September 1878.

„Der Sozialist", Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs. Anfangs wöchentlich, später zweimal wöchentlich erscheinend, ging am 31. August 1879 ein.

„Die Freiheit", Organ des arbeitenden Volkes. Erschien zweimal monatlich, wurde nach drei Nummern am 19. September 1879 verboten.

„Der Proletarier", sozialdemokratisches Organ. Sollte zweimal monatlich erscheinen, wurde jedoch schon nach der ersten Nummer vom 28. August 1879 verboten. Seine Fortsetzung war

„Die Zukunft", sozialdemokratisches Organ. Die erste Nummer erschien am 10. Oktober 1879, zweimal monatlich; vom 27. Jänner 1881 an erschien das Blatt als „Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs". Am 24. Jänner 1884 wurde es bei Verhängung des Ausnahmezustandes über Wien verboten. Dann erschienen mehrere Nummern des Blattes in Budapest (bis 15. Februar 1884) und im August, in einer geheimen Druckerei hergestellt, eine Nummer in Wien. Die zweite Nummer, die schon vorbereitet war, konnte wegen der erfolgten Verhaftung seiner Hersteller nicht mehr erscheinen.

„Wahrheit", sozialdemokratisches Organ. Zweimal monatlich, die erste Nummer erschien am 4. Juli 1881; vom 20. Oktober 1882 — nach dem Brünner Parteitag — „Organ der sozialdemokratischen Partei Österreichs". Vor Erlassung des Sozialistengesetzes stellte das Blatt am 20. Februar 1885 sein Erscheinen ein.

„Sammlung von sozialpolitischen, ökonomischen und damit zusammenhängenden wissenschaftlichen Abhandlungen, für die österreichischen Arbeiter geschrieben." Von E. Kaller. Monatshefte, Mai bis Juli 1881; alle drei erschienenen Hefte wurden konfisziert!

„Elektrische Streiflichter", Buchdrucker-Witzblatt. Erschien zweimal, 1883. Herausgeber war Karl Höger.

„Erste Freie Presse Zisleithaniens." Von der radikalen Fraktion auf geheimer Presse hergestellte Flugblätter. Erschienen in deutscher und tschechischer Sprache. (An anderer Stelle besprochen und zitiert.)

„Gleichheit", sozialdemokratisches Wochenblatt. Herausgeber Dr. Viktor Adler. Verantwortlicher Redakteur L. A. Bretschneider. Die erste Nummer erschien am 11. Dezember 1886, die letzte am 14. Juni 1889. Das Blatt wurde behördlich eingestellt. Während ihres zweieinhalbjährigen Bestandes wurde die „Gleichheit" fünfundvierzigmal konfisziert.

In den Ländern:

„Sozialpolitische Rundschau", Agitationsschrift der sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Erschien einmal im Monat in Reichenberg, von 1878 bis 1881.

„Volksfreund", Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Österreichs. Zweimal im Monat, erschien in Reichenberg vom 5. November 1879 bis 20. April 1880.

„Der Radikale", sozialdemokratisches Organ der Arbeiter Nordböhmens. (Das Blatt der radikalen Fraktion.) Erschien in Reichenberg, zweimal monatlich, vom 6. September 1883 bis April 1885. Die Herausgeber und Redakteure wurden verhaftet, die Abnehmerliste wurde konfisziert.

„Volksfreund" (Brünn), Organ der sozialdemokratischen Partei Österreichs. Erschien zweimal monatlich seit 1881. Das Blatt besteht heute noch.

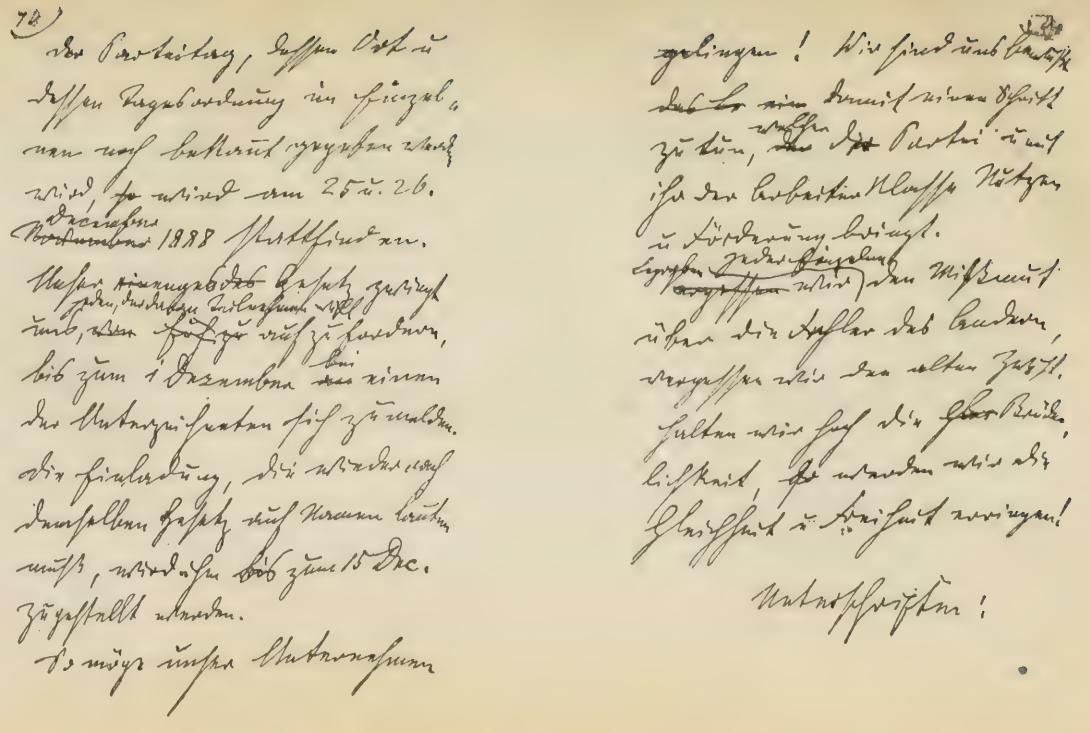
„Arbeiterstimme" (Brünn), Organ der österreichischen Arbeiterschaft. Zweimal monatlich. Die erste Nummer erschien am 6. Oktober 1886.

„Die Arbeit", Organ der Sozialisten Österreichs, wie es sich später nannte. Erschien zuerst (6. August 1885) in Marburg, wurde in der Folgezeit nach Graz, Villach, Linz und Wien verlegt. Am 27. Oktober 1887 erschien die letzte Nummer des von der Behörde verbotenen Blattes.

„Volksstimme", Agitationsschrift für das arbeitende Volk. Erschien am 1. Jänner 1888 in Pradl bei Innsbruck. Die geplante Monatsschrift erschien nur einmal.

In tschechischer Sprache erschien eine beträchtliche Anzahl von Arbeiterblättern, von denen die meisten nur sehr kurzlebig waren.

Außerdem erschienen einige Blätter in polnischer, ruthenischer und italienischer Sprache, die es aber bis 1889 zu keiner Bedeutung brachten. Erst nach dem Hainfelder Parteitag erfuhr die Parteipresse Österreichs einen systematischen Ausbau.



Aufruf Viktor Adlers zur Teilnahme am Einigungsparteitag in Hainfeld (Schlußsätze.)
Das Original befindet sich im Archiv der Sozialwissenschaftlichen Studienbibliothek bei der Wiener Arbeiterkammer.

Inhaltsverzeichnis

Seite

Vorwort 5
Weltreaktion 9
Österreich von 1878 bis 1889 16
Der Ausgang der liberalen Ära 45
Die Strömungen im Proletariat 47
Einigungsversuche 66
Der Atzgersdorfer Parteikongreß 75
Vereinigung der deutschen und tschechischen Genossen 80
Ein Parteitag unter freiem Himmel 85
Das deutsche Sozialistengesetz und seine Rückwirkung auf Österreich . . 92
„Notizen" aus den Jahren 1877 und 1878 101
Die „neue Taktik" 112
Zwei internationale Kongresse 158
Das Weltproletariat in den Jahren 1882 und 1883 192
Die Internationale der Polizei 197
„Sozialreform" 206
Ein eigener Gerichtshof für Sozialdemokraten 226
Josef Peukert, der Führer der Radikalen 229
Ausnahmezustand und Sozialpolitik 241
Sturm- und Leidensjahre 249
Die Merstallinger-Affäre 263
Österreichischer Arbeitertag in Brünn 277
Die Enquete über die Gewerbeordnung 291
Neue Kämpfe zwischen den Fraktionen 297
„Propaganda der Tat" 306
Das Sozialistengesetz 355
Erwachen! 359
Dr. Viktor Adler 373
Der Weg nach Hainfeld 381
Die Einigung 399
Die Parteipresse 1878 bis 1889 409
Aufruf Viktor Adlers zur Teilnahme am Einigungsparteitag in Hainfeld 411

Druck „Vorwärts", Wien V, Rechte Wienzeile 97.

HG
B8393ge

Brügel, Ludwig
Geschichte der österreichischen Sozial-
demokratie. Bd.3

666533

DATE

NAME OF BORROWER

University of Toronto
Library

DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET

Acme Library Card Pocket
LOWE-MARTIN CO. LIMITED